Dokumente und Texte

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 6
Exil und Neuordnung

Herausgegeben in Zusammenarbeit
mit der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung
in Hamburg

Droste Verlag Düsseldorf

Exil und Neuordnung

Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945

Herausgegeben
von Claus-Dieter Krohn
und Martin Schumacher

Droste Verlag Düsseldorf

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen.

Copyright © 2000 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2000
ISBN 3-7700-5230-7

Vorwort

Es war eine glückliche Fügung, daß die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien zusammen mit der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung im September 1999 im Haus der Geschichte in Bonn ein Symposium organisiert hat, das 50 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes den spezifischen Beitrag von Emigranten zur Verfassungsneuordnung in Deutschland nach 1945 darzustellen und zu bewerten suchte. Die Ergebnisse werden mit diesem Band vorgelegt.

Der besondere Dank gilt Herrn Dr. Boberach, der nicht nur Materialien zur Verfassungsdiskussion der deutschen Emigranten zusammengestellt, sondern in sehr sorgfältiger Weise Referenten vorgeschlagen hat.

Die Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung trägt den Namen des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters und seiner Frau, einer langjährigen Bürgerschaftsabgeordneten. 1989 als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Hamburg errichtet, fördert sie die wissenschaftliche Erforschung der demokratischen Opposition im Exil, ihres Kampfes gegen die totalitäre Herrschaft Hitlers und für ein anderes, demokratisches Deutschland nach dem Kriege. Die Stiftung hat in zahlreichen Diskussionen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen dieser Zielsetzung Rechnung getragen. Wer aufmerksam die Themen dieses Bandes Revue passieren läßt, der wird mir sicher zustimmen, daß auch hier viele neue Erkenntnisse präsentiert werden, die in dieser Zusammenfassung und Bewertung noch nicht in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind. Ich danke deshalb allen Referenten, die sich für das Symposium zur Verfügung gestellt haben.

Das Ehepaar Weichmann hat nicht nur unmittelbar den Niedergang der Weimarer Republik erlebt, sondern es mußte infolge dieser Ereignisse Deutschland verlassen. Die Emigration wurde ihr Schicksal. Nur zögernd haben sie sich bereitgefunden, nach Deutschland zurückzukehren; tief war der Schock der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Aber schon in Diskussionen in den USA und später in Deutschland hat Herbert Weichmann sich mit Überlegungen zu einer neuen demokratischen Verfassung in Deutschland auseinandergesetzt. Er hat aufmerksam die Diskussionen im Parlamentarischen Rat verfolgt und darüber mit Adolph Schönfelder, dem Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, und Rudolf Katz einen regen Gedankenaustausch gepflegt. Für Herbert Weichmann galten einige wenige Postulate, abgeleitet aus seinen Erfahrungen in der Weimarer Republik:

- Die Demokratie muß wehrhaft sein und sich gegenüber Verfassungsfeinden behaupten können.
- Die Stabilität einer Regierung muß gestärkt werden. Sie sollte nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt werden können.

- Eine direkte Demokratie ist abzulehnen; die Zeit ist noch nicht reif für Volksbegehren und Volksentscheide.
- Eine Notstandsgesetzgebung kann nur vorübergehend in Kraft gesetzt werden. Ihre Aufhebung muß bestimmt sein.
- Verfassungsänderungen sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
- Der Bürger sollte nicht nur Rechte haben, sondern ebensosehr auch Pflichten akzeptieren.

Gerade für die letzte Forderung hat sich Herbert Weichmann in der späteren Auseinandersetzung eingesetzt und ist dafür nicht nur von außerparlamentarischen Kritikern gescholten worden. Auch viele Parteifreunde haben seinen Standpunkt nicht geteilt. Dieses Trauma hat ihn bis in seine letzten Lebenstage umgetrieben.

Die Weichmann Stiftung hat nunmehr eine Doppelbiographie in Auftrag gegeben. Der erste Band, der das Leben der Eheleute Weichmann vor 1933 in Deutschland und in der Emigration schildert, liegt vor.* Der zweite Band befindet sich zur Zeit in Arbeit. Die Stiftung ist überzeugt, daß ihr Schicksal und ihre politische Wirksamkeit zugleich Mahnung und Orientierung für die nachfolgende Generation sein können.

Hans Fahning
Vorstandsvorsitzender der
Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung

* Anneliese Ego, Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896–1946, Hamburg 1998.

Inhalt

Vorwort 5

Claus-Dieter Krohn
Emigranten und die »Westernisierung« der deutschen Gesellschaft nach 1945. Einleitung 9

Winfried Becker
Demokratie, Zentralismus, Bundesstaat und Staatenbund in den Verfassungsplänen von Emigranten 33

Ludwig Eiber
Nachkriegsplanungen von Emigranten in Großbritannien 63

Ulrike Hörster-Philipps
Nachkriegskonzeptionen deutscher Politiker im Schweizer Exil
Der Wirth-Braun-Hoegner-Kreis 87

Elke Seefried
Schweizer Exilerfahrungen in der Verfassungsgesetzgebung Bayerns 1946 113

Dieter Marc Schneider
Partikularismus und Antipreußentum. Emigranten in der französischen Besatzungspolitik nach 1945 143

Wolfram Werner
Emigranten im Parlamentarischen Rat 161

Rudolf Morsey
Heinrich Brünings Vorstellungen über Deutschland nach Hitler 1944–1950 175

Michael Ruck
Arnold Brecht und die Verfassungsentwicklung in Westdeutschland 207

Klaus Helberg
Gerhard Leibholz und die Neugründung der Demokratie in Deutschland 231

Raimund Lammersdorf
Verfassungsstaat und einfacher Bürger: Carl J. Friedrich und die Entstehung der Bundesrepublik 243

Michael F. Scholz
Verfassungsdiskussionen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946 bis 1947 und die KPD-Remigranten 253

Jörg Morré
Kommunistische Emigranten und die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland 279

Irmtrud Wojak
Fritz Bauer, Robert M. W. Kempner und der Aufbau einer demokratischen Rechtsordnung nach 1945 299

Wolfram Hoppenstedt
Die Rolle Gerhard Colms und anderer Emigranten bei der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948 321

Jürgen Schneider
Der Beitrag von Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek zur deutschen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik nach 1945 335

Ursula Langkau-Alex
»A strong man!« Zum Einfluß von Paul Hertz auf Eleanor Lansing Dulles und andere amerikanische Politiker 351

Manfred Heinemann
Emigranten, Remigranten und ihr Beitrag zur Erneuerung von Schul- und Hochschulverfassungen nach 1945 377

Klaus Hildebrand
Schlußwort 401

Autoren und Herausgeber 406
Register 409
Abbildungsnachweis 418

Emigranten und die »Westernisierung« der deutschen Gesellschaft nach 1945

Einleitung

Claus-Dieter Krohn

I.

Nach einem halben Jahrhundert nimmt die Historisierung Nachkriegsdeutschlands nicht nur festere Umrisse an, in der Fülle der inzwischen vorliegenden zeitgeschichtlichen Forschungen zur Bundesrepublik hat sich inzwischen auch ein weitgehender Konsens generalisierbarer Trends herauskristallisiert. Übereinstimmung herrscht unter Historikern und politischen Kommentatoren, daß die bisherige Entwicklung der Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte gewesen ist, die wesentlich auf die bereitwillige Integration in die westliche Wertegemeinschaft und die Übernahme ihrer zivilgesellschaftlichen Normen zurückzuführen ist. Das ist keine pathetische Formel, die die Leistungen der Bundesrepublik in den fünfzig Jahren ihres Bestehens anerkennend auf einen griffigen Nenner bringen will: die beispiellosen sozialen Veränderungen seit Ende der vierziger Jahre; die anhaltende Wirkung des von Marshallplan und sozialer Marktwirtschaft beförderten Wirtschaftswunders im Wiederaufbau der fünfziger Jahre mit seiner nahezu alle Teile der Gesellschaft erreichenden Wohlstandsvermehrung in der »Freizeit-Gesellschaft« seit den sechziger Jahren; die damit verbundenen Legitimations- und Loyalitätszuwächse der partizipatorischen Massendemokratie, die nicht nur die alten Klassenschranken gesprengt, sondern auch zu neuen verfassungspatriotischen Identifikationen geführt hat; ferner die einzigartige Integrationskraft der westdeutschen Gesellschaft, zuerst bei den Vertriebenen und Flüchtlingen, dann bei den Millionen der ursprünglich nur befristet ins Land gekommenen Gastarbeiter bis hin zu der politisch zwar immer proklamierten, jedoch kaum für realistisch gehaltenen Wiedervereinigung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks; schließlich die zuverlässige außenpolitische Berechenbarkeit im westlichen Bündnis ohne traditionelle Sonderwegsvisionen, wie sie nach 1945 noch verbreitet gewesen waren.

Die jüngst als »Ankunft im Westen« vorgestellte Geschichte der Bundesrepublik, der »Atlantic turn« oder die derzeit diskutierte »Westernisierung« Nachkriegsdeutschlands zielen auf mehr als die äußere Erfolgsgeschichte nach 1945.[1] Hingewiesen wird damit sowohl auf einen über die sozialen

[1] Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999; Anselm Doering-Manteuffel, Dimensionen von Amerikanisierung

und politischen Transformationen hinausgehenden kulturellen Wandel, der etwa zum Abbau traditioneller ideologischer Bindungen und Konfrontationen führte, als auch auf die Suche nach Alternativen zum traditionellen Konzept der sogenannten »Amerikanisierung«. Mit dieser Chiffre war seit der Jahrhundertwende, insbesondere in den zwanziger Jahren, die Vorstellung von Moderne und Modernisierung verbunden. Auch die geschichts- und sozialwissenschaftlichen Analysen der Bundesrepublik knüpften daran bis in die jüngste Gegenwart an. Zu wenig beachtet wurde dabei, daß der Begriff der Amerikanisierung nicht nur die im Kern gemeinten zivilgesellschaftlichen Komponenten (Demokratie, Individualismus, »rule of law«), die ökonomischen Fortschrittspotentiale (freie Marktwirtschaft, Fordismus, egalisiertes Konsumverhalten) und die alltagskulturellen Erscheinungen (Kino, Unterhaltungsmusik, Jugendkultur) ansprach. Er schloß auch die alten, religiös unterlegten amerikanischen Selbstwahrnehmungen der eigenen Exzeptionalität (»God's own country«) ein, die nach dem Zweiten Weltkrieg in ein gesteigertes Überlegenheitsgefühl der USA in ihrer neuen Rolle als Weltmacht umschlugen und zum Vorbild- und Hegemonieanspruch des Landes als politisch, wirtschaftlich, sozial und militärisch fortgeschrittenster Gesellschaft führten.

Gegenüber solcher Uneindeutigkeit des Amerikanisierungskonzepts mit seinen im übrigen impliziten Vorstellungen von Einflüssen und Rezeptionen in nur einer Richtung, die zweifellos auf die Lebensstilrevolution der Jugend und im Konsumbereich nach 1945 zutreffen, bietet der Begriff der Westernisierung weniger festgelegte, offenere und umfassendere Perspektiven. Er beschreibt einen dynamischen Akkulturationsprozeß, der nicht allein den amerikanischen Einflüssen nachgeht, sondern vor allem auch die intellektuellen Wechselwirkungen zwischen Deutschland bzw. Europa und den USA in den Blick zu nehmen sucht. Während diese Deutungskategorie bisher aber nur auf die Nachkriegsentwicklung angewandt worden ist, empfiehlt sich eine zeitlich weitere Fassung, die auch die Entwicklungen der dreißiger Jahre in den Analyserahmen mit einbezieht.

Das Westernisierungskonzept als Modell des interkulturellen Austausches und der Herausbildung einer gemeinsamen Werteordnung diesseits und jenseits des Atlantiks bliebe nämlich unvollständig, wenn nicht auch der einzigartige Kulturtransfer berücksichtigt werden würde, der mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten eingesetzt hatte. Die wirkungsgeschichtliche Dimension der nach 1933 einsetzenden Massenflucht aus Deutschland hat erst in den letzten Jahren durch die Untersuchungen der Exilforschung genauere Konturen bekommen. Profitiert haben von den Flüchtlingen aus dem NS-Staat vor allem die USA, die mit Abstand die meisten und vor allem die intellektuellen Eliten unter ihnen aufgenommen

---

in der deutschen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 1 ff.; ders., Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

haben. Durch solche Perspektivenerweiterung könnten auch die nach 1933 in Deutschland zerstörten kulturellen Traditionen mit in das Modell aufgenommen werden, und es ist zu fragen, ob und wie sie, genuin oder von ihren Trägern in den neuen Lebenswelten der Zufluchtsländer modifiziert, seit 1945 auf Deutschland zurückgewirkt haben.

Betont sei, daß diese zerstörten Traditionen, auf die noch einzugehen sein wird, sich von jenen politischen und kulturkonservativen Kontinuitäten der zwanziger Jahre unterschieden, die das gesellschaftliche und geistige Klima der frühen Bundesrepublik, vom patriarchalen Autoritarismus Adenauers über das klassenbestimmte Lagerdenken der Parteien bis hin zu den vormodernen Versprechungen der Medien, prägten. Andererseits muß nicht hervorgehoben werden, daß das Westernisierungsmodell keinen globalen Erklärungswert hat. Es umschreibt nur das Verhältnis zwischen Deutschland bzw. Europa und den USA; auf die amerikanischen Beziehungen zu Lateinamerika oder anderen Ländern und Regionen der sog. Dritten Welt ist es nicht übertragbar.

II.

Zwar sind die dominanten Weichenstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht bei der Gestaltung der westdeutschen Nachkriegsordnung spätestens mit der Gründung der Bizone ab Januar 1947 nicht zu übersehen. Unter den westlichen Siegermächten lieferte die US-Militärregierung nicht nur die bestimmenden Vorgaben beim Wiederaufbau des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Verwaltung, des Erziehungswesens und für die Entnazifizierung. Auch informell wirkten der Lebensstil der amerikanischen Besatzungsangehörigen, ihr sichtbarer Wohlstand und unkonventioneller Habitus insbesondere auf die Jugend beispielgebend bei der Umformung des Alltagslebens. Vor dem Hintergrund des isolationistischen Rückzugs der USA aus den europäischen Belangen nach dem gescheiterten Wilson-Frieden auf den Pariser Konferenzen nach dem Ersten Weltkrieg stellt sich jedoch die Frage, auf welchen Grundlagen die Planungen und Entscheidungen der Amerikaner – aber auch die der anderen Besatzungsmächte – nach 1945 beruhten, um die Fehler von 1919 mit ihren belastenden Folgen für die Stabilität der ersten deutschen Demokratie und des gesamten Europa zu vermeiden.

Die alliierten Kriegskonferenzen – von der Zusammenkunft Churchills und Roosevelts in Casablanca im Januar 1943 und der der dort verabredeten bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bis hin zur Konferenz von Jalta im Februar 1945 – hatten lediglich negative Kriegsziele für den Sieg über Deutschland und die Vernichtung des Nationalsozialismus formuliert, die spätestens mit der tatsächlichen Besetzung des Landes erreicht waren. Die auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August unter dem Schlagwort der »Four D's« von den Alliierten fixierte gemeinsame Verwaltung des als

Rechtssubjekt untergegangenen Deutschen Reiches knüpfte mit der Demilitarisierung, der Denazifizierung und der Dekartellisierung/Dezentralisierung zwar noch an jenen alten Negativkatalog an, sie zielte jedoch jetzt auch auf die Demokratisierung des künftigen Deutschland. Allerdings haben die bereits erkennbaren Frontlinien des wenig später aufbrechenden Kalten Krieges diese positve Strategie von vornherein erschwert; zu unterschiedlich waren die Demokratie-Vorstellungen, so daß es zu einer gemeinsamen zentralen Verwaltung auch nie gekommen ist. In unzureichender, von gegenseitigem Mißtrauen geprägter Kooperation, die die Beziehungen der Anti-Hitler-Koalition von Anfang an gekennzeichnet hatte, exekutierten die Bündnispartner ihre jeweils eigene, autonome Besatzungspolitik, die um so mehr die Frage nach ihren Entscheidungsgrundlagen aufwirft.

Trotz der langjährigen isolationistischen amerikanischen Außenpolitik kamen die US-Militärbehörden nicht unvorbereitet und ohne Kenntnisse der Verhältnisse nach Deutschland. In zahlreichen Stäben und *government agencies* waren während des Zweiten Weltkrieges konkrete Pläne entstanden, die die Negativerfahrungen des gescheiterten Friedens nach dem Ersten Weltkrieg zum Ausgangspunkt genommen haben. Nicht nur diese umfassenden Vorbereitungen unterschieden die Besatzungspolitik der USA von der der anderen Westalliierten – die deshalb in zahlreichen Bereichen amerikanischen Vorgaben folgten –, sondern auch die Tatsache, daß Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland daran einen nicht unwesentlichen Anteil hatten. Diese repräsentierten das kleine Segment der demokratischen und wissenschaftlichen Elite der Weimarer Republik, die unter anderem nach dem sog. »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom April 1933 aus politischen und »rassischen« Gründen aus ihren Positionen vertrieben worden war. Allein von den Universitäten waren mit rund 3000 Personen etwa 25 Prozent des Lehrkörpers entlassen worden, von denen mehr als zwei Drittel in die USA gingen, direkt oder auf Umwegen über Drittländer.

Die Fremdenfeindlichkeit in allen Zufluchtsländern, verstärkt noch durch die Weltwirtschaftskrise mit ihrer hohen Massenarbeitslosigkeit, hielt sich in den USA insofern in Grenzen, als dort für Gelehrte die nach dem Ersten Weltkrieg eingeführten restriktiven nationalen Immigrationsquoten nicht galten und die vertriebenen deutschen Kollegen von weiterblickenden amerikanischen Intellektuellen mit offenen Armen empfangen wurden. Organisiert von zahlreichen neu gegründeten Hilfskomitees und finanziert von den großen philanthropischen Stiftungen, allen voran die Rockefeller Foundation, hatte so nach 1933 ein einzigartiger kulureller Transfer begonnen, der dazu beitrug, daß sich die USA trotz des politischen Isolationismus zur global bedeutendsten Wissenschaftsmacht entwickelten.[2] Ihre überragende

[2] Zusammenfassend dazu Claus-Dieter KROHN, Patrik VON ZUR MÜHLEN, Gerhard PAUL, Lutz WINCKLER (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, bes. Sp. 681 ff.

Rolle als Anziehungspunkt des intellektuellen *brain drain* aus Deutschland – nach 1938 aus Österreich und Italien und schließlich aus anderen europäischen Ländern – hat dort zudem die international vergleichende Forschung in einer Weise beflügelt, daß beim Kriegseintritt der USA die strategisch nötigen Kenntnisse über die europäischen Gegner bereit standen. Ähnliches wird man von keinem anderen Land sagen können, auch nicht von Großbritannien, dem nach den USA quantitativ und qualitativ in weitem Abstand folgenden zweitwichtigsten Zufluchtsland deutschsprachiger Flüchtlinge.[3]

Emigrierte Gelehrte kamen nicht nur als die künftigen Deutschlandexperten in die USA, ein großer Teil von ihnen gehörte auch zu einer jüngeren Generation, deren Arbeiten wichtige Impulse für die amerikanischen Wissenschaften geben sollten. Das gilt vor allem für die modernen Sozialwissenschaften, die seit den zwanziger Jahren vor dem Hintergrund der ungelösten wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkrieges international eine Phase der Professionalisierung und Ausdifferenzierung durchmachten. In Deutschland waren diese neuen Forschungen zudem von der demokratiegeleiteten Suche begleitet gewesen, der von ständigen ökonomischen, sozialen und politischen Krisen gefährdeten neuen Republik ein stabiles Fundament zu schaffen.

Dazu zählten beispielsweise in der Ökonomie die Konjunktur- und Wachstumstheorie, die anstelle der alten wirtschaftlichen Gleichgewichtsvorstellungen aus der Zeit vor 1914 unter dem Eindruck der hektischen Rationalisierungen die Dynamik des »technischen Fortschritts« zum Kern ihrer Analysen machten. In welchem Ausmaß damit auch praktisch-politische, den Wirtschaftsablauf regulierende Eingriffe verbunden waren, zeigen die Konzepte der von diesen Gelehrten zur Krisenbekämpfung nach 1929 entwickelten »aktiven Konjunkturpolitik«. Sie antizipierten nicht nur das von dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes entwickelte fiskalpolitische Modell, das in den dreißiger Jahren als »keynesianische Revolution« zum Paradigmenwechsel des wirtschaftstheoretischen Denkens in den westlichen Industrieländern führte, sondern gingen auch weit darüber hinaus. Denn während der keynesianische Ansatz des staatlichen deficit spendings zur Förderung der effektiven Nachfragesteigerung nur konjunkturell argumentierte, bezogen die deutschen Ökonomen auch die technolgische Struktur des Wirtschaftssystems mit ein, woraus viel weitergehende staatliche Interventionen zur Steuerung einer stabilen Entwicklung abgeleitet wurden.[4] Desgleichen hatten jüngere Juristen – insbesondere an der 1920

[3] Vgl. dazu die ältere Arbeit von Lothar KETTENACKER (Hrsg.), Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive. The »Other Germany« in the Second World War. Emigration and Resistance in International Perspective, Stuttgart 1977.

[4] Claus-Dieter KROHN, Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933, Frankfurt-New York 1981; Harald HAGEMANN u. Peter KALMBACH (Hrsg.), Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Frankfurt-New York 1983.

gegründeten Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, die zur Ausbildungsstätte für die Funktionselite der neuen deutschen Demokratie werden sollte – daran gearbeitet, wie das in Deutschland herrschende rechtspositivistische Denken und das allein dem Gesetz als Erkenntnisgrundlage verpflichtete Staatsrecht mit seiner strengen Trennung von Recht und Politik durch neue Ideen modifiziert und bereichert werden könne. Sie fragten dabei unter anderem nach den soziologischen Grundlagen des Rechts und des politischen Handelns, wobei die Idee des Gemeinwohls aus der Domäne des Beamtenstaates mit seiner obrigkeitlichen Orientierung gelöst und dem demokratischen Prinzip unterworfen werden sollte.[5] In der Soziologie schließlich führten die Analysen der neuen Mittelschichten zur Einsicht in die heraufziehende Massendemokratie und die von den neuen Medien – Rundfunk, Kino, Boulevardpresse – vermittelte Massenkultur.[6] All diese Analysen zeigten nicht nur eine außerordentliche Problemsensitivität gegenüber den neuen gesellschaftlichen Trends, sondern wollten auch dazu beitragen, der Sozialdemokratie – nach 1918 unvorbereitet in die Verantwortung gedrängt und fortan als zahlenmäßig größte politische Kraft Rückhalt der parlamentarischen Ordnung – aus ihrem dichotomischen Weltbild und ihrer im ökonomisch-materialistischen Determinismus verkrusteten Programmatik herauszuhelfen.

Jene modernitätsoffenen Theorieansätze und neuen gesellschaftspolitischen Denkweisen wurden in Deutschland durch die Vertreibung ihrer Repräsentanten jäh abgebrochen. In den USA dagegen wurden sie zu gesuchten und willkommenen Anregungen. Das Krisenbekämpfungsprogramm des Anfang März 1933 ins Weiße Haus eingezogenen neuen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der New Deal, hatte auch im staatsfernen marktliberalen Amerika zu einem fundamentalen Umdenken in Teilen der Öffentlichkeit und der Wissenschaften geführt, zu dem gerade die deutschen Flüchtlinge mit ihren Erfahrungen und Einsichten beitragen konnten.[7] Der Interventions- und Planungsoptimismus der neuen Roosevelt-Administration mit ihrem legendären präsidialen »brain trust« beförderten ein neues Gesellschafts- und Wissenschaftsverständnis, das weitreichende Folgen hat-

---

[5] Franz Neumann, Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung, in: Die Arbeit 7, 1930, S. 569ff.; Rainer Eisfeld, Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920–1945, Baden-Baden 1991.

[6] Dazu vor allem die zahlreichen Schriften und Feuilletons in der Frankfurter Zeitung von Siegfried Kracauer; Emil Lederer u. Jakob Marschak, Der neue Mittelstand, in: Grundriß der Sozialökonomik, Abt. IX/1, Tübingen 1926, S. 120ff.; Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932; Reinhard Blomert, Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkreigszeit, München 1999.

[7] Daniel R. Fusfeld, The Economic Thought of Franklin D. Roosevelt and the Origins of the New Deal, New York 1956; William J. Barber, Designs with Disorder. Franklin D. Roosevelt, the Economists, and the shaping of American Economic Policy, 1933–1945, Cambridge 1996.

te. Angeregt durch den Bedeutungszuwachs der neuen Sozialwissenschaften säkularisierte sich überhaupt die intellektuelle Kultur der USA.

Die Universitäten und Elite-Colleges vor allem der Ivy League lösten sich von ihren christlich-protestantischen Traditionen, die bis dahin etwa jüdische Wissenschaftler aus ihren Reihen ausgeschlossen hatten. Symbolisiert wird dieser Vorgang in der Neugestaltung des Wappens der Harvard University 1936, aus dem der alte Leitspruch »Christo et Ecclesiae« gelöscht wurde und fortan nur noch das Wort »Veritas« in drei aufgeschlagenen Büchern enthielt. Begleitet wurde dieser Wandel von einem Schub strenger theoretischer und methodischer Reflexionen, um den Verdacht der Ideologisierung von Wissenschaft oder ihrer politischen Funktionalisierung von vornherein zu entkräften.[8] Dieses säkularisierte Klima unterstützte zusätzlich die nahezu geräuschlose Aufnahme und Integration der aus Deutschland vertriebenen, häufig jüdischen Repräsentanten jener spezifischen »Weimar Culture«[9], die fortan zum hochbesetzten Terminus in den USA wurde. Für diesen Vorgang gibt es kein vergleichbares Beispiel in der jüngeren Geschichte, und er illustriert, daß die Flüchtlinge genau zur »richtigen« Zeit kamen, als die USA gerade auf dem Weg zu ihrem neuen intellektuellen und gesellschaftspolitischen Selbstverständnis waren.

Der Direktor der New School for Social Research in New York, ein engagierter New Dealer, hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Verfolgungen in Deutschland mithilfe von Spenden gleich eine ganze »University in Exile« auf den Weg gebracht, für die er gezielt die ihm geeigneten Wissenschaftler auswählte. Vor allem waren das jüngere Sozialwissenschaftler mit einer Kerngruppe von Ökonomen, die fortan zur wichtigen Denkfabrik für das Roosevelt-Programm wurden. Exemplarisch seien nur Emil Lederer, Adolph Lowe, Hans Neisser, Alfred Kähler, Gerhard Colm und Hans Staudinger genannt. Die ersten lieferten wichtige Analysen zur Steuerung des ungleichgewichtigen technischen Wachstums. Colm stieg in den folgenden Jahren in Washington bis in den Stab der Präsidentenberater auf; er sollte dort zu den Mitverfassern des »Full Employment Act« von 1946, der Magna Charta des New Deal gehören und ebenso bei der Vorbereitung der deutschen Währungsreform nach 1945 eine entscheidende Rolle spielen, worüber der nachfolgende Beitrag von Wolfram Hoppenstedt informiert. Ähnlich konnte der Gemeinwirtschaftstheoretiker Staudinger als ehemaliger Staatssekretär im Preußischen Handelsministerium und Inititator des Zusammenschlusses der preußischen Energieversorgungsunternehmen

[8] Thomas Bender u. Carl E. Schorske (Eds.), American Academic Culture in Transformation. Fifty Years, four Disciplines, Princeton 1997, S. 27f.

[9] So die Begriffsprägung des Emigranten und späteren Historikers Peter Gay; vgl. ders., Weimar Culture. The Outsider as Insider, in: Donald Fleming u. Bernard Bailyn (Eds.), The Intellectual Migration. Europe and America 1930–1960, Cambridge, Mass. 1969, S. 11ff. Vgl. dazu auch den nativistischen Bestseller zur Zeit der Reagan-Ära: Allan Bloom, The Closing of the American Mind. How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today's Students, New York 1987.

(VEBA) wichtige Anregungen für das gigantische TVA-Programm zur Regulierung des Tennessee River geben.[10]

Parallel dazu sollten in anderen Institutionen Emigranten wie Karl Pribram und der nach dem Bürgerkrieg 1920 bereits aus Rußland nach Deutschland geflohene ehemalige Menschewik Wladimir Woytinski etwa am Aufbau der neuen amerikanischen Sozialversicherung mitarbeiten.[11] Der letzte hatte 1932 mit den späteren Schweden- und Türkei-Emigranten Fritz Tarnow und Fritz Baade zu den Verfassern des Krisenprogramms der deutschen Gewerkschaften gehört, das als WTB-Plan bekannt geworden ist. »Labor Economics« ist nach 1933 von deutschen Emigranten überhaupt als neue Teildisziplin an verschiedenen amerikanischen Universitäten eingeführt worden.

In der Soziologie und der Politikwissenschaft haben deutsche »refugee scholars« weitere Impulse gegeben. Vor dem Hintergrund der gescheiterten ersten deutschen Republik wurde die Demokratietheorie, der Selbstschutz einer »militant democracy« zu ihrem zentralen Forschungsfeld in den USA – ein Topos, der ebenfalls die Zukunftsvorstellungen vieler anderer Emigranten bestimmte und später auch den Grundgesetzberatungen zugrunde liegen sollte –, wohingegen die Gefährdungen der Demokratie kaum zum Gegenstand der amerikanischen Kollegen zählte. Exemplarisch genannt seien nur Karl Loewensteins Arbeiten zur demokratischen Machtausübung und Machtkontrolle oder die Pluralismustheorie Ernst Fraenkels, die den Blick auf die moderne Massengesellschaft mit ihren unterschiedlichen Interessengruppen lenkte.[12] Mit diesem Ansatz sollte Fraenkel nach seiner Rückkehr zu einem der einflußreichsten Fachvertreter auch in Deutschland werden. Die Bedeutung seines Ansatzes ist darin zu sehen, daß er nicht aus dem Individualprinzip der liberalen Theorie nach amerikanischem Muster entwickelt wurde, sondern aus den sozialstaatlichen Vorstellungen unterschiedlicher Interessengruppen mit ihren jeweiligen Machtansprüchen. Für Franz Neumann – wie Fraenkel ehedem neben seiner Lehrtätigkeit an der Hochschule für Politik ebenfalls Rechtsvertreter einer deutschen Gewerkschaft und in den USA später bis zu seinem frühen Tod 1954 einflußreicher Wissenschaftler an der Columbia University – markierten die Konflikte zwischen der politischen Demokratie und der zunehmend monopolisierten Wirtschaftsstruktur in den Industrieländern den

---

[10] Claus-Dieter KROHN, Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt-New York 1987.

[11] Emma S. WOYTINSKI (Ed.), So Much Alive. The Life and Work of Wladimir S. Woytinski, New York 1962; zu den einzelnen Wissenschaftsbiographien vgl. a. Harald HAGEMANN u. Claus-Dieter KROHN (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, 2 Bde., München u. a. 1999.

[12] Karl LOEWENSTEIN: Militant Democracy und Fundamental Rights. In: American Political Science Review 31, 1937, S. 417–432, 638–658; Ernst FRAENKEL: Das amerikanische Regierungssystem. Köln-Opladen 1960. Dazu Hubertus BUCHSTEIN: Ernst Fraenkel als Klassiker, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 26, 1998, S. 458ff.

Ausgangspunkt seiner Forderung nach Kodifizierung eines sozialstaatlichen Legalitätsgerüstes für funktionsfähige demokratische Verfassungsordnungen.[13] Nicht ohne Grund hat Ernst Fraenkel den in Deutschland entwikkelten und von den Emigranten in die USA mitgebrachten Gedanken des sozialen Rechts als ihren bedeutendsten Beitrag zur Gestaltung der »westlichen Demokratie« bezeichnet.[14]

Erwähnt sei ferner Sigmund Neumann an der Wesleyan University, dessen Totalitarismusanalysen repräsentativ für entsprechende Forschungen auch zahlreicher anderer Emigranten sind. Überhaupt ist die Totalitarismustheorie eine erfahrungswissenschaftliche Schöpfung der deutschen Emigranten, deren Einsichten aber zusehends in den Hintergrund traten, als sie zum ideologischen Kampfinstrument während des Kalten Krieges wurde.[15]

Schließlich haben die Emigranten dazu beigetragen, die pragmatische, empirisch-behavioristische Ausrichtung der amerikanischen Sozialwissenschaften um theoretische Systematisierungen und Fragestellungen zu bereichern. Sie selbst wurden dabei gleichfalls gezwungen, ihr theorielastiges Denkens zu *entteutonisieren*, d.h. den bereits in Weimar begonnenen Weg der Abkehr von den großen geschlossenen Gedankensystemen in hegelianischer Tradition fortzusetzen.[16] Von vielen Emigranten sind diese neuen Lernprozesse in den USA emphatisch als Befreiung empfunden worden[17], die sie beim Wiederaufbau des transatlantischen Diskurses nach 1945 zu berufenen Vermittlern zwischen den ehemaligen Landsleuten und ihren Befreiern machten.

Aus der Begegnung von emigrierten deutschen Gelehrten und New Deal-Intellektuellen formte sich ein gemeinsames Politikverständnis, das die amerikanischen Freiheitspostulate des liberalen Individualismus und die regulative Idee des sozialen Interventionsprinzips nach deutscher Tradition synthetisierte. Nicht von ungefähr wurde Roosevelt, der optimistisch den demokratischen Aufbruch aus der Krise mit unorthodoxen Mitteln versprach, zur verehrten Leitfigur vieler Emigranten, die gerade erlebt hatten, wie diese Krise in Deutschland zur Zerstörung der politischen Ordnung führte. Der Anspruch der New Dealer auf gestaltendes und soziales Regierungshandeln prägte nicht nur die amerikanische Innenpolitik seit den drei-

[13] Dazu Alfons Söllner (Hrsg.), Franz L. Neumann: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, Frankfurt/M. 1978.

[14] Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien (1964), Stuttgart 1979, S. 33.

[15] Sigmund Neumann, Permanent Revolution. The Total State in a World of War, New York-London 1942; Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York u.a. 1942; Emil Lederer, State of the Masses. The Threat of the Classless Society, New York 1940; Hannah Arendt, The Origins of Totalitarianism, New York 1951.

[16] H. Stuart Hughes, The Sea Change. The Migration of Social Thought, 1930–1965, New York u.a. 1975, S. 100ff.

[17] So etwa Hans Speier, The Social Conditions of the intellectual Exile, in: Social Research 4, 1937, S. 316ff.

ßiger Jahren, sondern sollte auch das Grundmuster für die Deutschland-Planungen nach 1945 liefern und damit zum Kernbereich des Westernisierungskonzepts für Deutschland werden. Daß ihre Reichweite unter den tatsächlichen Machtverhältnissen allerdings beschränkt war, zeigte schon das frühe Verbot des »National Industrial Recovery Act« (NIRA), einer wichtigen Säule des New Deal zur Regelung der gewerblichen Wirtschaft im Interesse verbesserter Massenkaufkraft, durch den Supreme Court 1935. Gleichwohl, im sozialen wie im ideenpolitischen Bereich hat der New Deal bleibende Spuren hinterlassen.

Nicht zu übersehen ist weiterhin, daß sich auch unter den intellektuellen Emigranten nicht alle in jenen New Deal-Konsens eingefügt haben. Dazu zählten in den Wissenschaften zum Beispiel Ökonomen, die jeglichen staatlichen Interventionismus ablehnten. Repräsentativ dafür waren die sog. Neoklassiker aus Österreich, deren marktliberales Denken sich durch eine besondere, ja aggressive Orthodoxie auszeichnete. Unschwer ist solche Haltung aus ihrer Marginalisierung in der deutschsprachigen, von der preußisch-deutschen Historischen Schule der Nationalökonomie dominierten Theoriedebatte seit dem 19. Jahrhundert zu erklären. Als vehemente Anti-New Dealer und Anti-Keynesianer wurden sie in den USA wie auch in Großbritannien von den dort geistig in die Defensive geratenen gleichgesinnten Kollegen gezielt angeworben, häufig schon vor dem »Anschluß« Österreichs 1938, so daß ihnen vielfach die ungewisse Exilanten-Existenz erspart blieb. Vor allem Ludwig von Mises, das geistige Haupt dieser sog. »Österreichischen Schule«, und sein Schüler Friedrich A. Hayek sahen im New Deal nicht mehr als die westliche Variante des modernen Totalitarismus; ihre politischen Pamphlete, so etwa Mises' »Omnipotent Government« und Hayeks »The Road to Serfdom« lassen bereits im Titel die fundamentalistische Weltsicht erkennen.[18] Sicher nicht ohne Grund gehörte Hayek später zu den geistigen Vätern des Thatcherismus in Großbritannien. Andere aus diesem Kreis wie Gottfried Haberler, Fritz Machlup und Oskar Morgenstern modifizierten dagegen in den USA ihre Positionen; die von Morgenstern zusammen mit dem emigrierten Mathematiker John von Neumann 1944 entwickelte Spieltheorie stellt einen inzwischen klassischen Beitrag zur Versöhnung unterschiedlicher ordnungstheoretischer Ansätze dar.

[18] Ludwig von Mises, Omnipotent Government. The Rise of the Total State and Total War, New Haven 1944; Friedrich A. Hayek, The Road to Serfdom, Chicago 1944. Weitere Belege bei Claus-Dieter Krohn, Die Emigration der Österreichischen Schule der Nationalökonomie in die USA, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, Wien-München 1988, S. 402ff. Zur Bewertung von Mises und Hayek als Ökonomen vgl. Ben B. Seligman, Main Currents in Modern Economics. Economic Thought since 1870, Glencoe 1962, 328ff.

III.

Die von den Emigranten mitgebrachten Forschungsimpulse waren nach Kriegseintritt der USA in die Planungen zunächst des »war effort« und dann der Neugestaltung des besiegten Deutschland eingeflossen. An der New School for Social Research wurde dafür 1943 eigens ein »Institute of World Affairs« gegründet, das Planungsaufgaben für die Administration übernahm. Exemplarisch seien dafür die 1944 und 1945 auch in Buchform erschienenen Studien Ernst Fraenkels »Military Occupation and the Rule of Law« und Arnold Brechts »Federalism and Regionalism in Germany« genannt.[19] Fraenkels Schrift nahm die Erfahrungen der Rheinlandbesetzung nach 1918 als Grundlage für Empfehlungen zur vorgesehenen Besetzung Deutschland durch die Alliierten, denn für die ihnen damit zuwachsende Aufgabe einer vollständigen Übernahme der Verwaltung eines fremden Staates gab es bisher kein historisches Beispiel. Brecht, der ehemalige höhere Reichsbeamte, hingegen band in bereits weitergehenden Überlegungen den künftigen föderalen Wiederaufbau Deutschlands an eine Aufteilung Preußens, die seine folgenden verfassungspolitischen Empfehlungen in offizieller Mission der amerikanischen Militärbehörden vorzeichneten; darüber informiert der Beitrag von Michael Ruck. Flankiert wurden solche Pläne von umfassenderen Analysen zur politischen und wirtschaftlichen Neuordnung Europas, um künftig die alten nationalstaatlichen Rivalitäten zu überwinden. In den Washingtoner Behörden stießen solche Ideen auch deshalb auf Interesse, weil ihre strategische Umsetzung eine Antwort auf die anfangs für die Nachkriegszeit befürchtete Aufteilung Europas in britische und sowjetische Einflußzonen zu geben vermochte.[20]

Zur gleichen Zeit bildeten emigrierte Sozialwissenschaftler der New School for Social Research zusammen mit anderen New Dealern aus dem Wissenschaftsbereich, mit exilierten Gewerkschaftern und Vertretern der drei großen amerikanischen Gewerkschaften AFL, CIO und den Railroad Brotherhoods die »American Labor Conference on International Affairs«, die mit ihren Publikationsreihen und einer eigenen Zeitschrift zur wichtigen Plattform der öffentlichen Diskussion über die die Gewerkschaften interessierenden ökonomischen und sozialen Fragen der Nachkriegsordnung »within and without the United States« wurde.[21] Die dort entwickelten

[19] Studies of the Institute of World Affairs, New York u. a. 1944 und 1945.

[20] Vgl. etwa Hans Staudinger, The United States and World Reconstruction, in: Social Research 8, 1941, S. 283 ff. und weitere Aufsätze jener Zeit in dieser von den Emigranten an der »University in Exile« gegründeten Zeitschrift, die in vielem an die Tradition des 1933 in Deutschland verbotenen »Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« anknüpfte.

[21] Vgl. dazu etwa die mimeographierten »Studies in Postwar Reconstruction«, in denen u. a. Hans Neisser, Alfred Braunthal, Hedwig Wachenheim vor dem Erfahrungshorizont der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg über »The Problem of Reparations«, »Safeguards against oppressive labor conditions«, »Germany in the transition period« etc. geschrieben haben, sodann die vom Dezember 1943 bis Januar 1946 erschienene Zeitschrift »Internatio-

Lösungsangebote für das *post war planning* auf der Grundlage des New Deal-Theoriegebäudes trugen ebenfalls zur Konzeptualisierung des Westernisierungsansatzes bei. Von der amerikanischen Armee wurden diese Studien angefordert, um damit ihre »Information-Education officers« zu trainieren[22], und später wurden die Anregungen dann von Remigranten selbst nach Deutschland gebracht. Genannt seien nur Max Brauer, der erste nach 1945 gewählte Hamburger Bürgermeister, und sein enger Wegbegleiter Rudolf Katz, Innenminister in Schleswig-Holstein und später Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, die 1946 in ofizieller Mission von der AFL nach Deutschland geschickt worden waren.

Parallel zu jenen Aktivitäten beschäftigten sich zahlreiche, inzwischen eingebürgerte Emigranten mit ähnlichen Fragen in diversen neuen Kriegsbehörden, von denen die »Research & Analysis Branch« des 1942 gegründeten »Office of Strategic Services« (OSS) zum bedeutendsten Sammelpunkt wurde.[23] Aus späterer Sicht, zumal aus der Perspektive des Kalten Krieges, mag es überraschen, daß im OSS, mit dem die USA erstmalig in ihrer Geschichte einen geheimen Nachrichtendienst aufgebaut hatten, ausgerechnet ehemalige Deutsche aus dem linksliberalen, sozialdemokratischen und sozialistischen Spektrum angestellt wurden, darunter die Politikwissenschaftler Franz Neumann, Otto Kirchheimer, John (Hans) Herz, der Sozialphilosoph Herbert Marcuse, die Ökonomen Paul Baran und Walter Levy, die Historiker Hajo Holborn, Carl E. Schorske und Felix Gilbert oder die Juristen und ehemaligen höheren Reichsbeamten John Caspari und Oscar Weigert, um nur einige Namen zu nennen; hinzu kamen weitere Emigranten, die wie die Wirtschaftswissenschaftler Alexander Rüstow und Hans Wilbrandt in Istanbul oder Willy Brandt in Stockholm als Mitarbeiter oder Informanten für die europäischen Außenstellen des OSS tätig wurden. Schaut man sich aber den weiteren Kreis von gebürtigen Amerikanern im OSS an, so zeigt sich, daß ein großer Teil von ihnen zuvor in unterschiedlichen New Deal-Behörden tätig gewesen war.

In die gleiche Richtung weist ebenfalls die Gründung einer »Labor Section«, die von dem umtriebigen Auslandsleiter der kleinen sozialistischen Widerstandsgruppe »Neu Beginnen«, Karl Frank alias Paul Hagen, angeregt

---

nal Postwar Problems«; Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Zur ideellen Westorientierung der deutschen Arbeiterbewegung 1945–1965, Diss. phil. Tübingen 1999. Eine summarische Wiedergabe dieser noch nicht publizierten Arbeit findet sich bei Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? (s. Anm. 1), S. 90ff.

[22] Headquarters Army Service Forces an American Labor Conference on International Affairs, 7.3.1945, New York University, ALCIA Archive, R 2648.

[23] Alfons Söllner (Hrsg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 1: Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945, Frankfurt/M. 1982; Richard Harris Smith, OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency, Berkeley u.a. 1972, S. 12ff., 236ff.; Barry M. Katz, Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942–1945, Cambridge/Mass. 1989.

worden war. Allerdings ging es dort weniger um die künftige Deutschlandplanung, sondern um die Ermutigung und Unterstützung des innerdeutschen Widerstandes, der wirksam und mit politischen Alternativen, so wurde angenommen, nur aus der Arbeiterbewegung kommen konnte. Nicht erstaunlich ist deshalb, daß das OSS weniger auf die Potentiale der in die USA geflohenen Vertreter des alten sozialdemokratischen Parteiestablishments der Weimarer Republik setzte, die sich in der »German Labor Delegation« zusammengeschlossen hatten, sondern auf jüngere Aktivisten – und dabei auch deren Überschätzung der Widerstandsmöglichkeiten in Deutschland mit übernahm.[24]

Der strenge methodische und wissenschaftsorientierte Geist des New Deal bestimmte ebenfalls die unzähligen Untersuchungen der »R&A Branch«, die nur mit diesem Objektivitätsanspruch ihre Glaubwürdigkeit und politische Plausibilität als Entscheidungshilfen für die an der Planung und Umsetzung der amerikanischen Deutschlandpolitik beteiligten Beamten, Politiker und Militärs entfalten konnten. Die enge Verzahnung von wissenschaftlicher Analyse der zur Verfügung stehenden Informationen und daraus abgeleiteter strategischer Ziele mag etwa die im Kontext der OSS-Tätigkeit entstandene Studie Franz Neumanns »Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism«[25] illustrieren, die als profunde Analyse des NS-Staates nicht nur den Rahmen für die einschlägigen OSS-Arbeiten absteckte, sondern auch später wegweisende Bedeutung für die historiographische Forschung bekommen sollte. Neumann, Holborn und andere ehemalige Emigranten im OSS gehörten weiterhin zu den Mitautoren des »Civil Affairs Handbook«, das mit seinen fast 20 Bänden die Basisinformationen zu den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens in Deutschland für die künftige Besatzungspolitik lieferte.[26] Während das OSS 1945 aufgelöst wurde – seine Aufgaben setzte die 1947 gegründete CIA fort – übernahm das State Department die R&A Branch mit ungefähr 900 Personen, unter ihnen mehr als 50 Emigranten, die auf unterschiedlichen Feldern an der US-Außenpolitik in der Nachkriegszeit mitwirkten.

---

[24] Jürgen Heideking u. Christof Mauch (Hrsg.), Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1993, bes. S. 51ff.; dies:, USA und deutscher Widerstand. Analysen und Operationen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Tübingen-Basel 1993; vgl. a. Claus-Dieter Krohn, Exilierte Sozialdemokraten in New York. Der Konflikt der German Labor Delegation mit der Gruppe Neu Beginnen, in: Michel Grunewald u. Frithjof Trapp (Hrsg.), Autour du »Front Populaire Allemand«. Einheitsfront – Volksfront, Bern u. a. 1990, S. 81ff.

[25] New York u. a. 1942, 2. Aufl. 1944.

[26] Civil Affairs Handbook, u. a. Section 1A: Background of the Nazi Regime; Sect. 2: Government and Administration; Sect. 2T: Economic Controls in Nazi Germany; Sect. 15: Education, Washington 1944. Vgl. a. Hajo Holborn, American Military Government. Its Organization and Policies, Washington 1947, S. 7ff.

Wenngleich unmittelbare Einflüsse wissenschaftlichen Arbeitens auf politische Entscheidungsprozesse kaum nachweisbar oder gar exakt zu messen sind, so bestätigen die Rekrutierungen der Emigranten für den »war effort«, der institutionelle Rahmen ihrer Wirksamkeit und die von ihnen abgerufenen Analysen einmal mehr den Kulturtransfer- und Akkulturations-Ansatz des Westernisierungskonzepts. Die im New Deal der dreißiger Jahre zu erkennende Übereinstimmung zwischen Amerikanern und Emigranten hatte sich während des Krieges weiter verdichtet und mit Blick auf das künftige Schicksal Deutschlands konkretisiert. Deutlich wird das etwa in der Reaktion auf die Gründungen des »Nationalkomitees Freies Deutschland« (NKFD) und des »Bundes Deutscher Offiziere« (BDO) 1943 in Moskau nach der Kriegswende von Stalingrad, denen ähnliche von Kommunisten initiierte Komitees in Mexico, der Schweiz und anderen Zufluchtsländern folgten. Im State Department wie im OSS war man zwar unsicher, ob diese Gründungen ein Indiz der Vertrauenskrise in der Anti-Hitler-Koalition angesichts der immer wieder hinausgeschobenen Zweiten Front seien und sich die Sowjetunion damit eine Option für separate Verhandlungen mit Deutschland schaffen wollte. Doch unstrittig war, die eigenen strategischen Überlegungen zu intensivieren, um mit konsistenten Plänen die aus jenen Vorgängen ableitbare sowjetische Einflußnahme auf die Gestaltung des näherrückenden Kriegsende einzudämmen, sei es die weitgehende Bolschewisierung Deutschlands oder eine andere Form von politischer Hegemonie mithilfe nationalkonservativer Kreise aus dem NKFD, wobei die zweite Variante an das vertraute Weimarer Szenario des »Geistes von Rapallo« anknüpfen konnte.[27]

Ähnlich waren ein Jahr später die Reaktionen auf den deutschen Offiziersputsch vom 20. Juli 1944. Die amerikanische und die britische Regierung sahen darin nur einen Versuch, die Anti-Hitler-Koalition durch Separatfriedensangebote zu sprengen. Schon bei Kriegsausbruch hatte der Publizist Sebastian Haffner in London visionär darauf hingewiesen, daß ein Staatsstreich in Deutschland überhaupt nur vom Militär kommen könne, aber erst dann zu erwarten sei, wenn die Zerschlagung des Reiches durch die alliierten Truppen unmittelbar bevorstehe. So sahen das auch die Analysten im OSS, die die Putschisten – »bankrotte Generäle, nationalistische Intellektuelle und (möglicherweise) nationalistische Sozialdemokraten und Beamte« – schon deshalb ablehnten, weil deren Ziele mit den eigenen, inzwischen fixierten Forderungen nach einem grundlegenden Wandel der sozialen Strukturen in Deutschland als Voraussetzung einer erfolgreichen Demokratisierung unvereinbar waren.[28]

---

[27] Heike Bungert, »Ein meisterhafter Schachzug«. Das Nationakomitee Freies Deutschland in der Beurteilung der Amerikaner, 1943–1945, in: Heideking/Mauch, Geheimdienstkrieg gegen Deutschland (s. Anm. 24), S. 90ff.

[28] Anthony J. Nicholls, American Views of Germany's future during World War II, in: Kettenacker, Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg (s. Anm. 3), S. 77ff.; Seba-

Jenseits der Politikberatung wirkten andere naturalisierte Emigranten als Armeeangehörige unmittelbar an der Umsetzung der Besatzungspolitik mit. Beispielhaft genannt sei die von dem Ökonomen John K. Galbraith zusammengestellte Arbeitsgruppe, die im Auftrag des »US Strategic Bombing Survey« seit dem Einmarsch anglo-amerikanischer Verbände in die westlichen Rheinlande im Herbst 1944 die Folgen der alliierten Luftangriffe zu untersuchen begann. Für Galbraith lasen sich die Namen der Mitglieder »wie ein Adelsregister der kommenden Ökonomen-Generation«, darunter zahlreiche Emigranten, nicht nur wie Paul Baran aus den USA, sondern mit Nicholas Kaldor, Jürgen Kuczynski und Ernst F. Schumacher – Verfasser des später bedeutenden Werks »Small is beautiful« – auch aus England. Auf deren Kompetenz, so ebenfalls Galbraith, hatten die Briten, »vorsichtiger oder auch fremdenfeindlicher als wir«, augenscheinlich bei ihren Kriegsanstrengungen nicht zurückgreifen wollen.[29] Das zeigt auch die Gründung eines »Labor Desk« durch das OSS in London, der im Unterschied zu offiziellen britischen Diensten Kontakte mit exilierten Repräsentanten der europäischen Arbeiterbewegung suchte, wobei auch hier vorzugsweise die jüngeren Aktivisten angesprochen wurden.[30]

Zur gleichen Zeit begannen frühere Emigranten der »Psychological Warfare Division« mit Vernehmungen der Deutschen in den bereits besetzen Gebieten, deren Ergebnisse die bereits vorbereiteten, auf gruppendynamische Feldforschungen des Psychologen Kurt Lewin zurückgehenden Umerziehungspläne konkretisieren sollten. Sie beruhten auf den Emigranten-Empfehlungen im OSS, daß die Entnazifizierung mehr erfordere als die Ausschaltung der alten Nazis aus dem öffentlichen Leben.[31] An der tatsächlichen Realisation arbeiteten dann andere Emigranten dieser Abteilung mit, für die stellvertretend nur die Schriftsteller Hans Habe, Stefan Heym oder Golo Mann als Kulturoffiziere beim Wiederaufbau demokratischer Medien genannt seien. Schließlich haben diverse Juristen an den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher mitgewirkt, darunter John H. E. Fried und der stellvertretende US-Hauptankläger Robert M. W. Kempner, vor 1933 Justitiar in der Polizeiabteilung des Preußischen Innenministeri-

---

stian Haffner, Germany: Jekyll and Hyde, London 1940, S. 148f.; Heideking/Mauch, USA und deutscher Widerstand (s. Anm. 24), S. 101ff.

[29] John Kenneth Galbraith, Leben in entscheidender Zeit. Memoiren, München 1984, S. 201ff.

[30] In der Schlußphase des Krieges wurden aus diesem Kreise vom OSS Agenten für den Widerstand und die letzte Informationsbeschaffung rekrutiert und illegal nach Deutschland gebracht. Vgl. Heideking/Mauch, Geheimdienstkrieg gegen Deutschland (s. Anm. 24), S. 71ff.; dazu auch Martin Rüther u.a. (Hrsg.), Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46, München 1998, bes. S. 235ff.

[31] Saul K. Padover, Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer, New York 1946; dt. Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt/M. 1999. Vgl. a. Söllner, Zur Archäologie der Demokratie (s. Anm. 23), S. 145ff.

ums, während der Soziologe Hans Speier von der New School for Social Research für die »Information Control Division« von OMGUS an der Vermittlung der Prozesse in der deutschen Öffentlichkeit mitwirkte. Als erfahrener Interpret der NS-Propaganda und Vertreter des »Office of War Information« hatte Speier schon während des Krieges zum Redaktionsstab der zunächst in Algier, dann in Rom gedruckten OSS-Zeitung »Das Neue Deutschland« gehört, die als Organ einer geheimen Friedenspartei in Deutschland aufgemacht war und von Agenten in die deutschen Einheiten an der Westfront und in Südeuropa geschleust wurde.[32]

Diese punktuellen Beispiele deuten an, in welcher Breite sich die Emigranten in den USA integriert hatten und in welchem Ausmaß nur dort auf deren Erfahrungen und Sachkompetenz zurückgegriffen wurde. Emigranten haben nicht nur die amerikanische Wissenschaftsgemeinschaft mit neuen Fragestellungen und originellen theoretischen Ansätzen bereichert, sondern als neue Staatsbürger während des Krieges auch an der Gestaltung von Politik und deren Umsetzung mitgewirkt sowie an der Neugestaltung ihrer alten Heimat nach 1945, informell oder direkt, teilgenommen.

Welche nachwirkende intellektuelle Schubkraft damit zugleich freigesetzt wurde, zeigte sich nach dem Tode Roosevelts im April 1945 und dem beginnenden Kalten Krieg. Während sich ein Teil der intellektuellen New Dealer in der heraufziehenden Hexenjagd des McCarthyismus aus dem öffentlichen Leben zurückzog und in Schweigen verfiel, suchten andere mit neuen Gruppenbildungen das Erbe Roosevelts zu bewahren. Aus solchen Aktivitäten ging dann auch der 1950 in Berlin gegründete »Congress for Cultural Freedom« und die ihm angeschlossene Zeitschrift »Der Monat« hervor. Sicher kein Zufall ist, daß in diesem bis in die sechziger Jahre einflußreichen Netzwerk westlicher Intellektueller – überwiegend New Dealer, Linksliberale und Sozialdemokraten, aber auch einige ehemalige kommunistische Renegaten – die Emigranten eine herausragende Rolle spielten.[33] Sie stellten unter anderem mit Franz Neumann, Golo Mann, den Schriftstellern Hermann Kesten und Walter Mehring 7 der 25 amerikanischen Gründungsdelegierten, während prominente Remigranten wie Willy Brandt, Max Brauer, Ernst Reuter oder die langjährigen Beobachter der sowjetischen Entwicklung Franz Borkenau und Richard Löwenthal zu Verbindungsleuten in Deutschland wurden. Der Congress wollte nicht allein den ideologischen

---

[32] Ernst C. Stiefel u. Frank Mecklenburg, Deutsche Juristen im amerikanischen Exil (1933–1950), Tübingen 1991, S. 181ff.; Hans Speier, From the Ashes of Disgrace. A Journal from Germany 1945–1955, Amherst 1981; Ernst Kris u. Hans Speier, German Radio Propaganda. Report on Home Broadcasting during the War, New York u. a. 1944.

[33] Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 188ff., 229f. Zur amerikanischen Situation vgl. Richard H. Pells, The Liberal Mind in a Conservative Age. American Intellectuals in the 1940s and 1950s, Middletown 1989; Alan M. Wald, The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s, Chapel Hill-London 1987.

Herausforderungen des Ostblocks im Kalten Krieg mit seinen Weltfriedenskampagnen und den Versuchen der aus Moskau zurückgekehrten Emigranten, die kulturelle Hegemonie im Nachkriegsdeutschland zu gewinnen, ein eigenes, auf Freiheit, Antitotalitarismus und sozialer Gerechtigkeit beruhendes weltanschauliches Konzept entgegenstellen. Seine geistige Offensive richtete sich zugleich gegen mögliche nationalistische oder neutralistische Strömungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Italien.

IV.

Im Unterschied zu den emigrierten Intellektuellen waren die geflohenen Vertreter der politischen Parteien, die ihr erzwungenes Exil lediglich als Wartesaal einer künftigen Rückkehr begriffen, ohne vergleichbaren Einfluß geblieben. Das gilt sogar für die größte und bedeutendste Gruppe in London, die bis zum Kriegsausbruch zum Zentrum nicht nur der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führungsetagen geworden war. Auch in den USA, die nicht zum primären Ziel der politischen Exilanten zählten und erst 1940 nach der französischen Niederlage zur letzten, alternativlosen Zuflucht für die Verfolgten aus der Menschenfalle des unbesetzten Südfrankreich wurden, blieben die Versuche einer überparteilichen politischen Sammlung ohne Wirkung. Der unter der Leitung des Theologen Paul Tillich 1944 als Antwort auf das Moskauer NKFD gegründete »Council for a Democratic Germany« hoffte trotz seines prominenten amerikanischen Förderkreises vergeblich, von der Washingtoner Regierung zu Beratungen herangezogen zu werden oder selbst gestaltend in einem befreiten Deutschland wirken zu können.[34]

Alle Erwartungen der unterschiedlichen Exilgruppen, von den alliierten Regierungen als autonome Repräsentanten des »anderen Deutschland« anerkannt oder gar zu den Nachkriegsplanungen herangezogen zu werden, erwiesen sich als Illusionen. Ihre unzähligen Programmentwürfe[35] für eine neue deutsche und europäische Friedensordnung im Rahmen der eigenen alten Parteigruppierungen oder in neuen Bündniskonstellationen – sie werden in den nachfolgenden Beiträgen von Winfried Becker, Ludwig Eiber und Ulrike Hörster-Philipps vorgestellt – standen in auffallendem Kontrast zum Desinteresse der politischen Entscheidungsträger und sogar der politi-

[34] Ursula Langkau-Alex u. Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York, 1944–1945. Aufsätze und Dokumente, Frankfurt/M. 1995.

[35] Vgl. etwa das umfangreiche Werk von Rainer Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945, Düsseldorf 1999.

schen Freunde in den Bruderparteien oder vergleichbarer weltanschaulicher Lager in den Zufluchtsländern. Das galt selbst für die KPD-Emigration in der Sowjetunion, deren Führungskader, so der Beitrag von Jörg Morré, aber immerhin in einer kurzen Phase vom ZK der KPdSU mit Nachkriegsplanungen beauftragt worden waren. Wohl haben in den USA diverse Exilanten auf unzähligen Vortragsreisen über die Verhältnisse in Deutschland zu informieren gesucht, ob sie dabei in ihrem Sinne aufklärend wirkten und ein positives Meinungsklima für ihre künftigen politischen Ziele zu erzeugen vermocht haben, darüber ist bis heute kaum etwas bekannt.[36]

Weder die amerikanische noch die britische Regierung hatten eine hohe Meinung vom deutschen politischen Exil, dessen innere Differenzen und Zerstrittenheit nicht unbekannt geblieben waren. Eine deutsche Exilregierung konnte deshalb – anders als bei den Flüchtlingen aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern – nie gebildet werden. Zu lange liefen die Auseinandersetzungen der Deutschen, das zeigt das gescheiterte Volksfrontprojekt 1936/37 in Paris, entlang der alten ideologischen Kampflinien und Lagermentalitäten der zwanziger Jahre. Dabei sind die räumliche Zerstreutheit der Flüchtlinge und die beschränkten Kommunikationsmittel zu berücksichtigen, die hier und da vor Ort während des Krieges allerdings zu neuen Verständigungsformen und zur Überwindung der ideologischen Gräben geführt haben. Darüber hinaus beruhte der Legitimationsanspruch der politischen Exilanten darauf, »Treuhänder« der in Deutschland zum Schweigen verurteilten antinazistischen Massen und Sprachrohr ihres Widerstandes zu sein, der zur Selbstbefreiung der Deutschen von der NS-Diktatur führen würde, tatsächlich aber unter dem totalen Terror nie eine realistische Chance hatte.

Trotz der Erfolglosigkeit im Exil haben die nach dem Krieg zurückgekehrten Vertreter der politischen Gruppen, überwiegend Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aber ebenfalls wichtige Anstöße für den demokratischen Neuaufbau geben können, auch wenn das angesichts der in der Öffentlichkeit verbreiteten Widerstände gegen die Remigranten in den ersten Nachkriegsjahren nur in langfristiger Perspektive wirksam und erkennbar wurde. Denn im politischen Vakuum hatten sie trotz ihrer Isolierung während der vergangenen 12 Jahre nicht gelebt. Sie hatten die zivilen Normen und Umgangsformen funktionierender Demokratien kennengelernt, zu nennen wären hier neben Großbritannien auch die Schweiz und die skandinavischen Länder, die nicht ohne Wirkung auf das eigene Selbstverständnis geblieben sind. Das zeigen beispielsweise die »Unions«-Pläne des sozialdemokratischen Exils in London, die zur erfolgreichen Sammlung der verschiedenen sozialistischen Gruppen führten und im Unterschied zu deren früherem Antikapitalismus aus der Zeit vor 1933 programmatisch an die interventionsstaatlichen Vorstellungen des keynesianischen Modell an-

[36] Vgl. dazu Christa Fladhammer u. Michael Wildt (Hrsg.), Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946, Hamburg 1994.

knüpften. Ähnliche Einflüsse sind bei den Remigranten aus Skandinavien auszumachen, bei denen die Wohlfahrtsökonomien dieser Ländern ebenfalls ihre Prägungen hinterlassen hatten.[37] Zu den Ausnahmen gehörte dagegen der frühere Reichskanzler Heinrich Brüning, der nach dem subtilen Porträt Rudolf Morseys als verbitterter, selbstgerechter Solitär, voller Ressentiments gegen das »Emigrantentreiben« seiner Schicksalsgenossen in den USA lebte und auch später mit seiner schroffen Kritik zunächst an der Politik der Besatzungsmächte und dann der Adenauer-Regierung zwischen allen Stühlen saß, so daß seine Rückkehr zur Reise in eine nicht mehr verstandene Welt wurde.

Die allgemeinen Konturen des von den politischen Rückkehrern und ehemaligen Emigranten im Dienste der Besatzungsbehörden beförderten Modernisierungs- und Westernisierungsprozesses in den westlichen Besatzungszonen beziehungsweise der Bundesrepublik sind mittlerweile bekannt. Hinzu kommen die Vertreter diverser Berufsgruppen, deren Engagements den Prozeß der Reorientierung flankierten. Zurückgekehrte Wissenschaftler etwa trugen dazu bei, daß die Universitäten den Anschluß an die internationale Diskussion wiederfanden. Das dokumentieren die Aktivitäten des nach Frankfurt remigrierten Instituts für Sozialforschung und der Neuaufbau ganzer Disziplinen wie der Politikwissenschaft und der Soziologie.[38] Klaus Helbergs Beitrag informiert darüber am Beispiel des aus Großbritannien zurückgekehrten Juristen Gerhard Leibholz, der zu den Mitbegründern der Politikwissenschaft als neues Universitätsfach gehörte. Die zahlreichen Facetten dieses Kulturtransfers und die Rolle der Remigranten als »bridge builders«, als Vermittler der transatlantischen Wertegemeinschaft und wie die Formeln sonst noch lauten, bedürfen jedoch noch der genaueren Klärung, ebenso die Prüfung, ob solche Wirkungen eher von Einzelnen oder von Gruppen und Netzwerken entfaltet werden konnten; die Remigrationsforschung steht erst am Anfang.

V.

Die Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, deren Ziel es ist, die Aufarbeitung der Geschichte des demokratischen »anderen Deutschland«, seinen Widerstand gegen die NS-Diktatur und seinen Beitrag zum Wiederaufbau nach dem Kriege zu unterstützen, hat in den vergangenen Jahren einige

[37] Werner Röder, Die sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Bonn-Bad Godesberg 1968; vgl. a. die verschiedenen Beiträge in Claus-Dieter Krohn u. Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997.

[38] Clemens Albrecht u. a. (Hrsg.), Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt-New York 1999.

Forschungsimpulse zur Rückkehr von Exilanten und Emigranten gegeben. Unter anderem sind auf einer ersten Tagung 1996 die allgemeinen Remigrationsbedingungen, wichtige Rückkehrergruppen sowie einzelne Personen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und die von ihnen mitgebrachten Anregungen für den demokratischen Aufbau vorgestellt worden.[39] Der vorliegende Band, der die Beiträge einer von Heinz Boberach in Zusammenarbeit mit der Weichmann Stiftung und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien vorbereiteten Tagung enthält, schließt daran an. Nach jener ersten Bestandsaufnahme war das Thema diesmal enger und konkreter gefaßt. Anläßlich des 50. Gründungstages der Bundesrepublik wurde nach den Einflüssen von Emigranten und Remigranten auf die verfassungspolitische Neuordnung Nachkriegsdeutschlands gefragt, womit nicht nur die Kodifizierung der Verfassungsnormen zunächst in den einzelnen Ländern und dann des Grundgesetzes, sondern auch die Verfassungswirklichkeit in Deutschland nach 1945 gemeint ist. Das gilt zum Beispiel für die Wirtschaftsordnungsdebatte. Von Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurden keynesianische und andere »Dritte Weg«-Ansätze diskutiert, von den Markttheoretikern der sogenannte »Ordo-Liberalismus«. Entwickelt worden war dieses Modell sowohl von Ökonomen im Lande, genannt seien etwa Walter Eucken, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, als auch von Emigranten wie Wilhelm Röpke in Genf und Alexander Rüstow in Istanbul. Ob es genealogisch auf den marktwirtschaftlichen Extremismus der Österreich-Emigranten Ludwig von Mises und Friedrich A. Hayek zurückgeführt werden kann, so der Beitrag von Jürgen Schneider, mag dahingestellt bleiben. Der Blick ist weiterhin nicht allein auf die ehemaligen Westzonen und die Bundesrepublik Deutschland gerichtet, sondern bezieht mit den Beiträgen von Michael F. Scholz und Jörg Morré auch die Sowjetische Besatzungszone ein, die einen ersten Vergleich zu den dortigen Transformationsprozessen bieten.

Vorgestellt werden die teilweise bis weit in die Kriegsjahre zurückreichenden Neuordnungspläne von Exilanten und Remigranten, die für die Tagung auch in einer eigenen Dokumentation vorgestellt wurden.[40] Wenn solche Entwürfe wie angedeutet von den Entscheidungsträgern der alliierten Regierungen zwar kaum beachtet wurden, so zeigt sich ihre Substanz und Bedeutung aus der Nachkriegsperspektive aber in der »Anschlußfähigkeit« ihrer Vorstellungen im konkreten Prozeß des demokratischen Aufbaus, in den nicht nur die alliierten Vorgaben, sondern eine Vielzahl von Anregungen unterschiedlicher Gruppen im Lande wie aus Kreisen der Rückkehrer eingeflossen sind. Sie waren um so leichter zu vereinbaren, je mehr ihnen gemeinsame Überzeugungen zugrunde lagen. Die meisten der von politi-

[39] Krohn/von zur Mühlen, Rückkehr und Aufbau (s. Anm. 37).

[40] Heinz Boberach (Hrsg.), Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahren 1940 bis 1949, Hamburg 1999.

schen Gruppen und von einzelnen Personen in unterschiedlichen Zufluchtsländern kommenden Entwürfe und Vorschläge boten vor dem Hintergrund der Weimarer Republik und der Exil-Erfahrungen tatsächlich zahlreiche Anknüpfungen sowohl zu den alliierten Vorgaben als auch zu den Vorstellungen der Fachleute in Deutschland.

Insbesondere gilt das für den föderalen Aufbau des künftigen Staates einschließlich der Auflösung oder Verkleinerung des Landes Preußen, aber auch für die Präferenz zum Zweiparteiensystem, die hier und da mit der Idee volksparteilicher Organisationsformen verbunden wurde, um das alte weltanschauliche Lagerdenken zu überwinden. Am Beispiel der Verfassunggebung in Bayern, Gegenstand auch der großen Studie von Barbara Faith[41], zeichnet Elke Seefried diesen Diskussionsprozeß nach. Ihr Beitrag dokumentiert die maßgebliche Beteiligung ehemaliger Emigranten aus der Schweiz an der Verfassungsarbeit; er enthält die Zusammenfassung einer größeren Schrift, die im Preisausschreiben der Weichmann Stiftung für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausgezeichnet wurde. Gelegentlich kam es in den verfassungspolitischen Auseinandersetzungen zu kuriosen Argumentationsverläufen. So zeigt Wolfram Werner, daß in den Grundgesetzberatungen im Parlamentarischen Rat deutsche Experten das amerikanische Präsidialmodell präferierten, während es von den Rückkehrern aus den USA mit höchster Skepsis beurteilt wurde. Eindeutiger fällt der Befund Manfred Heinemanns zum Aufbau der deutschen Schulverfassungen aus, die in allen Besatzungszonen – mit Ausnahme der französischen – eher an die von NS-Widerständlern vermittelten Ideen der Weimarer Reformpädagogik anknüpften als an die von Remigranten aus den Zufluchtsländern mitgebrachten Erziehungsgrundsätze.

Für den Prozeß der Konsensfindung ist weiterhin zu berücksichtigen, daß die Strategien der US-Militärbehörden trotz konkreter Zielvorstellungen nicht ohne Widersprüche waren: Zum einen ihre anfangs feindliche Distanz zu den Deutschen und der unmißverständliche Anspruch, jene Ziele auch durchzusetzen, zum anderen die Absicht, die unbelasteten Deutschen schrittweise am Neuaufbau aktiv zu beteiligen und ihnen den loyalitätsstiftenden Freiraum eigener Gestaltungsmöglichkeiten zu geben; der zeitgenössische Topos der »Stunde Null« drückte nach 1945 ja deren Bereitschaft und Hoffnung auf einen radikal neuen Anfang aus. Jene Ambivalenzen eröffneten die Partizipationsspielräume der politischen Rückkehrer und der Deutschen im Lande. In der französischen Besatzungszone, so Dieter Marc Schneiders Beitrag, gab es ohnehin in den antipreußisch gefärbten Regionalisierungs- oder gar Autonomiebestrebungen keinen Gegensatz zwischen Militärverwaltung, Remigranten und einem Großteil der Einheimischen. Wie unterentwickelt jene Bereitschaft zum Neuanfang jedoch auch sein konnte, zeigt Irmtrud Wojaks Doppelbiographie der Juristen Fritz Bauer

[41] Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrollen und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldort 1998.

und Robert Kempner. Hatte Kempner als amerikanischer Ankläger in Nürnberg bei der Ahndung der NS-Verbrechen noch zur Kodifizierung neuer, fortan international geltender Rechtsmaterien beitragen können, so stieß die strafrechtliche Aufarbeitung des Unrechtstaates durch den aus Schweden zurückgekehrten späteren Hessischen Generalstaatsanwalt Bauer und der damit gegebene Anstoß für eine demokratische Rechtsordnung in der Bundesrepublik auf unüberwindliche Widerstände. Seine unter Berufung auf angelsächsisches und skandinavisches Recht vorgetragene, eigentlich aber selbstverständliche Idee, daß das überzeitliche Naturrecht in jedem Menschen ein schlechtes Gewissen bei Verstößen gegen ethische Normen hervorrufe und sich die NS-Täter deshalb nicht mit der üblichen Entschuldigung herausreden könnten, das objektive Unrecht ihres Tuns subjektiv nicht erkannt zu haben, fand in der deutschen Nachkriegsjustiz kein Gehör.[42]

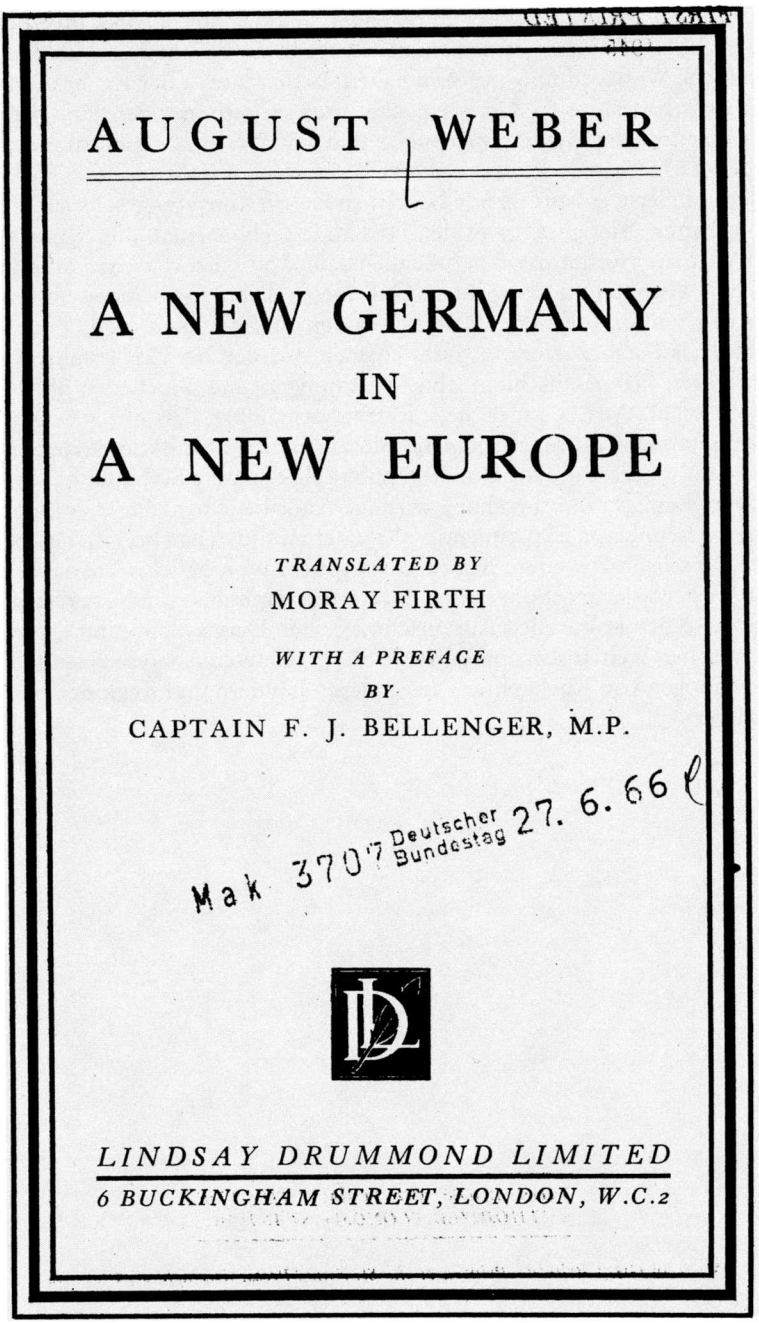
Der Antitotalitarismus des beginnenden Kalten Krieges, der sich sowohl aus westlich-liberalen Freiheitsideen als auch aus den alten antikommunistischen Feindbildern der NS-Zeit speiste, ebnete den weiteren Weg der Konsensbildung. Und wo konzeptionelle Konflikte zwischen den Militärbehörden und den Deutschen auftraten, etwa bei den Grundgesetzberatungen des Parlamentarischen Rates oder den Planungen der Währungsreform, gab es schließlich die zu Bürgern ihres Zufluchtslandes gewordenen ehemaligen Emigranten, die jetzt als Besatzungsangehörige und Kenner beider Seiten die Funktion von Mediatoren übernahmen. Eine solche Rolle übte beispielsweise Hans Simons – vor 1933 Direktor der Hochschule für Politik in Berlin und Oberpräsident in Niederschlesien, in den USA Politikwissenschaftler an der New School for Social Research – als liaison officer zum Parlamentarischen Rat aus.[43] Eine mehr informelle Kontaktpflege für die Amerikaner praktizierte demgegenüber Simons Kollege Carl J. Friedrich von der Harvard University, der allerdings nicht zu den Emigranten nach 1933 zählt, sondern bereits in den frühen zwanziger Jahren als Student in die USA eingewandert war. Er ist hier in die Betrachtung mit einbezogen worden, weil sein demokratietheoretischer Ansatz, so Raimund Lammersdorfs Beitrag, andere Akzente setzte als die Analysen der politikwissenschaftlichen Emigration nach 1933. Daß die Vermittlungsaufgaben ehemaliger Emigranten aber auch weniger erfolgreich sein konnten, zeigt das von Wolfram Hoppenstedt vorgestellte Beispiel des Finanzwissenschaftlers Gerhard Colm, dessen mit der Währungsreform verbundene Planungen zur Veränderung der ökonomischen Struktur in Deutschland am Widerstand der Washingtoner Administration scheiterten.

---

[42] Vgl. dazu Fritz Bauer, Die Kriegsverbrecher vor Gericht, Zürich-New York 1945, S. 146ff., 205ff.

[43] Edmund Spevack, Ein Emigrant in amerikanischen Diensten. Zur Rolle des Politikwissenschaftlers Hans Simons in Deutschland nach 1945, in: Krohn/von zur Mühlen, Rückkehr und Aufbau nach 1945 (s. Anm. 37), S. 321ff.

Naturgemäß können die nachfolgenden Beiträge nur in Auswahl erhellen, welche Anstöße Remigranten bei der Integration der Bundesrepublik in die westliche Werteordnung gegeben haben. In den Jahren der Emigration und des Exils hatten sie die Chance gehabt, sich offensiv mit den Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und daraus, bereichert um neue Erfahrungen in den Zufluchtsländern, entsprechende Lehren zu ziehen. Ihre zivilgesellschaftlichen Botschaften ermöglichten es den im Lande Gebliebenen, die eigenen, nur auf Weimarer Kenntnissen beruhenden demokratietheoretischen und -praktischen Visionen zu überprüfen. Daß dieser diskursive Prozeß angesichts der hier und da verbreiteten Skepsis in der Öffentlichkeit gegen die Rückkehrer als Personifizierungen des eigenen, aus der NS-Zeit resultierenden schlechten Gewissens nicht ohne Spannungen und Blockaden ablief, erstaunt nicht. Aus heutiger Sicht ist aber erkennbar, daß in jenen Auseinandersetzungen die Spielregeln der pluralistischen Demokratie erprobt und eingeübt wurden, die der Bundesrepublik ihre spätere Stabilität gaben. Die weitere Remigrationsforschung wird die Aufgabe haben, dieser erst in Umrissen erkennbaren Experimentierphase der im Entstehen begriffenen Nachkriegsgesellschaft weitere Konturen zu geben. Womöglich wäre dabei auch das Westernisierungskonzept zu differenzieren, indem die bisher vorzugsweise auf den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und der angelsächsischen Welt, insbesondere den USA, gerichteten Analysen ebenfalls die Anregungen von Rückkehrern aus anderen Ländern und Regionen mit einbeziehen.



AUGUST WEBER

A NEW GERMANY IN A NEW EUROPE

TRANSLATED BY
MORAY FIRTH

WITH A PREFACE BY
CAPTAIN F. J. BELLENGER, M.P.

Mak 370 Deutscher Bundestag 27. 6. 66

LINDSAY DRUMMOND LIMITED
6 BUCKINGHAM STREET, LONDON, W.C.2

Oktober 1944

Demokratie, Zentralismus, Bundesstaat und Staatenbund in den Verfassungsplänen von Emigranten

Winfried Becker

Die rund 500 000 Flüchtlinge der deutschsprachigen Emigration zwischen 1933 und 1945 sahen sich in ihren Gastländern wechselnden, teils äußerst schwierigen Situationen ausgesetzt. Diese Opfer rassischer und politischer Verfolgung mußten sich ungewohnten Herausforderungen stellen und bewegten sich zwischen konträren Polen.[1] Manche ergaben sich fatalistisch in das Flüchtlingsschicksal, viele andere betätigten sich in der »karitativen Fürsorge«[2] für Mitvertriebene und Nachzügler oder wurden publizistisch aktiv. Neben die über 400 Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtendienste der sog. reichsdeutschen Emigration, teils Fortsetzungen früherer Parteiorgane, traten zahlreiche andere Veröffentlichungen: Reden und Manifeste, Beiträge zur Presse und zum Rundfunk der einzelnen Gastländer, zeitgeschichtliche oder wissenschaftliche Buchpublikationen, autobiographische Berichte und Auftragsarbeiten etwa für US-Regierungsstellen oder im Dienst des aus der New School for Social Research abgezweigten Institute of World Affairs seit 1943.[3]

---

[1] Werner Röder, Die politische Emigration, in: Claus-Dieter Krohn, Patrik von zur Mühlen, Gerhard Paul und Lutz Winkler unter redaktioneller Mitarbeit von Elisabeth Kohlhaas (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 16–30 und die weiteren Beiträge in diesem Band; Hartmut Mehringer, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997, S. 123–128, 259, 265; die Einleitungen in: Claus-Dieter Krohn u. Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997; sowie in: Manfred Briegel u. Wolfgang Frühwald (Hrsg.), Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms »Exilforschung« der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Weinheim 1988; Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971, S. 14–20; Unterscheidung der »politischen Emigration« von der »jüdischen Massenauswanderung« und dem deutschen Widerstand: Herbert E. Tutas, Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933–1939, München-Wien 1975, S. 7ff.

[2] Karl O. Paetel, Die deutsche Emigration der Hitlerzeit, in: Neue Politische Literatur 5 (1960), Sp. 465–482, 468, 470, 474, 476.

[3] Claus-Dieter Krohn, »Let us be prepared to win the peace«. Nachkriegsplanungen emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler an der New School for Social Research in New York, in: Thomas Koebner, Gert Sautermeister, Sigrid Schneider (Hrsg.), Deutschland nach

Das Bedürfnis nach Identitätswahrung konnte zur selbstgewählten oder durch die Umstände erzwungenen Isolierung im eigenen »Mikrokosmos« führen. Die bestehende Identität, bisherige Einstellungen und Zugehörigkeiten wurden aber auch durch die Einflüsse der Freunde in Frage gestellt, neue Orientierungs- und Lernprozesse setzten ein, die Prägung durch Tradition und die Chance zur Freiheit bzw. der Zwang zur Veränderung traten in ein oft ungelöstes Spannungsverhältnis. Auf die Asylländer, vor allem die USA und England bezogen, bildeten die Akkulturation oder (nach 1945) die Remigration Endpunkte des Spannungsbogens – eine Alternative, die nur durch individuelle Entscheidung vor dem Hintergrund der jeweiligen Berufsaussichten sinnvoll zu treffen war. Die eigene Welt des individuellen Einzelschicksals erweiterte sich: Man nahm den Gedankenaustausch mit Fremden oder bisher Fernstehenden auf. So trat Thomas Mann mit Politikern der Weimarer Zeit in Kontakt. Politiker und Intellektuelle unterschiedlicher nationaler Herkunft suchten sich über Grundprobleme der Zeit zu verständigen, so der französische Philosoph Jacques Maritain mit dem italienischen Parteipolitiker Luigi Sturzo, mit den deutschen Geisteswissenschaftlern Waldemar Gurian, Götz A. Briefs und Karl Thieme. »Dans ce triste monde de barbares modernes, l'amitié reste la grande consolation«.[4] Parteiübergreifende Koalitionen, wenn auch keineswegs institutionell verfestigt, entstanden in dem Council for a Democratic Germany, der unter dem Vorsitz des Theologen Paul Tillich am 3. Mai 1944 an die Öffentlichkeit trat.[5] Der ehemals prominente Zentrumspolitiker Heinrich Brüning rang mit dem früheren Kölner Sozialdemokraten Wilhelm Sollmann um neue Einsichten für eine zukünftige Gestaltung Deutschlands.[6] Im Londoner Exil vollzogen die SPD, die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die Gruppe Neubeginnen und der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) im März 1941 die Einigung zur »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«: Ziel war allerdings nicht die ideologische oder organisatorische Verschmelzung, sondern die Gewinnung einer besseren Aus-

---

Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 123–135, 127–132.

[4] Jacques Maritain an Waldemar Gurian, 23. 12. 1938, über das Treffen mit Gurian in Notre Dame und mit G. Briefs in Washington. Notre Dame Archives, W. Gurian CZAN 1 of 1. University of Notre Dame.

[5] Ursula Langkau-Alex, Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Aufsätze und Dokumente, Frankfurt a. M. 1995, S. 9; der Council vereinigte »Persönlichkeiten aller politischen Richtungen, die sich von jeder Verbindung mit dem Nationalsozialismus freigehalten haben« (P. Tillich). Karl O. Paetel, Zum Problem einer deutschen Exilregierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1956), S. 286–301, 290.

[6] Thomas A. Knapp, Heinrich Brüning im Exil. Briefe an Wilhelm Sollmann 1940–1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22 (1974), S. 93–120; für biographische Angaben: Institut für Zeitgeschichte, Research Foundation for Jewish Immigration (Hrsg.) unter der Gesamtleitung von Werner Röder u. Herbert A. Strauss, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1–3, München 1980–1983.

gangsbasis zur Einwirkung auf die Labour Party und die britischen Gewerkschaften und damit auf die englische Politik.[7] Jedoch haftete all diesen Einigungsversuchen der Ruch des »Parteistreits [...] im luftleeren, engen Raum« an, wie der von dem Sozialdemokraten angefeindete ehemalige Volkskonservative Gottfried Treviranus die politische Atmosphäre unter den Emigrierten mit einer gewissen Bitternis beschrieb.[8] Auch erbten sich alte Parteiungen und Aversionen ungeniert fort. So begründete der achtbare Sozialdemokrat Friedrich Stampfer 1939 die Absage seiner Parteigenossen an eine »provisorische Regierung«, an einen »Nationalrat« oder ein »Nationalkomitee«, für die gerüchteweise Hermann Rauschning, Gottfried Treviranus, Joseph Wirth und Rudolf Breitscheid ins Gespräch gebracht waren, nicht nur mit dem ausschließlichen Führungsanspruch der »alten sozialdemokratischen [...] Arbeiterbewegung«, sondern auch mit Wirths angeblicher Trunksucht, während ihm Rauschning, der Analytiker des nationalsozialistischen Nihilismus, als »Sensations-Schriftsteller niederer Art« galt.[9] Auch aus vielerlei anderen Ursachen, unter anderem wegen der sich seit 1943 verfestigenden negativen Deutschlandplanung der Westalliierten, brachte es die »mit dem Gesicht nach Deutschland« gewandte Emigration nicht zu dem erstrangigen Wirkfaktor einer Exilregierung. Aus begreiflichen Gründen vermochte sie z. B. in den USA auch lange nicht so viele Sympathisanten zu werben, wie dies Vertretern der von Hitler überfallenen Völker möglich war.

Ihre Stärke lag vielmehr in der eindringenden historischen, politik- und wirtschaftstheoretischen, auch sozial- und kulturgeschichtlichen Reflexion, mit der sie die durch Hitlers aggressiven Totalitarismus heraufgeführte Zeitenwende begleitete. Ihre Zeitkommentare verdichteten sich zu praktischen Zukunftsplänen und Verfassungsentwürfen für Deutschland und Europa. Den Rahmen bildete vielfach eine multikausale, verschiedenartige Ursachenkomplexe der zeitgeschichtlichen Entwicklung einbeziehende Perspek-

[7] Werner Röder, Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 72–86, 73 f.; ders., Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, S. 93–102. Übersicht über die sozialdemokratischen Richtungen in den Vereinigten Staaten: Rainer Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945, Düsseldorf 1999, S. 492–558.

[8] Gottfried R. Treviranus, Für Deutschland im Exil, Düsseldorf 1973, S. 177. Vgl. Katharina Meyer, Keiner will sie haben. Die Exilpolitik in England, Frankreich und den USA zwischen 1933 und 1945, Frankfurt a. M. 1998.

[9] Rudolf Katz an Friedrich Stampfer, New York 14. 11. 1939; Friedrich Stampfer an Rudolf Katz; Paris 13. 12. 1939. Erich Matthias (Hrsg.), Werner Link (Bearb.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968, S. 428, 435.

tivik.[10] Natürlich treten auch Bedingungen oder gar Beschränkungen des Verfassungsdenkens im Exil hervor: Darunter sind – wenn auch im Folgenden nicht jederzeit nachweisbar – zu nennen: die allgemeine Prägung durch die politische Landschaft der Weimarer Republik, die selbsterworbene ideologische Ausrichtung im engeren Sinne, die Fixierung auf eine herkömmliche Sachkenntnis und Verwaltungserfahrung und auf den eigenen Erlebnishorizont, wenn es um die Erarbeitung konkreter Vorschläge ging, nicht zuletzt die Machtlosigkeit gegenüber der alliierten Deutschlandplanung. Diese zwang dazu, die militärische Niederringung Hitlers bis zum bitteren Ende ohne nennenswertes Eingreifen des Exils und des Widerstands, gleichsam den »militärischen Kaiserschnitt« für ein neues Deutschland, mitzutragen, obwohl dadurch der Spielraum für einen autonomen Neuanfang außerordentlich beschnitten wurde.[11]

Nicht nur aus diesen Faktoren ergaben sich Gemeinsamkeiten, die die Konturen der ins Exil transferierten unterschiedlichen politischen Parteiungen verschwimmen ließen.

Trotz der Nonkonformität jedes individuellen Exil-Schicksals bietet andererseits die Zugehörigkeit zu verschiedenen Lagern, die in der Emigration fortdauerte, wichtige Anhaltspunkte, um die Vorstellungen maßgeblicher Emigranten über den Neuaufbau einer staatlichen Ordnung aus ihrer historischen Genese und Bedingtheit zu begreifen.

Statt nur von der Zweiteilung in eine sozialistisch-kommunistische und eine »konservative Emigration« auszugehen[12], empfiehlt es sich aus heuri-

---

[10] Unveröffentlichte Ausarbeitungen z. B. im NL Hans Jaeger. Institut für Zeitgeschichte, München [IfZ], ED 210. Vgl. Heinz Boberach, Patrik von zur Mühlen, Werner Röder u. Peter Steinbach (Hrsg.), Quellen zur deutschen politischen Emigration 1933–1945. Inventar von Nachlässen, nichtstaatlichen Akten und Sammlungen in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland, München 1994; Brita Eckert, Gabriele von Glasenapp, Barbara Brunn (Bearb.), Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutschsprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Bearb. im Deutschen Exilarchiv 1933–1945 der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main, München 1993; Heinz Boberach, Quellen zur Exilforschung, in: C.-D. Krohn, P. v. z. Mühlen, G. Paul, L. Winkler, Handbuch (s. Anm. 1), Sp. 1209–1222; die Angaben bei Martin Schumacher (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, Düsseldorf ^{3}1994.

[11] Kritik aus sozialistischer Sicht: Das deutsche Volk, das gerade von der Terrorherrschaft befreit sei, werde nach Jalta außerhalb des geltenden Rechts gestellt, unter Ausschluß einer »aktiven Mitwirkung der alten Nazigegner« am Neuaufbau. August Siemsen, Yalta und der Friede, in: La Otra Alemania. Das Andere Deutschland. Organo de los Alemanes democraticos de la America del SUR, 7 Nr. 92 (Marzo 1945), S. 4 f. (Jahrgänge 1938–1949 im Institut für Zeitgeschichte, MZ 21/6).

[12] So H. Mehringer (s. Anm. 1), S. 259–263; ähnlich die Unterscheidung zwischen einem linken und einem liberalen, christlichen, konservativen, bürgerlichen Lager (im Singular) bei Patrik von zur Mühlen, Programmatik und Bündnispolitik deutscher Exilgruppen 1933–1939, in: Michel Grunewald, Frithjof Trapp (Hrsg.), Autour du »Front Populaire

stischen Gründen eher, ein (gleichfalls noch unbefriedigendes) Fünf- oder Sechs-Gruppen-Modell anzusetzen, um die Produzenten der Neuordnungsvorstellungen wenigstens ansatzweise zu erfassen. 1. Christliche Kreise, nicht auf Anhänger der ehemaligen Zentrumspartei beschränkt, bildeten sich in Paris, in der Schweiz und in den USA. 2. Damit keineswegs identische konservative ›Einzelkämpfer‹ wie Otto Straßer, Gottfried Treviranus und Hermann Rauschning traten hauptsächlich in den USA auf. 3. Angehörige einer liberal-bürgerlichen Weimarer Partei- und Verwaltungselite äußerten sich im britischen und amerikanischen Exil. 4. Zahlenmäßig am stärksten (außer den Juden) waren die ca. 3000 deutschen Sozialdemokraten, ergänzt durch programmatisch differierende sozialistische Splittergruppen, in Prag, Paris, London, Stockholm, Oslo, in der Schweiz und in den USA vertreten. 5. Trotz partieller Zusammenarbeit mit Sozialisten und Bürgerlichen, z. B. in der Pariser Volksfront von 1935–1937 und bei Hilfsaktionen, sind die Kommunisten als eigene Gruppe zu betrachten, die den teils grausamen Pendelschlägen der Fremdsteuerung aus der Moskauer Zentrale Tribut zollen mußten: bei den Säuberungen 1936–38 in der Sowjetunion, anläßlich der Auslieferungen an Deutschland nach dem Hitler-Stalin-Pakt und bei der die antifaschistisch-nationale kommunistische Nachkriegspolitik präformierenden Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Krasnogorsk 1943. 6. Sehr negativ standen Deutschland die sog. Vansittartisten um den Vielschreiber Emil Ludwig und den Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster gegenüber.

1. Demokratie

Ihre christlichen Standpunkte führten Jacques Maritain, Waldemar Gurian und Dietrich von Hildebrand zu grundlegenden Abgrenzungen eines freiheitlichen oder demokratischen Staates von der Diktatur neuen Typs, die der Nationalsozialismus und der Faschismus verkörperten. Der Neuthomist Maritain trat spätestens 1935 aus Meudon bei Paris in Brief-Kontakt mit dem brillanten Schriftsteller und Zeitbeobachter Gurian, der seit seinem Übergang ins Schweizer Exil 1934 zusammen mit Michael Otto Knab die schonungslos das NS-Regime attackierenden »Deutschen Briefe« herausgab. Gurian erhielt 1937 eine Professur an der University of Notre Dame.[13]

Allemand«. Einheitsfront – Volksfront. Études réunies, Bern 1990, S. 13–24, 14. Das Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945 (s. Anm. 1) unterscheidet bezüglich des politischen (deutschen) Exils zwischen »Sozialdemokraten«, »Kommunisten«, »linken Kleingruppen«, »Gewerkschaftern«, »Christen und Konservativen«, »Liberalen« und »Pazifisten«.

[13] Heinz Hürten (Bearb.), Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration, Bd. 1, 1934–1935, Mainz 1969, Einleitung; E. C. Stibili, Refugee Professors at

Die Niederlage Frankreichs trieb Maritain ins amerikanische Exil. Seit 1940 hielt er Vorlesungen und Vorträge zunächst in Toronto, dann in New York und an der Universität Princeton. 1943/44 leitete er die Ecole Libre des Hautes Etudes in New York, eine von den USA und von Repräsentanten Belgiens, Frankreichs und der Tschechoslowakei unterstützte Exil-Universität, die eng mit der benachbarten New School for Social Research kooperierte. 1941/42 entwarf Maritain ein von der US-Regierung aus Gründen der psychologischen Kriegführung, vor allem zur Abwehr nationalsozialistischer Einflüsse in Mittel- und Südamerika, begrüßtes Manifest[14] amerikanischer und europäischer Katholiken. Aus diesem Anlaß trat Maritain 1942 auch mit deutschsprachigen Exilanten in Verbindung. Er suchte neben vielen anderen Gurian, den aus Deutschland (1933) und Österreich emigrierten Philosophen Dietrich von Hildebrand, 1941–1960 Professor an der Fordham University in New York, Hildebrands Mitarbeiter, den Privatdozenten Balduin Schwarz, einen Schüler von Peter Wust, und den in Wien geborenen Osteuropa-Historiker Oskar Halecki für die Unterzeichnung des Manifestes zu gewinnen.[15]

Dieses erklärte den Totalitarismus zur schwersten Bedrohung nicht nur der Staaten und Völker, sondern der ganzen Zivilisation freier Menschen. Das Wesen des Nationalsozialismus wurde im »matérialisme biologique« gesehen, parallelisierbar dem historischen Materialismus, in der Proklamierung und brutalen Durchsetzung einer rassistischen, neuheidnischen Gegen- oder Ersatzreligion. Das Manifest wies unter Berufung auf Papst Pius XI. den Antisemitismus und jede Diskriminierung von Gruppen aus religiösen oder rassischen Gründen zurück. Der vom »biologischen Materialismus« abgeleiteten These der Minderwertigkeit des jüdischen Volkes stellte Hildebrand die Kulturleistung des Judentums für das christliche Abendland und die unvergleichliche »Mission des jüdischen Volkes« ge-

---

Notre Dame 1930–1960, in: Notre Dame History CNDS 21/1, Manusc. 14.5.1970, S. 1–36, 11–14, Notre Dame Archives. Gurian (1902–1954), geboren in St. Petersburg als Sohn russischer Eltern jüdischen Glaubens, konvertierte 1914 in Deutschland; Promotion 1923 bei Max Scheler zum Dr. phil., bedeutender katholischer Publizist in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik mit bahnbrechenden Studien über die Jugendbewegung (1924), den Bolschewismus (1931, 1935) den französischen Nationalismus (1921) und Katholizismus (1928). Seit 1937 hielt er in Notre Dame »classes in economics« und »classes in politics«.

[14] Devant la crise mondiale. Positions catholiques. Xerokopie mit Unterschrift von Sigrid Undset. Jacques Maritain Center JM 18/05, University of Notre Dame. Druck des Manifests von 1942: Jacques et Raissa Maritain, Œuvres complètes, Vol. 7, 1939–1943, Fribourg 1988, S. 1215–1229. Vgl. Adolf A. Berle, Assistant Secretary (Department of State), an Jacques Maritain, Washington 19.5.1942; Rev. John A. F. Maynard an Jacques Maritain, New York 1.2.1944. Jacques Maritain Center JM 18/01 u. 18/13, University of Notre Dame.

[15] Jacques Maritain an Waldemar Gurian, New York City 2.3.1942. Notre Dame Archives (s. Anm. 4).

genüber, Träger »der übernatürlichen Offenbarung« gewesen zu sein.[16] Hildebrand hatte in Wien vor »dem Anschluß« zusammen mit dem Kaplan Johannes Maria Österreicher publizistisch für das gegenseitige Verstehen von Juden und Christen gewirkt. Österreicher, auch Leiter der Pauluswerke in Wien, bekämpfte den Antisemitismus in seiner Zeitschrift »Die Erfüllung« sowie in seinem 1943 in New York veröffentlichten Buch »Racisme, Antisemitisme, Antichristianisme«.[17]

Aus einer transzendenten Weltsicht folgerichtig erfaßte Gurian ein Wesensmerkmal Hitlers in dessen hemmungslosem Willen zur Macht. Der skrupellose Agitator habe darum über die Verwaltungs- und Militäreliten triumphieren können, weil diese nur allzu bereit gewesen seien, sich von den durch das NS-Regime gebotenen neuen Möglichkeiten eines unbegrenzten technizistischen Perfektionismus faszinieren und korrumpieren zu lassen.[18] Gurians Kritik am Fehlen übergeordneter Maßstäbe bei den deutschen Führungsschichten berührte sich mit Rauschnings Herausarbeitung der nihilistischen Komponente der NS-Bewegung. Die mit neo-thomistischen Denkansätzen vertrauten Autoren vertraten darüber hinaus Gedanken eines Neuaufbaues, die von traditionellen Analyse-Kriterien der katholischen Gesellschaftslehre ausgingen. Gurian wollte bei der Neuorganisation der staatlichen Gewalt zwischen Zwecken und Mitteln unterschieden wissen.[19] Don Sturzo forderte zur Überwindung des zur Staatsomnipotenz gesteigerten Nationalismus auf.[20] Maritain plädierte für die Schaffung neuer, organisch statt libertär aufgebauter freiheitlicher Institutionen und

---

[16] Alice von Hildebrand, Rudolf Ebneth, Ernst Wenisch (Hrsg.), Dietrich von Hildebrand. Memoiren und Aufsätze gegen den Nationalsozialismus 1933–1938, Mainz 1994, S. 340–358 (Die Juden und das christliche Abendland, 1937), S. 189.

[17] Balduin Schwarz, Erinnerungen an das Wirken Dietrich von Hildebrands in Deutschland und in Österreich. A. v. Hildebrand, R. Ebneth, E. Wenisch (s. Anm. 16), S. 363; David Bankier, The Response of German Conservative Exiles to Nazi Antisemitism, in: Yehuda Bauer, Alice Eckardt u. a. (Hrsg.), Remembering for the Future. Working Papers and Addenda, Vol. I, Jews and Christians During and After the Holocaust, Oxford 1989, S. 18–30, 19; Rudolf Ebneth, Die österreichische Wochenschrift »Der Christliche Ständestaat«. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938, Mainz 1976, S. 185 f.; Beziehungen der Gruppe um den »Christlichen Ständestaat« nach Italien: Klaus Voigt, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945, Bd. 1, Stuttgart 1989, S. 259 f.

[18] Waldemar Gurian, The Sources of Hitler's Power, in: The Review of Politics 4 (1942), S. 379–408, 397 f. Maritain sprach sich über die Qualität dieses Artikels lobend aus. Jacques Maritain an Waldemar Gurian, New York City 24. 11. 1942. Notre Dame Archives (s. Anm. 4).

[19] Waldemar Gurian, On the Future of Germany, in: The Review of Politics 7 (1945), S. 3–13. Diese wichtige Zeitschrift wurde 1939, die Zeitschrift »Social Research« 1934 begründet. J. Radkau, Emigration (s. Anm. 1), S. 36, 214 ff.

[20] Luigi Sturzo an Jacques Maritain, Jacksonville/Fla. 8. 3. 1942. Jacques Maritain Center JM 18/05 (s. Anm. 14). Sturzo, 1919 Parteigründer der Italienischen Volkspartei, befand sich von 1924–1946 im Exil in Paris, London und den USA. Vgl. Corrado Malandrino (Hrsg.), Luigi Sturzo – Mario Einaudi. Corrispondenza americana (1940–1944), Roma 1998.

für die weltweite Besinnung auf die allgemeingültigen Prinzipien der Humanität.[21] Hildebrand machte sich zum Anwalt einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Individuum und Gemeinschaft[22]; die Personwürde und eine Wertordnung nach den Grundsätzen des Naturrechts sollten dafür die Ausgangspunkte bieten.

Der Realismus dieses Denkens zeigte sich in der Akzeptierung der Säkularisierungstendenz der modernen Entwicklung; nur dem ideologischen Chaos und dem Werteverfall der sichtbar gewordenen Gesellschafts- und Staatskrisen galt es zu steuern.[23] Maritain wollte keine Rückkehr zur »Sakralkultur«[24] des Mittelalters, wenn er, überzeugt von den Grundwerten einer »demokratischen Philosophie der Gesellschaft und des Lebens« und des »demokratischen Regimes«, den Temporalienbegriff des Mittelalters und die Vielheit mittelalterlicher Rechte als Vorläufer eines modernen christlichen Pluralismus interpretierte.[25] Von seinem anders gelagerten christlich-ständestaatlichen Ansatz gelangte Hildebrand ebenfalls zu einer freiheitlich-modernen Staatsauffassung: Der »christliche Staat« solle nicht die »Entsäkularisierung der Kultur« betreiben, sondern sich freiwillig Grenzen setzen, seinen weltlichen »Kompetenzbereich« nicht überschreiten, die »gottgewollten Gemeinschaften« und »die unbehinderte Entfaltung all der freien kulturellen, geistigen und sittlichen Kräfte« des Einzelnen schützen.[26] Auch die Analysen des Terrors und der Tyrannei, des »modern Despotism«, die Gurian und Ferdinand A. Hermens, seit 1939 Mitherausgeber der Vierteljahrsschrift »The Review of Politics«, oder Kurt S. Lachmann, vor 1933 Korrespondent der »Frankfurter Zeitung«, vorlegten, bekräftigten die Unverzichtbarkeit des auf Gewaltenteilung und Führungswechsel beruhenden Verfassungsstaats.[27] Historische Vergleiche, die Einbeziehung der antiken und frühneuzeitlichen Tyrannenherrschaft sowie des britischen Imperialismus[28], und die Aufdeckung der psychologischen Formen und Bedingungen von Terrorherrschaft sollten allerdings – ebenso wie die Parallelisierung mit

---

[21] Manifest von 1942 (s. Anm. 14).

[22] A. v. Hildebrand, R. Ebneth, E. Wenisch (s. Anm. 16), S. 258–262 (Individuum und Gemeinschaft), 178–183 (Autorität und Führertum).

[23] Waldemar Gurian, After World War II, in: The Review of Politics 8 (1946), S. 3–11, 7, 9.

[24] W. Gurian, World War (s. Anm. 23), S. 9f.: Plädoyer für »true realism in world affairs« jenseits von Opportunismus und vagem Idealismus.

[25] Otto Bird (Hrsg.), Jacques Maritain. Integral Humanism, Freedom in the Modern World, and A Letter on Independence (= The Collected Works of Jacques Maritain, Vol. 11), Notre Dame/IN. 1996, S. 233–284.

[26] A. v. Hildebrand, R. Ebneth, E. Wenisch (s. Anm. 16), S. 181.

[27] Ferdinand A. Hermens, Introduction to Modern Politics, Univ. of Notre Dame Press 1959, S. 111–140; [Kurt Lachmann], Terror. A subject of some importance to which its German author – for significant reasons – has to pay his tribute of anonymity, S. 1–13. NL Kurt Lachmann, IfZ, ED 223/3.

[28] Dessen Einbeziehung vermißte Gurian in Maritains Manifest von 1942. Waldemar Gurian an Jacques Maritain, Notre Dame 8.2.1942. Jacques Maritain Center JM 18/03 (s. Anm. 14).

dem Bolschewismus – das Bewußtsein für die allgegenwärtige und weltweite Gefährlichkeit der modernen, totalitären Diktatur schärfen – die insofern nicht auf Deutschland beschränkt schien.

Gurian empfahl Maritain wiederholt, Hannah Arendt, die 1951 mit ihrem bedeutenden Buch über »Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft«[29] hervortreten sollte, als Schülerin der deutschen Philosophen Jaspers und Heidegger, die Maritains Schriften über die Juden kommentiert habe, in seinen Kreis einzubeziehen, obwohl sie »plutôt agnostique« sei.[30] Mehr als ein Jahrzehnt vor dem Erscheinen von Hannah Arendts Totalitarismus-Buch bekannte sich ein Kreis um die Schriftsteller Thomas Mann und Hermann Broch, den italienischen Faschismus-Kritiker Giuseppe Antonio Borgese, den amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr und weitere Vertreter des amerikanischen Geisteslebens zu der Zukunftsvision einer auf säkulare Humanität gegründeten Weltdemokratie des Friedens. Die Utopie dieser »City of Man«, »Civitas Hominum«, bildete einen Gegenentwurf zu Hitlers und Stalins Totalitarismus und verlangte zur Realisierung eine »Pax Americana« sowie eine »totale«, dh. gegen Umsturz gesicherte Demokratie.[31]

Aus den häufig über die engere Zeitgeschichte hinausgreifenden Reflexionen über die Ursachen der totalitären Herrschaft ergaben sich umfassende Vorschläge zur Neubegründung und Sicherung der Demokratie in Deutschland. Sie können kategorial drei Feldern zugewiesen werden, den Bereichen der »moralischen« (a), der »politischen«(b) und der »wirtschaftlich-sozialen Revolution«(c) oder Neuordnung.[32]

a) Ein grundlegender Neuanfang sollte der mit der »totalitären Massenherrschaft« einhergehenden »vollkommenen Auflösung der Werte und Normen« entgegenwirken. Wilhelm Röpke wollte 1945 den verderblichen Einfluß des nihilistischen Kults der Macht auf die Massen durch die Rückbesinnung auf die »christlich-humanistische Tradition« beseitigt wissen[33]; das »Erbgut der Antike und des Christentums« verwies auf »natürliche

[29] In deutscher Übersetzung 1955.

[30] Briefe Gurians an Maritain v. 5.3. u. 30.3.1942. Jacques Maritain Center JM 18/03 (s. Anm. 14). Hélène Iswolsky (an Jacques Maritian, 10.2.[1942]) bezeugte, bei Maritain in den USA die Atmosphäre »des cercles Thomistes et de Paris et Meudon« wieder angetroffen zu haben.

[31] Paul Michael Lützeler, The City of Man (1940). Ein Demokratiebuch amerikanischer und emigrierter europäischer Intellektueller, in: Thomas Koebner, Wulf Köpke u. Joachim Radkau (Hrsg.), Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 2, Erinnerungen ans Exil – kritische Lektüre der Autobiographien nach 1933 und andere Themen, München 1984, S. 299–310, 305; vgl. Paul Michael Lützeler (Hrsg.), Hermann Broch. Briefe über Deutschland 1945–1949. Die Korrespondenz mit Volkmar von Zühlsdorff, Frankfurt a. M. 1986.

[32] In dieser Kategorienbildung folgen wir Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach – Zürich 1945, beziehen aber inhaltlich die Ideen anderer Emigranten ein.

[33] W. Röpke, Frage (s. Anm. 32), S. 29–35, 185.

Ordnungen vor und über dem Staate«, auf ein die Vernunftbegriffe der Stoa und des frühen Christentums nutzendes Verständnis von Personwürde und Gemeinschaftsbindung.[34] Während Röpke – prinzipiell wie sozialistische Autoren – eine durch historische Aufklärung herbeizuführende Abkehr von den (bis zu Luthers Reformation zurückreichenden) schweren Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte forderte, berief sich »Das wahre Deutschland. Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei« zu einem allerdings früheren Zeitpunkt[35] auf Kronzeugen deutscher Literatur wie Friedrich Wilhelm Weber (»Dreizehnlinden«) und gar Ernst Moritz Arndt (»Geist der Zeit«), um die nationalsozialistische »Hexenlehre« der Philosophie der Stärke und Unterdrückung der Freiheit anzuprangern. Tiefer grabend machte Brüning den auch bei der Sozialdemokratie verbreiteten Antiklerikalismus für die Fehlentwicklungen mitverantwortlich. Seinen sozialdemokratischen Briefpartnern gegenüber entschuldigte er diesen aber als verständliche Reaktion auf 400 Jahre protestantischen Staatskirchentums.[36] Der Nationalrevolutionär Otto Straßer erklärte wieder mehr mit sozialen Ursachen, mit der in der Industrialisierung anhebenden »Vermassung«, die »Wurzellosigkeit des modernen Menschen«, die für die Vergötzung »der Klasse oder der Rasse oder der Nation« anfällig gemacht habe.[37] Auch unter den linksliberalen Flüchtlingen aus der Deutschen Staatspartei (DSP) August Weber, Dietrich Erich Mende und Hans Albert Kluthe fand der Gedanke an die Wiedergewinnung einer christlichen Kulturgemeinschaft Anklang.[38] Eine charakteristische Vertiefung erfuhr er durch die als existentiell empfundene, neue Gemeinsamkeit von Leid, Verfolgung und Widerstehen, die katholische und evangelische Christen im Kirchenkampf erlebt hat-

---

[34] Wilhelm Röpke, Maß und Mitte, Bern [2]1979 ([1]1950), S. 16–18.

[35] Jahrgang 1938. Die Monatsschrift erschien mit den Verlagsorten Berlin – London, nach eigener Angabe in den USA und in den europäischen Ländern; auch hier Angriffe auf den »geistigen Nihilismus«, der z. B. im deutschen Offizierskorps seit 1933 eingerissen sei. IfZ, MZ 21/6.

[36] Heinrich Brüning an Wilhelm Sollmann, Andover/Mass. 20.8.1946. Th. A. Knapp (s. Anm. 6), S. 118f.; Rudolf Morsey, Christliche Demokraten in Emigration und Widerstand, Köln 1987, S. 11f.; ders., Brünings Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland 1934–1938, in: Wolfgang Frühwald, Heinz Hürten (Hrsg.), Christliches Exil und christlicher Widerstand. Ein Symposion an der Katholischen Universität Eichstätt 1985, Regensburg 1987, S. 371–393; J. Radkau (s. Anm. 1), S. 184–193.

[37] Ziele und Aktionsprogramm der Frei-Deutschland-Bewegung v. 30.1.1941 (Druckbögen). NL Otto Straßer. IfZ, ED 118/20. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Straßers 1930–1935, Stuttgart 1985, und Günter Bartsch, Zwischen drei Stühlen. Otto Straßer. Eine Biografie, Koblenz 1990, S. 130–159, geben zu wenig Aufschlüsse über das Exil Straßers (1897–1974); vgl. aber Otto Strasser, Exil, München 1958; J. Radkau, Emigration (s. Anm. 1), S. 186f., 328.

[38] Gerlinde Runge, Linksliberale Emigranten in Großbritannien. Überlegungen zu Gesellschaft und Demokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), S. 57–83, 70.

ten. Dieses auch in sozialistischen Kreisen bekannt werdende Phänomen[39] bestärkte die ehemaligen Zentrumsführer Carl Spiecker und Brüning in der Idee einer interkonfessionellen christlichen Parteibildung.[40] Die Erinnerung daran sollte darüber hinaus als Unterpfand der religiösen Erziehung und Konsensgrundlage der neuen Demokratie dienen.

Auch die Exil-SPD bezog in ihre Resolution über die »Wiedererziehung der Deutschen zu einer Kulturnation« neben der Kunst und Wissenschaft die »Religion« ein. Mit linkssozialistischen Kleingruppen teilte sie offenbar die Vorstellung der Rückkehr zu den erprobten Werten der »Kulturnation«, des nun pervertierten »deutschen Geistes«[41], des Humanismus eines Mozart, Beethoven, Goethe und Schiller.[42] Allerdings war die SPD nicht ohne weiteres bereit, der NSDAP eine so weitgehende Erfassung der Massen zuzugestehen wie die genannten Vertreter des liberalen und christlichen Spektrums. Sie nahm besonders die von ihr definierten »demokratischen Kräfte« der Arbeiterschaft aus, denen darum offenbar bald wieder politische »Bewegungsfreiheit« gewährt und die »Kursausbildung neuer Lehrer« anvertraut werden sollte.[43]

b) Als zumal die Hoffnungen der sozialistischen Gruppen auf eine innere deutsche Revolution gegen Hitler sich zerschlugen, wurde eine gewisse Zeit der politischen Umerziehung für unerläßlich gehalten. Nach Gurian lehrten die Schwäche und der Minderwertigkeitskomplex der Demokratie von Weimar, daß eine strenge Politik längerer Überwachung unerläßlich sei. Andere sprachen von einer Deutschland aufzuerlegenden langen Quarantäne.[44] Viele Exilanten teilten die Meinung, daß die Demokratie von unten aufzubauen war, aus Keimzellen der Selbstverwaltung oder der Wirtschaftsdemokratie. So sollte eine aktive Demokratie neuen Typs entstehen, die mit allen schlechten Traditionen der deutschen Geschichte und des »Polizeistaates« brach.[45]

---

[39] Hans JAEGER, Der Nationalsozialismus und das deutsche Volk (Ms.), S. 1–532, 525. NL Hans JAEGER. IfZ, ED 210/32.

[40] Heinrich Brüning an Wilhelm Sollmann, Andover/Mass. 20.8.1946 (s. Anm. 36), S. 118: »The cultural programs of liberalism and socialism, I believe, have no longer great attraction. The lesson has been to bitter«; Beatrix BOUVIER, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus. Phil. Diss. Frankfurt a.M. 1972, S. 52f.

[41] Resolution der Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter, New York 3./4.7.1943 (Resolution zur Erziehungsfrage). NL Kurt Grossmann. IfZ, ED 201/5.

[42] Allerdings ergänzt um den Sozialismus eines Marx und Engels. August SIEMSEN, Das Ende des alten und die Aufgabe des neuen Deutschland, in: Das Andere Deutschland (s. Anm. 11) 7 Nr. 94, Sondernummer 15.5.1945, S. 3–5.

[43] Resolution zur Erziehungsfrage (s. Anm. 41).

[44] W. GURIAN, On the Future (s. Anm. 19), S. 12; Hans JAEGER, Questions of interior policy (Ms.) o.D. NL Hans Jaeger. IfZ, ED 210/26, S. 99; dort (ED 210/25–26) auch verschiedene Fassungen eines Manuskripts: Have the Germans changed since surrender?

[45] H. JAEGER, Questions (s. Anm. 44), S. 100.

Bei der Sozialdemokratie bestand die Tendenz, sich als hitlerfeindliche, verbotene und verfolgte Partei alsbald nach dem Zusammenbruch wieder zu konstituieren und Anerkennung als Anwalt der Nation, gleichwohl eines »Anderen Deutschland«, zu erlangen.[46] Doch Wilhelm Sollmann, der – seit 1937 Politikprofessor in Pendle Hill (Pennsylvania) – nicht mehr gestaltend in die Geschichte der jungen Bundesrepublik eingreifen sollte, folgte Einsichten in das allen Demokraten 1933 zugefügte Schicksal, wenn er entschieden für ein Zwei-Parteien-System plädierte, für ein System der Volksparteien »mit neuen Grenzen und elastischem Programm«. Dieser Verzicht auf »Dogmen« im »politischen Tageskampf«[47] wurde wohl so generell von der sozialistischen Emigration zumal in Großbritannien nicht geteilt. Er entsprach aber Brünings Auffassung, trotz der für notwendig erachteten ideellen Fundierung der Parteien genügend Spielraum für Parteipolitik zu lassen und nicht nochmals zwischen den neu zu bildenden Volksparteien Fronten der Agitation aufzurichten, die für die Demokratie insgesamt zum Verhängnis werden könnten. Nicht nur die von ehemals katholischen und linksliberalen Kräften getragene Deutsche Freiheitspartei, sondern auch Karl Thieme, ursprünglich religiöser Sozialist, bis Mai 1933 Mitglied der SPD, und der Volkssozialist Hans Jaeger relativierten den alleinigen Anspruch der Arbeiterbewegung, im Widerstand gegen Hitler gestanden zu haben.[48] Besonders deutlich hat der Ex-Kommunist Hans Jaeger im Namen der Freiheit die Abgrenzung auch »linker« Gruppierungen sowohl vom Nationalsozialismus und von allen nationalistischen und nationalrevolutionären Gruppen als auch von einem zielbewußt agierenden Kommunismus gefordert.[49] Ver-

[46] S. Anm. 41. Vgl. Erich MATTHIAS, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952, S. 167ff.; Wilhelm HOEGNER, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München ²1978, S. 222–224, 232–236.

[47] Wilhelm Sollmann an Konrad Adenauer, 1.1.1951. Wilhelm SOLLMANN. II. Zum hundertsten Geburtstag am 1. April 1981. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln vom 2. April bis 30. Mai 1981, Köln 1981, S. 61; Wilhelm Sollmann an Heinz Kühn, 13.9.1946. Heinz KÜHN, Wilhelm Sollmann. Rheinischer Sozialist, Kölner Patriot, demokratischer Weltbürger, in: Wilhelm Sollmann. I, hrsg. v. Nachrichtenamt der Stadt Köln, Köln 1981, S. 17–82, 76; vgl. Ulrike NYASSI (Bearb.), Der Nachlaß Wilhelm Sollmann, Köln 1985. Öffnung der SPD gegenüber den Mittelschichten nach 1945: Helga GREBING, Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/46, in: Hanns Hubert Hofmann (Hrsg.), Führende Kräfte und Gruppen der deutschen Arbeiterbewegung. Büdinger Vorträge 1973–1975, Limburg/Lahn 1976, S. 171–193, 191.

[48] Deutschland von morgen. Ein Diskussionsbeitrag aus Deutschland, in: Das wahre Deutschland, Juli 1939, S. 12–15; Karl THIEME, Deutscher unter Deutschen. II. Im Dritten Reich, in: Hochland 60 (1968), S. 715–725; H. JAEGER, Nationalsozialismus (s. Anm. 39), S. 522–532.

[49] Hans JAEGER, Die Kommunistische Partei Deutschlands o.D., und weitere Abhandlungen zur Geschichte der KPD: NL Hans Jaeger. IfZ, ED 210/34–35.

geblich hatten schon vor 1933 Ferdinand A. Hermens und der Zentrumspolitiker Johannes Schauff mit ihren Überlegungen zur Wahlreform die Weimarer Parteien der republikanisch-demokratischen bürgerlichen Mitte gegen die drohenden Extremismen zu stärken versucht[50]; über den Forschungsauftrag einer Guggenheim-Fellowship hatte Hermens zusätzliche Anstöße zur Ausgestaltung seiner Theorie des Mehrheitswahlrechts erhalten, die pragmatische, auf einem Grundkonsens des Wählervolks aufbauende Integrationsparteien begünstigte.[51]

Aus den Erwägungen, über vergrößerte und reformierte demokratische Parteien jene Stabilität wiederzugewinnen, die die vom Nationalsozialismus großenteils korrumpierten alten Führungsschichten, z. B. in Beamtenschaft und Justiz, nicht mehr gewährleisten könnten, werden auch die Reflexionen über die Öffnung und Umgestaltung der 1933 untergegangenen Zentrumspartei erst voll verständlich. Sie zielten in zwei Richtungen: Einerseits schien eine Erweiterung um bisherige Anhänger des Liberalismus oder der Sozialdemokratie möglich, etwa gemäß Joseph Wirths »Theorie einer christlich-betonten Labour-Party«.[52] Andererseits legte das Erlebnis gemeinsamer Verfolgung im Dritten Reich die Schaffung einer »christlichen Einheitsfront« nahe.[53] Daß dabei eher den Katholiken die Führung zufallen werde, die sich unter den Bedingungen von Weimar noch tendenziell den deutschnationalen Protestanten hätten angleichen müssen, hat ein externer Beobachter für wahrscheinlich gehalten.[54]

Weniger realistisch als solche Erörterungen über die Neugliederung einer demokratischen Parteienlandschaft war etwa der Vorschlag, Kontinuität im Staat zukünftig durch die Einführung eines Ältestenrats (»Gerusia«) zu sichern, der allerdings dazu gedacht war, die pseudomonarchische Kompetenz des Weimarer Reichspräsidenten abzulösen. Hinter der konkreten Anregung stand die prinzipielle Auffassung, für Kontinuität auf allen Ebenen der staatlichen Struktur zu sorgen und durch langfristige Delegation

---

[50] Ferdinand A. Hermens, Änderung des Wahlrechts oder Ende des Parlamentarismus. Johannes Schauff und der Versuch einer Rettung der Weimarer Republik durch strukturelle Reformen, in: Paulus Gordan (Hrsg.), Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag, Pfullingen 1983, S. 38–60. Zu Sammlungsbestrebungen der liberalen Mitte 1928–1930 Joachim Stang, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933, Düsseldorf 1994, S. 24ff.

[51] E. C. Stibili (s. Anm. 13); F. A. Hermens, Introduction (s. Anm. 27), S. 176–178.

[52] Joseph Wirth an Wilhelm Hoegner, Luzern 19.12.1943. IfZ, NL Wilhelm Hoegner, ED 120/11; vgl. den Programmentwurf für eine Radikal-Soziale Volks-Aktion (Okt. 1944). Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn 1998, S. 623f.: Beziehungen Wirths zu Hoegner (SPD), C. Spieckers zum Büro Willi Münzenberg, zu Walter Hammer, zum Linksliberalen A. Kluthe.

[53] B. Bouvier, Freiheitspartei (s. Anm. 40), S. 32, 27; vgl. Heinrich Brüning an Franz Meinow, 16.10.1945. Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps u. George Pettee (Hrsg.), Heinrich Brüning. Briefe und Gespräche 1934–1945, Stuttgart 1974, S. 440f.

[54] H. Jaeger, Nationalsozialismus (s. Anm. 39), S. 525.

von Verantwortung die Demokratie vor schädlichen Wechselbädern zu bewahren.[55]

c) Bedeutende Vertreter des Exils stimmten darin überein, daß der Nationalsozialismus einen gravierenden sozialen Wandel herbeigeführt habe, weil er die Herrschaft über die Massen gewonnen, deren Entwurzelung, Egalisierung und Ideologisierung vorangetrieben habe. Die Chance der Demokratie schien ihnen von vornherein vertan, wenn den gewandelten sozialen Bedingungen nicht durch die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Rechnung getragen werden würde.

Strenge Sozialisten von »La Otra Alemania« hielten es anscheinend für ausreichend, wenn gemäß ihren traditionellen Denkmustern der »Militarismus und Nazismus« einschließlich seiner Grundlagen im Großgrundbesitz, im »Kapitalismus«, in der »Bürokratie« und in der »Klassenjustiz« beseitigt und durch die »demokratischen, sozialistischen und pazifistischen Kräfte« ersetzt würde.[56] Die Exil-SPD in den USA gedachte die Arbeitskräfte und das Kapital planmäßig in die Konsumgüterindustrie zu lenken, der Massenarbeitslosigkeit durch »internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und durch öffentliche Arbeiten größten Stils« vorzubeugen, die Monopol-Industrien und den Großgrundbesitz in Gemeineigentum zu überführen.[57] Unabhängige, aber vom Sozialismus beeinflußte Autoren legten detaillierte Pläne vor, die formale politische Demokratie mit einer Wirtschaftsdemokratie zu verbinden, ja diese vor dem Beginn des politischen Lebens einzuführen und dadurch günstige soziale Bedingungen für den Neuaufbau zu schaffen. Ein »Wirtschaftstag« bzw. eine Wirtschaftskammer, demokratisch von Vertretern der Betriebe bzw. der Arbeiter, der Beamten, der Bauern, des Mittelstands und der freien Berufe gewählt oder zusammengesetzt, sollten eine langfristige Wirtschaftsplanung mittels eines mehrjährig veranschlagten eigenständigen Wirtschaftsbudgets in die Wege leiten[58] oder der Wiedererstehung der politischen Verbändemacht großer wirtschaftlicher Interessengruppen vorbeugen.[59] Der Neo-Liberale Wilhelm Röpke empfahl zur

---

[55] Kurt LACHMANN, The Structure of the Legislative and Executive Powers. A proposal for the realization of political and economic democracy in the Germany of the future, S. 6 (Motivation I). IfZ, NL Kurt Lachmann, ED 223/3.

[56] A. SIEMSEN, Yalta (s. Anm. 11), S. 4–5.

[57] Resolution der Landeskonferenz (s. Anm. 41); hier Resolution zum Wiederaufbau der Wirtschaft.

[58] »Economic Diet«: K. LACHMANN, Structure (s. Anm. 55), S. 2f.

[59] »Economic Chamber«: Hans JAEGER, Germans as they are. Destructive and potential constructive Forces in Germany (Ms.) [vor 1945]. IfZ, NL Hans Jaeger, ED 210/29, S. 138, 138a. Vgl. die Ideen Herbert Weichmanns (Zukunft, Jg. 2, 1939 Nr. 26), dem politisch-moralischen ein wirtschaftliches »Ordnungsprinzip« an die Seite zu stellen. Ursula LANGKAU-ALEX, »Die Zukunft« der Vergangenheit oder »Die Zukunft« der Zukunft? Zur Bündniskonzeption der Zeitschrift zwischen Oktober 1938 und August 1939, in: Hélène Roussel, Lutz Winkler (Hrsg.), Deutsche Exilpresse und Frankreich 1933–1940, Bern 1992, S. 123–156, 145, 156.

Wiedergewinnung demokratischer wirtschaftlich-sozialer Verhältnisse eine Agrarreform, die schon in der Endphase der Weimarer Republik aufgegriffen worden war, die Beseitigung des »westelbischen Industriefeudalismus« und schließlich eine ordo-liberale Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs.[60] Die nach 1945 in verschiedenen Ländern massiv zutage tretende Tendenz zur Verstaatlichung der Wirtschaft kritisierte er als eine ungeeignete Vorbeugungsmaßnahme gegen gerade überwundene Tyrannenherrschaft.[61] Ein Schweizer christlich-sozialer Kreis um Karl Thieme, Johannes Schauff und den früheren Auslandskorrespondenten der »Germania« und der »Kölner Volkszeitung«, Franz Albert Kramer, sprach sich in Anlehnung an Röpke und unter Berufung auf Papst Pius XII. für eine breit gestreute Eigentumsbildung, allerdings auch für die Enteignung der Montanindustrie an Saar und Ruhr aus. Thieme setzte sich damit kämpferisch von dem seiner Meinung nach in katholische Kreise eindringenden »marxistischen Schwindel« ab, betonte allerdings seine eigene soziale Aufgeschlossenheit, die aus seiner »Verbundenheit« mit der »Rhein-Mainischen Volkszeitung«, der »Jungen Front« und »auch mit dem katholischen Frankreich der ›Sept‹, ›Temps Nouveau‹« herrühre.[62]

2. Zentralismus

Eine ganz zentralistische Position nahm 1944, während der Phase ihrer straffen Lenkung durch die Moskauer Zentrale, die KPD ein. Sie hatte allerdings schon seit 1918 aus taktischen Gründen die nationalistische Agitation aufgegriffen, um Deutschland im antiwestlichen Sinne zu beeinflussen. Der in Moskau konzipierte »Block der kämpferischen Demokratie« sollte, von der KPD angeführt, zur Sammlung der antifaschistischen Kräfte, zur Spaltung der deutschen Bourgeoisie und zu ihrer Einbeziehung in die »nationale Front« dienen.[63] Der leitende KPD-Funktionär Wilhelm Florin proklamierte das Ziel eines der Sowjetunion zugewandten zentralistischen Einheits-

[60] W. Röpke, Frage (s. Anm. 32), S. 236f.

[61] W. Röpke, Maß (s. Anm. 34), S. 106–111.

[62] Karl Thieme an [Hans] Wirtz, Läufelfingen 15.9.1944, Karl Thieme an Joseph Wirth, Läufelfingen 19.10.1944. IfZ, NL Karl Thieme, ED 163/98. Thieme, Freund W. Gurians, war, weil Gegner des Nationalsozialismus, als Professor der Politik entlassen worden, 1934 zum Katholizismus konvertiert und »enger Mitarbeiter der Jungen Front« geworden. Klaus Gotto, Die Wochenzeitung Junge Front / Michael. Eine Studie zum katholischen Selbstverständnis und zum Verhalten der jungen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus, Mainz 1970, S. 29, 137f.

[63] Peter Erler, Manfred Wilke, »Nach Hitler kommen wir«. Das Konzept der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 15, Exil und Widerstand, München 1997, S. 102–119, 108–110, 117. Daß die Bezugnahme des »erneuerten Obrigkeitsstaates« auf Preußen ebenso progagandistisch wie euphemistisch war, merken die Verfasser dieses Aufsatzes leider nicht an. Vgl. Arnold Sy-

staats, vor dem die föderalen Traditionen Deutschlands als Partikularismus verblaßten. Im Gegensatz zu bedeutsamen Vertretern des nicht-kommunistischen Exils akzeptierten die Kommunisten allerdings umgehend die Potsdamer Beschlüsse und die damit de facto beschlossenen Gebietsabtretungen.[64] Diese Einstellung und ihr Versuch, den Council for a Democratic Germany zu beherrschen, förderten die Spaltung und Auflösung dieser Koalition, die immerhin beabsichtigt hatte, im Ausland die demokratisch gesinnten »Oppositionskräfte« gegen das NS-Regime zu repräsentieren und am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken.[65] Die realen Alternativen unter den Vorgaben der im Krieg erstarkten Sowjetunion hießen damit entweder Einsatz zentralstaatlicher Mittel zur Beherrschung eines von der Sowjetunion abhängigen Deutschlands oder Spaltung des Landes – in Form unerbittlicher innerer Auseinandersetzungen gemäß dem dichotomischen Weltbild der KPD oder mittels Einrichtung einer von der »antifaschistischen« KPD abhängigen Diktatur in einem Teil Deutschlands.

Davon substantiell zu unterscheiden sind die zentralstaatlichen Elemente in den Deutschlandplänen der SPD. In maßgeblichen Verlautbarungen – wie in dem 1945 als weiterhin aktuell erklärten Prager Manifest von 1934 – fehlen Hinweise auf eine föderalstaatliche Struktur. Die »Programmatischen Richtlinien« von 1945 ersetzten das Räteprinzip und die übergangsweise vorgesehenen Selbstverwaltungskörperschaften durch einen straffen Staatsaufbau, der ein zentrales Parlament (Volksrat), einen Staatspräsidenten und einen Staatsrat (Verfassungsgericht) vorsah.[66] Auf die Tradition des Einheitsstaats von Weimar verwies der Sprachgebrauch »Zweite Republik« für das post-faschistische Staatswesen.[67] Auf das westeuropäische Einheitsmodell des Staates war Bezug genommen, wenn dem Nationalsozialismus eine gemäß den Prinzipien der englischen und der französischen Revolution

---

WOTTEK, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971.

[64] Friedrich BAERWALD, Zur politischen Tätigkeit deutscher Emigranten im Council for a Democratic Germany, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 28 (1980), S. 372–383, 378f., 382f.; vgl. Erklärung der German Labor Delegation (U.S.A.), Ostern 1945. E. MATTHIAS, W. LINK (s. Anm. 9), S. 694f.

[65] F. BAERWALD, Tätigkeit (s. Anm. 64), S. 377; vgl. Ehrhard BAHR, Die Kontroverse um »Das Andere Deutschland«, in: John M. Spalek u. Joseph Strelka (Hrsg.), Deutschsprachige Exilliteratur seit 1933, Bd. 2, New York, Teil 2, Bern 1989, S. 1493–1513, 1508. Baerwald (geb. 1900), Sohn jüdischer Eltern, 1923 Dr. jur., 1926 Konversion zum Katholizismus, Mitarbeiter Friedrich Dessauers, der »Rhein-Mainischen Volkszeitung« (Frankfurt) und der »Tremonia« (Dortmund), 1933/34 Emigration über Saarbrücken in die USA, 1935–70 an der Fordham University in New York. W. RÖDER, H. A. STRAUSS (s. Anm. 6), Bd. 1, S. 47f.

[66] W. RÖDER, Deutschlandpläne (s. Anm. 7), S. 80.

[67] Resolution der Landeskonferenz (s. Anm. 41): Resolution zum künftigen Staatsaufbau Deutschlands; Empfehlung, bei »Voll-Okkupation« eine »verwaltende Zentralbehörde« einzurichten; Referat des früheren preuß. Innenministers Albert Grzesinski. Wolfgang BENZ, Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, im Exil und in der Besatzungszeit, in: G. Koebner, G. Sautermeister, S. Schneider (s. Anm. 3), S. 201–213, 207.

zu verwirklichende »totale Revolution« der Freiheit kämpferisch entgegengestellt wurde.[68]

Je tiefer bei den demokratischen Exilgruppen das Phänomen des Totalitären erfaßt wurde, desto deutlicher bildete sich die Tendenz zu einem zentralen oder totalen demokratischen Gegenentwurf aus, der auf die innere Befreiung des ganzen Volkes vom Nationalsozialismus zielte: Moralisch, geistig, politisch und sozial sollte die Ideologie und Realität des NS-Staates überwunden werden; zu diesem Zweck war »eine Regierung durch das Volk und für das Volk« zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.[69] Von daher ergab sich über politische Gruppengrenzen hinweg der Ansatz für ein neues, umfassendes Demokratieverständnis, das partielle Interessen einzelner Bevölkerungsschichten überschritt: Nach der wenn auch nur durch die Alliierten von außen zu erreichenden Niederringung Hitlers sollte eine selbstbewußte, disziplinierte, ja militante, mit aller Entschiedenheit ihre eigenen Werte verteidigende Demokratie auf den Plan treten und Grundlagen für das neue Zusammenleben schaffen.[70] Eine zentralisierende Tendenz ging vor dem Hintergrund dieser Ideen auch von dem neuen Begriff der die vergangenheitsorientierten Konsensbarrieren aufbrechenden Volkspartei aus, wie er besonders in sozialdemokratischen und christlichen Exilkreisen neu- oder wiederentdeckt wurde.

Zwei detailliert ausgearbeitete Verfassungspläne können als Beispiele für zentralstaatliche Vorstellungen dienen, die an Grundsätze der Weimarer Verfassung und der Paulskirchenverfassung von 1848 anknüpften. Die im Mai/Juni 1945 verfaßten »Vorschläge für ein neues Verwaltungs- und Rechtssystem«, erarbeitet vom Rechts- und Verwaltungsausschuß des Council for a Democratic Germany[71], sahen eine einheitliche Finanz-, Verkehrs- und innere Verwaltung, eine einheitliche Arbeitsverwaltung, Sozialversicherung, Gesundheitsvorsorge und sogar »einheitliche Grundsätze für die Landwirtschaft« vor. Gerade mit Bezug auf die durchaus an erster Stelle aufgeführte Selbstverwaltung von den Landgemeinden bis zum »kommunalen Provinzialverband« schienen »einheitliche Verwaltungsgrundsätze im Reichsmaßstab« angebracht. Offenbar betrachteten die Verfasser den Umbruch als Ge-

---

[68] Prager Manifest der Sopade v. 28.1.1934. Druck: E. Matthias, W. Link (s. Anm. 9), S. 218, 223.

[69] Council for a Democratic Germany: Programm für ein demokratisches Deutschland (1944), in: Paul Tillich, Gesammelte Werke, Bd. 13, Impressionen und Reflexionen. Ein Lebensbild in Aufsätzen, Reden und Stellungnahmen, Stuttgart 1972, S. 313–318, 317.

[70] Schon 1937 war von der Zerstörung den »moralischen und geschichtlichen Lebensgrundlagen des deutschen Wesens« die Rede. Edgar Alexander [Edgar Alexander Emmerich], Der Mythus Hitler, Zürich 1937, S. 365. Der Autor hoffte allerdings noch auf eine Überwindung Hitlers durch die Reichswehr. Zu Emmerich (1902–1970) H. Boberach, P. v. z. Mühlen, W. Röder, P. Steinbach (s. Anm. 10), S. 113.

[71] Druck: U. Langkau-Alex, Th. M. Ruprecht (s. Anm. 5), S. 254–266, daraus die folgenden Zitate; als Verfasser kamen Horst W. Baerensprung (SPD), 1932 Polizeipräsident von Magdeburg, oder Friedrich Baerwald (Zentrum) in Frage. Wolfgang Benz, Recht und Verwaltung im neuen Deutschland, ebd. S. 140–151.

legenheit, »das Reich ohne Belastung durch historische, teilweise längst überholte innere Grenzen lediglich nach praktischen Gesichtspunkten in Verwaltungsbezirke neu« zu gliedern, also die NS-»Gaue«, aber auch die Länder der Weimarer Republik (einschließlich der Hegemonialmacht Preußen) aufzuheben. Darin lag wohl kaum ein Plädoyer für »die Beibehaltung von nationalsozialistischen Errungenschaften« oder die Rückkehr zum Geist radikaler und autoritärer Reform der zwanziger Jahre[72], sondern die Vertreter des vom Verhalten der westlichen Besatzungsmächte schwer enttäuschten Council[73] wollten sich anscheinend Instanzen schaffen, die ihnen selbstverantwortete Handlungsmöglichkeiten zur Wahrung der Staatseinheit und demokratischen Reform gegeben hätten. Ihre Selbstverwaltungsideen beachteten das Prinzip der Subsidiarität.[74] Mittels der »einheitlichen Gesetzgebung« sollten die »die Ideologie der Nazipartei und das Führerprinzip« stützenden Gesetze und Verordnungen »von zentraler Stelle« sofort aufgehoben werden[75], und eine »einheitlich geleitete Polizei« sollte offenbar mit genug Macht ausgestattet werden, um die »Kriegsverbrecher« aufzuspüren, zu entwaffnen und die Umtriebe paramilitärischer Verbände, die in Analogie zu den Unruhen nach 1918 erwartet wurden, zu unterdrücken. Ähnliche Überlegungen waren auch in dem Widerstandskreis um den ehemaligen bayerischen Gesandten in Berlin, Franz Sperr, angestellt worden.

Es mag auch nicht fernliegen, in den genannten »Vorschlägen« des Council-Rechtsausschusses Zugeständnisse an die Notwendigkeit von wirklicher Führung und Elite zu sehen, die den Verfassungsentwurf des nach Brasilien geflüchteten ehemaligen Reichsinnen- und -justizministers Erich Koch-Weser kennzeichnen. Eine Neubesinnung auf die Werte der »Persönlichkeitskultur«, »Elitebildung«, des »fachmännischen Urteils« nach »dem Dilettantismus der Hitlerzeit auf vielen Gebieten«, aber auch gegenüber »den Auswüchsen massendemokratischer Tendenzen« sollte vermöge seiner Zusammensetzung vor allem ein neu zu bildender Reichsrat verkörpern.[76] Koch-Weser hatte diesem hauptsächlich aus der Abgeordnetenelite und Vertretern der (von ihm in Weimar noch bekämpften) Berufsstände zusammengesetzten Gremium die Aufgabe zugedacht, zwischen den zwei übergeordneten Staatsorganen die Balance zu wahren. Er räumte dem plebiszitär gewählten Präsidenten, den er anscheinend nach amerikanischem Vorbild

---

[72] So etwas abwertend W. Benz, Recht (s. Anm. 71), S. 144,151.

[73] Jedenfalls Tillich und Baerwald. P. Tillich, Werke (s. Anm. 69), Bd. 13, S. 313; F. Baerwald (s. Anm. 64), S. 378f.

[74] U. Langkau-Alex, Th. M. Ruprecht (s. Anm. 71), S. 256.

[75] U. Langkau-Alex, Th. M. Ruprecht (s. Anm. 71), S. 258.

[76] Ernst Portner, Koch-Wesers Verfassungsentwurf. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der deutschen Emigration, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), S. 280–298, 292. Über E. Koch-Weser (1875–1944) auch W. Röder, H. A. Strauss (s. Anm. 6), S. 376; Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 51ff., 492f., 502f.

stärken wollte, das Recht ein, die Reichsregierung zu berufen und auch gegen einen Vertrauensentzug von seiten des verkleinerten und in seiner Sachkompetenz gestärkten Reichstags im Amt zu behalten. Mit dieser Entmachtung des Reichstags, von dessen Vertrauen die Reichsregierung aber zumindest bei ihrer Einsetzung abhängig bleiben würde, zog Koch-Weser seine Konsequenzen aus den vielen Kabinettswechseln der Weimarer Republik, die er hautnah erlebt und zusammen mit einem anderen bekannten Liberalen, Hugo Preuß, heftig kritisiert hatte. Koch-Wesers Verfassungsentwurf richtete sich nach dem Prinzip des »dezentralisierten Einheitsstaates«, welches die Länder nur noch als bloße Selbstverwaltungskörper gelten ließ. Durch die rationale Neugliederung des Staatsgebiets in 22 mittels einfacher Reichsgesetzgebung zu schaffende, etwa gleich große Länder wollte Koch-Weser den historischen Ballast abwerfen, der die Reformdiskussionen der Weimarer Zeit so sehr beschwert hatte. Es spiegelte einen in Emigrantenkreisen überhaupt verbreiteten Illusionismus, daß er noch während des Zweiten Weltkriegs Oberösterreich, Niederösterreich und Wien in seine Ländergliederung einbezog.

3. Bundesstaat – Föderalismus

Während »Das wahre Deutschland« unter Dr. Carl Spiecker, Hans A. Kluthe und August Weber detaillierte Programme zur Neugestaltung Deutschlands als »reine intellektuelle Selbstbefriedigung« ablehnte[77], fanden vor allem im schweizerischen und im englisch-amerikanischen Exil föderalistische Ideen Verbreitung. Ihre Urheber hofften, dadurch vor den Westalliierten eine Neuorientierung des zukünftigen Deutschlands glaubhaft bezeugen zu können.

Unabhängige Vertreter sozialistischer Ideen wie die Publizisten Hans Jaeger und Kurt Lachmann entwarfen Grundlinien einer föderalistischen Wirtschaftsdemokratie, die die Lehren der russischen und deutschen Revolution 1917 bis 1919 beherzigen, nun zugleich freiheitliche und stabile Verhältnisse gewährleisten sollten. Lachmann erwartete von dem Zusammenwirken eines Volkstages und eines Wirtschaftstages, die über getrennte Budgets befänden, sowie von der Einführung eines mehrjährigen, langfristige Konjunkturplanung ermöglichenden Wirtschaftsbudgets einen gesunden demokratischen Organismus, nach dem Bild des Brunnens, der bei gleichbleibendem Spiegel Wasser empfängt und spendet.[78] Er kombinierte eine auf gleichem, allgemeinem Mehrheitswahlrecht beruhende parlamentarische

[77] B. Bouvier, Freiheitspartei (s. Anm. 40), S. 43–49.

[78] Ausarbeitungen K. Lachmanns über: Demokratie und Wirtschaftsplanung, S. 1–2, The Structure of the Legislative and Executive Power, Motivation S. 1–10, 6. IfZ, NL Kurt Lachmann, ED 223/3.

Demokratie mit einer Wirtschaftsdemokratie, deren Gremien von unten nach oben aufgebaut sein sollten. Auf der untersten Ebene müßten die Mitglieder einzelner Unternehmen der Industrie, von Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen, Handwerk und Landwirtschaft in den Räten der Wirtschaftsunternehmen vertreten sein. Diese sollten Delegierte in die Gremien auf Länderebene entsenden, die wiederum mit ihren Repräsentanten die Hälfte des Volkswirtschaftstags (»Economic Diet«) besetzten; die andere Hälfte sollte von Delegierten sog. regionaler Räte eingenommen werden, die auf städtischer oder dörflicher und darüber auf der Ebene der Provinz die Vertreter verschiedener Verbrauchergenossenschaften, von Industrie-, Handels-, Landwirtschaftskammern und Kommunalverwaltungen zusammenbringen würden.

Aus einer gewissermaßen externen, den Blickwinkel der Gegner aufnehmenden Sichtweise betrachtete der seit 1939 im britischen Exil lebende Volkssozialist Hans Jaeger den Föderalismus. Dieser bilde neben der Wirtschaftsdemokratie, der lokalen Selbstverwaltung und der politischen Erziehung ein wichtiges Heilmittel gegen den Nationalismus, Zentralismus und Kapitalismus.[79] Er würde die Energien des Volkes auf eine wirkliche Mitarbeit am Staat lenken und als Prinzip der Gewaltenteilung den europäischen Ländern Schutz vor dem bevölkerungsreichen Mitteleuropa geben. Die Wahlen für die Wirtschaftsräte sollten den politischen Wahlen vorangehen. Günstige soziale Bedingungen für die neue parlamentarische Demokratie, in der totalitär strukturierte Parteien nicht mehr erlaubt sein dürften, versprach sich Jaeger von der neuen Struktur des »trinity state«, der Zusammenarbeit der staatlichen und kommunalen Organe (1) mit der Angestelltenschaft (2) und dem Management der Wirtschaft (3).[80] Angesichts der Korrumpierung der herkömmlichen Oberschichten, z. B. des Großkapitals, des Beamtentums und der Justiz, durch den Nationalsozialismus und der in seinen Augen immer noch gegebenen Anfälligkeit der Arbeiterschaft für den Nationalismus rekurrierte er auf den Mittelstand als bevorzugten sozialen Träger eines föderalistisch-demokratischen, mit Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft verschränkten Staatsmodells. Er schlug die Bildung von sechs Ländern vor: Süddeutschland, Südwestdeutschland, Rhein-Ruhr, Niedersachsen, Mittel- und Ostdeutschland (noch mit Pommern, Brandenburg, Berlin, Schlesien). Preußen wollte er aufgelöst, die Hauptstadt von Berlin nach Frankfurt verlegt wissen.[81] Jaeger warnte aber vor der »Bavarian legend«, der Legende, daß Bayern sich Verdienste wegen besonderer Resistenz gegen den Nationalsozialismus erworben habe – was für Nordbayern mit Nürnberg, Ansbach, Bayreuth gewiß nicht zutreffe. Der beabsichtigte soziale Wandel schloß für Jaeger die Versöhnung mit der westlichen Zivili-

[79] H. Jaeger, Nationalsozialismus (s. Anm. 39), S. 531 f.
[80] H. Jaeger, Helpers and saboteurs. Analysis of the existing forces in Germany. IfZ, NL Hans Jaeger, ED 210/26, S. 95, 92, 90, 73.
[81] H. Jaeger, Germans (s. Anm. 59), S. 130–138a, 144–148.

sation und die Rückbesinnung auf die historischen, dynastischen Wurzeln des Föderalismus in Deutschland ein, der zwar Unzulänglichkeiten aufgewiesen habe, aber zu Unrecht diskreditiert worden sei. Als Hegelianer, für den der Fortschritt der Geschichte nicht mit dem Gesellschaftsmodell von Karl Marx zum Stillstand kam, beabsichtigte Jaeger aber keine Wiederherstellung vormoderner Zustände: »We do not talk about a reactionary Federalism which would put back the clock to the age of miniature States and backwoods-townships«.[82]

Die Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratische Deutschland« veröffentlichte Anfang Mai 1945 in Bern die Broschüre »Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne«.[83] Das bemerkenswerte Dokument war, wie schon dem etwas umständlichen Titel zu entnehmen ist, die Frucht parteiübergreifender Zusammenarbeit. Als Herausgeber zeichneten der den republikanischen Flügel des aufgelösten Zentrums repräsentierende Reichskanzler a. D. Joseph Wirth, der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD), Dr. Wilhelm Hoegner, früher Staatsanwalt in München, von 1930–1933 Reichstagsmitglied der SPD wie Heinrich Georg Ritzel, vormals Kommunalpolitiker in Hessen, und der aus dem Saarland stammende, um die Flüchtlingshilfe verdiente Schriftsteller Dr. Jakob Kindt-Kiefer. Vergeblich hatten Wirth und Kindt-Kiefer versucht, in Gestalt einer »Radikal-Sozialen Volksaktion« eine Sammlungsbewegung sozial fortschrittlicher, republikanischer und konservativer Kräfte zustandezubringen, vor allem weil bei den SPD-Anhängern die Beharrungstendenzen zu stark geblieben waren. Im »Demokratischen Deutschland«, das nur einen sehr kleinen Teil der ca. 70 000 Deutschen in der Schweiz repräsentierte, hatte indessen das Trio Hoegner, Wirth und Braun zu einer gemeinsamen Nachkriegskonzeption gefunden.[84]

An die Stelle des »streng zentralistischen, autoritär und totalitär regierten deutschen Reiches« sollte eine »föderative Republik« treten, »deren Gliedstaaten ebenfalls nur Republiken sein dürfen«.[85] Die Verfasser bezogen die kulturelle Autonomie in den föderalistischen Gedanken ein: »Die Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften« sollten von »staatlicher« Bevormun-

---

[82] Hans Jaeger, Questions of interior policy (Ms.), o. D. IfZ, NL Hans Jaeger, ED 210/26, S. 98 f., 97.

[83] Verlag Paul Haupt, Bern und Leipzig 1945, S. 1–24. Die Abschnitte A-D, S. 8–11, entsprechen wörtlich einer Maschinen-Niederschrift in der Sammlung Wilhelm Hoegner, IfZ, ED 120/12, S. 1–4, und enthalten die hier angebrachten handschriftlichen Verbesserungen Hoegners; viele gedankliche Übereinstimmungen mit einer Disposition und einem Entwurf o. D. [1945] (unbetitelt) in Sammlung W. Hoegner, ED 120/18, S. 1–5, 1–6.

[84] U. Hörster-Philipps, Wirth (s. Anm. 52), S. 619–630; Hermann Wichers, Die Schweiz zwischen Anpassung und Selbstbehauptung, in: Michael Kißener, Harm-Hinrich Brandt, Wolfgang Altgeld (Hrsg.), Widerstand in Europa. Zeitgeschichtliche Erinnerungen und Studien, Konstanz 1995, S. 123–137, 136.

[85] Grundsätze (s. Anm. 83).

dung befreit werden, die Zuständigkeit für das Erziehungs- und Bildungswesen war auf die Gliedstaaten zu übertragen. Nach angelsächsischem und schweizerischem Muster, aber auch den deutschen Traditionen entsprechend, sollte die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wiederhergestellt und zur »Schule demokratischer Staatsgesinnung« werden.[86] Der föderalistische Staatsaufbau begann mit der Familie »als den kleinsten Lebenskreis«. Die »Grundsätze und Richtlinien« betonten besonders die Verantwortung für die durch die »nationalsozialistische Geisteskrankheit« pervertierte Jugenderziehung, die sie den Eltern, den Gemeinden, den Schulen der Länder zuwiesen[87]; hier war offenbar die Handschrift Wirths zu erkennen. Forschung, Lehre und Bildung wurden für frei erklärt, die Hochschulen und Akademien sollten sich unter Aufsicht der Länder selbst verwalten – eine bemerkenswerte, nach 1945 durchgeführte, heute (1999) von demokratischen Politikern in Frage gestellte demokratische Errungenschaft des politischen Exils.

Das Verfassungsdenken dieses Schweizer Exilkreises trug deutlich integrale, dh. die Gesamtwirklichkeit in den Blick fassende Züge. Es proklamierte die »Wiedergeburt der europäischen Gesittung« im deutschen Volk, die Rückkehr zu christlich-humanistischen Werten[88], wollte aber auch die »materielle Grundlage« für die Gesinnungsänderung geschaffen wissen. So blieb es nicht bei der Verwerfung des »schrankenlosen Materialismus«, »Naturalismus«, »Mammonismus«, »Kapitalismus«, des »einzel- und kollektiv-menschlichen Egoismus«, der »Macht- und Eroberungssucht«, sondern man rief zu einem geplanten, dezentralisierten Wiederaufbau der Volkswirtschaft auf, der die verschiedenen Wirtschaftszweige in ein ausgeglichenes Verhältnis zueinander bringen und die legitime Erwartung des arbeitenden Menschen auf »Freiheit von Not« und auf Existenzsicherheit erfüllen sollte.[89] Die Sieger wurden indirekt vor einer Wiederholung der Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg gewarnt, die zur Vernichtung und Radikalisierung des Mittelstandes, zur »Entwurzelung«, »Vermassung« und »Verproletarisierung« des Volkes geführt habe.[90]

Die im engeren Sinn verfassungsrechtlichen Bestimmungen sahen den Zusammenschluß der Länderrepubliken zu einer »deutschen Bundesrepublik«, die Errichtung einer Länderkammer sowie einer Volksvertretung aufgrund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts, aber auch Volksbegehren und Volksentscheid vor. Staatsbürgerliche Rechte, »die persönlichen und politischen Freiheitsrechte« sollten gegen jede Diktatur einer Partei, Gruppe, Rasse oder Klasse durch Verfassungs- und Verwaltungsgerichte und durch eine »wirksame Staatsschutzgesetzgebung« garan-

[86] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 19.
[87] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 17f., 14.
[88] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 17, 23, 12, 15.
[89] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 21–23.
[90] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 19.

tiert werden. Der Bund erhielt nur die Kompetenzen für die Vertretung nach außen, für das Zollwesen, für die Wirtschafts-, Verkehrs- und Sozialpolitik, für die Gesetzgebung im Finanz-, Steuer-, Zivil- und Strafrecht. Nach schweizerischem Vorbild sollte die Bundesregierung kollegial, mit jährlich wechselndem Vorsitz, organisiert sein.[91]

Die Hegemonie eines Landes, wie sie Preußen von 1871 bis 1932 letztlich zum Schaden des Ganzen innegehabt hatte, wurde ausgeschlossen. Von der gänzlichen Aufhebung Preußens war aber direkt keine Rede, vielleicht mit Rücksicht auf Otto Braun. Ebenso schwieg sich der Verfassungsentwurf über eine neue Gliederung der Bundesländer nach den deutschen Stämmen aus, die Hoegner Hermann Rauschning 1939 vorgeschlagen hatte.[92] Eine Sonderstellung oder Separation süddeutscher katholischer Staaten war nicht vorgesehen[93], obwohl Präferenzen für das westlich der Elbe und des Böhmerwalds gelegene Deutschland dem überzeugten Badener Wirth, der von Frankreichs Geist und Kultur fasziniert war[94], im Exil nahegebracht worden waren.[95] Die fünf Vertreter des »Demokratischen Deutschland« bekannten sich zum Ganzen des deutschen Volkes, das sie als Ergebnis der historischen Entwicklung betrachteten.

Daran änderte es auch nichts, daß Hoegner angesichts der für ihn im Herbst 1944 absehbaren russischen Besetzung des Gebiets östlich der Elbe damit rechnete, »das Schwergewicht eines demokratischen Deutschlands« werde »im Westen und Süden liegen«.[96] Auch ein neues »Königreich Bayern in einem deutschen Staatenbund oder Bundesstaat« hielt er für möglich, in dem er »seine politische Laufbahn als ›Seiner Majestät getreue Opposition‹ wieder aufzunehmen und zu beschließen« gedenke, doch die wirtschaftli-

---

[91] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 16; ganz ähnlich Entwurf o.D. [1945] (s. Anm. 83) S. 4 (Garantien, 3.).

[92] Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, Hof ²1975, S. 159; Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979, S. 151. Später bezeichnete Hoegner seine Vorschläge einer Neugliederung des Reiches nach Stammesgebieten als »überholt« und »bedeutungslos« (an Joh. Klein, 23.10.1964). Im Verfassungsentwurf für Brüning oder Rauschning von 1939/40 (158 Artikel) besteht das Gebiet des Reichs aus den deutschen Ländern Bayern, Franken, Preußen, Sachsen, Schwaben und Thüringen, die (angeblich) im wesentlichen mit »den alten Grenzen« dieser deutschen Stämme übereinstimmen würden (Art. 1–2). IfZ, Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/19. Der Vorschlag für eine Neugliederung Deutschlands, Zürich 6.12.1943, gibt den »einzelnen Ländern, wie sie in neuerer Zeit entstanden [...] sind«, den Vorzug und nennt 12 Länder einschließlich eines auf Ostelbien beschränkten, also sehr verkleinerten Preußen. IfZ, Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/18, S. 1–6, 4.

[93] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 14.

[94] Aide-Mémoire Wirths o.D. [1945], S. 1–6. IfZ, Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/11.

[95] Karl Thieme an Joseph Wirth, Läufelfingen 30.10.1944. IfZ, NL Karl Thieme, ED 163/98.

[96] Wilhelm Hoegner an Joseph Wirth, Zürich 29.10.1944. IfZ, Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/11.

chen Grundlagen für eine politische Autonomie Bayerns schienen ihm nicht gegeben. So blieb in seinen Augen nur die Fortsetzung der »gemeinsamen Beratungen über ein deutsches Aktionsprogramm«, das mit den »Grundsätzen und Richtlinien« des »Demokratischen Deutschland« ja auch zustande kam. In seinem Verfassungsentwurf für Heinrich Brüning von 1939/40 hatte Hoegner trotz seines Vorschlags, das Reich in einen republikanischen »ewigen Bund« »der deutschen Stämme« umzuformen, der Zentralgewalt noch 12 Kompetenzen zugestanden; darunter waren an erster Stelle das »Kolonialwesen«, an letzter die »Vergesellschaftung von Produktionsmitteln« genannt.[97]

4. Staatenbund

Zumal Pläne zur Bildung einer europäischen Föderation, ob Staatenbund oder Bundesstaat, waren im Exil weit verbreitet. Dabei griffen manche Autoren auf ihre vor 1933 entwickelten Vorstellungen zurück: Otto Lehmann-Russbueldt hatte schon 1914 zur »Schöpfung der Vereinigten Staaten von Europa«[98] aufgerufen, später den sozialistischen Staatskapitalismus wie die nationalistische Aufrüstungspolitik verurteilt. 1939 forderte er im Londoner Exil die »Renaissance des Deutschtums im Geiste der Humanität und des Weltbürgertums« unter Berufung auf das Erbe Kants, Herders, Goethes, Beethovens und des Freiherrn vom Stein.[99] Andere Emigranten wie Hermann Rauschning oder die Sozialistin Hilda Monte glaubten mit ihren Einigungsvorschlägen auf die verführerische Herausforderung eines von Hitler vereinten Europa reagieren zu müssen, weil sich die Nationalsozialisten die vor 1933 versäumte Chance eines längst überfälligen Wandels zu größeren Staatengemeinschaften zunutze gemacht hätten: »Das nationalistische Europa der souveränen Nationalstaaten ist nach diesem zweiten Weltkriege ein Anachronismus«.[100] Etwa seit 1943 fand die nach dem Sieg der Alliierten

[97] Art. 8 des Verfassungsentwurfs von 1939/40. IfZ, Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/19. Vgl. P. Kritzer, Hoegner (s. Anm. 92), S. 154–163, 160f.

[98] Eine Phantasie von 1910 und eine Betrachtung von 1914, Berlin 1914. Der Autor griff einen Vorschlag von Maximilian Graf Yorck von Wartenburg, Weltgeschichte in Umrissen, Berlin 1897, auf, Deutschland solle eine Föderation Europas initiieren, die ein Gegengewicht hielte gegen die USA, England und Rußland.

[99] In seinem Buch Neues Deutschtum, Paris 1939. N. A. Furness, Otto Lehmann-Russbueldt. Forgotten prophet of a federal Europa, in: Charmian Brinson, Richard Dove, Marian Malet u. Jennifer Taylor (Hrsg.), »England? Aber wo liegt es?« Deutsche und österreichische Emigranten in Großbritannien 1933–1945, München 1996, S. 87–97, 89. – Vgl. auch den Exkurs über den »Europagedanken« bei J. Radkau, Emigration (s. Anm. 1), S. 300–302.

[100] Hermann Rauschning, Die konservative Revolution (1941), in: Klaus Voigt (Hrsg.), Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–145. Dreißig

zu erwartende Mächtekonstellation verstärkt Eingang in die europapolitische Reflexion von Emigranten.

Die Satzungen und Verfassungsentwürfe von Arnold Brecht (»Europäische Föderation«, 1942)[101], Erich Koch-Weser (»Satzung des Europabundes«, 1942/43)[102] und Hans Wehberg über die »Schaffung einer internationalen Autorität«[103] spiegeln teils älteres liberales Gedankengut. Mit allerdings erheblichen Modifikationen wollen sie globale Institutionen geschaffen wissen, die Grund- und Minderheitenrechte, schiedsrichterliche Verfahren und Frieden unter den Völkern gewährleisteten. Die aus der kurzen Geschichte des Völkerbunds bekannten Schwierigkeiten ließen zunächst nur die Aufstellung »minimaler« Ziele für eine gemeinsame Exekutive, Legislative und Judikatur (Brecht, Wehberg) als ratsam erscheinen. Die genannten Autoren tendierten zur Einbeziehung der europäischen Föderation in eine Weltorganisation oder in einen Völkerbund. Nur liberal bzw. demokratisch verfaßte Staaten sollten in die europäische oder Welt-Gemeinschaft Aufnahme finden (Röpke, Brecht). Die Verhältnisse innerhalb der Föderation oder Völkergemeinschaft wurden zuweilen mit denen auf persönlicher Ebene, mit guten zwischenmenschlichen Beziehungen oder mit der Übernahme von Verantwortung gegenüber anderen Individuen oder gegenüber der Gemeinschaft, auf eine Stufe gestellt. Der Imperialismus beginne mit der schlechten Nachbarschaft zu Hause.[104] Statt auf die Diplomatie der Regierungen wollte Paul Tillich den zukünftigen Staatenbund auf das »natürliche Empfinden des Volkes« gründen, komme doch bei den Begegnungen der Mitglieder verschiedener Nationalitäten rasch das »Gemein-Menschliche« zum Ausdruck.[105] Von daher erklärt sich, daß namhafte Europa-Föderalisten des Exils großen Wert auf die Erziehung im Sinne der Humanität oder des Christentums legten. Von den mehr formalen Regeln eines liberal beeinflußten Föderalismus unterschied sich Maritains moralische Qualifikation der internationalen Beziehungen. Zwischen den unabhängig gewordenen Völkern sollten eine neue Solidarität und Interdependenz im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit auf den Gebieten der Kultur,

---

Texte, Frankfurt a. M. 1988, S. 194 f.; vgl. hier Dok. 14. Hilda MONTE, Die Einheit Europas (Herbst 1943), hier S. 110–121, 112.

[101] Auszug im Druck bei K. VOIGT, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 137–146. Vgl. Bd. 2 von Brechts Erinnerungen: Mit der Kraft des Geistes (1967) und unveröffentlichte Manuskripte in seinem Nachlaß. H. BOBERACH, P. v. z. MÜHLEN, W. RÖDER, P. STEINBACH (s. Anm. 10), S. 89 f.

[102] Teildruck bei K. VOIGT, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 149–155.

[103] Teildruck bei K. VOIGT, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 157–169. Wehberg (1885–1962), zunächst im preuß. Justizdienst, 1919 führendes Mitglied der Deutschen Liga für den Völkerbund, seit 1928 Prof. für Völkerrecht in Genf. Vgl. Walter LIPGENS, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968, S. 370–375.

[104] Hans JAEGER, Vom Übermenschen zum Menschen (Ms.). IfZ, NL Hans Jaeger, ED 210/33.

[105] Welche Kriegsziele? (Herbst 1941). Teildruck: K. VOIGT, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 75 f.

der Wirtschaft, des sozialen Fortschritts und der internationalen Ordnung wirken.[106]

Viele Sozialisten bekannten sich zu der Geltung gemeinsam erarbeiteter Grundsätze des Völkerrechts, zu Schiedsgerichtbarkeit, Frieden und Demokratie. Willy Brandt berief sich im Norweger Exil auf die Forderung des Aufklärers Immanuel Kant, ein Grundrecht für alle Bürger der Welt zu schaffen.[107] Da gemäß den Prämissen des Sozialismus die internationale Politik aus der Interaktion der verschiedenen Gesellschaften und ihrer Klassenverhältnisse hervorging und Imperialismus und Krieg den Profitinteressen der Klassengesellschaften entsprangen, konnte eine wahre Vereinigung Europas und der Welt letztlich nur auf der Grundlage des Sozialismus geschaffen werden. Doch differierten unter den Sozialisten die Vorstellungen über die wirtschaftliche Struktur einer neuen Staatengemeinschaft, wie andererseits die Abkehr vom reinen Wirtschaftsliberalismus auch im liberalen und christlichen Lager zu beobachten war. Die Sozialdemokraten Rudolf Hilferding und Albert Grzesinski, beide Inhaber hoher Regierungs- bzw. Verwaltungsämter in der Weimarer Republik, sprachen sich 1940/41 allgemein für Handelserleichterungen, für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation und gegen wirtschaftliche Autarkiebestrebungen aus.[108] Walter Fliess, Wirtschaftsexperte des Internationalen Sozialistischen Kampfbunds in London, und Dr. Alexander Hirsch, ein Mitarbeiter Lehmann-Russbueldts, machten detaillierte Vorschläge zum Aufbau einer europäischen Wirtschaftsunion, die an die heutige Europäische Union erinnern.[109] Zur Regelung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, zur Harmonisierung des Verkehrswesens und der öffentlichen Investitionen, zum Abbau der Zollschranken sollten u. a. eine Europäische Wirtschaftskommission und ein beratender Ausschuß, eine Zentralbank und mehrere Kontrollämter ins Leben treten. Angesichts des nach dem Sieg der Alliierten vermutlich fortbestehenden Gegensatzes zwischen kapitalistischen und kommunistischen Staaten stellte sich relativ dringlich die Frage, wo dann ein sozialistisches Deutschland oder gar Europa seinen Platz fin-

---

[106] Devant la crise mondiale (s. Anm. 14), S. 9f., Abschnitt über Liberté et interdépendance des peuples.

[107] Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa (Frühj. 1940). Teildruck bei K. Voigt, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 56–70, 61, 65ff.

[108] Vgl. Dok. 4 (Hilferding, 29.1.1940) und 6 (Grzesinski, 2.3.1941) bei K. Voigt, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 54, 72.

[109] Vgl. W. Fliess, Die Wirtschaft im neuen Europa (Sept. 1943) bei K. Voigt, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 91–107, 104, mit N. A. Furness, Lehmann-Russbueldt (s. Anm. 99), S. 93–96, der Bezug nimmt auf Otto Lehmann-Russbueldt, Europa den Europäern (mit einer wirtschaftlichen Ergänzung von Dr. Alexander Hirsch, Hamburg 1948). A. Hirsch (1889–1950) war Direktor bei der AEG und Spezialist für die Wirtschaftsentwicklung Rußlands gewesen. Vgl. zu Fliess, Brecht, Koch-Weser auch Klaus Voigt, Europäische Föderation und neuer Völkerbund. Die Diskussion im deutschen Exil zur Gestaltung der internationalen Beziehungen nach dem Krieg, in: Th. Koebner, G. Sautermeister, S. Schneider, Deutschland (s. Anm. 3), S. 104–122, 113–115.

den könne. Udo Rukser, Mitherausgeber der in Chile erscheinenden »Deutschen Blätter«, löste die Frage nicht, wenn er den drei neuen Großmächten England, USA und Rußland »das durch Blut- und Sachopfer erworbene Recht zur Durchsetzung einer internationalen Weltordnung« zubilligte.[110] Der Linkssozialist Paul Hagen (Karl Frank) wiegte sich in einem gewissen Illusionismus, wenn er den Aufbau einer europäischen Föderation von einem einheitlich gehandhabten Okkupationsregime der Westmächte und Rußlands unter der, wie er annahm, auf die USA, China und Rußland übergehenden Weltkontrolle in allerdings eher ferner Zukunft erwartete.[111] Hingegen neigte die Exil-SPD wohl schon seit 1943 zu einem »demokratischen Patriotismus«. Konnte nicht nur die Rückbesinnung auf den nationalen Staat dem in der Mitte Europas zu gewärtigenden Vakuum vorbeugen, das dann dem Herrschaftsanspruch der erheblich gestärkten Sowjetunion ausgeliefert gewesen wäre? Aktuell spekulierte die Exil-SPD damit bei den Westalliierten auf eine wohlwollende Behandlung Deutschlands. Aber auch aus historischen Gründen gedachte sie einen nationalen Kurs einzuschlagen, um einem möglichen neuen Nationalismus entgegenzuwirken, weil die Erfahrung mit der den nationalen Radikalismus entfachenden »Erfüllungspolitik« der Weimarer Republik noch frisch nachwirkte.[112]

Das Programm des »Demokratischen Deutschland« von 1945 beharrte indes entschieden auf der »Verwirklichung der leuchtenden Idee der Europäischen Föderation als einem Glied der universalen Ordnung der Menschheit«.[113] Der in der Mitte Europas zu befürchtende »horror vacui« verlange gebieterisch nach einer Stärkung dieses Raumes und des gesamten Kontinents.[114] Zu diesem Zweck schlug der Schweizer Exilkreis um Wirth und

---

[110] Patrik VON ZUR MÜHLEN, Programme für ein Nachkriegsdeutschland im lateinamerikanischen Exil, in: Th. Koebner, G. Sautermeister, S. Schneider, Deutschland (s. Anm. 3), S. 169–180, 170, 173; Wilfried LOTH, Rettungsanker Europa? Deutsche Europa-Konzeptionen vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 201–221, 206 f.; vgl. Albert THEILE, Die »Deutschen Blätter«, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 14. Jg., Nr. 74 v. 16.9.1954, S. 1101–1106. Appell an die Alliierten, eine europäische Föderation zu bilden: Carl DÖBBELING-CHACO, Was soll nach Hitler kommen?, in: La Otra Alemania, 7. Jg., Nr. 94 v. 15.5.1945, S. 19.

[111] R. BEHRING (s. Anm. 7), S. 545–558; Dok. 9 bei K. VOIGT, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 86–89; vgl. P. Hagens Auseinandersetzung mit dem pazifistischen Föderalisten (und Vansittartisten) Friedrich Wilhelm Foerster: Fr. W. Foerster an P. Hagen, New York 10.2.1943, P. Hagen an Fr. W. Foerster, 24.2.1943. IfZ, NL Karl Frank, ED 213/16.

[112] Zitate aus W. RÖDER, Deutschlandpläne (s. Anm. 7), S. 85 f., zum »nationalen Minderwertigkeitskomplex« der SPD aus der Weimarer Republik (den der Volkssozialist Hans Jaeger scharf angriff): J. C. MAIER-HULTSCHIN, Struktur und Charakter der deutschen Emigration, in: Politische Studien, 6 Jg. (1955), H. 67, S. 6–22, 12 f.; vgl. Willi JASPER, Entwürfe einer neuen Demokratie für Deutschland. Ideenpolitische Aspekte der Exildiskussion 1933–1945. Ein Überblick, in: Th. Koebner, W. Köpke, J. Radkau (s. Anm. 31), S. 271–298, 288–291.

[113] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 23

[114] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 15, 20.

Hoegner eine organische Verklammerung der innerdeutschen Föderation der Länder und Stämme mit einer europäischen Föderation vor. Er wollte damit die Sorgen vor einer erneut von Deutschland ausgehenden Aggression zerstreuen, die rein militärische Behandlung und Unterdrückung des besiegten Deutschland, die »Zerschlagung des deutschen und europäischen Wirtschaftsraums« sowie Annexionen bedeutender deutscher Wirtschaftsgebiete verhindern.[115] Kurz vor Ausbruch des Krieges antwortete Brüning auf die vom Royal Institute of International Affairs veranlaßten Überlegungen zur Neuordnung Deutschlands mit dem Vorschlag, eine »zentraleuropäische Union« zu bilden, die in ein föderatives Weltsystem eingebaut werden sollte.[116] Im Juni 1939 riet er David Astor, den Völkerbund, um diesen arbeitsfähiger zumachen, durch eine »regionale Gruppierung von Mächten, die an den gleichen Problemen interessiert sind«, zu ersetzen; dabei dachte er an eine europäische Konferenz, an eine panamerikanische Konferenz, an eine Mittelmeer- und eine Fernostkonferenz.[117]

Das föderalistische Konzept des Schweizer Kreises diente offenbar zur Abwehr der von den Alliierten erwogenen Teilungspläne[118], basierte aber doch auf einer Reflexion über die Bewahrung und Weiterentwicklung der durch den Totalitarismus herausgeforderten europäischen Kulturgemeinschaft. Die ideellen Eckpunkte dieses in christlichen und konservativen Exilkreisen verbreiteten Denkens können hier nur kurz angedeutet werden. Die föderative Ordnung erschien als die geeignete Verfassung, um die im überschaubaren Rahmen von Land und Heimat geschaffenen Identitätswerte fruchtbar zu erhalten. Der Respekt vor der in der Sprache und Volkszugehörigkeit sich ausdrückenden Herkunft verband sich aber mit einem wachen Wissen um die historischen Verirrungen der eigenen Nation. Die Ideen des Sozialdemokraten Hoegner[119], des Zentrumspublizisten Franz Albert Kramer[120] und des nationalrevolutionären Totalitarismuskritikers Otto

---

[115] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 22f.

[116] Memorandum für das zentraleuropäische Subkomitee der Weltordnungsgruppe im Chatham House, London, Mai 1939. C. Nix, Brüning (s. Anm. 53), S. 254f.

[117] Treffen in Blickling Hall, 24./26.6.1939. C. Nix, Brüning (s. Anm. 53), S. 267f.

[118] Lothar KETTENACKER (Hrsg.), Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive, Stuttgart 1977, Dokumentation III, 3, S. 218–229. Vgl. die Ausarbeitung »Süddeutschland und Donauraum«, wo die »politischen Auswirkungen« der geplanten Dreiteilung der Besetzung Deutschlands untersucht werden, und die beiliegende Skizze einer Neugliederung Deutschlands (in den Grenzen von 1937) in eine Süddeutsche, Westdeutsche, Mittel- und Ostdeutsche, sowie eine Norddeutsche Union. IfZ, Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/18.

[119] Süddeutschland und Donauraum (s. Anm. 118), ein Entwurf [1945], ein Vorschlag für eine Neugliederung Deutschlands, o.D., in der Sammlung Wilhelm Hoegner, ED 120/18.

[120] Franz Albert KRAMER, Vor den Ruinen Deutschlands. Ein Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung, Koblenz 1945, S. 138; vgl. für die Wirksamkeit solcher Vorstellungen Karl Thieme an Nationalrat [Dr. Karl Wick], Läufelfingen 25.10.1944. IfZ, NL Karl Thieme, ED 163/98.

Straßer[121] zeigen hierin eine gewisse Verwandtschaft. Für Röpke, Rauschning und besonders explizit für Straßer sollte ein in Regionalföderationen neu gegliedertes Europa seine inneren Zwistigkeiten überwinden und sich selbst, föderativ geeint, in ein »Weltgleichgewicht« einbringen.[122] Bei Röpke, Straßer, Spiecker, Hildebrand und im Schweizer Kreis wurde der Föderalismus durch die Rückbesinnung auf die vom Christentum ausgehende schicksalhafte Verbundenheit der europäischen Völker tiefer begründet. Explizit forderte die Deutsche Freiheitspartei einen engeren Zusammenschluß der abendländischen Völkergemeinschaft, um das gemeinsame Schicksal des Umbruchs zur Moderne und den technischen Wandel bewältigen zu können; die jeweiligen kulturellen Eigenarten der Völker sollten allerdings gewahrt werden.[123] Das »Demokratische Deutschland« mahnte eine grundlegende Selbstbesinnung der Europäer auf den »guten Geist« der Verständigung und Duldsamkeit an und eine Abkehr vom »Kriegsgeist«, von dem Vorrang, der bei den Friedensschlüssen europäischer Mächte während der vergangenen 300 Jahre den militärischen Erwägungen eingeräumt worden sei.[124] Speziell um das »geistige Vakuum« einer jungen und unruhigen Generation nach dem Krieg zu bekämpfen, empfahl Ludwig Kaas dem britischen Vertreter beim Vatikan, D'Arcy Osborne, schon 1940 die Bildung einer wie auch immer gearteten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, um die aus wirtschaftlichem Autarkismus sich ergebenden Antriebe zu übertriebenem Patriotismus, zu Aggression und Krieg nicht erst aufkommen zu lassen.[125]

Bekanntlich haben die Neuordnungspläne der Emigration keine direkte Realisierung gefunden und nur in einigen Grundanliegen, wie der Einigung Europas, einer bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands, zusammen mit anderen Einflüssen von seiten der Alliierten eine gewisse Fernwirkung entbunden. Sie muten im Rückblick teils konstruktivistisch an. Anscheinend haben nur vereinzelte Vertreter des Exils und des Widerstands, aber z. B.

---

[121] Otto Strasser, Armistice or Peace? (deutsches Manuskr. mit engl. Vorwort), S. 1–170 [nach Nov. 1943], hier S. 103, 137, 141, 151. IfZ, NL Otto Straßer, ED 118/21; weitere Exemplare des Ms.: ED 118/22–1, dort auch viele (u. a. englischsprachige) Artikel Straßers. Dieser schlug vor, mehrere Unionen in Europa zu gründen, die zu einer slavischen, überwiegend romanischen und überwiegend germanischen Einheit (mit je ca. 120–135 Millionen Menschen) zusammengefaßt werden sollten; dadurch werde die Hegemonie einer solchen Sprach- oder Volksgruppe ausgeschlossen, bei ausdrücklicher Wahrung der Rechte der Minderheiten.

[122] S. Anm. 121, 100 u. Wilhelm Röpke, Internationale Ordnung (März 1945), bei K. Voigt, Friedenssicherung (s. Anm. 100), S. 170–179,178.

[123] Deutschlands europäische Aufgabe, in: Das wahre Deutschland. Auslandsblätter der deutschen Freiheitspartei, Jg. 1940, Sept., S. 1–4. IfZ, MZ 21/6; H. Jaeger, Vom Übermenschen (s. Anm. 104).

[124] Grundsätze (s. Anm. 83), S. 12.

[125] Meldung Osbornes aus Rom v. 23. 2. 1940. Peter Ludlow, Papst Pius XII., die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22 (1974), S. 299–341, 338.

Rudolf Hilferding, Wilhelm Hoegner und Helmuth James von Moltke[126], die zukünftige Rolle der Führungsmacht USA oder den Spielraum erfaßt, den die Entzweiung der demokratischen Mächte mit der Sowjetunion der deutschen Politik eröffnen konnte. Doch die demokratisch gesinnten Emigranten leisteten wesentliche und unverzichtbare, nicht nur der Erinnerung würdige Beiträge zur politischen Standortbestimmung. Sie haben die tiefe, epochale Herausforderung durch die totalitären Bewegungen des Nationalsozialismus und Faschismus erkannt und mit der Zukunftsvision eines neuen Bunds der Völker bekämpft, gleichzeitig sich wieder auf tragende Kulturelemente des politischen und sozialen Lebens besonnen. Sie fanden zum Föderalismus als politischer Koordinationsform für die innere und äußere Politik, zur Gewaltenteilung, zum wertorientierten demokratischen Grundkonsens, zur Betonung des Zusammenhangs zwischen politischer Form und wirtschaftlicher Existenzgrundlage, zu einem neuen Bewußtsein von Solidarität und Interdependenz im Zeitalter der Ideologien und wollten vor diesem Hintergrund zu einer Neubestimmung der deutschen und europäischen Identität gelangen.

Die Alliierten behielten sich aber weitgehend die Gestaltung der Nachkriegsordnung vor; viele Emigranten erhielten zunächst gar keine Einreisegenehmigung. Deren Einflußmöglichkeiten hingen von den Gegebenheiten ab und spiegelten nicht mehr die Breite und Diversifizierung der geistig-politischen Selbstdarstellung im Exil: in Deutschland schlug den Emigranten oft Unverständnis, ja der unsinnige Vorwurf des Verrats entgegen. Wäre ihnen insgesamt der Spielraum weniger beschnitten worden, so wären vielleicht das Gefühl der Selbstverantwortung und die Kontinuität zur Zeit vor 1933 gestärkt, die Verbindung zwischen patriotischem, demokratischem und völkerversöhnend-weltoffenem Geist unbefangener hergestellt worden.

[126] Rainer A. Blasius, Deutschland und Europa im Denken des Widerstandes, in: M. Kißener, H.-H. Brandt, W. Altgeld, Widerstand (s. Anm. 84), S. 39–65, 60.

Nachkriegsplanungen von Emigranten in Großbritannien

Ludwig Eiber

Im Sommer 1940 war Großbritannien als einziger Gegner des nun übermächtigen Deutschen Reiches verblieben. Gleichzeitig war England zu einem Fluchtpunkt für das europäische politische Exil geworden. Regierungsmitglieder, politische Repräsentanten, Militärs etc. aus den besetzten Ländern flohen nach London, bildeten hier Exilregierungen oder Vertretungen. Das deutsche politische Exil hatte zunächst in Prag ein erstes Zentrum gebildet und war dann vor der deutschen Expansion 1938 nach Paris ausgewichen. Nun waren die deutschen Emigranten erneut auf der Flucht. Die Zukunft Großbritanniens, des letzten militärischen Gegners Deutschlands schien ungewiß, aber Großbritannien war das einzige Land, von dem aus eine direkte Beteiligung am Kampf gegen das Hitlerregime möglich war.

Großbritannien hatte bis 1937 als Emigrationsland nur geringe Bedeutung. Die restriktiven Aufnahmebedingungen und das Verbot einer Erwerbstätigkeit ermöglichten nur wenigen die Einreise.[1] Bis 1937 erhielten nur ca. 8000 deutsche Emigranten eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Okkupation Österreichs, des Sudetenlandes und später des restlichen tschechischen Gebietes, die Verschärfung der Verfolgung der Juden durch die »Arisierung« und schließlich der November-Pogrom 1938 ließen die Zahlen der Flüchtlinge aus Mitteleuropa dramatisch anschwellen. Bis Ende 1939 stieg die Zahl der Emigranten aus Deutschland, Österreich und dem Sudetengebiet auf über 70000, der Anteil der Juden belief sich dabei auf 90%.[2] Auch ein großer Teil der politischen Emigranten war zugleich wegen seiner jüdischen Herkunft verfolgt worden. Außer den deutschen befanden sich etwa 19000 italienische und 8000 tschechische Emigranten in Großbritannien, 1939/40 kamen weitere Flüchtlinge aus Polen, Norwegen, Frankreich und den Benelux-Staaten hinzu, unter ihnen auch deutsche Emigranten. In den folgenden Jahren reduzierte sich die Zahl der deutschen und österreichischen

[1] Zur Emigration nach Großbritannien vgl. Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, S. 21; Bernard Wasserstein, Britische Regierungen und die deutsche Emigration 1933–1945, in: Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1983, S. 44–61, hier S. 44ff.; Waltraud Strickhausen, Großbritannien, in: Claus-Dieter Krohn u.a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, S. 251–269.

[2] Vgl. W. Röder, (s. Anm. 1), S. 23; B. Wasserstein, (s. Anm. 1), S. 46.

Flüchtlinge durch die Weiterreise und die Verlegung in die Dominions auf rd. 40 000 im Jahre 1942 und 25 000 im Jahre 1943.[3]

Nach Kriegsbeginn waren die in Großbritannien lebenden deutschen Emigranten nach den Kategorien Sicherheitsrisiko (A), vertrauenswürdig mit Auflagen (B), und loyale Hitlergegner (C) klassifiziert worden. Nach der Besetzung Frankreichs und der Benelux-Länder führte die Furcht vor einer deutschen Invasion und den Aktivitäten einer »5. Kolonne« zur Internierung der deutschsprachigen »enemy aliens« auch der Kategorien B und C, bis auf wenige Ausnahmen.[4] Nachdem sich die erste Panik gelegt hatte, erließ die britische Regierung am 31. Juli 1940 auf Druck der Öffentlichkeit eine Verordnung, gemäß der nach 19 Kategorien eine Entlassung aus der Internierung beantragt werden konnte.

Auch in der Zeit der Internierung, die mit der Unterbringung in Lagern zahlreiche Entbehrungen mit sich brachte, war die Behandlung der deutschen Flüchtlinge in Großbritannien korrekt. Vor und nach der Internierung waren die meisten Emigranten privat untergebracht, konnten sich in der Öffentlichkeit frei bewegen und wurden selbst zu Zeiten intensiver deutscher Luftangriffe auf England von der Bevölkerung respektiert. Allerdings blieben die Deutschen zumeist isoliert.

Ende 1940 bestand der Kern der deutschsprachigen politischen Emigration in Großbritannien aus etwa 1 200 sudetendeutschen Sozialdemokraten, 300 Sozialdemokraten und Sozialisten aus dem Reichsgebiet, 400 Kommunisten und etwa 100 Angehörigen liberaler, konservativer oder christlicher Parteien und Organisationen, insgesamt rd. 2 000 Personen. Das waren gerade einmal 5 % der rd. 40 000–50 000 deutschen Emigranten in Großbritannien.

Die deutsche politische Emigration in Großbritannien war in sich zerstritten und es mangelte an prominenten politischen Repräsentanten. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte Dr. August Weber. Er war Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei gewesen und Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Vom Parteivorstand der SPD befanden sich nur wenige führende Repräsentanten in Großbritannien und dies auch erst seit Anfang 1941: der Vorsitzende Hans Vogel und das Vorstandsmitglied Erich Ollenhauer.[5]

Dagegen waren die sozialistischen Gruppen, die jeweils über ca. 20–30 Mitglieder verfügten, meist mit ihrer Führung in London präsent. »Neu Beginnen« hatte Erwin Schoettle den Sekretär der Auslandsleitung in London und verfügte mit Richard Löwenthal, Waldemar von Knoeringen u. a.

[3] Vgl. W. Röder, (s. Anm. 1), S. 24.

[4] Zur Behandlung der deutschen Flüchtlinge im Kriege und zur Internierung vgl. W. Röder, (s. Anm. 1), S. 117ff.; P. and G. Gillmann, Collar the lot! How Britain interned and expelled its Wartime Refugees, London 1980.

[5] Vgl. hierzu Ludwig Eiber (Hrsg.), Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« 1941–1946 und ihre Mitglieder, Bonn 1998, S. LXXXIXff.

über ein beträchtliches intellektuelles Potential mit guten Verbindungen zur Labour Party. Der Internationale Sozialistische Kampfbund, geführt von Willi Eichler und Mary Saran, besaß englische Mitglieder, die ab 1942 in einer eigenen Organisation zusammengefaßt wurden.[6] Neben diesen Gruppen, die sich von der SPD abgespalten hatten, gab es weitere, die sich erst in der Emigration gebildet und die in der Londoner Emigration ihr Zentrum hatten. Die Deutsche Volkssozialistische Bewegung, geführt von Hans Jaeger, vertrat einen radikalen Antinationalismus und Antimilitarismus. Der Freiheitsbund Deutscher Sozialisten sammelte sich um den Schriftsteller Kurt Hiller, ein scharfer Kritiker der Weimarer Parteien und insbesondere der SPD.

Die KPD, geführt vom ZK-Mitglied Wilhelm Koenen, verfügte mit dem Freien Deutschen Kulturbund und der FDJ über mitgliederstarke Nebenorganisationen.[7] Die KPD gab erst nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion ihre neutrale Haltung auf und trat dann um so vehementer für die Stärkung des »war effort« ein.

Daneben sind Emigranten zu erwähnen, die eine politische Bedeutung durch ihre Tätigkeit erhielten: Höhere Beamte, Juristen, Wissenschaftler, Journalisten etc. wurden als Fachleute von britischen Stellen für die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Problemen der Nachkriegsordnung herangezogen oder legten solche unaufgefordert vor.[8] Hier sind auch die Mitarbeiter der vom Informationsministeriums herausgegebenen deutschsprachigen Zeitschrift »Die Zeitung« zu nennen.

Nahezu alle Organisationen und viele Einzelpersonen beschäftigten sich mit Fragen der deutschen Nachkriegsordnung. Sie verfaßten Denkschriften, Konzeptionen, Programme etc., die sich an die Emigration, die britische Regierung und Öffentlichkeit und nur in seltenen Fällen (wegen der fehlenden Verbindungen) an die Deutschen im Reich wandten.[9] Aus der Vielzahl der Konzepte werden hier einige ausgewählt, die wegen ihres zeitlichen Kontexts, ihres Inhalts, ihrer Verfasser oder der Herausgeberorganisation bedeutsam erschienen.

---

[6] Zu den sozialistischen Gruppe vgl. Röder (Anm. 1) und Eiber (Anm. 5)

[7] Vgl. hierzu Birgit Leske/Marion Reinisch, Exil in Großbritannien, in: Ludwig Hoffmann u. a. (Hrsg.), Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina, Frankfurt/M. 1981, S. 147–308.

[8] Vgl. hierzu Ulrich Reusch, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943–1948. Eine behördengeschichtliche Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch, 100 (1980), S. 318–443, hier S. 356, 367ff.

[9] Vgl. hierzu auch die Beiträge von Becker und Helberg in diesem Band.

I. Sebastian Haffner und das Modell der deutschen Länder

Haffner (Pseudonym von Raimund Pretzel) veröffentlichte 1940 in London das Buch »Germany: Jekyll and Hyde«.[10] Darin analysierte er die politische Haltung der deutschen Bevölkerung unter dem NS-Regime und ging auch auf die Frage der Kriegs- und Friedensziele ein. Haffner wendet sich gegen die pauschale Aufteilung in »Nazideutschland« und das »andere Deutschland« und unterscheidet sieben verschiedene Gruppen: Hitler, die NS-Führer, die Nationalsozialisten, die loyale Bevölkerung, die illoyale Bevölkerung, die Opposition, die Emigranten. Die Nationalsozialsozialisten bildeten seiner Auffassung nach nur eine Minderheit in der deutschen Bevölkerung. Aber der illoyale Bevölkerungsteil stehe »ohne eine politische Vertretung und ein politisches Programm da ... die tatsächliche politische Opposition ist schwach, zersplittert, unfertig und nicht repräsentativ« (S. 283). So sei es Aufgabe der deutschen Emigration, neue Konzeptionen zu erarbeiten, und sich mit mächtigen Staaten gegen die Nationalsozialisten zu verbünden. Er forderte, die Alliierten sollten die Emigranten und die deutsche Opposition in den Kampf gegen die Nationalsozialisten einbeziehen: »Der erste praktische Schritt zu einer positiven und konstruktiven Politik gegenüber Deutschland muß in einer positiven und konstruktiven Politik gegenüber den deutschen Emigranten bestehen ... Man muß sie politisch nutzen« (S. 297). Der Krieg solle als Polizeiaktion der Welt gegen die Nazis geführt werden, der sich auch Deutsche anschließen könnten. Gleichzeitig warnte er die Alliierten davor, sich allein auf die Waffen zu verlassen; dies würde das deutsche Volk einigen – gegen die Alliierten.

Als Grundfehler der deutschen Entwicklung schien ihm die Reichsgründung 1871. So schlägt er für die Nachkriegsordnung die Rückkehr zu den deutschen Ländern von 1866 vor: »Das Deutsche Reich muß verschwinden« (S. 287). An seine Stelle sollten acht Länder treten: Österreich, Bayern, Württemberg-Baden, Rheinland, Niedersachsen, Sachsen-Thüringen, Preußen. Haffner will Deutschland retten, in dem er auf die Reichseinheit verzichtet.

Sobald alliierte Truppen deutschen Boden betreten, sollten neue Landesregierungen bereitstehen, »um die Macht in einer solchen Region zu übernehmen, einen Separatfrieden zu schließen, Gerichte einzusetzen, damit die Nazis für ihre Verbrechen bestraft werden, die Naziverwaltung abzuschaffen, sie durch neue Institutionen zu ersetzen und das Land für die Aufgabe der Befreiung Deutschlands zu mobilisieren« (S. 298). Dies sei auch der erste Moment, bei dem mit inneren Revolten gegen das NS-Regime gerechnet werden müsse, und dieser Moment müsse sorgfältig geplant werden. Die Erneuerung sollte eine innerdeutsche Angelegenheit bleiben.

[10] Zitate nach der deutschen Ausgabe unter gleichem Titel, München 1998. Das Manuskript wurde im April 1940 fertiggestellt, also noch vor dem deutschen Angriff im Westen.

Die neugebildeten Länder sollten nicht mit der Erblast des Reiches beschwert werden, sondern einen fairen Frieden erhalten: »Fremde Besatzungsarmeen, die Auferlegung von Reparationen, moralische Diskriminierung und einseitige Beschneidung der Souveränitätsrechte wären keine solche Chance« (S. 294). Gleichzeitig forderte er aber auch Veränderungen in ganz Europa: »Deutschland kann nur im Rahmen eines Europa wieder errichtet werden, das ökonomisch und politisch neu gestaltet ist« (S. 294).

Haffners Warnungen und Vorschläge blieben ungehört. Zum einen veränderte der weitere Kriegsverlauf die Ausgangsbedingungen radikal, zum anderen gehörte das Festhalten an der Einheit des Reiches zu den zentralen Forderungen der Emigration.

II. Das Konzept der »Europäischen Revolution« – Aufstieg und Niedergang 1940/41

In der britischen Politik spielten die deutschen Emigranten keine Rolle und selbst ihrem Nutzen als Kenner Deutschlands und der Verhältnisse unter dem NS-Regime wurde bis 1940 wenig Beachtung geschenkt. Dies sollte sich ändern, als im Sommer 1940 Großbritannien als letzter militärischer Gegner Deutschlands selbst in Gefahr geriet. In diesem Kontext entstand eine Konzeption für die Überwindung der deutschen Herrschaft über Europa, die zugleich grundlegende Aussagen über die Nachkriegssituation implizierte: Das Konzept der »europäischen Revolution«.

Nach der Niederlage Frankreichs versuchte die britische Führung, Hitlers »Neuordnung Europas« ein Gegenkonzept entgegenzustellen. Die Initiative hierzu ging von Labourführern wie Clement Attlee und vor allem Hugh Dalton (seit 1940 Minister of Economic Warfare) aus, der das Konzept einer »Europäischen Revolution« propagierte. Es sah die Zusammenfassung des europäischen Widerstandes gegen Hitler unter britischer Führung vor.[11] Nur durch eine Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten, aber auch in Deutschland, schien die deutsche Herrschaft über Europa gebrochen und Großbritannien aus seiner existentiellen Bedrohung befreit werden zu können. Ausdruck dieses Konzeptes, das vor allem auf nachrichtendienstliche Aktivitäten und Propaganda gerichtet war, war die Gründung der »Special Operations Executive« (SOE) und des »Senders der europäischen Revolution«.[12]

[11] Vgl. hierzu Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. v. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, I. Reihe, Bd. 1, Britische Deutschlandpolitik, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Frankfurt/M. 1989, S. XXVI; Anthony Glees, The Secrets of the Service. A story of Soviet Subversion of Western Intelligence, New York 1987, S. 76ff., 122f.

[12] Vgl. hierzu M. R. D. Foot, SOE. An outline history of the Special Operations Executive 1940–46, London 1984; Conrad Pütter, Rundfunk gegen das »Dritte Reich«. Deutschsprachige Rundfunkaktivitäten im Exil 1933–1945. Ein Handbuch, München u. a. 1986.

Widerstände gegen dieses Konzept mit seiner unsicheren Perspektive für Europa dürfte es schon in der Labour Party gegeben haben, im konservativ geprägten britischen Regierungsapparat müssen sie beträchtlich gewesen sein. Aber im Sommer 1940 war selbst für Premierminister Winston Churchill die einzige Hoffnung, »to set Europe ablaze«.[13]

Notwendige Voraussetzung dafür war die Einigung der unterschiedlichen nationalen Widerstandsorganisationen, wobei in Deutschland der sozialistisch-sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die zentrale Rolle zugedacht war. So ist die Einladung der Sopade-Führung nach London, die dort von ihr mit Neu Beginnen, SAP und ISK erfolgende Gründung der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« und der »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien« in diesem Kontext zu sehen[14], ebenso wie die Versuche, die deutsche politische Emigration zu einen.[15]

Die britische Unterstützung für diese Bestrebungen endete, als der deutsche Angriff auf die Sowjetunion die militärische Lage in Europa grundlegend veränderte. Auf die unsichere Unterstützung von deutscher Seite, die unerwünschte Verpflichtungen implizierte, konnte möglicherweise verzichtet werden. Nachdem sich die Sowjetunion trotz schwerer Niederlagen als stabile militärische Macht erwies und die USA in den Krieg eintraten, war der militärische Sieg auch ohne Unterstützung durch nationale Aufstandsbewegungen möglich. Damit hatten sich auch die Rahmenbedingungen für die deutsche Emigration in Großbritannien dramatisch verändert. Nun war ein eigenständiger Beitrag von ihrer Seite, der zu einer formellen Anerkennung oder gar Verpflichtungen für die britische Regierung hätte führen können, in hohem Maße unerwünscht.[16]

III. Die SPD in London und die Diskussion über das »kommende Deutschland« 1941

Der Parteivorsitzende Hans Vogel und das Vorstandsmitglied Erich Ollenhauer begannen im Frühjahr 1941 mit einem Kreis ausgewählter Sozialde-

[13] So Churchills Auftrag an Dalton und den neugegründeten SOE. Vgl. Anthony Cave Brown, »C«. The Secret Life of Sir Stewart Graham Menzies, Spymaster to Winston Churchill, New York 1987, S. 296.

[14] Vgl. Eiber (s. Anm. 5), S. XXV ff.

[15] Zu den Beratungen über Resolutionen der Union mit bürgerlichen Organisationen am 9. Dezember 1941 und am 16. Juni 1942 sowie der Einigungsversuch von Lord Davies vgl. ebd., S. XXXV f.

[16] Vgl. hierzu Lothar Kettenacker, Die britische Haltung zum deutschen Widerstand während des Zweiten Weltkriegs, in: ders. (Hrsg.), Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und und Widerstand in internationaler Perspektive, Stuttgart 1977, S. 49–76.

mokraten der Londoner Emigration eine Diskussion über das Thema »Der kommende Friede und das kommende Deutschland«.[17] Damit wurde die noch in Paris 1939/40 begonnene Diskussion über die Kriegs- und Friedensziele wieder aufgenommen. Als Leitlinie für diese und alle weiteren sozialdemokratischen Diskussionen kann dabei die Auffassung von Hans Gottfurcht gelten, des eng mit Vogel zusammenarbeitenden Vorsitzenden der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (LdG): »Die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands wird nach unserer Auffassung nicht durch die Emigranten, sondern durch die in Deutschland lebenden Antifaschisten gefällt werden, und wir müssen unsere Tätigkeit so einzurichten versuchen, daß sie mit den Auffassungen unserer in Deutschland lebenden Freunde in Übereinstimmung bleibt.«[18] Dieses auf die Treuhänderschaft für die Partei im Reich sich berufende Selbstverständnis gab nur wenig Bewegungsspielraum.

Ollenhauer ging in seinem Leitfaden zur Diskussion davon aus, daß »militärische Rückschläge und Unruhen in den okkupierten Ländern ... begleitet von einer wachsenden und sichtbaren innerdeutschen Opposition« den Untergang des Regimes einleiten.[19] In seiner die Konferenz am 10./11. Mai 1941 einleitenden Rede wies er darauf hin, daß die Zukunft Deutschlands wesentlich davon abhängen werde, »welchen aktiven Anteil die deutsche Opposition an der Zerstörung des Hitlersystems nehmen wird.«[20] Weiter wandte er sich gegen einen Kompromißfrieden und stellte fest, nur Kräfte der Demokratie könnten das alte System ablösen und es gebe »keine anderen Kräfte der Demokratie in Deutschland außer der deutschen Arbeiterschaft.« So war es für ihn auch selbstverständlich, »daß die Demokratie die einzige Form ist, die in Frage kommt«, allerdings mit einem Mehrheitswahlrecht nach britischem Muster. Ollenhauer bekannte sich zur freiwilligen Verpflichtung Deutschlands zu Wiedergutmachung und Abrüstung, forderte aber ein einheitliches Deutschland in den Weimarer Grenzen (mit Saargebiet). Deutschland müsse als »Gleicher unter Gleichen« in die europäische Neuordnung eingegliedert werden. Diese grundlegenden Festlegungen: Einheit des Reiches, Abrüstung, Wiedergutmachung, Demokratie, internationale Gleichberechtigung und Einbindung sollten die weitere Diskussion prägen. Für die Diskussion in den folgenden Monaten hatten verschiedene Mitglieder des Kreises Referate und Thesenpapiere vorbereitet. Dr. Carl Herz, einer der führenden sozialdemokratischer Kommunalpolitiker der Weimarer Republik, referierte über Staatsverfassung und Verwaltungsreform. In seinem Thesenpapier forderte er die Vollendung der 1918 erstrebten aber nicht erreichten staatspolitischen Ziele wie

[17] Vgl. hierzu EIBER (s. Anm. 5), S. CII ff.
[18] Ebd. S. 62
[19] Der Leitfaden ist abgedruckt bei EIBER (s. Anm. 5), S. 514–517.
[20] Die Rede ist abgedruckt bei ebd., S. 500–505.

- die Schaffung des Einheitsstaates,
- die territoriale Neugliederung des Reiches in Reichskreise,
- den Aufbau einer demokratischen Verwaltung von unten nach oben,
- die weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft.[21]

Sein Konzept orientierte sich an der Weimarer Verfassung, die es zu verbessern galt, und an den Forderungen des Heidelberger Programms der SPD von 1925.

Für die weiteren Beratungen der Arbeitsgemeinschaft im September 1941, die jetzt in »Deutschland und Europa nach dem Kriege« umbenannt worden war, legte Ollenhauer ein Aktionsprogramm vor.[22] Er hielt ein Übergangsregime für erforderlich, das nicht demokratisch legitimiert sein könne und das vor allem in der Emigration vorbereitet werden müsse. Es habe drei wesentliche Aufgaben zu leisten: Die völlige Entwaffnung Deutschlands, die Vernichtung des Machtapparates der Hitlerdiktatur und den Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung.

Im weiteren Verlauf der Beratungen verschärfte sich der Zwist zwischen einer Gruppe um das kooptierte PV-Mitglied Curt Geyer, die das deutsche Volk für nationalistisch geprägt hielt und auch die Arbeiterbewegung nicht frei davon sah, und jenen wie Vogel und Ollenhauer, die eine Mehrheit des Volkes gegen Hitler eingestellt sahen und sich auf den Widerstand der Arbeiterbewegung beriefen. Die Frage, inwieweit das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft selbst auch Träger eines aggressiven deutschen Nationalismus seien, entwickelte eine ungeahnte Sprengkraft. Gab es überhaupt eine politische Basis für den eigenverantwortlichen Aufbau einer Nachkriegsdemokratie? Das Bürgertum wurde von der sozialdemokratischen Emigration als mehrheitlich nationalsozialistisch, zumindest aber nationalistisch eingeschätzt. Entscheidend aber wurde die Frage, inwieweit die deutsche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie nicht auch selbst von diesem aggressiven deutschen Nationalismus infiziert waren und ob sie damit überhaupt legitimiert und fähig seien, Träger der neuen Ordnung zu sein. Über die Beantwortung dieser Frage, die die Grundlagen der Nachkriegsordnung betraf, kam es zum Bruch; die Arbeitsgemeinschaft wurde im Streit im Oktober 1941 aufgelöst und nicht wieder aufgenommen.

Dieser Konflikt war nicht nur ein innerparteilicher. Er war Teil der sich in Großbritannien vollziehenden Lösung vom Konzept der »Europäischen Revolution«, des Übergangs vom Kampf gegen Hitler und die Nationalsozialisten zum Kampf gegen Deutschland und das deutsche Volk, dessen propagandistischer Hauptvertreter Lord Vansittart war. Die Auseinandersetzung erfaßte auch die deutsche Emigration und die Labour Party. Sie endete mit der Aufgabe des Konzepts der Europäischen Revolution soweit

[21] Das Thesenpapier ist abgedruckt bei ebd., S. 519–524.

[22] Der Entwurf ist abgedruckt bei ebd., S. 574–577; zur weiteren Diskussion vgl. CIIIff, 570ff.

es Deutschland betraf und der Ausgrenzung der SPD durch die Labour Party.

Die konzeptionellen Diskussionen verlagerten sich danach von der SPD in die Union. Es zeigte sich, daß es leichter war, mit den in programmatischen Fragen zum Teil beträchtlich abweichenden sozialistischen Gruppen zu tragfähigen Kompromissen für ein Nachkriegskonzept zu kommen. So verabschiedete die Union im Dezember 1942 eine Erklärung zu der von Roosevelt und Churchill im August 1941 unterzeichneten »Atlantik-Charta«. Die Union führte darin den aggressiven Charakter der deutschen Politik und den Militarismus auf das »Bündnis von Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Armeeführung« zurück, das auch Hitler an die Macht gebracht hätte. Für das neue Deutschland wird der Verzicht auf Gebietserweiterungen, die Bereitschaft zur vollkommenen militärischen Abrüstung, zur Wiedergutmachung und zur Beteiligung am Wiederaufbau Europas zugesagt. Gleichzeitig wird aber als Voraussetzung auch die Unterstützung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes und die Anwendung der Grundsätze der Atlantik-Charta (hier insbesondere das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker) auch auf das neue Deutschland gefordert.[23]

Damit wurde ein Kanon formuliert, der in allen späteren Erklärungen und Programmen enthalten ist. Nach wie vor wird hier aber – Ende 1941 – der Umsturz von innen als entscheidender Faktor für den Sturz des NS-Regimes gesehen. Eine Vorstellung von der man sich erst im weiteren Verlauf des Krieges angesichts der immer ernüchternderen Erfahrungen langsam lösen sollte. Zu letzteren gehörte auch die von den Alliierten auf der Konferenz in Casablanca am 24. Januar 1943 erhobene Forderung nach der »bedingungslosen Kapitulation« Deutschlands.

Alle Konzeptionen für das Nachkriegsdeutschland hatten sich mit den Vorgaben der Alliierten auseinanderzusetzen. Je mehr es auf das Kriegsende zuging und die von vielen erwartete deutsche Erhebung ausblieb bzw. scheiterte, desto mehr wurde klar, daß die alliierten Vereinbarungen reale Politik werden würden. Wenn es nicht zwischen den Alliierten zum Streit über die Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland kommen sollte, was viele erwarteten oder erhofften. So behielten auch jene Konzeptionen, die die alliierten Vorgaben ignorierten, zumindest einen schwachen Realitätsbezug.

IV. Die Anfänge der Diskussion der Union über die Nachkriegsprogramme und der ISK-Vorschlag zur Verfassungsdiskussion

Nach dem Scheitern der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlagerte sich die Konzeptdiskussion in die Union.[24] Dort wandte man sich

[23] Ebd., S. 118f.
[24] Vgl. ebd., S. LXIff.; Röder (Anm. 1), S. 221ff.

im Herbst 1942 in mehreren Veranstaltungen zunächst der Frage des Neuaufbaus der Arbeiterbewegung zu. Nach Referaten Erwin Schoettles und Willi Eichlers faßte Ollenhauer am 6. Dezember 1942 die Diskussion zusammen. Er betonte, daß es gerade eine der Aufgaben und die Verpflichtung der Emigration sei, »jetzt schon in viel größerer Freiheit und Unabhängigkeit die notwendigen klärenden Diskussionen über Formen und Aufgaben der neuen Partei führen zu können.«[25] Um so mehr als ihr beim Kriegsende eine aktive Rolle zukommen sollte: »Der Sturz der Hitlerdiktatur (werde) die Folge eines eindeutigen militärischen Sieges der Alliierten *und* einer revolutionären Erhebung der antifaschistischen Kräfte in Deutschland selbst sein«. Auf das Kriegsende folge eine revolutionäre Übergangsperiode, in der »Kraft revolutionären Rechts« ein »tiefer Eingriff in die alte gesellschaftliche Ordnung« erfolgen sollte. Zur dauerhaften Sicherung der neuen deutschen Demokratie wurden wieder die Entmachtung des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie, der Hochfinanz, der Bürokratie und des Militärs zur Voraussetzung gemacht. Als wesentliche Punkte eines Aktionsprogramms der »neu entstehenden sozialistischen Partei« werden unter anderem genannt:

- freiheitlicher und demokratischer Charakter der sozialistischen Partei,
- Abgrenzung gegenüber der KPD,
- Wiederherstellung von Recht, Gesetzlichkeit, Schutz der Persönlichkeit, soziale Sicherheit,
- Vernichtung des Militarismus,
- Kampf gegen den Nationalismus,
- Stärkung der Rechte des Parlaments,
- Sicherungen gegen die Parteienzersplitterung,
- Strenger Maßstab für die Ausbildung und Gesinnung der Funktionäre des Staates,
- Sicherung der neuen Demokratie gegen ihre innerpolitischen Gegner.

Wir finden hier wesentliche Elemente, die später Teil der Nachkriegsordnung und der Staatsordnung der Bundesrepublik werden sollten.

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Festlegungen versuchte die Union in der folgenden Zeit ein Rahmenprogramm für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands zu entwickeln. Die Diskussion mündete 1944/45 in der Verabschiedung von Programmatischen Richtlinien über die Wirtschaftspolitik, die Kulturpolitik, die Erziehungspolitik, die deutsche Staatsverfassung, den Aufbau der Verwaltung und die Reform der Justiz, die Organisationspolitik sowie ein Sofortprogramm für die örtliche Selbstverwaltung, die schließlich in der Broschüre »Zur Politik deutscher Sozialisten« Ende November 1945 veröffentlicht wurden.

Zur Diskussion über Verfassungsfragen hatten Grete Hermann (ISK) und Carl Rawitzki (SPD) im Frühsommer 1943 Vorschläge präsentiert.[26] Wäh-

[25] Das Referat Ollenhauers ist abgedruckt in ebd. S. 168–180, hier S. 170.
[26] Sie sind abgedruckt in ebd. S. 204f. (Rawitzki) und 237–240 (Hermann).

rend die knappen Stichworte Rawitzkis sich an dem bereits oben beschriebenen Kanon orientieren und sich in Teilen auch in den Richtlinien wiederfinden, hatte Grete Hermann, Vorsitzende der Londoner ISK-Gruppe, ein Konzept für »die Verfassung einer sozialistischen Republik« vorgelegt, die aus einer Revolution hervorgehen sollte. Hermann hielt eine »bloße parlamentarische Ordnung« für unzureichend. Zwar sollte es ein gewähltes Parlament und eine Regierung geben, aber den Präsidenten, der die Minister ernannte, wählte nicht das Parlament, sondern eine »Politische Kommission«. Sie sollte aus »politisch erfahrenen Menschen aller Schichten der Gesellschaft, die sich im öffentlichen Leben der Sozialistischen Republik Verdienste erworben haben, bestehen« und sich durch Kooptation laufend erneuern. Ihr kam im Grunde die Kontrolle der Regierung zu, während das Parlament die Gesetzgebung besorgte. In den politischen Vorstellungen des ISK kamen Bildung und Erziehung der politischen Funktionäre eine zentrale Rolle zu, während formale demokratische Regelungen wie Mehrheitsentscheidungen mit Skepsis betrachtet wurden. Deswegen nahm die »Funktionärsschule«, eine Forschungs- und Erziehungsstätte für höhere Beamte und Regierungsmitglieder eine besondere Bedeutung im Konzept ein. Von diesen Grundgedanken finden sich in den späteren Verfassungsrichtlinien nur die Hervorhebung der freien Meinungsäußerung sowie in den Richtlinien über den Aufbau der Verwaltung die Akademie für die Ausbildung der Beamten.

V. »Next Germany«. Die Vorstellungen einer Gruppe von Sozialisten und Gewerkschaftern 1943

Derselbe Ausgangspunkt wie für das ISK-Konzept – eine deutsche Revolution – lag den Vorstellungen einer Gruppe um Walter Auerbach, Hellmut von Rauschenplat (nach 1945 Fritz Eberhard), Otto Kahn-Freund, Kurt Mandelbaum u. a. zugrunde. Die Gruppe veröffentlichte ihre Vorstellungen im November 1943.[27] Sie gingen dabei davon aus, daß das NS-Regime durch eine Revolution gestürzt wird und die revolutionären Kräfte die Neugestaltung in eigener Verantwortung übernehmen werden. Das Konzept enthält Elemente, die sich auch in anderen späteren Konzeptionen finden. In »Next Germany« wird das Konzept einer Räteherrschaft entwickelt, das in gewisser Weise die Ansätze von 1918 wieder aufnimmt. Aber, so warnen die Autoren »laßt uns nicht die Fehler von 1919 wiederholen« (S. 78).

Sie sind überzeugt, daß die Parteien der Weimarer Republik jetzt im Reich und später beim Umsturz keine Rolle spielen werden und daher nicht Träger des Neuaufbau sein können (S. 61). So sind es die revolutionären Kräfte, die

[27] The next Germany, by a Group of Anti-Nazi Germans, London 1943 (hier zit. nach der Ausgabe New York 1944).

sich in Räten der Arbeiter, Soldaten, Bauern, Wohngebiete, Konsumenten etc. organisieren und die den Aufbau der neuen Demokratie zunächst auf örtlicher, dann regionaler und schließlich auf Reichsebene vorantreiben. Erst in einem späteren Abschnitt der Übergangsphase könnte auch die Bildung neuer Parteien toleriert werden (S. 64). Über Delegation würde von den regionalen Regierungsorganen eine provisorische Zentralregierung gebildet, die zentrale Verwaltungs- und Kontrollorgane aufbauen würde, als bedeutendste die nationale Planungsbehörde für die Steuerung der deutschen Wirtschaft. Später solle diese Zentralregierung durch einen Reichsrätekongress bestätigt werden.

Im Rahmen einer territorialen Neugliederung sollen die Länder einschließlich Preußens verschwinden und von Verwaltungseinheiten (Distrikte der Zentralverwaltung) abgelöst werden. Die Verwaltung müsse völlig neu aufgebaut werden. Die neugeschaffenen Institutionen sollen eine demokratische Kontrolle von unten erfahren, die durch die Freiheit der Kritik und öffentliche Sitzungen der lokalen Körperschaften ermöglicht wird. Der Erziehung zur Demokratie wird eine besondere Bedeutung zugemessen. Als Endziel wird eine dezentralisierte Rätedemokratie mit weitgehend sozialisierter Wirtschaft und zentraler Wirtschaftsplanung angestrebt, die stufenweise von unten nach oben in einer Übergangsphase aufgebaut wird (S. 56f.).

Im Grunde gehört dieses Konzept noch in den Kontext der »Europäischen Revolution«, da es die zwischenzeitliche Festlegung der Alliierten auf eine bedingungslose Kapitulation ignoriert. Und etwa zur gleichen Zeit, als dieses Buch erschien, einigten sich die Alliierten in der Konferenz von Teheran Ende November 1943 prinzipiell auf eine Aufteilung Deutschlands und die Abtrennung der Ostgebiete.

VI. Das Verfassungskonzept der Volkssozialisten um Hans Jaeger

Ebenfalls 1943 beginnt die Diskussion von Verfassungsplänen bei den Volkssozialisten.[28] Waren in den ersten Vorschlägen noch einige Fragen offen, so wurde mit dem 1944 von Hans Jaeger, Allis Ernst und Eugen Brehm vorgelegten »Plan for a New Germany« ein fertiges Konzept geschaffen.[29] Hier wurde erstmals von der totalen militärischen Niederlage Deutschlands und einer darauf folgenden Besatzungsherrschaft durch die Alliierten ausgegangen. Im Gegensatz zur »Next Germany-Gruppe« und den meisten anderen Konzeptionen sah die Gruppe um Jaeger nur schwache Ansätze von Widerstand in Deutschland, die nicht als Träger des Neuaufbaus in Frage kämen. So erschien ihr eine längere Phase der Besatzungsherrschaft not-

[28] Zu den Volkssozialisten vgl. Röder (Anm. 1), S. 63ff.
[29] Plan for a New Germany, hekt. Ms., 19S., IfZ München, ED 210/2 NL Jaeger).

wendig. Um Deutschland wieder für die europäische Gemeinschaft vorzubereiten schlugen die Volkssozialisten folgende Maßnahmen vor: Vernichtung des deutschen Militarismus und Nationalismus, soziale Umgestaltung, die alle arbeitenden Klassen umfaßten wie Vergesellschaftung der Schwerindustrie und Zerschlagung des Großgrundbesitzes. Eine Reform der Demokratie sollte die Fehler von Weimar vermeiden helfen, »jeder alten oder neuen Form von Diktatur oder Totalität« wurde der Kampf angesagt, und »die Erziehung des deutschen Volkes zum Ideal der Freiheit« angekündigt.

In der ersten Phase nach dem Krieg sollten folgende Richtlinien gelten:
- eine Politik der Erfüllung gegenüber den Alliierten,
- mit den Besatzungsbehörden zusammenarbeiten und sie unterstützen,
- die Verpflichtung zu Reparationen,
- die Anerkennung der neuen Grenzen.

Da zunächst die politischen Organisationen fehlten, die als Träger der Umgestaltung fungieren könnten, würde es noch einige Zeit dauern, bis es möglich sei, in Deutschland eine Regierung aufzubauen. Der Aufbau müsse von unten erfolgen: Zunächst sollten örtliche Organe gebildet werden, deren Vertreter die Besatzungsbehörden ernennen, später aber durch durch Wahlen bestimmt werden sollen.

Erst beim Übergang zur Normalität sollten auch Wahlen für obere Staatsinstitutionen stattfinden. Für die endgültige Ordnung war auf allen Ebenen ein Zweikammersystem vorgesehen. In der wichtigeren, der Wirtschaftskammer, saßen nach dem Räteprinzip indirekt gewählte Vertreter der Angestellten, Arbeiter, Bauern etc., die die Gesetzgebung übernahmen. Die Wahlen für die Zweite Kammer, das Politische Parlament, das die Kontrolle über die Durchführung der Gesetze hatte, sollten erst später stattfinden. Nur hier waren Parteien zugelassen. Es sollte im Mehrheitswahlrecht gewählt werden, aber eine gewisse Repräsentation nach dem Verhältniswahlrecht gesichert sein. Das Wahlalter sollte erhöht werden, um die vielen jungen Menschen, die durch den Nationalsozialismus geprägt wurden, noch fernzuhalten. Auf die Auswahl der Repräsentanten sollte besonderer Wert gelegt werden.

Zwar sollte es zentrale deutsche Behörden geben, die sich mit ökonomischen Fragen wie Reparationen und Kontrolle befaßten, aber keine deutsche Zentralregierung. Einzige zentrale Institutionen waren ein von einem zentralen Parlament gewählter Präsident mit repräsentativen Aufgaben und ein Verfassungsgerichtshof. Deutschland sollte vielmehr in fünf bis sechs Länder aufgeteilt werden, die gemeinsam einen föderalen Staat bilden sollten. Der Begriff »Reich« sollte abgeschafft, die Hauptstadt von Berlin z. B. nach Frankfurt/M. verlegt werden, Deutschland sollte vor allem eine ökonomische Einheit bilden. Jedes Land sollte seine eigene Regierung und seine eigene Finanzhoheit besitzen.

Der Verzicht auf die Einheit des Reiches mochte ein Reflex auf die kursierenden Aufteilungspläne der Alliierten sein. Auch sonst fällt im Vergleich

mit anderen Konzeptionen die bereitwillige Unterordnung unter die Besatzungsmacht auf. Außerdem zeigen sich große Vorbehalte gegenüber einer traditionellen demokratischen Ordnung. Den Mangel an einer politischen Trägerschicht für die Neugestaltung, versuchte man durch ein basisorientiertes rätedemokratisches Modell mit parlamentarischer Ergänzung auszugleichen. Auch die Volkssozialisten knüpften damit an den Dualismus von Räten und Parlament 1918/19 an.

VII. Das Verfassungskonzept bei August Weber: A new Germany in a New Europe, 1944

August Weber, wichtigster Vertreter der bürgerlich-liberalen Emigration in Großbritannien, schloß im Oktober 1944 sein Buch »A new Germany in a New Europe« ab.[30] Weber setzte sich darin ausführlich mit der Zeit vor und nach 1933 auseinander und entwickelte daraus seine Vorschläge für eine deutsche Nachkriegsordnung. Die ausführliche Behandlung der Vorgeschichte begründet er im Vorwort wie folgt: »This information ... may be of assistance to some of those who are considering the extraordinarily difficult problem of Germany's future.« Sie ist also direkt an britische Regierungsstellen gerichtet.

Auch Webers Konzept sieht eine Übergangsperiode vor, in der die Alliierten bestimmen werden. Er fordert sie aber auf, sich in dieser Zeit auf die herausragenden demokratisch gesinnten deutschen Männer und Frauen zu stützen, die nie ihre innere demokratische Überzeugung wechselten, und sie zu Verhandlungen und zur Zusammenarbeit heranzuziehen (S. 47). Auch bei der zu bildenden zeitweiligen alliierten Besatzungsregierung seien die demokratisch denkenden Deutschen von Anfang an einzubeziehen. Die Fundamente für eine Demokratie in Deutschland müßten unverzüglich gelegt werden, desto eher könne die militärische Besatzung beendet werden (S. 48).

Während der Übergangszeit sollten die Bestrafung der NS-Verbrecher und auch der kooperierenden deutschen Nationalisten durch deutsche Volksgerichte erfolgen. Er wandte sich aber dagegen, alle Deutschen verantwortlich zu machen (S. 49f.). Größere Gebietsabtretungen lehnte er ab (55f.). Die Grundstoffindustrie sollte nationalisiert werden und eine weitreichende staatliche Planung und Kontrolle eingeführt werden. Zusätzlich zu einer vollständigen Abrüstung sollten auch das Uniformtragen und Flaggen verboten sowie alle Nazi-Denkmäler beseitigt werden. Auch die Rassegesetze müßten aufgehoben werden. Der Aufklärung der Deutschen über das wirkliche Geschehen unter der NS-Herrschaft und insbesondere über

[30] August Weber, A New Germany in a New Europe, London 1945.

den Widerstand und die Konzentrationslager schien ihm von besonderer Bedeutung.

Am Beginn des Überganges zu demokratischen Verhältnissen sollte eine provisorische Verfassung stehen, die für 5–10 Jahre gelten sollte. Ein erster Reichstag sollte nur für ein Jahr gewählt werden. Das passive Wahlalter sollte auf 25, das aktive auf 30 Jahre erhöht werden, um die vom Nationalsozialismus geprägte Jugend auszuschließen. Die deutsche Regierung hatte dem Reichstag einen Verfassungsentwurf vorzulegen, der automatisch nach einer Frist von 5–10 Jahren in Kraft treten sollte.

Die politische Demokratie sollte durch eine wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden. Dafür schlug er ein Zweikammersystem vor, das sich stark an die Weimarer Verfassung anlehnte. Ich gehe hier vor allem auf die Abweichungen ein. Neben den Reichstag sollte ein Reichswirtschaftsrat mit Vertretern der Gewerbe und Berufe treten, der anders als der Reichswirtschaftsrat der WR ein Mitspracherecht in sozialen und wirtschaftlichen Fragen haben sollte. Der Reichspräsident würde vom Volk gewählt auf Vorschlag von Reichstag und Reichswirtschaftskammer, die gemeinsam zwei Kandidaten benannten.

Das Reich sollte in zwölf Länder eingeteilt werden, de facto Provinzen des Reichs und von der Zentralregierung verwaltet. Sie konnten sich zwar eigene Verfassungen geben und Wahlen für eine Vertretung durchführen, die den Landeshauptmann zu wählen hatte. Während dem Reich die Außenpolitik, Bürgerrechte, Post, Bahn, Wasserwege und Autobahnen, Zoll und Steuern zugewiesen werden, blieben die Bereiche der Selbstverwaltung der Länder offen. Alle indirekten Steuern und Zölle waren Vorrecht des Reichs.

Auch die Erziehungsprinzipien werden durch das Reich formuliert. Als erstes seien neue Lehrpläne für alle Schularten zu entwickeln. Die Universitäten müßten vom Kopf bis Fuß überprüft werden. Es sollte eine klare Trennung zwischen Kirche und Staat durchgeführt und insbesondere auf die Erhebung der Kirchensteuer verzichtet werden. Den Gewerkschaften gestand er weitreichende Mitbestimmungsrechte zu.

Besonderen Wert legt Weber auf die Auswahl und die Ausbildung des öffentlichen Dienstes, da in der Weimarer Republik Ernennungen stark von Parteimitgliedschaft beeinflußt waren.

Demokratie ist für ihn ein »way of living that can only be acquired by experience« (S. 109).

VIII. Die Nachkriegskonzeption von KPD und Freier Deutscher Bewegung in Großbritannien

Das Nationalkomitee Freies Deutschland und sein Ableger in Großbritannien, die Freie Deutsche Bewegung, waren in gewisser Hinsicht das Pendant zu den britischen Einigungsbemühungen im Rahmen des Konzeptes der

Europäischen Revolution. Nun war es die Sowjetunion, die sich bemühte, die Deutschen außerhalb des Reichs in einer gemeinsamen Bewegung zu einigen. Zum einen, um einen Verbündeten zu gewinnen, der Hitlerdeutschland im Innern bekämpfen konnte, zum anderen, um mit einem möglicherweise drohenden Separatfrieden die westlichen Alliierten zu verstärkten Kriegsanstrengungen zu bewegen. Und auch hier zeigte es sich, sobald die Kriegslage sich entscheidend verändert hatte (Vordringen der Roten Armee, Zusage zur Invasion Januar 1944), entfielen die Rücksichtnahmen.

Die im September 1943 in London gegründete Freie Deutsche Bewegung umfaßte in den Anfängen ein weitgefächertes politisches Spektrum.[31] Zwar bildeten die Kommunisten unter Koenen die stärkste Gruppe, aber ihr gehörten auch Sozialdemokraten wie Schiff und Rawitzki an, außerdem Weber und prominente Nichtkommunisten wie Heinrich Fraenkel, Leopold Ullstein, Irmgard Litten und Fritz Wolff. Aber es war keine Organisation außer der KPD Mitglied, Union und sozialistische Gruppen lehnten einen Beitritt strikt ab.

Das Motiv zur Gründung und FDB war gewesen, durch einen Beitrag zum Kampf gegen Hitler, an der Front, in der Emigration, im Reich selbst, zu dessen Sturz beizutragen und damit die Nation vor dem völligen Untergang zu retten. Das Streben nach der Bewahrung der nationalen Einheit des Reichs, nach der Abwehr der drohenden Aufteilung und der Gebietsabtretungen brachte sehr unterschiedliche politische Kräfte zusammen. Die Sowjetunion schien mit dem NKFD ein Angebot zu machen. Koenen schreibt als Vertreter der FDB in seinem Beitrag in »Die Zeitung« vom 2. Februar 1945 (im Rahmen der Diskussion über »Wege zum neuen Deutschland«), die FDB kämpfe für »rasche Beendigung des Krieges, für den Sturz Hitlers, für die restlose Liquidierung des deutschen Imperialismus, für die Schaffung eines wahrhaft demokratischen Deutschlands und für wirkliche Sicherung des Friedens durch Ausrottung des Nationalismus, des preussisch-deutschen Militarismus, des Geistes der Aggression nach außen, des Kadavergehorsams und der Knechtseligkeit nach innen.« Als weitere Ziele nennt er: »Die völlige Abrüstung und Demilitarisierung, die rücksichtslose Aburteilung aller Kriegsschuldigen und Naziverbrecher und die Konfiskation ihres Besitzes«.

Als Anfang 1944 die Sowjetunion ebenfalls für die Aufteilung des Reichs eintrat und Gebietsabtretungen, Bevölkerungstransfer sowie die Stellung von Arbeitskräften für den Wiederaufbau forderte, setzten die Kommunisten in der FDB die Unterstützung dieser Forderungen durch. Sie begründeten sie damit, daß durch das Ausbleiben des Widerstandes in Deutschland sich das ganze deutsche Volk schuldig gemacht und dementsprechend die Folgen zu tragen habe. Enttäuscht wandten sich nach und nach die meisten nichtkommunistischen Mitglieder ab.

---

[31] Vgl. hierzu Röder (Anm. 1), S. 198ff.

IX. »After Nazism – Democracy?« Das Verfassungskonzept von Kurt Hiller (Freiheitsbund Deutscher Sozialisten)

Aus dem Rahmen der übrigen Konzepte fallen die Vorstellungen, die Kurt Hiller Ende 1944 entwickelte. In seinem umfangreichen Beitrag »The Problem of Constitution« in dem von ihm herausgegebenen Buch »After Nazism – Democracy?«, für das übrigens auch Hans Jaeger einen Beitrag schrieb, befaßt sich Hiller mit den Schwächen der Demokratie und versucht ein Gegenkonzept zu entwickeln.[32] Allerdings finden sich auch bei ihm eine Anzahl von bereits bekannte Elementen. Hiller lehnte das demokratische Prinzip unter Verweis auf die ihm erwiesen scheinende Inkompetenz von Massenmehrheiten (Beispiel Deutschland) ab und trat stattdessen für eine »Logokratie« ein, eine Herrschaft der Vernunft. Er plädierte für eine Verfassung, die das wirkliche geistige Deutschland, das die besten Werte der Nation verkörperte, an die Macht bringen und an der Macht halten werde. Als idealer Gesetzgeber und Staatsmann erschien ihm derjenige, der über drei Qualitäten verfügt: intellektuelle Kraft, Charakter und Wissen. Eine humane Demokratie würde durch die Herrschaft der großen Denker garantiert, die Herrschaft der Besten (»Aristokratia«). Das Machtzentrum der neuen Gesellschaft sollte der legislative Rat der aufgeklärten großen Denker (Council of Minds) bilden. Jedes seiner Mitglieder sollte das Recht haben, seinen Nachfolger selbst zu nominieren. Als weitere Institution sah Hiller ein die Verwaltung kontrollierendes Rätegremium vor.

In seinen konkreten Forderungen für die Nachkriegszeit näherte sich Hiller den volkssozialistischen Vorstellungen an. Der Sozialismus schien ihm die geeignete Wirtschaftsform für Produktion und Verteilung, die die deutsche Nation nach diesem Krieg benötigte. Er bejahte die kollektive Verantwortlichkeit der Deutschen für die Verbrechen des NS-Regimes und trat für eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen ein. Er erkannte die Abtrennung der ostdeutschen Gebiete an und forderte die Internationalisierung der westdeutschen Schwerindustrie, wehrte sich aber gegen Demontagen und Zwangsarbeit. Er verlangte die radikale Abrüstung Deutschlands, die Zerschlagung Preußens und die Dezentralisierung des Reichs. Eine Übergangsphase ohne deutsche Regierung und Parlament erschien ihm unvermeidbar. Angesichts der Zersplittertheit und Schwäche der Anti-Nazikräfte in Deutschland hielt er es für besser, wenn die Alliierten nach den von ihm genannten Prinzipien selbst eine deutsche Legislative ernannten.

Hiller grenzte sich mit seinen exzentrischen Vorstellungen gegenüber Kommunismus und Sozialdemokratie ab und trat ein für einen »Sozialismus mit Freiheit«. Als einer der wenigen bejahte er eine kollektive Verantwortung der Deutschen. Das mangelnde Vertrauen in die Demokratie findet sich aber auch in anderen Konzeptionen und drückt sich in der Einführung

[32] Kurt Hiller, The Problem of Constitution, in: ders. (Hrsg.), After Nazism – Democracy?, London 1945, S. 9–77; Hans Jaeger, A New Form of Democracy, ebd. S. 129–165.

von Wirtschaftsräten, Expertengremien und ähnlichen Institutionen mit weitreichenden Kompetenzen aus.

X. Das Verfassungskonzept der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien 1945

Die Beratung der oben erwähnten Vorschläge Rawitzkis und Hermanns wurde im November 1943 begonnen, im Januar 1944 aber unterbrochen und erst im September 1944 wieder aufgenommen.[33] Zu weit lagen offensichtlich die Konzepte auseinander (über die Diskussionen liegen keine Protokolle vor). Die Wiederaufnahme Ende 1944 erfolgte, weil die Zeit drängte. Die Westalliierten überschritten die deutsche Grenze und zunehmend gelangten Informationen über die politische Situation in den befreiten Orten nach London. Sie brachten die Nachricht von der einsetzenden Rekonstitution der »alten« Sozialdemokratie, die den sozialistischen Gruppen nur die Möglichkeit ließ, sich zu integrieren oder in die Bedeutungslosigkeit zu versinken. So wurde die Diskussion über die Verfassung im Frühjahr 1945 zu Ende gebracht und eine Richtlinie verabschiedet, die sich stark an der Weimarer Verfassung orientierte.[34]

Nach einer Präambel, der Aufzählung der Grundrechte und der Vorstellung des demokratischen Wahlrechts heißt es über den Staatsaufbau: »Deutschland ist eine Republik mit politischer und sozialer Demokratie. Es ist ein Einheitsstaat mit weitestgehender Dezentralisation und Selbstverwaltung«. Die Aufteilung in Länder sollte nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten erfolgen und zwar in etwa »im Umfang und den Grenzen eines durchschnittlichen Landesarbeitsamtes der Weimarer Republik«. Es war nur eine eingeschränkt föderalistische Ordnung.

Aus dem Kanon der Grundrechte wurde explizit ausgeschlossen, »die Werbung für eine staatliche Ordnung, die ohne dauernde Beseitigung der Vereinigungsfreiheit und der Freiheit der Meinungsäußerung nicht aufrechterhalten werden kann« – das galt den Nationalsozialisten und Diktaturanhängern, aber auch den Kommunisten. Das Parlament, bezeichnet als »Volksrat«, wird nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, aber Reststimmen starker Minderheiten sollten Berücksichtigung finden. Neben dem Parlament standen beratende Körperschaften mit Vertretern von Berufs- und Kulturgruppen sowie Sachverständigen, die vom Volksrat oder der Regierung berufen wurden – ein schwacher Reflex auf die Rätevorstellungen und die Politische Kommission im ISK-Konzept. Die Vorschläge für Staatspräsidentschaft, Regierungsbildung, Gesetzgebungsverfahren entsprechen in

[33] Zur weiteren Diskussion vgl. Röder (s. Anm. 1), S. 221ff.; Eiber (s. Anm. 5), S. LXIff.
[34] Die Richtlinie ist abgedruckt bei Eiber (s. Anm. 5), S. 390–395.

etwa den heutigen Regelungen. Allerdings war die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid vorgesehen.

Die Wirtschaft sollte weitgehend verstaatlicht werden: »Die wirtschaftlichen Schlüsselstellungen sind öffentlicher Besitz oder unterliegen staatlicher Kontrolle«. Nach den Richtlinien für die Wirtschaftspolitik, die schon im November 1944 verabschiedet worden waren, sollten alle wirtschaftlichen Schlüsselstellungen verstaatlicht werden. Der gesamte Außenhandel stand unter staatlicher Kontrolle. Mit Hilfe dieser Verfügungsmacht über große Teile der Wirtschaft sollte die Gesamtwirtschaft staatlich geplant werden.

Damit entsprach das Unionskonzept einer parlamentarischen Demokratie mit schwachen föderalen Elementen, aber starker Zentralgewalt, die sich auf eine weitgehend staatseigene oder unter staatlicher Kontrolle stehende Wirtschaft stützen konnte. Es war im Grunde eine an der Struktur der Weimarer Verfassung orientierte Konzeption, ergänzt um wirtschaftspolitische Forderungen der Sozialdemokratie aus den 20er Jahren und verfassungsrechtliche Konsequenzen aus den Erfahrungen mit dem Aufstieg und der Herrschaft des Nationalsozialismus.

XI. Grundlinien der Exildiskussion in Großbritannien: Gemeinsamkeiten und Fronten

Die Bandbreite der vorgestellten Konzeptionen ist enorm, sie reicht von explizit sozialistischen Vorstellungen über Konzepte, die die Weimarer Ordnung nur geringfügig verändern wollen, bis zu Entwürfen, die außerhalb der üblichen politischen Vorstellungswelt liegen. Ursache dieser Breite war, daß in der Emigration die im Reich geltenden Relationen aufgehoben waren. Zahlenmäßige Stärke im Reich bedeutete wenig im Vergleich zur politischen und intellektuellen Repräsentanz hier in der Emigration. So wurden die Vorschläge Haffners, Hillers, Webers und der »Next Germany«-Gruppe in Buchform veröffentlicht, während die Unionsrichtlinien nur als dünne Broschüre im Selbstverlag gedruckt wurde.

Die Diskussionen im Exil waren intensiv und scharf und sie reichten weit über die Grenze des jeweiligen Emigrationslandes hinaus. Die deutsche Emigration war durch eine Vielzahl von Mitteilungsblättern, Korrespondenzen, Gesprächskreisen etc. vernetzt. Alle Vorschläge wurden intensiv diskutiert und auch wenn es oft mehr Fehden waren als die Suche nach einer gemeinsamen Lösung, so wurden doch Fronten geklärt und es zeigten sich auch Gemeinsamkeiten.

Alle Vorstellungen waren tief von der Erfahrung des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution geprägt. Die Weimarer Verfassung diente als entscheidende Orientierung. Sei es durch Übernahmen, sei es durch Verbesserungen, sei es durch Abgrenzung ihr gegenüber. Auch das Rätemodell der

Novemberrevolution wirkte nach, nur selten als politisches Machtzentrum, meist in der entschärften Form eines Reichswirtschaftsrats. Auffällig bleibt, daß vom Mehrheitswahlrecht abgesehen, kaum Übernahmen aus dem britischen Verfassungssystem erfolgten. Es gab eine Hauptströmung mit gemeinsamen Elementen, zu denen gehörten:

- Übersteigerter Nationalismus und Militarismus als Ursache für die deutsche Katastrophe,
- Totale Niederlage des Hitlersystems als Voraussetzung einer Neuordnung,
- Übergangsphase bis zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, in der aber einschneidende wirtschaftliche und soziale Änderungen vorgenommen werden sollen,
- Bestrafung der Schuldigen,
- Erziehung zur Demokratie und sorgfältige Ausbildung und Auswahl der politischen Führung,
- Enteignung bzw. Verstaatlichung der Schwerindustrie etc.,
- Bereitschaft zur Wiedergutmachung,
- die Erhaltung des Reiches als Einheit,
- die Ablehnung von Gebietsabtrennungen (Grenzen von 1933 bzw. 1935),
- eine demokratische Verfassung und freiheitliche Grundordnung,
- Auflösung der Länder (insbesondere Preußens) zugunsten von Verwaltungsdistrikten,
- stufenweiser demokratischer Neuaufbau von unten nach oben,
- die (gleichberechtigte) Einbindung Deutschlands in eine neue europäische Ordnung.

Die entscheidende Gemeinsamkeit in den verschiedenen Konzeptionen der Emigration in Großbritannien ist jedoch die Abgrenzung gegenüber der KPD und ihrer Unterordnung unter die sowjetische Politik. Mochten sich diese Gemeinsamkeiten sehr schnell auflösen, wenn man die jeweiligen Vorschläge näher betrachtet, so konnte es aus der Sicht der Alliierten doch eine rudimentäre gemeinsame deutsche Linie geben, die von der Mehrheit der Emigration geteilt wurde.

XII. Einfluß auf die Willensbildung in Deutschland

Alle Emigranten, die Programme für das Nachkriegsdeutschland erarbeiteten, befanden sich in einem Dilemma: Ihre Überlegungen und Konzepte mußten Makulatur bleiben, wenn sie nicht denen zur Kenntnis gebracht werden konnten, die Einfluß auf die Gestaltung nehmen würden, seien es die künftigen Besatzungsmächte, sei es die Bevölkerung in Deutschland.

So waren fast alle vorgestellten Konzepte in englischer Sprache veröffentlicht worden, d. h. sie waren in erster Linie an die britische Öffentlichkeit und Regierung und erst in zweiter Linie an die deutsche Emigration gerich-

tet. Nur die Union veröffentlichte ihre Richtlinien in deutscher Sprache und zeigte damit, daß ihr Ansprechpartner Emigration und Anhängerschaft im Reich waren.

Die deutsche Emigration besaß keinerlei Einfluß auf die britische Rundfunkpropaganda und die Flugblattpropaganda nach Deutschland. Auch unter der Besatzungsherrschaft bedurfte die Verbreitung politischer Schriften in Deutschland einer Genehmigung. Selbst die Rückkehr von England nach Deutschland nach der Befreiung war nur mit britischer Genehmigung möglich. Die Emigranten in London waren hinsichtlich ihrer Einwirkungsmöglichkeiten auf die Bevölkerung im befreiten Deutschland völlig von der britischen Regierung abhängig.

Mit der Befreiung deutschen Territoriums gewann die Heimat wieder an Bedeutung: Nun würden die politischen Kräfteverhältnisse im Reich wieder mitentscheiden, welche Konzepte zum Zug kamen. Es zeigte sich, daß die politischen Strukturen der 1920er Jahre trotz mancher Verwerfungen überdauert hatten. SPD und KPD rekonstituierten sich, christlich-konservative und national und liberal orientierte Parteien wurden neu gegründet.

Gerade das Beispiel der Sozialdemokratie zeigt, welchen Einfluß die Emigration dabei ausüben konnte.

Unterhalb der Ebene offizieller Anerkennung und Unterstützung gab es durchaus Hilfe durch die britische Besatzungsregierung. Kettenacker hat in seinen Untersuchungen über die Konzeption der britischen Besatzungspolitik auf das Prinzip der »indirect rule« hingewiesen.[35] Jenseits eines sichtbaren offiziellen Eingreifens werden durch Protegieren von Personen, Organisationen etc. politische Entwicklungen begünstigt. Dies gilt zum Beispiel für Umsetzung des Unions-Konzeptes bei der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in Westdeutschland, insbesondere der sozialdemokratischen Partei.[36]

Die Union hatte die sozialistischen Gruppen integriert, die Öffnung der Sozialdemokratie in weltanschaulicher Hinsicht und nach ihrer sozialer Struktur konzipiert und gleichzeitig die Abgrenzung gegenüber der KPD zum Prinzip erhoben. Nach der Befreiung wurde dieses Konzept, das auch von Kurt Schumacher geteilt wurde, gemeinsam durchgesetzt. Daß der Einfluß der Londoner Emigration in der SPD außergewöhnlich war, sei hier an personellen Kontinuitäten gezeigt, die in den 50er Jahren noch stärker waren als 1946. Im Mai 1946 bestimmte der erste Parteitag der SPD Schumacher zum Vorsitzenden und Ollenhauer zu seinem Stellvertreter. Von den vier besoldeten Vorstandsmitglieder stammten mit Ollenhauer und Fritz Heine zwei aus der Londoner Emigration. Nach Schumachers Tod wurde

---

[35] Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989, S. 302ff.

[36] Vgl. hierzu Ludwig Eiber, Verschwiegene Bündnispartner. Die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien und die britischen Nachrichtendienste, in: Exilforschung, Bd. 15, 1997, Exil und Widerstand, S. 66–87.

Ollenhauer Parteivorsitzender und 1954/55 stellten die Londoner sogar drei der nun fünf besoldeten Vorstandsmitglieder (Heine, Willi Eichler, Herta Gotthelf). Heine war nun zugleich stellvertretender Vorsitzender und Verantwortlicher für die sozialdemokratische Presse, Eichler wurde zu einem maßgeblichen Schöpfer des Godesberger Programmes, das der SPD den Weg zu einer modernen Volkspartei öffnete.

Nachwirkungen

In den einschlägigen Studien über die Verfassungsentwicklung in den Besatzungszonen und die Entstehung des Grundgesetzes findet man keine Erwähnung irgendeines Einflusses aus der Londoner Emigration. An den Beratungen des Parlamentarischen Rates nahmen aus der Londoner Emigration nur Fritz Eberhard und gegen Ende Erich Ollenhauer teil, beide ohne besondere Wirksamkeit.[37]

Es lassen sich keine personellen oder inhaltlichen Verbindungen zwischen der Verfassungsdiskussion der Emigration in Großbritannien und der Entstehung des Grundgesetzes feststellen. Betrachtet man aber die Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und vergleicht sie mit den obengenannten Elementen der Hauptströmung, so sieht man, daß vieles in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik realisiert wurde, was dort konzipiert worden war. Zwar konnten zentrale Forderungen nicht durchgesetzt werden, weil sie dem Willen der Allierten zur Entmachtung Deutschlands entgegenstanden wie z. B. die Reichseinheit, die Verstaatlichungen, die territoriale Neugliederung mit abhängigen Reichsdistrikten und einer starken Zentralregierung. Aber folgende Elemente der deutschen Nachkriegsordnung finden sich schon in den Konzepten der Londoner Emigration:

- Parteiendemokratie mit modifiziertem Mehrheitswahlrecht,
- wehrhafte Demokratie mit Einschränkungen für die Feinde der Demokratie (Nationalsozialisten, Kommunisten und andere Gegner),
- wiedervereinte Sozialdemokratie mit Offenheit für den Beitritt geläuterter Kommunisten,
- eingeschränkte Wiedergutmachung (nach den Möglichkeiten),
- eine prinzipielle Westorientierung.

Im Grunde bleibt als Erklärung dafür nur die oben erwähnte Äußerung von Gottfurcht über die Leitlinie bei den programmatischen Diskussionen. Sie gilt nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für alle Exilorganisationen, die im Reich über eine mitgliederstarke oder einflußreiche Anhängerschaft

[37] Vgl. hierzu den Beitrag von W. Werner in diesem Band. Ebenso Volker Otto, Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1971, der beide nur am Rande erwähnt (S. 29, S. 86).

verfügten. Die Emigration bemühte sich, daß sie so weit als möglich »mit den Auffassungen unserer in Deutschland lebenden Freunde in Übereinstimmung bleibt.« Trotz aller Distanz und schwacher Kommunikation waren sich Exil und Heimat doch in ihren Zukunftsvorstellungen nahe geblieben.

Das Demokratische Deutschland

Grundsätze und Richtlinien
für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen,
republikanischen, föderalistischen und
genossenschaftlichen Sinne

Herausgegeben vom
Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratische Deutschland«

Dr. Josef Wirth — Reichskanzler a. D.
Dr. Otto Braun — Preuss. Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner — Staatsanwalt
Dr. J. J. Kindt-Kiefer — Schriftsteller
H. G. Ritzel — Ober-Regierungsrat

Verlag Paul Haupt · Bern und Leipzig
1945

Mai 1945

Nachkriegskonzeptionen deutscher Politiker im Schweizer Exil

Der Wirth-Braun-Hoegner-Kreis

Ulrike Hörster-Philipps

»Die Schreckensherrschaft, die Europa in den zweiten Weltkrieg und Deutschland ins Verderben gestürzt hat, ist zu Ende. ... Der Wiederaufbau Deutschlands erfordert notwendig eine aufrichtige Verständigung, gegenseitige Duldsamkeit und Zusammenarbeit aller demokratischen Volkskreise, unbeschadet ihren (sic) besonderen Bestrebungen und Zielsetzungen. Im Hinblick auf den ungeheuren Notstand ist zwischen Deutschen verschiedener Weltanschauungen und Parteirichtungen folgende Übereinstimmung über gemeinsam zu vertretende Grundsätze und Richtlinien für den Wiederaufbau Deutschlands zustande gekommen.«

So lauteten die Eingangsworte eines bedeutsamen Dokuments, das unmittelbar nach Kriegsende, im Mai 1945, im Verlag Paul Haupt in Bern erschien. Die 24 Seiten umfassende Broschüre trug den Titel: »Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne« und wurde herausgegeben vom Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft ›Das Demokratische Deutschland‹, namentlich gezeichnet von Dr. Joseph Wirth, Dr. Otto Braun, Dr. Wilhelm Hoegner, Dr. J. J. Kindt-Kiefer und H. G. Ritzel.[1]

Auf der Suche nach Nachkriegskonzeptionen deutscher Politiker im Exil wird man diese Schrift als *das* Dokument bezeichnen dürfen, in dem sich die verfassungspolitischen Vorstellungen der in die Schweiz emigrierten Weimarer Politiker über die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands und seine Einordnung in die europäische und internationale Völkergemeinschaft bündelten. Die Schrift war der formulierte Endpunkt eines mehr als zweijährigen, oft sehr schwierigen Diskussionsprozesses, in dessen Verlauf auch sehr unterschiedliche, ja kontroverse Standpunkte ausgetragen wurden. In klarer Gliederung enthielt die Schrift auf vier Seiten grundsätzliche Bestimmungen zur Staatspolitik (A), zur Kulturpolitik (B) und zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (C), angereichert mit umfangreichen Erläuterungen. Sie formulierte wesentliche Essentials für die Gestaltung der staatlichen Struktur eines künftigen deutschen Bundesstaates auf föderativer Grundlage, für die Innen- und Außenpolitik des neuen Staates, das Verhältnis von Staat und

[1] Bern und Leipzig 1945, S. 5 (Aufruf) und S. 8 (Einleitung zu den Grundsätzen und Richtlinien).

Kirche, die Bildungs-, Erziehungs- und Familienpolitik, eine am Prinzip der Dezentralisierung und Sicherung sozialer Rechte orientierten Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik, die in wesentlichen Elementen Eingang in die verfassungsmäßige Gestaltung der späteren Bundesrepublik Deutschland fand. Auf die Details wird später genauer einzugehen sein.

Um die Bedeutung dieser Schrift und den Einfluß der Emigranten auf die Nachkriegsgestaltung differenzierter beurteilen zu können, ist ein knapper Rückblick unerläßlich.

Bereits im Jahre 1942 begannen sich die Umrisse einer politischen Arbeitsgemeinschaft deutscher Exilpolitiker in der Schweiz herauszubilden, die – strukturell ähnlich wie die »Weimarer Koalition«, das Bündnis aus christlichen, sozialdemokratischen und liberalen Kräften – politisch unterschiedliche, antinationalsozialistisch und demokratisch eingestellte Personen zusammenführen wollte. Dieser informelle Kreis, der erst unmittelbar vor der Herausgabe der Schrift am 12. April 1945 mit Gründung der Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratische Deutschland« eine festgefügte organisatorische Gestalt annahm, hatte sich seit 1939/40 nach und nach aus den persönlichen Kontakten einzelner Emigranten untereinander entwikkelt. Sein erklärtes Ziel war es, sich mit Fragen des Wiederaufbaus Deutschlands und der Gestaltung der politischen Verhältnisse in Nachkriegsdeutschland zu befassen und durch verschiedene Initiativen Einfluß auf die alliierte Deutschlandplanung zu gewinnen. Dieser Kreis, dessen Kern von den Sozialdemokraten Otto Braun, Wilhelm Hoegner und Heinrich Georg Ritzel sowie von Joseph Wirth, Professor Friedrich Dessauer und Jakob Kindt-Kiefer gebildet wurde, entwickelte bis zum Kriegsende eine Reihe interessanter Konzepte für ein Deutschland nach Hitler bis hin zu Gesetzesentwürfen und Verfassungsplänen.

Die Keimzelle dieser Arbeitsgemeinschaft ging aus dem Kontakt zwischen Joseph Wirth und Otto Braun hervor. Braun, von März 1920 bis zu seiner staatsstreichähnlichen Absetzung durch die Regierung Papen am 20. Juli 1932 Ministerpräsident von Preußen, war am 4. März 1933, dem Tag vor den Reichstags- und preußischen Landtagswahlen, – selbst kränkelnd und mit einer schwerkranken Frau verheiratet – in die Schweiz gegangen, wo er sich in seinem bisherigen Feriendomizil auf dem Monte Verità über Ascona dauerhaft niederließ.[2]

Braun hatte Anfang 1940 die Initiative ergriffen, um mit Wirth in Kontakt zu treten.[3] Ähnlich wie Wirth war er von dem Wunsch getrieben, seine Er-

[2] Über Otto Braun liegt eine umfangreiche Biographie vor: Hagen SCHULZE, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. – Berlin 1977. Die detaillierte Studie ist in der Charakterisierung der Person Wirths allerdings von Unrichtigkeiten und Überzeichnungen nicht frei.

[3] Dr. Siegfried Pfleider, Redakteur des »Basler Volksblatts«, an Wirth, 14. Februar 1940, mit der Information, Otto Braun habe bei der Redaktion um Wirths Adresse nachgesucht und mit der Bitte, diese weitergeben zu dürfen, BA Koblenz, N 1342/31.

fahrungen aus der Weimarer Zeit und seine Erkenntnisse über die Ursachen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik schriftlich niederzulegen. 1939 erschienen im Züricher Europa-Verlag von Emil Oprecht seine Erinnerungen unter dem Titel »Von Weimar zu Hitler«.[4] Brauns Memoiren waren der Auslöser für einen ausführlichen Briefwechsel mit Wirth von Juli bis September 1941.[5] Im Anschluß an den Briefwechsel kam es im November 1941 zu einem ersten Treffen zwischen Wirth und Braun in Zürich.[6]

Der aus Freiburg im Breisgau stammende Zentrumspolitiker Dr. Joseph Wirth, von Mai 1921 bis Dezember 1922 Reichskanzler und in dieser Funktion gemeinsam mit seinem Außenminister Walther Rathenau Unterzeichner des bekannten Rapallo-Vertrages mit Sowjetrußland am 16. April 1922, hatte in seiner Partei zu den entschiedenen Verfechtern des Parlamentarismus und der republikanischen Staatsform und zu den frühen Gegnern des Nationalsozialismus gezählt. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes war er aus Deutschland geflohen, zunächst nach Österreich. Seit 1935 nahm er dauerhaft Wohnsitz in Paris. Seine vorzüglichen politischen Kontakte zu führenden Staatsmännern Europas und zu Repräsentanten des Vatikans nutzte er bis Kriegsbeginn zu zahlreichen politischen Gesprächen, in denen er vor dem Nationalsozialismus warnte. Als Katholik wandte er sich gegen den Antisemitismus und die Judenverfolgung und bemühte sich, eine Stellungnahme des Vatikans gegen die Judendiskriminierung und -verfolgung in Deutschland zu erreichen.[7] Am 2. September 1939 floh er aus Paris nach Luzern.

---

[4] Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, 1. Aufl. New York (Zürich) 1940 (1939), 2. Aufl. New York 1940; das Buch erschien, von der Schweizer Armeezensur stark gekürzt, wegen der restriktiven Auflagen in der Schweiz formal in New York; 3. veränd. Aufl. Hamburg 1949.

[5] Wirth an Braun, 22. Juli 1941; Braun an Wirth, 25. August 1941; Wirth an Braun, 29. August 1941; Braun an Wirth, 18. September 1941; Wirth an Braun, 19. September 1941, BA Koblenz, N 1342/9. – Der Briefwechsel ist vollständig abgedruckt bei Hagen Schulze, Rückblick auf Weimar. Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil. Dokumentation, in: VfZ 26(1978), S. 144–185.

[6] H. Schulze, Rückblick, (s. Anm. 5), S. 149, verweist auf einen handschriftlichen Vermerk Brauns am Rande des Briefes vom 19. September 1941, der offenbar später eingesetzt wurde: 26/XI.41 in Zürich mit W. gesprochen.

[7] Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn – München – Wien – Zürich 1998. Die Arbeit basiert, insbesondere hinsichtlich der Emigrationszeit Wirths, auf bisher unbekanntem Quellenmaterial aus Wirths lange Zeit unzugänglichem Privatnachlaß, der sich seit einiger Zeit im Bundesarchiv Koblenz befindet (BA Koblenz, N 1342), und aus einem weiteren, umfangreichen Nachlaßteil, der in einem Moskauer Archiv (CGA Moskau, Fond 600) liegt und erst 1991/92 zugänglich wurde. – Von den älteren Arbeiten sind nennenswert: Rudolf Morsey, Leben und Überleben im Exil am Beispiel von Joseph Wirth, Ludwig Kaas und Heinrich Brüning, in: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe von und für Johannes und Karin Schauff, hrsg. von Paulus Gordan, Pfulingen 1983, S. 86–117, und Hugo Ott, Dr. Joseph Wirth. Sein Weg in die Emigration, in: Freiburger Diözesan-Archiv 101 (1981), S. 245–261.

Der Münchener Staatsanwalt, Richter und sozialdemokratische Politiker Dr. Wilhelm Hoegner war neben Braun und Wirth die dritte Schlüsselfigur des informellen Kreises.[8] Hoegner traf Wirth, den er ebenfalls aus den zwanziger Jahren kannte, im Herbst 1941 wieder. Seit dem Frühjahr 1942 entwickelte sich ein engerer, außerordentlich freundschaftlicher Kontakt.[9] Hoegner empfand die »nähere Bekanntschaft und die Zusammenarbeit« mit Wirth als »reiche(n) Gewinn«; er habe, so schrieb er am 30. Dezember 1942 an Wirth, dessen »treudeutsche Gesinnung, ... reiche politische Erfahrung, ... Klugheit und ... freundschaftliche Hilfsbereitschaft und tiefe Menschlichkeit kennen und schätzen gelernt.«[10]

Engster Vertrauter Otto Brauns und organisatorischer Kopf des informellen Kreises war Heinrich Georg Ritzel, Mitglied der SPD, ehemals Bürgermeister, Oberregierungsrat und Mitglied des hessischen Landtags und des Reichstags, seit Juni 1935 in der Schweiz.[11] Ritzel gelang es im Frühjahr 1942, Otto Braun aus seiner selbstgewählten politischen Isolation zu lösen und ihn für eine aktive Mitarbeit an den Nachkriegskonzepten zu gewinnen.[12] Noch waren die politischen Ziele unscharf und von personellen Erwägungen dominiert. Ritzels Vorstellung zielte zu diesem Zeitpunkt darauf ab, eine Nachkriegsregierung vorzubereiten, in der Wirth als Reichskanzler,

---

[8] Hoegner hatte zu den frühen Gegnern des Nationalsozialismus gezählt. Seit 1919 Mitglied der SPD, hatte er 1923 dem von ihm beantragten Untersuchungsausschuß zum Hitler-Putsch angehört. 1924–1932 war er Landtagsabgeordneter in Bayern, 1930–1933 Reichstagsabgeordneter. Am 9. März 1933 wurde er zur Fahndung ausgeschrieben und aus dem Staatsdienst entlassen; er entkam im Juli 1933 zunächst nach Österreich, im Februar 1934 nach Zürich, wo er, unterstützt vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk, vor allem publizistisch tätig war. Vgl. die Autobiographie Wilhelm HOEGNER, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959. – Biographische Angaben zu Hoegner und den deutschen Emigranten in der Schweiz finden sich in: Werner RÖDER/Herbert A. STRAUSS (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, München – New York-Paris 1980, s. ferner zum Gesamtzusammenhang: Claus-Dieter KROHN/Patrick VON ZUR MÜHLEN/Gerhard PAUL/Lutz WINKLER (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998.

[9] Aufzeichnung Hoegners o. D.: Gespräche zweier deutscher Politiker am Vierwaldstätter See, Einleitung zu einem an Wirth gerichteten Fragebogen zu politischen Problemen der Weimarer Zeit, BA Koblenz, N 1342/18.

[10] Handschriftlicher Brief Hoegners an Wirth, 30. Dezember 1942, EBD.

[11] 1919–1929 war Ritzel Bürgermeister der Gemeinde Michelstadt in Hessen, wurde 1930 Oberregierungsrat bei der Provinzialdirektion Oberhessen, 1924–1930 Mitglied des hessischen Landtags, 1930–1933 des Reichstags. 1933 wurde er ebenso wie Hoegner aus dem Staatsdienst entlassen und verhaftet. Im Juni 1933 gelang ihm die Flucht in das dem Völkerbund unterstellte Saargebiet, wo er als Völkerbundkommissar bis zur Saarabstimmung am 13. Januar 1935 wirkte. Über Lothringen gelangte er im Juni 1935 in die Schweiz, wo er bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland 1947 in Basel als Völkerbundbeamter im Wartestand lebte. 1939 übernahm er den Posten des Generalsekretärs der Schweizer Europa-Union.

[12] Der umfangreiche Briefwechsel zwischen Ritzel und Braun befindet sich in den Nachlässen beider Politiker im ASD bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Braun in Personalunion als Reichspräsident und preußischer Ministerpräsident und Hoegner als Justizminister vorgesehen war.[13]

Zu Wirths engeren politischen Vertrauten zählte Professor Friedrich Dessauer, Professor an der Schweizer Universität von Fribourg. Dessauer war ein außergewöhnlich vielseitiger und kluger Kopf. Von Haus aus Physiker, hatte er sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg mit zahlreichen Erfindungen im naturwissenschaftlichen Bereich ein erhebliches wissenschaftliches Renommé verschafft und war als Fabrikant wirtschaftlich erfolgreich. 1920 auf einen Lehrstuhl an die Universität Frankfurt berufen, engagierte er sich politisch im Zentrum und wurde Stadtverordneter, später Reichstagsabgeordneter. Ins Exil gezwungen, lehrte er seit September 1937 in Fribourg.[14] Wirth stand seit dieser Zeit mit ihm wieder in engerem Kontakt.[15]

Der aus dem Saarland stammende reichsdeutsche Schriftsteller Dr. phil. und Dr. iur. Jakob Kindt-Kiefer zählte zu Wirths engsten politischen Vertrauten jener Jahre. Nach Studien in Paris 1934 war er 1935 in die Schweiz emigriert. Durch seine Heirat mit einer wohlhabenden Schweizer Fensterrahmen-Fabrikantin verfügte er über die materiellen Möglichkeiten, um die katholische Emigration in der Schweiz zu unterstützen, den Kreis um Wirth, Braun und Hoegner sowie die Gründungsvorbereitung des »Demokratischen Deutschland« zu fördern und schließlich seinen eigenen weitgespannten publizistischen Neigungen nachzugehen.[16] Seine zahlreichen Schriften zu gesellschaftlichen, philosophischen und religiösen Fragen, insbesondere zum Staatsbegriff und zum Verhältnis von Mensch–Kirche und Staat mündeten 1944/45 in Ausarbeitungen über die künftige Gestaltung Deutschlands auf christlicher und genossenschaftlicher Grundlage und sei-

---

[13] Ritzel an Braun, 2. Mai 1942, ASD, NL Ritzel/212. Carlo Mierendorff sollte »Propagandaminister«, Wilhelm Leuschner oder er selbst Innenminister werden.

[14] Dessauer, zum republikanischen Flügel des Zentrums zählend, 1924–1933 Reichstagsabgeordneter, war Mitte der zwanziger Jahre Herausgeber der Rhein-Mainischen Volkszeitung und unterstützte Wirth bei der Herausgabe seiner Zeitschrift »Die Deutsche Republik«. Er gehörte dem Friedensbund Deutscher Katholiken und dem Reichsbanner in leitenden Funktionen an. Mit Wirth bestanden seit den zwanziger Jahren enge Beziehungen. Nach halbjähriger Haft 1933 und Entlassung aus der Universität wurde Dessauer Anfang 1934 an die Universität von Istanbul berufen, im September 1937 an die Universität von Fribourg.

[15] Wirth an Muckermann, 8. November 1939: er habe Dessauer mehrmals in Bern und Fribourg besucht; BA Koblenz, N 1342/29; Dessauer an Wirth, 1. November 1939, mit autobiographischen Passagen, EBD./12; Wirth an Dessauer (getarnt als »lieber Onkel Fritz«), 25. November 1939, EBD.

[16] H. SCHULZE, Braun, (s. Anm. 2), S. 805. Die Behauptung von H. SCHULZE in: Rückblick, (s. Anm. 5), S. 149, daß Kindt-Kiefer Wirth auch persönlich finanziell unterstützt habe, ist denkbar, aber nicht zu belegen; sie beruht auf einer mündlichen Aussage eines vorübergehenden politischen Mitstreiters in der Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratische Deutschland«, dem Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Vereinigung in der Schweiz, Wolfgang Glaesser. Die Glaubwürdigkeit dieses Otto Straßer nahestehenden Zeitzeugen, der sich mit Wirth nach 1945 zerstritt, ist fragwürdig.

ner Integration in Europa[17], die er teils allein, teils gemeinsam mit Wirth erarbeitete.

Zum weiteren Kreis um Wirth, Braun, Hoegner, Ritzel, Dessauer und Kindt-Kiefer zählten der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete und geschäftsführende Fraktionsvorsitzende Wilhelm Dittmann[18], der seit März 1938 in Luzern lebende ehemalige preußische Polizeioffizier Michael (Michel) Freiherr von Godin[19], der ehemalige deutsche Diplomat Baron von der Heydt, der in enger räumlicher Nachbarschaft zu Otto Braun auf dem Monte Verità ein Hotel betrieb[20], und schließlich der evangelische Theologe und Sozialpädagoge Professor Friedrich Siegmund-Schultze, der sich bis zu seiner Ausweisung aus dem Reichsgebiet im Juni 1933 wegen seiner Hilfe für Juden einen Namen auf zahlreichen wissenschaftlichen und politischen Feldern gemacht hatte.[21] Siegmund-Schultze galt der Gestapo als Verbindungsmann Goerdelers in der Schweiz mit weitreichenden Kontakten zur englischen und amerikanischen Kirche und zum Vatikan.[22]

---

[17] Eine Anzeige des Paul Haupt Verlags, Bern-Leipzig, von 1946 weist allein 18 Schriften Kindt-Kiefers, größtenteils im Broschürenumfang von 20 bis 100 Seiten, zu diesen Fragen auf; Schweizerisches Sozialarchiv, Ar. 201.24.

[18] Korrespondenz 1933–1946 im BA Koblenz, N 1342/12.

[19] W. Röder/H. A. Strauss, (s. Anm. 8), S. 228. – Godin war ein Freund Hoegners, siehe H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 814. Korrespondenz Wirth – Godin 1942–1948 im BA Koblenz, N 1342/15.

[20] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 812. Korrespondenz 1944–1948 im BA Koblenz, N 1342/17.

[21] Siegmund-Schultze war ein engagierter Vertreter der ökumenischen Bewegung seit 1908, Pazifist und Initiator des im Kriegsjahr 1914 gegründeten Versöhnungsbundes und des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, als Professor für Jugendkunde in Berlin seit 1926 einer der Begründer der Sozialpädagogik, 1934–1937 Studentenseelsorger in Zürich, Gründer der Schweizer Sektion des Internationalen Versöhnungsundes, 1936–1939 Initiator und Geschäftsführer des Internationalen Hilfskomitees für deutsche Flüchtlinge. W. Röder/H. A. Strauss, (s. Anm. 8), S. 696. Genauere Angaben zur Tätigkeit Siegmund-Schultzes von 1939–1945 fehlen fast völlig. Siegmund-Schultzes im Archiv der EKD in Berlin verwahrter Nachlaß enthält kaum Material zur Schweizer Emigration. Die meisten Publikationen über Siegmund-Schultze beschäftigen sich mit seinem kirchlichen bzw. ökumenischen Wirken. Die Gedenkschrift: Aktiver Friede. Gedenkschrift für Friedrich Siegmund-Schultze, hrsg. v. Hermann Delfs, Soest 1972, ein Sammelband mit kurzen Beiträgen, beschreibt die Schweizer Emigrationszeit Siegmund-Schultzes aus der persönlichen Sicht von Zeitzeugen. – Korrespondenz Wirth – Siegmund-Schultze 1943–1944 im BA Koblenz, N 1342/38.

[22] SD-Bericht vom 29. November 1944, in: »Spiegelbild einer Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 1, Stuttgart 1974, S. 509, basierend auf Vernehmungen Goerdelers; irrtümlich wird der Nachname Siegmund-Schultze für den Vor- und Nachnamen (der Pfarrer Siegmund Schulze) gehalten. Tatsächlich unterhielt Siegmund-Schultze direkte Kontakte zu William Temple, dem Erzbischof von New York, der 1942 Erzbischof von Canterbury wurde. Siegmund-Schultzes Züricher Wohnung war ein wichtiger Treffpunkt der Exilierten; Klemens von Klemperer, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994, S. 70.

Nach ersten Diskussionen hatte der Kreis Wirth, Hoegner, Ritzel und Braun bereits im Dezember 1942 ein Memorandum an die angelsächsischen Mächte gerichtet.[23] Dieses Dokument ist der früheste Beleg einer – unter schwierigen Bedingungen entstandenen – gemeinsamen Stellungnahme zu den grundlegenden Fragen des Verhältnisses Deutschlands zu den alliierten Mächten nach dem Krieg, wie sie sich 1942 stellten. Daß Joseph Wirth bei der Abfassung dieses Dokuments die Federführung innehatte, ist kein Zufall. Im Unterschied zu Hoegner, Ritzel und Braun, die sich seit 1933 resp. 1935 in der Schweiz aufhielten und durch ihren Emigrantenstatus in ihrer Kommunikations- und Handlungsfähigkeit eingeschränkt waren, verfügte Wirth über vorzügliche Kontakte nach England und in die USA, nach Frankreich – der ersten Station seines Exils – und zum Vatikan.[24]

Da die beiden Nachlaßteile Wirths bis 1991 nicht zugänglich waren, haben sich viele Legenden über Wirth in der Emigration etablieren können, die einer kritischen Quellenüberprüfung nicht standhalten, bedauerlicherweise aber auch in jüngeren Veröffentlichungen auftauchen. Dazu zählt die Falschaussage, Wirth habe sich im November 1933 angeboten, Dienststellen des Deutschen Reiches mit »Interna aus Emigrantenkreisen zu versorgen«. Auch die Behauptung, Wirth habe im Dienst verschiedener Geheimdienste gestanden, ist nicht zu belegen und wird durch ständige Wiederholung nicht glaubwürdiger.[25]

---

[23] Memorandum Wirths, o.D. (Dezember 1942), BA Koblenz, N 1342/80.

[24] U. Hörster-Philipps, (s. Anm. 7), bes. S. 468–470, 570–573 (Frankreich), S. 521–531 (USA), S. 453–455, 539–573 (England), S. 436–440, 455–461, 480–507 (Vatikan).

[25] So z.B. bei K. von Klemperer, (s. Anm. 22) und bei Ulrich Schlie, Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, München – Berlin 1994, sowie in: Ulrich Schlie, Altreichskanzler Joseph Wirth im Luzerner Exil (1939–1948), in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 15: Exil und Widerstand, hrsg. von Claus-Dieter Krohn u.a., München 1997, S. 180–199. – Zur Auseinandersetzung mit den diesbezüglichen Behauptungen Klemperers und Schlies siehe im einzelnen U. Hörster-Philipps, (s. Anm. 7), insbesondere S. 539–587, 613–619. – Besonders gravierend ist die bei Schlie (1997) vertretene Behauptung: »Er könne, *schrieb Wirth* im November 1933 an das Deutschlandreferat des Auswärtigen Amtes, *die Dienststellen des ›Dritten Reiches‹ mit Interna aus Emigrantenkreisen versorgen*, um ›zu zeigen, daß er sich auch dem neuen Deutschland gegenüber stets als Deutscher fühle.‹« (S. 180). Als *einzige* Quelle nennt Schlie eine Aufzeichnung des Legationsrats Forster vom 3. November 1933, diese zitierend nach Hagen Schulze, Rückblick (s. Anm. 5), S. 148f. Dieser hatte allerdings die Quelle noch wie folgt umschrieben: »(Wirth) *trat* sogar mit der Begründung, ›daß er sich auch dem neuen Deutschland gegenüber stets als Deutscher fühle‹, an deutsche diplomatische Vertretungen *heran, um ihnen nachrichtendienstliche Mitteilungen* aus britischen und französischen Regierungskreisen und *selbst aus deutschen Emigrationszirkeln zu machen.*« Auch bei Schulze *ausschließlich* unter Berufung auf die genannten Quelle. Bei der Aufzeichnung des Legationsrats Forster aus Paris vom 3. November 1933, PA-AA, Ref. D, Po 5 N.E.adh. 4, Nr. 1, Bd. 4 (R 98455) handelt es sich um eine knapp anderthalbseitige Aufzeichnung Forsters über ein 15minütiges Gespräch mit Wirth auf der Straße. Wirth gab Forster vier Informationen betreffend die Informations- und Stimmungslage in Frankreich. *Forster interpretierte* Wirths Initiative zu dem Gespräch mit ihm dahingehend: »Der Zweck der Mitteilungen von Herrn Wirth war offenbar der, zu zeigen, daß er sich auch dem neuen Deutschland

Am 24. Dezember 1939 hatte er sich in Abstimmung mit Kreisen der Militäropposition in Deutschland um General Halder in einem Schreiben an den britischen Premier Chamberlain gewandt und im März 1940 bei einem geheimen Treffen mit Vertretern des British Foreign Office in Lausanne weitgehende Zusagen Großbritanniens für den Fall eines militärischen Umsturzes in Deutschland erhalten.[26] Im August 1942 hatte Wirth, nachdem alle Hoffnungen auf einen militärischen Umsturz in Deutschland aus seiner Sicht gescheitert waren, ein Aide-mémoire an die angelsächsischen Mächte gerichtet, in dem er für seine Person einen grundlegenden Kurswechsel angekündigt hatte.[27]

Diesem Aide-mémoire folgte nun Anfang Dezember 1942 das von Wirth in Aussicht gestellte Memorandum, das mit Hoegner und Ritzel, im Ansatz auch mit Otto Braun, beraten worden war. Auf knapp neun Seiten bot es, an die Adresse Großbritanniens und der USA gerichtet, einen knappen politischen Entwurf für die Nachkriegsgestaltung Deutschlands und seine Eingliederung in die »europäische und planetarische Völkergemeinschaft«.[28] Anknüpfend an seine Grundgedanken im Brief an Chamberlain vom 24. Dezember 1939 plädierte er für eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes nach dem bevorstehenden »furchtbarsten Zusammenbruch« der deutschen Geschichte und warnte vor Vernichtungsabsichten seitens der Alliierten, mit feinem politischen Gespür die im Januar 1943 von den Alliierten geprägte Formel vom »unconditional surrender« vorwegnehmend und konterkarierend. Neu und politisch weit vorausschauend war der von ihm formulierte Gedanke, »daß die ›Deutsche Frage‹ mit der ›Europäischen‹ und ›Planetarischen Frage‹ so eng verbunden« sei, »daß eine Lösung der einen ohne Lösung der andern wieder nur zu kurzfristigen Not- und Scheinlösungen führen müsse.«[29]

Der Rahmen für den politischen Wiederaufbau Deutschlands war dementsprechend weit gesteckt und von dem Gedanken zur Ausschaltung des Krieges als Mittel der Politik geleitet. Wirth schwebte die Konstituierung

---

gegenüber stets als Deutscher fühle.« Wirth *schrieb also nicht an das Deutschlandreferat des Auswärtigen Amtes*, die Quelle ist eine Aufzeichnung eines deutschen Diplomaten; er selbst formulierte nicht, er fühle sich dem neuen Deutschland gegenüber als Deutscher; er gab auch keine nachrichtendienstlichen Mitteilungen weiter. Völlig aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, er habe sich angeboten, Interna aus Emigrantenzirkeln weiterzugeben; diese Behauptung findet sich noch nicht einmal in der Interpretation des Legationsrats Forster. – Unbelegt ist auch die immer wieder auftauchende Behauptung, Wirth habe für ausländische Geheimdienste gearbeitet und habe aus dieser Tätigkeit Geld bezogen, so jüngst bei Ulrich Schlie, Wirth im Luzerner Exil, S. 180–181, 182, 189, 190, 194, 195, in keinem Fall belegt, sondern ausschließlich mit unzureichenden Hinweisen auf vorübergehende personelle Beziehungen Wirths zu Manfred Simon (angeblich französischer Geheimdienst) und Hans Ritter (britischer Geheimdienst).

[26] U. Hörster-Philipps, (s. Anm. 7), S. 550–565.

[27] Aide-mémoire Wirths, 22. August 1942, BA Koblenz, N 13452/80.

[28] Memorandum Wirths (Dezember 1942), ebd., S. 1.

[29] Ebd., S. 3.

einer europäischen Staaten-Genossenschaft vor, die »zur Überwindung des Krieges als Mittel der Politik« eine zwischenstaatliche Schiedsgerichtsbarkeit einrichten sollte.[30] Die Initiative zur Gründung der europäischen und universalen Staatengemeinschaft sollte von den angelsächsischen Völkerfamilien ausgehen. Deutschland sollte in diese europäische Gemeinschaft als gleichwertiges und gleichberechtigtes Glied integriert werden.[31] Als reale Garantien für eine künftige demokratische Entwicklung Deutschlands war der strikte Umbau Deutschlands zu einem föderativen Staat auf genossenschaftlicher Grundlage, mit Elementen der kommunalen Selbstverwaltung und Garantien für die persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen und die Freiheit des Glaubenslebens vorgesehen.[32] Das Reichspräsidentenamt sollte aufgehoben, ein den Ländern übergeordneter Bundesrat nach Schweizer Vorbild eingeführt werden.[33] Die Abkehr vom nationalsozialistischem Gedankengut, insbesondere vom Rassenwahn, war ebenso selbstverständlich wie die grundlegende Abkehr vom System der NS-Herrschaft und der Ausschaltung der alten Kräfte. In der Wirtschaftspolitik war der Akzent deutlich zugunsten genossenschaftlicher und mittelständischer Förderung gesetzt, ein »Sozial-Staat« wurde angestrebt, der die Existenz aller sichern sollte.[34] Für die Zukunft wurde der Verzicht auf »weltgeschichtliche Anmaßlichkeiten, auf jegliche Macht- und Eroberungspolitik« erklärt.[35]

Den Entwurf des Memorandums stimmte Wirth in den Grundlinien mit Hoegner und Ritzel ab; diese holten sich Otto Brauns grundsätzliche Zustimmung. Das Memorandum wurde im Namen von Wirth, Braun, Hoegner und Ritzel dem amerikanischen Gesandten in der Schweiz, Leland Harrison, möglicherweise auch dem britischen Gesandten, übergeben. Nach Auffassung Ritzels waren die Kontaktpartner davon »begeistert«.[36]

Die Kritik, die Braun im Nachhinein übte – er fühlte sich von Hoegner und Ritzel übergangen, da ihm der Wortlaut des Memorandums nicht vorgelegen hatte –, weist auf einen zentralen Konfliktpunkt hin, der das politische Verhältnis zwischen Wirth und Braun in der Folgezeit und die politi-

[30] Ebd.
[31] Ebd., S. 4.
[32] Ebd., S. 4–5.
[33] Ebd., S. 5.
[34] Ebd., S. 7–8.
[35] Ebd., S. 1.
[36] Ritzel an Braun, 16. Dezember 1942, ASD, NL Ritzel/212. Offenbar hatte Braun jedoch nur allgemein, ohne Kenntnis des Wirth'schen Textes, dem Memorandum zugestimmt, so daß es auch in seinem Namen den Engländern und Amerikanern weitergegeben wurde; erst später im Januar 1943 übte er daran Kritik. H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 809. – Von K. von Klemperer, (s. Anm. 22), S. 273, stammt die Information, daß das Memorandum an Harrison übergeben wurde. Ansonsten enthält seine Darstellung viele Fehler, z.B. eine falsche Datierung (Sommer 1943) für die Übergabe des Memorandums Wirths, die Behauptung, daß das gleiche Memorandum wenig später als Frucht des Arbeitskreises »Das demokratische Deutschland« übergeben wurde (den es zu diesem Zeitpunkt noch nicht gab) und die Abqualifizierung als »hochtrabende« Denkschrift.

sche Konsensfindung im Kreis immer wieder belastete: die Stellung Preußens in der geplanten Nachkriegsordnung. Braun hielt seit 1932 an seinem formaljuristisch berechtigten Standpunkt fest, daß die preußische Regierung, da verfassungswidrig abgesetzt, nach wie vor verfassungsmäßig im Amt und er selbst der legitime preußische Ministerpräsident sei. Wirth, der die antipreußischen Vorbehalte der Engländer kannte und ihnen bereits in seinem Brief vom 24. Dezember 1939 Rechnung getragen hatte, war nicht nur aus taktischen Erwägungen, sondern auch aus politischer Überzeugung und geprägt durch süddeutsche Traditionen ein entschiedener Vertreter des Föderalismus. Die von ihm vorgesehene Föderierung des deutschen Staatswesens sollte, so der Wortlaut im Memorandum, jeglicher »innerdeutscher Hegemonie« – der Vormachtstellung Preußens – einen Riegel vorschieben und damit jeder Machtanhäufung entgegenwirken.[37] Hoegner und Ritzel teilten ganz offenkundig Wirths Skepsis in Bezug auf Preußen.

Ausdrücklich distanzierte sich Braun in einem Schreiben an Ritzel vom 10. Januar 1943 von Wirths Memorandum und stellte dies als »persönliche Stellungnahme Dr. Wirths« dar[38], zu unrecht übrigens, wie Ritzel in einem Antwortschreiben an Braun, den Kompromißcharakter des Memorandums hervorhebend, betonte.[39] Brauns Kritik ging sehr ins Detail und war in einigen Punkten nachvollziehbar[40], in anderen überzogen[41], am eigentlichen Kern der Sache, der Stellung Preußens und der föderativen Gestaltung des künftigen Deutschland, ging sie vorbei oder erschöpfte sich in Allgemeinplätzen.[42]

Seine grundlegende Position entwickelte Braun in einem engbeschriebenen zehnseitigen Papier unter dem Titel »Nach dem Zusammenbruch« am 28. Januar 1943. Im Vergleich zum Wirth'schen Memorandum war es ein bis ins Detail ausgearbeiteter, auf die innere verfassungspolitische Struktur Deutschlands ausgerichteter, teilweise technokratisch anmutender Entwurf.

---

[37] Memorandum Wirths (Dezember 1942), S. 5.

[38] Braun an Ritzel, 10. Januar 1943, ASD, NL Ritzel/213. Ferner: »Sie irren, wenn Sie annehmen, daß auch ich mit der Fassung einverstanden sein könnte.« Er lege Wert auf die Feststellung, daß die vorgelegte Fassung des Memorandums ihn in keiner Weise binde.

[39] Ritzel an Braun, 20. Januar 1943, EBD. »Das Memorandum bindet Sie selbstverständlich nicht, andererseits ist es auch keine reine Privatarbeit von Dr. W. Es ist ein Kompromiß, der nach außen bestimmt war und dem jetzt die Details folgen.« – Ritzel ist unter dem Eindruck der nachfolgenden Ereignisse später von diesem Sachverhalt abgewichen. In seinen »Bemerkungen zu dem Memorandum von Dr. Wirth ...« vom 8. Mai 1946 relativierte er die von ihm eingeholte grundsätzliche Zustimmung Otto Brauns und stellte das Memorandum ausschließlich als Produkt der Eigeninitiative Wirths dar: ASD, NL Ritzel/216.

[40] So z. B. in seiner Kritik an der unpräzisen Fassung des Begriffs »genossenschaftlich« oder in seinem Zweifel an der Vorbildfunktion des Föderalismus nach Schweizer Muster.

[41] Braun an Ritzel, 10. Januar 1943: Der Vorwurf, daß Wirth einen »Ton devoter Anbiederung« gewählt habe, ist völlig verfehlt; Wirth bewegte sich im Rahmen gängiger diplomatischer Formeln, inhaltlich eher offensiv, keinesfalls unterwürfig. Ebenso überzogen ist Brauns Vorwurf, das Memorandum sei klerikal und reaktionär mittelständisch geprägt.

[42] Als Argument gegen einen Föderalismus nach Schweizer Muster wurde von Braun ins Feld geführt, »der Deutsche (sei) nun 'mal an ein Oberhaupt gewöhnt.« (EBD.)

Die globale politische Perspektive, die Stellung Deutschlands nach dem Krieg in Europa und in der Welt – bei Wirth zwar verschwommen, aber als zentrales Anliegen formuliert – fehlte völlig zugunsten von teilweise sinnvollen, teilweise verfrühten Überlegungen, die überwiegend den Charakter eines Maßnahmekataloges hatten.[43] Der eigentliche Kern aber war diesmal unmißverständlich politisch formuliert: das legitime Recht der preußischen Regierung auf Weiterführung der Regierungsgeschäfte wurde ausdrücklich betont.[44] Damit hatte Braun auch seinen persönlichen Anspruch auf Wiedereinsetzung als preußischer Ministerpräsident angemeldet.

Wollte man, wie es das erklärte Ziel des Wirth-Braun-Hoegner-Kreises war, Einfluß gewinnen auf die alliierte Nachkriegsplanung für Deutschland, war der kontinuierliche Kontakt zu dem in Bern ansässigen Sonderbeauftragten Roosevelts, Allen Welsh Dulles, unverzichtbar. Im Sommer 1941 hatten die USA mit dem Aufbau eines strategischen Geheimdienstes, des »Office of Strategic Services« (OSS) begonnen; Dulles, bisher im diplomatischen Dienst auch mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betraut, später Anwalt und Rechtsberater der US-Regierung, wurde Anfang November 1942 im Auftrag Roosevelts als europäischer Chef-Agent des OSS nach Bern entsandt.[45] Seine Aufgabe war die Nachrichtenübermittlung und der direkte Kontakt zu deutschen Widerstandskreisen und Emigranten.[46] Über Hans Bernd Gisevius, einen ehemaligen Regierungsrat im Innenministe-

---

[43] »Nach dem Zusammenbruch.« Memorandum Otto Brauns, 28. Januar 1943, ASD, NL Braun/7. So wurde beispielsweise festgelegt, daß die Schalter der Banken und Sparkassen nach dem Zusammenbruch sofort geschlossen werden sollten, daß der Post-, Telefon- und Telegrammverkehr mit dem Ausland eingestellt und Theater und Kinos ihre Aufführungen unter Ausschluß von nationalsozialistischen Tendenzstücken fortsetzen sollten. – Es steht nicht zur Debatte, ob diese Detailplanung prinzipiell mehr oder weniger sinnvoll, sondern ob die Reduktion auf solche Maßnahmekataloge *zu diesem Zeitpunkt* angebracht war. An den Adressaten England und die USA gerichtet war ein solcher Entwurf eher verfehlt.

[44] »Preußen: Hier besteht noch die Regierung Preußen zu Recht, ist zur Zeit nur durch Gewalt an der Amtsausübung behindert. Sie befand sich beim Übergang des Reiches zum Hitlerregime in Demission, hatte aber die Amtsgeschäfte mit allen Rechten und Pflichten solange zu führen, bis der Landtag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt und dieser die neuen Minister ernannt haben würde. Das ist verfassungsmäßig und rechtmäßig nie erfolgt! Alle Maßnahmen, die Göring als preußischer Ministerpräsident aufgrund seiner usurpierten Macht getroffen hat, sind rechtswidrig, so daß nach Zusammenbruch des Naziregimes und Beseitigung seiner Exponenten *die Regierungsgewalt an das alte verfassungsmäßige Kabinett übergeht.*« Memorandum Brauns, S. 3.

[45] Peter Hoffmann, Widerstand-Staatsstreich-Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 4., neu überarb. und erg. Aufl., München-Zürich 1985, S. 264; K. von Klemperer, (s. Anm. 22), S. 269–272; Hans Teubner, Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933–1945, Frankfurt a.M. ²1957, S. 193.

[46] Allen Welsh Dulles, Verschwörung in Deutschland, Zürich 1948, S. 5, S. 169–170. Die Schweiz als das einzige neutrale Land, das eine gemeinsame Landesgrenze mit Deutschland hatte, eignete sich besonders als Beobachterposten für alles, was sich im Deutschen Reich abspielte. – Zu den ersten Aufgaben, die Dulles von Washington gestellt wurden, zählte es, »soviel wie nur möglich über antinazistische Untergrundbewegungen in Deutschland zu

rium, 1933–1936 im Dienst der Gestapo und später enger Mitarbeiter von Oster und Canaris, erhielt Dulles Informationen aus erster Hand; Gisevius, der sich seit 1940 dauernd in der Schweiz aufhielt, wurde 1943 als Vizekonsul und Abwehragent beim deutschen Generalkonsulat in Zürich eingebaut.[47]

Es ist davon auszugehen, daß jede die Nachkriegsplanung betreffende Aktivität dem OSS in Bern bekannt gemacht wurde[48] und daß die Übermittlung von Vorschlägen an die englische oder amerikanische Regierung über diese Schaltstelle erfolgte. Jeder aus dem Kreis der Exilpolitiker unterhielt darüber hinaus seine eigenen Kontakte. Hoegner stand in engerem Kontakt zu Dulles, dem er eigene Denkschriften zusandte, Ritzel war auf die britische Vertretung in Bern orientiert.[49]

Wirths Kontaktmann war Dr. Gero von Schulze-Gävernitz, der engste Mitarbeiter und Deutschlandreferent von Dulles. Die Wurzeln dieser Zusammenarbeit liegen in Wirths Heimatstadt Freiburg. Geros Vater war der Freiburger Nationalökonom, Professor und Geheimrat Gerhart von Schulze-Gävernitz, ein Vertreter der Nationalliberalen, später der Deutschen Demokratischen Partei und erklärter politischer Gegner Wirths.[50] Während Wirths Amtszeit als Reichsfinanzminister suchte Schulze-Gävernitz ihn in Berlin auf, um sich um die Stelle des deutschen Botschafters in Washington zu bewerben, doch wurde ihm der Krupp-Direktor Wiedfeldt vorgezogen.[51] Sein Sohn Gero, selbst Volkswirt, emigrierte 1926 in die USA[52] und wurde später als amerikanischer Staatsbürger naturalisiert; seither amerikanisierte er seinen Namen zu der Kurzform Gero von Gaevernitz. Mit Dulles kam er als deutschlandpolitischer Experte in die Schweiz, wo er enge Verbindungen zum Wirth-Braun-Hoegner-Kreis und zu Wirth persönlich[53] unterhielt und für Dulles eine unschätzbare Hilfe darstellte.[54]

---

erfahren.« Er nahm Kontakt zu Widerstandskreisen und politischen Emigranten in der Schweiz auf.

[47] Hans Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Bd. 2, Zürich 1946, S. 7. – A. W. Dulles,(s. Anm. 46), S. 170–171. – Gisevius charakterisiert die Aufgabe von Dulles wie folgt: Er suchte »die Fühlung zu allen europäischen Widerstandsgruppen. Sein Büro in der Berner Herrengasse wurde mit der Zeit geradezu ein Zentrum der europäischen Résistance. Keineswegs nur Deutsche, sondern Österreicher, Ungarn, Italiener, Rumänen, Finnen fanden sich dort ein, von den Angehörigen der okkupierten Länder gar nicht zu reden.« (Bd. 2, S. 236) – Zur Biographie siehe P. Hoffmann, (s. Anm. 45), S. 111.

[48] Dafür sprechen verschiedene Hinweise in den Briefen Brauns und anderer.

[49] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 808.

[50] Wirth an Hermann Wirth, 22. November 1943, S. 2, BA Koblenz, N 1342/51.

[51] Ebd., sowie Briefe Wirths an Prof. Dr. Karl Schmid in Freiburg, 13. November 1920 und 21. April 1921 (erneute Bitte um Verwendung im Staatsdienst), Privatbesitz.

[52] Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. Nach einem Erlebnisbericht von Fabian von Schlabrendorff bearb. und hrsg. von Gero von Schulze-Gaevernitz, 3. verb. und erg. Aufl. Zürich 1946, S. 6.

[53] Briefwechsel im BA Koblenz, N 1342/36.

[54] Nachlaß Gero von Schulze-Gävernitz im BA MA Freiburg, N 524/12: Dankschreiben Dulles' an ihn, 5. Juli 1945, weiteres Dankschreiben des Direktors der OSS, General Wil-

Die aufkeimenden ersten Konflikte innerhalb der Gruppe Wirth-Braun-Hoegner wurden zunächst noch gedämpft und verdeckt durch neue politische Entwicklungen. Nachdem sich im Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau unter der Führung politischer Emigranten und kriegsgefangener deutscher Offiziere und Soldaten das »Nationalkomitee Freies Deutschland« (NKFD) mit dem Ziel der Sammlung aller gegnerischen Kräfte des Nationalsozialismus gebildet hatte[55], formierte sich auch in der Schweiz, ausgehend von einer Initiative der KPD-Gruppe im Internierungslager Gordola, die »Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz«; sie war überparteilich ausgerichtet und setzte sich aus Mitgliedern verschiedener Linksparteien, der Gewerkschaften und christlicher Kreise zusammen, stand aber von vornherein unter dem dominierenden Einfluß der Kommunisten.[56] Die in verschiedenen Kantonen der Schweiz gebildeten Gruppen standen unter der Führung eines konspirativ arbeitenden provisorischen Landesvorstandes, dem unter anderem die Mitarbeiterin des Theologieprofessors Karl Barth, Charlotte von Kirschbaum, der ehemalige preußische Staatssekretär im Innenministerium, Wilhelm Abegg, der Katholik Erich Bogen, der Sozialdemokrat Walter Gyssling sowie mehrere führende Mitglieder der KPD (Hans Bergmann, Hans Teubner, Paul Meuter und Rudi Singer) angehörten. Wilhelm Abegg, der sich auf der Flucht vor den Nationalsozialisten im März 1933 als Rechtsanwalt in Zürich niedergelassen hatte und dort bis nach Kriegsende als Anwalt für internationales Recht wirkte, war gemeinsam mit dem Schweizer Nationalrat Dr. Rudolf Gelpke seit 1940 Kopf des sogenannten »Abegg-Kreises«, einer antinationalsozialistischen Gruppe. Noch illegal erschien im September 1943 die erste Nummer der von der »Bewegung« herausgegebenen Zeitschrift »Freies Deutschland.«

Die Gründung der Bewegung »Freies Deutschland« stieß im Wirth-Braun-Hoegner-Kreis übereinstimmend auf Ablehnung. Insbesondere Otto Braun, der das »Freie Deutschland« als »Sammelsurium von politischen Phantasten aus Offizierskreisen und literarischen Wirrköpfen ... in den

liam Donovan, 3. Oktober 1945 (ebd.). Weitere Materialien ebd./6. Aus Tarnungsgründen vertrat Gero von Schulze-Gävernitz nach außen die wirtschaftlichen Belange seines Schwagers Edmund Stinnes, des älteren Bruders von Hugo Stinnes jr., der mit seinem Bruder gebrochen hatte und ein Gegner des Dritten Reiches war. – 1945 war Schulze-Gävernitz maßgeblich beteiligt an den Vorbereitungen für die Kapitulation der deutschen Truppen in Oberitalien.

[55] Siehe zum Gesamtzusammenhang Gerd R. Ueberschär, Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und der Bund deutscher Offiziere, Frankfurt a. M. 1995, und Peter Steinbach, »Widerstand hinter Stacheldraht?« Zur Diskussion über das Nationalkomitee Freies Deutschland als Widerstandsorganisation seit 1943, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994, S. 265–276.

[56] Werner Mittenzwei, Exil in der Schweiz, Leipzig 1978, S. 302–311; zum Gesamtzusammenhang siehe: Karl Hans Bergmann, Die Bewegung »Freies Deutschland« in der Schweiz 1943–1945, München 1974; Wolfgang Langhoff, Die Bewegung Freies Deutschland und ihre Ziele, Zürich – New York 1945; H. Teubner (s. Anm. 45).

Händen kommunistischer Drahtzieher« abqualifizierte, bemühte sich in zahlreichen Gesprächen, politisch – nicht organisatorisch – eine bürgerlich-demokratische Gegenfronde aufzubauen mit dem Ziel, dem Appell des NKFD ein nüchternes Manifest eines »demokratischen Antinaziblocks« entgegenzusetzen.[57] Auch Wirth äußerte sich kritisch zur Bewegung »Freies Deutschland« und war ebenso wie Braun bestrebt, dem befürchteten kommunistischen Einfluß auf die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands seine Politik entgegenzusetzen.«[58]

Nachdem sich der Kreis um Wirth, Braun, Hoegner und andere 1943 trotz aller Probleme – nicht zuletzt als politisches Gegengewicht zur Bewegung »Freies Deutschland – konsolidiert hatte, standen das Jahr 1944 und der Beginn des Jahres 1945 im Zeichen eingehender Erörterungen über die angestrebte Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. An zwei Konfliktpunkten entfalteten sich dabei immer wieder unterschiedliche politische Positionen: an der Preußenfrage und an der Frage des künftigen Parteiensystems.

Während Otto Braun, Hoegner und Ritzel bereits im Frühsommer 1944 die Restituierung der SPD unmittelbar nach Beendigung des Krieges in ihrer alten Form anstrebten[59] und Ende des Jahres Zufriedenheit darüber herrschte, daß die Partei in Deutschland »stehe und arbeite«[60], vertrat Wirth in der Frage der Wiederherstellung der Parteien eine gänzlich andere Vorstellung. Er war davon überzeugt, daß man nach der Diktatur des Hitlerregimes und nach einem verlorenen Krieg nicht nahtlos an die untergegangene Weimarer Republik anknüpfen könne, als sei nichts geschehen, sondern daß ein grundlegender Neuanfang gewagt werden müsse. Seine Vorstellungen von Mitte der zwanziger Jahre aufgreifend und auf die Nachkriegssituation beziehend, plädierte er in einem programmatischen Brief an Braun vom 24. Mai 1944 dafür, anstelle der alten Parteienstruktur eine parteiübergreifende Bewegung der antinazistischen radikal-sozialdemokratischen, liberalen und christlichen Kräfte ins Leben zu rufen.[61]

Er sei der Meinung, schrieb er, daß »der furchtbare Verlauf des zweiten Weltkrieges und die Existenz des totalen Staates geeignet seien, die Parteipferche nierderzulegen, um eine politische und soziale Gruppierung des Volkes herbeizuführen – etwa nach dem Schema Radikalsozial, Liberaldemokratisch und Konservativ.«[62] »Klassengeist« und »Kastengeist« sollten

---

[57] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 813–815, Zitat S. 813.

[58] Wirth distanzierte sich umgehend nach Bildung der Provisorischen Leitung im Sommer 1944 von der Bewegung Freies Deutschland: Wirth an Bundesrat Etter, 1. August 1944, BA Koblenz, N 1342/13.

[59] Braun an Hoegner, 6. Juni 1944, ASD, NL Ritzel/213; Hoegner hatte einen Programmentwurf für die neuzubildende SPD verfaßt. Braun riet davon ab, zu diesem Zeitpunkt schon eine programmatische Festlegung in Details vorzunehmen. Für ihn stand außer Frage, daß »den Kern der projektierten neuen Partei ... die alte S.P.D. bilden« müsse.

[60] Ritzel an Braun, 11. November 1944, ebd.

[61] Wirth an Braun, 24. Mai 1944, S. 1, BA Koblenz, N 1342/9.

[62] Ebd.

aufhören[63] und damit in Überwindung der klassenkämpferischen Konzeption der Kommunisten und der gesellschaftlichen Machtstellung von Besitzbürgertum und Großgrundbesitz ein neues Staatswesen gebildet werden, das sich – anders als Weimar – auf eine breite demokratische Grundlage stützen konnte. Jede enge Festlegung auf Parteistrukturen sei dazu ein Hindernis. Ähnlich wie Wirth bedauerte auch Siegmund-Schultze, daß »die alten Parteien der Linken ihre Tätigkeit in der früheren Eingrenzung fortzusetzen gedenken.«[64]

Auch wenn zu Beginn der Debatte das Beispiel der englischen Labour Party noch eine gewisse Rolle spielte[65], mündeten Wirths Überlegungen nicht in die Bildung einer neuen, politisch breiter angelegten Partei, sondern in die Schaffung einer parteiübergreifenden Bewegung, die ihren politischen Einfluß in alle gesellschaftlichen Bereiche tragen sollte, ein.[66] Wenn ihm von sozialdemokratischer Seite wiederholt der Vorwurf gemacht wurde, er strebe ein »Einparteiensystem« an, geht dies an der Sache vorbei.[67]

Die gesellschaftspolitisch stark reformorientierten Ideen verbargen sich hinter einer oftmals verschrobenen Begrifflichkeit. Hans Wirtz und Jakob Kindt-Kiefer waren die ersten, die unter den Stichworten »Die Deutsche Volksgenossenschaft« und »Radikal-Soziale Volksaktion« die Gedanken des Kreises um Wirth, denen auch Dessauer und Siegmund-Schultze nicht fern standen, zu Papier brachten.[68] Im August 1944 erging aus der Feder von Kindt-Kiefer ein »Aufruf an das deutsche Volk zur Gründung der Radikalsozialen Volks-Aktion«.[69]

Über den Sommer 1944 dauerten die Verhandlungen des Wirth-Kreises mit dem Braun-Hoegner-Ritzel-Kreis um einen gemeinsamen, politisch tragfähigen Minimalkonsens an.[70] Die Sozialdemokraten – Baron von Go-

---

[63] Ebd., S. 2.

[64] Siegmund-Schultze an Wirth, 23. Mai 1944, ebd./38.

[65] Wirth an Braun, 24. Mai 1944, S. 1, beschreibt, daß er sich während seines Pariser Exils mit solchen Überlegungen trug und sie mit Hilferding erörterte.

[66] Ebd., S. 2: »Als Frucht der langwierigen Studien schwebte mir der Gedanke der Gründung einer radikal-sozialen Bewegung vor«; S. 4: »Ich gebe deshalb den Kampf um die Förderung einer radikalsozialen Bewegung nicht auf.« – Eindeutig auch die entsprechende Definition im Programm der »Radikal-Sozialen Volksaktion« vom Oktober 1944, auf das später noch eingegangen wird.

[67] Ritzel an Braun, 7. August 1944, ASD, NL Ritzel/213, bezugnehmend auf gleichgerichtete Bestrebungen von Dr. Hans Wirtz; Ritzel an Wirth, 18. August 1944, BA Koblenz, N 1342/33, unspezifisch mit den Hinweis, ein »Einparteiensystem, wie es hie und da propagiert« werde, werde von den Sozialdemokraten abgelehnt.

[68] Siegmund-Schultze an Wirth, 12. Juni 1944, ebd./38, mit einer positiven Kritik an einer Denkschrift Wirtz, deren Zweck allerdings in Frage stellend, und mit einer deutlichen Kritik an Kindt-Kiefer.

[69] Ebd./125.

[70] Briefwechsel Braun – Ritzel im ASD, NL Ritzel/213 und BA Koblenz, N 1342/9 Wirth – Braun.

din, mit dem Wirth sich inzwischen verfeindet hatte, eingeschlossen[71] – waren bestrebt, zugleich Fragen der Wiederrichtung der SPD intern, ohne »die Schwarzen« zu besprechen[72],trotz ihrer Ablehnung der Ideen von Wirth, Wirtz und Kindt-Kiefer empfahl Ritzel, Wirth und seinen Kreis nicht zu ignorieren und nicht zu übergehen.[73] Wirth seinerseits hatte sich zu diesem Zeitpunkt damit abgefunden, daß sich die SPD entgegen seinen Vorstellungen restituieren wollte[74], lehnte aber eine Neugründung des Zentrums ab.[75]

Am 3. Juli 1944 hatten sich Braun, Ritzel und Hoegner auf Brauns »Casa Erna« in Ascona auf die Formulierung von »Richtlinien eines demokratischen Antinaziblocks« geeinigt, die nach mehrfachen Verhandlungen mit Wirth von diesem akzeptiert und schließlich von allen beteiligten Gruppen Ende September 1944 gebilligt wurden.[76]

In drei Punkten faßten die »Richtlinien« das Wesentliche des Kompromisses zusammen. In Punkt eins wurde der Rahmen des Antinaziblocks abgesteckt: Alle Parteien, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten, sollten sich auf dem Boden der demokratischen Republik zusammenschließen, SPD, Zentrumspartei und DDP sollten in Anlehnung an die »Weimarer Koalition« den Kern des »Antinaziblocks« bilden. Die Rechtsparteien, die Förderer und Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen waren, kamen für die Koalitionsbildung nicht in Frage. Die kommunistische Partei wurde unter der Voraussetzung eingeschlossen, daß sie sich auf den Boden der demokratischen Republik stelle. Während der zu erwartenden Zeit der Besatzung, so Punkt zwei, sollten die verfassungsmäßigen Grundlagen nicht verändert werden. Die zukünftige Gestaltung Deutschlands sollte unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes durchgeführt werden. Bei der personellen Besetzung aller wichtigen Positionen, so wurde in Punkt drei festgelegt, sollten Anhänger des NS-Regimes ausgeschaltet und ausschließlich die Gegner des Nationalsozialismus berücksichtigt werden.[77]

Wirths inhaltliche Anforderungen an die für notwendig gehaltene Politik der Nachkriegszeit waren mit den »Richtlinien« nicht erfüllt. Als Reaktion auf die Debatte um eine Neugründung von Parteien verfaßte er gemeinsam mit Kindt-Kiefer im Oktober 1944 »Grund- und Leitsätze für die Radikal-

---

[71] Briefwechsel Ritzel – Braun Februar und Juli/August 1944, ASD, NL Ritzel/213; Briefwechsel Hoegner – Wirth, Juli/August 1944, BA Koblenz, N 1342/18.

[72] Braun an Ritzel, 21. August 1944, ASD, NL Ritzel/213; Ritzel an Braun, 23. August 1944, EBD.

[73] Ritzel an Braun, 7. August 1944, EBD.

[74] Wirth an Braun, 24. Mai 1944, S. 1; Ritzel an Braun, 8. Juni 1944, ASD, NL Ritzel/213.

[75] Wirth an Braun, 24. Mai 1944, S. 3: »Ich selbst war die ganzen Jahre nicht der Auffassung, daß *meine* Partei wieder auf die Beine gestellt werden soll.«

[76] H. SCHULZE, Braun, (s. Anm. 2), S. 815–816; Braun an Ritzel, 21. September 1944, ASD, NL Ritzel/213.

[77] H. SCHULZE, ebd. – Wortlaut der Richtlinien in BA Koblenz, N 1342/84.

Soziale Volks-Aktion«.[78] Der elfseitige Programmentwurf unternahm den Versuch der Definition von Essentials der Nachkriegspolitik. Den Bewegungscharakter herausstreichend, wurde eingangs betont, die Radikal-soziale Volks-Aktion sei »keine Partei im geschichtlichen Sinne des Wortes«, vielmehr sollten die »Leitsätze« zur Grundlage für das Handeln aller, zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gruppen und Parteien werden; die Volks-Aktion verstand sich dabei als »Werkzeug«, das die allen Parteien und Gruppierungen gemeinsamen politischen Ziele bündeln und verwirklichen helfen sollte.[79] Ihr grundlegendes Ziel, mit der jüngsten Vergangenheit abzurechnen und durch Überwindung der »Machtsucht« die Möglichkeiten für »Verständigung und Versöhnung nach Innen und Außen« zu schaffen[80], wurde in einer Fülle einzelner Punkte genauer definiert. Nachkriegsdeutschland sollte als Bundesstaat mit föderativer Struktur gebildet werden, in dem »kein einzelner Gliedstaat eine politische Übermacht erlangen« könne[81] – eine deutliche Absage an die Wiederherstellung Preußens –; ein Bundesrat nach schweizererischem Vorbild sollte eingeführt, ein Verfassungsgerichtshof eingerichtet werden. Der neue Staat sollte Friedenspolitik betreiben und bereit sein, sich jeder Weltfriedensordnung anzuschließen und sich einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen.[82] Für Städte und Gemeinden sollte das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung gelten.[83] Industrie, Handel und Gewerbe sollten weitgehend dezentralisiert, »Mammut-Betriebe« vermieden, die Grundstoffindustrien in Reichsgenossenschaften umgewandelt werden; die sich selbst verwaltende Volkswirtschaft sollte unter staatliche Kontrolle bei Hinzuziehung der Verbrauchergenossenschaften gestellt werden, um Fehlentwicklungen zu vermeiden.[84] Besonderer Schutz sollte der Familie gegeben werden[85], die Siedlungsformen sollten die Familie, Familieneigenheime und landwirtschaftliche Kleinbetriebe fördern.[86] Kirchen und Religionsgemeinschaften sollten von staatlichem Zugriff frei sein.[87] Kulturkampfbestrebungen und Rassenwahn sollten ausgeschaltet[88], das Erziehungssystem grund-

[78] BA Koblenz, N 1342/125. Das Programm trug den komplizierten Titel »Grund- und Leitsätze zum Beginn der Radikal-Sozialen Volks-Aktion in Deutschland zur Umgestaltung der Ordnung des Zusammenlebens und Zusammenwirkens des deutschen Volkes«.
[79] Ebd., S. 1 des Programms.
[80] Ebd., S. 3.
[81] Ebd., Punkt 5 des Programms.
[82] Ebd., Punkt 6 des Programms.
[83] Ebd., Punkt 4 des Programms.
[84] Ebd., Punkt 2 des Programms.
[85] Ebd., Punkt 3 des Programms.
[86] Ebd., Punkt 1 des Programms. Hier greift Wirth auf Gedanken zurück, die ihn seit Beginn seiner politischen Laufbahn beschäftigten.
[87] Ebd., Punkt 7 des Programms.
[88] Ebd., Punkt 8 des Programms.

legend reformiert, ein kostenloser Bildungsgang von der Volksschule bis zur Hochschule garantiert werden.[89]

In der Sache war die Fortdauer des Konfliktes in der Preußenfrage damit vorprogrammiert. Anfang Juli 1944 hatte Braun gegenüber Wirth keinen Zweifel daran gelassen, daß er seinen Rechtsstandpunkt auch gegenüber den Alliierten verteidigen werde; nur dann, wenn diese ihn »ebenso wie die Nazis gewaltsam an der Ausübung (seiner) Amtstätigkeit, zu der (er) nach der preußischen Verfassung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet« sei, hindern würden, müsse er der Gewalt weichen, werde aber seinen Rechtstitel nicht aufgeben.[90]

Brauns Beharren auf dem Rechtsstandpunkt wurde von seinen Parteifreunden nicht geteilt; hier gab es, anders als in der Parteienfrage, Gemeinsamkeiten Hoegners und Ritzels mit Wirth. Hoegner war ein erklärter Anhänger des Föderalismus[91], Ritzel versuchte, Braun dahingehend zu beeinflussen, daß er auf eine Erklärung seines Standpunkts in der Preußenfrage gegenüber den Alliierten verzichtete.[92] Wirth hatte den Zusammenhang zwischen der Parteien- und der Preußenfrage klar erkannt: zur Durchsetzung seines Rechtsanspruches brauchte Braun die SPD nach altem Muster, sie war die Basis seiner verlorenen Machtposition. Zugleich strebte Braun die Restituierung des Zentrums an, um angesichts der zu erwartenden Besetzung der östlichen Provinzen Preußens durch die Russen sich mit Hilfe der Zentrumspartei einen Rückhalt in den westlichen Provinzen Preußens zu verschaffen.[93]

Obwohl Wirth in seinen verschiedenen Aufzeichnungen und Memoranden seit Beginn des Krieges den Preußengeist und die Wiederherstellung des Landes Preußen abgelehnt und für eine klare Föderierung des neuzubildenden Staatswesens plädiert hatte, stellte sich für ihn im Herbst 1944 angesichts des Vordringens der Roten Armee im Osten die Preußenfrage mit neuem Akzent. In Briefen an Otto Braun und Gero von Gaevernitz schim-

---

[89] Ebd., Punkt 9 des Programms.

[90] Handschriftlicher Brief Brauns an Wirth, 6. Juli 1944, BA Koblenz, N 1342/9.

[91] Hoegner hatte den ersten Entwurf der »Richtlinien für einen demokratischen Antinazi-block« verfaßt, der von Braun wegen seiner dezidiert föderalistischen Elemente abgelehnt wurde; H. SCHULZE, Braun, (s. Anm. 2), S. 815.

[92] Ritzel an Braun, 6. September 1944, ASD, NL Ritzel/213; Ritzel bestärkt Braun, *keine* Denkschrift über Preußen für die Alliierten auszuarbeiten; offensichtlich war dieser Plan zuvor im Gespräch gewesen.

[93] Wirth an Hoegner, 26. Oktober 1944, S. 2, BA Koblenz, N 1342/18: »Jetzt verstehe ich auch restlos die Anregung des Herrn Dr. Otto Braun, das Zentrum wieder auf die Beine zu stellen. Er braucht nämlich, wie ich ganz gut verstehe, die preußische Zentrumspartei, um seine geschichtliche Rolle, die wir wohl verstehen und der wir keine Hindernisse in den Weg legen, überhaupt spielen zu können. Die östlichen Provinzen Preußens werden nämlich »russisch«. Nichts ist größer als der Haß der Russen gegen die alte Sozialdemokratie ... Somit liegt der Schwerpunkt der beabsichtigten Politik des Herrn Otto Braun in den westlichen Provinzen Preußens. In Westfalen und im Rheinland hängt die Politik von der Zustimmung der Katholiken ab ...«

merte durch, daß er bereit war, diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Reichseinheit und der Verteidigung Europas neu zu thematisieren.[94]

Wenig später waren die Würfel gefallen. Engländer und Amerikaner ließen erkennen, daß sie an einer Wiederherstellung Preußens nicht interessiert und nicht bereit seien, den Rechtsanspruch Brauns zu akzeptieren.[95]

Damit war zugleich der Weg frei und die Notwendigkeit gegeben, auf einer von der Preußenfrage unbelasteten Grundlage ein konkretes Konzept für den Wiederaufbau Deutschlands nach Kriegsende zu entwerfen – der erste Schritt in Richtung einer gemeinsamen verfassungspolitischen Grundlage für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. In Kooperation mit den Sozialdemokraten und dem evangelisch-sozialen Kreis Siegmund-Schultzes war »sein« Kreis, wie Wirth den Amerikanern in Bern mitteilte, bereit, »eine Art Aktions-Programm im Sinne eines Minimalprogramms zu formulieren.«[96] Es war Hoegner, der die endgültige Fassung der »Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau«[97] erstellte. Als erfahrener Jurist und Politiker hatte er seit 1939 an Planungen für eine deutsche Nachkriegsordnung und Verfassungsentwürfen gearbeitet. Siegmund-Schultze,

[94] Wirth an Gaevernitz, 2. Oktober 1944, ebd./36. Angesichts der Bedrohung des Abendlandes durch die »Sturmfluten aus dem Osten« und die »in ihren Folgen unabsehbare Verschiebung der Grenzen des aktivistischen Kollektivismus nach Westen Europas« warb Wirth um Verständnis für Otto Braun, den Promotor und Verteidiger des preußischen Einheitsstaates, auch wenn er die unterschiedliche Position der »süddeutschen Föderalisten« herausstrich. Braun habe sich, obwohl er zum Bismarckschen Aufbau des Reiches zurückkehren wolle, außenpolitisch anders festgelegt; er habe sich nie an Rußland gewandt. Er habe nun ein Recht darauf, von den maßgeblichen angelsächsischen Stellen klare Auskünfte in der Preußenfrage zu erhalten. – Wirth an Braun, 9. Oktober 1944, ebd./9: Hier gab Wirth Braun einige Argumente an die Hand. »Im Lichte Moskaus« zeige die Welt nun »ein anderes Gesicht.« Damit gewinne auch die Preußenfrage ein »neues und noch ernsteres«, »ein schwereres Gewicht.« Für ihn und Kindt-Kiefer (den Mitunterzeichner des Briefes) seien alle Bestrebungen auf die Erhaltung der Reichseinheit gerichtet. Er empfahl Braun, bei den Angelsachsen auf Klärung seiner Auffassung in der Preußenfrage zu drängen.

[95] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 818, geht davon aus, daß Dulles und Schultze-Gaevernitz auf die entsprechenden Anfragen Otto Brauns nicht antworteten. Über seine Vermutung hinausgehend ist anzunehmen, daß im November/Oktober 1944 die Haltung der Angelsachsen in der Preußenfrage unmißverständlich war: Wirth an Kindt-Kiefer, 9. November 1944, BA Koblenz, N 1342/22, spricht von der »Tragik des Asconauten« und davon, daß dessen Fragen überholt seien und keine Antworten mehr hervorrufen könnten; Hoegner an Wirth, 12. November 1944, ebd./18: Dank für Wirths Anteilnahme am Schicksal Otto Brauns; »es schmerzt mich aber ungemein, daß man für eine so bedeutende Persönlichkeit wie Otto Braun keine Verwendung mehr zu haben glaubt ... Ich hege ... immer noch die Hoffnung, die künftige alliierte Militär- oder Zivilverwaltung möchte sich wenigstens des wertvollen Rates Otto Brauns bedienen.« – Möglicherweise war Hoegner derjenige, der Braun mit der Nachricht konfrontierte, daß er auf seine Wiedereinsetzung als preußischer Ministerpräsident nicht rechnen könne: Wirth an Gaevernitz, 22. November 1944, ebd./36; Wirth fragte sich, ob es nicht zu weit gegangen sei, Otto Braun den »Wahn« zu nehmen, »wie es wohl durch Herrn Hoegner auf unsere Anregung hin geschah.«

[96] Wirth an Gaevernitz, 22. November 1944.

[97] BA Koblenz, N 1342/84.

der von Wirth zusätzlich gebeten worden war, ein gemeinsames »christliches Dach« über die vorhandenen Meinungen zu errichten, lehnte dies mit dem Hinweis ab, Hoegners Papier sei eine hervorragende Zusammenfassung der Diskussionen des Jahres 1944, er könne sich eine bessere Formulierung nicht vorstellen.[98]

Hoegners »Grundsätze und Richtlinien« von Ende November/Anfang Dezember 1944 stimmten inhaltlich in vielen Punkten mit Wirths Memorandum von Ende 1942 und dem von Wirth und Kindt-Kiefer formulierten Programm für eine Radikal-soziale Volks-Aktion überein und waren zugleich die entscheidende Grundlage für die wenige Monate später veröffentlichte Schrift der Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratische Deutschland«. Sie sahen die Errichtung eines deutschen Bundesstaates, die Verhinderung der Hegemonie eines Landes oder von Sonderbünden, die Einrichtung einer Länderkammer sowie die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung vor; die Außenpolitik sollte auf Kriegs- und Gewaltpolitik verzichten, internationale Schiedsgerichte sollten eingerichtet, Deutschland in eine friedliche Völkergemeinschaft eingegliedert werden. Die Innenpolitik garantierte die persönlichen Freiheitsrechte und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, sah plebiszitäre Elemente wie Volksbegehren und Volksentscheid vor und ging von der kommunalen Selbstverwaltung aus. Nationalsozialistische Rechtsvorschriften sollten außer Kraft gesetzt, für begangene Verbrechen Sühne geübt, eine Wiedergutmachung angestrebt werden. Die Kirchen sollten volle Autonomie erhalten, die Erziehung nach demokratischen Gesichtspunkten erfolgen, die Familie sollte unter erhöhten staatlichen Schutz gestellt, Eigenheime und Familiensiedlung gefördert werden. Die Wirtschaft sollte unter dezentralen Gesichtspunkten nach den Bedürfnissen der breiten Volksschichten wiederaufgebaut, Großgrundbesitz sollte verstaatlicht, Bodenschätze und Energiequellen in Gemeinbesitz überführt werden. In einem besonderen Punkt wurde die Arbeits-und Sozialpolitik entwickelt: Koalitionsrecht, Recht auf Arbeit und Erholung, Mindestlöhne, Stabilität von Löhnen und Preisen, Höchstarbeitszeit, Wiederherstellung freier Gewerkschaften, Betriebsrätewesen, Ausbau der Sozialversicherung. Es war in aller Knappheit ein umfassendes politisches Programm und wurde ergänzt durch eine Vielzahl weitgehend von Hoegner ausgearbeiteter Gesetzesentwürfe.[99]

Otto Braun erhob noch einmal grundlegende Bedenken. Man könne die Alliierten nicht, wenn sie das wollten, an der Zerschlagung Preußens und des Reiches hindern, solle ihnen aber »bei diesem verderblichen Beginnen« nicht noch helfend entgegenkommen, formulierte er seinen Haupteinwand gegen die in Punkt 1 der Richtlinien formulierte Ablehnung der »Hege-

[98] Siegmund-Schultze an Wirth, 18. Dezember 1944, EBD./38.

[99] Verzeichnis der Gesetzesentwürfe, EBD./130. – Vgl. die ausführliche Darlegung der »Grundsätze und Richtlinien« in der veröffentlichten Form vom Mai 1945 am Ende des Beitrags.

monie eines Landes«.[100] Einer Veröffentlichung verweigerte er die Unterschrift, wurde aber von Ritzel gedrängt, einer Übergabe der Richtlinien an die Alliierten ohne Unterzeichner zuzustimmen.[101]

Das nahende Kriegsende brachte einen unentrinnbaren Handlungszwang mit sich, wollte man auf den Anspruch und das Ziel, Einfluß auf die alliierte Deutschlandpolitik zu gewinnen, nicht verzichten. Obwohl Otto Braun sich nach der eindeutigen Antwort der Angelsachsen in der preußischen Frage enttäuscht völlig zurückgezogen hatte[102] und die Differenzen in politischen Fragen offen lagen, waren alle Seiten um Ausgleich bemüht.[103]

Die lockere Organisationsstruktur des Kreises, unter den bisherigen Bedingungen ein Vorteil, war mit Blick auf die Zukunft den Anforderungen an die Formulierung und Durchsetzung von Politik nicht mehr gewachsen. Dies galt umso mehr, als die Bewegung »Freies Deutschland« ihre Organisationsstruktur inzwischen gefestigt hatte. Im Juli 1944 war der Landesvorstand offiziell als Führungsgremium gewählt worden, am 27./28. Januar 1945 hatte das »Freie Deutschland« eine erste Konferenz in Zürich durchgeführt, bei der es um die Legalisierung der Bewegung und die Durchsetzung des Mitspracherechts der Flüchtlinge und Emigranten in allen sie betreffenden Angelegenheiten ging. Als Mitglieder der Landesleitung wurden der ehemalige preußische Staatssekretär Wilhelm Abegg, Hans Bergmann, Walter Fisch, Charlotte von Kirschbaum und Wolfgang Langhoff gewählt; Rudi Singer übernahm die Geschäftsleitung.[104]

Der Wirth-Braun-Hoegner-Kreis bereitete seit Anfang 1945 seine Konstituierung als »Arbeitsgemeinschaft« mit festgefügteren Strukturen vor. Seit Beginn der Zusammenarbeit zwischen Wirth, Braun und Hoegner hatte sich dieser Kreis von der Bewegung »Freies Deutschland«, deren enge Anbindung an das Moskauer Nationalkomitee man kritisierte, politisch abgegrenzt. Wie Wilhelm Abegg, der Vorsitzende des FD später bedauerte, hatte es zu keinem Zeitpunkt den Versuch gegeben, mit dem FD zusammenzuarbeiten.[105] Behauptungen des Sohnes von Abeggs Mitarbeiter Rudolf Gelpke, Dr. Alhard Gelpke, nach Abeggs Tod, die sich auf das sogenannte »Abegg-Archiv« stützen und eine politische Nähe von Wirth, Braun und Abegg suggieren, sind nachweislich falsch.[106]

---

[100] Handschriftlicher Brief Brauns an Ritzel, 22. Dezember 1944, ASD, NL Ritzel/213.

[101] Ritzel an Braun, 22. Dezember 1944, ASD, NL Braun/7.

[102] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 818; Braun überließ die ganze Organisationsarbeit in diesem kritischen Stadium Hoegner, Ritzel und Wirth.

[103] Ritzel an Braun, 6. Januar 1945, ASD, NL Ritzel/215, empfiehlt Braun, weiter mit Wirth in Tuchfühlung zu bleiben; man solle Wirth nicht über- und nicht unterschätzen.

[104] W. Mittenzwei, (s. Anm. 56), S. 310.

[105] Abegg an Prof. Karl Ludwig Schmidt, 4. Juni 1945, Karl-Barth-Archiv, Basel, Kiste: FD.

[106] Klaus Urner, Der Schweizer Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen: systemgebundener Widerstand, Einzeltäter und ihr Umfeld, Maurice Bavaud und Marcel Gerebohay, Frauenfeld 1980, hat sich gründlich mit der Person von Alhard Gelpke und dem Quellenwert des Abegg-Gelpke-Archivs befaßt.

Im Vorfeld der Gründung der »Arbeitsgemeinschaft« bildeten sich verschiedene Gruppierungen. Am 3./4. März 1945 konstituierte sich in Langenthal in der Schweiz die »Union deutscher Sozialisten in der Schweiz«, die unter dem bestimmenden Einfluß von Wilhelm Hoegner und Anna Siemsen, einer ehemaligen Abgeordneten der SPD, stand. Die Mehrzahl der 39 Delegierten bestand aus Emigranten, die der SPD, den Gewerkschaften oder nichtkommunistischen Splittergruppen angehört hatten. Sie erkannte als politische Grundlage die »Richtlinien für einen demokratischen Antinaziblock« an und erklärte ihre Bereitschaft, eine Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Emigrantengruppen eingehen zu wollen.[107] Im gleichen Monat gründeten Wirth und Kindt-Kiefer in Luzern eine »Gruppe Christlicher Demokraten«, die ihrerseits ihre Bereitschaft zum Zusammengehen mit der »Union deutscher Sozialisten« bekräftigte. Wirth übernahm es, über Inspektor Ulrich von der Bundespolizei bei der zuständigen Behörde in Bern, der Bundesanwaltschaft, die Voraussetzungen für den Zusammenschluß zu klären.[108]

Am 12. April 1945 konstituierte sich in Zürich die Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratische Deutschland«, kurz DD oder DDD genannt. Sie verstand sich, wie Wirth in seinem Schreiben an die Schweizerische Bundesanwaltschaft mitteilte, als Volksbewegung und beabsichtigte die »Zusammenfassung der antinationalsozialistischen demokratischen und sozial fortschrittlichen Deutschen in der Schweiz.«[109] Otto Braun und Joseph Wirth fungierten als gleichberechtigte Präsidenten. Neben ihnen gehörten dem Hauptvorstand des DD die bisherigen Aktivisten Wilhelm Hoegner, Heinrich Georg Ritzel und Jakob Kindt-Kiefer an. Dem Hauptvorstand sollte ein Hauptausschuß und ein erweiterter Hauptausschuß zur Seite stehen.

Das liberale Element wurde im DD wenig später durch die ebenfalls kurzfristig gegründete »Liberal-demokratische Vereinigung« unter der Leitung des ehemaligen DDP-Mitgliedes und Straßer-Anhängers Wolfgang Glaesser vertreten, die korporativ beitrat; evangelische Kreise wurden vorübergehend durch die »Evangelische Arbeitsgemeinschaft« gebunden.[110]

Obwohl das »Demokratische Deutschland« im Vergleich zur Bewegung »Freies Deutschland« zu jener Zeit nur einen relativ kleinen Kreis politischer Emigranten vertrat[111], war es doch mehr als ein Bündnis der fünf

---

[107] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 819.

[108] Ritzel an Braun, 15. März 1945, ASD, NL Ritzel/215.

[109] Wirth an die Schweizerische Bundesanwaltschaft, 12. April 1945, ASD, NL Ritzel/356.

[110] H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 821.

[111] Die Angaben über die Mitgliederzahlen beider Organisationen sind schwankend. So soll das »Freie Deutschland« zu dieser Zeit 1000 (Bericht: »Die politische Haltung der deutschen Gruppen in der Schweiz«, 4. Juli 1945, ASD, NL Ritzel/356) oder mehrere tausend Mitglieder (Wilhelm Abegg an Prof. Dr. Ludwig Schmidt, 4. Juni 1945, Karl-Barth-Archiv Basel, Kiste: FD) gehabt haben. Das »Demokratische Deutschland«, das sicher zum Zeitpunkt der Gründung über keine große Mitgliederzahl verfügte, soll ebenfalls rasch eine

Gründungsmitglieder.[112] Es repräsentierte unterschiedliche politische Kreise, die sich um die Gründungsmitglieder gebildet hatten und erweiterte seine Basis rasch. Wirths Anspruch, es handele sich um eine Volksbewegung, ist ebenso überzogen. Hinter dem DD stand zu dieser Zeit keine Massenbewegung; insofern ist Otto Braun, der den Begriff der »Volksbewegung« durch den der »Arbeitsgemeinschaft« ersetzte[113], in seiner nüchternen Begriffswahl zuzustimmen.

Im Ergebnis dieses Zusammenschlusses erschien die eingangs zitierte Broschüre »Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne«, Kristallisationspunkt der seit Ende 1942 im Wirth-Braun-Hoegner-Kreis geführten politischen Erörterungen um die verfassungsmäßige Ordnung Nachkriegsdeutschlands, sozusagen das politische Manifest des Kreises. Sie enthielt einen Aufruf und »Grundsätze und Richtlinien für den Wiederaufbau Deutschlands«, die im wesentlichen, abgesehen von einigen Präzisierungen und Formulierungsänderungen, identisch waren mit dem von Hoegner Ende 1944 verfaßten Text, sowie umfangreiche Erläuterungen.[114]

Der den »Richtlinien« vorangestellte Aufruf beinhaltete, Gedanken aus Wirths Memorandum von Ende 1942 aufgreifend, den Appell an die alliierten Mächte, bei der Beurteilung des deutschen Volkes zu differenzieren und zu beachten, daß es Kräfte gegeben habe, die »mit der Verbrechergesellschaft, die den deutschen Staat seit 1933 vergewaltigt hat, nicht in einen Topf geworfen werden« dürfe.[115]

Ein Vergleich mit den seit 1942 verfaßten Schlüsseldokumenten aus dem Wirth-Braun-Hoegner-Kreis zeigt, daß die »Grundsätze und Richtlinien für den Wiederaufbau Deutschlands« die wesentlichsten Vorstellungen über die verfassungspolitische Gestaltung Deutschlands aufgriffen, bündelten und in juristisch adäquater Form und Sprache zusammenfaßten.

Der Punkt (A) Staatspolitik sah die *Errichtung der deutschen Bundesrepublik*, das heißt die Gliederung des deutschen Reiches in Länder unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung und den Zusammenschluß der Länder zu einem Bundesstaat vor, der die Vertretung nach außen sowie hoheitliche Aufgaben wahrnehmen sollte. Die Hegemonie eines Landes oder Sonderbünde sollten verhindert werden – eine nochmalige deutliche Absage an alle Pläne zur Wiederherstellung Preußens in seiner

---

Stärke von etwa 1000 Mitgliedern erreicht haben (Bericht, 4. Juli 1945); auch im weiteren Verlauf ist von 1000 (Ritzel an Otto Braun, 25. September 1945, ASD, NL Ritzel/215), im Oktober von 1200 Einzelmitgliedern die Rede (Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Wirth, Hermann Rathenau und Kindt-Kiefer, 9. Oktober 1945, ASD, NL Ritzel/357).

112 So interpretiert es H. Schulze, Braun, (s. Anm. 2), S. 822.

113 Ebd.

114 Vorhanden u. a. im ASD, NL Ritzel/356.

115 S. 6 der Schrift.

historischen Ausprägung. Eine Länderkammer sollte eingerichtet werden – damit waren die von Wirth und Kindt-Kiefer favorisierten Pläne der Einrichtung eines Bundesrats nach Schweizer Muster vom Tisch. In der *Außenpolitik* wurde jede Kriegs- und Gewaltpolitik ausdrücklich verworfen, die Schlichtung internationaler Streitfragen durch Schiedsgerichte vorgesehen. Deutschland sollte in einen Bund europäischer Staaten und in eine friedliche Völkergemeinschaft eingegliedert werden. Die *Innenpolitik* des Bundesstaats sollte die persönlichen und politischen Freiheitsrechte und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz garantieren, die Diktatur einer Gruppe, Partei, Klasse oder Rasse wurde ausgeschlossen. Mit Volksbegehren und Volksentscheid sollten pebiszitäre Elemente in der Verfassung verankert werden, das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Stimmrecht für Frauen und Männer war vorgesehen. Durch Selbstverwaltung von Gemeinden und Gemeindeverbänden sollte eine leistungsfähige Demokratie von unten nach oben gesichert werden. Unabhängige Rechtspflege, gesetzmäßige Verwaltung, Neuaufbau des Polizeiwesens und Wiederherstellung eines zuverlässigen Beamtentums waren vorgesehen. Alle nationalsozialistischen Rechtsvorschriften sollten aufgehoben werden, Nationalsozialisten und Wegbereiter des NS-Systems aus allen öffentlichen Diensten ausgeschlossen werden und eine möglichste Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewährt werden.

Die Kulturpolitik (B) sah die Befreiung der *Kirchen* und anderen Weltanschauungsgemeinschaften von staatlicher Bevormundung, die Selbstverwaltung und das Recht zur Besteuerung ihrer Mitglieder vor. *Erziehungs- und Bildungspolitik* sollte sich auf der Grundlage der europäischen Kultur unter Ausschluß von Rassenwahn und Nationalhaß vollziehen, die Elternrechte sowie freie Forschung und Bildung sollten garantiert, die kostenlose Ausbildung aller Begabten ohne Rücksicht auf Herkunft und Stand der Eltern sichergestellt werden. Die *Familie* sollte unter erhöhten staatlichen Schutz gestellt, Familiensiedlung und Eigenheimbau gefördert werden. Der nationalsozialistische Einfluß in Presse, Rundfunk, Literatur und Unterhaltung sollte durch eine »*Volksaufklärungspolitik*« ausgemerzt werden.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik (C) dominierte der Gedanke der Dezentralisierung. Die Volkswirtschaft sollte nach den Bedürfnissen breiter Volksschichten unter Dezentralisierung der Produktionsstätten planmäßig wiederaufgebaut werden. Eine dauernde Vollbeschäftigung wurde angestrebt. Großgrundbesitz über 80 ha sollte enteignet und zu genossenschaftlichen Produktions- und bäuerlichen Siedlungszwecken verwandt werden. Bäuerliches, gewerbliches und persönliches Privateigentum sollte erhalten bleiben. Bodenschätze und Energiequellen, Betriebe der Schwerindustrie, der Großindustrie und der Großchemie sollten – hier bleibt der Entwurf unscharf – »unter tunlichster Benutzung der genossenschaftlichen Betriebsform« umgestaltet werden. Große Privatbanken und Versicherungsunternehmen sollten enteignet und in genossenschaftlichen oder gemischtwirtschaftlichen Gemeinbesitz überführt werden. Die Koalitionsfreiheit, das

Recht auf Arbeit und ausreichende Erholung sollten garantiert, gesetzliche Mindestlöhne und Höchstarbeitszeit festgelegt werden. Die freien Gewerkschaften sollten wiederhergestellt, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen an der Entwicklung und Gestaltung der Volkswirtschaft gesichert, der Ausbau der gesamten Sozialversicherung vorangetrieben werden.

Die Grundsätze und Richtlinien wurden den Vertretern der alliierten Mächte in der Schweiz übergeben. Mit einem Rundschreiben wurde die Broschüre im Mai 1945 an Interessenten versandt und um Beitritt gebeten.[116]

Die Frage nach dem vermittelten oder direkten Einfluß der verfassungspolitischen Vorstellungen des Wirth-Braun-Hoegner-Kreises auf die Entwicklung in Nachkriegsdeutschland ist aus verschiedenen Gründen schwer zu beantworten. Viele der in den Memoranden von Wirth, Hoegner und Braun entwickelten verfassungspolitischen Grundsätze und Überlegungen über die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt haben Eingang gefunden in die Gestaltung der Länderverfassungen, des Grundgesetzes und der Verfassungswirklichkeit im Nachkriegsdeutschland. Die »Grundsätze und Richtlinien« besaßen Gestaltungskraft, doch wurden viele ihrer Prinzipien auch von anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften mitgetragen, die unmittelbarer als die Arbeitsgemeinschaft die Wirklichkeit in den Westzonen mitbestimmten, so daß der originäre Einfluß des Wirth-Braun-Hoegner-Papiers schwer zu bestimmen ist.

Hinzu kommt, daß eine politische Kontinuität des Kreises über das Jahr 1945 hinaus, an der sich das Fortwirken der Ideen der Arbeitsgemeinschaft als Gruppe überprüfen ließe, nicht gegeben ist. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) stellten die Arbeitsgemeinschaft, in der die Differenzen über die Preußenfrage nur mühsam überbrückt werden konnten, vor eine neuerliche Zerreißprobe. An der Frage der öffentlichen Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zur Frage der Alleinschuld oder Kollektivschuld und zu den Gebietsabtretungen zerbrach das Bündnis noch im Verlauf des Jahres 1945. Hoegner, der eine personelle Kontinuität am ehestens verkörpert, ging mit Unterstützung der Amerikaner noch im Juni 1945 nach München zurück, wurde im September 1945 Senatspräsident beim OLG in München und noch im gleichen Monat zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt, im Oktober 1945 zusätzlich Justizminister. In dieser Funktion hatte er entscheidenden Anteil an der Formulierung der bayerischen Landesverfassung. Otto Braun blieb in der Schweiz. Joseph Wirth wurde, abgesehen von einem einmaligen Besuch in seiner Heimatstadt Freiburg im Sommer 1945 von der französischen Besatzungsmacht bis 1948 die Rückkehr nach Baden verwehrt.

---

[116] Rundschreiben »An alle demokratisch gesinnten Deutschen in der Schweiz«, Mai 1945, ASD, NL Ritzel/356.

Die Frage nach dem *direkten* Einfluß der Ideen des Wirth-Braun-Hoegner-Kreises auf die Verfassungsgestaltung kann also nicht direkt beantwortet werden. Festzuhalten bleibt, daß die von den deutschen Politikern im Schweizer Exil entwickelten Grundgedanken Mosaiksteine einer Gestaltung Nachkriegsdeutschlands waren und daß ihre Ideen – ungeachtet aller Kontroversen – eine nicht zu unterschätzende Gestaltungskraft besaßen, welche die politische Verfaßtheit des westdeutschen Teilstaats nach Hitler maßgeblich beeinflußt hat.

Schweizer Exilerfahrungen in der Verfassungsgesetzgebung Bayerns 1946

Elke Seefried

»Wir im Ausland machten unsere staatspolitischen Pläne auf Grund der trüben Erfahrungen in der Weimarer Republik und der Erkenntnisse, die wir in einer freien Welt gewonnen hatten, während unsere Freunde zu Hause infolge der Absperrung und geistigen Knechtung politisch zurückgeblieben waren und sich gegen jede neue Erkenntnis sperrten«[1], erinnerte sich der ehemalige Bayerische Ministerpräsident und Emigrant in der Schweiz, Wilhelm Hoegner, in seinen Memoiren. Er war sich also bewußt, daß seine Ansichten über staatliche Ordnung nicht nur von der Weimarer Zeit, sondern auch von Exilerfahrungen geprägt waren. Lassen sich in seinen Verfassungsvorstellungen und der anderer Remigranten, die an der Verfassunggebung in Bayern mitwirkten, aber auch wirklich sichtbare »emigrationsspezifische«, auf die Erfahrung im Schweizer Exil zurückgehende Ideen erkennen? Welche verfassungsrechtlichen Konstruktionen und Anregungen gab es im Exilland Schweiz, welche die Emigranten für nachahmenswert im Hinblick auf ihre Konzepte für den Neuaufbau in Bayern ansahen?[2] Und sind diese von der Exilerfahrung geprägten Verfassungsvorstellungen im Prozeß der Verfassunggebung in Bayern umgesetzt worden?

Die folgende Untersuchung will diesen Fragen nachgehen; dabei konzentriert sie sich auf die Remigranten aus der Schweiz, weil von den sieben an der Verfassunggebung mitwirkenden Exilanten drei (Wilhelm Hoegner, Hans Nawiasky, Alfred Loritz) dorthin geflüchtet waren; außerdem waren zwei von diesen, Hoegner und Nawiasky, auch die tragenden Figuren im

[1] Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 165.

[2] Vgl. zu dieser These Hans-Wilhelm Langen, Der Einfluß der schweizerischen Verfassungszustände auf die Bayerische Verfassung, Diss. München 1949; speziell zu Hoegner Barbara Fait, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998, S. 82; Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner und seine Verfassungspolitik, in: Hartmut Mehringer (Hrsg.), Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992, München u. a. 1992, S. 228–236, 229; Wolfgang Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969, S. 163; Gerhard A. Ritter, Wilhelm Hoegner (1887–1980), in: Ferdinand Seibt (Hrsg.), Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, Bd. II, München 1988, S. 337–360, 342.

Prozeß der Verfassunggebung.[3] Die vier anderen an der Verfassunggebung in Bayern mitwirkenden Remigranten, die sich nicht oder nicht dauerhaft in der Schweiz aufgehalten hatten, die Kommunisten Heinrich Schmitt und Ludwig Ficker sowie die Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen und Arno Behrisch[4], erlangten – wohl mit Ausnahme von Knoeringen – keinen größeren Einfluß. Bayern erweist sich deshalb als besonders interessanter Fall, weil hier die Mitwirkung von Remigranten aus verschiedenen politischen Parteirichtungen zu beobachten ist. Hinzu kommt, daß Bayern neben anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone (Hessen, Württemberg-Baden, Bremen) eine Vorreiterrolle in der Entwicklung der Landesverfassungen nach 1945 spielte.[5]

I. Wilhelm Hoegner

Wilhelm Hoegner, 1887 geboren und Rechtswissenschaftler, gehörte seit 1919 der SPD an und war bis 1932 Mitglied des Landtages, von 1930 bis 1933 auch des Reichstages. Aufgrund seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und einer drohenden Verhaftung emigrierte Hoegner 1933 zunächst nach Österreich, 1934 in die Schweiz. In der Emigration schrieb er

[3] Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Die Protokolle der SPD-Fraktion in der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung 1946, in: ZBLG 60 (1997), S. 1051–1093, 1059; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung (künftig: St.B. VA), München o.J., Bd. I, S. 33; B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 205; P. Kritzer, Verfassungspolitik (s. Anm. 2), S. 232; Walter Siegel, Bayerns Staatswerdung und Verfassungsentstehung 1945/46. Ein Beitrag zur politischen und rechten Problematik bei der Entstehung der Verfassung des Freistaates Bayern von 1946, Bamberg 1978, S. 104f.; zu Nawiasky W. Hoegner, Professor Nawiasky und die Bayerische Verfassung von 1946, in: Staat und Wirtschaft. Beiträge zum Problem der Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft. Festgabe zum 70. Geburtstag von Hans Nawiasky, Einsiedeln u.a. 1950, S. 1–16; Hans F. Zacher, Hans Nawiasky. Ein Leben für Bundesstaat, Rechtsstaat und Demokratie, in: Hans Spanner (Hrsg.), Festgabe für Theodor Maunz zum 70. Geburtstag, München 1971, S. 477–505, 482; allgemein zur Remigration Claus-Dieter Krohn, Remigranten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: ders. u. Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 7–22.

[4] Vgl. zu Schmitt, Ficker und Behrisch Werner Röder u. Herbert A. Strauss (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 (künftig: BHB), München 1980, Bd. 1, S. 656, 173 bzw. 47; Protokoll der 6. Sitzung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses (künftig: VVA) vom 1.4.1946, S. 4, 7 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); K.-U. Gelberg, (s. Anm. 3), S. 1056; zu Knoeringen Hartmut Mehringer, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u.a. 1989; Elke Seefried, Der Einfluß von Remigranten auf die Verfassungsgebung in Deutschland am Beispiel Bayerns 1946, unveröff. Magisterarbeit Augsburg 1999, S. 81ff.

[5] Vgl. Annette Zimmer, Demokratiegründung und Verfassungsgebung in Bayern. Die Entstehung der Verfassung des Freistaates Bayern von 1946, Frankfurt/M. u.a. 1987, S. 8.

rechtswissenschaftliche und historische Arbeiten; ferner verfaßte er zwei Denkschriften über die zukünftige Ordnung Deutschlands und Bayerns und einen Verfassungsentwurf mit 159 Artikeln für ein zukünftiges Deutsches Reich sowie unter Mithilfe des Staatsrechtslehrers Hans Nawiasky 20 Gesetzentwürfe für den Wiederaufbau in Bayern. Am besten können Hoegners Verfassungsvorstellungen an seinem umfassenden Entwurf »Verfassung des Volksstaates Bayern« analysiert werden, den er 1946 dem Vorbereitenden Verfassungsausschuß vorlegte. Hoegner kehrte 1945 nach Bayern zurück und wurde nach der Absetzung Fritz Schäffers im September desselben Jahres zum Bayerischen Ministerpräsidenten ernannt. Zunächst war er als Landesvorsitzender innerhalb der erst wiedererstehenden bayerischen SPD in einer führenden Position, doch geriet er vor allem aufgrund seiner föderalistischen Einstellung zunehmend in Gegensatz zur Mehrheit in seiner Partei.[6]

Um Hoegners Verfassungsvorstellungen im Exil und nach 1945 einordnen zu können, ist es unerläßlich, auch seine Ansichten vor 1933 zu analysieren und eventuelle Änderungen seiner Auffassungen nach der Rückkehr aus dem Exil zu untersuchen. Hoegner sprach sich vor seiner Emigration im Einklang mit seiner Partei gegen föderalistische und eigenstaatlich-bayerische Ordnungsprinzipien aus. In seiner Schrift über den Hitler-Putsch und den damit verbundenen »Justizskandal« der milden Bestrafung Hitlers und seiner Mitstreiter forderte er als Schlußfolgerung eine »Verreichlichung der Justiz«[7], d. h. eine Überführung der Justizverwaltung von der Zuständigkeit der Länder in jene des Reiches. Hoegner ging dabei weit in die Geschichte zurück, um die angebliche Reichsfeindlichkeit Bayerns zu belegen. Die BVP griff er wegen ihres Kampfes gegen die Reichsverfassung und ihres angeblichen Separatismus an. Hoegner verteidigte die Weimarer Verfassung, die die Vormachtstellung Preußens gebrochen habe. Auch wirtschaftlich und kulturell könne Bayern ohne das Reich nicht bestehen. Die SPD stehe deshalb, so Hoegner, für eine starke Zentralgewalt und den Einheitsstaat, denn »über alles geht uns die Größe der gesamten deutschen Nation«.[8] Dabei

[6] Zu Hoegner vgl. Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979; G. A. Ritter, (s. Anm. 2); Fritz Baer, Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. Dokumentation und Analyse, München 1971, S. 23ff.; Denkschrift »Vorschlag für eine Neugliederung Deutschlands« und »Memorandum über die künftige Stellung des Landes Bayern« (IfZ, NL Hoegner, ED 120/18); »Gedanken zu einer neuen Reichsverfassung« (Pseudonym Harald Ritter; künftig: »Gedanken«) und Reichsverfassungsentwurf von 1939 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/19); Gesetzentwürfe (IfZ, NL Hoegner, ED 120/20); »Verfassung des Volksstaates Bayern. Vorentwurf von Dr. Wilhelm Hoegner« (künftig: Vorentwurf BV) (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128).

[7] W. Hoegner (anonym), Hitler und Kahr. Die Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal, hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern, München 1928, Teil II, S. 200; vgl. zu dieser Forderung auch Hoegner, Verh. d. Bay. Landtages, St.B., Sitzung vom 20. 2. 1929, S. 627ff.

[8] W. Hoegner, Bayern und das Reich. Rede auf dem Bezirksparteitag in München, München 1926, S. 22, vgl. auch weiter ebd., S. 4ff., 10ff., 22ff.

betonte er, daß sich Einheitsstaat, Dezentralisation und Selbstverwaltung nicht ausschlössen. Für sozialdemokratische Forderungen wie Chancengleichheit in der Bildung und den Zugang zur Kultur für alle, insbesondere für die unteren Klassen, hatte sich Hoegner genauso bereits vor seiner Emigration eingesetzt, ebenso für die Sozialisierung der Wirtschaft. Den Kapitalismus lehnte er ab, Strafbestimmungen gegen Raub und Diebstahl bezeichnete er als »Waffe zur Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsordnung«.[9] Gleichzeitig war in seinem Rechts- und Verfassungsdenken vor 1933 eine starke Hinwendung zum genossenschaftlichen Prinzip zu erkennen. Hoegner betonte, die Sozialdemokratie dulde kein Klassenrecht mehr, sondern wolle eine Gemeinschaft von freien und gleichberechtigten Menschen im genossenschaftlichen Sinne schaffen.[10]

Wilhelm Hoegner ist derjenige Remigrant, bei dem sich ein Wandel seiner Verfassungsvorstellungen während des Exils am deutlichsten nachverfolgen läßt. Natürlich war es verständlich, daß Hoegner sich nach dem Scheitern der Weimarer Demokratie an bewährten Verfassungen anderer Staaten orientierte. Dieses Vorbild fand Hoegner in der Schweiz, seinem Exilland, deren föderalistische Struktur, direktdemokratische Elemente, Verfassungsbestimmungen zur ›Nutzung‹ der Natur und Asylgesetzgebung er hoch schätzte.[11] Gerade seine föderalistischen Vorstellungen beruhten auf dem Schweizer Modell der im Bund vereinigten Völkerschaften von (damals) 22 souveränen Kantonen, die in ihrer Gesamtheit die Schweizerische Eidgenossenschaft bilden. Zwar besitzt der Bund die Kompetenz-Kompetenz, d. h. kann festlegen, wo die Zuständigkeiten liegen, doch sind die Kantone soweit souverän, wie ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt wird; sie üben damit alle Rechte aus, die nicht der Zentralgewalt übertragen sind.[12]

Obwohl sich Hoegners Kommentare zur Frage von Föderalismus oder Zentralismus (wie auch bei Nawiasky) vor allem auf den Aufbau eines *deutschen* Bundesstaates bezogen, sollen sie in dieser Arbeit, in der es um die *bayerische* Verfassunggebung geht, dargestellt werden. Denn das Problem des Zentralisierungsgrades gewann natürlich auch Bedeutung bei der Verfassunggebung in Bayern (bei der Frage nach dem Verhältnis Bayerns zum Bund und nach dem bayerischen Staatspräsidenten).

---

[9] W. Hoegner, Verh.d.Bay.Landtages, St.B., Sitzung vom 5.7.1927, S. 35, vgl. ebd., S. 34ff.; Sitzung vom 19.6.1925, S. 128ff.; Sitzung vom 24.2.1928, S. 60ff.; Sitzung vom 28.7.1930, S. 311ff.; Verh. d. Dt. Reichstages, St.B., Sitzung vom 18.10.1930, S. 132.

[10] Vgl. Verh.d.Bay.Landtages, St.B., Sitzung vom 24.6.1930, S. 819f.

[11] Vgl. W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 159: »Das Wesen des Staatsbürgers, besonders des freien Schweizers, der sich seine persönliche Meinung auch durch seine Partei nicht ausreden läßt, erst in Zürich ist es mir aufgegangen«.

[12] Vgl. zum Föderalismus in der Schweiz Art. 1 und 3 Schw.BV; Hans Nawiasky, Die Demokratie in der Schweiz, in: Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, H. 12, München 1951, S. 21ff.; aktuell Wolf Linder, Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, Bern u. a. 1999, S. 135ff.

Hoegners föderalistische Grundhaltung zeigt sich zunächst in verschiedenen Schreiben und Aufsätzen während seines Exils, in denen er die weitgehende Selbstverwaltung der Länder fordert, vor allem aber in seinen Verfassungsentwürfen während und nach der Emigration. In seinem Entwurf für eine Reichsverfassung aus dem Jahre 1939 sprach sich Hoegner noch für eine Neugliederung des Reiches nach alten Stammesgebieten und damit kulturellen und sprachlichen Bindungen aus: Hier war eine Zusammenfassung Bayerns mit Österreich und dem Sudetenland (aber ohne Vorarlberg) und eine Verkleinerung Preußens vorgesehen. Dabei stellte das Deutsche Reich nach Hoegners Vorstellungen einen Bundesstaat dar, in dem das Reich unter anderem für Kolonialwesen(!), Wehrverfassung, Zoll- und Münzwesen, Reichsfinanzen, Verkehr und Kommunikation, Rundfunk und Planwirtschaft zuständig sein würde, die Länder aber staatliche Hoheitsrechte und die Gesetzgebungsbefugnis bei Kultur, Bildung und Schule, innerer Verwaltung und Rechtspflege erhalten sollten. Hoegner plädierte zudem für einen vom Volk gewählten Reichsrat, dessen Zustimmung zu jedem Gesetz erforderlich sei und dessen Mitglieder anders als in der Weimarer Verfassung in den Ländern vom Volke zu wählen seien. Als Vorbilder nannte Hoegner die USA, die Schweiz und Australien. Den Einheitsstaat lehnte Hoegner ab, weil er »das blühende kulturelle Leben in weiten Teilen Deutschlands« vernichten und bei der »Neigung der Deutschen zu blindem Gehorsam«[13] gefährliche Riesenorganisationen erfordern würde.

Einen stärkeren föderalistischen Aspekt besaß seine Denkschrift aus dem Jahre 1943: Hoegner plädierte nun für einen Staatenbund »wenigstens in den Übergangsjahren«, um das Eigenleben in den einzelnen Staaten wieder zu stärken und den »Hang zur Uniformität und Gleichschaltung zu bekämpfen«. Im Gegensatz zum Reichsverfassungsentwurf war hier eine Gliederung nach alten Ländern vorgesehen, wobei Preußen verkleinert werden sollte. Eine Bundesversammlung sollte mit Vertretern der verschiedenen Einzelstaaten das höchste Organ darstellen, auch die Bundesregierung sei im Gegensatz zum Entwurf von 1939/40 aus Vertretern der Staaten zu bilden. Nur Außenpolitik, Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik sowie die Rechtseinheit und Einheitlichkeit bei der Besteuerung oblagen dabei dem Bund, andere Gebiete den Einzelstaaten. Im Sinne einer föderalistischen Ordnung sollten »in einem Aufbau von unten nach oben« die »bürokratische Erstarrung« verhindert und die örtliche Selbstverwaltung gestärkt werden. Dies entspreche auch mehr den genossenschaftlichen Grundsätzen und könne »die Machtgier von Volksverführern« verhindern.[14]

---

[13] W. Hoegner, »Gedanken« (s. Anm. 6), S. 26; vgl. ebd., S. 24ff., 30ff.; Hoegners Reichsverfassungsentwurf, Art. 1, 7ff., 45ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/19). Damit hätten die Länder aber weniger Kompetenzen besessen als im Grundgesetz, z. B. auf dem Gebiet des Rundfunks, vgl. P. Kritzer, Hoegner (s. Anm. 6), S. 161.

[14] Denkschrift »Vorschlag für eine Neugliederung Deutschlands«(IfZ, NL Hoegner, ED 120/18); identisch bei W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 166ff., Zitate 167f.

Hoegners »Memorandum über die künftige Stellung des Landes Bayern« stellt im Kern ebenso ein Plädoyer für einen ausgeprägten Föderalismus dar. Dabei entspricht das in seinen Memoiren gedruckte Memorandum nicht dem Manuskript aus Hoegners Nachlaß: Während er in seiner Veröffentlichung gegen die gewaltsame Trennung Bayerns vom Reich eintrat, weil dies einen Anschluß an Österreich bedeuten würde und wohl die Abtrennung der protestantischen nordbayerischen Gebiete nach sich zöge, ist das Manuskript aus seinem Nachlaß weitaus stärker bayerisch-eigenstaatlich geprägt, und das Bekenntnis zum Reich fehlt. Hier findet sich dagegen die Passage, daß Bayern mit seinen Nachbarländern Württemberg, Baden und Hessen in einen größeren europäischen Wirtschaftsraum eingegliedert werden könne und müsse, doch müsse die Entscheidung über das spätere politische Schicksal Bayerns vom bayerischen Volke getroffen werden. Zudem schlug Hoegner im Memorandum für eine Übergangszeit bis zur Wahl einer Volksvertretung einen bayerischen Staatspräsidenten vor, der an der Spitze Bayerns stehen und die höchste vollziehende und gesetzgebende Gewalt ausüben sollte. Eine Abhängigkeit des Staatspräsidenten von der Billigung durch einen Ausschuß von Vertrauensmännern war ebenfalls vorgesehen.[15]

Ähnlich weit gehen Hoegners Auffassungen in der »Vorläufigen Vereinbarung über die zukünftige staatsrechtliche Stellung des Landes Bayern« vom April 1945: Darin wird die Errichtung eines souveränen bayerischen Staates (einschließlich der Rheinpfalz) mit »eigenen Hoheitsrechten«[16] gefordert, der aber Glied eines Deutschen Bundes sein sollte. Die Abgeordneten des Bundes sollten nicht vom Volk, sondern von den Abgeordneten der Landtage gewählt werden. Zudem war von der Bildung eines süddeutschen Staatenverbandes die Rede, falls die Bildung eines Deutschen Bundes nicht möglich sei. Es stellt sich die Frage, ob Hoegner damit nicht eine Abkehr vom Gedanken eines Deutschen Reiches verbunden hat. Aber wohl sind in dieser Forderung Hoegners beide Vorstellungen, die Befürwortung eines ausgeprägtem Föderalismus und die Befürchtung einer Spaltung Deutschlands, enthalten.

Hoegners föderalistische Verfassungsvorstellungen, die sich im Exil entwickelt hatten, fanden nach seiner Rückkehr Eingang in sein Handeln, als er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident eine betont föderalistische Politik betrieb und nur »ein(en) freiwillig eingegangene(n) Bund freier deut-

---

[15] Vgl. »Memorandum über die künftige Stellung des Landes Bayern« sowie die beiliegende Erläuterung zur Rechtsstellung des Staatspräsidenten, die in der Veröffentlichung fehlt (IfZ, NL Hoegner, ED 120/18); dagegen abweichend W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 169ff.

[16] »Vorläufige Vereinbarung über die künftige staatsrechtliche Stellung des Landes Bayern« vom 26.4.1945, die neben Hoegner auch Freiherr Michael von Godin, Franz Bögler (SPD), der spätere Staatssekretär Josef Panholzer (BVP) und Prof. Dr. Ludwig Steinberger unterschrieben haben (IfZ, NL Hoegner, ED 120/20); vgl. weiterhin ebd.; P. Kritzer, Hoegner (s. Anm. 6), S. 165ff., sieht die Forderung Hoegners nach einem süddeutschen Staatenverband eher als Resignation im Hinblick auf ein zukünftiges Deutsches Reich.

scher Länder« forderte, weil »Bayern nun einmal der einzige deutsche Stamm«[17] sei, der schon seit fünfzehnhundert Jahren einen Staat bilde. Er sprach sich, wie schon während des Exils, für einen Bundesstaat mit einem Parlament aus, dessen Abgeordnete von den Länderparlamenten gewählt werden sollten. Als Bundessache sollten aber im Gegensatz zum Tenor seiner letzten Exilschrift nur noch Wirtschaft, Finanz- und Rechtswesen, Sozial-, Steuer- und Außenpolitik gelten (also ohne Zoll- und Verkehrsfragen). Hoegner plädierte hier sogar für eine nach Ländern gegliederte Organisation der Gewerkschaften und der Parteien, denn diese Dezentralisierung sollte die Stellung der bayerischen SPD in einem eigenen Landesverband gegenüber der Bundespartei stärken. Aus einem föderalistisch-eigenstaatlichen Interesse heraus befürwortete Hoegner – im Gegensatz zu seiner Partei – das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten. Nur so könne die föderative Struktur Deutschlands und damit die bayerische Eigenstaatlichkeit gestärkt werden, zumal sich gerade in den Verhandlungen über die Bizone und die Schaffung zentraler Institutionen immer deutlicher zentralistische Tendenzen in der amerikanischen und britischen Zone abzeichneten, die einer bayerischen Eigenständigkeit nur hinderlich sein konnten. Durch eine Bestimmung in der Verfassung, daß sich Bayern einem künftigen Bundesstaat anschließe, glaubte er separatistische Tendenzen ausschließen zu können. Gleichzeitig aber befürwortete er eine bayerische Staatsangehörigkeit und äußerte erhebliche Bedenken gegenüber dem Grundgesetz und dessen Bund-Länder-Verhältnis, dem er letztlich mit seiner Partei aber doch zustimmte.[18]

Zunehmend geriet Hoegner jedoch aufgrund seiner ausnehmend föderalistischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit und in der eigenen Partei unter Beschuß. Insbesondere seine Kontakte zu konservativen und monarchistischen Föderalisten und seine Unterstützung des »Bundes deutscher Föderalisten« erregten Anstoß.[19] Hoegner selbst wehrte sich aber immer vehement gegen den Vorwurf des Separatismus. Er lehnte einen losen Staa-

---

[17] Rede W. Hoegners am 25. November 1945, in: ders., Außenseiter (s. Anm. 1), S. 221ff., hier 222.

[18] Vgl. Interview mit W. Hoegner, Das Problem der Zentralregierung, in: Die neue Zeitung vom 7. 12. 1945, S. 3; ders., Bayern – Ein altes Land in der Bundesrepublik, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Bund und Länder. Vorträge gehalten im Wintersemester 1957/58 an der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Berlin 1959, S. 99–109, 101f.; zu Hoegners Zustimmung zum bayerischen Staatspräsidenten St.B. VA, Bd. III, 27. Sitzung vom 2. 9. 1946, S. 592; zur bayerischen Staatsangehörigkeit Vorentwurf BV, Art. 6 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); zum Grundgesetz Verh. d. Bay. Landtages, St.B., Sitzung vom 19./20. 5. 1949, S. 169ff.

[19] Hoegner zog aber nach einem Protest der SPD und Unstimmigkeiten im Bund über die Frage der stammesmäßigen Gliederung Bayerns, die er nicht (mehr) bejahte, seine Unterschrift zurück, vgl. Programm für den Föderalistenbund vom 26. 11. 1947 und Protestschreiben von SPD-Mitgliedern gegen Hoegner (IfZ, NL Hoegner, ED 120/220); W. Hoegner an den Parteivorstand vom 16. 9. 1947 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/216); Erich Ollenhauer an Hoegner vom 23. 9. 1947 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/227).

tenbund und einen Kleinstaat Bayern ab, weil dieser ein »Spielball der Großmächte« und wie im 17. und 18. Jahrhundert »vollkommen von Frankreich abhängig« sein würde. Außerdem sei eine eigene Wirtschaftspolitik Bayerns in der Zeit der Weltwirtschaft »Hinterwäldlerei«, und das industriell noch wenig entwickelte Bayern mit seinem Mangel an Rohstoffen auf die deutsche Wirtschaft angewiesen. Letztlich sei bei einem Separatismus Bayerns auch eine Abspaltung der bayerischen Protestanten zu erwarten. Separatistische Auffassungen, die er Hans Nawiasky zuschrieb, nannte er »Gefühlspolitik«.[20] Als Gründe für die Abkehr von seinen ehemals vertretenen zentralstaatlichen Vorstellungen nannte Hoegner die Ergebnisse der starken Zentralgewalt in der Weimarer Verfassung, die mitschuldig am Aufkommen des Nationalsozialismus gewesen sei, sodann den zentralistischen Einheitsstaat im Nationalsozialismus und schließlich seine Erfahrungen in der Schweiz.[21] Auch in anderen Punkten seines Verfassungsdenkens ist eine Prägung durch das Exil erkennbar.

Zwar entspricht das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung der Tradition deutschen Verfassungsdenkens, doch bezog sich Hoegners Wertschätzung desselben ausdrücklich auch auf das Schweizer Vorbild, wenn er betonte, daß »in der Schweiz und in den angelsächsischen Ländern die gemeindliche Selbstverwaltung die Basis der Demokratie sei« und »die Gemeinde ein Naturrecht auf Selbstverwaltung« hätte.[22]

In Notizen und Entwürfen während, aber auch nach der Rückkehr aus dem Exil sprach sich Hoegner wiederholt für plebiszitäre Elemente aus. Seine Forderung nach Volksbegehren und -entscheiden ist dem »Schweizer und Weimarer Vorbild«[23] nachempfunden. Die Weimarer Verfassung enthielt plebiszitäre Elemente: Ein Volksentscheid wurde durchgeführt, wenn dies ein Zehntel der Stimmberechtigten in einem Volksbegehren forderte und der Reichstag ablehnte. Daneben konnte ein Beschluß des Reichstags unter bestimmten Bedingungen außer Kraft gesetzt oder durch Volksbegehren ein Volksentscheid über Verfassungsänderungen eingeleitet werden, wofür jeweils die Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich war. Auch Reichspräsident und Reichsrat waren nach der Weimarer Verfassung berechtigt, einen Volksentscheid herbeizuführen. Hoegner verteidigte grund-

[20] W. Hoegner an Gero von Schultze-Gaevernitz vom 27.4.1945, Zitate S. 1f. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/4); vgl. ders., Föderalismus, Unitarismus oder Separatismus?, in: Süddeutsche Zeitung vom 13.11.1945, S. 1f.

[21] Vgl. W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 192, 221ff.; ders., Föderalismus (s. Anm. 20), S. 1f.

[22] W. Hoegner, 2. Sitzung des VVA am 15.3.1946, S. 4f. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); vgl. ders., »Gedanken« (s. Anm. 6), S. 21f., 27, 43; Vorentwurf BV, Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 79 Abs. 2, Art. 46 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128).

[23] W. Hoegner, Die Verhandlungen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses von 1946, in: Bayerische Verwaltungsblätter 9 (1963), S. 97–100, 99; dagegen leugnete Hoegner später die Anlehnung an die direkte Demokratie der Schweiz und verwies auf die Weimarer und Bayerische Verfassung von 1919, vgl. ders., Die Entstehung der Bayerischen Verfassung, in: Bayernspiegel 1 (1973), S. 4f.

sätzlich die plebiszitären Elemente in der Weimarer Verfassung. Seiner Meinung nach seien damals aber Reichspräsident und Parlamentarier gegen die direkte Demokratie eingestellt gewesen, weil sich der Reichstag als »Auslese des Volkes« angesehen habe.[24]

Hoegner begründete seine Forderung nach plebiszitären Elementen daher auch mit Schweizer Erfahrungen. Denn dort kann das Volk durch Referendum und Initiative im Sinne einer plebiszitären Demokratie direkten Einfluß auf Gesetz- und Verfassunggebung gewinnen.[25] Hoegners Entwürfe für die Bayerische und die Reichsverfassung enthielten die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid: Gesetzesinitiativen (auch Verfassungsänderungen) konnten vom Volke ausgehen und dadurch Gesetze von diesem beschlossen werden (mit Ausnahme des Haushaltsgesetzes): Gleich dem Artikel 73 Abs. 3 der Weimarer Verfassung sollte ein Volksentscheid stattfinden, wenn mindestens ein Zehntel der stimmberechtigten Bürger ein Volksbegehren nach einem Gesetz stellt – im Gegensatz zur Schweizer Verfassung, die keine *Gesetzes*initiative auf Bundesebene kennt (doch wird in der Praxis die *Verfassungs*initiative auch oft für Gesetze angewandt). Die Regelung in Hoegners Vorlage, daß jeder Gesetzentwurf zum Volksentscheid mit einer Begründung der Antragsteller und der Auffassung der Regierung ausgestattet sein müsse, basierte auf einem Verfassungsartikel des Kantons Zürich. Im Falle einer Nichtannahme durch den Landtag konnte dieser auch einen eigenen Gesetzentwurf dem Volksentscheid mitvorlegen. Der Volksentscheid sollte aber – entgegen der Weimarer, aber wohl an der Schweizer Verfassung orientiert – auf jeden Fall stattfinden. In Anlehnung an das Schweizer Vorbild fehlt bei Hoegners Entwurf für Bayern auch die Regelung der Weimarer Verfassung, bei Volksentscheiden die Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten zu verlangen. Dagegen findet sich nur

---

[24] W. Hoegner, »Gedanken« (s. Anm. 6), S. 36; vgl. ebd., S. 35 ff.; Art. 73–76 WRV; zu den plebiszitären Elementen in der Weimarer Verfassung kritisch Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, bes. S. 284 ff.; Ernst Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u. a. [5]1973, S. 113–151; Friedrich Karl Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur, Tübingen [2]1962, S. 147 ff.; dagegen positiv Otmar Jung, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik, Frankfurt/M., New York 1989, S. 9 ff., 147 ff.

[25] Über Gesetze und allgemeine Bundesbeschlüsse muß ein Volksentscheid stattfinden, wenn dies von 50 000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder acht Kantonen gefordert wird. In der Abstimmung genügt die einfache Mehrheit der Abstimmenden zur Annahme (Art. 89 Abs. 2 Schw.BV). Verfassungsänderungen müssen einem Volksentscheid unterzogen werden (Art. 123 Schw.BV); auch ein Initiativbegehren zur Verfassungsänderung und Totalrevision kann gestellt werden (Art. 118 ff. Schw.BV), doch gibt es im Bund kein Gesetzesinitiativrecht des Volkes. In den Kantonen gehen die Volksrechte durch die Wahl des Ständerates, die Bestellung von Behörden und obligatorische Referenden noch weiter; vgl. W. Linder, (s. Anm. 12), S. 235 ff.

im Reichsverfassungsentwurf Hoegners das obligatorische Gesetzesreferendum für nicht dringliche Gesetze wie in vielen Kantonen der Schweiz. Ferner machte Hoegner in den Verfassungsberatungen den Vorschlag, daß zwei Fünftel des Landtages einen Volksentscheid erwirken konnten, und wiederum nahm er hier auf Schweizer (Kantons-)Verfassungen Bezug. Hoegner forderte bei Verfassungsänderungen neben einer Zweidrittelmehrheit des Landtages auch die Zustimmung der Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung – in Abwandlung der Weimarer Verfassung. Letztlich konnte in seinem Entwurf der Landtag auf Antrag von einer Million bayerischer Bürger durch Volksentscheid abberufen werden.[26]

Hoegner plädierte ferner nach »schweizerische(m) und nordamerikanische(m)«[27] Muster für Abstimmungen innerhalb der Gemeinde. Dies muß überraschen, da es bereits im Bayern der Weimarer Republik Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene gab. Da die Existenz dieser plebiszitären Elemente allerdings auch in der zeitgenössischen Publizistik kaum thematisiert wurde, war Hoegner offensichtlich nicht darüber informiert. Ende der vierziger Jahre setzte sich Hoegner nochmals für die Durchsetzung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Gemeinden ein – damals allerdings ohne Erfolg.[28]

Als Argument für die Unterstützung plebiszitärer Elemente gab Hoegner an, daß in der Schweiz das Volk zu Sachentscheidungen erzogen und somit Demagogie verhindert werde. Denn die vom Volk beschlossenen Gesetze genössen größeres Ansehen, das Volk werde zu mehr Verantwortlichkeit erzogen und das öffentliche Leben »entgiftet«. Vor allem werde das Volk durch die Volksgesetzgebung »zum Schöpfer seines eigenen Rechts«. Die Macht der Parteien könne durch die unmittelbare Demokratie eingeschränkt und somit »parlamentarischer Kuhhandel und Parteigeist« eingedämmt werden. Auch die Einwände, das Volk könne aus Unwissenheit, Eigensinn oder Gleichgültigkeit falsche Entscheidungen treffen, ließ er nicht gelten. Solche Vorwände könnten dann auch gegen die Volksherrschaft insgesamt vorgebracht werden. Zudem zeige das Vorbild der USA und mancher Kantone der Schweiz, daß die Bürger vor der Abstimmung Informationen über die Vorlage erhalten könnten. Der Erfolg gebe der direkten Demokratie recht, schließlich sei sie noch nirgendwo wieder abgeschafft

[26] Vgl. Vorentwurf BV, Art. 14, 39–42 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); Reichsverfassungsentwurf, Art. 59, 61, 62, 64 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/19); Protokoll der 8. Sitzung des VVA vom 4.4.1946, S. 5 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. I, 8. Sitzung vom 30.7.1946, S. 180ff.; Art. 73, 75, 76 WRV; zur Schweiz W. Linder, (s. Anm. 12), S. 154f., 250; H.-W. Langen, (s. Anm. 2), S. 49, 52, 58ff.

[27] W. Hoegner, »Gedanken« (s. Anm. 6), S. 43; nicht jedoch im Vorentwurf für Bayern (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); Christian Engeli, Volksbegehren und Volksentscheid im Kommunalverfassungsrecht der Weimarer Zeit, in: AfS 25 (1985), S. 299–331; R. Schiffers, (s. Anm. 24), S. 198ff.

[28] Vgl. H. Nawiasky an Hoegner vom 24.1.1949 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/58).

worden. Zwar werde der Fortschritt durch Elemente der unmittelbaren Demokratie verlangsamt, doch stehe er dann nicht »auf tönernen Füßen«.[29]

In seiner Forderung nach plebiszitären Elementen scheint Hoegner aber eher schwankend gewesen zu sein, denn noch kurz vor seiner Rückkehr kritisierte er die Bestimmungen der unmittelbaren Demokratie in der Weimarer Verfassung.[30] Zudem befürwortete er zeitweise ein mehr »elitär und autoritär«[31] ausgerichtetes Demokratiekonzept, das der unmittelbaren Demokratie widersprach: Denn er glaubte, es reiche aus, wenn »die meisten über Ziele und Richtung eines Gemeinwesens entscheiden, die Führer auslesen und sie überwachen. Die Führung selbst aber soll Recht und Pflicht der Begabtesten sein.«[32]

Ferner hatte Hoegner in seinem Entwurf für Bayern keine zweite Kammer vorgesehen, doch machte er während der Verfassungsberatungen über diese Institution den Vorschlag, eine regionale Aufgliederung im Senat vorzunehmen. Diese Anregung stammt wohl aus dem Schweizer Exil, denn der Ständerat entspricht hier der Vertretung der Kantone. Zudem betonte er, wenn man ein Zweikammersystem einführe, solle man »entsprechend der Schweizer Verfassung die Volkskammer als Landtag bezeichnen, die zweite Kammer als Landesrat und ... beide ... als Landesversammlung«.[33]

Als sein »eigenstes Werk ..., auf das ich als Naturfreund Wert lege«[34], bezeichnete Hoegner seinen Entwurf über das Recht des Volkes auf den Genuß der Naturschönheiten und der Erholung in der Natur in der Verfassung. Staat und Gemeinden sollten verpflichtet werden, den Bürgern die Zugänge zu Seen, Bergen und anderen Naturschönheiten freizuhalten, auch durch Enteignung von Privateigentum. Auch hier berief sich Hoegner ausdrücklich auf das Vorbild des Schweizer Zivilgesetzbuches. Er hielt aber zu Recht fest, daß er bereits als Landtagsabgeordneter vor der Emigration eine Einschränkung des Privateigentums gerade auf diesem Gebiet des gemeinsamen Gebrauchs von Wald, Weiden und Wasser gefordert habe.

Hoegner brachte ferner den Vorschlag ein, Ausländer, die unter Nichtbeachtung der Grundrechte im Ausland verfolgt wurden und nach Bayern flüchteten, nicht auszuliefern oder auszuweisen. Auch hier berief er sich

---

[29] W. Hoegner, »Gedanken« (s. Anm. 6), Zitate S. 37ff.

[30] Vgl. Georg Ritter (Wilhelm Hoegner), Lehren der Weimarer Republik, in: Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur 25 (1945), S. 14–34, 26.

[31] P. Kritzer, Hoegner (s. Anm. 6), S. 153, vgl. ebd., S. 149f.

[32] W. Hoegner, »Gedanken« (s. Anm. 6), S. 21.

[33] W. Hoegner, Protokoll der 3. Sitzung des VVA vom 22.3.1946, S. 3 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); vgl. Vorentwurf BV (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); zur Schweiz Art. 80ff. Schw.BV.

[34] St.B. VA, Bd. I, 11. Sitzung vom 2.8.1946, S. 274, vgl. weiterhin 273ff.; Vorentwurf BV, Art. 97 Abs. 2: Der Genuß der Natur betraf vor allem das »Betreten von Wald und Weide, das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Beeren, Pilze und dergl.« (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); Reichsverfassungsentwurf, Art. 121 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/19); Verh.d.Bay. Landtages, St.B., Sitzung vom 30.4.1925, S. 735; W. Hoegner, Lehrbuch des Bayerischen Verfassungsrechts, München 1949, S. 170.

wieder ausdrücklich auf das Schweizer Vorbild, das zwar keinen entsprechenden Hinweis in der Verfassung enthielt, aber stets in der politischen Praxis Ausländern Zuflucht gewährte, falls diese nicht aufgrund eines auch in der Schweiz strafbaren Auslieferungsdeliktes verfolgt wurden. Sicherlich spielte auch Hoegners eigene Erfahrung als politischer Flüchtling eine Rolle bei dieser Initiative.[35] Ebenso war seine eigene Ausbürgerung während des Exils für den Verfassungsartikel im Vorentwurf Pate gestanden, daß die bayerische Staatsangehörigkeit einem geborenen Bayern nicht aberkannt werden könne. Diesen Artikel sah er als bedeutsam an, weil das »Übel ..., daß Millionen von Menschen zu Staatenlosen gemacht worden sind«[36] wie in der Zeit des Nationalsozialismus, verhindert werden müsse.

Weiterhin sah Hoegners Entwurf ein Mißtrauensvotum für den Fall vor, daß die Regierung nicht mehr das Vertrauen des Parlaments besaß; doch erklärte er sich in den Verfassungsberatungen auch mit einem Verzicht auf die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament einverstanden. Dabei hielt er später fest, dies sei aufgrund der Erfahrungen mit dem Schweizer Bundesrat geschehen.[37]

Letztlich sind auch Parallelen zwischen Hoegners Verfassungsvorstellungen im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich und der Programmatik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz feststellbar. Hoegner bezeichnete unter anderem die Interpretation des Staates als Mittel der Wohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit als Eckpunkt seines Verfassungsdenkens. Nach dem Lassalleschen Staatsverständnis sollte der Staat ein Instrument der gesellschaftlichen Wandlung darstellen und damit auch für Wirtschaftslenkung und soziale Fürsorge zuständig sein. Deshalb befürwortete Hoegner auch den Wiederaufbau der Wirtschaft auf planwirtschaftlicher Grundlage und die Sozialisierung wichtiger Produktionsmittel und Großbanken bzw. Versicherungen. Allerdings plädierte Hoegner nicht für eine zentralisierte, bürokratisierte Staatswirtschaft – das widersprach seinen föderalistischen Aufassungen –, sondern für eine dezentralisierte, genossenschaftlich geprägte Wirtschaftsordnung, die auch weitgehend wirtschaftliche Selbstverwaltung gewähren sollte. In Hoegners Entwurf findet sich die Beteiligung von Staat und Gemeinden an Erzeuger-, Verteiler- und Verbrauchergenossenschaften; Privateigentümer von Produktionsmitteln konnten sich zu Produktivgenossenschaften zusammenschließen. Die Wirtschaftseinheiten sollten in Selbstverwaltungskörpern, sogenannten Bedarfsdeckungs-

[35] Vgl. St.B. VA, Bd. II, 16. Sitzung vom 12.8.1946, S. 365f. Auf die aktuelle Diskussion um die tatsächliche Asylpraxis in der Schweiz in der Zeit des Dritten Reiches kann leider nicht näher eingegangen werden.

[36] W. Hoegner, St.B.VA, Bd. II, 21. Sitzung vom 23.8.1946, S. 471; vgl. Vorentwurf BV, Art. 6 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); Protokoll der 3. Sitzung des VVA vom 22.3.1946, S. 8 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129).

[37] Vgl. Vorentwurf BV, Art. 33 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); Protokoll der 7. Sitzung des VVA vom 3.4.1946, S. 1ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); W. Hoegner, Professor Nawiasky (s. Anm. 3), S. 3; zum Schweizer Bundesrat Art. 95ff. Schw.BV.

gebieten, zusammengefaßt werden. Hoegner plante eine Förderung des Genossenschaftswesens, um ein gemeinwirtschaftliches Mit- und nicht Gegeneinander zu schaffen. Weiterhin sollte damit die Zurückdrängung der Staatsbürokratie und Gleichberechtigung sowie Dezentralisation erreicht werden.[38] Obwohl er sich – wie oben dargestellt – bereits in den zwanziger Jahren für eine genossenschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft eingesetzt hatte, bezog er sich jetzt auch auf das Programm der Schweizer Sozialdemokratie von 1942, denn dort wurde neben der Sozialisierung von Banken und Versicherungen ebenfalls der genossenschaftliche Aufbau der Wirtschaft durch die Bildung von Selbstverwaltungskörperschaften gefordert.[39]

II. Hans Nawiasky

Ein zweiter Remigrant, der 1933 in die Schweiz geflüchtet war, ist der Staatsrechtslehrer Hans Nawiasky. 1880 in Graz geboren und somit österreichischer Staatsbürger, war Nawiasky ab 1919 Professor für Staatsrecht an der Universität München. Politisch stand der dem jüdischen Glauben angehörende Nawiasky der Bayerischen Volkspartei (BVP) nahe. Schon an der bayerischen Verfassunggebung im Jahre 1919 war er beteiligt; daneben wirkte er von 1928 bis 1930 als Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz zur Vorbereitung einer Reichsreform. Nawiasky emigrierte 1933 nach seiner Entlassung aus dem bayerischen Staatsdienst in die Schweiz und erwarb auch deren Staatsangehörigkeit. Als Professor an der Handelshochschule Sankt Gallen diskutierte er in den letzten Kriegsjahren mit Hoegner über die Zukunft Deutschlands und Bayerns und konzipierte mit diesem verschiedene Gesetzentwürfe für einen politischen Neuanfang in Bayern. Nach 1945 wirkte er wieder als Rechtsprofessor an der Universität München und nahm als Experte Einfluß auf die bayerische Verfassunggebung und die Grundgesetzberatungen auf dem Konvent in Herrenchiemsee.

---

[38] Vgl. W. Hoegner, »Gedanken« (s. Anm. 6), S. 58f., 62f.; Reichsverfassungsentwurf, Art. 128ff.; Vorentwurf BV, Art. 105–108, 110 Abs. 2, 118, 120 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); W. Hoegner, »Staatssozialismus oder genossenschaftlicher Sozialismus?« (IfZ, NL Hoegner, ED 120/281); Rudolf Bertschi (Hoegner), Rechtsverfall und Rechtserneuerung, in: Rote Revue 19 (1940), Nr. 7, S. 268–279, 274ff.; Hildegard Kronawitter, Wirtschaftskonzeptionen und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern 1945–1949, München u. a. 1988, S. 7f., 60.

[39] Vgl. Hoegner, Staatssozialismus (s. Anm. 38), S. 2f. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/281); auch G. A. Ritter (s. Anm. 2), S. 342, 355; zum Programm »Neue Schweiz« der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Erich Gruner, Die Parteien in der Schweiz, Bern ²1969, S. 143f.; Viktor Abt, Die sozialdemokratischen Parteiprogramme 1870–1982, in: Karl Lang u. a. (Hrsg.), Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Zürich 1988, S. 79–89.

Natürlich müssen die Verfassungsvorstellungen von Hans Nawiasky aufgrund seiner beruflichen Stellung anders eingeordnet werden als die des Juristen Hoegner. Denn dieser war in erster Linie Politiker, und das prägte wohl auch seine verfassungsrechtlichen Vorschläge. Dagegen war Nawiasky nur als Berater an der Verfassunggebung beteiligt, so daß parteipolitische oder auch persönliche Ambitionen bei ihm weitgehend ausgeschlossen werden können. Gerade deshalb ist es interessant, seine verfassungsrechtlichen Ideen zu untersuchen, die ebenfalls von den Erfahrungen des Exils in der Schweiz geprägt waren.[40]

Vor 1933 hatte Nawiasky als Professor für Staatsrecht und Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz einige Beiträge zu staatsrechtlichen Fragen verfaßt, vor allem zur Reichsverfassung von 1919/20. In dieser Zeit forderte er einen »gesunden Föderalismus«[41], der die Reichseinheit unterstütze, die Autonomie des einzelnen stärke und die Entfaltung des Ganzen sichere. Wünsche nach einer Sonderstellung von Reichsgliedern lehnte er als einen die Reichseinheit bedrohenden Partikularismus ab. Bezüglich der Mittelverteilung zwischen Bund und Ländern plädierte er für ein ausreichendes Maß an eigenen Einnahmequellen für Länder und Gemeinden. Insgesamt aber sei ein Bundesstaat ein Kompromiß zwischen Einheitsstaat und Staatenbund, und deshalb müßten Zentralgewalt und die Gliedstaatsgewalten im Interesse des Ganzen Opfer bringen. Zu anderen verfassungsrechtlichen Fragen äußerte sich Nawiasky meist nur im wissenschaftlich-interpretatorischen Sinne, allerdings wird erkennbar, daß er die Weimarer Reichsverfassung aufgrund ihres Kompromißcharakters nicht sehr schätzte. Direktdemokratische Elemente unterstützte er damals nicht ohne Vorbehalte und begrüßte ein Überwiegen der repräsentativen Bestimmungen in der Weimarer Verfassung gegenüber den direktdemokratischen, da er dem deutschen Volk aufgrund seines Mangels an politischer Erfahrung nicht die Reife zubilligte, seine politischen Geschicke im wesentlichen selbst zu bestimmen. Ein Jahr nach seiner Flucht aus Deutschland findet sich die Äußerung Nawiaskys, in Flächenstaaten sei aufgrund der Bevölkerungszahl ein Kompromiß zwischen unmittelbarer und mittelbarer Demokratie nötig. Referenden sollten bei wichtigen Fragen wie größeren Ausgabeposten stattfinden.

---

[40] Vgl. BHB, Bd. 2, S. 847f.; H. Zacher, (s. Anm. 3), S. 478ff.; vgl. handschriftliche Aufzeichnungen Nawiaskys »Münchener Universitätskrawalle 1931« (IÖR, TNL Nawiasky 20); zu Nawiaskys Mitarbeit an den Entwürfen im Exil W. Hoegner, Professor Nawiasky, S. 1; Mitteilung Hoegners vom 20.8.1976 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/20): »Professor Nawiasky kam regelmäßig mit dem Zug nach Zürich und nahm die Gesetzentwürfe nach St. Gallen mit. Beim folgenden Treffen erhielt ich jeweils seine Änderungsanträge zu den Entwürfen«.

[41] H. Nawiasky, Weg und Ziele einer föderalistischen Ausgestaltung der Reichsverfassung, in: DJZ 28 (1923), Sp. 706–710, 710, vgl. weiterhin ebd., S. 706ff.; ders., Staatstypen der Gegenwart, St.Gallen 1934, S. 47f.

In der Emigration verstärkten sich Nawiaskys föderalistische Präferenzen. Hoegner berichtete, in den Diskussionen mit ihm in den letzten Jahren des Schweizer Exils sei es zu Meinungsverschiedenheiten aufgrund Nawiaskys extrem föderalistischer, nach Meinung Hoegners separatistischer Verfassungspläne gekommen. Nawiasky seien Hoegners Vorschläge nicht weit genug gegangen, so daß er einen »losen Staatenbund« mit »eigene(r) bayerische(r) Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik« und »wahrscheinlich die Einführung der Monarchie«[42] gefordert habe. Nach Kriegsende trat Nawiasky jedenfalls entschieden für einen föderalistischen Wiederaufbau des deutschen Staates ein und brachte dies mit der Ausarbeitung eines Föderalistischen Manifests zu Beginn des Jahres 1947 zum Ausdruck. Seiner Meinung nach sei der Nationalsozialismus nicht die einzige Ursache für den Zusammenbruch Deutschlands, sondern auch der seit dem Großen Kurfürsten in Preußen und dann in Deutschland vorherrschende Gedanke des Machtstaates und der Zentralisation. Diese Prinzipien hätten seitdem die Deutschen von der Entwicklung seiner geistigen und kulturellen Kräfte abgelenkt und so in eine Richtung geführt, die unausweichlich in einen verhängnisvollen Zusammenprall mit der übrigen Kulturwelt münden mußte. Grundprinzipien des Aufbaus sollten deshalb die Absage an den Machtstaat, an die Zentralisation und den preußischen Geist und dafür die Förderung des Kultur- und Rechtsstaatsgedankens, der Demokratie, des Föderalismus und der Selbstverwaltung sein. Durch Föderalismus und Selbstverwaltung sollte die Möglichkeit einer freieren Meinungsbildung und die Freisetzung der schöpferischen und sittlichen Kräfte der Volksgruppen geschaffen werden. Deshalb forderte er eine künftige Reichsregierung aus Repräsentanten der deutschen Länder. Dabei nahm er direkt Bezug auf sein Exilland, als er eine kollegiale Staatsspitze (wie im Bundesrat der Schweiz) aus etwa drei bis fünf Personen forderte, die aus der Versammlung der Ministerpräsidenten für mehrere Jahre gewählt werden sollte. Das Reichsparlament sollte gleichfalls aus Delegierten der Volksvertretungen der Länder bestehen. Die nur wenigen zentral zu verwaltenden Angelegenheiten wie Auswärtiges, Verkehr und Post seien, so Nawiasky, von sachkundigen Personen ohne politisches Amt auf Weisung der Staatsspitze auszuführen. Die Vorteile dieses stark föderalistisch gegliederten Bundesstaates lagen für ihn im geringen Organisationsaufwand, in der Kontinuität der Führung und im Ausgleich durch eine kollegiale Reichsspitze. Dabei galt sein besonderes Augenmerk der bayerischen Eigenständigkeit, die er aber nur verwirklicht sah, wenn auch die staatsrechtliche Ordnung Deutschlands den geeigneten Rahmen schaffen würde.[43] Die Meinung Nawiaskys ist dabei durchaus als »Außen-

[42] W. Hoegner an Gero von Schultze-Gaevernitz vom 27.4.1945, S. 2 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/4); vgl. Mitteilung Hoegners (IfZ, NL Hoegner, ED 120/7).

[43] Vgl. H. Nawiasky, Föderalistisches Manifest, S. 2ff. und erläuternde Bemerkungen zum Föderalistischen Manifest (IÖR, TNL Nawiasky 21); H. Nawiasky an Thomas Mann vom 17.6.1947 (IÖR, TNL Nawiasky 21); St.B. VA, Bd. III, 30. Sitzung vom 5.9.1946, S. 670;

seiterposition«[44] eines extremen Föderalisten zu werten, die sich durch die Erfahrung mit dem Schweizer System herausgebildet hatte.

Wohl auch aus föderalistisch-eigenstaatlichen Motiven heraus, die schon bei der BVP nach 1919 im Wunsch nach einem eigenen, die bayerische Eigenstaatlichkeit verkörpernden Staatspräsidenten erkennbar waren, trat Nawiasky nun ebenfalls für die Schaffung eines bayerischen Staatspräsidentenamtes ein, das jedoch ebenso für Stabilität im Staatsgefüge sorgen sollte. Dabei sollte der entweder gewählte oder vom Präsidenten des Landtages oder Staatsgerichtshofes ernannte Staatspräsident aber nur wie der britische Monarch im Hintergrund agieren, weshalb Nawiasky unbedingt eine Pflicht zur Gegenzeichnung durch Ministerpräsident und Minister vorschlug. Kompetenzen des Staatspräsidenten sollten parallel zu jenen des englischen Königs – bei einer Bestätigung durch den Landtag – die Ernennung des Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag der Minister sein. Im Falle eines erfolgreichen Mißtrauensvotums gegen die Regierung könne er bis zur Wahl der nächsten Regierung für Autorität und politische Führung sorgen, um eine handlungsunfähige Staatsspitze wie 1938/39 in Frankreich und 1931/33 in Bayern zu verhindern. Und falls kein Mißtrauensvotum nach der Verfassung möglich sei, aber keine Regierungsbildung mehr zustande käme, könnte der Präsident das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Stabilität sollte zudem durch eine längere Amtsdauer des Staatspräsidenten über mehrere Legislaturperioden hinweg sowie durch das Verbot einer Absetzung (mit Ausnahme einer Anklage durch den Staatsgerichtshof) erreicht werden.[45]

Darüber hinaus setzte sich Nawiasky für eine feste Amtsdauer der Regierung und damit die Verhinderung der Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Parlaments ein. Die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums des Parlaments gegen die Regierung, die unter anderem zum Ende der Weimarer Demokratie geführt hatte, wurde damit ausgeschaltet. Nawiasky glaubte, mit einer festen Amtsdauer der Regierung »bei den jetzigen Verhältnissen« Stabilität schaffen und »Störungen des ganzen Apparates wegen Kleinigkeiten«[46] verhindern zu können. Dieser Vorschlag stammte wiederum aus seiner Erfahrung mit dem politischen System seines Exillandes. Denn nach

---

ders., Probleme einer deutschen Gesamtstaatsverfassung, in: Frankfurter Hefte 3 (1948), S. 216–227, 219ff.; Barbara Fait, Das Föderalistische Manifest von Hans Nawiasky. Eine Dokumentation, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 224–233.

[44] B. Fait, Das Föderalistische Manifest (s. Anm. 43), S. 228.

[45] Vgl. H. Nawiasky, St.B. VA, Bd. III, 27. Sitzung vom 2.9.1946, S. 593ff.; Protokolle der 6. und 8. Sitzung des VVA vom 1.4. und 4.4.1946, S. 6 bzw. 1 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); ders., Die Verfassungsvorlage, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.9.1946, S. 5; zur BVP B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 296.

[46] H. Nawiasky, Protokoll der 7. Sitzung des VVA vom 3.4.1946, S. 3, vgl. ebd., S. 1ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); in der Weimarer Verfassung bedurfte nach Art. 54 die Regierung des Vertrauens des Reichstages, so daß sie oder ein Mitglied der Regierung bei einem Mißtrauensvotum des Parlaments zurücktreten mußte, ohne daß direkt eine neue Regierung gewählt werden mußte. Diese Regelung erwies sich als enorme Belastung für die Wei-

Art. 96 der Schweizer Bundesverfassung wird die Schweizer Regierung, der Bundesrat, für eine feste Amtsdauer von vier bzw. früher fünf Jahren gewählt und ist dann von der Bundesversammlung unabhängig (ebenso wie in den Kantonen). Auch Hoegner stimmte dieser Initiative zu und resümierte später: »Offensichtlich war für uns beide das Vorbild des Schweizer Bundesrats maßgebend«.[47]

Nawiasky ließ sich noch in anderen Fragen von seiner Erfahrung mit dem politischen System der Schweiz, seinem Gast- und inzwischen auch Heimatland, leiten. Das betraf etwa die Selbstverwaltung der Gemeinden. In seinen Ausführungen über das System der direkten Demokratie der Schweiz betonte er, daß sich die Urteilskraft der Bürger nur durch die Übung in den Gemeinden entwickle; durch die »außerordentliche Vielgestaltigkeit des Gemeindewesens«[48] werde sie dort auf herausragende Weise geschult.

Weiterhin sprach sich Nawiasky wie Hoegner für die Einführung von plebiszitären Elementen in der Verfassung aus – womit er als Staatsrechtslehrer eine Minderheitenposition in seiner Zunft vertrat. Zwar hatte Nawiasky bereits in Schriften vor seiner Emigration Elemente der direkten Demokratie befürwortet, doch steigerte sich diese Haltung noch im Exil. Er nahm so auch nach 1945 direkt auf die Schweiz Bezug, deren System der unmittelbaren Demokratie sich bewährt habe, und hob die plebiszitäre Demokratie nicht aufgrund der äußeren Form einer Mitbestimmung jedes einzelnen heraus, sondern wegen der Verantwortlichkeit jedes Bürgers für die einzelnen politischen Entscheidungen, der damit die Folgen auch selbst zu tragen hätte. Somit könne der Aufbau der Demokratie von unten nach oben sichergestellt werden. Dabei spiele die Erfahrung der Bürger eine große Rolle, die sie deshalb zunächst in der Gemeinde gewinnen müßten. Durch die ›Einteilung‹ der Demokratie in kleinere Einheiten von Gemeinden und Kantonen sah Nawiasky zudem »sichernde Ventile ..., welche die gesunden Kräfte der Demokratie sich auswirken lassen und daher den Grundcharakter des Landes vor bösartigen Mißbildungen und Auswüchsen bewahren«.[49]

---

marer Demokratie, da bald keine arbeitsfähige Regierung mehr gebildet werden konnte; vgl. E. Fraenkel, (s. Anm. 24), S. 144ff.

[47] W. Hoegner, Professor Nawiasky (s. Anm. 3), S. 3; H. Nawiasky, Die Demokratie in der Schweiz (s. Anm. 12), S. 16f., 19.

[48] H. Nawiasky, Die Demokratie in der Schweiz (s. Anm. 12), S. 8, vgl. ebd., S. 7ff.; ders., Staatstypen (s. Anm. 41), S. 81, 84; St.B. VA, Bd. I, 6. Sitzung vom 26.7.1946, S. 135ff.; Bd. II, 18. Sitzung vom 20.8.1946, S. 394.

[49] H. Nawiasky, Die Demokratie in der Schweiz (s. Anm. 12), S. 24, vgl. ebd., S. 5ff., 31f., 36ff.; ders., Von der unmittelbaren Demokratie. Die Bereitschaft der Schweiz – die Zurückhaltung in Deutschland, in: Festgabe zum 60. Geburtstag von Zaccaria Giacometti (26.9.1953), Zürich 1953, S. 195–202, 195, 197f., 201; ders., Thesen zum Referat über »Unmittelbare Demokratie in der Gemeinde« vom 29./30.9.1951 (IÖR, TNL Nawiasky 48), veröffentlicht in: Theodor Steltzer (Hrsg.), Bürgerverantwortung in der Gemeinde, Frankfurt/M. 1952, S. 33–52; H. Nawiasky an Hoegner vom 24.1.1949 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/58); zur Staatsrechtslehre F. Fromme, (s. Anm. 24), S. 147ff.; zur direkten Demokratie

Deshalb sei die Demokratie mit Föderalismus und Autonomie eng verbunden.

Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung in der Staatsrechtslehre und wie Hoegner sprach sich Nawiasky bei den Verfassungsberatungen in Anlehnung an die Schweizer Regelung dafür aus, auch Volksbegehren, die die Zustimmung des Landtages fanden, noch einem Volksentscheid zu unterziehen. Denn dann könne das Volk das Begehren noch ablehnen und somit verhindern, daß die Mehrheit des Volkes durch eine Minderheit und den Landtag überstimmt werde. In seinen Äußerungen zum Volksentscheid ging er explizit auf seine Erfahrungen in der Schweiz ein; er verwies auf die dortige Praxis, jeweils nur eine Forderung zuzulassen und es dem Bundesrat freizustellen, wann er rechtsgültige Volksbegehren als Volksentscheide ansetzte. Für die Notwendigkeit eines Referendums bei Verfassungsänderungen plädierte Nawiasky ebenfalls, doch lehnte er es ab, daß Anträge zu Verfassungsänderungen durch Volksbegehren eingebracht werden könnten, um »Mißbräuche« zu verhindern, da die »Volksstimmung ... Schwankungen (unterliege)«.[50] Ein obligatorisches Gesetzesreferendum, wie es in einigen Schweizer Landsgemeinden-Kantonen besteht, fand aber noch 1946 nicht Nawiaskys Zustimmung, da es nur bei einer sehr kleinen Zahl von Stimmberechtigten möglich sei. Unpopuläre Gesetze über Steuern usw. könnten sonst überhaupt nicht realisiert werden. In den fünfziger Jahren äußerte er sich allerdings weniger ablehnend hierzu.[51]

Nawiasky trat zudem noch gegen eine Verringerung der Abgeordnetenzahl ein. Wiederum führte er als (negatives) Beispiel die Schweiz an, deren Einschränkung der Abgeordnetenzahl nicht günstig gewesen sei, denn je mehr Menschen sich mit den Regierungsgeschäften befaßten, desto besser sei die politische Erziehung. Ferner forderte er ähnlich wie in der Schweizer Verfassung ein Verbot für Regierungsmitglieder, noch ein anderes Amt oder Gewerbe auszuüben. Auch sein Vorschlag, Richter nicht auf Lebenszeit zu ernennen, stammt aus der Schweiz. Letztlich brachte der Staatsrechtslehrer unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Schweizer Verfassung den Antrag ein, daß die Gemeinden zur Durchführung einer »bürgerlichen schicklichen Beerdigung«[52] verpflichtet sein sollten.

---

in der Schweiz W. Linder, (s. Anm. 12), S. 235ff., und entsprechende Hinweise im Abschnitt über Hoegners Unterstützung der plebiszitären Demokratie.

[50] H. Nawiasky, Protokoll der 8. Sitzung des VVA vom 4.4.1946, S. 5, vgl. ebd., S. 3ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); ders., Claus Leusser, Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946. Systematischer Überblick und Handkommentar, München, Berlin 1948, S. 152ff.

[51] Vgl. St.B. VA, Bd. I, 8. Sitzung vom 30.7.1946, S. 174f.; H. Nawiasky, Thesen zu einem Referat über »Unmittelbare Demokratie in der Gemeinde« vom 29./30.9.1951 (IÖR, TNL Nawiasky 48).

[52] H. Nawiasky, St.B. VA, Bd. II, 16. Sitzung vom 12.8.1946, S. 374; vgl. Art. 53 Abs. 2 Schw.BV; H. Nawiasky, C. Leusser, (s. Anm. 50), S. 69; Protokolle der 5. und 7. Sitzung des VVA vom 28.3. und 3.4.1946, S. 3 bzw. 13 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. I, 3. Sitzung vom 19.7.1946, S. 59.

Ob Nawiasky in seinem Engagement für eine zweite Kammer im politischen System Bayerns auch von Erfahrungen mit dem Ständerat der Schweiz beeinflußt wurde, kann nicht nachgewiesen werden; Quellenbelege hierfür finden sich nicht. Er plädierte für eine zweite Kammer, in der Vertreter von verschiedenen sozialen, kulturellen und kommunalen Körperschaften des Landes wie Genossenschaften, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften usw. vertreten sein sollten, so daß »das Volk in anderer Art zu Wort kommt« und eine regionale Repräsentation ausgeschlossen sei. Ebenso wandte er sich gegen die Wahl der Senatsmitglieder durch das Volk, um dort die Austragung politischer Differenzen zu verhindern. Auch eine ständische Gliederung lehnte er ab, weil dann wie in Österreich »Kuhhandel und unwürdige Kompromisse«[53] die Folge wären.

III. Alfred Loritz

Alfred Loritz, 1902 in München geboren, trat 1928 als Jurist der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) bei, die der Weimarer Demokratie ablehnend gegenüberstand, aber 1932 von ihr ausgeschlossen. Nach eigenen Angaben geschah dies freiwillig aufgrund der Annäherung der Partei an die Harzburger Front, doch war wohl sein »querulatorisches Verhalten und autokratischer Führungsstil«[54] der wirkliche Grund. Er unterstützte verschiedene Widerstandsgruppen und emigrierte im August 1939 in die Schweiz. Trotz seiner Kontakte zum Widerstand war weniger der weltanschauliche Gegensatz Grund seiner Opposition zum Nationalsozialismus, sondern eher eine persönliche Abneigung gegen Hitler, verbunden mit einer gewissen Exzentrik und einem starken Geltungsbedürfnis. Nach seiner Rückkehr 1945 wirkte er als Präsident der »Interessengemeinschaft aller vom Nationalsozialismus politisch Verfolgten« und gründete – wohl mit alliierter Protektion – die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV), eine Partei, die nur in Bayern antrat und deren Führung er in autoritärer Weise übernahm. Die WAV berief sich als einzige der Parteien nicht auf programmatische Traditionen aus der Weimarer Zeit, sondern verstand sich vielmehr als Alternative zu den alten politischen Parteien. Die Mitglieder-

[53] H. Nawiasky, Protokoll der 6. Sitzung des VVA vom 1.4.1946, S. 2, vgl. ebd., S. 1 ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129).

[54] Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Stuttgart 1982, S. 23; vgl. ebd., S. 22 f.; Sören Winge, Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1953. Entwicklung und Politik einer »undoktrinären« Partei in der Bundesrepublik in der ersten Nachkriegszeit, Stockholm 1976, S. 19 ff.; Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt/M. 1972, S. 441 ff.; zur Wirtschaftspartei Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972.

und Funktionärsstruktur war äußerst heterogen zusammengesetzt. In ihrer sehr vagen Programmatik richtete sich die Partei an den Mittelstand, die Bauern und Arbeiter, zunehmend aber auch an die Heimatvertriebenen und ehemaligen kleinen ›Parteigenossen‹ der NSDAP, die die Propaganda der WAV gegen die Entnazifizierung guthießen. Insgesamt war die programmatische Ausrichtung der Partei stark von ihrem Gründer Loritz geprägt. Er leitete auch die WAV-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung, war Mitglied des Verfassungsausschusses und meldete sich dort äußerst rege zu Wort.[55]

Auch bei Alfred Loritz sind deutliche Prägungen durch seine Erfahrung mit dem politischen System der Schweiz, seinem Gastland, sichtbar. Er sah die Schuld am Scheitern der Weimarer Republik bei den Parteien, die losgelöst vom Volk regiert und durch ihre Fehler in volkswirtschaftlichen Fragen die Entstehung des Nationalsozialismus erst ermöglicht hätten. Deshalb trat Loritz nun mit seiner Partei für eine plebiszitäre Demokratie und eine Abkehr vom Parteienstaat ein. Durch Volksabstimmungen über jedes wichtige Gesetz wie in der Schweiz könne jeder Abgeordnete immer unter der Kontrolle des Volkes stehen. Zudem zeige das Beispiel der Schweiz, daß das System der direkten Demokratie nicht zu kostspielig oder umständlich sei. Im Verfassungsausschuß forderte er Volksabstimmungen bei Fragen über Steuerlasten, über die Festsetzung des Haushaltsplanes, die Einschränkungen einiger Freiheitsrechte, die Gewährung von Staatskrediten usw., um eine »wahre Demokratie«[56] durchzusetzen.

In anderen Fragen ging Loritz ebenfalls auf das Beispiel der Schweizerischen Verfassung ein. Zu beachten ist besonders sein Vorschlag, sich in der Präambel ebenso auf Gott zu berufen wie in der Einleitung der Schweizer Bundesverfassung. Dies gab er – neben seiner Kritik an den nicht ausreichenden direktdemokratischen Elementen – als Grund für die Ablehnung der Bayerischen Verfassung an.[57] Ebenso stimmte er gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, doch mit der Erklärung, Grund seien nicht separatistische Neigungen, sondern der Protest gegen die Nichtauf-

---

[55] Vgl. H. Woller, (s. Anm. 54), S. 23 ff., 30 ff., 65 f.; Arnold Bauer, Die WAV, der gescheiterte Versuch einer mittelständischen Massenpartei, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Mit Beiträgen von Max Gustav Lange u.a., Stuttgart, Düsseldorf 1955, S. 483–492, 484, 490; Erich Helmensdorfer, Er war ein Don Quichotte. Aufstieg und Fall des Alfred Loritz, in: Die Zeit vom 10.12.1965, S. 15; das Programm der WAV vom Dezember 1945 ist abgedruckt im Bayerischen Jahrbuch 54 (1949), S. 191–193; zu Loritz' ausführlichen Wortmeldungen z.B. St.B. VA, Bd. I, 8. Sitzung vom 30.7.1946, S. 171 ff.

[56] Rundfunkansprache A. Loritz', S. 3, vgl. auch S. 2 f. (Manuskript im IfZ, NL Hoegner, ED 120/329); Programm der WAV (s. Anm. 55), S. 191, 193; Flugblatt der WAV von Loritz (IfZ, NL Hoegner, ED 120/329); St.B. VA, Bd. I, 2. Sitzung vom 18.7.1946, S. 50; Bd. II, 19. Sitzung vom 21.8.1946, S. 416 f.; Bd. III, 29. Sitzung vom 4.9.1946, S. 654; St.B. VL, 8. Sitzung vom 20.9.1946, S. 184 f., 198, 10. Sitzung vom 26.10.1946, S. 238.

[57] Vgl. St.B.VA, Bd. III, 29. Sitzung vom 4.9.1946, S. 649; St.B. VL, 8. Sitzung vom 20.9.1946, S. 197.

nahme seines Vorschlages eines Gesetzesreferendums in die Verfassung. Ob seine föderalistischen Vorstellungen von der Emigration beeinflußt wurden, kann nicht explizit nachgewiesen werden.[58] Insgesamt erkennt man somit bei Loritz – wenn auch aufgrund seiner Exzentrik in einer anderen Qualität als bei Hoegner und Nawiasky – eine Orientierung an den Schweizer Verfassungsverhältnissen, die sehr plausibel auf die Erfahrungen während seines Exils zurückzuführen ist.

IV. Der Einfluß der Schweizer Exilerfahrungen auf die Verfassunggebung

Hoegner erhielt Anfang 1946 von der amerikanischen Militärregierung für Bayern (OMGB) den Auftrag, die Vorbereitungen für eine neue Bayerische Verfassung durch die Ausschreibung von Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung und durch die Bildung einer Expertenkommission zu treffen, die unter anderem Material für die Landesversammlung sammeln sollte.[59] Da noch keine deutsche Verfassung existierte, mußte im Gegensatz zu 1919 eine vollständige Staatsverfassung entwickelt werden.[60] Im Vorbereitenden Verfassungsausschuß arbeitete neben Hoegner – der den Vorsitz einnahm und durch seine Vorarbeit in der Schweiz auch großen Einfluß besaß – auch Hans Nawiasky als Sachverständiger an mehreren Sitzungen mit. Dieser gab in einigen Fragen wie der zweiten Kammer und des bayerischen Staatspräsidenten wichtige Anregungen. Der Ausschuß beschränkte sich im wesentlichen auf die Diskussion des Entwurfes von Hoegner und orientierte sich ohne größere Meinungsverschiedenheiten an diesem. Die entscheidende Arbeit an der Verfassung begann nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung im Juni 1946, in der die CSU die absolute Mehrheit gewann, die SPD nur etwa 30 % erhielt und die KPD wie die WAV knapp über fünf Prozent erreichte. Die eigentliche Verfassungsarbeit fand innerhalb des Verfassungsausschusses statt, der nach dem Proporz der Landesversammlung gebildet wurde und dessen Ergebnisse bis auf die Frage des Staatspräsidenten die Landesversammlung akzeptierte. Als Führungsperson seiner Partei trat weiterhin Wilhelm Hoegner auf. Hans Nawiasky nahm wieder als Berater an den Sitzungen des Ausschusses teil, obwohl er kein Mandat besaß; auch Loritz war Mitglied des Ausschusses. Nach der Annahme der Verfassung in der Landesversammlung (gegen die Stimmen von FDP, KPD Teilen der WAV) und der Genehmigung durch die amerikanische Militärregierung bzw. die Regierung in Washington fand am

[58] Vgl. Verh. d. Bay. Landtages, St.B., Sitzung vom 19./20. 5. 1949, S. 146ff.
[59] Vgl. Militärregierung in Bayern an Hoegner vom 8. 2. 1946 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/130).
[60] Vgl. W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 242.

1. Dezember 1946 ein Volksentscheid über die Verfassung statt, die mehr als 70 % Zustimmung erhielt.[61]

Einige offensichtlich aus Exilerfahrungen in der Schweiz stammende Verfassungsvorschläge der Remigranten gingen direkt in die Bayerische Verfassung ein. Dazu gehören insbesondere die plebiszitären Elemente, die Hoegner und Nawiasky weitestgehend durchsetzen konnten: Das Volksbegehren für Gesetze wurde in die Verfassung aufgenommen. Die Möglichkeit von Verfassungsänderungen durch ein Volksbegehren (Verfassungsinitiative) aus Hoegners Entwurf stieß zunächst auf Kritik – etwa bei Nawiasky, der Mißbrauch mit dem Artikel befürchtete –, ging letztlich aber doch in die Verfassung ein. Nawiasky setzte durch, bei Volksentscheiden zu Verfassungsänderungen nur die einfache Mehrheit der Bürger, nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten (neben der Zweidrittelmehrheit im Landtag) festzuschreiben – dies mit Blick auf das negative Beispiel in einigen amerikanischen Staaten, in denen Verfassungsänderungen trotz allgemeiner Zustimmung nicht durchsetzbar waren. Abgewiesen wurde Hoegners Idee, daß zwei Fünftel des Landtages die Durchsetzung eines Volksentscheids erwirken konnten, da das Volk ein Begehren zu einem Gesetz stellen könne und diese Kontrolle der Gesetzgebung ausreichend sei. Zwar wurde keine Aussage über die Notwendigkeit der Mehrheit der Abstimmenden oder der Stimmberechtigten bei einem Volksentscheid gemacht, doch erklärte das bayerische Verfassungsgericht den Abschnitt des Landeswahlgesetzes über eine Mindestbeteiligung für ungültig. In einem Durchführungsgesetz wurde festgelegt, daß Volksentscheide nur bei einer Ablehnung des Begehrens durch den Landtag stattfinden sollten; dies fand nicht die Zustimmung Nawiaskys, der hier die unmittelbare Verantwortung der Bürger für die Entscheidung forderte. Alfred Loritz hatte mit seinen Vorschlägen für ein obligatorisches Gesetzesreferendum keinen Erfolg. Letztlich passierte Hoegners Vorschlag, daß der Landtag auf Antrag von einer Million wahlberechtigter bayerischer Bürger durch Volksentscheid abberufen werden konnte, die Beratungen.[62]

---

[61] Vgl. zu Hoegners Führungsrolle B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 205, 565; P. Kritzer, Verfassungspolitik (s. Anm. 2), S. 232ff.; zu Nawiaskys Einfluß Mitteilung Hoegners vom 20.8.1976 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/20); zu Vorbereitendem Ausschuß, Landesversammlung und Volksentscheid Protokolle der 1. bis 15. Sitzung des VVA vom 8.3. bis 24.6.1946 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); Bericht des VVA an die VL, S. 2 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 119ff., 197ff.; 546ff.; Ergebnis der Wahlen in Bayern, in: Bayerischer Staatsanzeiger vom 6.7.1946, S. 1; Süddeutsche Zeitung vom 3.12.1946, S. 1: »Die bayerische Verfassung angenommen. Absolute Mehrheit der CSU. Rücktritt der Regierung Högner (sic!) am 16. Dezember«.

[62] Vgl. Protokoll der 8. Sitzung des VVA vom 4.4.1946, S. 3ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. I, 5. Sitzung vom 25.7.1946, S. 106f.; 8. Sitzung vom 30.7.1946, S. 171ff.; Bd. II, 19. Sitzung vom 21.8.1946, S. 413ff.; Art. 18 Abs. 3, 74, 75 BV; W. Hoegner, Lehrbuch (s. Anm. 34), S. 110ff.; ders., Professor Nawiasky (s. Anm. 3), S. 3, 9; H. Nawiasky, C. Leusser, (s. Anm. 50), S. 154, 452; H. Nawiasky, Von der unmittelbaren Demokratie (s. Anm. 49), S. 198f.

Weiterhin konnte Hoegner seinen Vorschlag für ein Recht des Volkes auf Naturgenuß durchsetzen, denn dieser wurde mit geringen Änderungen im Wortlaut bezüglich der Eigentumsfrage akzeptiert und gerade auch von Nawiasky unterstützt.[63] Hoegners Initiative für einen Asylartikel in der Bayerischen Verfassung wurde ebenfalls angenommen.[64] Die genossenschaftlich orientierten Passagen in Hoegners Entwurf wurden in den Verfassungsberatungen allerdings stark verwässert: Die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte durch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Körperschaften sowie Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft verbot die Militärregierung. Weil die Militärregierung durchsetzte, daß die Kompetenz für die Bildung von Bedarfsdeckungsgebieten nicht der Regierung, sondern dem Landtag zufiel, wurde der genossenschaftliche Gehalt der Verfassung gemindert. Denn die Regierung mußte nun statt der Durchsetzung von Rechtsverordnungen in jedem Einzelfall eine parlamentarische Mehrheit für die Bildung einer genossenschaftlichen Einheit anstreben. Hoegner bewertete dennoch die Umsetzung zahlreicher Elemente seines Entwurfs als Erfolg. Später aber erkannte er, daß durch das Ausbleiben der Ausführungsgesetze viele Bestimmungen nicht umgesetzt wurden und die CSU wohl nur aufgrund der Notsituation nach Kriegsende zu Zugeständnissen im Wirtschaftsbereich bereit gewesen war.[65]

Nawiasky konnte im Vorbereitenden Verfassungsausschuß seine Forderung nach einer Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament innerhalb der Wahlperiode vorläufig verwirklichen; das Mißtrauensvotum aus Hoegners Entwurf wurde gestrichen. In der Sitzung hieß diesen »Bruch parlamentarischer Tradition«[66] auch Hoegner gut, der entgegen seinen vorherigen Auffassungen wie die CSU-Vertreter argumentierte, daß das Vertrauen des Parlaments nicht mehr de jure, aber doch noch de facto notwendig sei, weil ansonsten keine effektive Arbeit möglich sei und die Regierung bei Fehlern »ohnehin auf irgendeine Weise zum Gehen gezwungen«[67] werde – nach eigener Aussage in Anlehnung an den Schweizer Bundesrat. Doch wurde diese Streichung des Mißtrauensvotums im Verfassungsausschuß der Landesversammlung wieder rückgängig gemacht, denn Nawiasky selbst

[63] Vgl. Protokoll der 11. Sitzung des VVA vom 15.4.1946, S. 4 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. I, 11. Sitzung vom 2.8.1946, S. 273ff.; Bd. II, 15. Sitzung vom 9.8.1946, S. 362f.; Art. 141 Abs. 3 BV. In den Artikel wurde 1984 noch der Grundsatz des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen eingefügt; vgl. P. Kritzer, Verfassungspolitik (s. Anm. 2), S. 232f.

[64] Vgl. St.B. VA, Bd. II, 16. Sitzung vom 12.8.1946, S. 365f.; Art. 105 BV.

[65] Vgl. St.B. VA, Bd. III, 26. Sitzung vom 30.8.1946, S. 569f., 572, 574f.; H. Nawiasky, C. Leusser (s. Anm. 50), S. 259; W. Hoegner, Besatzungsmacht und bayerische Verfassung von 1946, in: Bayerische Verwaltungsblätter 2 (1956), S. 353f.; H. Kronawitter, (s. Anm. 38), S. 68, 95; B. Fait, Auf Befehl der Besatzungsmacht? Der Weg zur Bayerischen Verfassung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Neuanfang in Bayern 1945 bis 1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988, S. 36–63, 55.

[66] B. Fait, Auf Befehl (s. Anm. 65), S. 43.

[67] W. Hoegner, Protokoll der 7. Sitzung des VVA vom 3.4.1946, S. 4; vgl. ebd., S. 1ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. II, 24. Sitzung vom 28.8.1946, S. 513.

plädierte nun – wohl aufgrund einer Empfehlung der amerikanischen Militärregierung – für eine Änderung der Verfassungskonstruktion. Denn Nawiasky erkannte auch die Schwächen dieser Regelung: Die Regierung und die Fachminister konnten sehr großen Einfluß gegenüber dem Parlament ausüben; zudem befürchtete er, daß die Verbindung zwischen Regierung und Bevölkerung (durch das Parlament) abreißen könnte. Zwar hielt er daran fest, daß der Ministerpräsident ein »Narr« sein müßte, der bei einer Parlamentsmehrheit gegen ihn nicht zurückträte, doch gäbe es »auch Narren in der Politik – wenn man sich in der bayerischen Politik umsieht, so haben wir es auch gesehen«. Um Bedenkenträgern Rechnung zu tragen, die »auf das deutsche Bedürfnis, alles zu formalisieren«, Wert legen, schlug er die Formulierung vor, der Ministerpräsident müsse von sich aus zurücktreten, falls keine Zusammenarbeit mit dem Landtag mehr möglich sei. Nawiasky bezeichnete diese Regelung als »veredelte Form der parlamentarischen Regierung«[68], weil damit die grundsätzliche Unabhängigkeit der Regierung von politischen Schwankungen gewahrt bleibe und gleichzeitig eine längere Entfremdung zwischen Regierung und Volksvertretung verhindert werde. Diese Regelung wurde akzeptiert. Auch Hoegner billigte den Passus und verstand ihn wie Nawiasky als Automatismus: Falls der Landtag feststelle, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der Regierung nicht mehr möglich sei, so trete der Ministerpräsident zurück. Der Ministerpräsident sei dabei zu einem Rücktritt unter bestimmten Bedingungen verpflichtet, so daß notfalls der Verfassungsgerichtshof angerufen werden könne. Nur der Sturz der Regierung bei nichtigen Anlässen werde verhindert.[69]

Nawiaskys Senatsmodell als Vertretung sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und kommunaler Körperschaften des Landes hatte teilweisen Erfolg. Die CSU, die dem ständischen Gedanken nahestand, forderte zum Schutz vor übereilten Beschlüssen sowie als Gegengewicht zum Parlament ebenfalls einen bayerischen Senat. Hoegner lehnte nur eine ständische Gliederung als nicht demokratisch ab, weil die Verteilung der Vertreter durch den verschieden großen Umfang und das unterschiedliche Gewicht der Stände nicht gerecht sei; er schlug aber eine regionale Gliederung im Senat vor. Nawiasky sah dies jedoch als problematisch an, weil die »bayerischen Kreise keine historisch gewachsenen Größen«[70] wie die Kantone in der

[68] H. Nawiasky, St.B.VA, Bd. II, 24. Sitzung vom 28.8.1946, Zitate S. 514f.; vgl. ebd., S. 515ff.; ders., Ein Jahrzehnt bayerischer Verfassung, in: Bayerische Verwaltungsblätter 2 (1956), S. 355–358, 356; zur Intervention der Militärregierung zugunsten eines Mißtrauensvotums, die allerdings in den Beratungen nicht erwähnt wurde, B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 505.

[69] Vgl. St.B.VA, Bd. II, 24. Sitzung vom 28.8.1946, S. 518; Art. 44 Abs. 3 BV; W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 250f.; dagegen sieht B. Fait, Auf Befehl (s. Anm. 65), S. 48, darin ein großes Maß an Entscheidungsspielraum für den Ministerpräsidenten.

[70] H. Nawiasky, Protokoll der 6. Sitzung des VVA vom 1.4.1946, S. 5, vgl. ebd., S. 1ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. II, 22. Sitzung vom 26.8.1946, S. 488f.; B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 143f., 256ff.; vgl. zum Vorschlag Hoegners Kapitel I.

Schweiz und die Einzelstaaten in den USA seien. Darüber hinaus war die SPD-Fraktion in der Landesversammlung strikt gegen eine Zweite Kammer. Nachdem Hoegner in der Fraktion die Vertrauensfrage gestellt hatte, stimmte die Fraktion einem Kompromiß zu: Der berufsständisch geprägte Senat als Vertretung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gemeindlichen Körperschaften besaß demnach nur ein Gutachterrecht und konnte Gesetzesvorlagen einbringen und in begründeten Fällen Einspruch gegen Gesetze erheben.[71] Durchsetzungsfähig war ferner Nawiaskys Forderung nach einem Verbot für Regierungsmitglieder, noch ein anderes Amt oder Gewerbe auszuüben, und der Antrag auf Durchführung einer schicklichen Beerdigung durch die Gemeinden.[72]

In bezug auf das Verhältnis Bayerns zum Bund konnten Hoegner und Nawiasky ihre Vorstellungen nicht voll durchsetzen. Die amerikanische Militärregierung hatte während der Verfassungsberatungen interveniert, weil sie eine Ergänzung der Länderverfassungen im Hinblick auf die Abtretung von Hoheitsbefugnissen an eine spätere Bundesregierung bzw. zunächst den Länderrat wünschte. Hoegner schlug deshalb vor, einen Artikel anzufügen, der bis zur Bildung des Bundesstaates dem Länderrat die Befugnisse über auswärtige Beziehungen, Wirtschaft, Geldwesen und Verkehr übertragen konnte. Nawiasky und CSU-Vertreter wollten noch die Einschränkung aufgenommen wissen, dies solle nur in unbedingt notwendigen Fällen erfolgen und auch der Landtag müsse zustimmen.[73] Man einigte sich nach Vorschlag Hoegners und Nawiaskys ferner auf die Bestimmung, nach der Bayern einem künftigen deutschen Bundesstaat beitreten wolle, doch nur im Falle eines freiwilligen Zusammengehens und einer Sicherung des staatsrechtlichen Eigenlebens der Länder. Ebenso ging Hoegners Plan für eine bayerische Staatsangehörigkeit zunächst in die Verfassung ein, wenn auch mit der Modifikation auf Wunsch der Militärregierung, daß weder die geborene noch die erworbene Staatsangehörigkeit aberkannt werden dürfe. Die Militärregierung kritisierte aber in ihrem Genehmigungsschreiben die ihrer Meinung nach separatistischen Aussagen über das Verhältnis Bayerns zum Bund

[71] W. Hoegner, St.B. VA, Bd. II, 22. Sitzung vom 26.8.1946, S. 489, vgl. ebd., S. 488ff.; 23. Sitzung vom 27.8.1946, S. 493ff.; Bd. III, 28. Sitzung vom 3.9.1946, S. 609ff.; Protokoll SPD-Fraktion, Sitzung vom 25.8.1946, S. 1064f.; B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 267ff., 564; Art. 34 BV.

[72] Vgl. Protokoll der 7. Sitzung des VVA, S. 13 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129) bzw. Art. 57 BV; St.B. VA, Bd. II, 16. Sitzung vom 12.8.1946, S. 374 bzw. Art. 149 BV.

[73] Vgl. Protokoll der 15. Sitzung des VVA am 24.6.1946, S. 1ff. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B. VA, Bd. III, 29. Sitzung vom 4.9.1946, S. 655f.; 30. Sitzung vom 5.9.1946, S. 678ff.; St.B. VL, 7. Sitzung vom 19.9.1946, S. 173; Art. 180 BV; zur Militärregierung und deren Einfluß Barbara Fait, »In einer Atmosphäre von Freiheit«. Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassungsgebung in den Ländern der US-Zone, in: VfZ 33 (1985), S. 420–455, bes. S. 432, 451; dies., Erneuerung (s. Anm. 2), S. 45ff., 157ff., 500ff.

und zur Staatsangehörigkeit. Die Bestimmungen verblieben so zwar in der Verfassung, doch waren sie damit praktisch wertlos.[74]

Letztlich scheiterten Hans Nawiasky und Wilhelm Hoegner mit ihrem Einsatz für einen bayerischen Staatspräsidenten, wobei dieses Engagement auch deren stark föderalistische Vorstellungen zum Ausdruck brachte. Nawiasky plädierte im Vorbereitenden Verfassungsausschuß – unter Zustimmung der CSU-Vertreter – für die Einführung des Amtes, Hoegner aber reagierte zunächst abwartend. In der Landesversammlung forderten ein Teil der CSU, der katholisch-altbayerisch und teilweise monarchistisch gesinnte Flügel um Alois Hundhammer und Fritz Schäffer, aber auch einige SPD-Minister die Errichtung des Amtes. Dabei brachten sie wie Nawiasky vor allem das Argument einer Stabilitätsfunktion des Staatspräsidenten vor, der regulierend über den Parteien stehen sollte. Im Hinblick auf die negativen Erfahrungen mit Weimar sahen die Befürworter des Amtes einen Staatspräsidenten in den Ländern als notwendiges Korrektiv an. Gleichzeitig war aber auch von einer Betonung der bayerischen Eigenstaatlichkeit und Verhinderung der Zentralisierungstendenzen die Rede, die wohl gerade beim konservativen Flügel der CSU als Hauptgrund zu gelten hat. Hoegner stimmte diesen Ausführungen zu, allerdings sprach er sich gegen den Artikel aus, der vorsah, daß der Staatspräsident die verfassungsmäßigen Grundrechte aufheben könne. In der Fraktion rechtfertigte er seine Befürwortung des Amtes mit taktischen Argumenten. Der Charakter der Verfassung sei durch den Staatspräsidenten nicht berührt, zumal die SPD eigene Vorstellungen in bezug auf das Wahlrecht, das Schulsystem und die zweite Kammer durchgesetzt habe. Mit seiner Auffassung war Hoegner aber innerhalb seiner Partei isoliert. Der SPD-Landesvorstand hatte die Einrichtung des Amtes abgelehnt, und auch im Wahlkampf hatte man sich mit dem Argument, der Staatspräsident sei ein Hindernis auf dem Weg zu einem deutschen Staat oder könne zur Gefährdung der Demokratie oder Einführung der Monarchie führen, dagegen ausgesprochen. Daneben hielt sich das Gerücht, daß die CSU Hoegner das Staatspräsidentenamt versprochen habe. In der Abstimmung der Landesversammlung stimmten nur vier SPD-Abgeordnete mit Hoegner; damit wurde der Antrag knapp abgewiesen. Dies war eine »persönliche Niederlage«[75] Hoegners; zudem führten seine Vorstellungen

[74] Vgl. St.B. VA, Bd. III, 30. Sitzung vom 5.9.1946, S. 669ff.; St.B. VL, 7. Sitzung vom 19.9.1946, S. 172f.; Art. 178 BV; zur Staatsangehörigkeit Vorentwurf BV, Art. 6 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/128); Protokoll der 3. Sitzung des VVA vom 22.3.1946, S. 7f. (IfZ, NL Hoegner, ED 120/129); St.B.VA, Bd. I, 2. Sitzung vom 18.7.1946, S. 47ff.; Bd. II, 18. Sitzung vom 20.8.1946, S. 389; 21. Sitzung vom 23.8.1946, S. 469ff.; Bd. III, 28. Sitzung vom 3.9.1946, S. 624f.; Art. 6 BV; Genehmigungsschreiben Clays in: St.B.VL, S. 240; auch B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 518ff., 543f.

[75] W. Hoegner, Außenseiter (s. Anm. 1), S. 254; vgl. ebd., S. 255; Protokoll SPD-Fraktion, Sitzungen vom 25.8, 2.9., 4.9., 9.9. und 11.9.1946, S. 1063ff., 1068, 1070f., 1073ff., 1076ff. und beigefügter handschriftlicher Antrag sowie Resolution einer Delegiertenversammlung (AsD, LTF 143a); Protokoll der 6. Sitzung des VVA vom 1.4.1946, S. 6f. (IfZ, NL Hoegner,

in dieser Frage und sein Abstimmungsverhalten nun zu einem »ersten deutlichen Bruch«[76] zwischen ihm und der SPD. Hoegner plante zunächst, seine Parteiämter und die Mitgliedschaft in der Landesversammlung niederzulegen – wovon er dann aber Abstand nahm –, doch löste ihn Knoeringen im Frühjahr 1947 als Landesvorsitzender ab.

Zusammenfassung

Die Remigranten aus der Schweiz, die an der bayerischen Verfassunggebung mitwirkten, waren offensichtlich in ihren Ordnungsvorstellungen von den Erfahrungen des Exils geprägt. Speziell im Fall Hoegners bewirkte die Exilerfahrung eine Umorientierung vom Anhänger einer zentralistischen Staatsidee hin zu einem überzeugten Föderalisten. Ebenso ließ er sich bei der Unterstützung plebiszitärer Elemente von der direkten Demokratie in seinem Gastland inspirieren. Auch Vorschläge zum Grundrecht auf Naturgenuß, zur Asylgesetzgebung, zur Gliederung des Senats und seine genossenschaftlichen Wirtschaftsvorstellungen sind durch seine Erlebnisse in der Schweiz geprägt. Hans Nawiasky wurde durch seinen Aufenthalt in der Schweiz ebenfalls beeinflußt, denn seine positive Auffassung zu Föderalismus und direkter Volksgesetzgebung erfuhr eine deutliche Bestärkung. In zahlreichen anderen Bemerkungen bezog sich Nawiasky darüber hinaus auf das Beispiel der Schweiz. Ferner kehrte auch Loritz als überzeugter Anhänger einer direkten Demokratie aus dem Exil zurück. Zwar lassen sich dessen Verfassungsvorstellungen in ihrer Gesamtheit aufgrund seiner Sprunghaftigkeit und fehlenden Präzision nicht klar analysieren, doch kommt in Äußerungen klar zum Ausdruck, daß die Erfahrung des Exils in der Schweiz ebenfalls eine wichtige Rolle spielte. Sicherlich darf man andererseits den Einfluß von anderen Faktoren nicht unterschätzen, denn auch die Beispiele der USA oder Großbritanniens, die nicht die Exilländer der meisten bayerischen Remigranten darstellten, spielten in den Verfassungsberatungen eine Rolle. Die Forderung nach Föderalismus und nach plebiszitären Elementen in der Verfassung tauchte auch bei Sozialdemokraten und Politikern des bürgerlichen Lagers auf, die sich nicht in der Emigration aufgehalten hatten. Denn nach der Erfahrung mit der nationalsozialistischen Diktatur war der

ED 120/129); St.B. VA, Bd. III, 27. Sitzung vom 2.9.1946, S. 592ff.; St.B. VL, 4., 5. und 8. Sitzung vom 11.9., 12.9. und 20.9.1946, S. 82, 108ff., 120ff., 194; H. Nawiasky, Zur Ablehnung des Staatspräsidenten, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.9.1946, S. 2; zu den Konzeptionen zum Staatspräsidentenamt B. Fait, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 288ff., 313, 560ff.; Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1983, S. 152ff., 212ff.; 229.

[76] B. Fait, Auf Befehl (s. Anm. 65), S. 49; W. Hoegner an den Bezirks- und den Landesvorstand der SPD vom 14.9.1946 (IfZ, NL Hoegner, ED 120/226); Protokoll SPD-Fraktion, Sitzung vom 18.9.1946, S. 1082f.

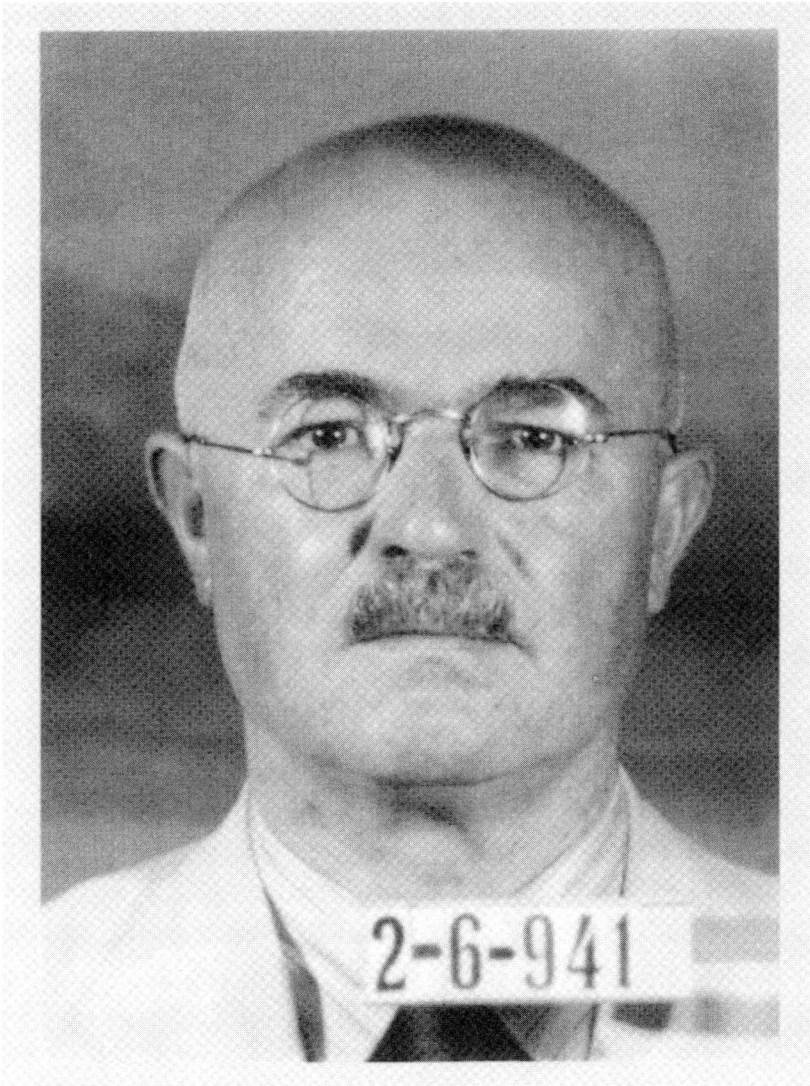
Föderalismusgedanke als Garant der Demokratie hoch im Kurs, wie am Beispiel Carlo Schmids gezeigt werden kann, der bei seiner Argumentation für einen föderalistischen Staatsaufbau in Deutschland und Europa ebenfalls das Vorbild der Schweiz nannte.[77]

Wurden nun die Verfassungsvorschläge der Remigranten, die sich an die Verfassungswirklichkeit der Schweiz anlehnten, auch realisiert? Hoegner wird aufgrund seines Entwurfes, der die Grundlage der Verfassung darstellt, und wegen seiner herausragenden Rolle bei den Verfassungsberatungen als »Vater der Verfassung« bezeichnet.[78] Tatsächlich konnte die SPD trotz ihrer numerischen Unterlegenheit in der Verfassunggebenden Landesversammlung in einigen Fragen erheblichen Einfluß ausüben. Ursache war zum einen die Schwäche der CSU aufgrund deren innerer Zerrissenheit, zum anderen die Durchsetzungsfähigkeit und Sachkompetenz von Wilhelm Hoegner, der die Verfassungsberatungen für seine Partei leitete. Trotzdem konnten die extremen föderalistischen Vorstellungen Hoegners, die wie bei Nawiasky auf Exilerfahrungen zurückzuführen sind, nicht verwirklicht werden. Denn die Pläne für einen bayerischen Staatspräsidenten, der unter anderem die bayerische Eigenstaatlichkeit unterstreichen sollte, und für einen geplanten Artikel, der das Eigenleben der Länder in einem späteren Bundesstaat sichern sollte, scheiterten. Dagegen hatten Hoegners und Nawiaskys Vorschläge für Elemente der direkten Demokratie Erfolg. Alfred Loritz konnte sich mit seinen Vorschlägen zu radikalen direktdemokratischen Elementen nicht durchsetzen, doch schuf er damit wohl eine Atmosphäre, in der die Umsetzung gemäßigter plebiszitärer Regelungen in der Landesversammlung erst möglich wurde. Denn es muß überraschen, daß die Bestimmungen über Volksentscheide im Gegensatz zum Parlamentarischen Rat so positiv aufgenommen wurden. Sicherlich lag dies aber eher an Hoegners und Nawiaskys Einsatz als an den Forderungen von Loritz. Auch andere Initiativen, die auf Hoegners Exilerfahrung zurückgingen, wie zum Beispiel das Recht des Volkes auf Naturgenuß, gingen in die Verfassung ein, weniger dagegen der genossenschaftliche Impuls aus Hoegners Wirtschaftskonzept. Hans Nawiasky konnte als Sachverständiger erheblichen Einfluß auf die Verfassungsberatungen nehmen. In bezug auf seine Exilerfahrungen gelang es ihm, gemeinsam mit Hoegner die Schaffung plebiszitärer Elemente sowie einige kleinere Initiativen, die offensichtlich durch den Schweizer Aufenthalt inspiriert wurden, durchzusetzen. Enttäuscht war er aber vor allem aufgrund der Niederlage in der Abstimmung um das Amt des bayerischen

[77] Vgl. Carlo SCHMID, Weg und Ziel der Sozialdemokratie, in: ders., Politik als geistige Aufgabe, München, Zürich 1976, S. 12–33, 28f. In Hoegners Nachlaß findet sich eine Abschrift der Rede mit einer Kennzeichnung der markanten Stellen (IfZ, NL Hoegner, ED 120/131); zum Föderalismusgedanken Marie Elise FOELZ-SCHROETER, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974, S. 148; B. FAIT, Das Föderalistische Manifest (s. Anm. 43), S. 224.

[78] W. SIEGEL, (s. Anm. 3), S. 104; vgl. B. FAIT, Erneuerung (s. Anm. 2), S. 205, 209ff., 565.

Staatspräsidenten. Sein Vorschlag für einen Verzicht auf das Mißtrauensvotum hatte nur teilweisen Erfolg, da er selbst eine Einschränkung dieser Regelung vornahm. Insgesamt wird damit klar, daß Hoegner, Nawiasky und in geringem Maße auch Loritz viele Ideen aus der Schweizer Emigration in die Bayerischen Verfassungsberatungen einbrachten und diese Vorstellungen zu einem Großteil in die Verfassung von 1946 eingingen.



Johannes Hoffmann, 1941
Foto der Einwanderungsbehörde in Brasilien

Partikularismus und Antipreußentum

Emigranten in der französischen Besatzungspolitik nach 1945

Dieter Marc Schneider

Was die verfassungspolitische Entwicklung in den späteren Ländern der französischen Besatzungszone anbelangt, so kann man weniger von einem Einfluß zurückgekehrter Emigranten sprechen als von deren weitgehender Übereinstimmung mit französischen Zielen, in den rheinischen Gebieten regionale kleinere Staatseinheiten zu schaffen, die keiner Zentralmacht preußischer Provenienz mehr untergeordnet sein sollten. Dafür wurde – zum Teil aus historisch gewachsenen Neigungen, zum Teil auch aus rationalen Gründen – die enge wirtschaftliche und kulturelle Verbindung mit dem französischen Nachbarn in Kauf genommen. Auch sind von diesem Personenkreis keine konkreteren Nachkriegsplanungen aus dem Exil bekannt. Es ging weniger darum, Verfassungen inhaltlich vorzubereiten als damit die Grundlage für eigenständige regionale Einheiten zu schaffen. Dennoch vermochten einige dieser Rückkehrer vor allem in Südwestdeutschland und an der Saar bei der verfassungsmäßigen Ausgestaltung regionaler Landesteile politischen und juristischen Sachverstand einzubringen. Zentraler Konsens bei der Zusammenarbeit und konstruktiven Unterstützung französischer Pläne blieb die Ausgestaltung regionaler Autonomie.

I.

Er fühle sich verpflichtet, so schreibt Robert Schuman in seinem Geleitwort zu den Erinnerungen des ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten, Johannes Hoffmann, die Rolle hervorzuheben, »die führende Saarländer spielten, die« – die Mehrzahl von ihnen aus dem Exil zurückgekehrt – »sich alle Mühe gaben, unter ... Wahrung der materiellen Interessen ihrer Landsleute, den engen Rahmen, in dem sie sich befanden, zu überwinden, um sich in den Dienst der europäischen Zusammenarbeit im allgemeinen und der deutsch-französischen Versöhnung im besonderen zu stellen.«[1]

An der Saar, die innerhalb der französischen Besatzungszone eine Sonderrolle spielte, war die Beteiligung aus der Emigration zurückgekehrter Männer und Frauen beim Verwaltungsaufbau und der Ausgestaltung einer auto-

[1] Johannes Hoffmann, Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955. München/Wien 1963, S. 9 (Geleitwort).

nomistischen Politik besonders hoch. Doch agierten auch in den übrigen west- und süddeutschen Teilen der französischen Besatzungszone Remigranten an vorderster Stelle, wo es um die Durchsetzung einer partikularen, antipreußischen bzw. antizentralistischen Politik ging.

Die politischen und wirtschaftlichen Ziele Frankreichs sowie ihre Umsetzung in der den Franzosen 1945 konzedierten Besatzungszone unterschieden sich wesentlich von den übrigen alliierten Mächten. Das während des Zweiten Weltkriegs entwickelte Ziel französischer Deutschlandpolitik war, das ehedem von Preußen dominierte Deutsche Reich in seiner bestehenden Form aufzulösen, wobei als erster Schritt das Rheinland und das Ruhrgebiet abgetrennt werden sollten. Die Wurzeln dieser französischen Rheinlandpolitik reichen zurück bis zu jener »libération« der sogenannten Cisrhenanen während der französischen Revolution und während der Herrschaft Napoleons – eine französische Präsenz, die sechzehn Jahre dauerte. Auf französischer Seite blieb jedoch auch die Erinnerung an die Unterstützung lebendig, die ihre Politik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg von deutscher Seite erfahren hatte. Diese reichte von rheinischen Honoratioren wie Konrad Adenauer[2] bis hin zu separatistischen Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz. General de Gaulle, Wortführer des französischen Widerstands, forderte vor diesem historischen Hintergrund französischer Rheinlandpolitik seit der Revolution und Napoleon bereits 1941 »une extension de la position [de la France] dans les pays rhénans.«[3] Die sich während des Krieges innerhalb des Comité Français de la Libération National (CFLN) entwickelnde Deutschlandplanung verdichtete sich in den folgenden Punkten: Auflösung des Deutschen Reiches in mehrere konföderierte Staaten; der Rhein als Sicherheitsgrenze, d. h. die Separation des Rheinlandes; Internationalisierung des Ruhrgebietes und Sicherung eines beträchtlichen Teils der Kohleproduktion für Frankreich sowie schließlich – ebenfalls von eminent ökonomischer Bedeutung – das »rattachement«, d. h. heißt den »Wiederanschluß« des Saargebietes. Bis zu seinem Rücktritt als Regierungschef im Januar 1946 bestimmte de Gaulle die französische Politik gegenüber Deutschland, deren harte Gangart zwischen Annexion und Separation der rheinischen Gebiete und des Saarlandes oszillierte.[4]

Die Nord- und Südteile der den Franzosen zugeteilten Besatzungszone unterlagen unterschiedlichen Zielvorgaben. Das Rheinland sollte als Einheit dem direkten politischen Einfluß Frankreichs unterliegen, während die rechtsrheinischen Gebiete eine bundesstaatliche Ordnung erhalten soll-

[2] Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966.

[3] De Gaulle, Mémoires de guerre I, S. 478 (Telegramm vom 25. 8. 1941 an die Délégation France Libre in London).

[4] Vgl. Georges-Henri Soutou, La politique franaise à l'égard de la Rhénanie 1944–1947, in: Peter Hüttenberger/Hansgeorg Molitor (Hrsg.), Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945. Fulda 1989, S. 47ff.

ten.[5] Im Rheinland hatte der dort kommandierende General, Pierre Billotte, am 28. Juli 1945 die Auflösung der Provinz Mittelrhein-Saar verfügt.[6] In den neugeschaffenen territorialen Einheiten Hessen-Pfalz und Rheinland-Nassau arbeiteten die dort eingesetzten Gouverneure bald auf die Eigenstaatlichkeit der ihnen unterstehenden Gebiete hin. Dazu gehörte der Aufbau einer autonomen Verwaltung wie z. B. die Errichtung eigener Rechnungskammern oder im Bereich des Post- und Eisenbahnwesens. Parallel dazu wurde eine eigene Staatsbürgerschaft angestrebt.[7] Kontakte zwischen den Verwaltungen der einzelnen territorialen Einheiten suchten die Franzosen möglichst zu unterbinden. Die gleiche Motivation der Abgrenzung führte auch zu der – im Vergleich zu den übrigen alliierten Besatzungszonen – relativ spät erfolgten Zulassung politischer Parteien, die ebensowenig zonenübergreifenden Kontakt hatten. In der nach der Umorganisation der Besatzungsverwaltung im August 1945 gebildeten Verwaltungseinheit Rheinland-Hessen-Nassau[8], dessen Verwaltung sich in zwei Regierungspräsidien in Koblenz und Trier gliederte, wurde schließlich im November 1945 eine einzige Zentralbehörde in Koblenz gebildet, deren Struktur den Charakter einer Landesregierung besaß.[9]

Die linksrheinischen Gebiete sollten generell von Deutschland abgetrennt und dem politischen Einfluß Frankreichs unterworfen werde. Dagegen entwickelten die Franzosen für den südwestlichen Teil ihrer Besatzungszone Pläne für eine Konföderation.[10] Hinter der vorgesehenen Verwaltungsreform mit dem Ziel verstärkter Dezentralisierung, die gleichzeitig eine Aufwertung deutscher regionaler Regierungskompetenzen zur Folge haben mußte, stand allerdings die gaullistische Vision der konföderalen Gliederung eines Gebietes, das traditionell frankreichfreundlich orientiert war und durchaus historisch gewachsene partikularistische Interessen besaß. De Gaulle und General Koenig waren sich der historischen Bindungen an Frankreich einiger der von ihnen besetzten deutschen Landesteile wohl bewußt: Das Großherzogtum Baden hatte seine Gründung französischen Sicherheitsinteressen aus der Zeit Napoleons verdankt und auch Württemberg

[5] Vgl. Note François Puaux vom 10. 1. 1946 (Baden-Baden), AOC, CC Pol.III, A 2; Verhandlungen der Rheinfrage im Cabinet Civil des Oberkommandierenden Koenig und mit dem Außenministerium (Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes), ebd.

[6] Vgl. Ulrich Springorum, Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1947). Berlin 1982, S. 112.

[7] Springorum, ebd., S. 110ff.

[8] Die Franzosen hatten fünf »Provinzen« gebildet: In den südlichen Teilen waren dies Württemberg und Baden, die bereits 1945 manchmal als Länder angesprochen wurden; im Norden der Besatzungszone waren dies das Saargebiet, Pfalz-Hessen und Rheinland-Hessen-Nassau (Verfügung Nr. 1 des Oberkommandierenden vom 21. Aug.1945 und Verfügung Nr. 3 des Oberkommandierenden vom 22. Aug,1945); vgl. Springorum, ebd., S. 104ff.)

[9] Springorum, ebd., S. 138ff.

[10] Puaux, (s. Anm. 5).

war ursprünglich ein Königreich von Napoleons Gnaden.[11] Ausgeprägt partikularistische Interessen hatten vor allem in Südbaden eine lange Tradition. Indes war das Frankreich zugeteilte Besatzungsgebiet östlich des Rheins mit den alten Staatsgrenzen Badens nicht deckungsgleich, da dessen nördlicher Teil wie auch Teile Württembergs (mit der Hauptstadt Stuttgart) von den Amerikanern besetzt waren. Das hinderte Koenigs Stab jedoch nicht daran, regionalistisch-partikularistische Tendenzen, soweit noch vorhanden, zu nutzen und mit allen Mitteln die Identität und Eigenständigkeit der Bevölkerung im Südwesten Deutschlands zu stärken.

II.

Autonomistisch-partikularistische Kräfte waren in dieser Region durchaus vorhanden und manifestierten sich auch zuweilen, auch wenn sie von französischer Seite häufig überbewertet wurden. Zweifellos kam dem sogenannten »altbadischen« Bevölkerungsteil, repräsentiert vor allem durch den ab Dezember 1946 amtierenden badischen Regierungschef, Leo Wohleb, gaullistischen Vorstellungen von einer konföderalen Neugliederung am nächsten. Dem badischen Präsidenten schwebte eine »Art südwestdeutscher Eidgenossenschaft in einem späteren, lockeren deutschen Staatenbund« vor.[12]

Eine zentrale Figur bei der Ausgestaltung der Verfassung im Badischen war der im Mai 1945 aus der Emigration zurückgekehrte Marcel Nordmann, den die Franzosen als Landeskommissar des Bezirks Konstanz einsetzten. Nordmann arbeitete vor allem bei der Entnazifizierung eng mit den Antifa-Komitees des Bodenseegebietes zusammen und wurde in der provisorischen Regierung Badens[13] Ministerialdirektor für Inneres. Nordmann, bereits vor 1933 Mitglied der SPD, gehörte zu jener Spezies frankophiler badischer Sozialisten, die zum Teil im Elsaß aufgewachsen waren oder in Frankreich studiert hatten.[14] Letzteres traf auch auf Nordmann zu, dem als Regierungsrat in Baden 1927 ein längerer Auslandsaufenthalt zum Studium des französischen und englischen Verwaltungsrechts bewilligt worden

[11] Ebenso auf napoleonischen Einfluß zurückzuführen waren die sogenannten Hohenzollerschen Lande, eine katholische Enklave Preußens, die ihre zeitweilige Selbständigkeit nicht zuletzt den freundschaftlichen Beziehungen der in Paris lebenden Fürstin Amalie von Sigmaringen zu Josephine Beauharnais zu verdanken hatte.

[12] Vgl. Paul-Ludwig Weihnacht (Hrsg., in Verbindung mit Maria Wohlleb und Hans Maier), Leo Wohleb – der andere politische Kurs. Freiburg 1975, S. 158ff.

[13] 2.6.1945 Ernanntes Direktorium, 2.12.1946 Ernanntes Staatssekretariat. Vgl. Frank R.Pfetsch, Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassungsgebung in den Westzonen und in der Bundesrepublik. Opladen 1990, S. 31.

[14] Vgl. Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik und Deutsche Sozialdemokratie. Düsseldorf 1991, S. 92.

war.[15] 1933 wurde er aufgrund des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« als Regierungsrat beim Bezirksamt Karlsruhe entlassen und emigrierte darauf nach Frankreich. Dort bei Kriegsausbruch interniert, floh er nach Überschreiten der Demarkationslinie durch die deutschen Besatzer im November 1942 in die Schweiz.

Nordmann hatte an der Ausarbeitung der Verfassung in Baden erheblichen Anteil und von sozialdemokratischer Seite die fast ausschließliche Verantwortung; er zählt zu den Verfassungsvätern eines eigenständigen badischen Staates. In den zentralen Fragen der Verfassungspolitik gab es bei den Grundrechten und der Option für einen laizistischen Staat große Gemeinsamkeiten mit französischen Vorstellungen.[16] Nach der am 18. Mai 1947 durch Volksentscheid angenommenen Verfassung wurde Nordmann in der ersten Badischen Landesregierung unter Leo Wohleb Justizminister.[17] In diesen beiden Ämtern – erst als Innenstatssekretär und dann als Justizminister – war Nordmann einer der wichtigsten politischen Exponenten einer staatlichen Eigenständigkeit Badens.

In Württemberg-Hohenzollern kamen nach dem Kriege autonomistische bzw. partikularistische Tendenzen kaum zum Tragen[18], und dort sind in herausgehobener Stellung auch keine Remigranten aktiv geworden. Im Mai 1947 war die Verfassung des neugebildeten Landes Württemberg-Hohenzollern in Kraft getreten. Die Franzosen maßen diesem Land nicht die gleiche poltische und wirtschaftliche Bedeutung wie den übrigen von ihnen besetzten Gebieten bei, weshalb sie auch einen Tausch mit dem amerikanisch besetzten Nordbaden anstrebten. Gleichwohl verfolgten sie mit der Bildung des Landes Württemberg-Hohenzollern das Ziel einer konföderalen Aufteilung Deutschlands auch in dessen südwestlichem Teil weiter. Die spätere Gründung des Landes Baden-Württemberg entsprach dagegen keineswegs den Intentionen General Koenigs und seiner Gouverneure. Sie konnte erst 1948 erfolgen, zu einem Zeitpunkt, als politische Entscheidungsprozesse überwiegend in deutsche Hände gelangt waren.

In dem mehr nördlich gelegenen Teil der französischen Besatzungszone – dem eigentlichen, historisch und geopolitisch definierten »Rheinland« – war ein Focus antipreußisch-föderalistischen politischen Engagements, das prinzipiell mit französischen Vorstellungen harmonierte, der von dem Emigranten Franz Albert Kramer herausgegebene *Rheinische Merkur*. Die politisch-ideologische Heimat Kramers war der konservative rheinische Katholizismus. In der Weimarer Republik war er Mitarbeiter der *Kölner Volks-*

[15] Ein Lebenslauf von Marcel Nordmann im Staatsarchiv Freiburg, Bestand Badische Staatskanzlei (1946–1952), XXIV, Nr. 2827.

[16] Vgl. Wolfrum (s. Anm. 14), S. 180f.

[17] Nordmann war vom 6.8.1947 bis zum 4.2.1948 Justizminister; er starb bereits 1948 in Karlsruhe.

[18] Vgl. Stefan Zauner, Würtemberg-Hohenzollern, in: Jörg Thierfelder/Uwe Uffelmann (Bearbeiter), Der Weg zum Südweststaat. Karlsruhe 1991, S. 55–74.

zeitung und des Organs der Zentrumspartei *Germania*. Unter dem nationalsozialistischen Regime erhielt er Berufsverbot und emigrierte nach Paris, später London und Rom. Auf deutsche Intervention hin wurde er aus Italien ausgewiesen und emigrierte daraufhin in die Schweiz. Kramer, ein bereits in den zwanziger Jahren engagierter rheinischer Föderalist, hatte im Exil Verbindung zu christlich-demokratischen Politikern des französischen Widerstands aufgenommen. Offenbar durch Vermittlung von Robert Schumann erhielt er sehr früh die Lizenz für eine Zeitungsgründung in der französischen Besatzungszone, so daß am 15. März 1946 in Koblenz die erste Ausgabe des *Rheinischen Merkur* erscheinen konnte.[19]

Kramer hatte im Exil in der Schweiz zum politischen Umfeld von *Das Demokratische Deutschland* gehört, einer Exilvereinigung, in der die exilierten Weimarer Politiker Joseph Wirth, Otto Braun und Wilhelm Hoegner eine führende Rolle spielten[20] und deren politische Leitlinie eine »Föderierung der deutschen Staatsstruktur« war.[21] Vorbild war die Schweizerische Eidgenossenschaft. Im *Rheinischen Merkur* reflektierte Kramer die zwischen Frankreich und Deutschland exponierte Lage des Rheinlandes, für das er eine föderalistische Eigenständigkeit forderte.[22] Er gehört – zusammen u. a. mit Ernst Friedländer von der ZEIT[23] – zu den Befürwortern eines separaten Vorgehens in den Westzonen, d. h. der möglichst raschen Gründung eines Weststaates. Dabei sollte die Schaffung eines von Preußen unabhängigen Rheinlands mit der Organisation des öffentlichen Lebens ge-

---

[19] Vgl. Bernhard Boll/Volker Schulze/Hans Süssmuth (Hrsg.), Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte-Politik-Struktur. (1973), S. 167ff.

[20] Weitere Mitglieder waren u. a. Heinrich Ritzel und Jakob Kindt Kiefer. Letzerer wurde nach 1945 in der Christlichen Volkspartei von Johannes Hoffman im Saargebiet aktiv und gehörte zu den saarpolitischen Beratern Konrad Adenauers. Die Biographien aller im Zusammenhang mit dem *Demokratischen Deutschland* genannten Namen in BHB I.

[21] »Durch die Föderierung der deutschen Staatsstruktur wird die verderbliche Anhäufung eines Einzelnen oder in der Hand einer gewalttätigen Gruppe verhindert. Vor allem aber wird der kulturelle Aufbau der europäischen Mitte in einer Weise ermöglicht, der der mannigfaltigen kulturellen Verschiedenheit im Westen und Osten, im Süden und Norden, in der Mitte und in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches Rechnung trägt.« Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen und genossenschaftlichen Sinne. Bern, Mai 1945 (Auszug), in: Heinz Boberach (Hrsg.), Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahren 1940 bis 1949. Hamburg 1999, S. 99. Weitere Emigranten in der Schweiz, die sich für eine antipreußisch-föderalistische Neuordnung Deutschlands einsetzten, waren Wilhelm Röpke und Karl Thieme (»Das Schicksal der Deutschen. Ein Versuch seiner geschichtlichen Erklärung.« Basel 1945). Zur Biogr. Thiemes s. u., S. 150f. die Biogr. Röpkes in BHB II.

[22] Kramer hatte bereits 1945 eine programmatische Schrift veröffentlicht: Vor den Ruinen Deutschlands. Ein Aufruf zu geschichtlicher Selbstbesinnung. Koblenz 1945; vgl. auch seine Artikelserie im *Rheinschen Merkur* im Mai 1946 (»Die Zukunft Deutschlands«) sowie den Artikel vom 21. Juni 1947 (»Der Wendepunkt«); »Politische Leitsätze« (Broschüre, 1947); »Die geistigen Grundlagen des Föderalismus«, in: Hochland 48/1947, S. 216–255;

[23] Ernst Friedlaender (1895–1973) kehrte 1946 aus dem schweizer Exil zurück und wurde im gleichen Jahr Red. der ZEIT. BHB I.

mäß dem Subsidiaritätsprinzip verbunden werden.[24] Der Nationalstaatsgedanke stieß auf Ablehnung ebenso wie die begriffliche Unterscheidung von Bundesstaat und Staatenbund. Als die Franzosen am 30. August 1946 aus den von ihnen besetzten mittelrheinischen Gebieten, Rheinhessen und der Pfalz, das Land Rheinland-Pfalz bildeten, empfanden dies Kramer und der *Rheinische Merkur* als eine Entwicklung in ihrem föderalistischen Sinne. Einer der »Väter« der Verfassung des neuen rheinischen Landes war Adolf Süsterhenn, der zum engsten Mitarbeiterkreis des *Rheinischen Merkurs* gehörte – er war Verfasser der wichtigsten staatsrechtlichen Beiträge – und zugleich für die Verbindungen zur Tagespolitik sorgte. Süsterhenn wurde dann im Frühjahr 1947 Justizminister von Rheinland-Pfalz.[25]

III.

Nicht alle der in die französische Zone zurückgekehrten Emigranten waren Homines politici oder eminente Verwaltungsfachleute wie Nordmann. Doch war der Bereich der Erziehung und der von Frankreich angestrebten »penétration culturelle« nicht weniger bedeutsam.[26] Dies wird besonders im Saargebiet deutlich; aber auch im übrigen französischen Besatzungsgebiet tat sich hier ein Betätigungsfeld für Remigranten aus dem kulturellen und Geistesleben auf. Alfred Döblin ist hier ein typisches Beispiel.

Döblin war wegen seiner jüdischen Familie bereits 1933 emigriert, zuerst in die Schweiz und von dort nach Frankreich. Er fand gesellschaftlichen Zugang vor allem zu literarischen Kreisen und arbeitete ab Herbst 1939 für das Pariser Informationsministerium. Im Zuge der nach Kriegsausbruch erfolgten Evakuierung der Pariser Behörden floh Döblin im Juni 1940 zunächst mit seiner Dienststelle vor den anrückenden deutschen Truppen. Er nahm jedoch seinen Abschied, um seiner Familie auf der weiteren Flucht in die USA folgen zu können. Sie führte über Südfrankreich nach Spanien und schließlich nach Portugal. Von dort konnte er mit Hilfe des *Emergency Rescue Committee* und aufgrund einer Initiative von Hermann Kesten mit seiner Frau und dem jüngsten Sohn nach New York übersetzen. In den USA weitgehend isoliert, erfolgte die 1941 vollzogene und eine langjährige welt-

[24] Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, Von Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949. Neuwied/Berlin 1966, S. 414.

[25] Vgl. Heinrich KÜPPERS, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955. Mainz 1990, S. 122ff.; SCHWARZ, (s. Anm. 24), S. 413.

[26] Vgl. Jérôme VAILLANT (Hrsg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente. Konstanz 1984; ders., Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, in: Institut françcais de Stuttgart (Hrsg.), Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. Tübingen 1987.

anschauliche Entwicklung beschließende Konversion zum Christentum katholischer Konfession.[27]

Unmittelbar nach der deutschen Kapitulation wandte sich Döblin an alte Bekannte aus seiner Zeit im französischen Informationsministerium, namentlich an Robert Minder und Ernest Tonnelat – beide französische Germanisten. Von dort erging der Vorschlag, im Bildungsressort der französischen Besatzungsbehörde tätig zu werden; im Juli 1945 offerierte ihm Raymond Schmittlein, auch er eine Germanist, der in der Französischen Besatzungszone für die Kulturpolitik zuständig war, einen Posten in der neu eingerichteten »Direction de l'Education publique«.[28] Döblin nahm das Angebot postwendend an und reiste im Oktober 1945 zurück nach Frankreich und von dort einen Monat später nach Baden-Baden, dem Sitz der französischen Militärregierung.

Die »Direction de l'Education publique« war eine Behörde mit verschiedenen Ressorts.[29] Döblin leitete von November 1945 bis Ende 1948 das »Bureau des Lettres«, das der Abteilung »Beaux Art« unterstellt war; sein Titel war der eines »Chargé de Mission auprès du Gouvernement en Allemagne«, und er trug französische Offiziersuniform. Seine Aufgabe war neben der Herausgabe einer Monatsschrift für Literatur und Kultur – ab 1946 erschien die Zeitschrift »Das Goldene Tor« – die Begutachtung bzw. Zensur von zum Druck vorgelegten Buchmanuskripten. Dabei handelte es sich nicht nur um Belletristik im weitesten Sinne, sondern auch um Sachbücher.[30] Döblins Einsatz erfolgte angesichts seines außerordentlicheen Resevoirs an Beziehungen und Erfahrungen jedoch vor allem auch als treibende Kraft und Integrationsfigur eines neu zu organisierenden literarischen Lebens. Dies gilt u. a. für seine Initiierung des »Verbandes Südwestdeutscher Autoren«. Nach dem Inkrafttreten des alliierten Besatzungsstatuts für Westdeutschland im Jahr 1949 und dem Verzicht der Besatzungsmächte auf die Verfügungsgewalt im Kulturbereich wurde auch die »Direction de l'Education publique« aufgelöst, die als »Direction Générale des Affaires Culturelles« in Mainz weiterlebte. In diesem Rahmen edierte Döblin seine Kulturzeitschrift weiter bis zum Jahr 1951.[31] Ab 1953 lebte Döblin wieder in Paris.

Im kulturellen Bereich wurde auch Karl Thieme tätig, der nach 1945 als Berater der französischen Militärregierung arbeitete. Thieme, der in der

---

[27] Die Biographie Döblin in: BHB II (mit weiterführender Literatur).

[28] Vgl. Alexandra Birkert, Das Goldene Tor. Alfred Döblins Nachkriegszeitschrift. Frankfurt/M. 1989, S. 218ff.

[29] Folgende »Sous-Directions«: 1. Enseignement, 2. Universités et Recherches, 3. Sports et Jeunesse, 4. Beaux-Arts, 5. Etudes et Documentation. Birkert, (s. Anm. 28), S. 220.

[30] Döblin las und beurteilte monatlich 50 bis 60 Manuskripte. Vgl. Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949. München 1994, S. 283.

[31] Die Zeitschrift wurde aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eingestellt. Birkert, (s. Anm. 28), S. 225.

Weimarer Republik zum »Hofgeismarer Kreis« der Jungsozialisten und zum »Bund religiöser Sozialisten« gehört hatte, war nach Berufsverbot und Haft 1935 in die Schweiz emigriert. Wie später Döblin, war er bereits 1934 zum Katholizismus konvertiert, allerdings aufgrund der Gleichschaltung der Evangelischen Kirche, der er bis dahin angehört hatte. Thieme gehörte zu den Herausgebern der Zeitschrift des katholischen Jugendwiderstands, *Junge Front/Michael*, und stand im Schweizer Exil in Verbindung mit Joseph Wirth und Hermann Rauschning. Im Dezember 1944 schrieb er an einen Freund, den im brasilianischen Exil lebenden ehemaligen Reichstagsabgeordneten der Zentrumsparrtei Johannes Schauff, daß doch das Rheinland endlich eigenständig werden müsse, auf dem 130 Jahre »preußisches Joch« gelastet habe.[32] Thieme war nach 1945 Hochschullehrer in Mainz und wurde 1953 Professor und 1954 Direktor des von den Franzosen gegründeten Dolmetscherinstituts in Germersheim in der Pfalz.[33]

Das akademisch-pädagogische Engagement von Emigranten erfolgte vor dem schwierigen Hintergrund, aber auch in Akzeptanz der französischen Entnazifizierungs- und Umerziehungsziele.[34] Die propagierte »pédagogie nouvelle« mutierte allerding häufig zu massiver Propaganda, die vor allem auf die preußisch-militaristischen Traditionen als dem Grund allen Übels abzielte.[35] Emigranten waren häufig bemüht, dieses holzschnittartige Vorgehen der Franzosen vor allem im Erziehungs- und Bildungsbereich zu differenzieren. Dies gilt für den Schriftsteller Döblin ebenso wie für den Hochschullehrer Thieme.

IV.

Eine größere und vielfach entscheidende politische und gesellschaftliche Rolle hatten nach 1945 aus dem Exil zurückgekehrte Emigranten im Saargebiet gespielt.[36] Hier zielte die französische Politik auf eine definitive Se-

---

[32] Brief Thieme an Schauff vom 15. Dez. 1944. NL Schauff im Inst.für Zeitgeschichte (ED 346, Teil I, Bd. 8).

[33] Thieme (1902–1963) war ab 1948 einer der Hrsg. des »Freiburger Rundbrief[s]«, sein Engagement galt dem christlich-jüdischen Dialog. Die Biogr. in BHB II, der NL Thieme im Inst.für Zeitgeschichte (ED 163).

[34] Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern. Stuttgart 1981; Reinhard Grohnert, Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der »Epuration« am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone. Stuttgart 1991.

[35] Vgl. Monique Mombert, Les Français et la jeunesse en Zone Française d'Occupation de 1945–1955, in: Stefan Martens (Hrsg.), Vom ›Erbfeind‹ zum ›Erneuerer‹. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Sigmaringen 1993, S. 177f.

[36] Hierzu generell: Dieter Marc Schneider, Saarpolitik und Exil 1933–1955, in: VfZ 25/1977, S. 467–545; Gerhard Paul, »Emigrantenstaat« auf tönernen Füßen. Das Saarland

paration, steht andererseits aber auch im Kontext der allgemeinen auf Deutschland bezogenen geopolitischen Ambitionen.

Als der französische Militärgouverneur an der Saar, Gilbert Grandval, daranging, seinen eigenen Verwaltungsapparat aufzubauen, führte er parallel dazu Gespräche mit der noch von dem Amerikanern, die das Saargebiet im März 1945 als erste besetzt hatten, eingesetzten saarländischen Regierungskommission. Deren Chef, Hans Neureuther, erschien Grandval kompetenter als die eigene bereits bestehende Besatzungsadministration, in der er anfangs zudem auf untergetauchte ehemalige Vichy-Funktionäre angewiesen war.[37] Eine konstruktive Zusammenarbeit von französischer Miltär- und saarländicher Zivilverwaltung ermöglichten jedoch vor allem die Ressortchefs im saarländischen Regierungspräsidium bzw. der späteren Verwaltungskommission, die als Emigranten in Frankreich gewesen waren. In der ersten Besetzung leiteten sie bereits die politischen Schlüsselressorts Inneres und Personal.[38]

Ante portas stand aber bereits auch jener saarländische Politiker, der den wichtigsten Gegenpart zu Grandval spielen sollte, Johannes Hoffmann.[39] Auch Hoffmann – einer der führenden Zentrumspolitiker an der Saar und seit 1929 Chefredakteur der *Saarbrücker Landeszeitung* – war Emigrant. Als einer der exponiertesten Gegner der Rückkehr des Saarlandes an das Deutschland Hitlers war er 1935 nach dem Referendum nach Frankreich und später Luxemburg geflohen.[40] Bei Kriegsausbruch arbeitete er für den deutschsprachigen Dienst des französischen Rundfunks und emigrierte

---

nach 1945, in: Claus-Dieter Krohn und Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands. Marburg 1997, S. 211–252.

[37] Vgl. Dieter Marc Schneider, Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945–1955, in: Martens, Vom Erbfeind zum Erneuerer, (s. Anm. 35), S. 209ff.

[38] Heinrich Danzebrink (1883–1964), Departementchef für Inneres; vor 1933 Regierungsrat in Münster/Westfalen, nach NS-Machtübernahme entlassen, Dezember 1933 Eintritt in die saarländische Regierungskommission (im Direktorium des Innern zuständig für politische Flüchtlinge); nach Rückgliederung des Saarlandes 1935 Emigr. nach Frankreich, bei Kriegsausbruch Eintritt in die franz. Armee, 1943 in Lyon durch Gestapo verhaftet, nach Flucht Lehrer in Savoyen. Georg Schulte (1903–1976), Oberregierungsrat und Leiter des Personalamts; vor 1935 Red. der sozialdem. *Volksstimme* in Saarbrücken, 1935 Emigr. nach Frankreich, 1942 Verhaftung durch Gestapo und Konzentrationslager, nach Kriegsende einer der Initiatoren des Wiederaufbaus der saarländ. SPD; in der Verwaltungskommission 1946/47 Direktor der Abt. für Inneres (Funktion des Innenministers); Schneider, (s. Anm. 36), S. 535 u. 543f.; BHB I.

[39] Zur Biogr. Hoffmanns: BHB I; Karl August Schleiden, Johannes Hoffmann (1890–1967), in: Saarländische Lebensbilder, Bd. 4. Saarbrücken 1989, S. 251–276; Brigitte Steinle, Johannes Hoffmann – ein Leben. Pivatdruck 1990; Hermann Görgen, Ein Leben gegen Hitler. Geschichte und Rettung der »Gruppe Görgen«. Autobiographische Skizzen. Münster u.a. 1997, S. 34ff., 171ff.

[40] Zum Abstimmungskampf im Saargebiet vgl. Patrik Von zur Mühlen, »Schlagt Hitler an der Saar!« Abstimmungskapmpf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935. Bonn 1979; Klaus-Michael Mallman und Gerhadt Paul, Das zersplitterte Nein, Saarländer gegen Hitler. Bonn 1995.

dann 1941 nach Brasilien. In Rio de Janeiro stand er in engem Kontakt mit emigrierten französischen Widerstandskreisen um Georges Bernanos. Hoffmann war bereits im Spätsommer 1945 – offenbar auf eine Intervention des *Comité interministériel des affaires allemandes et autrichiennes* hin – via Paris an die Saar zurückgekehrt. Er wird Mitherausgeber der *Neuen Saarbrücker Zeitung*, in der er, wie z. B. anläßlich des Besuchs von General de Gaulle am 3. Oktober 1945 in Saarbrücken, seine Sympathie für die französische Saarpolitik erklärt.[41]

In die nach den ersten Kommunalwahlen am 8. Oktober 1946 eingesetzte »Verwaltungskommission« wurden auf Weisung Grandvals weitere ehemalige Frankreich-Emigranten berufen, so die beiden Direktoren für Arbeit und Wohlfahrt sowie für Unterrichtswesen.[42] Später wuchs noch die Anzahl von Emigranten auf allen Verwaltungs- und Regierungsebenen, vor allem spielten sie eine herausragende Rolle in den 1945 bis 1946 gegründeten Parteien.[43]

Nicht als Partei im herkömmlichen Sinne war gleich nach Kriegsende das *Mouvement pour la Libération des la Sarre* (MLS) aktiv geworden, dessen Mitglieder bald wichtige Positionen in der Zivilverwaltung wie auch in den Parteien einnahmen. Das MLS war im März 1945 in Paris von Emigranten gegründet worden und war eine kompromißlose Anschlußbewegung im Sinne der Schaffung eines französischen »Département Sarre«. Einige Mitglieder waren bereits vorher als Propagandisten der *Association française de la Sarre* aufgetreten, darunter der spätere saarländische Innenminister Edgar Hector.[44] Zwar wurde dem MLS, das bereits unter amerikanischer Be-

---

[41] *Neue Saarbrücker Zeitung*, 6. 10. 1945.

[42] Richard Kirn (Arbeit und Soziales), Gewerkschafter, organisierte nach seiner Emigration 1936 in Frankreich die emigrierten saarländischen Bergarbeiter in einer deutschen Sprachgruppe der CGT, Sekretär des lothringischen Bergarbeiterverbandes, nach Kriegsausbruch interniert und Auslieferung an Gestapo, VGH-Urteil zu 8 Jahren Zuchtaus, 1945 Befreiung aus Zuchthaus Brandenburg durch die Rote Armee, Nov. 1945 Rückkehr nach Saarbrücken. Schneider, (s. Anm. 36), S. 505, 538; BHB I. Emil Straus (Unterrichtswesen), Gymnasiallehrer in Saarbrücken, konvertierte 1934 vom Judentum zum Katholizismus, 1935 Emigration nach Frankreich, während des Krieges Anschluß an Résistance (Offizier), 1945 Rückkehr nach Saarbrücken. Schneider, (s. Anm. 36), S. 544; BHB I.

[43] Vgl. Hartmut Mehringer, Werner Röder und Dieter Marc Schneider, Zum Anteil ehemaligerEmigranten am politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich, in: Wolfgang Frühwald, Wolfgang Schieder (Hrsg.), Leben im Exil. Hamburg 1981, S. 221.

[44] Edgar Hector (1911–1989), Jurist, kommt aus einer exponiert frankophilen Familie aus Saarlouis, die 1930 in Frankreich eingebürgert wurde. Studium und Militärdienst in Frankreich, dort Vors. der *Union franco-sarroise*, 1935 als Bürger von Saarlouis Emigr. nach Frankreich, Berufung in das von der franz. Regierung eingerichtete *Office Sarrois*, während des Kriegs franz. Offizier und Résistance; nach 1945 Eintreten für ein franz. Département Sarre, Mitbegründer des *Mouvement pour la Libération de la Sarre* (später *Mouvement pour le Rattachement des la Sarre*), Rückkehr an die Saar als franz. Offizier im Stab des Gouverneurs Grandval; Mitbegründer der CVP, Mitgl. des PV. Schneider, (s. Anm. 36),

satzung, also Monate vor Zulassung der eigentlichen politischen Parteien, aktiv geworden war, von Seiten der Militärregierung keine offizielle Funktion zuerkannt. Die Bewegung war trotzdem sowohl auf dem propagandistischen Sektor wie auch als veritable *pressure group* hinter den politischen Kulissen für Gouverneur Grandval eine durchaus nützliche und geschätzte Schachfigur in der Entwicklung französisch-saarländischer Beziehungen.[45]

Für das MLS – ab Februar 1946 *Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France*[46] – war der wirtschaftliche Anschluß lediglich eine Etappe auf dem Weg zur vollständigen, auch politischen Eingliederung des Saargebietes. Zu den führenden Männern des MLS und späteren MRS gehörte Edgar Hector, daneben weitere Emigranten wie der ehemalige saarländische KPD-Vorsitzende Fritz Pfordt[47], Alfred Levy[48] und Thomas Blanc.[49] Nach Zulassung der politischen Parteien gelangten Mitglieder des MLS bzw. MRS in deren Führungsspitzen. Dies gilt zumindest für die Christliche Volkspartei (CVP) und die Sozialdemokratische Partei (SPS).

Johannes Hoffmann wurde der Vorsitzende der im Januar 1946 gegründeten Christlichen Volkspartei, zur weiteren Führungsspitze gehörten Edgar Hector, Emil Straus und Heinrich Danzebrink. Von den neun Mitgliedern des im Oktober 1945 einberufenen Gründungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes[50] waren sieben Emigranten: Georg Schul-

---

S. 486ff., 537; BHB I; Alexis Andres, Edgar Hector et la question sarroise 1920–1957. Mémoire de Maîtrise Univ. Strasbourg, 1996.

[45] Michel Debré spricht von einem »mouvement sarrois pour l'annexion qui a les faveurs de Grandval« (Michel Debré, Trois républiques pour une France. Mémoires, 1946–1958. Paris 1988, S. 52). Grandval sorgte dafür, daß das MLS von Paris finanzielle Zuwendungen erhielt (NL Grandval, St.Cloud, Dossier MRS).

[46] Zur Geschichte und Funktion des MRS/MLS vgl. Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945–1957, Bd. I. Berlin 1959, S. 149ff.; ein programmatisches Dokument der Bewegung, hrsg. vom Vorstand des MRS (»Mémoire du Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France concernant le règlement du problème de la Sarre) in: Jacques Freymond, Die Saar 1945–1955. München 1961, S. 367–372 (Anhang I).

[47] Pfordt war 1935 zuerst nach Frankreich und von dort über Skandinavien in die Sowjetunion emigriert, dort Bruch mit dem stalinistischen Kommunismus; 1946 Rückkehr ins Saargebiet.

[48] Alfred Levy (1888–1962), Landgerichtsrat und Richter in Saarbrücken, 1935 aus dem Staatsdienst entlassen und Emigration nach Luxemburg und Frankreich, bereits 1945 im Vorstand des MLS, 1946 Rückkehr ins Saargebiet, Langerichtsdirektor beim Landgericht Saarbrücken, 1946–1953 Senatspräs. OLG Saarbrücken. Schneider, (s. Anm. 36), S. 539; BHB I.

[49] Thomas Blanc (1895–1967), Funktionär der SPD Saar; 1935 Emigration nach Frankreich, 1936 ausgebürgert, nach Kriegsausbruch interniert, 1943 verhaftet und in Deutschland abgeurteilt (drei Jahre Zuchtaus), April 1945 befreit, nach Rückkehr an die Saar aktiver SPS-Politiker. Schneider, (s. Anm. 36), S. 533; BHB I.

[50] Zunächst eine Wiedergründung der SPD, Bezirk (Landesverband) Saar, ab Mitte 1947 nach organisatorischer Verselbständigung »Sozialdemokratische Partei Saar« (SPS).

te, Richard Kirn, Heinrich Wacker[51], Richard Rauch[52], Hermann Petri[53], Ernst Roth[54] und Ernst Kunkel.[55] Dem Gründungsvorstand Anfang 1946 gehörten neben Schulte (1. Vorsitzender) Wacker und Kirn außerdem die Remigranten Luise Schiffgens[56] und Heinz Braun[57] an. Zur Parteispitze gehörten weiter die aus dem Exil zurückgekehrten Johann Pitz[58], Peter Schattner[59] und Karl Mössinger.[60]

---

[51] Heinrich Wacker (11887–1970), Gewerkschaftsfunktionär, 1935 Emigration nach Frankreich, 1943 von Gestapo verhaftet, Zwangsarbeit in Böhmen und Schlesien, 1946 Rückkehr an die Saar, am Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung beteiligt, 1947 erster Präs. der saarl. Einheitsgewerkschaft. BHB I.

[52] Richard Rauch (1897–1977), im Exil in Frankreich, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, 1950 1. Vors. des Industrie-Verbandes Metall Saar. BHB I.

[53] Hermann Petri (1883–1957), 1919–1935 Gewerkschaftssekr. des *Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands*, Bez. Neunkirchen/Saar; 1935 Emigr. nach Frankreich, illegale Gewerkschaftsarbeit, aktiv in »Arbeitsauschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands«, Mitarb. *Office Sarrois*, 1943 durch Gestapo verhaftet, VGH-Urteil zu 6 Jahren Zuchhaus, 1945 befreit. BHB I.

[54] Ernst Roth (1901–1951). Journalist, Red. *Saarbrücker Zeitung* und *Volksstimme* Mannheim, Vors. *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* Mannheim, 1932–1933 MdR (SPD); 1933 ins Saargebiet, von dort 1934 Emigr. nach Frankreich, 1939 ausgebürgert, nach Kriegsausbruch vorübergehend interniert, danach Anschluß an Résistance (Armée Secrète, Francs-Tireurs et Partisans Français), nach Rückkehr an die Saar Chefred. *Saarbrücker Zeitung*, 1946–1948 Generalsekr. der SPS, 1946–1948 StadtVO Saarbrücken, 1948 wegen Opposition gegen SPS-Kurs des Wirtschaftsanschlusses (an Frankreich) und der politischen Separation (von Deutschland) Verlust der Parteiämter und durch Besatzungsmacht Ausweisung aus dem Saargebiet. 1948–1949 Landrat von Frankenthal/Pfalz, 1949–1951 MdB (SPD).

[55] Ernst Kunkel (1908–1984), Verwaltungsbeamter, Parteifunktionär der SPD/S, 1935 Emigr. nach Frankreich, Mitgl. CGT, 1940 in Straßburg verhaftet, anschließend dienstverpflichtet; nach Rückkehr an die Saar 1945–1946 Amtsbürgermeister von Völklingen, 1946–1947 Oberregierungsrat im RegPräsidium Saar, 1947–1951 MinDirektor im Min. des Innern. BHB I.

[56] Luise Schiffgens (1892–1954, 1952 Ehe mit Karl Mössinger), 1921–1924 MdL Preußen, 1924–1930 MdR, seit 1928 im Saargebiet, 1930 im Landesvorst. der SPD/S; 1935 Emigr. nach Frankreich, aktiv in Volksfrontbewegung, 1944 Vorstandsmitgl. *Union des Réfugiés Sarrois en France*, 1948–1954 im Landesvorst.der SPS, 1952–1954 MdL Saar.

[57] Heinz Braun (1883–1962), in der Weimarer Rep. bekannter Strafverteidiger in pol. Prozessen, 1933 verhaftet und Flucht ins Saargebiet, verantwortl. Red. *Volksstimme* Saarbrücken, 1935 Emigr. nach Frankreich, Justitiar *Office Sarrois*, 1940 nach Großbritannien, nach dem Kriege jurist. Berater der brit. Deleg. beim Interalliierten Gerichtshof in Nürnberg, 1946 Ernennung zum Generalstaatsanwalt im Saarland, 1946–1955 Mitgl. Landesvorst. SPS, bis 1955 MdL Saar, 1947–51 und 1952–55 Justizmin. in der 1. und 2. Reg. Johannes Hoffmann. BHB I; SCHNEIDER, (s. Anm. 36), S. 233 f.

[58] Johann Pitz (1883–1965), Red. *Volksstimme* Saarbrücken, 1935 Emigr. Frankreich, 1945 Rückkehr an die Saar, Red. und 1948–56 Chefred. der wiedergegründeten *Volksstimme* in Saarbrücken, 1949–56 Bürgerm. von Dudweiler. BHB I.

[59] Peter Schattner (1894–1962), Emigration nach Brasilien, nach Rückkehr als Nachfolger von Ernst Roth 1948–51 General- bzw. (ab 1949) Landessekr. der SPS. BHB I.

[60] Karl Mössinger (1888–1961, Ehemann von Luise Schiffgens), Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 1924–28 Sekr. des SPD-Parteibez. Aachen, 1928–33 Landessekr. SPD/S. 1935 Emigr. nach Frankreich, Anschluß an *Bewegung Freies Deutschland für den Westen*, 1943 Mitgr. und bis 1945 Mitgl. *Komitee Freies Deutschland für den Westen*

Auch in der im Januar 1946 wiedergegründeten Kommunistischen Partei des Bezirks Saar-Nahe waren in den ersten Jahren führende Funktionäre Emigranten. Die Partei war ein Gegner eines auch nur wirtschaflichen Anschlusses des Saargebiets an Frankreich und war französischen Zielen weniger dienlich; allein Karl Hoppe, 1946 Landessekretär der KPD Saar und später Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag, wechselte ins Lager der Autonomisten.[61]

Bei den ersten Gemeindewahlen nach dem Kriege im September 1945 erhielt die CVP 52 %, die SPS 26 % und die KPD 8 % der Stimmen. Dieses Ergebnis entsprach in etwa der Zusammensetzung der »Verwaltungskommission«: Ihr gehörten als Direktoren, d. h. als Ressortleiter im Ministerrang u.a die Emigranten Georg Schulte (Inneres), Richard Kirn (Arbeit und Soziales) sowie Heinrich Danzebrink (Wirtschaft und Verkehr) und Emil Straus (Unterrichtswesen) an. Ihre Beteiligung an dieser ersten autonomen »Saarländischen Regierung ... unter Kontrolle der Militärregierung«[62] war der Beginn einer »Doppelherrschaft« im Zeichen des Divide et impera mit folgender politisch-ökonomischer Zielsetzung: Einbau der Saarwirtschaft in das französische Zoll- und Währungssystem, in politischer Hinsicht jedoch (nach definitiver Aufgabe annexionistischer Bestrebungen von französischer Seite vor allem auf Druck der übrigen Alliierten hin) die Selbstverwaltung der Saarländer.

Dies war die vorgegebene politische Zielrichtung bei der Einsetzung des Verfassungsausschusses durch die Verwaltungskommission am 25. Mai 1947. Von den auf Vorschlag der Parteien, aber auch durch direkte Intervention des Militärgouverneurs ernannten 20 Mitgliedern waren waren sieben Emigranten: Heinz Braun, Richard Kirn und Angelika Braun[63] für die SPS; Johannes Hoffmann für die CVP; Karl Hoppe und Fritz Nickolay für

(KFDW/CALPO), Mitgl. »Deutsche Sprachgruppe« der CGT, vertrat Pläne zur Schaffung einer deutschen Einheitsgewerkschaft, 1944 Org. und Vors. *Union des Réfugiés Sarrois;* 1946–53 RegRat in der Verwaltungskommission, dann im saarländ. Wirtschaftsmin., 1953–55 Landessekr. SPS.

[61] Karl Hoppe (1898–1963), 1924–29 SPD-StadtVO in Kiel, Funktionär des *Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen*, aktiv in der Status-quo-Bewegung im Saargebiet, 1935 Emigr. nach Frankreich, Mitgr. KFDW/CALPO, 1944 Verhaftung und Zwangsarbeit in der Organisation Todt, Flucht und Anschluß an Résistance (Travail Allemand), 1945 Übertritt zur KPD, 1946 Parteisekr. der KPD Saar, 1946–49 StadtVO Saarbrücken, 1947–48 Fraktionsvors. der KPD im Landtag; 1948 Parteiaustritt, 1950–55 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Reg. Hoffmann. Die beiden übrigen Emigranten in der KPD-Parteispitze waren Fritz Bäsel (Emigrant in Frankreich und der Schweiz) und Fritz Nickolay (1935–45 Emigration in Frankreich). SCHNEIDER, (s. Anm. 36), S. 532 u. 519, Anm. 195. BHB I.

[62] *Volksstimme*, 21.6.1947

[63] Angelika (Angèle) Braun (1892–1972), Ehefrau von Max Braun, Mitarb. *Volksstimme* Saarbrücken, 1935 Emigr. Frankreich, Mitarb. *Office Sarrois*, 1946 Rückkehr an die Saar, 1947–52 MdL (SPS).

die saarländische KPD sowie Gustav Levy[64] für die vierte im Saargebiet lizensierte liberale Demokratische Vereinigung (DVS, später Demokratische Partei des Saarlandes/DPS); der Jurist und Senatspräsident Alfred Levy, der dem Vorstand des MRS angehörte, wurde als Vertrauensmann des Militärgouverneurs in den Ausschuß delegiert.[65]

Mit Ausnahme der beiden kommunistischen Vetreter hielten sich sämtliche übrigen Mitglieder des Verfassunsgsauschusses an die genannten politischen und wirtschaftlichen Vorgaben, bei denen sie mit den Vorstellungen der französischen Militärregierung prinzipiell übereinstimmten. Sie werden in der nach den ersten Landtagswahlen vom 5. Oktober 1947 von der Gesetzgebenden Versammlung[66] verabschiedeten Verfassung des Saarlandes noch einmal klar und deutlich formuliert. In deren Präambel heißt es, daß die »Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die Französische Republik» im Rahmen einer »Währungs- und Zollunion« gegründet werde. Dies schließe »die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich« ein, »die Landesverteidigung und die Vetretung der saarländischen Interessen im Ausland« solle durch die Französische Republik erfolgen. Ein Vertreter Frankreichs »mit Verordnungsrecht« solle im Saarland die »Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze« und die »Organisation des Justizwesens« sowie die generelle »Einheitlichkeit der Rechtssprechung« sicherstellen.[67]

Am 26. Dezember 1947 bildete Johannes Hoffmann seine Regierung in Koalition mit der SPS, in der er zugleich das Ministerium für Inneres und das für Wiederaufbau übernahm. Edgar Hector wurde Staatssekretär des Inneren, Richard Kirn Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Heinz Braun für Justiz und Emil Straus für Kultur und Schulwesen. Dem Kabinett gehörten nur zwei Minister an, die nicht im Exil gewesen waren.[68] Diese Führungsgruppe sollte sich, zumindest was die Gewichtung der einzelnen Ressorts anbelangt, bis 1955 nicht wesentlich verändern. Im zweiten Kabinett Hoffmann, das 1951/52 nach vorübergehender Auflösung der Koalition mit der SPS gebildet worden war, rückte Edgar Hector zum Innenminister auf; Emil Straus, als Kulturminister auf saarländischer Seite der Initiator des französisch-saarländischen Kulturabkommens vom 15. Dezember 1948, war nach Zerwürfnissen in der CVP/SPS-Koalition 1950 abgelöst worden und

---

[64] Gustav Levy (1885–1966), Rechtsanwalt in Saarlouis und Saarbrücken, Exil in Frankreich, 1947–52 MdL, nach Austritt aus DPS ab 1950 fraktionslos.

[65] Von den acht Stellvertretern im Verfassungsauschuß waren drei Emigranten: Emil Straus (CVP), Richard Rauch (SPS) und Fritz Bäsel (KPD/S). Vgl. Schmidt, (s. Anm. 46), S. 127ff.

[66] Dem von der Gesetzgebenden Versammlung eingesetzten »Verfassungsauschuß« gehörten neben Johannes Hoffmann und Emil Straus für die CVP, für die SPS Heinrich Danzebrink, Heinz Braun, Richard Kirn und Hermann Petri sowie Gustav Levy für die Liberalen und der Kommunist Fritz Bäsel an.

[67] Zit. nach Schmidt, Bd. II (s. Anm. 46), S. 671.

[68] Franz Singer (Wirtschaft und Verkehr) und Christian Grommes (Finanzen).

ging als saarländischer Botschafter nach Paris. In der dritten Regierung Hoffmann, die im Dezember 1952 wieder zusammen mit der SPS gebildet wurde, erhielten Heinz Braun und Richard Kirn wieder ihre alten Ressorts. Der Führungskreis saarländischer Spitzenpolitiker und Regierungsbeamter, die ebenfalls im Exil gewesen waren, war unterhalb der Kabinettsebene natürlich größer. Als Beispiele können Ernst Kunkel und Guy Kurt Lachmann gelten. Kunkel, zugleich einflußreicher Parteipolitiker im Landesvorstand der SPS, war von 1947 bis 1951 Ministerialdirektor im Inneministerium, de facto der zweite Mann nach Edgar Hector. Lachmann, aus einer saarländischen Industriellenfamilie stammend, hatte während des Krieges eine bedeutende Rolle in der Résistance gespielt und war nach 1945 als französischer Offizier Kreiskommandant in Saarburg gewesen. 1948 bis 1956 war er Landespolizeipräsident.

V.

De Gaulle und die französische Militärregierung in Baden-Baden unter General Koenig verfolgten in den ersten Nachkriegsjahren eine regionalistische Lösung im Sinne einer »Kleinstaaterei« vor allem im Südwesten Deutschlands, die an alte Rheinbund-Vorstellungen Napoleons erinnert. Im Saargebiet, der Heimat des ebenfalls napoleonischen Heerführers Marschall Michel Ney aus Saarlouis, wurden das ursprüngliche Ziel des »rattachement«, d.h. der Wiederangliederung bzw. Annexion aufgegeben zugunsten einer ebenfalls regionalistischen Lösung: das Saargebiet sollte ein autonomes Staatsgebilde werden, wirtschaftlich allerdings eng mit Frankreich verbunden und damit auch politisch beeinflußbar.

Frankreichs politisches Ziel, die Wiedergeburt eines ehedem preußisch dominierten zentralistischen Deutschlands zu verhindern, fand allerdings die Unterstützung von lokalen Patrioten in den rheinischen Gebieten, häufig von einer ebenso dezidiert antipreußischen Haltung, darunter – vor allem im Saargebiet – viele zurückgekehrte Emigranten. Deren Mitarbeit und Einfluß bei der verfassungsmäßigen staatlichen Ausgestaltung dieser verschiedenen, dezentralisierten Regionen sollte nicht einfach als opportunistische Kollaboration interpretiert werden – dies gilt auch für rheinische Politiker, die nicht emigriert waren und die bereits in der Weimarer Republik die gleiche Politik einer antipreußisch definierten Regionalisierung durchführen wollten. Wie bereits erwähnt, gehörte dazu Konrad Adenauer. Die saarländischen Sozialdemokraten hatten bereits vor 1935 in der Abstimmungskampagne gegen eine Rückgliederung des Saarlandes an das nationalsozialistische Deutschland ein autonomistisches politisches Programm entwickelt, in dem die endgültige Einordnung des Saargebietes zwischen Deutschland und Frankreich gefordert wurde.[69] Allerdings hatten dann die

[69] Vgl. Schneider (s. Anm. 36), S. 497f.

anfänglichen Erfolge auf dem Gebiet der regionalistisch-föderalistischen Aufgliederung des rheinischen Westdeutschland letztlich keinen Bestand. Bereits 1946 konstituierte sich das Land Rheinland-Pfalz und 1952 das Land Baden-Württemberg, wobei die von Marcel Nordmann mitausgearbeitete Verfassung des südbadischen Staates in die Verfassung des neuen Landes einging.[70]

Dagegen scheiterte das saarländische Verfassungskonzept eines eigenständigen Staatsgebildes zwischen Frankreich und Deutschland mit der Ablehnung des Referendums im Jahre 1955 völlig. Einige der auf diesem Weg der Separation exponierten saarländischen Politiker wie der Innenminister Hector oder der Kulturminister Straus gingen danach geradezu in ein zweites Exil.

Doch gewann im Zuge der europäischen Einigungsbemühungen die Frage der Regionalisierung zunehmend an Gewicht, eine Entwicklung, die bis heute fortdauert. Die Badener wehrten sich lange gegen die Auflösung ihrer staatlichen Unhabhängigkeit und das Aufgehen in dem neuen Südweststaat.[71] Doch wurde das regionale Element im europäischen Rahmen eher gestärkt. Dies gilt auch für das Saargebiet, wobei gerade diese Regionen und Länder eine besondere Brückenfunktion zum benachbarten Frankreich erfüllen. Somit ist das Engagement der dort tätig gewordenen Emigranten letztendlich doch nicht ohne Erfolg geblieben.

[70] Pfetsch, (s. Anm. 13), S. 430.

[71] Paul-Ludwig Weihnacht, Der Weg in den Südweststaat, in: Pfetsch, (s. Anm. 13), S. 321.

Am 23. Mai 1949 unterzeichneten in alphabetischer Abfolge 61 Abgeordnete des Parlamentarischen Rates sowie die fünf Abgeordneten Groß-Berlins das Grundgesetz. Zwei Abgeordnete fehlten in dieser 12. (und letzten) Sitzung entschuldigt; die an der Sitzung teilnehmenden Heinz Renner und Max Reimann, beide KPD, weigerten sich, »die Spaltung Deutschlands« zu unterschreiben.
Nach den Abgeordneten unterzeichneten die Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten der elf Länder der drei Westzonen; abschließend bezeugten Oberbürgermeister Ernst Reuter und Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Ernst Suhr (hinter Reuter stehend), vom Präsidenten Dr. Konrad Adenauer in umgekehrter Reihenfolge aufgerufen, mit ihrer Unterschrift das Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin »zu den Prinzipien und Zielen des vom Parlamentarischen Rat in Bonn am 8. Mai 1949 beschlossenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland«. Reuter und Suhr hatten zuvor als Berliner Abgeordnete des Parlamentarischen Rates die Annahme des Grundgesetzes bekräftigt.

Emigranten im Parlamentarischen Rat

Wolfram Werner

Als der Parlamentarische Rat am 23. Mai 1949 im Plenarsal der Pädagogischen Akademie in Bonn das Grundgesetz feierlich ausfertigte und die Parlamentarier einzeln zum Unterschreiben aufgerufen wurden, waren unter den von den Parlamenten der Länder gewählten 65 stimmberechtigten und fünf Berliner Abgeordneten mit beratender Stimme zahlreiche Persönlichkeiten, deren berufliche und politische Laufbahn durch das Dritte Reich beeinträchtigt worden war oder die aktiven Widerstand geleistet hatten. Parlamentarier, die während des Dritten Reiches Deutschland aus politischen Gründen verlassen hatten, gehörten nur der SPD und der KPD an.[1] Es waren dies aus der SPD: Dr. Rudolf Katz, Justizminister aus Schleswig-Holstein; Friedrich Wilhelm Wagner, Rechtsanwalt aus Rheinland-Pfalz; Dr. Fritz Eberhard (urspr. Hellmut von Rauschenplat), aus Württemberg-Baden; Ernst Reuter, Oberbürgermeister von Berlin; Dr. Fritz Löwenthal, Rechtsanwalt aus Nordrhein-Westfalen. Ferner ist zu nennen Erich Ollenhauer, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD. Von der KPD waren dies ihre Abgeordneten Max Reimann und Heinz Renner.

Die Länder, in denen die Emigranten Zuflucht gefunden hatten, waren die USA für Rudolf Katz und Friedrich Wilhelm Wagner, England für Fritz Eberhard und Erich Ollenhauer, Frankreich für Heinz Renner, die Türkei für Ernst Reuter und die Sowjetunion für Fritz Löwenthal.

Die Diskussion über eine künftige Verfassung für Deutschland war in den Ländern aller vier Zonen zu Beginn der Arbeit des Parl. Rates am 1. September 1948 schon längere Zeit aktiv geführt worden und hatte auch bereits zu einigen Positionspapieren geführt.[2] Eine herausragende Rolle hatten

[1] Als zusammenfassende Darstellung zur Geschichte des Parl. Rates vgl. Michael Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Göttingen 1998. Zur Zusammensetzung und Wahl s. Richard Ley, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen. Eine Bilanz nach 25 Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 (1973), S. 373–391. Zu den Biographien der Parlamentarier s. Erhard H. M. Lange, Gestalter des Grundgesetzes. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates. 15 historische Biographien. Brühl 1999. Von den Emigranten werden dort behandelt: Fritz Eberhard, Rudolf Katz und Max Reimann. Die anderen biographischen Daten stammen insbesondere aus Unterlagen, die zur Vorbereitung einer Abhandlung über den Parl. Rat gesammelt wurden, in BArch Z 5 Anhang/1. Alle im folgenden benannten Personen finden sich im Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I, München [...] 1980.

[2] Wolfgang Benz (Hrsg.), Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussionen 1941–1949. München 1979.

Emigranten in diesen Diskussionen nicht gespielt. In der konkreten Arbeit des Parl. Rates sollten diese Vorüberlegungen allerdings ohnehin nur eine geringe Bedeutung haben. Die konkrete Arbeitsgrundlage wurde letztlich in fast allen Fachausschüssen der Entwurf des Verfassungskonventes auf Herrenchiemsee.[3] Am Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee war nur ein Emigrant beteiligt gewesen, der Wirtschaftswissenschaftler Fritz Baade. Er hatte die NS-Zeit, wie auch Ernst Reuter, in der Türkei überlebt.

Eine detailliertere Untersuchung der Arbeit der o. g. Abgeordneten in den verschiedenen Gremien des Parl. Rates ist in der zur Verfügung stehenden Zeit kaum zu liefern. Sie müßte vor allem versuchen, die Stellung der jeweiligen Persönlichkeiten im Beziehungsgeflecht ihrer Fraktion zu analysieren. Hierfür gibt es jedoch keine konzentrierten Quellen, denn Fraktionsprotokolle der SPD und der KPD sind – anders als für die CDU/CSU[4] – nicht überliefert. Hauptquelle meiner Ausführungen sind daher die inzwischen weitgehend edierten Protokolle der offiziellen und inoffiziellen Gremien des Parl. Rates, insbesondere natürlich die Protokolle der Fachausschüsse, die die Abgeordneten »in Aktion« zeigen.[5]

Dr. Rudolf Katz (30. Sept. 1895–23. Juli 1961)

Unter den oben benannten Abgeordneten war Dr. Rudolf Katz für die Arbeit am Grundgesetz sicher die bedeutsamste Persönlichkeit. Einige Bemerkungen zu seiner Vita sind daher angebracht: Er wurde als Sohn eines jüdischen Lehrers und Kantors am 30. September 1895 in Falkenburg/Pommern geboren. Später trat er zum evangelischen Glauben über. Seine Kindheit und Jugend verlebte er in Kiel, wo er mit Unterbrechung des Ersten Weltkrieges, an dem er als Kriegsfreiwilliger teilnahm, Jura studierte und von Walter

[3] Vgl. Bd. 2 der in Anm. 5 benannten Reihe.

[4] Rainer Salzmann (Bearb.), Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion. Stuttgart 1981.

[5] Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv: Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard 1975; Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, Boppard 1981; Bd. 3: Ausschuß für Zuständigkeitsabgrenzung, bearb. von Wolfram Werner, Boppard 1986; Bd. 4: Ausschuß für das Besatzungsstatut, bearb. von Wolfram Werner, Boppard 1989; Bd. 5: Ausschuß für Grundsatzfragen, bearb. von Eberhard Pikart und Wolfram Werner, Boppard 1993; Bd. 6: Ausschuß für Wahlrechtsfragen, bearb. von Harald Rosenbach, Boppard 1994; Bd. 7: Entwürfe, bearb. von Michael Hollmann, Boppard 1995; Bd. 8: Die Beziehungen des Parlamentarischen Rates zu den Militärregierungen, bearb. von Michael F. Feldkamp, Boppard 1995; Bd. 9: Plenum, bearb. von Wolfram Werner, München 1996; Bd. 10: Ältestenrat, Geschäftsordnungsausschuß und Überleitungsausschuß, bearb. von Michael F. Feldkamp, München 1997; Bd. 11: Interfraktionelle Besprechungen, bearb. von Michael F. Feldkamp, München 1997; Bd. 12: Finanzausschuß, bearb. von Michael F. Feldkamp und Inez Müller, München 1999.

Jellinek mit einer rechtsvergleichenden Arbeit über die Stellung des Staatsoberhauptes promoviert wurde.

Nach einer juristischen Referendartätigkeit im Bereich des Oberlandesgerichts Kiel schloß er im Frühjahr 1923 sein Assessorexamen ab und begann danach eine Tätigkeit als Syndikus in Lübeck; im Frühjahr 1924 ließ er sich als Rechtsanwalt in Altona nieder. Im Jahr 1929 wurde er für die SPD in die Stadtverordnetenversammlung von Altona gewählt; von Anfang 1932 – Anfang April 1933 war er dort Stadtverordnetenvorsteher.

Um einer drohenden Verhaftung aus politischen Gründen zu entgehen, floh er Anfang April 1933 zusammen mit Max Brauer nach China, wo beide im Auftrage des Völkerbundes für die Regierung Tschiang Kai-scheck als Berater in Kommunalangelegenheiten wirkten. Von China aus emigrierte er Ende 1934 in die USA; dort arbeitete er bis 1938 als wissenschaftlicher Assistent am »Institute of Public Administration« der Columbia Universität in New York. Zwischen 1938 und 1946 nahm er zahlreiche Funktionen in verschiedenen Vereinigungen wahr, u. a. war er Sekretär der »German Labor Delegation in USA«(GLD), einer von emigrierten Sozialdemokraten gegründeten Studiengesellschaft, die sich u. a. damit befaßte, für den Zeitpunkt nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes Pläne für die Wiederbegründung einer freien Arbeiterbewegung und die Einführung demokratischer Strukturen in Deutschland zu entwerfen. Die American Federation of Labour entsandte Katz im Sommer 1946 zusammen mit Max Brauer nach Deutschland; 1947 nahm er wieder die deutsche Staatsangehörigkeit an. Im Dezember 1947 (–1950) wurde er bereits Justizminister von Schleswig-Holstein. In den Parl. Rat vom Landtag von Schleswig-Holstein berufen, nahm Rudolf Katz unter den Parlamentariern der SPD-Fraktion neben dem Fraktionsvorsitzenden Carlo Schmid, dem eigentlichen Verfassungsexperten der SPD Walter Menzel und Georg August Zinn eine wesentliche Rolle ein. Er erhielt zwar keinen Ausschußvorsitz, wurde aber dennoch eine zentrale und viele Themen mitgestaltende Figur.

Sein hauptsächliches Tätigkeitsfeld war der Ausschuß für die Organisation des Bundes, dessen Vorsitzender der CDU-Abgeordnete Dr. Robert Lehr war. Die in diesem Aussschuß zu bearbeitenden Gebiete waren im wesentlichen die späteren Grundgesetz-Kapitel II – VII und XI: Der Bund und die Länder, der Bundestag, der Bundesrat, der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Gesetzgebung des Bundes sowie die Übergangs- und Schlußbestimmungen. Katz war in diesem Ausschuß, der zunächst als Kombinierter Aussschuß für Organisation des Bundes sowie Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege tagte, stellvertretender Vorsitzender.[6]

Insbesondere bei folgenden Fragen war er durch wesentliche Beiträge in den Diskussionen vertreten: Zusammensetzung, Funktion und Arbeitsmethode der Bundesorgane, Organisation des Bundes und Wege der Ge-

[6] Die Protokolle dieses Aussschusses,. bearb. von Edgar Büttner und Michael Wettengel werden als Bd. 13 der Edition (vgl. Anm. 5) im Jahre 2000 erscheinen.

setzgebung. Besonders engagierte er sich für das konstruktive Mißtrauensvotum, wodurch Regierungskrisen vermieden werden und eine Stärkung des Kanzlers – im Vergleich zu Weimarer Verhältnissen – erreicht werden sollte. Der Verfassungsgerichtsbarkeit wollte er eine zentrale Stellung zukommen lassen.

Es war demnach nur folgerichtig, daß er im »Schriftlichen Bericht zum Entwurf des Grundgesetzes«[7] den Teil VII »Die Gesetzgebung« als Berichterstatter verfaßte, obwohl zumeist nur Ausschußvorsitzende Berichterstatter wurden.

In einem Fragebogen aus dem Jahr 1956 zur Vorbereitung einer Geschichte des Parl. Rates beantwortete er die Frage nach seinen Spezialthemen bei der Arbeit des Parl. Rates ebenso kurz wie knapp mit den Worten: 1. Bundesorgane, 2. Rechtswesen, 3. Übergangsprobleme.[8]

Auch im Hauptausschuß, dem er als stellvertretendes Mitglied angehörte, war er in hohem Maße durch Redebeiträge präsent, sofern die Materien behandelt wurden, die im Ausschuß für Organiationsfragen vorberaten worden waren. In nicht weniger als 24 Sitzungen von insgesamt 59 Sitzungen des Hauptausschusses ergriff er das Wort.[9] Sein materieller Beitrag an der Ausformung des Grundgesetzes war zweifellos unter allen o.g. Emigranten im Parl. Rat der wichtigste, selbst wenn es kaum gelingen dürfte, einzelne Bestimmungen ihm individuell zurechnen zu wollen.

Im Plenum hatte Katz seinen ersten und einzigen Auftritt am 20. Oktober 1948 bei der ersten Aussprache über das besonders umstrittene Kapitel »Länderkammer«[10]; er sprach sich dabei für einen reinen Senat aus, wobei er als Kernpunkte des Senatsprinzips das nichtinstruierte Votum und die Wahl von frei zu wählenden Persönlichkeiten durch die Landtage bezeichnete. Der Volkskammer, später Bundestag genannt, sollte im Falle des Dissenses eine »Superiorität« zukommen, um Parlaments- und Staatskrisen möglichst zu vermeiden.

Diese Plenarsitzung war von der SPD erzwungen worden, um den Meinungsbildungsbildungsprozeß in der CDU/CSU über die Länderkammer zu beschleunigen, was freilich nur bedingt gelang. Kurz zuvor hatte Menzel in einem Bericht kritisiert, daß im Ausschuß für Organisationsfragen zu sehr auf die Zusammensetzung und zu wenig über die Funktion der Länderkammer geredet werde.[11]

Bei der Betrachtung der Redebeiträge von Katz ist interessant, wie er seine Kenntnisse und durchaus illusionslose Analyse der amerikanischen

---

[7] Schriftlicher Bericht zum Entwurf des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland; Anlage zum stenographischen Bericht der 9. Sitzung des Parlamentarischen Rates am 6. Mai 1949. [Bonn 1950]

[8] BArch Z 5 Anhang/1.

[9] Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses. Bonn 1948/49.

[10] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 9, S. 229ff.

[11] Friedrich Ebert-Stiftung, NL Menzel, Grundgesetz 1, Bericht vom 8. Oktober 1948.

Verhältnisse wiederholt in die Diskussion einbrachte. Einen Vorschlag von Dehler und Becker für ein Präsidialsystem nach amerikanischem Vorbild, der zunächst im Ausschuß für Organisation des Bundes diskutiert wurde, lehnte er mit folgenden sehr deutlich ausgesprochenen Argumenten ab: »Ich halte die Idee, daß man Einrichtungen aus anderen Staaten nach Deutschland übertragen könnte, für naiv und utopisch. Die amerikanische Entwicklung beruht auf ganz anderen ökonomischen, sozialen Bedingungen. Diese Entwicklung ist nicht so sehr in den staatsmännischen Qualitäten der führenden Schichten begründet. [...] Ich habe die Verhältnisse einigermaßen studiert und möchte sagen, daß das politische Niveau des Volkes und seiner Vertreter im Kongreß und der Regierungsmitglieder im Großen und Ganzen viel tiefer ist als hier, so sonderbar das klingen mag. Die Herren Kongreßabgeordneten verfügen im allgemeinen weder über das Wissen, noch die Energie, noch die Intelligenz der europäischen Parlamentarier. Amerikanische Bürger, insbesondere auch weite Kreise der Arbeiterschaft, sind politisch viel weniger interessiert und weniger intelligent als der Durchschnitt der europäischen Bürger und Arbeiter in der gleichen ökonomischen und sozialen Situation. Trotzdem ist man dort drüben zu viel besseren, viel praktischeren und ökonomisch erfolgreicheren Ergebnissen gekommen als hier.«[12]

Auch bei den wichtigen interfraktionellen Gesprächen gehörte Katz fast regelmäßig zu den Vertretern der SPD[13]; gelegentlich nahm er auch an Treffen mit den Alliierten teil.[14] Offensichtlich wurde er auch von Politikern anderer Parteien als Gesprächspartner sehr geschätzt. Theodor Heuss schrieb an ihn zum 65. Geburtstag rückblickend von einer »vertrauensvollen und realistischen gemeinsamen Arbeit« am Grundgesetz. »Ich erinnere mich gut eines Gespräches mit Ernst Reuter, der zu einem kurzen Besuch in Bonn aufgetaucht war – ich kannte ihn von früher – und der mir auf einem Spaziergang vor dem Bundeshaus auf eine leichte Klage von mir über eine SPD-Rede den Rat gab ›Halten Sie sich an Katz‹. Ich glaube, wir haben beide damals einiges Ungeschicktes, was drohte, gemeinsam verhindern können.«[15] Damit meinte Heuss wohl die Verhinderung plebiszitärer Elemente im Grundgesetz.[16] In der 22. Sitzung des Hauptausschusses lehnten Katz für die SPD und Heuss für die FDP einen Antrag des Zentrums über Volksentscheide in eindrucksvoller Einmütigkeit der Argumentation ab.[17]

---

[12] 29. Sitzung des Ausschusses für Organisationsfragen, BArch Z 5/77, Bl. 159. Ähnlich in der 7. Sitzung des Wahlrechtsausschusses, vgl. Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 6, S. 193 f.

[13] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 11.

[14] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 8.

[15] Heuss an Katz vom 1. Okt. 1960, BArch, NL Heuss/241.

[16] Theodor Heuss, Erinnerungen 1905–1933. Frankfurt 1965, Erstausgabe Tübingen 1963; zitiert nach der Ausgabe von 1965, S. 166.

[17] Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 263 f.

Interessant ist die Charakterisierung seiner Person und seiner Arbeit durch den britischen Verbindungsoffizier Chaput de Saintonge[18]: Katz sei allgemein respektiert gewesen für seine Fähigkeit, eine Situation in klarer, manchmal auch etwas abrupter Weise, zusammenzufassen. Obwohl er meistens der Parteilinie gefolgt sei, habe er den Eindruck vermittelt, einen breiteren Horizont als seine Parteifreunde zu besitzen, zweifellos eine Folge seiner großen Erfahrung in Übersee. Er habe das ständige Vermeiden strittiger Punkte bedauert und für eine klare Definition der Zielpunkte plädiert anstatt allgemein über Ideen zu diskutieren.

Mit einem Unterton des Bedauerns hieß es dort ferner: Obwohl Katz gut Englisch spreche, sei er keine große Quelle für Informationen gewesen. Seine natürliche Würde und Reserviertheit würden vielleicht verstärkt durch seinen Wunsch, den möglichen Verdacht zu vermeiden, der sich aus der Wiedergewinnung der deutschen Staatsangehörigkeit ergibt, nämlich mit dem Hasen zu laufen und mit den Hunden zu jagen (»running with the hare and hunting with the hounds«).

Friedrich Wilhelm Wagner (28. Febr. 1894–17. März 1971)

Aus der französischen Zone, aus Rheinland-Pfalz, kam Friedrich Wilhelm Wagner, Rechtsanwalt und Justizrat aus Ludwigshafen, seit 1930 Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis 27 (Pfalz) für die SPD. Wagner war nach 1933 über die Schweiz zunächst nach Frankreich emigriert; nach dem Zusammenbruch Frankreichs floh er über Spanien und Portugal in die USA, wo er als Bibliothekar an der gewerkschaftsnahen »Rand School« tätig und in verschiedenen Emigrantenorganisationen wie der GLD aktiv war. Im Februar 1947 kehrte er zurück und nahm seine Tätigkeit als Rechtsanwalt wieder auf. Er verteidigte u. a. den Direktor der BASF und das Vorstandsmitglied der I.G.-Farbenindustrie AG, Prof. Carl Wurster, vor dem Nürnberger Militärtribunual. Seit Mai 1947 war er Mitglied des Landtages, in dem er den Vorsitz des Ausschusses für Rechtspflege sowie des Hauptausschusses innehatte.

Im Parl. Rat wurde Wagner Vorsitzender des Ausschusses für Zuständigkeitsfragen, eine Aufgabe die er mit Souveränität wahrnahm, obwohl er selbst als Zentralist galt und mit den CSU-Abgeordneten Laforet und Kleindinst sehr prononcierte Föderalisten im Ausschuß tätig waren.[19] Darüberhinaus war Wagner Mitglied im Hauptausschuß, Mitglied im Ausschuß für das Besatzungsstatut und im Aussschuß für Verfasssungsgerichtshof und

[18] Reiner Pommerin, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 557–588.

[19] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 3.

Rechtspflege und stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Organisation des Bundes. Carlo Schmidt bezeichnete ihn in seinen Memoiren als den »feurigsten Redner der SPD-Fraktion« und darüber hinaus als »standhaften Zecher, der sich in den Weinstuben der engeren und weiteren Umgebung Bonns vortrefflich auskannte«.[20] Im Hauptausschuß ergriff er in insgesamt 14 Sitzungen das Wort, in denen insbesondere über die Themenbereiche des Ausschusses für Zuständigkeitsfragen beraten wurde. Seinen Anteil am Schriftlichen Bericht über den Abschnitt II des Grundgesetzes, »der Bund und die Länder«, brachte er allerdings nicht zu Ende, so daß er im Druck fehlt.[21]

Im Ausschuß für Wahlrechtsfragen versuchte man, seine Erfahrungen in den USA mit der dortigen Wahlrechtspraxis zu nutzen und beschloß, ihn um ein Referat zu bitten. Jedoch entzog er sich dieser Bitte.[22]

Mit besonderem, auch persönlichem Engagement kämpfte Wagner für eine Bestimmung, durch die die Todesstrafe im Grundgesetz abgeschafft wurde. In der 50. Sitzung des Hauptausschusses am 10. Februar 1949 beantragte er den späteren Artikel 102 »Die Todesstrafe ist abgeschafft«.[23] In seiner Begründung hieß es: »Wir haben eine Zeit der schwersten Barbarei und und der tiefsten Erniedrigung des Menschentums hinter uns. Es scheint mir deshalb unerläßlich zu sein, hier einen Beweis dafür zu erbringen, daß das deutsche Volk sein Leben wirklich erneuern will.«[24] Nachdem die Entscheidung über Wagners Antrag im Hauptausschuß zunächst vertagt wurde, wurde er am 5. Mai im Hauptausschuß ohne Aussprache mit 15 gegen vier Stimmen angenommen.[25] Am Tag darauf wurde die Todesstrafe dennoch nochmals im Plenum während der 2. Lesung thematisiert.[26] Dabei griff Wagner mit Verve die Argumentation des Abgeordneten de Chapeaurouge (CDU/CSU) an, der in einer vom Sekretariat des Parl. Rates verbreiteten Ausarbeitung Argumente verwendet hatte, die auf dem Juristentag von 1912 geäußert worden waren.[27] Unterstützt wurde Wagner dabei vom KPD-Abgeordneten Renner. Die Abstimmung ergab das bekannte Ergebnis: Die Abschaffung der Todesstrafe wurde in Art. 102 GG geregelt.

Seine persönlichen Erfahrungen in der Emigration brachte Wagner insbesondere ein bei der Diskussion um Art. 16 GG (Verlust der Staatsangehörigkeit, Auslieferung, Asylrecht). Dabei appellierte er im Hauptausschuß – übrigens wiederum vom KPD-Abgeordneten Renner unterstützt – gegen Einschränkungen des Asylrechts unter Berufung auf die große Tradition, die Frankreich hinsichtlich des Asylrechtes entwickelt habe: »Ich glaube,

---

[20] Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern, München, Wien 1979, S. 410.
[21] Vgl. Anm. 7.
[22] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 6, S. 101, 206.
[23] Verhandlungen der Hauptausschusses, S. 669–671.
[24] Ebd.
[25] Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 758.
[26] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 9, S. 479–482.
[27] Sekretariatsumdruck Nr. S. 65.

man sollte da vorsichtig sein mit demVersuch, dieses Asylrecht einzuschränken und seine Gewährung von unserer eigenen Sympathie oder Antipathie und von der politischen Gesinnung dessen abhängig zu machen, der zu uns kommt. Das wäre dann kein unbedingtes Asylrecht mehr, das wäre ein Asylrecht mit Voraussetzungen, mit Bedingungen, und eine solche Regelung wäre in meinen Augen der Beginn des Endes des Prinzips des Asylrechtes überhaupt.«[28] In der Diskussion ging es auch um das Recht auf Arbeit für Asylanten. Wagner führte hierzu aus: »Wir waren sehr glücklich, daß wir draußen unterkamen und daß wir dadurch Hitler und seinen Henkersknechten entkommen konnten. Aber es war sehr bitter für die Tausende, als sie draußen waren mit Asylrecht, aber ohne Möglichkkeit, zu arbeiten und sich dadurch zu ernähren.«[29]

Die Bedeutung Wagners an der Arbeit am Grundgesetz war insofern begrenzt, als er nicht im Ältestenrat und an den interfraktionellen Sitzungen beteiligt war, also letztlich nicht zu dem engsten Kreis der Fraktion der SPD zählte. Der britische Verbindungsoffizier Chaput de Saintonge[30] charakterisierte ihn als einen »strong character«. Als Folge seines Auslandsaufenthaltes habe er fließend Englisch sprechen können und einen weiteren Horizont als viele seiner Kollegen gehabt.

Dr. Fritz Eberhard (2. Okt. 1896–29. März 1982)

Der Abgeordnete Dr. Fritz Eberhard hatte ursprünglich Hellmut von Rauschenplat geheißen. Er hatte 1914–1920 Staatswissenschaft und Nationalökonomie in Frankfurt/Main, Heidelberg und Tübingen studiert. 1921/1922 war er dem von den Göttinger Philosophen Leonard Nelson geschaffenen Internationalen Jugendbund und der SPD beigetreten und hatte von 1924–1931 als Lehrer für Volkswirtschaft am Landerziehungsheim Walkemühle gearbeitet. 1933 ging er in den Untergrund, wobei er u. a. als Decknamen »Fritz Eberhard« verwendete. 1937 floh er über Zürich und Paris nach London, wo er als freier Schriftsteller und Mitarbeiter der deutschsprachigen Sendungen der BBC wirkte. Schon im April 1945 nach Deutschland zurückgekehrt, arbeitete er vom Sommer 1945 bis Frühjahr 1946 als Programmberater bei Radio Stuttgart; seit Ende 1946 war er Herausgeber der »Stuttgarter Rundschau«. In der SPD fand er seine politische Heimat und wurde im November 1946 in den Stuttgarter Landtag gewählt. Im Januar 1947 wurde er Staatssekretär und Leiter des von den Ländern der amerikanischen Zone begründeten Büros für Friedensfragen, das in Erwartung von Frie-

[28] Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 582.
[29] Ebd., S. 583.
[30] S. Anm. 18.

densverhandlungen im Kontext mit der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 geschaffen wurde.

Obwohl im Ausschuß für Grundsatzfragen nur stellvertretendes Mitglied, besuchte er dessen Sitzungen mit großer Regelmäßigkeit[31]; auch im Hauptausschuß war er als stellvertretendes Mitglied verhältnismäßig häufig anwesend. Reguläres Mitglied war er im Ausschuß für das Besatzungsstatut.[32] Das von ihm geleitetete Büro für Friedensfragen hatte bereits im Oktober 1948 einen Entwurf für ein Besatzungsstatut erarbeitet, und so verwundert es nicht, daß die Thesen des Parl. Rates zum Besatzungsstatut vom Dezember 1948 von der Arbeit des Büros beeinflußt wurden.[33] Gelegentlich gab er auch Probleme aus den Beratungen des Ausschusses für Grundsatzfragen an sein Institut, vor allem wenn es sich um völkerrechtliche Fragen handelte; z.B. übersandte er eine Entwurfsfassung der Präambel zur Begutachtung.[34] Entwürfe für die späteren Artikel 24 (Zwischenstaatliche Einrichtungen) und 25 (Völkerrecht) GG legte er mit dem ausdrücklichen Hinweis vor, sie beruhten auf langen Beratungen mit Mitarbeitern im Friedensbüro.[35] Kann man seine Mitwirkung im Ausschuß für Grundsatzfragen noch als intensiv bezeichnen, so war seine Präsenz im Hauptausschuß nur peripher, obwohl er dort für die SPD-Fraktion in der Frage des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung offensichtlich der offizielle Sprecher war.[36] Seine Redebeiträge waren generell kurz und sachlich. Chaput de Saintonge[37] begründet seinen geringen Anteil an der Arbeit des Parl. Rates damit, daß seine Hauptinteressen außerhalb des Parl. Rates liegen würden. Er meinte damit vermutlich seine Tätigkeit als Herausgeber der »Stuttgarter Rundschau«. Im Gespräch mit Alliierten sei er, wie andere Emigranten auch, zurückhaltend und kaum dazu zu bewegen gewesen, sich über die Arbeit des Parl. Rates zu äußern.

Ernst Reuter (29. Juli 1889–29. Sept. 1953)

Ernst Reuters Biographie als Emigrant brauche ich nicht zu behandeln; es dürfte bekannt sein, daß er als Emigrant in der Türkei das Dritte Reich überlebt hatte und während der Berlinkrise 1948/1949 zu einer politischen Figur von nationalem Format wurde. Reuter war für die SPD beratendes Berliner Mitglied des Parl. Rates. Er hatte bereits im Vorfeld eine wesentliche Rolle gespielt, als er den Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz auf

[31] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 5.
[32] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 4.
[33] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 4, S. 46.
[34] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 5, S. 285.
[35] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 5, S. 315.
[36] Vgl. Verhandlungen des Hauptausschusses, 43. Sitzung, S. 546.
[37] Anm. 18.

dem Niederwald bei Rüdesheim am 21./22. Juli 1948 als Position Berlins darlegte: »Wir sind der Meinung, daß die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland ist.«[38] Die Zuspitzung der Berlinkrise verhinderte seine häufigere Anwesenheit in Bonn; jedoch ist bemerkenswert, daß er die ersten sechs Sitzungen des Ausschusses für Zuständigkeitsfragen vom 15.–30. September 1948 regelmäßig besuchte und sich unter anderem in Beiträgen zur Bodenrechtsfrage als Voraussetzung für einen planmäßigen Aufbau der zerstörten Städte engagierte.[39] Im Ausschuß für Grundsatzfragen beteiligte er sich am 20. Oktober 1948 an einer Diskussion über die Neugliederung der Länder.[40] Im Plenum trat Reuter im Rahmen der Aussprache über die Präambel am 20. Oktober 1948 mit einem sehr politischen Beitrag auf. Die Rechtlosigkeit in der SBZ anprangernd, begründete er die Aktivlegitimation des Parl. Rates für Berlin und die Ostzone mit dem dortigen Wunsch nach rechtsstaatlichen Verhältnissen.[41]

Erich Ollenhauer (27. März 1901–14. Dez. 1963)

Erich Ollenhauers Teilnahme am Geschehen des Parl. Rates war vordergründig äußerst peripher. Er gehörte allerdings zu denjenigen, die das Grundgesetz feierlich durch ihre Unterschrift ausfertigten. In der Erwartung, daß ein deutscher Konsultativrat mit Abgeordneten des Parl. Rates im Verlaufe der Pariser Konferenz der Außenminister Bedeutung gewinnen würde, hatte die SPD ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden noch unmittelbar vor dem Abschluß seiner Arbeit in den Parl. Rat entsandt und veranlaßt, daß der Abgeordnete Dr. Greve sein Mandat niederlegte. Insofern wurde auch Ollenhauer noch Mitglied des Parlamentarischen Rates.

Ollenhauer, der über Prag und Paris nach London emigriert war, wurde von den Briten als Ansprechpartner genutzt, um die von der SPD schon sehr früh eingenommene äußerst rigide Haltung gegenüber Eingriffen der Militärgouverneure in die Verfassungsschöpfung aufzuweichen. Dies geschah erstmals nach dem alliierten Memorandum vom 22. November 1948, als Carlo Schmidt seitens der SPD forderte, der Hauptausschuß solle das Memorandum zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen.[42] Nur mit Mühe gelang es den vereinten Anstrengungen von Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP im Ältestenrat, diese harsche Reaktion etwas ab-

[38] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 1, S. 194.
[39] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 3.
[40] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 5, S. 345.
[41] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 9, S. 212–215.
[42] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 10, S. 35, Anm. 5.

zumildern. Als Ollenhauer kurz danach in Berlin war, sprachen Robertson und Steel mit ihm, um ihren Unwillen über die Haltung von Carlo Schmid und der SPD mitzuteilen. Schmids Meinung, die Alliierten wären so begierig auf eine Verfassung, daß sie alles, was vorgelegt würde, akzeptieren würden, sei eine ernste Fehleinschätzung. In einem Schreiben an das Foreign Office kündigten sie an, daß Ollenhauer, der ein »extremely agreeable and reasonable man« sei[43], demnächst nach London komme. Außenminister Lord Henderson möge ihm Ähnliches sagen und ihm bedeuten, daß die SPD auf die Verbindungsoffiziere zu achten habe und kein billiges Kapital aus ihrer Mißachtung gewinnen könne.[44] Carlo Schmid wurde in diesem Zusammenhang als doktrinärer und von sich eingenommener Professor (»doctrinaire and opinionated«) charakterisiert.

Die Frage, wie der Parl. Rat mit den Interventionen der Alliierten umzugehen hatte, blieb ja bis zum Schluß kontrovers zwischen den großen Parteien und führte fast zum Scheitern der Arbeiten am Grundgesetz; Ende März wurde Ollenhauer vom britischen Verbindungsoffizier in einem gesonderten Gespräch noch einmal entsprechend bearbeitet. Ollenhauer gab seinerseits seiner Besorgnis über die weitere Entwicklung Ausdruck. Die SPD werde kein Grundgesetz akzeptieren, das einer Bundesregierung nicht ermögliche, ihre wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen zu verwirklichen.[45]

Dr. Fritz Löwenthal (15. Nov. 1888–28. Aug. 1956)

Nur kurz behandeln möchte ich den Abgeordneten Dr. Fritz Löwenthal. Er war bis 1933 Mitglied des Reichstages für die KPD gewesen war und nach Moskau emigriert. Nach seiner Rückkehr in die SBZ im Jahre 1945 arbeitete er in der Zentralverwaltung für Justiz, floh dann aber 1947 in den Westen und schloß sich der SPD an. Er überwarf sich jedoch mit der Partei, trat aus der Fraktion aus und war schließlich das einzige unabhängige parteilose Mitglied des Parl. Rates Er arbeitete insbesondere im Ausschuß für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege mit; seine Zwischenrufe in den öffentlichen Gremien richtete er vor allem gegen die Vertreter der KPD. Im Ausschuß für Grundsatzfragen brachte er einen Antrag ein, der die Wiedereinbürgerung der im Dritten Reich Ausgebürgerten regelte und in Art. 116 Abs. 2 GG auch Eingang fand.[46] Chaput de Saintonge urteilte sehr harsch, Löwenthal sei unfähig zu einem wirklich politischen Gespräch und habe nur

[43] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 8, S. XXXIII.
[44] BArch, Kl. Erwerbung 792/5, Bl. 108.
[45] Ebd., Zusammenfassender Bericht vom 6. Mai 1949 sowie Fernschreiben vom 31. März 1949, Kl. Erwerbung 792/7.
[46] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 5, S. 848.

über seine Erfahrungen mit den Russen und dem, was er darüber geschrieben habe, sprechen können.[47]

Max Reimann (15. Nov. 1888–28. Aug. 1956) und Heinz Renner (6. Jan. 1892–11. Jan. 1964)

Schließlich noch einige Bemerkungen zur Rolle der beiden Vertreter der KPD im Parl. Rat, die beide nach 1933 emigriert waren.[48] Die Fundamental-Opposition der KPD gegen die Arbeit des Parl. Rates führte naturgemäß zu der Frage, warum sie überhaupt im Parl. Rat mitwirken würde. Renner gab im Wortgefecht mit dem SPD-Abgeordneten Wagner hierauf die ironische Antwort »Ich bin da, um Sie zu kontrollieren.«[49] Letztlich ging es allerdings darum, den Parl. Rat als nationales Forum für eine wirksame Propaganda zu nutzen. Es gibt wohl kaum ein Schlagwort aus der politischen Auseinandersetzung des nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz sich rasch entwickelnden Kalten Krieges, das von Reimann und Renner nicht gegen den Parlamentarischen Rat und seine Mitglieder geäußert wurde: Demnach seien die Parlamentarier Befehlsempfänger der Militärgouverneure, die Alliierten verletzten das Potsdamer Abkommen, das Ruhrstatut gefährde die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes, es werde ein reaktionärer, monopolkapitalistischer Staat geschaffen, dessen wirtschaftliches Potential im Rahmen des Atlantikpakts zu kriegerischen Zwecken eingesetzt werden solle.[50] Schon in der ersten Plenarsitzung provozierte Reimann mit dem Antrag, die Beratung über eine separate westdeutsche Verfassung einzustellen.[51] Später versuchte er, Adenauer als Rheinischen Separatisten zu entlarven.[52] Adenauer machte daraus den Versuch einer Erpressung.[53] In den öffentlichen Sitzungen von Plenum und Hauptausschuß machte Renner die mit Abstand meisten Zwischenrufe, und er erzielte gelegentlich durchaus Heiterkeitserfolge. Die auf Renner folgenden Redner beklagten mehrfach, es sei schwierig, nun wieder zum Thema zu-

---

[47] Anm. 18.

[48] Max Reimann ist allerdings nur bedingt zu den Emigranten zu zählen. Er emigierte zwar 1934/1935 in das Saargebiet, Informationen über seinen Aufenthalt bis 1939 sind jedoch nicht präzise zu ermitteln. Anfang April 1939 wurde er beim Grenzübertritt in die Tschechoslowakei auf demWeg nach England verhaftet. Danach verbrachte er mehrere Jahre in Haft, seit 1942 im KZ Sachsenhausen.

Heinz Renner war nach 1933 zunächst in das Saargebiet, dann nach Frankreich emigriert, wo er 1943 interniert wurde und schließlich an Deutschland ausgeliefert wurde.

[49] Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 607.

[50] Vgl. die Redebeiträge im Hauptausschuß und im Plenum.

[51] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 9, S. 7ff.

[52] Ebd., S. 549.

[53] Ebd., S. 553

rückzukommen, denn er nutzte häufig das erteilte Wort, um über kühne Umwege seine politischen Botschaften zu verkünden.[54]

Durch die Vertreter der KPD wurden zweifellos die Fragen der Legitimität des Parl. Rates, die Beziehungen zum Deutschen Volksrat, aber auch manche Kompromisse unter den Parteien, über die man sonst nicht in öffentlichen Gremien gesprochen hätte, verstärkt vor die Öffentlichkeit gebracht. Freilich war die Machtbasis mit zwei Stimmen für die KPD letztlich so gering, daß sie für die anderen politischen Kräfte eher lästig als gefährlich werden konnte. Dennoch versuchte man, die KPD gelegentlich durch Verfahrenstricks fernzuhalten, solange Dinge vertraulich bleiben sollten oder auch Gespräche mit den Alliierten geführt wurden. Schließlich war Reimann vom April 1946 bis zum Januar 1949 zugleich KPD-Vertreter im Parteivorstand der SED.

Wenn Carlo Schmid aus dem milden Licht der Rückschau in seinen Memoiren meinte, Renners Dialoge mit Konrad Adenauer seien die Freude des ganzen Hauses gewesen[55], so täuscht das doch ein wenig darüber hinweg, daß die politischen Auseinandersetzung mit der KPD auch erbittert geführt wurde. Beispielsweise kam es zwischen den Abgeordneten Strauß und Reimann im Anschluß an eine Sitzung des Hauptausschusses fast zu einer Schlägerei in den Gängen der Pädagogischen Akademie.[56]

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf den Aspekt eingehen, daß es auf der Seite der das Geschehen beobachtenden und beeinflussenden alliierten Verbindungsoffiziere mit dem amerikanischen Besatzungsoffizier Dr. Hans Simons ebenfalls einen Emigranten gab. Er war ein Sohn des früheren Außenministers und Reichsgerichtspräsidenten und im Jahre 1933 in die USA emigriert, wo er seit 1935 an der New School für Social Research in New York, die eine Zufluchtstätte für mehrere deutsche Professoren wurde, gelehrt hatte.[57] Das Verhältnis der Verbindungsoffiziere zum Parl. Rat war insbesondere durch die oben skizzierte Haltung der SPD nicht einfach.

Theodor Heuss thematisierte das in einem Schreiben vom Dezember 1958, in dem er aus Anlaß seines 75. Geburtstages Vorschläge für die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes an Emigranten in New York, darunter auch Simons, erwog.[58] Simons habe sich zwar bei vielen deutschen Parteileuten nicht sehr beliebt gemacht, zumal nicht bei seinen alten Parteifreunden der SPD, als er während des Parlamentarischen Rates so etwas wie ein Berater des amerikanischen Hohen Kommissars – gemeint war des Militärgouverneurs – war. Er habe damals aber notwendige vertrauliche Gespräche mit ihm geführt.

---

[54] Ebd., S. XXXV.
[55] SCHMID, Anm. 20, S. 411.
[56] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 4, S. 110, Anm. 28.
[57] Anm. 5, Der Parl. Rat Bd. 8, S. XVII.
[58] BArch B 122/38807.

Heuss und Simons kannten sich aus der Zeit vor 1933, denn Simons war sein Nachfolger als Studienleiter an der Deutschen Hochschule für Politik gewesen.[59] Simons erhielt auf Anregung von Heuss im Februar 1959 das Große Verdienstkreuz, übrigens zusammen mit dem Ehepaar Staudinger und Professor Arnold Brecht. Heuss hatte bereits 1956 von Simons als Präsident der New School for Social Research die Ehrendoktorwürde erhalten.[60] Er hatte das Angebot mit der Bemerkung angenommen, er habe Angst vor der eigenen Ironie, daß er wie ein alter erprobter Sioux-Häuptling Doktorhüte wie Skalps an seinen Gürtel hänge.[61] Simons hatte darauf geantwortet: »Sie mehr als jeder andere können sich die zu beraubenden Köpfe ja aussuchen.«[62]

Daß es 1948/1949 eine Atmosphäre gab, bei der zu enge Kontakte der Emigranten unter den Abgeordneten des Parl. Rates mit den alliierten Verbindungsoffizieren nicht opportun gewesen wären, lassen die oben zitierten Bemerkungen des britischen Verbindungsoffiziers erahnen: Die Emigranten wollten den Eindruck vermeiden »mit den Hasen zu laufen und mit den Hunden zu jagen«, um das Sprachbild von Chaput de Saintonge noch einmal zu wiederholen.[63]

Trotz des letztlich differenzierten Bildes – wie ich darlegte, wirkten Emigranten im Rahmen der SPD, der KPD und auf der Seite der alliierten Verbindungsoffiziere mit – läßt sich resümieren: In der Alltagsarbeit des Parlamentarischen Rates, insbesondere in den Debatten der Fachausschüsse, arbeiteten die Emigranten – sieht man von den Vertretern der KPD ab, die eine Fundamentalopposition betrieben – als voll akzeptierte und integrierte Parlamentarier mit. Sie brachten ihr persönliches Erleben insbesondere bei bestimmten Bereichen wie Asylrecht, Abschaffung der Todesstrafe und Staatsangehörigkeitsrecht ein. Ihr Beitrag war konstruktiv und hilfreich für die Schaffung des Grundgesetzes als Basis und Ausgangspunkt für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Vielleicht haben Karrieren von Persönlichkeiten gelegentlich symbolische Aussagekraft: Die zwei Emigranten, die unter den von mir behandelten zweifellos die wichtigsten konkreten Beiträge an der Erarbeitung des Grundgesetzes leisteten, Dr. Rudolf Katz und Friedrich Wilhelm Wagner, wurden später nacheinander noch Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts.

[59] Heuss an Generalkonsul Federer vom 10. Dez. 1958, B 122/38807.
[60] BArch, B 122/2069.
[61] Heuss an Simons vom 26. Juli 1956, ebd.
[62] Simons an Heuss vom 4. August 1956, ebd.
[63] S. Anm. 18

Heinrich Brünings Vorstellungen über Deutschland nach Hitler 1944–1950

Rudolf Morsey

Seit Anfang der neunziger Jahre sind, nach längerer Pause, sowohl die Kanzlerschaft als auch die Emigrationszeit Heinrich Brünings wieder mehrfach behandelt worden, teilweise unter Benutzung seines Nachlasses in den Harvard University Archives, der seit 1990 der Forschung zugänglich ist. Seitdem erschienen Studien von Gerhard Schulz[1], Frank Müller[2], Stephen A. Schuker[3], William L. Patch, Jr.[4], Andreas Rödder[5], Astrid Luise Mannes[6] und von mir.[7] Die thematisch einschlägige Studie von Edmund D. Spevack, Enigma in Exile: Heinrich Brüning in America, 1937–1952, 1986[8], war mir nicht zugänglich. Die neuen Forschungen haben manche meiner früheren Erkenntnisse und Ergebnisse über Brünings Vita für die Zeit nach 1933 ergänzt und konkretisiert, aber nicht verworfen – mit einer gleich noch zu nennenden Ausnahme.

[1] Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler, in: K. D. Bracher u. a. (Hrsg.): Staat und Parteien, Berlin 1992, S. 669–685.

[2] Die »Brüning Papers«. Der letzte Zentrumskanzler im Spiegel seiner Selbstzeugnisse, Frankfurt a. M. 1993; Ders.: Die »Brüning-Papers«: Der Nachlaß des letzten Zentrumskanzlers in Harvard, in: HJb. 113 (1993), S. 388–410 (zitiert: F. Müller II).

[3] Ambivalent Exile: Heinrich Brüning and America's Good War, in: Christoph Buchheim u. a. (Hrsg.): Zerrissene Zwischenkriegszeit, Baden-Baden 1994, S. 329–356.

[4] Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998 (S. 305–321: Brüning in Exile); Ders.: Heinrich Brüning's Recollections of Monarchism: The Birth of a Red Herring, in: The Journal of Modern History 70 (1998), S. 340–370.

[5] Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brünings Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: HZ 265 (1997), S. 77–116.

[6] Heinrich Brüning. Leben, Wirken, Schicksal, München 1999.

[7] Brünings zweite Emigration aus Deutschland 1955, in: Theo Stammen u. a. (Hrsg.): Politik – Bildung – Religion, Paderborn 1996, S. 281–289. Nachdruck Ders.: Ulrich von Hehl u. a. (Hrsg.): Rudolf Morsey: Von Windthorst bis Adenauer, Paderborn 1997, S. 413–421; Ders.: Brüning und Adenauer. Zwei Wege deutscher Politik im 20. Jahrhundert (Speyerer Vorträge, H. 35), Speyer 1996; Ders.: Die Vorgeschichte von Brünings Berufung an die Universität Köln 1951, in: P. Weilemann u. a. (Hrsg.): Macht und Zeitkritik, Paderborn 1999, S. 711–722.

[8] Sie ist als »Harvard Univ. honors diss.« bei S. A. Schuker, (s. Anm. 3), S. 330, Anm. 3, zitiert, war aber bibliographisch nicht zu ermitteln. Es handelt sich offenbar um eine »undergraduate thesis«.

I.

Am 21. Mai (Pfingstmontag) 1934 gelang dem 49jährigen Exkanzler und letzten Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei (6. Mai bis 5. Juli 1933), Heinrich Brüning, die »Flucht aus Deutschland«, wie er 1947 diesen Vorgang umschrieb[9] – fünf Wochen vor der ersten Mordwelle des NS-Regimes im Zusammenhang mit dem »Röhm-Putsch«. Brüning war von mehreren Seiten gewarnt worden, vermutlich auch vom Vorsitzenden des Parteigerichts der NSDAP, Walter Buch, einem ehemaligen Kriegskameraden.[10]

In Brünings »Memoiren 1918–1934« heißt es bemerkenswert distanziert: er habe, »ohne irgend jemandem außer drei Menschen etwas davon zu sagen, auf normalem Wege vorübergehend Deutschland verlassen«[11], wobei er nicht erwähnt: mit nur 40 RM in der Tasche.[12] Seine Flucht erfolgte im PKW des Berliner Eugenikers Hermann Muckermann, der ihn bei Emmerich über die Grenze nach Holland brachte.[13] Dieser Vorgang ist später legendenhaft ausgeschmückt worden.[14]

---

[9] 29. Januar 1947. Vgl. Claire Nix u.a. (Hrsg.): Heinrich Brüning: Briefe und Gespräche 1934–1945, Stuttgart 1974, S. 455 (künftig zitiert: Briefe I). Dieser Band und dessen Fortsetzung (Claire Nix u.a. [Hrsg.]: Briefe 1946–1960, Stuttgart 1974; künftig zitiert: Briefe II) enthalten weder ein Dokumenten- und Empfängerverzeichnis noch ein Sachregister. Dazu vgl. meine Kritik: Zur Problematik einer zeitgeschichtlichen Briefedition, in: HZ 221 (1975), S. 69–95. Die Adressaten Brünings nenne ich künftig nur, wenn deren Briefe nicht publiziert sind. Soweit dabei kein Fundort angegeben ist, handelt es sich um Kopien im Besitz des Verfassers.

[10] Einzelheiten dazu bei Rudolf Morsey: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings »Memoiren 1918–1934«, Opladen 1975, S. 10, Anm. 10; Gottfried Reinhold Treviranus: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 398f.; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 33ff., 176. Über Warnungen des Berliner Rechtsanwalts Alfred Etscheit vgl. Briefe I, S. 97, Anm. 14; 24. Februar 1948. Briefe II, S. 118. Im November 1947 hieß es in einem Brief Brünings, er habe Ende April oder im Mai 1934 von Edgar Jung dessen Entwurf von Papens »späterer Rede in Marburg« (17. Juni 1934) übersandt bekommen und vor deren »Dynamit«-Wirkung gewarnt, auch erfahren, daß sein Name auf »der Proskriptionsliste« stehe. Briefe II, S. 27, Anm. 10. Nach Johannes Schauff war er es, der Jungs Entwurf Brüning übergeben hat, der »aufgrund dessen« Deutschland verlassen, nicht aber an einen Putsch geglaubt habe. Vgl. Guido Knopp u. Bernd Wiegmann: Warum habt Ihr Hitler nicht verhindert?, Frankfurt a.M. 1983, S. 26.

[11] Stuttgart 1970, S. 679. Dazu vgl. Hermann Muckermann, Wie Heinrich Brüning am 21. Mai 1934 Deutschland verließ, in: Deutsche Rundschau 71 (1948), S. 112ff.; Nikolaus Junk (Bearb.): Friedrich Muckermann: Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen, Mainz 1973, S. 570.

[12] 2. Januar 1950 an Gustav Olef. IfZ, Nachlaß Olef 1.

[13] 24. April 1946 und 1. Mai 1947. Briefe II, S. 33, 82.

[14] Das gilt z.B. für John W. Wheeler-Bennett: The End of the Weimar Republic, in: Foreign Affairs 50 (1972), S. 368; Ders.: Knaves, Fools and Heroes, London 1974, S. 88; Thomas A. Knapp, Heinrich Brüning im Exil. Briefe an Wilhelm Sollmann 1940–1946, in: VfZ 22 (1974), S. 94, Anm. 6.

Am 2. November 1952 mit dem amerikanischen Passagierdampfer »America« in Bremerhaven angekommen, reiste Heinrich Brüning nach Köln weiter, wo er seit Ende 1951 an der Universität einen Lehrstuhl für politische Wissenschaft innehatte.

Für den emigrierten Exkanzler folgte ein mehrjähriges unstetes Reiseleben durch alle Länder Westeuropas, als »wandernder Flüchtling«[15], unter schwierigen materiellen und seelischen Belastungen. Diesen rastlosen Ortswechsel, ohne feste Wohnung, unterbrach er 1935 durch die bereits im August 1934 in London begonnnene Niederschrift seiner Memoiren in der Schweiz (in Melide bei Lugano)[16] sowie durch Gastvorlesungen in Großbritannien und, wenig später, in den USA.

Erst im September 1939 fand Brüning durch seine Berufung nach Cambridge, Mass. als Lucius N. Littauer Professor of Government an der Harvard Graduate School of Public Administration eine neue Aufgabe und einen gesicherten Lebensunterhalt. Seine Lehrverpflichtungen erfüllte er in Form von Forschungsseminaren.[17] Er veröffentlichte einige Aufsätze, zum Teil anonym[18], aber keine eigentliche Forschungsarbeit.

Der prominenteste deutsche politische Flüchtling dieser »bewußten zwölf Jahre« (Theodor Heuss) vermied es konsequent, öffentlich gegen das NS-Regime Stellung zu nehmen.[19] Auch verzichtete er auf jede exilpolitische oder -publizistische Aktivität, und hielt sich betont von der von ihm

---

[15] 9. November 1934. Briefe I, S. 50. Am 4. Dezember 1949 an Gustav Olef: es sei nicht leicht gewesen, von der »Gastfreundschaft anderer Menschen leben zu müssen«. Nachlaß Olef, (s. Anm. 12).

[16] R. Morsey, (s. Anm. 10), S. 21ff.

[17] 4. November 1946. Briefe II, S. 54. Dazu Gottfried Reinhold Treviranus: Für Deutschland im Exil, Düsseldorf 1973, S. 91.

[18] Foreword, in: Charles G. Dawes: A Journal of Reparations, London 1939, S. 11–33. Teilweise in Übersetzung abgedruckt bei G. R. Treviranus (s. Anm. 17), S. 108f. Die folgenden drei Aufsätze erschienen anonym (»By X«): (1.) German Strategy: 1914 and 1940, in: Foreign Affairs 19 (1940/41), S. 495–515. Teile dieses Artikels in Übersetzung bei G. R. Treviranus, (wie Anm. 17), S. 115–128. Dazu vgl. Briefe I, S. 315f., Anm. 3, 347. – (2.) Russia und Germany. Political and Military Reflections, in: Foreign Affairs 21 (1942), S. 303–323. Dazu vgl. Briefe I, S. 377, Anm. 2. – (3.) Policy and Strategy in the War in Russia. The Winter Interlude, in: Foreign Affairs 21 (1942), S. 607–634. Auszüge übersetzt bei G. R. Treviranus, (wie Anm. 17), S. 133–137 – Wartime Administration in Germany and Great Britain, in: William Yandell Elliott u. H. Duncan Hall (Hrsg.): The British Commenwealth at War, New York 1943, S. 81–129. – The Statesman, in: Robert B. Heywood (Hrsg.): The Works of the Mind, Chicago 1947, S. 93–118. In Übersetzung: Wilhelm Vernekohl u. Rudolf Morsey (Hrsg.): Heinrich Brüning. Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns, Münster 1968, S. 189–222.

[19] Über die Gründe für Brünings Haltung vgl. die Hinweise in meinen Aufsätzen: (1.) Emigration und Nachkriegsplanung. Vorschläge und Vorstellungen Heinrich Brünings über den Neuaufbau in Deutschland, in: Lothar Albertin u. Werner Link (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1981, S. 223–237; (2.) Brünings Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland 1934–1948, in: Wolfgang Frühwald u. Heinz Hürten (Hrsg.): Christliches Exil und christlicher Widerstand, Regensburg 1987, S. 371–393. Nachdruck: R. Morsey: Von Windthorst, (s. Anm. 7), S. 351–364; (3.) Brünings Kritik am politischen Wiederaufbau in Deutschland 1945–1955, in: Joseph Listl u. Herbert Schambeck (Hrsg.): Demokratie in Anfechtung und Bewährung, Berlin 1982, S. 283–299. Nachdruck: R. Morsey: Von Windthorst, (s. Anm. 7), S. 365–379.

kritisierten »lärmenden Emigration« fern, vom »Emigrantentreiben« linksstehender deutscher Flüchtlinge in den USA.[20]

Positiv ausgenommen von dieser Kritik blieben nur wenige Leidensgefährten, vor allem Friedrich Stampfer und Wilhelm Sollmann. Brüning lehnte es ab, seinen Namen für Pläne einer wie auch immer zusammengesetzten Exilregierung herzugeben, und zeigte sich bereits seit 1934 entschlossen, nicht wieder aktiv in die deutsche Politik zurückzukehren. Dafür nannte er zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Gründe, unter anderem den, daß er in Deutschland »vergessen« sei.[21] Seine künftige Rolle betrachtete er eher als die eines privaten Ratgebers bzw. »Beraters und Mittlers«, wie er sie »zwischen 1920 und 1930 für so viele Regierungen gespielt« habe.[22]

Dabei wollte er mit diesem Beispiel gleichzeitig ein Zeichen setzen für andere – konkret: linksstehende – Emigranten, ebenfalls auf politische (Wieder-)Betätigung in Deutschland zu verzichten, zumal auf eine Rückkehr unter dem Schutz fremder Bajonette[23]; andernfalls wollte er sie davon ausgeschlossen wissen. Ich teile nicht die Ansicht von Thomas A. Knapp und, später, Frank Müller, wonach der Exkanzler, trotz gegenteiliger Äußerungen, gleichwohl gehofft habe, »zurück in die Verantwortung gerufen« zu werden.[24]

---

[20] Entsprechende Äußerungen sind dutzendfach überliefert. Zur »üblen Nachrede sowie tätigen Gegnerschaft bei den radikalen Elementen« der Emigration gegen Brüning vgl. auch G. R. Treviranus, (s. Anm. 17), S. 159; Alfons Söllner: Zur Archäologie der Demokratie, Frankfurt a. M. 1982, S. 61.

[21] Februar 1936. Briefe I, S. 105; 29. November 1941. Ebd., S. 379; 10. Januar 1942. Ebd., S. 389; 4. März 1943. Ebd., S. 401; 20. April 1943. Ebd., S. 522; 30. August 1943. Ebd., S. 405; 3. Dezember 1943. Ebd., S. 409; 11. Februar 1944. Ebd., S. 412; Sommer 1944. Ebd., S. 418; 1. Februar 1945. Ebd., S. 427; 7. März 1945. Ebd., S. 428; 25. August 1949 an Gustav Olef, (s. Anm. 12); 30. August 1954 an Otto A. Friedrich. ACDP, Nachlaß Otto A. Friedrich I-093–010/1; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 50; T. A. Knapp, (s. Anm. 14), S. 103.

[22] 25. Mai 1938. Briefe I, S. 464f.; Januar 1942. Ebd., S. 388; 4. März 1943. Ebd., S. 371; 20. April 1943. Ebd., S. 522; 4. September 1943. Ebd., S. 406; 19. Juni 1943: »The Evening Star« (Washington); Sommer 1944. Briefe I, S. 418; 24. November 1944. Ebd., S. 408; 7. März 1945. Ebd., S. 428; 23. September 1947 an Hermann Ullmann. BA, Nachlaß Ullmann 6; 4. November 1948 an Ernst Eisenlohr; 19. Februar und 25. August 1949 an Gustav Olef, (s. Anm. 12); 30. März 1950 an Johannes Maier-Hultschin. BA, Nachlaß Maier-Hultschin 4.

[23] 29. März 1950. Briefe II, S. 224; 18. Dezember 1950. Ebd., S. 247; 30. August 1954 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).

[24] T. A. Knapp, (s. Anm. 14), S. 103; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 50. Paul Sethe: Aus Brünings Sicht seien Emigranten »nach geschichtlicher Erfahrung nicht dazu berufen«, ihr Volk zu führen. In Wasser geschrieben, Frankfurt a. M. 1968, S. 14; R. Morsey: Emigration und Nachkriegsplanung, (s. Anm. 19), S. 228f. – In einem langen Gespräch mit Brüning am 27. Februar 1943 gewann Wheeler-Bennett den Eindruck, daß Brüning in den ersten Jahren nach seiner Flucht den Wunsch nach einer Rückkehr an der Spitze einer Anti-NS-Bewegung gehabt habe, inzwischen aber – nach den in Deutschland erfolgten Zerstörungen durch Luftangriffe, insbesondere in Münster –, nicht mehr mit einer Rückkehr in die Politik

Brünings exilpolitische Abstinenz, sein konstantes »Schweigen für ein anderes« bzw. für das »wahre Deutschland«[25] kosteten ihn Selbstverleugnung. Sie trugen ihm heftige Attacken der erwähnten Emigrantenkreise (»Vansittartisten«) ein[26] – an deren Spitze Friedrich Wilhelm Foerster und Johannes Stahl (bzw. Steel)[27], auch Emil Ludwig, die in amerikanischen Medien eine »direkte Verbindung zwischen Brünings Politik als Reichskanzler und der nationalsozialistischen Machtübernahme« herstellten.[28] Unverständnis über Brünings Schweigen äußerten aber auch Leidensgefährten aus dem eigenen Lager, angefangen von Waldemar Gurian.[29]

Dennoch blieb der Exkanzler keineswegs inaktiv oder stumm. Vielmehr nutzte er die ihm aufgrund seiner früheren Stellung und seines Ansehens gegebenen bzw. während der Kriegszeit – trotz Beibehaltung seiner deutschen Staatsangehörigkeit – verbliebenen Möglichkeiten. Er suchte als »stiller Berater und vielleicht Unterhändler« zugunsten seines Landes und Volkes[30] zu

---

rechne. 1. März 1943 an das britische Außenministerium. Eine Kopie verdanke ich Herrn Dr. Hans Peter MENSING, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf.

[25] Am 8. Dezember 1937: Ziel seiner »öffentlichen Auftritte« sei es, zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht nur aus denen bestehe, »die jetzt an der Macht sind«. Briefe I, S. 159. Ferner R. MORSEY, (s. Anm. 10), S. 10ff.

[26] Dazu vgl. das Kapitel »Die Gegenposition der ›Vansittartisten‹« bei Joachim RADKAU: Die deutsche Emigration in den USA, Düsseldorf 1971, S. 204ff.; T. A. KNAPP, (s. Anm. 14), S. 97. Betont Brüning-kritisch z. B. Bernhard MENNE: The Case of Dr. Brüning, London 1942 (dazu vgl. Briefe I, S. 409, Anm. 1); Kurt GROSSMANN u. Hans JACOB: The German Exiles and the »German Problem«, in: The Journal of Central European Affairs 4 (1944/45), S. 173f.; Paul MERKER, Deutschland. Sein oder nicht sein? Bd. 2, Mexiko 1945, S. 490. Vgl. ferner Klaus MANN: Brüning in New York (1937), in: Martin GREGOR-DELLIN (Hrsg.): Klaus MANN: Heute und Morgen. Schriften zur Zeit, München 1969, S. 200–206. Ferner W. L. PATSCH, Jr., (s. Anm. 4), S. 312.

[27] Über Steels Verleumdungen Brünings vgl. Briefe I, S. 388, Anm. 1 (Ende 1941), sowie Thomas KOEBNER u. a. (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 62ff.

[28] F. MÜLLER, (s. Anm. 2), S. 46.

[29] Zu Gurians Kritik Heinz HÜRTEN (Bearb.): Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration. Bd. 2, Mainz 1969, S. 1128 im Register s. v. Brüning. Kritik an Gurian übte G. R. TREVIRANUS, (s. Anm. 17), S. 173, Verständnis zeigte F. MUCKERMANN, (s. Anm. 11), S. 578. Ein Dauerkritiker Brünings blieb sein Leidensgefährte in der US-Emigration Edgar ALEXANDER. Vgl. dessen Werk: Adenauer und das neue Deutschland, Recklinghausen 1956, bes. S. 64, 148f., 161. (Die ebd., S. 139 und 162 angekündigte Gegenpublikation Alexanders [»Entlarvung der Brüning-Legende«] ist nicht erschienen.) Dazu vgl. Brünings Klage über das »Pamphlet« Alexanders, des »jüdischen Konvertiten« und »Günstling Adenauers«. F. MÜLLER, (s. Anm. 2), S. 54, Anm. 208.

[30] So in seinem »Politischen Testament« vom 25. Mai 1935. Briefe I, S. 464f. Vgl. auch Ferdinand A. HERMENS: Die deutschen Emigranten in den Vereinigten Staaten und die alliierte Kriegsdiplomatie, in: DERS.: Zwischen Politik und Vernunft, Berlin 1969, S. 237; George N. SHUSTER: Dr. Brüning's Sojourn in the United States (1935–1945), in: Ferdinand A. HERMENS u. Theodor SCHIEDER (Hrsg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, Köln 1967, S. 459f.

wirken. Das schloß den Verzicht ein, »etwaige Erfolge« dieser Tätigkeit mit seinem Namen zu verknüpfen.[31]

Der verschlossene Westfale und vereinsamte Junggeselle quälte sich über Jahre hin mit Analysen über den Zustand und die Entwicklung der internationalen Situation und über die Lage in Deutschland. Sie verbanden sich mit ununterbrochenen Reflexionen über die Gründe seines politischen Scheiterns. Die Ergebnisse dieses selbstgrüblerischen, aber nicht – um das vorwegzunehmen – auch selbstkritischen Nachdenkens mündeten in Planungen und Vorschläge über die Gestaltung Deutschlands in der Zeit nach Hitler.

II.

Um diese Überlegungen in seine Vita ab 1944/45 einzuordnen gilt es, einen Blick auf Brünings Einschätzung der Situation bis zu dieser Zäsur zu richten. Dabei ist zunächst die Frage zu beantworten, warum er es, anders als die meisten prominenten Emigranten, konsequent vermieden hat, gegen das NS-Regime öffentlich Stellung zu beziehen. Die erste Antwort lautet: Brüning wollte den Regierungen »aller europäischen Länder«, in denen er sich in den Jahren seiner »Verbannung« aufhielt, keine »Unannehmlichkeiten« bereiten, wie ihm das, zumal in der Kriegszeit, ausdrücklich geraten wurde.[32]

Seine häufig wechselnden Aufenthalte und öffentlichen Äußerungen wurden auf Weisung Hitlers von den jeweiligen Auslandsmissionen des Reiches beobachtet und nach Berlin gemeldet.[33] 1936 scheiterten Versuche, Brüning aus der Schweiz oder aus den Niederlanden nach Deutschland zu entführen.[34]

Eine zweite Antwort für sein »Schweigen« lautet: der Exkanzler trennte strikt zwischen dem herrschenden Regime und dem deutschen Volk und Staat, zwischen Nationalsozialismus und Patriotismus. Er zielte auf eine »Exkulpierung des ›wahren‹ Deutschland und seiner traditionellen Füh-

[31] Briefe I, S. 465.

[32] 7. April 1941. Ebd., S. 350. Nach einem Memorandum des Direktors der OSS vom 6. April 1945 hatte Brüning erst in die USA einreisen dürfen, »nachdem er dem Secretary of State Cordell Hull versprochen hatte, sich nicht öffentlich an exildeutschen politischen Diskussionen zu beteiligen«. Walter F. Peterson: Zwischen Mißtrauen und Interessen. Regierungsstellen in Washington und die deutsche politische Emigration 1939–1945, in: Manfred Briegel u. Wolfgang Frühwirth (Hrsg.): Die Erfahrungen der Fremde, Weinheim 1988, S. 52.

[33] Die Berichte der Auslandsmissionen befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, Abt. Inland II AB.

[34] Briefe I, S. 115ff., 483ff. (März/April 1936). Dazu G. R. Treviranus, (s. Anm. 17), S. 73f.; T. A. Knapp, (s. Anm. 14), S. 95, Anm. 7; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 37.

rungseliten«.[35] Schließlich wollte er durch kritische Äußerung der Gestapo keinen Anlaß geben, gegen alte Freunde und Bekannte in der Heimat vorzugehen, da er eine »zweite Bartholomäusnacht« befürchtete.[36]

Mit einigen von ihnen traf sich Brüning in den Jahren bis zum Kriegsausbruch gelegentlich in den Niederlanden bzw. in der Schweiz, so mit Joseph Joos, Bernhard Letterhaus, Hermann-Josef Schmitt, August Wegmann, auch mit seiner Schwester Maria aus Münster, seiner einzigen Verwandten. Hingegen vermied er jeglichen Kontakt zu prominenten Exilanten aus dem eigenen politischen Lager, vor allem zu Ludwig Kaas, Joseph Wirth und Carl Spiecker. Ausgenommen davon blieben Friedrich Dessauer und Johannes Schauff.

Der Exkanzler bezeichnete übrigens Hitler-Deutschland in der Regel als »Nazi-« bzw. »Hitler-Regime«[37], ansonsten sprach er von »Nazidiktatur«[38] und/oder vom »totalitären Staat«[39], vereinzelt auch vom »Nazi-Pöbel« und von der »Machthaberbande«.[40]

Brüning war über die Situation in der Heimat durch ein »dichtes Kommunikationsnetz«[41] relativ gut unterrichtet. Seine Einschätzung der innerdeutschen Situation, die er auch zahlreichen hochgestellten ausländischen Gesprächspartnern auf deren Wunsch hin vermittelte – wobei er französische Politiker mied –, traf bis zum Kriegsbeginn weitgehend zu. Der Exkanzler registrierte die Stufungen auf dem Weg in die Diktatur und verzehrte sich in der Sorge um die Wiederherstellung des Rechtsstaats, allerdings in Form einer »gemäßigten Demokratie« im Reich. Er prognostizierte frühzeitig eine außenpolitische Expansion Hitlers und deren verhängnisvolle Folgen.

Es gelang Brüning nicht, die britische Regierung und Finanzwelt, deren Mitglieder er großenteils persönlich kannte, von ihrer Appeasement-Politik abzubringen. Den Ausbruch des Krieges hat er unter Hinweis auf Einzelheiten der Aufrüstung und der damit verbundenen, wenn auch nach außen hin verdeckten, inflationären Gefahren lange befürchtet. Im Mai 1938 prophezeite er auch den Zeitpunkt für den Kriegsausbruch[42], genauso wie im Februar 1938 den bevorstehenden Überfall auf die Tschechoslowakei.[43]

Später scheiterte er mit wiederholten Versuchen, Repräsentanten innerdeutscher Oppositionskreise, angefangen von Carl Goerdeler und Adam

---

[35] F. Müller II, (s. Anm. 2), S. 403.
[36] 1. November 1943. Briefe I, S. 407.
[37] 19. September 1936. Ebd., S. 127; 7. September 1938. Ebd., S. 209; 21. Januar 1941. Ebd., S. 338; 27. und 30. Januar 1941. Ebd., S. 341, 343; 13. Dezember 1943. Ebd., S. 410.
[38] 18. September 1936. Ebd., S. 126.
[39] 13. April 1937. Ebd., S. 137.
[40] März/April 1938. Ebd., S. 184; August 1938. Ebd., S. 207.
[41] Heinz Hürten: Ein Reichskanzler im Exil. Heinrich Brüning als Emigrationspolitiker, in: Zeitgeschichte 2 (1975), S. 196; R. Morsey, Brünings Kritik, (s. Anm. 19), S. 236f.
[42] 8. April 1938. Briefe I, S. 190.
[43] Ebd., S. 174.

von Trott zu Solz, positive Aufnahme bei Regierungsstellen in London und dann auch in Washington zu verschaffen.[44] Auch dadurch suchte er mitzuhelfen, den befürchteten Kriegsausbruch zu verhindern[45] und, nach dessen Beginn, einen für Deutschland erträglichen Frieden zu erreichen.

Dabei unterstützte der Exkanzler territoriale, von ihm als »legitim« bezeichnete Revisionsforderungen des Reiches, und erwartete Zusagen der Westmächte zur Wiederherstellung möglichst aller Grenzen von 1914. Sein Ziel war ein Großdeutschland, aber ohne großen Krieg.[46] Nur in Anerkennung dieser Zielsetzung würde auch die militärische Führungsspitze in Deutschland die erforderliche Legitimation erhalten, um überhaupt an die Möglichkeit eines Sturzes Hitlers zu denken.[47]

Gleichzeitig bemühte sich Brüning, die These von der alleinigen Kriegsschuld des Reiches zu relativieren: Er unterstrich die Mitverantwortung des Auslandes sowohl für das Scheitern der Demokratie als auch für die wirtschaftliche Stabilisierung des Hitler-Regimes. Dabei setzte er das Scheitern der Weimarer Republik mit seinem eigenen gleich, und gab eine Mitschuld an seinem Sturz namentlich genannten Berliner Politikern, Bankiers und Spitzenbeamten, darunter einigen von jüdischer Herkunft.[48]

Brüning litt unter der Inaktivität der durch die Aufrüstung kaptivierten und politisch konzeptionslosen Reichswehrführung. Er überschätzte bis 1936 den als »gemäßigt« geltenden Göring. Ihn hielt er für geeignet, zusammen mit einem Teil der Wehrmachtsspitze Hitler zu stürzen[49] und anschließend die Monarchie restaurieren zu können, als Übergang zur Wiederherstellung eines »gemäßigten parlamentarischen Regimes«.[50]

---

[44] Juli 1944. Ebd., S. 417; 10. August 1946. Ebd., S. 450. Dazu Christoph Sykes: Adam von Trott, Düsseldorf 1969, S. 242, 244ff.; T. A. Knapp, (s. Anm. 14), S. 95f.; G. R. Treviranus, (s. Anm. 17), S. 153; Marion Thielenhaus: Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938–1941, Paderborn 1984, S. 171.

[45] Brüning erinnerte am 20. Juli 1946 Otto A. Friedrich daran – der auf ihr letztes Treffen in London im Juli 1939 verwiesen hatte –, daß sie beide damals die Überzeugung geteilt hätten, »daß der bevorstehende Krieg mit einer furchtbaren Niederlage Deutschlands enden würde«. Nachlaß Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).

[46] Entsprechend der Formulierung von Rainer A. Blasius, Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg, Köln 1981.

[47] 14. Juni 1934. Briefe I, S. 24; März/April 1938. Ebd., S. 186; 13. September 1938. Ebd., S. 212; 30. Dezember 1938. Ebd., S. 224; März, Mai, Juni und August 1939. Ebd., S. 230, 258, 263, 280; 20. April 1943. Ebd., S. 522. Sir Robert Vansittart bezeichnete Brüning (und Stresemann) am 28. November 1939 als »Expansionisten«. Vgl. Rainer A. Blasius (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik I/1, Frankfurt a. M. 1984, S. 78.

[48] F. Müller, (s. Anm. 2), S. 44f., 86ff.; G. Schulz, (s. Anm. 1), passim; S. A. Schuker, (s. Anm. 3), S. 346.

[49] April 1935. Briefe I, S. 70.

[50] Januar 1936. Briefe II, S. 104. Über seine Überlegungen während der Jahre 1930–1932, die Hohenzollern-Monarchie zu restaurieren (vgl. A. Rödder, [s. Anm. 5]), hat Brüning während seiner Emigrationszeit häufig gesprochen.

III.

Nach dem Eintritt der USA in den Krieg kam Brüning die Fürsprache von Kriegsminister Henry L. Stimson – den er seit dessen Deutschlandbesuch von 1931, damals als US-Außenminister, kannte[51] – vielfach zugute. Ihm verdankte er auch, daß er seine deutsche Staatsbürgerschaft nicht aufgeben mußte, daß er nicht ausgewiesen wurde und schließlich von Internierungshaft verschont blieb. Die Universitätsspitze von Harvard lehnte sein Angebot eines Rücktritts von der Professur ab.[52]

Der Exkanzler glaubte schließlich nicht mehr daran, daß Hitler gestürzt oder ein innerer Zusammenbruch vor einer militärischen Niederlage des Reiches erfolgen würde.[53] Er machte sich keine Illusionen über die Härte der zu erwartenden alliierten Friedensbedingungen für Deutschland, das seinerseits unter Hitler den Krieg nicht beenden werde.[54]

Im August 1941 befürchtete er, daß niemand mehr die Alliierten werde hindern zu können, »Deutschland auf die Dauer der nächsten zwei Generationen zu zerstören«.[55] Ab 1943/44 rechnete Brüning, der die Massenmorde (»Greuel«) des NS-Regimes zunächst nicht wahrnehmen bzw. wahrhaben – sie aber auch dann nicht öffentlich verurteilen – wollte, mit der Besetzung des Reiches und der Annexion deutscher Ostgebiete.[56]

Brünings Entsetzen über die Fortdauer des Krieges und die Flächenzerstörungen in Deutschland durch den Luftkrieg, auf die er mit Depressionen reagierte, führte zu dem Versuch, auf die amerikanische Nachkriegspolitik Einfluß zu nehmen. Das geschah in geheim gebliebenen Kontakten nach Washington: eine heikle Aufgabe angesichts der auch in Regierungskreisen herrschenden prosowjetischen Euphorie. Dieser Einsatz erfolgte zum einen durch konkrete Vorschläge zur künftigen politischen Gestaltung und Rolle seiner Heimat, zum andern durch eine spezifische Art von Nachhilfe-Unterricht über die jüngste deutsche Geschichte.

Der Harvard-Professor trat unentwegt dafür ein, beim politischen wie administrativen Neuaufbau im Reich nur an preußisch-deutsche Traditionen des Verfassungs- und Verwaltungslebens anzuknüpfen. In politische Spitzenstellungen sollten nur Persönlichkeiten berufen werden, die sich be-

---

[51] 1941 erwähnte Brüning in seiner »Address on Prize Day, Juni 13« in der Groton School Library, daß er im Juli 1931 bei einer Konferenz in London im Gespräch mit Staatssekretär Stimson festgestellt habe, daß sie sich 1917 bei Cambrai im Gefecht gegenübergestanden hätten; von da an habe in ihren Verhandlungen »a mutual trust and friendship« geherrscht. The Groton School Quaterly, H. 3, 1941, S. 6. Ferner in: H. Brüning, (s. Anm. 11), S. 341.

[52] Juni 1947 an Hermann Pünder. BA Koblenz, Nachlaß Pünder 613; 16. März 1948. F. Müller, (s. Anm. 2), S. 46.

[53] 2. Dezember 1941. Briefe I, S. 379; Februar/März 1944. Ebd., S. 414, Anm. 1.

[54] 28. August 1941. Ebd., S. 369; 7. März 1945. Ebd., S. 428.

[55] 28. August 1941. Ebd., S. 369.

[56] 20. Februar 1943. Ebd., S. 400; 13. Juli 1946 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 22); 20. Januar 1948. Briefe II, S. 115; 20. Dezember 1949 und 30. März 1950 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22); G. N. Shuster, (wie Anm. 30), S. 460.

reits in der Weimarer Zeit bewährt und die Hitler-Herrschaft in der Heimat politisch unbelastet überlebt hätten.[57]

Als dafür geeignet nannte er mit Hermann Dietrich, Hans Schlange-Schöningen[58] und Adam Stegerwald[59] drei Persönlichkeiten, die bereits seiner Regierung angehört hatten, ergänzt um Hermann Pünder, den Chef der Reichskanzlei von 1926–1932, und einen fünften, Konrad Adenauer. Für die leitende Funktion empfahl Brüning wiederholt nur einen: Hermann Dietrich.

Eine spezielle Form seiner historischen Nachhilfe bestand darin, dem »Zerrbild« der deutschen Geschichte und des deutschen Volkes entgegenzuwirken, das er von der »Greuelpropaganda« linksgerichteter Emigranten systematisch verbreitet sah. Dieses »Zerrbild« habe die Propaganda der Regierung und der antideutsch eingestellten amerikanischen Publizistik im Sinne Vansittarts und Morgenthaus erleichtert, gleichzeitig aber auch zur Konzeption der angloamerikanischen Kriegszielpolitik auf den Konferenzen von Quebec, Jalta und Potsdam beigetragen.[60]

Von den Auswirkungen der Jalta- und Potsdam-Abkommen befürchtete Brüning eine »allmähliche Ausrottung eines großen Teils des deutschen Volkes«.[61] Deswegen suchte er dem Einfluß solcher Emigranten entgegenzuwirken, von denen er befürchtete, daß sie als Vollstrecker der alliierten

---

[57] 30. August 1954 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21);. 8. Mai 1959. Druck: Konrad Repgen: Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat, in: HJb. 99 (1979), S. 404f.

[58] Nach der Publikation von dessen Erinnerungen (Am Tage danach, Hamburg 1946) distanzierte sich Brüning von Schlanges Darstellung über die Gründe des Regierungssturzes von 1932 (»Pamphlet«), mit dessen Hilfe der Verfasser sich bei der Linken anzubiedern suche. 26. März 1947 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22). Ähnlich am 29. April und 24. September 1947 an Gustaf Olef, (s. Anm. 12) sowie am 28. November 1947 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 22) und am 27. November/3. Dezember 1948. Briefe II, S. 160. Schlanges Buch löste schließlich jenen bekannten Brief Brünings vom Sommer 1947 an Rudolf Pechel aus, mit dessen Abdruck in der Deutschen Rundschau H. 7 (1970), S. 1–22, sich der Exkanzler erstmals seit 1933 in seiner Heimat wieder öffentlich zu Wort meldete. Nachdruck: W. Vernekohl u. R. Morsey, (s. Anm. 18), S. 223–269.

[59] Die Enttäuschung über Stegerwald (gestorben 3. Dezember 1945), der im Frühjahr 1945 gegenüber »raffinierten amerikanischen Nachrichtenoffizieren« (30. August 1954 an Otto A. Friedrich, s. Anm. 21) versucht habe, ihn von »jedem Einfluß auf die Entwicklung in Deutschland auszuschließen«, kommt in späteren Briefen zum Ausdruck. 25. August 1949 an Gustav Olef, (s. Anm. 12); 18. März 1951 sowie 25. Juli und 4. September 1952 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22).

[60] Vgl. die Einleitung Brünings zu seinem 1947 veröffentlichten Brief, (s. Anm. 58), in dem es hieß, daß Veröffentlichungen deutscher Emigranten »bewußt oder unbewußt« weitgehend zu den Ideen beigetragen hätten, »die den Abkommen von Jalta und Potsdam zugrunde liegen«. Nachdruck: W. Vernekohl u. R. Morsey (Hrsg.), (s. Anm. 18), S. 224. Am 20. August 1946 an Hans Bernd Gisevius: »Es besteht für mich kein Zweifel, daß Präsident Roosevelt in den letzten Monaten seines Lebens sich mit Absichten trug, die Teheran-, Yalta- und Moskau-Beschlüsse in starkem Maße zu mildern.«

[61] Am 17. April 1946 an Erich Kordt. IfZ, Nachlaß Kordt. Am 20. August 1946 an Hans Bernd Gisevius: »Ich habe nie geglaubt, daß die Form der Naziagitation noch [von Emigranten] übertroffen werden könne.«

Straf- und Rachepolitik bereit sein würden, entsprechende »Vernichtungspläne« auszuführen. In diesen Zusammenhang gehört seine spätere Äußerung vom 17. August 1946: »Ich will alles für Deutschland tun ..., habe [aber] erst in der Emigration völlig erkannt, in welchem Ausmaße linksstehende Leute alles Katholische und Christliche hassen.«[62]

Brünings Vorstellungen über den Wiederaufbau Deutschlands nach Hitler sind gebündelt in einer von seinen Washingtoner Gesprächspartnern erbetenen Denkschrift vom Oktober 1944 für Kriegsminister (1940–1945) Henry Stimson, seinen »alten Freund«. Deren Grundzüge lauteten[63]: Wiederaufbau der Verwaltung und Neubelebung der repräsentativen Demokratie, und zwar durch Anknüpfung an die preußisch-deutsche Tradition; weiter: Wiederaufbau von den »untersten Stufen« aus, und schließlich Neubelebung mancher Zweige der Berliner Ministerialverwaltung unter Aufsicht einer interalliierten Kommission.

Die »Greuel« der Nationalsozialisten wollte Brüning durch individuelle Strafverfahren (nicht aber durch schematische Entnazifizierung), aber auch sie nur für die Spitzenfunktionäre, gesühnt wissen, ebenso die von anderen Völkern begangenen Untaten.[64] Nach dem »Untergang der Nazis« hielt er baldige Wahlen in Deutschland für zweckmäßig. Dabei sollte ein von einer provisorischen Nationalversammlung verabschiedeter Verfassungsentwurf zunächst nur fünf Jahre gelten, dann durch eine Verfassunggebende Versammlung revidiert werden. Solange wollte Brüning die Weimarer Reichsverfassung wieder in Kraft gesetzt wissen. Eine Restauration der Monarchie hielt er schon längst nicht mehr für möglich.

Das Gelingen des Wiederaufbaus war für den Exkanzler undenkbar ohne die Verwaltungserfahrung früherer – in erster Linie wiederum: preußischer – Beamter, sodann Gewerkschaftler und unbelastete Vertreter der »alten Parteien«. Zweckmäßig erschien ihm vorübergehend, auch im Oktober 1944, die Bildung eines Beratungsgremiums für die Besatzungsbehörden aus sechs prominenten Emigranten, darunter die Sozialdemokraten Max Brauer,

---

[62] An Franz Thedieck. BA, Nachlaß Thedieck. Am 18. Oktober 1946 an Otto Michael Schmidt: Es gäbe viele Emigranten, die das »Werk der Entchristlichung Deutschlands mit anderen Mitteln fortsetzen wollen«.

[63] Briefe I, S. 525 ff.; Juni 1947 an Hermann Pünder, (s. Anm. 52).

[64] 20. April 1943. Briefe I, S. 522. Das amerikanische Entnazifizierungsverfahren hielt Brüning »nicht für besonders gut«, weil es Denunziationen und Demoralisierung fördere: »Ich kann es auch kaum ertragen, Emigranten, die getan haben, was sie nur konnten, um die Nazis an die Macht zu bringen, jetzt die Rolle der Richter und Ankläger spielen zu sehen.« 1. Mai 1946 an Franz Thedieck, (s. Anm. 62). Brüning spielte in erster Linie auf die »Kamarilla um Kempner und Genossen« an (»der die ganze Geschichte der Vergangenheit entstellt«: 31. Juli 1947. Briefe II, S. 93). Über Kempners frühere Stellung zu Brüning vgl. Rudolf Morsey: Preußen, Reich und NSDAP 1930/32. Zur Publikation und Präsentation einer »bisher unveröffentlichten« Denkschrift vom August 1930 (Kritik an R. M. W. Kempner [Hrsg.]: Der verpaßte Nazi-Stopp, Frankfurt a. M. 1983), in: Die Verwaltung 16 (1983), S. 507–515.

Gerhard Seger, Wilhelm Sollmann und Friedrich Stampfer. Sich selbst schloß er von diesem Gremium aus.[65]

Bei anderer Gelegenheit empfahl der Exkanzler, ein »regierendes« oder »arbeitsfähiges Kabinett« bzw. einen »zentralen Verwaltungsrat« aus früheren Staatssekretären zu bilden, um einen »langsamen Übergang« für eine einheitliche Regierung »für ganz Deutschland« zu schaffen.[66] Für diesen Rat benannte er auch Adenauer, für die »erste Stelle« darin jedoch, als »fähigsten«, erneut Hermann Dietrich.[67]

Durch die Bildung eines solchen Gremiums sollte zweierlei verhindert werden: der rasche Abschluß eines für Deutschland nachteiligen Friedensvertrags – weil das Gremium dafür keine Kompetenz besitzen würde – und die schon erwähnte Bildung einer Regierung aus linksstehenden Emigranten.[68]

Gleichwohl wollte Brüning für einen »langsamen« Neuaufbau des politischen Lebens nicht das »überholte« Parteiensystem der Weimarer Republik restauriert wissen.[69] Er hielt zwei bis drei große Parteien für erforderlich, darunter eine interkonfessionell-christliche Volkspartei. Nach Kriegsende wollte er sich zunächst zur »Erneuerung« der früheren Parteien noch nicht konkret äußern.[70] Als er dann jedoch von der Gründung der Unionsparteien erfuhr, begrüßte er dieses Ergebnis, das er in den zwanziger Jahren vergeblich angestrebt hatte, und unterstützte die junge CDU gegenüber dem neuen Zentrum in Westfalen[71], dessen Auftreten er als

---

[65] 7. November 1944. T. A. Knapp, (s. Anm. 14), S. 116.

[66] Juni 1947. Briefe I, S. 456; 27. November/3. Dezember 1948. Briefe II, S. 160; 20. Dezember 1949 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22); 18. September 1957 an Hans von Raumer; Februar 1949. Druck: Graf Henning von Borcke-Stargordt: Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, Würzburg 1957, S. 175.

[67] Vgl. R. Morsey: Emigration, (s. Anm. 19), S. 232; Juni 1947. Briefe I, S. 456f.; 27. November/3. Dezember 1948. Briefe II, S. 160; 8. Mai 1959. K. Repgen, (s. Anm. 57), S. 404f.; 30. März 1950 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22); 30. August 1954. Briefe II, S. 364; 18. September 1957 an Hans von Raumer. Vgl. ferner F. Müller, (s. Anm. 2), S. 51.

[68] Die Vermutung von Michael Fichter, daß Brüning mit der German Labour Delegation (dazu vgl. J. Radkau, [s. Anm. 26], S. 144ff.) »geheime Abmachungen« getroffen habe, »damit er bei künftigen Eingaben an US-Stellen in Fragen der US-Besatzungspolitik die Mitglieder der GLD unterstützte« (Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948, Opladen 1982, S. 52), halte ich nicht für zutreffend.

[69] 20. April 1943. Briefe I, S. 522; 1. November 1943. Ebd., S. 407; 29. November 1945. Briefe II, S. 23.

[70] 16. September 1945. Ebd., S. 435.

[71] Vgl. Hans-Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 67f., 130f.; Theodor Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 178. Vgl. auch Brünings Schreiben vom 1. Dezember 1948 an Adenauer (Briefe II, S. 168) und dessen Antwort: Hans Peter Mensing (Bearb.): Adenauer: Briefe 1949–1951, Berlin 1985, S. 371 (29. Dezember 1948). – Eine »vorübergehende Existenz« des Zentrums hielt Brüning Ende 1948 deswegen nicht für ein »Unglück«, weil durch diese Partei katholische Arbeiter davon abgehalten würden, sich »dauernd der SPD« anzuschließen. Briefe II, S. 164.

»Rückschritt zu den gleichen Ideen und Entwicklungslinien wie nach 1918« beurteilte.[72]

Dabei blieb Brüning bei seiner schon 1935 fixierten Ansicht, Geistliche beider Konfessionen aus »jeglicher Form von Volksvertretung« möglichst fernzuhalten bzw. in der Agitation für die CDU »nicht zu stark hervortreten« zu lassen.[73]

Gegen Kriegsende war der von jeher mißtrauisch-zurückhaltende Westfale wegen seines bisweilen offen geäußerten Nationalismus und seiner Warnungen vor der Koalition mit der Sowjetunion in Harvard isoliert. Zudem litt er an häufigen Erkrankungen und einem partiellen Verfolgungswahn, der ihn seitdem begleitete.[74] Manche dieser Erkrankungen, das geht aus Brünings dichtem Briefwechsel hervor, entsprangen seinem »Leiden an Deutschland«. Sie hatten, darauf hat Stephen A. Schuker 1994 hingewiesen, psychosomatische Ursachen; er nennt ihn einen schwer gestörten und frustrierten Mann.[75]

Brünings unablässige Rückblicke und Reflexionen, Ratschläge und Schuldzuweisungen wurden als eine »charakteristische Synthese von Selbstgerechtigkeit, Exkulpierungsbestreben und latentem Antisemitismus«gedeutet.[76] Dabei scheint ihm die »volle Bedeutung des totalen Krieges – und damit auch der totalen Niederlage – bis zuletzt entgangen zu sein«.[77] Von dem in seinem verengten politischen Weltbild enthaltenen »latenten Antisemitismus« hatte Herbert Weichmann schon früh gesprochen.[78]

Nicht wenige frühere Bekannte Brünings – George Messersmith, John J. Wheeler-Bennett[79], George N. Shuster[80] – registrierten eine Verschiebung des Erinnerungsvermögens bis hin zum Realitätsverlust eines verbitterten Emigranten.

---

[72] 29. November 1945. Ebd., S. 23; 20. August 1946. Ebd., S. 45.

[73] 25. Mai 1935. Briefe I, S. 464; 29. Oktober 1946. Briefe II, S. 52.

[74] Herbert Weichmann: Kritische Bemerkungen zu den Briefen Brünings an Sollmann, in: VfZ 22 (1974), S. 460. Dazu vgl. F. Müller, (s. Anm. 2), S. 44f., 47; S. A. Schuker, (wie Anm. 3), S. 330.

[75] S. A. Schuker, (s. Anm. 3), S. 335.

[76] F. Müller, (s. Anm. 2), S. 46.

[77] T. A. Knapp, (s. Anm. 14), S. 100.

[78] Kritische Bemerkungen, (s. Anm. 74), S. 460.

[79] Special Relationships. America in Peace and War, London 1975, S. 166f. mit Bezug auf seinen Bericht vom 1. März 1943 über das in Anm. 24 erwähnte Gespräch mit Brüning am 27./28. Februar. Diesen ungewöhnlich negativen Bericht hat Robert H. Keyserlingk so kommentiert: Wheeler-Bennett habe das britische Außenministerium vor den »neuesten, schändlichen Plänen deutscher Emigranten wie Brüning, sich auf eine gemäßigte Friedensregelung mit einem Deutschland nach Hitler hinzuarabeiten«, gewarnt. Keyserlingks Resümee: Brüning sei wegen seiner Ablehnung der alliierten Deutschlandpolitik, eingeschlossen seinen Warnungen vor der Ausweitung des sowjetischen Einflusses, »kein annehmbarer Verbündeter gegen Hitler«. Der Fall Otto Straßer, in: VfZ 31 (1983), S. 644. Ferner J. J. Wheeler-Bennett, (s. Anm. 14), S. 369.

[80] Dr. Brüning's Sojourn, (s. Anm. 30), S. 460.

IV.

Nach Kriegsende beschäftigte die deutsche Einheit Brünings Denken und Fühlen »so stark wie kaum etwas anderes in seinem Leben«.[81] Dabei bezog er die negativen Folgen der Abkommen der Anti-Hitler-Koalition von Jalta und Potsdam ein, ging aber von zwei Voraussetzungen aus: einmal, daß die USA, im eigenen Interesse, zur Verteidigung Westeuropas gezwungen sein würden, zum andern, daß die Sowjetunion keinen Krieg beginnen würde.

Brüning suchte auch weiterhin in den USA unermüdlich, aber wiederum nur in der Stille, zugunsten seines besiegten und zerstörten Vaterlandes zu wirken. Dazu zählten persönliche Hilfeleistungen durch unzählige Briefe und Lebensmittelpakete, bis an die Grenze seiner Möglichkeiten, ferner – in »allein vier Monaten Tageszeit« – mehr als 200 »Persilscheine« zugunsten früherer Mitglieder der NSDAP[82], selbst für Hugenberg[83], v. Papen[84] und Schacht.[85]

Brüning erkannte die Rechtsgrundlage des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses, schon wegen der Beteiligung der totalitären Sowjetunion, ebenso wenig an wie Deutschlands Alleinschuld am Krieg. Er weigerte sich auch, in Nürnberg als Zeuge aufzutreten.[86]

Gleichzeitig suchte er auf die amerikanische Europapolitik Einfluß zu nehmen, und zwar im Sinne möglichst rascher ökonomischer und politischer Stabilisierung Deutschlands. Er war in einem bisher noch nicht zu bestimmenden Ausmaß an der Vorbereitung und Auswertung der beiden Deutschlandmissionen von Expräsident Herbert Hoover, 1946 und 1947, beteiligt und vermutlich auch – über Handelsminister William Averell Harriman[87] – an der Konzeption des späteren Europäischen Wiederaufbau-Programms.[88]

---

[81] So George Pettie im Nachwort zu: Briefe II, S. 505.

[82] 11. August 1949. Ebd., S. 193; 4. Dezember 1949. Ebd., S. 201; 20. Dezember 1949: »über 300 Affidavits«. An J. Maier-Hultschin, (s. Anm. 22).

[83] Hugenbergs Ringen in Deutschlands Schicksalsstunden, Detmold 1949, S. 21–23.

[84] Franz von Papen: Vom Scheitern einer Demokratie 1930–1933, Mainz 1968, S. 387f.; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 101.

[85] Vom 20. August 1946. Benutzt bereits in Schachts Spruchkammerverfahren Ende 1946. Vgl. auch 17. Februar 1949. Briefe II, S. 181; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 56, 66, Anm. 257.

[86] 3. Mai 1950. Briefe II, S. 226; 24. September 1949: »Es gab hier eben Leute unter den Emigranten, die mich gern auf die Liste der Kriegsverbrecher gesetzt hätten.« An Gustav Olef, (s. Anm. 12). Und konkreter am 19. Februar 1948: Robert Kempner »want to crown the trials [in Nürnberg] by an indictment of myself«. An Rudolf Pechel. BA, Nachlaß Pechel 59.

[87] 3. Juli 1947. Briefe II, S. 89f.

[88] Als erster hat 1961 Wilhelm Vernekohl (Kulturdezernent der Stadt Münster), wohl aufgrund eines Gesprächs mit Brüning bei dessen Aufenthalten in Münster 1948 oder 1950, vermerkt, daß nach einem Treffen Brünings mit Kriegsminister Stimson am 29. Juli 1945 – unmittelbar nach dessen vorzeitiger Rückkehr von der Potsdamer Konferenz (vgl. Briefe I, S. 433, 453) – die »erste Konzeption« des Marshall-Plans entstanden sei. Ders.: Heinrich Brüning. Ein deutscher Staatsmann im Urteil der Zeit, Münster 1961, S. 132, Anm. Am

1951 hat er einmal von den »unsagbaren Kämpfen und Bemühungen« gesprochen, die ihn diese »ganz stille und vorsichtige Arbeit« gekostet habe. Aber dadurch sei die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan erreicht worden.[89] Entsprechende Aktivitäten Brünings hat mir gegenüber auch sein Leidensgefährte in der Emigration, Gottfried Reinhold Treviranus, bestätigt. Bisher findet sich davon allerdings in der inzwischen sehr umfangreichen Literatur zur Entstehung des Marshall-Plans keine Spur.

Die Gründung eines deutschen Weststaats, wie sie sich mit der Verschärfung des Ost-West-Konflikts abzeichnete, hat Brüning mit Besorgnis verfolgt und 1947 in Washington anstelle einer künftigen politischen Westintegration Deutschlands eine Westeuropäische Zollunion vorgeschlagen.[90] Für ihn war und blieb Deutschland das »einzige Bollwerk« gegen Rußland.[91]

Seit Kriegsende blieb der Harvard-Professor durch eine ständig wachsende Korrespondenz mit früheren Freunden und Bekannten in der Heimat über die dortige Situation informiert. (Ende 1949 teilte er Maier-Hultschin mit, daß er seit »Eröffnung der Post« mehr als 30000 Briefe aus Deutschland bekommen habe[92], zwei Jahre später: 40000.)[93] Hinzu kamen mündliche und schriftliche Berichte einer Reihe ihm bekannter Persönlichkeiten in der amerikanischen Militärregierung. Der Harvard-Professor – der übrigens erst im April 1946 Boston wieder »ohne besondere Genehmigung verlas-

---

1. September 1951 an Paul Sethe: Die »Herren in der Regierung« hätten nicht gewußt, »welche unsagbaren Kämpfe und Bemühungen es hier gekostet hat, um durch ganz stille und vorsichtige Arbeit die Entsendung von Hoover und der Congress-Kommissionen nach Deutschland, und dadurch die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan zu erreichen.« Kopie im Nachlaß Olef, (s. Anm. 12). Ich habe seit 1972 (Brüning und Adenauer, Düsseldorf 1972, S. 40) wiederholt darauf verwiesen, daß dieser Komplex näherer Erforschung bedürfe. Vgl. auch F. A. Hermens, (s. Anm. 30), S. 243: Die deutschen Emigranten in den USA hätten »manches« getan, um jene US-Nachkriegspolitik vorzubereiten, »die später angenommen wurde«, und deren größter Triumph im Marshall-Plan und dem raschen deutschen Wiederaufbau bestanden habe.

[89] 9. September 1951 an Paul Sethe, (s. Anm. 88). Ähnlich am 14. Januar und 27. Februar 1951 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21), am 17. August 1951 an Athos von Schauroth und am 10. Oktober 1952 an Franz Thedieck, (s. Anm. 62). Dazu auch eine entsprechende Äußerung in Brünings Vorlesungen in Köln nach 1951. Briefe II, S. 354, Anm. 1. Stimson war früh davon überzeugt, daß Europa wirtschaftlich wiederaufgebaut werden müsse: »the recovery of Germany was central to the recovery of Europe«. Hadley Arkes: Bureaucracy, the Marshall-Plan and the national Interest, Princeton, N.J. 1972, S. 26. Dazu vgl. Thomas Alan Schwartz: Die Atlantik-Brücke, Frankfurt a.M. 1921, S. 39ff.

[90] 3. Juli 1947. Briefe II, S. 90. So auch im Juli 1949. Ebd., S. 192.

[91] 17. Januar 1948. Ebd., S. 113.

[92] 20. Dezember 1949, (s. Anm. 22). Weiter hieß es: »Vor mir liegen 2000 unbeantwortete Briefe«; bisher habe er über 8000 einzeln beantwortet. Der Kölner CDU-Politiker Johannes Albers hatte nach einem Gespräch mit Brüning im August 1948 mitgeteilt, daß dieser sich durch »mehr als 20000 Briefe« bis zu seinem Besuch in Deutschland bereits ein »ziemlich genaues Bild« habe machen können. Zitiert in den Stuttgarter Nachrichten vom 24. August 1948.

[93] 27. Februar 1951 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21); 18. August 1951 an Herbert Blankenhorn (Kopie im Nachlaß Maier-Hultschin, s. Anm. 22).

sen« durfte[94] – registrierte mit schmerzlicher Anteilnahme die Folgen der faktischen Teilung des Reiches an der Schnittlinie des Eisernen Vorhangs und die Notlage insbesondere der aus den Ostgebieten des Reiches vertriebenen Deutschen.

Mit der Politik der neuen Unionsparteien und ihrer führenden Persönlichkeiten war er im großen und ganzen einverstanden; er lehnte jegliche Form von Sozialisierung, auch jeden »christlichen Sozialismus«, ab. Einen wirtschaftlichen Wiederaufbau befürwortete er in Form »gemischtwirtschaftlicher Unternehmen«.[95]

Brüning begrüßte und unterstützte die Annäherung der Konfessionen, die er als historisches Ereignis bewertete[96], nach Kräften. Etwaige Störungen erwartete er am ehesten von seiten der katholischen Kirche.[97]

Er beschwor seine alten Freunde in der Heimat, nicht zu früh eine Zentralregierung zu bilden. Er befürchtete, daß darin dann vornehmlich linksgerichtete Emigranten – eingeschlossen Joseph Wirth und Carl Spiecker – als »Vollstrecker der Wahnsinnspolitik«[98] von Jalta und Potsdam bereit sein würden, auch einen für Deutschland ungünstigen Friedensvertrag zu unterzeichnen.[99]

Einen solchen Vertrag wollte er auch deswegen möglichst lange hinausgeschoben wissen, um einen davon zu erwartenden »dauernden Verlust des Ostens« zu verhindern, aber ebenso ein »dauerndes Einmischen« der Alliierten in alle Einzelheiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland.[100]

Der Exkanzler begrüßte die Gründung einer Einheitsgewerkschaft, nicht allerdings, wie er im Januar 1948 einmal schrieb, deren SPD-Führung, »die

---

[94] 18. Oktober 1946 an Otto Michael Schmidt; 25. Januar 1947. Briefe II, S. 69.

[95] 10. Mai 1947. Ebd., S. 85; Juni 1947. Ebd., S. 87; 21. Juli 1947. Ebd., S. 91; 19. Mai 1948. Ebd., S. 128. – Als Beispiel für gemischt-wirtschaftliche Unternehmen verwies Brüning auf die Organisation der Elektrizitäts- und Kali-Industrie während der Vorkriegszeit in Deutschland, der das genossenschaftliche Prinzip zugrundegelegen habe. Juni 1947. Ebd., S. 87; 21. Juli 1947. Ebd., S. 91; 19. Mai 1948. Ebd., S. 128; 11. Juli 1949. Ebd., S. 191. Brüning begrüßte es, daß sich Adenauer für »gemischtwirtschaftliche Unternehmen« einsetze. Juni 1947. Ebd., S. 87.

[96] 8. Dezember 1937. Briefe I, S. 159; 16. September 1945. Ebd., S. 435; 16. August 1946 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21); 18. Oktober 1946 an Otto Michael Schmidt; 9. Februar 1947. Briefe II, S. 74; 14. November 1947. Druck: Paul-Werner Scheele (Hrsg.): Paderbornensis Ecclesia, Paderborn 1972, S. 685; G. R. Treviranus, (s. Anm. 10), S. 199f.

[97] 31. August 1946 an P. Robert Leiber. Vgl. auch Brünings Distanz zum »rheinischen Katholizismus«: 29. September 1949. Briefe II, S. 237.

[98] Juli 1944. Briefe I, S. 416ff.; 16. August 1946 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21); 15. Dezember 1946 an Gustav Olef, (s. Anm. 12). Zu seinem häufig artikulierten Gegensatz zu Spiecker vgl. auch Ute Schmidt: Zentrum oder CDU, Opladen 1987, S. 246.

[99] 3. Januar 1947. Briefe II, S. 67; 9. Februar 1947. Ebd., S. 74; 4. November 1948. Ebd., S. 166; 1. März 1950 an Helene Weber; 3. Oktober 1951 an Walter von Baltz. Ebd., S. 282.

[100] 27. November/3. Dezember 1948. Ebd., S. 166f.; 22. Dezember 1948 an Gustav Olef, (s. Anm. 12).

uns Emigranten aufgezwungen« hätten.[101] Die Tatsache, daß die US-Militärregierung in ihrer Zone schon früh Wahlen zuließ – ein Verdienst, das er seinen entsprechenden Bemühungen zugute hielt[102] –, empfand er schon deswegen als beruhigend, weil dadurch Emigranten nicht mehr oder weniger selbstherrlich über einen längeren Zeitraum herrschen könnten.

V.

Seit 1945 beobachtete der Harvard-Professor, unbeschadet seiner früheren Aversion gegen Adenauer[103], mit wachsender Zustimmung dessen Aktivität, zunächst als neuer Oberbürgermeister von Köln (Anfang Mai bis 6. Oktober 1945). Er bewunderte seine »Initiative und Arbeitskraft« nach »all den Jahren der Verfolgung und des Leidens«.[104] Adenauers Entlassung durch die britische Militärregierung lastete er einige Jahre später »Bezichtigungen« linksstehender deutscher Emigranten an[105], dieses Mal nicht ganz zu Unrecht. Im Juni 1946 bewertete er die erste Rede des neuen CDU-Politikers vom 24. März 1946 in Köln als »hervorragend«, ja als »staatsmännisch und mutig«[106] – wahrscheinlich nicht zuletzt wegen der darin geäußerten Kritik an der Politik der Besatzungsmächte.

Auch in den folgenden Jahren belobigte Brüning den neuen Parteipolitiker in der britischen Zone, so wegen seiner Äußerung, daß die CDU keinen Frieden unterzeichnen werde, der deutsche »Ostgebiete an Polen oder Rußland abtreten würde«.[107] Bei dem alten »Oberbürgermeister-Politiker«[108] vermißte Brüning allerdings eine »größere Wärme«.[109]

Anfang 1948 ging er davon aus, daß kein anderer mehr als Adenauer hätte erreichen oder eine »wesentlich andere Taktik einschlagen« können[110]; zwar müsse die CDU »langsam auch jüngere Führer« erhalten, derzeit aber machten Adenauer, Jakob Kaiser und Josef Müller »ihre Sache sehr gut«.[111] Seine Sorge blieb eine zu deutliche und zu rasche Annäherung Adenauers an Frankreich.

---

101 20. Januar 1948 an Gustav Olef, (s. Anm. 12).
102 9. Februar 1947. Briefe II, S. 73.
103 Dazu R. Morsey, Brüning und Adenauer, (s. Anm. 7), S. 15 ff.
104 31. Juli 1945 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22).
105 5. Dezember 1949. Briefe II, S. 202; 9. September 1951 an Gustav Olef, (s. Anm. 12).
106 5. Juni 1946. Briefe II, S. 38.
107 3. Januar 1947. Ebd., S. 67.
108 24. Oktober 1947 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 22).
109 27. November/3. Dezember 1948. Briefe II, S. 161.
110 20. Januar 1948. Ebd., S. 115.
111 19. März 1948 an Gustav Olef, (s. Anm. 12).

Erst im Sommer 1948 erhielt der Harvard-Professor, und auch jetzt erst nach monatelangem Drängen[112], die Erlaubnis, nach Deutschland reisen zu können. Sein Visum galt jedoch nur für 30 Tage und nur für die britische Zone, wo in Münster seine Schwester lebte; er hatte sich verpflichten müssen, keine politischen Erklärungen abzugeben und nicht an politischen Treffen teilzunehmen.[113]

Für diese Gängelung machte er, einmal mehr, Emigranten in den USA verantwortlich: Wer einmal von ihnen auf die Schwarze Liste gesetzt worden sei, bleibe darauf.[114] Einer dringlichen Einladung des US-Militärgouverneurs Lucius D. Clay nach Frankfurt konnte bzw. wollte er nicht folgen.[115]

Mitte August 1948 traf er sich zu einem »langen Gespräch« mit Adenauer in Köln.[116] Dabei fand der Exkanzler seine bisherige positive Einschätzung des CDU-Politikers bestätigt: »er ist sehr gewachsen«.[117] Er registrierte allerdings bei dem um neun Jahre älteren, »einzig fähigen« Parteiführer, eine gewisse »Starrheit« bzw. »Naivität«, weil er in der Außenpolitik nicht kritisch genug sei und zu große Hoffnungen auf einen Wandel der französischen Politik setze, falls der derzeitige Ministerpräsident Robert Schuman Außenminister werden sollte.[118]

Davor warnte ihn Brüning, wenngleich er selbst Schuman seit seiner Straßburger Studienzeit kenne und schätze. Seine künftig häufig wiederholte Begründung für seine Warnung lautete: nicht der jeweilige Ressortchef bestimme die Außenpolitik der Pariser Regierung, sondern der Stab des Quai d'Orsay, dieser aber im Sinne einer Hegemoniepolitik Richelieus.[119] Es gehe vielmehr darum, wie Brüning das künftig häufiger nannte, eine »dogmatische« außenpolitische Orientierung zu verhindern.[120]

---

[112] 1. Juli 1948. Briefe II, S. 133. Ein Jahr zuvor noch war Brüning die Reiseerlaubnis versagt worden. 20. Juni 1947. Ebd., S. 89; 30. August 1954 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).

[113] 1. Mai 1948 an Hermann Pünder, (s. Anm. 52); 22. Juni 1948 an Wilhelm Fonk; 1. Juli 1948. Briefe II, S. 134; 1. August 1948. Ebd., S. 137. 30. August 1954 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21). – Über Brünings Sehnsucht nach der Heimat und die Schwierigkeiten, ein Besuchsvisum zu erhalten, enthalten seine Briefe zahllose Hinweise.

[114] 20. Dezember 1949 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54).

[115] 5. September 1948. Briefe II, S. 147.

[116] 5. September 1948. Ebd., S. 142. Adenauer hatte Brüning am 9. August 1948 zu einem »ruhigen Gedankenaustausch« eingeladen, da ihm »sehr viel daran« liege, ihn wiederzusehen. Adenauer: Briefe 1947–1949, (s. Anm. 71), S. 287; 1. September 1948. Briefe II, S. 142.

[117] 5. September 1948. Ebd., S. 142; 3. November 1948. Ebd., S. 155; 25. August 1948 gegenüber George N. Shuster und John Elliott in Münster. Ebd., S. 147. Dazu vgl. Klaus Oldenhage: Ansichten Heinrich Brünings zu deutschen Problemen im August 1948, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 5 (1979), S. 417; 3. November 1948. Briefe II, S. 155; 27. November/3. Dezember 1948. Ebd., S. 163.

[118] 5. September 1948. Ebd., S. 142, 146; 27. November/3. Dezember 1948. Ebd., S. 161 f.

[119] 20. April 1949. Ebd., S. 184; Ende Mai 1949. Ebd., S. 188; 9. September 1951 an Paul Sethe, (s. Anm. 88).

[120] 6. März 1950. Briefe II, S. 168, Anm. 2.

Bei diesem ersten Treffen gewann Brüning offensichtlich den Eindruck, von Adenauer als Konkurrent angesehen zu werden.[121] Dessen »erstes Wort« – Brüning hat es allerdings erst sechs Jahre später überliefert – soll gewesen sein: »Sie werden doch nicht in Deutschland bleiben wollen?«[122]

Einige Monate später berichtete Brüning aus diesem Gespräch, daß Adenauer, der fleißig arbeite, ein »einsamer Mann« sei: »Er sagte mir, daß der Tod seiner Gattin [3. März 1948] für ihn eine ›Amputation‹ gewesen sei, er habe eigentlich keine Wurzel mehr in dieser Welt.«[123] Am 1. Dezember 1948 schloß Brüning einen Brief an Adenauer – in dem er dessen Hilfe zugunsten des früheren Strafverteidigers Friedrich Grimm erbeten hatte[124] – mit dem Satz: »Es war eine große Freude für mich zu sehen, wie ruhig und gefaßt Sie ein Übermaß von persönlichem Leid ertragen haben.«[125]

Nach einer ebenfalls späteren Äußerung Adenauers, von 1954, ist ihm von dem Kölner Gespräch mit Brüning dessen »stark englischer Akzent« in Erinnerung geblieben, nicht minder ein »Eingesponnensein« in die Verhältnisse der Zeit von 1932.[126]

VI.

Die Arbeit des Parlamentarischen Rates am Grundgesetz verfolgte Brüning nicht sonderlich intensiv. Adenauers Rolle in den Bonner Beratungen bewertete er global als »weitsichtig, klug und geduldig«.[127] Allerdings befürchtete er ausländische Einflußnahmen über deutsche Emigranten. Einer von diesen »Paschas« in den USA hatte es ihm besonders angetan: Professor Carl J. Friedrich, der von unbändigem Ehrgeiz sei.[128] Ihn machte Brüning rückblickend mit verantwortlich für »all den Unsinn« der US-Militärregie-

---

[121] Nach einem Bericht der Kölnischen Rundschau vom 20. August 1948 (»Brüning in Köln«) hatte Adenauer erklärt, daß sich sein Gespräch mit Brüning »um die gemeinsamen weltanschaulichen Grundsätze« gedreht habe: »Fragen der deutschen Innenpolitik seien nicht erörtert worden, da Dr. Brüning zu diesem Problem noch nicht zu einem abschließenden Überblick gekommen sei.« Über Brünings Deutschlandbesuch im August 1948 ist in vielen Zeitungen berichtet worden. Auf den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke machte Brüning damals einen »abgespannten und kränklichen Eindruck«. Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin (Ost) 1995, S. 353.

[122] 30. August 1954. Briefe II, S. 364.

[123] 3. November 1948. Ebd., S. 155.

[124] Ebd., S. 168f.

[125] Dieser Satz ist im Abdruck ausgelassen.

[126] 23. Juni 1954. Ursula Hüllbüsch u. Thomas Trumpp (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 7: 1954, Boppard 1993, S. 267, Anm. 27 (Mitschrift Seebohms).

[127] 20. August 1949. Briefe II, S. 194.

[128] 17. April 1952 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54); 22. April 1952 an Johannes Maier-Hultschin, (s Anm. 54).

rung beim Wiederaufbau der Verwaltung.[129] Dieser »frühere deutsche Staatsangehörige« sei auch mitschuldig am »Unglück der neuen westdeutschen Verfassung«[130], deren Entstehen er bereits durch seine Anwesenheit beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee mit beeinflußt habe.[131]

Brüning schwebte das Modell einer revidierten Weimarer Verfassung vor, ausgehend von der Verfassung von 1871; so empfahl er für den künftigen Präsidenten des Reiches eine Stellung, ähnlich wie die des Monarchen im Bismarckreich.[132]

Ende Januar 1949 hielt Brüning es für ein »Unding«, daß sich der Parlamentarische Rat in dem »weltfernen Bonn« monatelang von den »wirklichen Ereignissen abgekapselt« habe.[133] Das Grundgesetz hielt er für revisionsbedürftig, weil es sich – wie er am 20. Dezember 1950 Bundespräsident Heuss schrieb – »ausschließlich nach der Überlegung orientiert« habe, wie man einen »*einmaligen* Fehlschlag« der Weimarer Reichsverfassung beseitigen könnte[134]; es enthalte auch »zu viel Theorie und unklare Formulierungen« und entwickle »zu wenig praktischen Mut«.[135]

So empfand Brüning die mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum verankerte starke Stellung des Bundeskanzlers und seine Unabhängigkeit vom Bundespräsidenten als bedenklich[136]; denn dabei gingen »Kampf und Risiko« des Regierungschefs, die das Wesen der Politik seien, und nicht »die Oberbürgermeisterei«, verloren[137]; ferner würde die Stellung des Bundespräsidenten geschwächt. Später schob er Adenauer die Schuld dafür zu, daß er die »überragende Stellung« des Bundeskanzlers »auf Kosten der Macht des Bundespräsidenten« durchgesetzt habe.[138] Darauf allerdings hatte der CDU-Politiker keinen Einfluß genommen.

Im Februar 1949, als die Bildung eines »Weststaats« näherrückte, empfahl Brüning, diesen nur als »Übergangslösung« zu deklarieren.[139] Die Bildung der ersten Bundesregierung konnte er sich nur »auf breitester Basis«, kon-

---

[129] 19. Juli 1952 an Franz Thedieck, (s. Anm. 62). Etwas vorsichtiger am 14. Juli 1952 an J. Maier-Hultschin: »... für die ersten Mißgriffe der Besatzungsbehörden.« Ähnlich am 20. Juli 1949 an denselben Adressaten, (s. Anm. 54).

[130] 22. April und 5. Mai 1952 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54).

[131] 5. Mai 1952 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54). Dazu vgl. Edmund Spevack: Amerikanische Einflüsse auf die Entstehung des Grundgesetzes, 1948–1949, in: Werner Kemp u. Gerd Mielke (Hrsg.): Atlantische Texte, Bd. 5, Kaiserslautern 1997, S. 53f.

[132] F. Müller, (s. Anm. 2), S. 39, 76; 25. August 1948. K. Oldenhage, (s. Anm. 117), S. 527.

[133] 29. Januar 1949. Briefe II, S. 179.

[134] BA, Nachlaß Heuss 64; »Einmaliges Versagen«: 9. September 1951 an Paul Sethe, (s. Anm. 12).

[135] 14. Februar 1953 in einem Vortrag. Festgehalten von Franz Dessauer. Kopie im Nachlaß Olef, (s. Anm. 12).

[136] 20. Dezember 1950 an Heuss, (s. Anm. 134); 9. September 1951 an Paul Sethe (s. Anm. 12); 17. April 1952 an Hermann Ullmann (s. Anm. 54).

[137] 15. Februar 1951. Briefe II, S. 264.

[138] 5. November 1956 an Gustav Olef (s. Anm. 12).

[139] 19. Februar 1949. Briefe II, S. 182.

kret: in Form einer Großen Koalition, vorstellen.[140] Von einer Ausschaltung der Sozialdemokratie befürchtete er Auswüchse der »freien Wirtschaft«, die zu einer »gefährlichen Reaktion nach der anderen Seite« führen könnten.[141]

Als Chef einer Regierung der Großen Koalition hatte der Exkanzler zunächst den Düsseldorfer Ministerpräsidenten Karl Arnold favorisiert[142], bevor er sein ursprünglich positives Urteil von 1947 über diesen Unionspolitiker[143] zugunsten Adenauers korrigierte.[144]

Seit Ende 1948 ging Brüning offensichtlich davon aus, daß dieser CDU-Politiker in der künftigen Bundesrepublik Deutschland das Kanzleramt übernehmen werde.[145] Sein späteres Urteil vom 1. August 1951, es wäre besser gewesen, »wenn man in der ersten Zeit einen SPD-Mann als Kanzler gehabt« hätte oder »wenn man ab und zu wechselte«[146], gehört bereits in seine noch zu behandelnde Adenauer-kritische Phase.

Zwei Jahre zuvor, nach dem Ausgang der Wahl zum ersten Bundestag vom 14. August 1949 zugunsten der Unionsparteien, sah Brüning die Welt noch anders. Zwar zeigte er sich durch zwei Interviews Adenauers »stark erschüttert«[147], aus denen er entnahm, daß sich der CDU-Politiker – dessen Endziele er noch im Februar als »sicherlich sehr patriotisch« umschrieben hatte[148] – mit der »derzeitigen Teilung Deutschlands« abgefunden habe.

Gleichwohl gratulierte Brüning am 17. September 1949 dem neugewählten Bundeskanzler. Mit seinen Glückwünschen verband er die Hoffnung, daß es Adenauer gelingen werde, »unser armes Volk durch weitsichtige und verantwortungsvolle Arbeit ein gutes Stück vorwärtszubringen auf dem Wege zu einer versöhnlichen politischen Entwicklung im Innern und zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstiege«.[149]

---

[140] 21. Juli 1949. Ebd., S. 192; 20. August 1949. Ebd., S. 194; auch noch 31. März 1951 an Otto A. Friedrich. R. Morsey: Brünings Kritik, (s. Anm. 19), S. 287f.

[141] 20. August 1949. Briefe II, S. 194.

[142] 3. September 1950 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54).

[143] 24. Oktober 1947. Briefe II, S. 102.

[144] 27. November/3. Dezember 1948. Ebd., S. 162; April 1949. Ebd., S. 183; 20. Dezember 1949 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54); 18. Dezember 1950. Ebd., S. 247. Adenauer wiederum hielt 1948 Arnold für »politisch unerfahren« und verglich ihn, vor amerikanischen Konsulatsvertretern, »in dieser Hinsicht« mit Brüning. U. Schmidt, (s. Anm. 98), S. 267, Anm. 21.

[145] 27. November/3. Dezember 1948. Briefe II, S. 163; April 1949. Ebd., S. 183.

[146] Ebd., S. 277; 1. August 1951. Ebd., S. 277; 9. Januar 1951. Ebd., S. 255.

[147] 25. August 1949. Ebd., S. 195; 9. September 1949 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21). Am 29. September 1949 sprach Brüning gegenüber Helene Weber die Hoffnung aus, daß Adenauer künftig nicht »so viele mißverständliche Interviews über die Außenpolitik« geben werde. IfZ, Nachlaß Helene Weber 1. In dem gedruckten Auszug dieses Briefes (Briefe II, S. 197f.) fehlt diese Passage sowie der Hinweis: »Bitte nach Lesen gleich zu vernichten.«

[148] 18. Februar 1949. Briefe II, S. 168, Anm. 2.

[149] Ebd., S. 197. Am Vortage hatte Brüning auch Theodor Heuss zu dessen Wahl zum Bundespräsidenten gratuliert, »in lebhafter Erinnerung an frühere gemeinsame politische Arbeit«, (s. Anm. 134).

In den folgenden Wochen häuften sich weitere lobende Äußerungen über den Bundeskanzler (»obwohl er nicht mein persönlicher ›Freund‹ ist«); Adenauer sei allen anderen Politikern überlegen, wisse zu führen, zu herrschen und sich durchzusetzen; er habe einen »starken Willen« und kenne alle für die Politik notwendigen »Schliche« aus seiner Oberbürgermeisterzeit, kurz: sei der einzig geeignete Mann[150], der auch den Besatzungsbehörden die Meinung sage.[151] Erstaunt war Brüning allerdings über die Art und Weise, mit der der Bundeskanzler den bisherigen Oberdirektor der Bizone in Frankfurt, Hermann Pünder, bei der Regierungsbildung übergangen hatte.[152]

Brüning begrüßte das Anwachsen von Adenauers Prestige im westlichen Ausland. Zu dessen Fähigkeiten für die Ausübung seines Amtes zählte er auch eine – ihm selbst gänzlich fehlende – weitere Eigenschaft, nämlich die, »ein starkes Ausmaß von Propaganda seitens seines Apparates für sich selbst« ertragen zu können, ja eine »ungewöhnliche Fähigkeit, solchen Weihrauch« auszuhalten. Schließlich sei Adenauer, der das Herrschen liebe, in der Lage, Intrigen »geradezu riechen« und rechtzeitig mit »Gegenminen unterhöhlen« zu können.[153]

VII.

Seit Ende 1949 allerdings begann Brüning in seinem Urteil über Adenauer zu schwanken. Er hielt ihn zwar weiterhin für den »einzig geeigneten Mann für die jetzige Lage«[154], bewertete aber gleichwohl dessen außergewöhnliches taktisches Geschick vornehmlich als »Oberbürgermeister-Allüren«.[155] Er mißbilligte auch die Äußerung Adenauers, keine ehemaligen Beamten aus der »Schule der Wilhelmstraße« einstellen zu wollen[156]: »Mit wem glaubt er es denn schaffen zu können?«[157]

---

[150] 4. November 1948. Briefe II, S. 198. Vgl. die Abfolge entsprechend positiver Äußerungen zwischen dem 29. September und 20. Dezember 1949. Ebd., S. 197–207.

[151] 3. November 1949. Ebd., S. 155. Am 15. September 1949 teilte der Persönliche Referent des Bundeskanzlers, Herbert Blankenhorn, Olef mit, daß dessen »Auffassung, daß in den Kreisen der führenden Politiker der CDU … Brüning gegenüber eine gewisse Abneigung vorhanden sei«, nicht zuträfe: Im Gegenteil werde gerade aus diesen Kreisen Brüning »nach wie vor eine besondere Achtung und Verehrung entgegengebracht«, (s. Anm. 12).

[152] »Mir tut Pünder sehr leid«: 5. November 1949. Briefe II, S. 198. Zum Hintergrund vgl. Rudolf Morsey: Hermann Pünder, in: Geschichte im Westen 3 (1988), S. 79f.

[153] 19. November 1949. Briefe II, S. 200; 5. Dezember 1949. Ebd., S. 202; 6. Dezember 1949 an Wilhelm Fonk.

[154] 17. Dezember 1949. Briefe II, S. 207; 29. Dezember 1949 an Johannes Gronowski. ACDP, Nachlaß Gronowski I-205-001/3.

[155] 20. Dezember 1949. Briefe II, S. 207; 29. Dezember 1949 an Johannes Gronowski, (s. Anm. 154).

[156] 19. November 1949. Ebd., S. 201; 24. Dezember 1949; F. Müller, (s. Anm. 2), S. 52, Anm. 199.

[157] 26. Dezember 1949. Briefe II, S. 201, Anm. 1.

In der Folge wies Brüning wiederholt darauf hin, daß »alle die sog. politischen Erfolge« des Bundeskanzlers weniger hoch einzuschätzen seien, da sie in den USA »schon lange« festgestanden hätten[158] – sprich: mit seiner, Brünings, Nachhilfe im Verborgenen, quasi als »selbsternannter Lobbyist« für sein Vaterland.[159]

Bei anderer Gelegenheit hieß es, es werde Aufgabe einer späteren Geschichtsforschung sein, »festzustellen, was das Verdienst der westdeutschen Regierung war und was ihr als Geschenk in den Schoß fiel«.[160] In diesem Zusammenhang erwähnte Brüning einmal mehr seinen eigenen Einsatz zugunsten der Marshall-Plan-Hilfe, und fügte hinzu: »Ich arbeite umsonst für Deutschland«.[161] Gleichzeitig stöhnte er über »mehr als 1000 Briefe«, die wieder auf Antwort warteten.[162]

Ende 1949 hatte Brüning erstmals, wie später häufiger, die Ansicht geäußert, daß Adenauer besser einem anderen Politiker das Kanzleramt überlassen hätte, »der nicht katholisch ist«.[163] Überhaupt seien zu viele Katholiken im Kabinett: »Das erträgt man bei den liberalen Protestanten nicht.«[164] Weitere einschlägige Äußerungen – immer zu Ungunsten seiner eigenen Glaubensbrüder – belegen das Fortleben eines alten konfessionellen Minderwertigkeitsgefühls.[165]

Im Januar 1950 bezeichnete es Brüning als »psychologisch sehr unglücklich«, und einige Wochen später gar als »unsinnig«, daß der Bundeskanzler bereits vor Wochen die »Aufrüstungsfrage« angeschnitten habe.[166] Eine

---

[158] 29. Dezember 1949 und 18. Dezember 1950 an Johannes Gronowski, (s. Anm. 154); 22. Juni 1950 an Hermann Pünder, (s. Anm. 52); 20. Dezember 1950 an Theodor Heuss, (s. Anm. 134).

[159] W. L. Patch, (s. Anm. 4), S. 306. Am 30. Oktober 1950: Adenauer verspiele die Trümpfe, die ihm »von hier aus schon seit zwei Jahren an die Hand gegeben wurden.« An Gustav Olef, (s. Anm. 12).

[160] 22. März 1951. Briefe II, S. 268; 27. Februar 1951 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21); 17. August 1951 an Athos von Schauroth; 9. September 1951 an Paul Sethe, (s. Anm. 12); auch in einer Kölner Vorlesung nach 1952, in: Briefe II, S. 354, Anm. l; 10. Oktober 1952 an Franz Thedieck, (s. Anm. 62); 25. September 1953 an Gustav Olef, (s. Anm. 12); 30. August 1954 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).

[161] 17. August 1951 an Athos von Schauroth. Am 30. August 1954 an Otto A. Friedrich: »Noch ist nicht veröffentlicht ..., wie es gelang, Deutschland in den Marshall-Plan einzubeziehen.« Dieser Satz fehlt im auszugsweisen Abdruck (Briefe II, S. 364f.).

[162] 4. Dezember 1949. Ebd., S. 201.

[163] 18. Dezember 1950 an Johannes Gronowski, (s. Anm. 154); 31. Dezember 1949 und 1. August 1951 an Gustav Olef, (s. Anm. 12). Ähnliche Äußerungen bereits aus früheren Jahren. 10. Januar 1942. Briefe I, S. 389; 2. April 1946 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54).

[164] Am 31. Dezember 1949 an August Wegmann. ACDP, Nachlaß Wegmann I-366-002/1. Bereits am 21. Dezember 1949: »Man soll nicht zuviel Katholiken anstellen als Beamte oder ins Kabinett nehmen.« Briefe II, S. 208.

[165] 15. Februar 1951. Ebd., S. 264; 18. Dezember 1950. Ebd., S. 246. Als ersten Botschafter der Bundesrepublik beim Heiligen Stuhl empfahl er später, möglichst keinen Katholiken zu nehmen. 5. August 1952 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54).

[166] 23. Januar 1950. Briefe II, S. 218; 1. März 1950. Ebd., S. 219.

Wendung vom 7. Februar 1950, wonach Adenauer besonderen Wert darauf zu legen scheine, »immer das Gegenteil« dessen zu tun, »was ihm von Leuten, die mir nahestehen, geraten wird«[167] – paßt in die neue Distanziertheit. Sie bezog sich konkret auf die verzögerte Ernennung von Franz Thedieck zum Staatssekretär des Ministers für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser. (Diesen früheren christlichen Gewerkschaftler hatte Brüning zunächst arg überschätzt.)[168]

Anfang März 1950 erhielt der Bundeskanzler letztmalig ein Lob: wegen seiner Weigerung, den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat nicht bedingungslos zu akzeptieren (»man muß sich zu allem bitten lassen«[169]). Seitdem verstärkte sich in der weiterhin uferlosen Korrespondenz des Harvard-Professors die Kritik an der Westintegrationspolitik Adenauers.[170] Mit deren Forcierung schien der Bundeskanzler zumindest eine zeitweilige Fortdauer der Teilung Deutschlands in Kauf zu nehmen. Zudem befürchtete Brüning weiterhin den Abschluß eines Friedensvertrags, den er – ebenso wie die Wiederbewaffnung – möglichst lange hinauszuzögern empfahl, nach dem Vorbild Japans.[171]

Die inzwischen verfestigte Gegenposition des konservativen Demokraten, fern seiner Heimat, entsprach dem Machtdenken einer vergangenen Ära: Deutschland sollte seine geopolitische Mittellage zu einem Ausgleich mit West und Ost ausnutzen – nach dem Vorbild der als beispielhaft bezeichneten Vertragspolitik der Weimarer Republik.[172]

Noch deutlicher hatte er Pünder und Adenauer, bereits Ende Mai 1949, seine Maxime übermittelt: »Es kommt darauf an, die Mächte gegeneinander auszuspielen«; Deutschland sei, »mehr als je zuvor«, das Herz Europas, ja der »Welt«[173] und noch immer der »Angelpunkt der Weltpolitik«.[174] Dieses Deutschland aber dürfe sich nicht einer der Mächtegruppierungen verschreiben, sondern müsse, wie Anfang der dreißiger Jahre, wiederum »die meistumworbene Nation Europas« werden.[175] Brüning hielt, als wenn die Welt 1932 stehen geblieben wäre, eine deutsche Außenpolitik für umso besser, je mehr sie von ausländischen Regierungen angegriffen werde.

---

[167] An Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54).
[168] 8. Juli 1949. Briefe II, S. 190.
[169] Am 8. März 1950. Ebd., S. 221; ähnlich am 15. Mai 1950. Ebd., S. 227.
[170] 8. März 1950. Ebd., S. 221; 28. März 1950. Ebd., S. 223; 5. April 1950. Ebd., S. 224.
[171] Ende Mai 1949, Ebd., S. 188; 31. Januar 1950 an August Wegmann, (s. Anm. 164); 22. Dezember 1950. Briefe II, S. 250; 27. Februar 1951. Ebd., S. 265.
[172] 15. März 1952. Ebd., S. 298; 9. September 1951 an Paul Sethe, (wie Anm. 12); F. Müller, (s. Anm. 2), S. 52.
[173] Januar 1949. Briefe II, S. 177; Ende Mai 1949. Ebd., S. 188.
[174] 20. Dezember 1950. Ebd., S. 249; 29. November 1955 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).
[175] Juli 1949. Briefe II, S. 191.

VIII.

Während seines zweiten Aufenthalts in der alten Heimat, im Sommer 1950, besuchte Brüning am 4. Juli, nachdem er sich nicht nur von Robert Pferdmenges, sondern auch von Adenauer selbst ausdrücklich darum hatte bitten lassen, den Bundeskanzler in Rhöndorf; es war ihr zweites und letztes Gespräch. Es endete mit einem Eklat.

Der Harvard-Professor will Adenauer, wie schon vorher Pferdmenges, jedenfalls seinen späteren Berichten zufolge – von Adenauer gibt es dazu keine Äußerung – »in aller Schärfe« seine Bedenken gegen den im Mai bekannt gewordenen Schuman-Plan vorgetragen haben[176], weil es dessen Ziel sei, eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern. Gleichzeitig will der Harvard-Professor den Bundeskanzler eindringlich vor dessen vermeintlicher Absicht gewarnt haben, den früheren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, zum »Staatssekretär für Außenpolitik« zu machen; denn Schäffer sei »an dem ganzen Unglück des Young-Plans schuld«.[177]

Aus der Frage des Bundeskanzlers, wann er wieder abreise[178], zog Brüning den – wohl zutreffenden – Schluß, daß diese Abreise höchst erwünscht sei. Adenauers Kommentar über dieses Gespräch zu einem späteren Besucher soll gelautet haben: Brüning sei »völlig verbraucht«.[179]

Sechs Tage später sprach der Harvard-Professor in der Aula der Universität Köln über die Grundlagen des Staates und die deutsche Situation im Urteil des Auslands. Sein Referat verblüffte viele Zuhörer wegen der, wie es in einem vernichtenden Pressebericht hieß, »wirklichkeitsfremden Ausführungen«.[180] So lobte der Exkanzler die aus der Bismarckschen Reichsverfassung in die Weimarer Verfassung übernommenen Teile, auch deren Artikel 48, nicht allerdings die plebiszitären Zugaben. Er kritisierte doktri-

---

[176] 30. August 1954. Ebd., S. 364. Ähnlich schon vorher: 11. Dezember 1950. Ebd., S. 244; 21. Januar 1951. Ebd., S. 230; Anm. 2; 8. September 1951. Ebd., S. 230, Anm. 2.

[177] 23. Juni 1950. Ebd., S. 229; 18. Dezember 1950 an Johannes Gronowski, (s. Anm. 154); 4. Juni 1951 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54); 30. März 1951. Ebd., S. 230, Anm. 2; 30. August 1954 an Otto A. Friedrich: Schäffer habe Adenauer den Schuman-Plan »verkauft«, (s. Anm. 21). Bei einem voraufgegangenen Gespräch mit Schäffer am 3. Juni 1950 hatte Adenauer dem Industriellen nicht das Amt des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt angeboten, sondern das eines (von zwei) Vorsitzenden der Delegation für die Verhandlungen zur Realisierung des Schuman-Plans. Schäffer, der schwedischer Staatsbürger war, hatte abgelehnt und Hermann Josef Abs empfohlen. Vgl. Eckhard WANDEL: Adenauer und der Schuman-Plan. Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950, in: VfZ 20 (1972), S. 202. Nach Brünings Ansicht hat seine Intervention eine Ernennung Schäffers zum Delegationsleiter verhindert. 25. Oktober 1950 an Gustav Olef, (s. Anm. 12). S. auch Anm. 188.

[178] 30. März 1951. Briefe II, S. 230, Anm. 2.

[179] Zitiert bei F. MÜLLER, (s. Anm. 2), S. 52, Anm. 201.

[180] R. MORSEY, Die Vorgeschichte, (s. Anm. 7), S. 711–722. Wenig später ärgerte sich Brüning (»Es tut mir leid, daß ich in Köln gesprochen habe«). 17. Dezember 1950. Briefe II, S. 246.

näre Parteipolitik und pries einmal mehr das preußische Erziehungs- und Verwaltungssystem. Ferner empfahl er, die Generation der Frontkämpfer aktiv an der Politik zu beteiligen. Die Herrschaft des Nationalsozialismus überging Brüning mit einem Hinweis auf diesen »einmaligen Sündenfall in der Geschichte«.[181]

In den folgenden Monaten lief Brüning weiterhin in seiner Korrespondenz Sturm gegen die Realisierung der Montanunion. Mit dieser Perfidie beabsichtige der Quai d'Orsay, im Sinne traditioneller französischer Hegemoniebestrebungen, eine »Abkoppelung Westeuropas« von der »atlantischen Konzeption«, um gleichzeitig eine Wiedervereinigung »mit unserem Osten« zu verhindern.[182] Später ironisierte er einmal: Der Quai d'Orsay sei keine Kölner Stadtverordnetenversammlung.[183]

Bei anderer Gelegenheit kritisierte Brüning den Schuman-Plan nur als die »erste Phase der Mediatisierung Westdeutschlands« zu einem »Vasallenstaat«[184]; die nächste seien der französische »Oberverteidigungskommissar«, gefolgt von einem entsprechenden »Superparlament und Oberkommando«.[185] Durch die Montanunion sah Brüning die Bundesrepublik auf 50 Jahre einseitig an Frankreich »gefesselt«, ohne die Möglichkeit einer außenpolitischen Alternative.[186]

Bei dieser Einschätzung spielte für den Exkanzler eine Rolle, daß der Schuman-Plan nicht nur von seinem »alten Freund« Jean Monnet stammte[187], sondern auch – schlimmer noch – mit Hilfe deutscher Emigranten entworfen worden sei. Diese Kritik zielte auf den früheren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Hans Schäffer, der 1936 nach Schweden emigriert war.[188]

Notabene: Das Phänomen nachträglicher Schuldzuweisung an »vermeintlich der Illoyalität überführte« frühere Mitarbeiter aus der Reichskanzlerzeit – deren Namen dabei über zwei Jahrzehnte hin wiederholt ausgetauscht wurden – »zieht sich wie ein roter Faden durch Brünings Briefwerk«; es gehört in den Bereich der nicht wenigen »psychologischen

---

[181] R. Morsey, Die Vorgeschichte, (s. Anm. 7), S. 715; 10. September 1950. Briefe II, S. 235.

[182] 10. Oktober 1950. Ebd., S. 237; 25. Oktober 1950. Ebd., S. 239; 29. Oktober 1950. Ebd., S. 240; 9. Januar 1951. Ebd., S. 256; 26. Mai 1951. Ebd., S. 272; 19. Juni 1951. Ebd., S. 275; 25. Januar 1952. Ebd., S. 296.

[183] 28. Mai 1952, auch 9. September 1951 an Paul Sethe, (s. Anm. 12).

[184] 2. Oktober 1952 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54); 23. Mai 1952. F. Müller, (s. Anm. 2), S. 43; 5. März 1953. Briefe II, S. 328.

[185] 25. Juni 1951 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54); 6. August 1951. Briefe II, S. 278.

[186] 28. Oktober 1950 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54).

[187] 25. Oktober 1950. Briefe II, S. 239. – Am 8. September 1951 bezeichnete Brüning Jean Monnet als »den klügsten Mann auf seinem Gebiete«, dem er in seinem Leben begegnet sei. Briefe II, S. 230, Anm. 2.

[188] S. Anm. 177. Am 9. September 1951 teilte Brüning dem damaligen Mitherausgeber der FAZ, Paul Sethe, mit, daß er die von Adenauer beabsichtigte Ernennung Schäffers zum ersten Staatssekretär des neugeschaffenen Auswärtigen Amtes »noch habe verhindern können«, (s. Anm. 12).

Rätsel« in der bei ihm nicht endenden Suche nach dem Schuldigen.[189] Gleichzeitig entlastete der Exkanzler zunehmend ostelbische Großagrarier von dem Vorwurf, seinen Sturz mitverschuldet zu haben. Brüning mußte einsehen, daß man in der Bundesrepublik keineswegs sein politisches Come-back erwartete. Das irritierte ihn und verletzte sein Selbstwertgefühl.[190]

Auf der anderen Seite blieb Adenauers Mißtrauen wach, da Brüning über einen Kreis alter Freunde auch in der CDU verfügte. (Vor der Wahl zum zweiten Bundestag 1953 sollen ihm vier Wahlkreise angeboten worden sein.) Im übrigen störten, je auf andere Weise, zwei weitere Alt-Reichskanzler der Weimarer Republik die Kreise Adenauers: Joseph Wirth und Franz von Papen. Nur Hans Luther blieb friedlich und wurde mit der Leitung eines »Luther-Ausschusses« zur Vorbereitung einer Länderneugliederung belohnt.

IX.

Brüning empfand die »ganze Atmosphäre« in der Bundesrepublik zunehmend als »deprimierend«[191], und kritisierte Adenauer nunmehr auch aus anderen Gründen. So beraube dieser »schon im voraus« jeden potentiellen Nachfolger »jeglicher Autorität auch gegenüber den Alliierten«.[192] Brüning diagnostizierte eine Selbstüberschätzung Adenauers als »pathologische Alterserscheinung« (wie bei Hindenburg), glaubte feststellen zu können, daß ihm »alles schief gehe«[193], und steigerte sich in den Wahn, daß der Bundeskanzler ihn »zu erledigen« suche.[194]

Er gestand ein, Adenauer früher »für viel schlauer« gehalten zu haben, als er sei.[195] Er klagte über die »volksfremdeste Regierung«, die Deutschland seit Menschengedenken gehabt habe[196], über den »›Ausverkauf‹ in der Außenpolitik« und über das Fehlen einer »Gesamtkonzeption«.[197] Brüning befürchtete, daß eine »Wiedervereinigung mit unserem Osten« für die Spanne einer Generation, »vielleicht länger«, nicht mehr zustandekommen werde.[198]

---

189 F. Müller, (s. Anm. 2), S. 57, 86.

190 Hans-Peter Schwarz: Konrad Adenauer. Der Staatsmann 1875–1952, Stuttgart 1986, S. 643.

191 20. Juni 1950. Briefe II, S. 228; 30. Oktober 1950. Ebd., S. 241; 18. Dezember 1950 an Johannes Gronowski, (s. Anm. 154).

192 9. August 1950. Briefe II, S. 231.

193 20. Oktober 1950 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54).

194 10. Januar 1951 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54).

195 24. Oktober 1950. Briefe II, S. 238.

196 14. Januar 1951 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).

197 10. Juni 1951. Briefe II, S. 273; 13. August 1951. Ebd., S. 279.

198 25. Oktober 1950. Ebd., S. 239.

Vor einigen Jahren hat Peter Merseburger in seiner Biographie Kurt Schumachers eine bemerkenswerte Parallele entdeckt: Danach seien viele der »Brüningschen Einwände« gegen die Politik des Bundeskanzlers »nahezu identisch« gewesen mit den Vorwürfen des SPD-Vorsitzenden; denn auch Schumacher sei den »Weimarer Perspektiven« verhaftet geblieben.[199]

Als Fazit seiner politischen Reflexionen und seiner permanenten Rückschau befürwortete der frühere Reichskanzler, um es auf einen Nenner zu bringen, eine rasche Wiedergewinnung deutscher – und möglichst nicht nur: westdeutscher – Souveränität und wirtschaftlicher Autonomie; sein Leitbild war das einer »Restauration Deutschlands [in den Grenzen von 1937] im Rahmen des Staatensystems der Zwischenkriegszeit«.[200] Es war jene Konstellation, die der Bundeskanzler als verhängnisvolle »Schaukelpolitik« dezidiert ablehnte und deretwegen er sich einige Jahre später auf eine offene Kontroverse mit Brüning einließ.[201]

Andere Kritikpunkte Brünings waren entschieden zeitgemäßer, so die aus seiner Sicht maßlos überhöhten Diäten der Abgeordneten des Bundestags[202], die zudem sachlich unfähig seien, dem Kanzler »überhaupt konkrete Fragen« stellen zu können.[203] Brüning mißfielen ferner manche personalpolitischen Entscheidungen in Bonn, Qualitätsminderungen des Beamtentums und die Erhöhung der Beamtengehälter.[204] Positiv hingegen würdigte er die 1951 erreichte Mitbestimmungsregelung in der Montanindustrie.[205]

Das politische Klima in der Bundesrepublik, die schon erwähnte »Bonner Atmosphäre«, machte es dem Harvard-Professor schwer – dies nur noch als Ausblick –, einem von der Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen, Christine Teusch, am 12. Oktober 1950 ausgesprochenen Ruf auf eine eigens für ihn geschaffene Professur für politische Wissenschaft in Köln zu folgen. Sie war bereits 1947 von früheren politischen Freunden Brünings in Köln angeregt worden, auch gedacht als noble Form der Wiedergutmachung.

Ein voraufgegangenes Angebot des Bundeskanzlers vom August 1951, die Frage einer Wiedergutmachung prüfen zu lassen, empfand Brüning ebenso als Beleidigung, quasi als Bestechungsversuch[206], wie eine gleichzeitig ange-

---

[199] Der schwierige Deutsche, Berlin 1995, S. 457f.

[200] Hans-Peter SCHWARZ: Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 501f.

[201] S. unten Anm. 212.

[202] 30. Dezember 1949. Briefe II, S. 210; 2. Januar 1950 an Gustav Olef, (s. Anm. 12); 7. Februar 1950 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54); 5. April 1950. Briefe II, S. 225; 20. Mai 1952 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 22); 19. Juni 1952. Briefe II, S. 311.

[203] 27. Februar 1951 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21); 17. April 1952 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 22).

[204] 5. November 1949 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21); 9. Dezember 1949. Briefe II, S. 203; 2. Januar 1950 an Gustav Olef, (s. Anm. 12); 17. Dezember 1950. Ebd., S. 246; 27. März 1951. Ebd., S. 269; 31. Juli 1951. Ebd., S. 276; 20. August 1951. Ebd., S. 280.

[205] 6. März 1950. Ebd., S. 220; 2. Februar 1951. Ebd., S. 260; 12. Februar 1951. Ebd., S. 262; 27. Februar 1951 an Otto A. Friedrich, (s. Anm. 21).

[206] Am 18. August 1951 an Gustav Olef: »Ich lasse mich nicht kaufen – eher verhungere ich.« Nachlaß Olef, (s. Anm. 12).

botene Beihilfe für eine Kur.[207] Er hielt an seiner Linie fest: »Ich habe mich die vergangenen 15 Jahre mühsam durchgeschlagen und werde das auch noch für einige Jahre ... weiter tun.«[208] Von dem Bonner Angebot und seiner sofortigen Ablehnung berichtete er verschiedenen Adressaten mit dem Zusatz, daß Adenauer im »Dritten Reich« eine Pension bezogen habe.[209]

Brüning erhielt aus seiner Reichskanzlerzeit keinerlei Bezüge; das Gehalt in Harvard war nicht hoch und in den letzten Jahren teilweise durch Paket- und Briefsendungen nach Deutschland – für jeden »Persilschein« war zudem eine notarielle Beglaubigung erforderlich –, teilweise durch lange Krankenhausaufenthalte aufgezehrt, für deren Bezahlung er sogar Kredite hatte aufnehmen müssen.[210]

Volle elf Monate lang quälte sich der Harvard-Professor mit einer Antwort auf den Ruf nach Köln, den er als von »Bonn« nicht erwünscht befürchtete. Schließlich gab er seine Zusage an die Düsseldorfer Kultusministerin, seine frühere Fraktionskollegin im Reichstag.[211]

X.

Anfang November 1951 nahm Brüning seine Lehrtätigkeit in Köln auf. Damit begann ein neuer, der vorletzte Abschnitt im Leben des damals bereits 65jährigen Professors, der sich gleichwohl nicht als Wissenschaftler verstand. In ihrem Berufungsvorschlag hatte die Kölner WISO-Fakultät am 2. August 1950 Brünings Verdienste mit zwei, jeweils außerwissenschaftlichen Kriterien, begründet: mit der Stärke und dem von seiner großen Persönlichkeit ausgehenden Ethos für die Studenten und mit der Publikation einer mehrbändigen Geschichte der deutschen Politik seit dem Ersten Weltkrieg, die noch im gleichen Jahr erscheinen werde.

Angesichts einer derart auf das Prinzip Hoffnung abgestellten Begründung konnte es nicht überraschen, daß die drei SPD-Mitglieder im Kuratorium der Universität gegen die unico loco-Plazierung des Harvard-Pro-

---

[207] 18. August 1951 an Herbert Blankenhorn, der im Auftrag Adenauers geschrieben hatte. Kopie im Nachlaß Maier-Hultschin, (s. Anm. 54); 22. August 1951. Briefe II, S. 281; 5. Juni 1956. F. Müller, (s. Anm. 2), S. 112, Anm. 482; R. Morsey, Brüning und Adenauer, (s. Anm. 88), S. 39f.

[208] 30. November 1949. Ebd., S. 210.

[209] In dem in Anm. 206 zitierten Brief an Olef (»40000 RM«). Auch 22. August 1951 an Johannes Maier-Hultschin, (s. Anm. 54) und an Helene Weber. Briefe II, S. 281. Dort fehlt allerdings der Passus über Adenauers Pension. Vgl. F. Müller, (s. Anm. 2), S. 55, Anm. 210).

[210] 29. September 1949. Briefe II, S. 197.

[211] R. Morsey, Die Vorgeschichte, (s. Anm. 7), S. 721.

fessors stimmten. Das Pech wollte es, daß Brüning eine falsche Nachricht erhielt; danach seien zwei Adenauer-Anhänger die Übeltäter gewesen.[212]

Der neue Professor wurde, wie sich rasch herausstellte, in der ihm fremdgewordenen Heimat, speziell im Rheinland, nicht mehr heimisch, und litt darunter. Er sah die Bundesrepublik vom Geist des Wohlstandsdenkens und des Materialismus beherrscht, vermißte ein selbstbewußtes Staats- und Nationalgefühl, fühlte sich von »Bonn« beargwöhnt und sein Telephon überwacht – bis hin zur Mitschrift seiner Vorlesungen – und wurde von Besuchern überlaufen. Einen Schock versetzte Brüning schließlich das anhaltend negative Echo auf seine öffentliche Kritik, die er am 2. Juni 1954 im Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf an der Außenpolitik der Bundesregierung, als zu »dogmatisch«, geäußert hatte; Adenauer reagierte mit überzogener Kritik.[213]

Die massive Schelte bildete den letzten Anstoß für den Kölner Professor, ein Jahr später, nach seiner inzwischen erfolgten Emeritierung und nach dem Tod seiner Schwester, in die USA zurückzukehren, enttäuscht und verbittert. Es war seine zweite und endgültige Emigration.

Brünings fortschreitender Realitätsverlust hatte inzwischen manche seiner zahllosen Gesprächspartner am Rhein überrascht, auch seine Aversion gegen die summarisch so genannten linksstehenden Emigranten. Das Ausmaß seiner Distanzierung wurde allerdings erst Jahre später aus seiner allmählich bekannt werdenden Korrespondenz deutlich. Deren Strom riß nicht ab, bevor Brüning seinen Briefwechsel 1960 jäh beendete. Sein Nachlaß enthält an die 50000 Briefe, davon cirka 7000 von ihm.[214]

Zur Publikation seiner Memoiren, deren Erscheinen er seit Ende der dreißiger Jahre dutzende Male angekündigt und für die er 1955, beim Vertragsabschluß mit der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart, einen namhaften Vorschuß erhalten hatte, konnte er sich nicht entschließen. Für diese Abstinenz nannte er weiterhin jeweils unterschiedliche, teilweise abenteuerlich anmutende Gründe, den vermutlich entscheidenden Grund allerdings nicht: die Furcht vor dem kritischen Echo der Öffentlichkeit, dem er sich nicht mehr gewachsen fühlte.[215]

Heinrich Brüning starb am 30. März 1970 in Norwich/Vermont, 85 Jahre alt. Sein Grab fand er, seinem Wunsch entsprechend, in Münster. Ich habe ihm damals im Historischen Rathaus seiner Heimatstadt, deren Ehrenbürger er war, die Gedenkrede gehalten.[216]

---

[212] 26. Oktober 1950 an Hermann Ullmann, (s. Anm. 54); 17. Dezember 1950. Briefe II, S. 246.

[213] R. Morsey, Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik. Vorgeschichte und Folgen des Düsseldorfer Vortrags vom 2. Juni 1954, in: Manfred Funke u.a. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur, Düsseldorf 1987, S. 349–364. Nachdruck: R. Morsey, (s. Anm. 7), S. 380–394.

[214] F. Müller, (s. Anm. 2), S. 22.

[215] R. Morsey, Zur Entstehung, (s. Anm. 9), S. 28ff.

[216] In: Der Oberbürgermeister der Stadt Münster (Hrsg.): Heinrich Brüning, Münster 1970, S. 9–16.

Sechs Monate später erschienen seine, von den Herausgebern und dem Verlag eilig redigierten und schlampig edierten »Memoiren 1918–1934«. Sie vermittelten eine eindrucksvolle, aber nachträglich rationalisierte und zu stark konzeptualisierte Darstellung zielbewußten politischen Planens und erfolgreichen Handelns in einer außergewöhnlichen Not- und Krisenzeit. Sie waren die grandiose Apologie eines Staatsmanns, der im Mai 1932 seinen Sturz längst erwartet und, wie von den Kanzlerstürzern einkalkuliert, in politischer Resignation hingenommen hat.[217]

Dieser konservative Patriot fand sich nach 1948 in seinem geteilten Vaterland nicht mehr zurecht. Er war gleichzeitig von der angelsächsischen Demokratie und Lebensform unbeeinflußt und sein politisches Weltbild einer Vergangenheit verhaftet geblieben, die längst der Geschichte angehörte. Die Katastrophe des deutschen Sonderwegs wollte er nicht wahrhaben, die daraus gezogenen Lehren nicht einsehen, geschweige denn akzeptieren.

Vermutlich hat Brüning mit einer späteren, quasi politischen Rehabilitierung gerechnet. 1957 tröstete er den früheren Reichskanzler-Kollegen Hans Luther: Man müsse sich, wenn man in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krisenzeit an einer entscheidender Stelle gestanden habe, damit abfinden, daß sich die Auffassungen der Historiker »durchschnittlich alle drei Generationen« ändern würden.[218] Inzwischen ist etwa die Hälfte dieser Zeitspanne vergangen, eine entscheidende Änderung jener Auffassungen allerdings nicht annähernd in Sicht.

[217] Dazu vgl. A. Rödder, (s. Anm. 5).

[218] 7. August 1957. Briefe II, S. 434. Nach G. Schulz hatte Brüning »wenig Achtung, aber doch etwas Furcht vor Historikern«, (s. Anm. 1), S. 675.

Arnold Brecht und die Verfassungsentwicklung in Westdeutschland

Michael Ruck

I. Einleitung

Das Wirken Arnold Brechts ist eng mit den drei Hauptepochen deutscher Geschichte im kurzen 20. Jahrhundert verknüpft. Zunächst mit dem vergeblichen Unterfangen, das demokratische Regime 1932/33 in Preußen und im Reich mit juristischen Mitteln vor dem Zugriff Papens, Hugenbergs und Hitlers zu bewahren. In den Jahren zuvor hatte er sich als Verwaltungserneuerer und Reichsreformer einen Namen gemacht.[1] Bleibende Wertschätzung erwarb sich Brecht als Schöpfer jener Gemeinsamen Geschäftsordnung der Reichsministerien (GGO) von 1927, welche die Bundesregierung 1949 kaum modifziert wieder in Kraft setzte.[2] Seine zweite Karriere als Verwaltungs- und Politikwissenschaftler startete Brecht unfreiwillig Ende 1933 in Amerika, nur wenige Wochen vor seinem 50. Geburtstag. Von dort aus warb er beharrlich für den Wiederaufbau eines demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates in Deutschland und dessen Rückführung in den Kreis der westlichen Staatengemeinschaft. Nach dem Krieg begleitete Arnold Brecht die Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg mit persönlichen Initiativen. Ob er sich für die Modernisierung des deutschen Berufsbeamtentums und die Etablierung der Politikwissenschaft in Heidelberg und anderenorts einsetzte oder die deutsche Wiedervereinigung schon frühzeitig durch eine Deeskalation des Kalten Krieges in Mitteleuropa anzubahnen versuchte[3] – im Mittelpunkt stand dabei jederzeit das Bestreben, die Zweite Republik vor der Katastrophe des Weimarer Versuchs zu

[1] Vgl. dazu im einzelnen Michael Ruck, Patriotischer Institutionalismus und bürokratische Modernisierung. Arnold Brecht als Verwaltungsreformer in der Weimarer Republik, in: Eberhard Laux u. Karl Teppe (Hrsg.), Der neuzeitliche Staat und seine Verwaltung. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte seit 1700, Stuttgart 1998, S. 177–202.

[2] Walter Strauss, Die Personalpolitik in den Bundesministerien zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland, in: Dieter Blumenwitz u.a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 275–282, hier S. 278.

[3] Arnold Brecht, Wiedervereinigung. Drei Vorlesungen, gehalten auf Einladung der Juristischen Fakultät an der Universität Heidelberg im Juli 1957, München 1957; vgl. Arnold

bewahren. In diesem Sinne hatte Arnold Brecht bereits an der institutionellen Formierung des deutschen Weststaats Ende der vierziger Jahre mitgearbeitet.[4]

Brecht trug selbst tatkräftig mit dazu bei, seinen Namen dauerhaft bekannt zu machen. Beginnend mit seiner 1906 erschienenen Dissertation hat er als Jurist, Verwaltungsmann und Politikwissenschaftler, später auch als engagierter Zeitgenosse über sieben Jahrzehnte hinweg – er starb am 11. September 1977 nahe seiner Geburtsstadt – eine große Zahl von Büchern und Aufsätzen veröffentlicht. Darunter sind, neben einem Standardwerk zur Politischen Theorie[5], mehrere autobiographische Schriften, aus denen nach wie vor gerne zitiert wird.[6] Seine weitgespannte, umfangreiche Korrespondenz dokumentiert darüber hinaus den nachhaltigen Eindruck, den Brecht mit seinem persönlichen Auftreten und Wirken auf viele Weggefährten und Mitarbeiter, auf Studenten und Hörer seiner zahllosen Vorträge hinterlassen hat.

In besonderem Maße gilt das augenscheinlich für manche derjenigen, die während der zwanziger und frühen dreißiger Jahre mit dem dynamisch-selbstbewußten Ministerialdirektor in näheren Kontakt gekommen waren. So erhielt der »liebe und aufrichtig verehrte Herr Brecht«, mittlerweile im 88. Lebensjahr stehend, Mitte August 1971 ein privates Handschreiben des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg. Darin bekannte Herbert Weichmann: »Ich wiederhole, was ich Ihnen schon mündlich gesagt habe: Sie waren ein Vorbild, an dem ich mich geformt habe und Sie bleiben es bis heute! Ihr Beamtenethos und ihre charakterliche Gradlinigkeit sind meine Erbmasse aus der Zeit im Preussischen Staatsministerium. Ihre unbedingte Sachlichkeit und Gründlichkeit hat mich erzogen.«[7]

Auch offzielle Gratulanten fanden immer wieder außerordentliche Worte der Anerkennung für Brechts Persönlichkeit und Lebenswerk. Zu seinem 90. Geburtstag übermittelte ihm der Präsident des Bundesrates im Januar 1974 ein längeres Glückwunschschreiben. Darin hieß es: »Ihre fundierten Diskussionsbeiträge zum Aufbau der föderativen Struktur der Bundesrepu-

---

Brecht, Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte. 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 364–368.

[4] Brecht hat diese Aktivitäten knapp geschildert in: Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 357–362. Allgemein vgl. Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, Opladen 1993.

[5] Arnold Brecht, Politische Theorie. Die Grundlagen politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Tübingen 1961 (Princeton, N. J. 1959). Vgl. dazu Anm. 87.

[6] Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik, Wien 1948 (amerik.: Prelude to Silence. The End of the German Republic, New York u. a. 1944); ders., Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens, Bonn 1949 (amerik.: Federalism and Regionalism in Germany. The Division of Prussia, New York u. a. 1945); ders., Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966; Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3).

[7] Schreiben v. 18.08.1971; Bundesarchiv Koblenz (BAK), N 1089 (Nachlaß [NL] Arnold Brecht), Bd. 27.

blik waren hilfreich und von grossem Wert.«[8] Der Vielgeehrte sah das nicht anders. Erst wenige Jahre zuvor hatte er dies in seinen Memoiren zu Protokoll gegeben.[9]

Daran anknüpfend soll der Frage nachgegangen werden, ob der tatsächliche Einfluß, welchen der Emigrant Arnold Brecht auf den Prozeß der westdeutschen Verfassungsgebung hat nehmen können, diesen Fremd- und Selbsteinschätzungen entspricht, zumindest aber nahekommt. Das geschieht in vier Schritten. Eingangs werden Person und Werdegang Brechts kurz vorgestellt, sodann die Entwicklung seines Selbstverständnisses in den Vereinigten Staaten beleuchtet. Es folgt ein Blick auf die Schwerpunkte seiner persönlichen Einwirkungsversuche auf den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands. Abschließend wird eine vorläufige Bilanz dieser Aktivitäten gezogen und versucht, das Wirken des Verfassungsexperten Brecht zeitgeschichtlich einzuordnen.

II. Vom Kaiserlichen Staatsdiener zum Anwalt der Republik – der Weg Arnold Brechts bis zur Katastrophe Weimars

Arnold Brecht wurde am 26. Januar 1884 in Lübeck als zweiter Sohn eines preußischen Verwaltungsjuristen geboren, der als Vorstand einer privaten Bahngesellschaft in die Freie Hansestadt gekommen war und dort rasch eine führende Rolle innerhalb des nationalliberalen Honoratiorentums einnahm.[10] Nach dem Jurastudium in Bonn, Berlin und Göttingen promovierte er 1906 in Leipzig. Anschließend veröffentlichte er in kurzer Folge mehrere

[8] Präsident des Bundesrates (gez. Dr. Hans Filbinger [Ministerpräsident von Baden-Württemberg]) an Brecht, Staatssekretär a.D., New York, 16.1.1974 (BAK, N 1089, Bd. 18).

[9] Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 358f.

[10] Zur Biographie vgl. Morris D. Forkosch, The Life and the Political Philosophy of Arnold Brecht, in: The Political Philosophy of Arnold Brecht. Essays by Arnold Brecht, Hrsg. M. D. Forkosch, New York 1954, S. 11–20, mit: Bibliography of Books and Articles by A. Brecht, S. 161–178. Vgl. ferner die Lebensbilder von Theodor Eschenburg, Arnold Brecht – zwischen Verwaltung und Wissenschaft [1974], in: ders., Spielregeln der Politik. Beiträge und Kommentare zur Verfassung der Republik, Stuttgart 1987, S. 186–189; ders., Arnold Brecht (1884–1977), in: Kurt A. Jeserich u. Helmut Neuhaus (Hrsg.), Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945, Stuttgart u.a. 1991, S. 397–401. Vgl. auch die Artikel in: Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Hrsg. Deutscher Wirtschaftsverlag, Bd. 1, Berlin o.J. (1931), S. 207; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, Leitung u. Bearbeitung Werner Röder u. Herbert A. Strauss u.a., München u.a. 1980, S. 90; Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Bd. 2, Hrsg. Walther Killy, München u.a. 1995, S. 92; ferner Helmut Seiffert, Republikanischer Staatsbeamter und Politologe. Arnold Brecht zum 90. Geburtstag, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 42, 26.1.1974; abgedr. (z.T. gekürzt) in diversen anderen Zeitungen (Ausschnitte: BAK, N 1089, Bd. 6).

juristische Abhandlungen. Sie brachten ihm das Angebot ein, als Privatdozent in die Juristische Fakultät der Marburger Philipps-Universität einzutreten. Das Kolloquium am 4. August 1914 mußte ausfallen. Die Zeitumstände hatten eine wissenschaftliche Karriere des kaiserlichen Beamten bis auf weiteres verhindert.

Nach glänzenden Staatsprüfungen war Arnold Brecht 1910 als Hilfsarbeiter – seit 1916 im Range eines Landrichters – ins Reichsjustizamt berufen worden. Unter anderem arbeitete er dort von 1911 bis 1913 als Schriftführer der Strafrechtskommission. Vom Kriegsdienst blieb Brecht aus gesundheitlichen Gründen verschont. Statt dessen trachtete er mit anonym verfaßten Propagandabroschüren die deutsche Sache im Ausland zu fördern.[11] Kurz nach seiner Ernennung zum Regierungsrat im Reichswirtschaftsamt wurde Brecht Ende Oktober 1918 als Protokollführer des Reichskabinetts in die Reichskanzlei abgeordnet. Dort avancierte er im Frühjahr 1919 zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat. Seine weitergehenden Ambitionen blieben jedoch unerfüllt. Daraufhin übernahm Brecht Ende 1921 die Leitung der Abteilung für Verfassung, Verwaltung und (seit 1924) Beamtentum im Reichsministerium des Innern. Im April 1927 versetzte ihn der deutschnationale Ressortchef von Keudell in den Wartestand. Wenig später holte Ministerpräsident Otto Braun (SPD) den republikanischen Spitzenbeamten demonstrativ ins Preußische Staatsministerium und ins Preußische Finanzministerium.

Im Anschluß an einen mehrmonatigen Aufenthalt in Großbritannien und Frankreich zum vergleichenden Studium der dortigen Verwaltungsverhältnisse[12] übernahm der Ministerialdirektor sein neues Amt als Preußischer Hauptbevollmächtigter im Reichsrat. In der Ländervertretung trat Brecht als Generalberichterstatter für den Reichshaushalt und für den Young-Plan hervor.[13] Daneben war er unter anderem Vizepräsident der Reichsschulden-

[11] Mitte 1918 erschien unter dem Pseudonym Arn. Br. Hanson in Bern die Flugschrift »Geheimdiplomatie« in mehreren Sprachen. Ende 1917 war dort anonym seine Broschüre »Also sprachen Belgiens Diplomaten. Politische Urteile der belgischen Gesandten und Geschäftsträger [...] in ihren Berichten an das Ministerium des Äußern von 1905 bis 1914« herausgekommen. Sie fehlt im sonst akribisch zusammengestellten Schriftenverzeichnis von 1954; s. Forkosch (s. Anm. 10), S. 160. In den Memoiren wird sie ebenfalls nicht erwähnt; vgl. Brecht, Aus nächster Nähe (s. Anm. 6), S. 136–139. Noch am 7. 10. 1918 unterbreitete Brecht dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt weitere detaillierte »Vorschläge über die technische Verbesserung der Propaganda«, um »im geistigen Kampf mit letzter Konsequenz gegen Verleumndung und Lüge um das Gehör der Völker« besser bestehen zu können (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn [PAAA], Bestand 2, Bd. 86 [R 20443], Bl. 124f.).

[12] Vgl. dazu später Arnold Brecht, The Relevance of Foreign Experience, in: Fritz Morstein Marx (Hrsg.), Public Management in the New Democracy, New York 1940, S. 107–129; ders., Three Topics in Comparative Administration – Organization of Government Departments, Government Corporations, Expenditures in Relation to Population, in: Public Policy 2 (1941), S. 289–318.

[13] Vgl. dazu Arnold Brecht, Die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden. (Sonderdruck aus dem Finanziellen Überblick zum Reichshaushalt für 1930. Reichstagsdrucksache

kommission und des Instituts für Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Als führendes Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz setzte sich Brecht in den Jahren 1928 bis 1931 ebenso engagiert wie vergeblich für eine territoriale Reichsreform ein.[14] Daneben pflegte er seine wissenschaftlichen Neigungen als Lehrbeauftragter an der Berliner Hochschule für Politik.[15]

Nach Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932 vertrat Brecht die abgesetzte Regierung Braun-Severing vor dem Staatsgerichtshof.[16] Seine kurzzeitige Entlassung wurde im November 1932 durch Gerichtsbeschluß wieder aufgehoben. Freilich blieb er weiterhin kaltgestellt, bis ihn Reichskommissar von Papen am 10. Februar 1933 formell vom Dienst suspendierte. Den unmittelbaren Anlaß dafür bildete wohl eine couragierte Gegenrede Brechts auf die erste Ansprache des frischernannten Reichskanzlers im Reichsrat.[17] Wenig später entließ ihn der preußische Ministerpräsident Göring gemäß § 4 des sogenannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BBG) vom April 1933 wegen »nationaler Unzuverlässigkeit« aus dem preußischen Staatsdienst. Sein ruhendes Dienstverhältnis beim Deutschen

---

Nr. 1993), Berlin 1930; ders., Internationaler Vergleich der öffentlichen Ausgaben, Leipzig/Berlin 1932.

[14] Arnold Brecht, Verhältnis des Reichs zu den Ländern. Denkschriften vom Mai und Juni 1928 für den Verfassungsausschuß der Länderkonferenz, Berlin o.J. (1931) (Sonderdruck aus: Verfassungsausschuß der Länderkonferenz. Beratungsunterlagen 1928); ders., Reichsreform. Warum und wie? Berlin 1931; ders., Preußen und Bayern, in: Der Ring. Konservative Wochenschrift 3 (1931), Nr. 47, Monatsbeil. Nr. 3, 20.11.1931, S. 40–42; ders., Stationen der Reichsreform, in: Vossische Zeitung, Nr. 401, 21.8.1932; abgedr. in: Brecht, Mit der Kraft (Anm. 3), S. 431–435. Allgemein dazu nach wie vor grundlegend Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1963; vgl. Jürgen John, Die Reichsreformdiskussion in der Weimarer Republik, in: Jochen Huhn u. Peter-Christian Witt (Hrsg.), Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme, Baden-Baden 1992, S. 101–126; Thomas Aders, Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), Frankfurt u.a. 1994, S. 118–131; Michael A. Kanther, Reichsreform und Staatsfinanzen. Zu den Hintergründen der Reichsreformdiskussion von 1918–1935, in: Volker Ackermann u.a. (Hrsg.), Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen 1995, S. 184–200.

[15] Vgl. allgemein Roswitha Wollkopf, Zur politischen Konzeption und Wirksamkeit der Deutschen Hochschule für Politik (1920–1933), 2 Bde., Diss. Berlin (O) 1983 (Typoskr. vervielf.), Zusammenfassung, S. 10 (et passim): »Die Verbindungen zu den amerikanischen Stiftungen erleichterten [es] vielen Dozenten der DHP, ihre politologische Tätigkeit im Ausland fortzusetzen.«

[16] Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof. Stenogrammbericht der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig Oktober 1932, Vorwort Arnold Brecht, Berlin 1933; vgl. dazu ausführlich Brecht, Vorspiel (s. Anm. 6); Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 220ff.

[17] So jedenfalls die Darstellung von Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 276ff.

Reich hingegen wurde am 16. November 1933 »auf Antrag« unter Verlust jeglicher Pensionsansprüche aufgehoben.

Politisch ist Brecht nach eigener Aussage bis in den Ersten Weltkrieg hinein indifferent gewesen. Erst gegen Kriegsende will er sich der Mehrheitssozialdemokratie innerlich angenähert haben, ohne ihr jemals beizutreten. In der öffentlichen Wahrnehmung dürfte er eher den Deutschen Demokraten zugeordnet worden sein. Eigentlicher Fluchtpunkt seiner politischen Loyalitäten war und blieb allerdings nicht die Programmatik und Politik einer bestimmten Partei, sondern die parlamentarisch-rechtsstaatliche Verfassungsordnung. Im »Bewußtsein des ursächlichen Zusammenhangs zwischen den früheren undemokratischen Verfassungszuständen und dem Ausbruch des Krieges und seinem Verlust«[18] setzte Brecht sich mit beharrlichem Nachdruck dafür ein, die offenkundigen Unzulänglichkeiten der Weimarer Verfassung(spraxis) schrittweise auszuräumen.[19]

Die Schwerpunkte der Brechtschen Reformarbeiten im Reichsinnenministerium lagen von 1921 bis 1927 auf den Feldern Beamtenrecht, Reichsverwaltungsgerichtsbarkeit und Wahlrecht.[20] Die angestrebte Umstellung vom Verhältnis- auf das Mehrheitswahlrecht kam allerdings ebenso wenig voran wie alle übrigen Vorhaben. Zumindest erste Teilerfolge konnte Brecht hingegen auf dem Feld der sogenannten »Büroreform« oder »technischen Verwaltungsreform« verbuchen.[21] Charakteristisch für seine Arbeit war im übrigen weniger die Formulierung grundlegender Reformziele und Reformkonzeptionen als deren Operationaliserung und Implementation. Schließlich ist bemerkenswert, mit welcher Konsequenz Brecht Zeit seines Wirkens auf von ihm einmal fixierte Einsichten und Vorschläge immer wieder zurückkam.

Nach seinem Abgang aus dem Reichsinnenministerium verlor der Ministerialdirektor seit Mitte 1927 als preußischer Reichsratsbevollmächtigter rasch den unmittelbaren Kontakt zur Verwaltungspraxis. Seine Anstrengungen richteten sich nun in erster Linie auf die territoriale Reichsreform. Brechts Ansehen in Politik, Verwaltung und interessierter Öffentlichkeit wuchs beträchtlich, obwohl ihm auch hier greifbare Erfolge nicht beschieden waren. Die schließlich angestrebte Aufteilung Preußens im Rahmen einer umfassenden Neugliederung des Deutschen Reiches in wirtschaftlich wie politisch einigermaßen gleichgewichtige Länder bei gleichzeitiger Stärkung der Reichsgewalt erwiesen sich Anfang der dreißiger Jahre auf politi-

[18] Brecht, Aus nächster Nähe (s. Anm. 6), S. 260; vgl. ebd., S. 139ff.

[19] Brecht, Konzept [für Rechtfertigungsschriftsatz], o. D. [wohl Anfang September 1933] (BAK, N 1089, Bd. 3).

[20] Vgl. Brecht, Aus nächster Nähe (s. Anm. 6), S. 433ff.; ferner ders., Verwaltungsreform und die Mitarbeit der Beamtenschaft daran. Eröffnungsvortrag des Ministerialdirektors Dr. Brecht in der Verwaltungswissenschaftlichen Woche der Verwaltungsakademie Berlin, in: Monatsblätter des Bezirksverbandes Hannover des Bundes Deutscher Steuerbeamter 2 (Juni 1925), S. 81–91.

[21] Vgl. Ruck (s. Anm. 1).

scher Ebene als undurchsetzbar. Die Bilanz dieser weitgespannten Aktivitäten ist bereits an anderer Stelle formuliert worden:

»Bestimmend für das Brechtsche Denken und Handeln bis zum Ende der Weimarer Republik waren vier Triebkräfte: ein tiefverwurzelter Patriotismus und ein etatistischer Institutionalismus, sein individueller Ehrgeiz und administrativer Gestaltungswille, gepaart mit einem ausgesprochenen Pragmatismus in der Sache selbst wie bei der Verfolgung seiner Anliegen. Politische Motive standen bei Brechts Aktivitäten auf dem Feld der technischen Verwaltungsreform nicht im Vordergrund. [...] Arnold Brecht war kein genuin ›demokratischer Reformer‹, allenfalls ein ›bürokratischer Innovator‹ – und auch dies zunächst nur mit bescheidenem Erfolg.«[22]

III. Verzögerte Ankunft – Arnold Brecht in den Vereinigten Staaten

Ausgerechnet am 9. November 1933 schiffte sich das Ehepaar Brecht nach New York ein.[23] Dort hatte der entlassene Beamte durch Vermittlung aus dem Kreise bisheriger Mitarbeiter der Hochschule für Politik eine Gastprofessur an der Graduate Faculty der New School for Social Research angeboten bekommen. Zwanzig Jahre lehrte er Staats- und Finanzwissenschaft in New York, unterbrochen nur von Gastprofessuren in Harvard und Yale (1937–1940). Sein professionelles Ansehen, das er sich nach Jahren schwieriger Eingewöhnung zusehends erwarb, wurde 1946 durch die Wahl zu einem der Vizepräsidenten der American Political Science Association unterstrichen.

Daß der entlassene Spitzenbeamte im November 1933 überhaupt mit offizieller Genehmigung des Auswärtigen Amtes als Gastprofessor nach New York reisen konnte, hatte er neben prominenten Fürsprechern aus den Reihen der konservativen Bündnispartner Hitlers zuvörderst seinem einstmaligen Verfassungsreferenten zu verdanken.[24] Hans-Heinrich Lammers war nun Hitler als Staatssekretär in der Reichskanzlei zu Diensten, doch der Korpsgeist der Ministerialbeamtenschaft wirkte weiter.

Brecht seinerseits hatte sich vor seiner überstürzten Abreise nochmals an das NS-Regime gewandt: »Meine bisherige Tätigkeit und Dienstauffassung rechtfertigt nicht die Annahme, daß ich die Pflichten des Berufsbeamten jetzt weniger ernst erfüllen würde [...] und daß ich im nationalen Staat kein seine Pflichten voll erfüllender Beamter wäre. [...] Wenn mir im neuen Staat

[22] Vgl. Ruck (s. Anm. 1), S. 202.

[23] Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 327ff.

[24] Die einschlägige Korrespondenz (BAK, N 1089, Bd. 3; Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde [BABL], R 1501 PA [Reichsinnenministerium – Personalakten], Bd. 5282, Bl. 49ff.) ist teilweise abgedr. in: Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 457–461; vgl. dazu lapidar ebd., S. 326f.

Aufgaben, auch solche rein fachlicher Art, nicht übertragen werden, habe ich mich darein zu schicken. Aber ich bitte, mich deshalb nicht als national unzuverlässig zu erklären. Das bin ich nicht. Für das Vaterland zu wirken, werde ich nicht aufhören, namentlich auf dem Gebiet der moralischen und finanziellen Auseinandersetzung mit dem Auslande.«[25]

Mochte die Diktion dieser Zeilen auch der bedrängten Lage geschuldet sein – in der Substanz standen sie durchaus im Einklang mit der etatistisch-patriotischen Grundhaltung ihres Urhebers. Darauf wies auch die Bereitschaft, regelmäßig über seine Auslandsaktivitäten im Dienste der »Nationalen Regierung« zu berichten. Vorab schrieb Brecht dazu Mitte Oktober 1933 an seinen Noch-Dienstherren, Reichsinnenminister Frick: »Das Auswärtige Amt (hält es) für wünschenswert, daß ich, der ich *weder Jude noch Emigrant* bin, das Angebot [aus New York] annehme, weil auf diese Weise, insbesondere durch die Art meiner Annahme, ein gewisser Einfluß auf die Haltung des Instituts gewonnen werden kann. Ich sehe in der vorliegenden Einladung eine Aufgabe, sowohl in der Außenpolitik des Reichs wie in Finanzfragen in freier, nicht amtlicher Form für den deutschen Standpunkt wirken und dem Vaterlande dienen zu können.«[26]

Jahrelang löste Brecht diese Zusagen ein. Um den vorläufigen Charakter seiner Amerikabesuche zu dokumentieren, behielt er seinen Berliner Wohnsitz bei, in New York lebte er mit seiner Frau im Hotel, und in den Jahren 1934 bis 1937 sowie 1939 kehrten die beiden jeweils über die Sommermonate nach Deutschland zurück. Im Herbst 1934 beantragte Brecht bei Göring formell seine Wiederaufnahme in den preußischen Staatsdienst.[27] Das Gesuch wurde abschlägig beschieden.[28] Gleichwohl trat der Abgewiesene kurz darauf dem Reichsverband Deutscher Schriftsteller in der Reichsschrifttumskammer bei[29], und in New York kam er seiner Berichtspflicht weiter nach.[30]

---

[25] Äußerung an das Preußische Staatsministerium v. 12.8.1933 (BABL, R 1501 PA, Bd. 5282, Bl. 75–85).

[26] Schreiben v. 15.10.1933 (BABL, R 1501 PA, Bd. 5282, Bl. 54f.; Hervorheb. von mir); vgl. Brechts Schreiben an das Auswärtige Amt v. 7.10.1933 (ebd., Bl. 58f.) u. dessen Genehmigungsschreiben v. 11.10.1933 (ebd., Bl. 60).

[27] Brecht, Berlin-Steglitz an den Preußischen Ministerpräsidenten, 28.09.1934 (BAK, N 1089, Bd. 3).

[28] Preußischer Ministerpräsident (gez. Körner) an Brecht, Berlin-Steglitz, 10.10.1934 (BAK, N 1089, Bd. 3).

[29] Brecht trat am 22.11.1934 ein und wurde im März 1938 wieder gestrichen, weil er als nebenberuflicher Publizist die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft nicht mehr erfüllte; bis zu diesem Zeitpunkt hatte er seine Beiträge anstandslos entrichtet (BABL, Bestand Reichskulturkammer – Reichsschrifttumskammer [vormals Berlin Document Center/Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf], Personalakten Dr. Arnold Brecht).

[30] Siehe dazu die Bescheinigung des Deutschen Generalkonsuls (gez. Dr. Borchers) v. 11.6.1934 (BABL, R 1501 PA, Bd. 5282, Bl. 106), einen Bericht des Generalkonsulats v. 19.2.1935 (PAAA, Po 26, Bd. 16 [R 80308]) u. einen Devisenverwendungsantrag der Wissenschaftlichen Kongreß-Zentrale in Berlin für Brechts neue »Vortragsreise« nach New York v. 18.9.1935 (BABL, Reichskulturkammer: PA Brecht, Bl. 107). Auch zur deutschen

An der neuerrichteten Graduate Faculty der New School for Social Research waren in den dreißiger und vierziger Jahren überwiegend renommierte Wissenschaftler tätig, die aus Deutschland und Italien hatten fliehen müssen. In ihrem Kreise erwarb sich Brecht fachliche Wertschätzung als hervorragender Experte vor allem auf den Gebieten der internationalen Verwaltungswissenschaft und der Politischen Theorie. Seine hartnäckige Weigerung indessen, sich mit allen Konsequenzen als Emigrant zu verstehen, isolierte ihn je länger desto spürbarer von seinen Kollegen.[31] Erst als ihn sein Direktor Alvin Johnson auf dem Höhepunkt ihrer regelmäßigen Querelen im Sommer 1938 ultimativ aufforderte, nun entweder auf Dauer in New York zu bleiben oder nicht mehr von der geplanten Heimatfahrt zurückzukehren, brach Brecht seine Besuchskontakte ab.[32] Dies allerdings nur vorübergehend. Bereits im folgenden Jahr reiste er wiederum mit seiner Frau nach Deutschland.[33]

In den Vereinigten Staaten hatte sich Brecht zu dieser Zeit bereits einen guten Namen als Wissenschaftler erworben. Seit 1941 wurde er des öfteren von der US-Administration als Experte für deutsche Angelegenheiten und für die amerikanische Verwaltungsreform herangezogen.[34] Außerdem beteiligte er sich an der Schulung amerikanischer Soldaten und Offiziere für deren Einsatz auf dem europäischen Kriegsschauplatz sowie später im be-

---

Botschaft in Washington, D.C. hielt Brecht zumindest bis Ende der dreißiger Jahre Kontakt; s. etwa Botschafter Luther an Brecht, 4.1.1934 (BAK, N 1089, Bd. 34); Brecht an Botschafter Hans-Heinrich Dieckhoff, 2.6.1938 (ebd., Bd. 29). Nach Mitteilung des PAAA v. 6.2.1996 sind jene »Akten des Referats Kunst und Wissenschaft in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts«, in denen es in den Registraturhilfsmitteln »für die Jahre 1933–1935 Hinweise auf Vorgänge (gibt), die den Aufenthalt und die Vortragstätigkeit von Arnold Brecht in den Vereinigten Staaten von Amerika betreffen, [...] während des Krieges verbrannt«; auch »die Archive der in Frage kommenden deutschen Konsulate in den USA selbst sind leider nicht überliefert«.

[31] Vgl. Prof. Dr. Hans Neisser an Brecht, 26.1.1949 (BAK, N 1089, Bd. 36).

[32] Zum Wirken Brechts in New York siehe eingehend Claus-Dieter Krohn, Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt/New York 1987, S. 78f., 106f., 164f., 187, 197, 202–204, et passim, hier bes. S. 207–210. Bei der Beurteilung von Brechts zögerlichem Verhalten gilt es mit zu bedenken, daß er vier Geschwister im Machtbereich des NS-Regimes wußte – darunter sein hochverehrter älterer Bruder Gustav (1880–1965), Vorsitzender der Rheinischen Braunkohlen AG in Köln und Wehrwirtschaftsführer (vgl. DBE, Bd. 2 [s. Anm. 10], S. 94) und seine jüngere Schwester Gertrud, die zusammen mit ihrem jüdischen Ehemann Ossip Schnirlin ohnedies schwersten Belastungen ausgesetzt war; vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 345–349 et passim.

[33] Brecht erinnerte gelegentlich an die Besuche bei deutschen Freunden kurz vor Kriegsbeginn; s. etwa seine Schreiben an Rechtsanwalt Erich Boettcher, Lübeck, v. 26.8.1951 (BAK, N 1089, Bd. 16) u. Ferdinand Friedensburg v. 6.2.1970 (ebd., Bd. 18); vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 346–349.

[34] Arnold Brecht, Smaller Departments, in: Public Administration Review 1 (1941), S. 363–373; ders., Organization for Overhead Management. Correspondence between Paul H. Appleby and Arnold Brecht, in: ebd. 2 (1942), 61–66 (vollst. Briefwechsel: BAK, N 1989, Bd. 96). Zur administrativen Neuordnung im Nachkriegsdeutschland vgl. Anm. 67.

setzten Deutschland. Von allen Aktivitäten deutscher Emigranten-Gruppen hingegen hielt sich Brecht konsequent fern.[35] Sämtlichen Appellen, sich ihren Aufrufen und dergleichen anzuschließen, erteilte er regelmäßig eine Absage.[36] Typisch dafür ist sein schroffer Brief an den früheren preußischen Innenminister Albert C. Grzesinski und nunmehrigen Präsidenten der »Association of Free Germans« (AFG) in New York von Ende August 1942[37]:

»Aus der Tatsache, dass ich persönlich mich von jeder Form der Organisierung hier ferngehalten habe, und auch in diesem Falle so verfahren werde, bitte ich Sie nicht zu schliessen, dass ich dieselbe Praxis auch für andere für richtig halte. Aber für mich gilt noch heute wie früher, dass ich das, was ich möglicherweise zur Rettung beitragen kann, besser in ungebundener Form tun kann. Das ist bedingt durch Besonderheiten meiner Arbeitsweise und keineswegs eine allgemeine Maxime, die ich auch anderen empfehle. Mein eigenes Programm ist ziemlich erschöpfend umschrieben mit dem Worte ›Wiederherstellung der Achtung vor der Menschenwürde‹. Daraus folgt die Forderung nach dem, was wir Rechtsstaat nennen, und vieles andre. Aber es folgt daraus nicht notwendig alles, was die Association of Free Germans in ihr Programm aufzunehmen durch politische Rücksichten gezwungen war. [...] Es ist schade, dass wir niemals Gelegenheit gehabt haben uns einmal ausführlicher zu unterhalten. Eine allgemeine Müdigkeit gegenüber solchen Gesprächen ist wohl mehr der Grund gewesen als irgend etwas anderes. Vielleicht holen wir das im Herbst nach, wenn Sie sich überhaupt noch mit Nichtmitgliedern unterhalten wollen.«

Augenscheinlich ging die Distanz Brechts zu jeglicher Vergemeinschaftung der deutschen Emigration in den frühen vierziger Jahren auf andere Ursachen zurück als im vorausgegangenen Jahrzehnt. Bis 1939 hatte er sich als deutscher Gastwissenschaftler in den Vereinigten Staaten sehen wollen und sich entsprechend verhalten. Erst nach Kriegsausbruch kamen die Brechts mental wirklich in ihrem Gastland an. Ende 1944/Anfang 1945 entschlossen sie sich, demnächst die US-Staatsbürgerschaft zu beantragen. Vieles hatte zu diesem Sinneswandel beigetragen: zunächst wohl der gemeinsame Freitod seiner Schwester Gertrud und ihres jüdischen Ehemannes im Sommer 1939[38]; dann der Kriegseintritt der USA und die niederdrückenden,

---

[35] Zur Begründung vgl. bes. dezidiert Brechts Schreiben an Prof. Dr. Ferdinand Hermens, University of Notre Dame, Ind. v. 31.12.1945 (BAK, N 1089, Bd. 32).

[36] Eine Ausnahme bildete Arnold Brechts Rede auf der Gedächtnisfeier zu Eberts zwanzigstem Todestag; abgedr. in: Ludwig Richter (Hrsg.), Rückbesinnung und Neubeginn. Eine Gedenkfeier zu Ehren Friedrich Eberts am 2. März 1945 in New York. Eine Dokumentation, Heidelberg 1995, S. 39–45.

[37] Brecht an Grzesinski, 23.8.1942 (BAK, N 1089, Bd. 28).

[38] Brecht, z.Z. Bad Wiessee an Maria Weltner (geb. Reuter), Ratzeburg, 8.8.1952 (BAK, N 1089, Bd. 27): »Der Tod meiner Schwester Gertrud war an persönlichen Erlebnissen das schwerste, was mich betroffen hat, da wir uns durch unser ganzes Leben sehr nahe gestanden haben.« Vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 348f.

bald versiegenden Nachrichten von Verwandten und Freunden über die Situation in Deutschland; schließlich die Informationen über die Judenvernichtung und Hitlers Racheexzesse nach dem 20. Juli 1944.

Unmittelbar vor der deutschen Kapitulation stellten sie diesen Schritt nochmals zurück.[39] Es folgte eine monatelange Phase zweifelnd-depressiven Schwankens.[40] Doch dann entschieden sich die Brechts, alsbald Amerikaner zu werden und vorerst nicht – wie geplant – nach Deutschland zu reisen, sondern die desolate Situation in der Heimat von den USA aus helfend zu beobachten.

IV. Der Remigrationsverweigerer als Ratgeber und transatlantischer Mittler – Arnold Brecht in der verfassungspolitischen Arena

Nach außen begründete Brecht diese Entscheidung immer wieder mit den Nachwirkungen einer schweren Erkrankung.[41] Tatsächlich war ein ganzes Bündel von Gründen dafür verantwortlich, daß er sich allen Rückkehrappellen und -offerten strikt verschloß[42]: Etwa die wenig ermutigende Kunde von den chaotischen Lebensverhältnissen in Deutschland und der dort weit verbreiteten Reserve gegenüber Emigranten[43]; die Verbitterung Brechts darüber, daß der ältere Bruder Gustav jahrelang nicht aus amerikanischer

[39] Brecht an Prof. Franklin L. Burdette, American Political Science Association, Butler University, Indianapolis, 6.5.1945 (BAK, N 1089, Bd. 28).

[40] Besonders deutlich in Brecht an Prof. Dr. Egon Ranshofen Wertheimer, State Department, Washington, D.C., 31.12.1945 (BAK, N 1089, Bd. 37): »I keep on working, and waiting for a sign from heaven, as far as my personal things are concerned. For there were enough signs in the general affairs of this world. Will they be heeded? Or are we only going on in accumulating new mountains of guilt, and misunderstanding the long forbearance and delayed judgement?«

[41] Brecht, z.Z. Klobenstein bei Bozen, an Reichstagspräsident a.D. Paul Löbe, (durch den Vorstand der SPD), 27.8.1964 (BAK, N 1089, Bd. 21); vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 355.

[42] Brecht, New York an Ferdinand Friedensburg, Berlin-Nikolassee, 14.11.1946 (BAK, N 1089, Bd. 18). In der umfangreichen Korrespondenz (1946–1972) brach der scharfe Gegensatz in der Remigrationsfrage zwischen den beiden Beamtenkollegen aus Weimarer Zeiten noch Jahrzehnte später wieder auf.

[43] Vgl. etwa einen Brief Brechts an den ehemaligen Leiter der Kommunalabteilung im Reichsinnenministerium, Victor von Leyden (Bombay), 5.11.1947 (BAK, N 1089, Bd. 21); ferner die – namentlich auf Thomas Mann gemünzten – Bemerkungen Friedensburgs (23.8.1946) und Brechts zurückhaltend-skeptische Reaktion darauf (14.11.1946) (ebd., Bd. 18); vgl. auch sein aufschlußreiches Antwortschreiben an seinen früheren Mitstreiter in Sachen Reichsreform, Dr. Hermann Höpker Aschoff (Bielefeld), 11.6.1947 (ebd., Bd. 20). Allgemein vgl. dazu neuerdings Jost Hermand/Wigand Lange, »Wollt ihr Thomas Mann wiederhaben?« Deutschland und die Emigranten, Hamburg 1999. Zu Höpker Aschoff s. Aders (s. Anm. 14).

Internierungshaft freizubringen war[44]; die mangelnde Bereitschaft, seine mühsam aufgebaute, nach wie vor prekäre berufliche, materielle und persönliche Position in Amerika wieder preiszugeben – verstärkt durch die völlig ungeklärte Frage künftiger deutscher Pensionsansprüche[45]; nicht zuletzt auch die emotionale Bindung an die Metropole New York und die tiefe Abneigung dagegen, sich irgendwo in der deutschen Provinz fernab der von sowjetischen Truppen umschlossenen Reichshauptstadt zu betätigen.[46]

So wurde auch der Versuch Max Brauers, ihn als Vertreter Hamburgs beim Wirtschaftsrat der Bizone in Frankfurt zurückzuholen, von Brecht nicht ernsthaft behandelt.[47] Seine Frau und er hatten sich schon unwiderruflich gegen eine Remigration entschieden. Statt dessen richtete Brecht seine Bemühungen nun verstärkt darauf aus, erstens in der Wahlheimat für die Belange Deutschlands und seiner Bevölkerung zu werben und zweitens von dort aus Einfluß auf den demokratischen Wiederaufbau zu nehmen. Dazu meinte er in doppelter Hinsicht berufen zu sein. Zum einen mit Blick auf seine mittlerweile gefestigten Zugangsmöglichkeiten zu relevanten Politikern und Mitgliedern der US-Administration. Zum zweiten im Vertrauen auf seine weitverzweigten Verbindungen aus der Zeit bis 1933 beziehungsweise 1939. Immerhin war Brecht nicht nur mit wichtigen Protagonisten des demokratischen Wiederaufbaus bis hin zu Konrad Adenauer und Theodor Heuss bekannt.[48] Er pflegte auch freundschaftliche Beziehungen sowohl zu

---

[44] Vgl. Brechts Klage gegenüber Friedensburg, 14.11.1946, und dessen teilnehmend-relativierende Antwort, 14.12.1946 (BAK, N 1089, Bd. 18). Während seines Deutschlandaufenthalts im Sommer 1948 traf Brecht einen »nun völlig rehabilitierten und von Amerikanern und Deutschen mit neuen Aufgaben bedachten Bruder«; s. Brecht an Prof. Dr. Edwin Redslob, Berlin, 31.12.1948 (ebd., Bd. 24); vgl. Friedensburg an Brecht, 7.12.1948 (ebd., Bd. 18) Einige Wochen später wurde Gustav Brecht als Sachverständiger in den »Zweizonen-I.G. Farben-Entflechungsausschuß« in Frankfurt am Main berufen; s. Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, T. II: Einzelne Verwaltungszweige: Wirtschaft, Marshallplan, Statistik, Boppard 1964, S. 241–244 mit Anm. 3.

[45] Vgl. Brechts Schreiben an seinen Neffen Prof. Dr. Adalbert Erler, Prodekan an der Universität Mainz, 10.12.1946 (BAK, N 1089, Bd. 21) und an den befreundeten Rechtsanwalt Georg Pfuhl in Berlin, 15.11.1946 u. 15.4.1950 (ebd., Bd. 23).

[46] Vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 355; Brecht an Friedensburg, 14.11.1946 (BAK, N 1089, Bd. 18): »Meine Heimat war das Reich, die Zentralverwaltung des Reichs und (halben Herzens) die von Preussen, kurz die Wilhelmstrasse, der Reichstag oder Reichsrat, und der tägliche Weg durch das Brandenburger Tor und Tiergarten vom einen zum anderen. Welches Land, welche Provinz sollte mich rufen, sollte mich wollen? Das Reich, die Zentralverwaltung, war nicht mehr oder noch nicht wieder, und es war klar, dass es nun von unten herauf, von den Ländern und Provinzen her wiedergeschaffen werden musste, nicht von der Zentrale.«

[47] Korrespondenz mit Bürgermeister Max Brauer (Hamburg), Juli-September 1947 (BAK, N 1089, Bd. 16); vgl. dazu Brecht, Mit der Kraft (Anm. 3), S. 356f.

[48] Korrespondenz mit Dr. Konrad Adenauer, 1948–1964 (BAK, N 1089, Bd. 15); Korrespondenz mit Bundespräsident Theodor Heuss, 1950–1966 (ebd., Bd. 20); z.T. abgedr. in: Brecht, Mit der Kraft (Anm. 3), S. 470f.; vgl. ebd. S. 357; s. auch BAK, N 1221 (Nachlaß Heuss).

überlebenden Mitgliedern des bürgerlichen Widerstands wie Ferdinand Friedensburg oder Theodor Steltzer[49] als auch zu sozialdemokratischen Persönlichkeiten. Aus deren Reihen ist an erster Stelle der Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Verfassungsexperte der Partei, Carl Severings Schwiegersohn Walter Menzel zu nennen.[50]

Es fiel denn auch schon bald Brechts Name, als in Washington und Frankfurt darüber nachgedacht wurde, welche zivilen Verwaltungsfachleute als Mitarbeiter der Militärregierung rekrutiert werden könnten. Anfang März 1946 bot ihm das War Department einen Posten als »consultant in government structures« in der »Division of Internal Affairs and Communications« von OMGUS an.[51] Im Gegensatz etwa zu seinem Kollegen Hans Simons, früher an der Berliner Hochschule für Politik und jetzt an der New School, kam allerdings für Brecht eine längerwährende Tätigkeit im Solde der Besatzungsmacht grundsätzlich nicht in Betracht. Zum einen hielt er sich persönlich zugute, in der alten Heimat bislang nicht als ein sogenannter »Morgenthau-Boy« diskreditiert zu sein. Zum anderen trat hier wiederum seine tiefverwurzelte Abneigung gegen irgendwelche Bindungen und Abhängigkeiten zutage, die ihn zu Weimarer Zeiten davon abgehalten hatte, einer republikanischen Partei beizutreten, und die ihn später daran hinderte, sich als Emigrant zu organisieren. Brecht verstand sich als intellektueller Einzelkämpfer – wobei die Betonung mehr auf »Einzel-« denn auf »-kämpfer« liegt – und als liberaler Geist zwischen den politischen und weltanschaulichen Lagern.

Als solcher war Arnold Brecht für die Amerikaner höchst interessant, als er sich Anfang Januar 1948 bei General Clay für eine dreimonatige Tätigkeit in Deutschland anbot.[52] Im Vorfeld der angestrebten Weststaatsgründung wurden ungebundene Persönlichkeiten gesucht. Sie sollten nicht nur ausloten, welche Vorstellungen auf seiten der widerstrebenden Westdeutschen über die institutionelle Ausgestaltung des Teilstaates überhaupt existierten. Zugleich war ihnen die Aufgabe zugedacht, in der Bizone einen Elitendiskurs über grundlegende konstitutionelle Fragen in Gang zu bringen, um ihn möglichst im Sinne der alliierten Zielsetzungen zu moderieren.[53]

Diese Offerte war mit dem Rollenverständnis Brechts als eines transatlantischen Brückenbauers zum Wohle seiner alten Heimat vereinbar[54], zumal

[49] Korrespondenz mit Theodor Steltzer, 1947–1961, (BAK, N 1089, Bd. 26).

[50] Korrespondenz mit Dr. Walter Menzel, 1946–1952 (BAK, N 1089, Bd. 22).

[51] Telegramm an Brecht, 8.3.1946 (BAK, N 1089, Bd. 99).

[52] Telegramm Brecht an General Lucius D. Clay, Office of Military Government (OMGUS), 2.1.1948 (BAK, N 1089, Bd. 99).

[53] Vgl. den kurzen Hinweis bei James K. Pollock, Besatzung und Staatsaufbau nach 1945. Occupation Diary and Private Correspondence, 1945–1948, Hrsg. Ingrid Krüger-Bulcke, München 1994, S. 307f. (19.5.1948).

[54] Vgl. etwa Brecht an Brauer, 10.9.1947 (BAK, N 1089, Bd. 99): »Es gibt [...] grosse Aufgaben in unserem gemeinsamen Streben nach einer würdigen Wiedergeburt Deutschlands, denen ich mich als amerikanischer Bürger deutscher und hanseatischer Herkunft im voller

ihm volle Unabhängigkeit zugesichert wurde. Von Anfang Juni bis Anfang Juli 1948 bereiste er als Mitglied einer fünfköpfigen Expertengruppe die amerikanische Besatzungszone.[55] Organisatorisch betreut wurde das Unternehmen von jenem Stab der »Governmental Structures Branch« im OMGUS-Hauptquartier, den Hans Simons zwei Jahre lang leitete.[56] Während in den Hauptstädten der sechs beteiligten Westmächte über die »Londoner Empfehlungen« ihrer Außenminister vom 7. Juni 1948 beraten wurde[57], diskutierte die Expertengruppe mit herausgehobenen Vertretern des öffentlichen Lebens in Frankfurt, Wiesbaden, Heidelberg, Stuttgart und München über die zentrale Frage der territorialen Reorganisation des kommenden Weststaates.[58] Neben der Informationsbeschaffung und der Werbung für das alliierte Weststaatsprojekt fiel Brecht dabei noch eine Sonderaufgabe zu. In der Pariser Nationalversammlung drohten die Londoner Empfehlungen zu scheitern.[59] Brecht setzte deshalb alles daran, seinem französischen

---

Hingabe widmen kann, hier sowohl wie in Europa.« Vgl. (offenbar danach) Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 355.

[55] Siehe dazu Brechts Report General Nature and Results of my Visit to Germany as an Expert to the Secretary of the Army, Bremen, 13.9.1948 mit diversen Anlagen (BAK, N 1089, Bd. 99); vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 357–360.

[56] Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 357. Allgemein vgl. Edmund Spevac, Ein Emigrant in amerikanischen Diensten. Zur Rolle des Politikwissenschaftlers Hans Simons in Deutschland nach 1945, in: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 321–338. Zu den engen Kontakten mit Simons während seiner Deutschlandaufenthalte vgl. Brecht an Friedensburg, 22.11.1948 (BAK, N 1089, Bd. 18).

[57] Gerd Wehner, Die Westalliierten und das Grundgesetz 1948–1949. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, Freiburg 1994; vgl. Siegmar Rothstein, Die Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 und ihre Bedeutung für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Freiburg 1968; Heinrich Wilms, Ausländische Einwirkungen auf die Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, S. 46ff.

[58] Diese Konferenzen sind außerhalb des Brecht-Nachlasses (BAK, N 1089, Bd. 99) nur spärlich belegt; siehe aber die ausführlichen Protokolle (21 Ms.-Seiten) der Besprechungen in München am 24./25.6.1948 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv München [BayHStA], Nachlaß Anton Pfeiffer, Bd. 204); vgl. Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 3: Ausschuß für Zuständigkeitsabgrenzung, Hrsg. Deutscher Bundestag/Bundesarchiv, Bearb. Wolfram Werner, Boppard 1981, S. 159f. mit Anm. 30. Zum vorausgegangenen Treffen in Hessen siehe knapp Ludwig Bergsträsser, Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945–1948, Hrsg. Walter Mühlhausen, München 1987, S. 312 (16.6.1948).

[59] Zu den knappen Abstimmungen in der französischen Nationalversammlung am 16./17.6.1948 zugunsten der Londoner Beschlüsse und zu den vorausgegangenen Debatten siehe (mit teils abweichenden Zahlenangaben) Rothstein (s. Anm. 57), S. 49; Andreas Wilkens, Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945–1950), in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 4 (1991), S. 1–21, hier S. 16; Bettina Blank, Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik. Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente im Juli 1948, München 1995, S. 34; Michael F. Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, Göttingen 1998, S. 17f.; Wilms (s. Anm. 57), S. 59f.

Kommissionskollegen Kopelmanas drastisch vor Augen zu führen, daß die Aufspaltung Deutschlands in eine Anzahl quasi-souveräner Staaten in den Westzonen keinerlei tragfähige Unterstützung finden würde.[60] Zweifellos tat Brecht dies aus voller Überzeugung, keineswegs bloß im Auftrag der amerikanischen Militärregierung. Zwar gingen ihm auch deren Föderalisierungspläne entschieden zu weit. Oberste Priorität hatte für Brecht aber die Wahrung der Reichseinheit. Deshalb mußte zunächst der drohende Ausstieg der Franzosen aus dem Prozeß der Weststaatsgründung verhindert werden.[61]

Tatsächlich gaben am 1. Juli 1948 alle drei westlichen Militärgouverneure mit dem »Frankfurter Dokument Nr. 1« endgültig eine Verfassung »föderalistischen Typs« in Auftrag, die ausdrücklich auch eine »angemessene Zentralinstanz« vorsehen sollte. Das entsprach den Vorgaben der Londoner Empfehlungen, welchen sich die Expertenkommission am 28. Juni 1948 angeschlossen hatte.[62]

Am 1. September 1948 nutzte Brecht die Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates in Bonn, um nochmals für die amerikanischen, aber auch für seine persönlichen Erwartungen an die neue Konstitution zu werben. Ganz im Stile seiner Weimarer Reforminitiativen versorgte er außerdem alle Beteiligten mit einer ausführlichen Synopse der vorliegenden Verfassungsentwürfe.[63] Wie schon in den Debatten der zwanziger Jahre um Verwaltungs- und Reichsreform versuchte Brecht, die politisch-administrativen Entscheidungsprozesse durch systematische Zusammenfassung, Zuspitzung und Präsentation *vorliegender* Konzepte in seinem Sinne zu forcieren.[64] Diese Absicht wurde durchaus erkannt und bisweilen auch gewürdigt.[65]

---

[60] Discussion on Federalism conducted by a group of experts in the American Zone, June 1948. Special Report by Arnold Brecht, 8.7.1948 (BAK, N 1089, Bd. 99); abgedr. in: Heinz Boberach (Hrsg.), Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahren 1940 bis 1949, Hamburg 1999, Dok. 25, S. 143–149. Vgl. Dr. Lazare Kopelmanas, Centre National de la Recherche Scientifiques (CNRS), Rapport sur les problemes poses par l'organisation constituelle de l'Allemagne, 3.8.1948 (ebd.).

[61] Vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 358f.

[62] Report of the Federal Group, 28.6.1948 (BAK, N 1089, Bd. 99). Wortlaut der alliierten Vorgaben in: Michael F. Feldkamp (Hrsg.), Die Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland 1949. Eine Dokumentation, Stuttgart 1999, S. 54–58; zur Genese und Aufnahme bei den deutschen Adressaten vgl. Blank (s. Anm. 59); Wilms (s. Anm. 57), S. 58ff.

[63] Vergleich der Verfassungsentwürfe (16 Ms.-S.) mit hs. Vermerk Brechts: »Verteilt in Bonn bei der Eröffnung des Parlamentarischen Rates« (BAK, N 1089, Bd. 99); vgl. Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemseee, Hrsg. Deutscher Bundestag u. Bundesarchiv, Bearb. Peter Bucher, Boppard 1981, S. CXXVIII mit Anm. 13; ebd., Bd. 6: Ausschuß für Wahlrechtsfragen, Hrsg. Deutscher Bundestag u. Bundesarchiv, Bearb. Harald Rosenbach, Boppard 1994, Einleitung, S. VIIf.

[64] Vgl. Ruck (s. Anm. 1), S. 188.

[65] Vgl. etwa das Dankschreiben des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer, München an Brecht, OMGUS, Civil Administration Division (CAD),

Nach dem erfolgreichen Abschluß der Kommissionsarbeiten beteiligte sich Brecht an einem studentischen Sommercamp der Münchener Universitäten, hielt Rundfunkvorträge über Demokratie, Intellektuelle und Parteien. Daneben suchte er schriftlich und in vielerlei Gesprächen Einfluß auf die Verfassungsdebatten des Parlamentarischen Rates zu gewinnen.[66] Überdies verfaßte Brecht Konzepte zur Neuordnung des Öffentlichen Dienstes, in denen er auf der Grundlage seiner Weimarer Vorschläge und der seitdem im Ausland gesammelten Erfahrungen eine durchaus moderate Reformperspektive entwickelte. Diese Thematik sollte im Mittelpunkt seiner zweiten Deutschlandmission stehen, die er im Sommer 1950 auf Einladung des US-Hochkommissars unternahm, um den amerikanischen Vorstellungen doch noch Geltung zu verschaffen. Ein Erfolg blieb ihm dabei auf ganzer Linie versagt.[67]

Frankfurt, 19.10.1948: »Ich weiss, dass diese Arbeit für viele Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die mit Verfassungsfragen noch nicht sehr vertraut waren, eine grosse Hilfe bedeutete.« (BAK, N 1089, Bd. 23).

[66] Die Bände »Korrespondenzpartner in Deutschland A–Z« im Nachlaß Brechts enthalten eine ganze Reihe entsprechender Schreiben und Hinweise (BAK, N 1089, Bd. 15–27). Gelegentlich bezogen sich Mitglieder des Parlamentarischen Rates ausdrücklich auf Gespräche mit dem – vielen aus Weimarer Zeiten wohlbekannten Verfassungs- und Verwaltungsexperten. So berief sich der Verwaltungsdirektor für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Alfred Hartmann, am 24.9.1948 auf Brecht; s. Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 12: Ausschuß für Finanzfragen, Hrsg. Deutscher Bundestag u. Bundesarchiv, Bearb. Michael F. Feldkamp u. Inez Müller, München 1999, S. 235f. Und der einflußreiche Rechtsamtsleiter des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Walter Strauß (CDU), sprach am selben Tage von »außerordentlich frappier(enden)« Einsichten in die Organisationsprobleme des (bundes)polizeilichen Republikschutzes, welche Brecht ihm während »eine(r) stundenlange(n) Unterhaltung« vermittelt habe; s. Der Parlamentarische Rat, Bd. 3 (s. Anm. 58), S. 159f. Mit dem nunmehrigen Staatssekretär im Bundesjustizministerium hatte Brecht während seines zweiten Nachkriegsaufenthaltes in Deutschland abermals ein langes Gespräch, u.a. über die Probleme eines gesetzlichen Staatsschutz; s. Brecht, z.Z. Frankfurt am Main an Strauß, Bonn, 26.9.1950; Strauß an Brecht, z.Z. Bad Godesberg, 27.9.1950 (BAK, N 1089, Bd. 26).

[67] Dazu finden sich diverse Unterlagen im Nachlaß (BAK, N 1089, Bd. 96 u. 101); s.a. Boberach (s. Anm. 60), Dok. 24 (Juni 1947), S. 140–142. Vgl. ferner die einschlägigen Beiträge Arnold Brechts: Civil Service Reform in Germany. Problems and Suggestions, in: Personnel Administration 9 (1947), Nr. 3, S. 1–8, 11; German Civil Service Today, Frankfurt 1950 (Ms. vervielf.); Reestablishing German Government, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 267 (1950), S. 28–42; Welche Änderungen im deutschen Beamtenwesen sind erforderlich und zugleich mit der in Art. 33 des Grundgesetzes vorgeschriebenen »Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums« vereinbar?, in: Neues Beamtentum. Beiträge zur Neuordnung des Öffentlichen Dienstes. [Arbeitstagung am 2./3. Dezember 1951 in Weinheim an der Bergstraße], Hrsg. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt 1951, S. 5–20 (Referat), S. 21–25 (Leitsätze), S. 69–85 (Diskussion), S. 86–93 (Bericht der Arbeitsgruppe I: Vor- und Ausbildung, Prüfung und Personalamt), S. 93–105 (Diskussion); What Is Becoming of the German Civil Service? In: Public Personnel Review 12 (1951), S. 83–91; Personnel Management, in: Edward H. Litchfield (Hrsg.), Governing Postwar Germany, Ithaca, N.Y./London 1953, S. 263–293; s. schon Arnold Brecht u. Comstock Glaser, The Art and Technique of Administration in German Ministries, Cambridge, Mass. 1940. Zur Bilanz

V. Wehrhafte Demokratie, unitarischer Bundesstaat, nationale Einheit – Arnold Brecht zum demokratischen Wiederaufbau Nachkriegsdeutschlands

In der publizistischen Arena wie in seinem nichtöffentlichen Wirken orientierte sich Arnold Brecht in der Hauptsache an zwei Maximen: Wahrung der staatlichen Einheit Deutschlands nach außen und Etablierung einer rechtsstaatlichen, liberaldemokratischen Ordnung im Innern. Seine Vorstellungen darüber, wie diese doppelte Zielsetzung grundsätzlich zu verwirklichen sei, wandelten sich im Laufe der vierziger Jahre kaum. Allerdings sind veränderte Prioritätensetzungen erkennbar. Einerseits suchte Brecht dem dramatischen Wandel der äußeren Umstände Rechnung zu tragen. Andererseits reagierte er damit auf niederdrückende Erkenntnisse über das grauenhafte Ausmaß der NS-Verbrechen und über die Haltung großer Bevölkerungsteile bis zum »Zusammenbruch« und darüber hinaus. Zwar hielt Brecht dem in alliierten Kreisen verbreiteten Vansittartismus unermüdlich das Bild eines anderen, läuterungsfähigen Deutschland entgegen. Doch sein Vertrauen in die Demokratiefähigkeit seiner Landsleute im allgemeinen und der deutschen Funktionseliten im besonderen litt während der ersten Nachkriegszeit spürbaren Schaden.

Im Herbst 1944 hatte Brecht in seinen Vorschlägen »On Germany's Postwar Structure« die Notwendigkeit einer durchgreifenden personellen Säuberung des Verwaltungsapparates eher beiläufig erwähnt, ansonsten das Augenmerk ganz auf die föderale Reorganisation des Reiches gerichtet.[68] Unter ausdrücklicher Berufung auf die gescheiterten Initiativen der späten zwan-

---

seiner Initiativen s. BRECHT, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 361f.; vgl. ausführlich RUPIEPER (s. Anm. 4), S. 173–204, bes. S. 185, 199, 200. Zur allgemeinen Einordnung vgl. (mit weiteren Hinweisen) Michael RUCK, Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert (I/II), in: Neue Politische Literatur 42 (1997), S. 200–256 u. 43 (1998), S. 67–112.

[68] Arnold BRECHT, On Germany's Postwar Structure, in: Social Research 11 (1944), S. 428–440. Dabei handelte es sich nach eigenen Angaben (S. 429, Anm. 1) um den zusammenfassenden Vorabdruck des Schlußkapitels von BRECHT, Federalism (s. Anm. 6). Über seine Intentionen schrieb er Höpker Aschoff am 11.6.1947 (BAK, N 1089, Bd. 20): »Natürlich verfolge ich die Frage der Neukonstruktion des Reiches mit besonderem fachlichen Interesse. Ich veröffentlichte Ende 1945 ein Buch ›Federalism and Regionalism in Germany,‹ [...], eine Darlegung der tatsächlichen Entwicklung und der Pläne im 20. Jahrhundert. Dies sind alles olle Kamellen für Sie, aber es war garnich[t] einfach, diese Dinge in einer Weise auszudrücken, dass sie von anglo-amerikanischen Lesern verstanden werden können. Mein Zweck war, durch eine sachliche Darstellung gesundem Urteil nachzuhelfen. Die [gestrichen: Potsdamer] Vierteilung Deutschlands hat natürlich auch hier die besten Kräfte lahmgelegt in ihren ehrlichen Versuchen, etwas Vernünftiges zu schaffen. Der Grad zu dem alle Hände gebunden sind ist tief bedrückend. Trotzdem muss jeder tun, was er kann. Ich betrachte es als ein gutes Zeichen, in dieser Frage der Reichsorganisation, dass sowohl die Britische wie die Amerikanische Militärregierung sich im vergangenen Monat an den Verlag gewandt haben, um das Recht zu erhalten, mein streng sachliches Buch ins Deutsche übersetzen zu lassen. Die Engländer waren die ersten und werden voraussichtlich das Buch bekommen.«

ziger Jahre bündelte er seine Vorschläge nun in vier Kernpunkten: erstens die Aufteilung Preußens in selbständige Gliedstaaten, zunächst wohl entlang der bisherigen Provinzgrenzen; zweitens die Reföderalisierung des – vermeintlich – hyperunitarischen Staatsgebildes der NS-Zeit[69] unter Wahrung einer gewissen Dominanz der Zentralregierung; drittens die Wiedererrichtung des Reichsrates als Instrument der gliedstaatlichen Mitregierung unter der Voraussetzung einer den unterschiedlichen Bevölkerungszahlen angenäherten Stimmverteilung. Viertens schließlich die territoriale Flurbereinigung im Bereich der außerpreußischen Kleinstaaten mit Ausnahme von Bayern, Sachsen und dem – neu zu bildenden – Südweststaat Baden-Württemberg im Wege der einfachen Bundesgesetzgebung. Nachdem die territorialen Strukturprobleme des Reiches derart gelöst worden seien, hegte Brecht keine Bedenken mehr dagegen, die bewährten Verwaltungsstrukturen des aufgelösten Preußens – einschließlich der unter NS-Ägide durchgesetzten Strukturveränderungen – auf das gesamte Reichsgebiet zu übertragen.[70] Im Grunde zielte dieses Konzept schon in Richtung jenes »unitarischen Bundesstaates«, den Konrad Hesse später mit Blick auf die kanzlerdemokratische Verfassungspraxis der fünfziger Jahre ausrufen konnte.[71]

Während des folgenden Jahrfünfts verschoben sich Brechts konstitutionelle Prioritäten weg von der föderalen Neuordnung hin zur Wahrung der individuellen Freiheitsrechte und zur Sicherung des demokratischen Rechtsstaates gegen autoritär-totalitäre Usurpationen. Das wurde deutlich, als er unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik in den Vereinigten Staaten für das Grundgesetz warb. Vor allem auf dem Gebiet der Finanzverfassung und der Ländervertretung im Bund war es beträchtlich hinter den amerikanischen Föderalisierungszielen zurückgeblieben. Das aktuelle Schlüsselproblem der deutschen Verfassungspolitik, so hielt Brecht dem grassierenden Mißmut nun entgegen, sei aber gar nicht die Ausgestaltung der föderalen Ordnung in ihren Details. Im Kern gehe es vielmehr darum, die demokratische Regierungsweise dauerhaft in einem Land zu etablieren, dessen demokratische Mehrheit – wie schon zu Weimarer Zeiten – von starken antidemokratischen Flügelkräften unter Druck gehalten werde.[72] Das Grundgesetz habe deshalb in erster Linie an der existentiellen Herausforderung ausgerichtet werden müssen, die demokratische Zentralgewalt gegen totalitäre Anfechtungen von links und rechts abzuschirmen – ohne freilich darüber die bürgerlichen Grundrechte staatlichem Durchgriff aus-

[69] Zu den herrschaftspraktischen Grenzen der totalitären Unitarisierung vgl. Michael Ruck, Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates, in: Horst Möller u. a. (Hrsg.), Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 99–122.

[70] Brecht, On Germany's (s. Anm. 68), S. 438–440.

[71] Konrad Hesse, Der unitarische Bundesstaat, Karlsruhe 1962.

[72] Arnold Brecht, The New German Constitution, in: Social Research 16 (1949), S. 425–473, hier S. 428 f., 431 ff. et passim.

zuliefern.[73] Unter den spezifischen Bedingungen der politischen Kultur in Deutschland habe der Konstruktion einer wehrhaften Demokratie und ihrer Begrenzung Vorrang eingeräumt werden müssen. Wie sein deutscher Kollege und Mitstreiter in Amerika, Ferdinand A. Hermens, maß Brecht in diesem Zusammenhang der Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht wesentliche Bedeutung bei.[74]

Diese Auffassungen hatte Brecht schon während seiner Kontakte im Umfeld des Parlamentarischen Rates zu lancieren versucht.[75] Als dessen Arbeit beendet war, machte er aus seiner Enttäuschung über den »faulen Kompromiß« in der Wahlrechtsfrage keinen Hehl.[76] Im übrigen entsprach das Verfassungswerk von Bonn aus seiner Sicht durchaus jenen institutionellen Schlußfolgerungen, welche aus der eingeschränkten Demokratiefähigkeit des deutschen Volkes einstweilen zu ziehen waren. Ganz durchdrungen von seinen Weimarer Traumatisierungen setzte Brecht vor dem Hintergrund des Kalten Krieges vor allem anderen auf die möglichst lückenlose verfassungs-»technische« Abschirmung der demokratischen Zentralstaatsgewalt gegen Usurpationen der politischen oder territorialen Peripherie. Von diesem Geist sah er das Grundgesetz hinreichend geprägt. Gewisse Sorgen bereiteten ihm allenfalls drei potentielle »Schlupflöcher«: die mangelnden Vorkehrungen gegen eine bundesgesetzliche Wiedereinführung der Schutzhaft, gegen Verfassungssuspendierungen via Ermächtigungsgesetz und gegen antidemokratische Instrumentalisierungen des Bundesverfassungsgerichts.[77]

Die von ihm für unabdingbar erklärte, mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 ratifizierte Auflösung des – zwischenzeitlich schon »verschollenen« – Preußischen Staates hatte Brecht bereits Ende 1944 ausschließlich mit der föderalen und demokratischen Funktionsfähigkeit des nachnationalsozialistischen Staatswesens begründet.[78] Freilich gestand Brecht später ein, daß es ihm in den vierziger Jahren sehr wohl auch darum gegangen war, auf Seiten der Westalliierten denjenigen Wind aus den Segeln zu nehmen, die einem territorialen »dismemberment« ganz Deutschlands das Wort redeten.[79] Im Vorfeld und während der Beratungen des Parlamen-

[73] Brecht, The New German (s. Anm. 72), S. 436f., 457–464.

[74] Brecht, The New German (s. Anm. 72), S. 446–449; vgl. die ebenso umfang- wie aufschlußreiche Korrespondenz mit Prof. Dr. Ferdinand Hermens, University of Notre Dame, Ind., seit 1959 Universität Köln, 1942–1971, bes. die Schreiben v. 3.12.1945, 31.12.1945 u. 23.11.1948 (BAK, N 1089, Bd. 32).

[75] Brecht an Dr. Conrad [sic!] Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates, Bonn, 11.10.1948 (BAK, N 1089, Bd. 15).

[76] Brecht, New York an Friedensburg, Berlin-Nikolassee, [19.8.1949] (hs. Konzept) (BAK, N 1089, Bd. 18).

[77] Brecht, The New German (s. Anm. 72), S. 436f., 457–464.

[78] Brecht, On Germany's (s. Anm. 68), S. 464–467.

[79] So etwa in dem Brief an Paul Löbe v. 27.8.1964 (s. Anm. 41; Hervorheb. von mir): »Es war natürlich auch viel anderes, so vor und nach dem Kriege die Anstrengung, den Amerikanern und anderen klar zu machen, wie die wirklichen Verhältnisse in Deutschland lagen, die das Ausland so oft so grausam verkannt hat. Ich glaube, mein ›Vorspiel zum Schweigen‹

tarischen Rates räumte er der nationalen Frage ebenfalls höchste Priorität ein. Das ausdrücklich auch gegenüber denjenigen in Deutschland und anderswo, deren Hoffnungen sich 1948/49 zuvörderst auf eine Europäische Union richteten.[80]

Aus diesem Blickwinkel stufte Brecht das Bonner Grundgesetz lediglich als zweckmäßiges, wenngleich verbesserungsfähiges Organisationsstatut eines westdeutschen Teilgebildes ein, nicht etwa als endgültige Verfassung des vordringlich wiederzuerrichtenden deutschen Nationalstaates.[81] Als Zwischenstufe auf dem Weg dorthin schlug er nun eine deutsch-deutsche Konföderation vor, die im Rahmen einer europäischen Sicherheitszone (»safety belt«) einen entmilitarisierten Status erhalten müsse. Darüber solle die Bundesregierung unverzüglich direkte Verhandlungen mit den Regierenden in Ost-Berlin aufnehmen. Als Übergangslösung schwebte Brecht ein gesamtdeutsches Mehrebenensystem vor: oberhalb der Länder in West- und Ostdeutschland sollten zwei Bundesregierungen zum einen den föderalen Zusammenhalt ihres Territoriums sichern, zum anderen »auf der höheren gemeinsamen Ebene« institutionelle Strukturen schaffen, denen zunächst die Bearbeitung einzelner Aufgabenfelder übergreifenden Charakters wie Handel, Verkehr und Kommunikation zu übertragen wäre. Die gesamtnationale Geltung sämtlicher Bestimmungen des Bonner Grundgesetzes hielt Brecht nicht für erforderlich. Umso größeren Wert legte er darauf, Berlin zur »Hauptstadt für diese, das ganze Deutschland umfassende Bundesrepublik« auszurufen.[82]

Mit dieser Konzeption fand Brecht zwar Gehör bei Kurt Schumacher wie bei Ferdinand Friedensburg, Jakob Kaiser und anderen parteiinternen Widersachern der Westintegrationspolitik Adenauers.[83] Politische Wirkung konnte er mit dieser Mindermeinung zunächst weder in Bonn noch in Washington erzielen. Erst im Laufe der sechziger Jahren kamen sozialdemokratische Protagonisten der Entspannungspolitik wie Herbert Wehner und Willy Brandt wieder darauf zurück.[84]

---

habe ich Ihnen damals geschickt. Auch über die *Teilung Preussens als Ersatz für die im Ausland ursprünglich gewünschte Teilung Deutschlands* habe ich ein Buch geschrieben [hs. Einfügung: mit Erfolg im Westen, aber (1 Wort unleserlich) im Osten Deutschlands!], und schließlich über die ›Wiedervereinigung‹, [...]«.

[80] Brecht, Special Report v. 8.7.1948 (s. Anm. 60), S. 15f. In der Europafrage deutlich aufgeschlossener dann jedoch Brecht, The New German (s. Anm. 72), S. 472f.

[81] Brecht an Friedensburg, 19.8.1949 (s. Anm. 76).

[82] Ebd.; vgl. andeutungsweise Brecht, The New German (s. Anm. 72), S. 472f.

[83] Vgl. die Korrespondenzen mit Brandt (1957–1974) und Wehner (1963–1971) (BAK, N 1089, Bd. 16 u. 27).

[84] Brecht, z.Z. Heidelberg an den SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher, 26.6.1952 (BAK, N 1089, Bd. 25); zum anschließenden Gespräch in Bonn s. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 363. – Friedensburg an Brecht, 29.8.1949 u. 4.9.1961 (BAK, N 1089, Bd. 18). – Kaiser an Brecht, z.Z. Heidelberg, 21.6.1955 u. 3.7.1956 (ebd., Bd. 21).

VI. Arnold Brecht und die Entstehung des Grundgesetzes – Eine Bilanz

Der Verfassungs- und Verwaltungsreformer Arnold Brecht schwankte immer wieder zwischen aktivistischer Selbstüberschätzung und der realistischen Einsicht in die äußerst beschränkten Möglichkeiten einzelner Persönlichkeiten, auf die amerikanische Deutschlandpolitik wie auf die innere Entwicklung seines Heimatlandes nach dem Krieg auch nur punktuell Einfluß zu gewinnen. Im Grunde wußte er nur allzu gut, daß die selbstgewählte Rolle eines transatlantischen Moderators ihn ständig überforderte und zusehends isolierte.[85] Tatsächlich wurden seine Vorschläge in den USA zumeist mit freundlichem Desinteresse quittiert.[86] Und in der alten Heimat blieb er ein Außenstehender, dessen Ratschläge mit gebührendem Respekt, vor allem aber mit – mehr oder minder – unterschwelligen Vorbehalten gegen den hartnäckigen »Remigrationsverweigerer« entgegengenommen und abgelegt wurden.[87] Überdies machten maßgebliche Akteure der westdeut-

[85] Vgl. für vieles Brecht an Friedensburg, 8.8.1946 (BAK, N 1089, Bd. 18): »Wahrheit ist schwer durchzusetzen. Die Vorurteile sind zu zahlreich und zu tief sitzend, und die Dinge sind zu kompliziert. Es ist schon viel, wenn man Stein für Stein die Grundlage für die Erkenntnis legen darf.« Ferner Brecht an Höpker Aschoff, 11.6.1947 (ebd., Bd. 20): »Überhaupt ist mir die hoffnungslose Grenze dessen, was der einzelne tun kann, nie so bewusst geworden. Denn es gibt viele Schritte, die ich hier tun könnte, wenn meine Kräfte ausreichten, und ich arbeite immer bis nah an die Erschöpfungsschwelle, nur um zu sehen, dass viele Dinge ungetan bleiben, die ich sonst ganz gut tun könnte. Aber dies soll keine Klage sein.« Vgl. auch die Andeutung bei Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 364.

[86] Im Nachlaß Brechts finden sich zahlreiche Belege dafür in den Bänden »Korrespondenzpartner in Amerika A–Z« (BAK, N 1089, Bd. 28–39). Vgl. Brechts Schreiben an Dr. Edward H. Litchfield, vormals CAD-Leiter bei OMGUS, nun Professor an der Cornell University, School of Business and Public Administration, Ithaca, N.Y. v. 22.4.1950 (ebd., Bd. 33): »I was very glad to learn that the CAD team, under your leadership, will untertake what you call, somewhat melancholically, a last creative effort to express itself on the German political problem. This seems to be a very logical undertaking, and one which the world at large, and especially the political and professional community here, is almost entiteld to expect, even though such publication runs the risk of being treated with the same neglecting respect, or respectful neglect, as that encountered by Congressional subcommittee reports.« Die projektierte Bilanz wurde erst 1953 veröffentlicht; s. Litchfield (s. Anm. 67).

[87] In diesem Sinne, wenn auch freundlich-zurückhaltend, etwa das Dankschreiben des nunmehrigen Bundesministers Jakob Kaiser für den Aufsatz »The New German Constitution« (s. Anm. 72) v. 12.4.1950 (BAK, N 1089, Bd. 21): »Wann übrigens, verehrter Herr Brecht, kommen Sie wieder einmal zu uns herüber? Es hat sich inzwischen so viel begeben bei uns, daß sich ein unmittelbarer Meinungsaustausch herüber und hinüber wirklich lohnen würde. Ich brauche dabei nicht zu verhehlen, Herr Brecht, daß bei der Suche nach Persönlichkeiten, die zur Vertretung der Bundesrepublik der Welt gegenüber berufen erscheinen, immer wieder auch von Ihnen gesprochen wird mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß Sie der Heimat nicht unmittelbarer noch mehr verbunden sind.« Auch im wissenschaftlichen Umgang war eine gewisse Distanz deutlich spürbar. Etwa in einem Brief von Prof. Dr. Ernst Topitsch, Institut für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg v. 9.10.1961 (BAK, N 1089, Bd. 26): »[...] mit größtem Interesse und viel Zustimmung habe ich Ihr Werk ›Politische Theorie‹ gelesen. Meiner Meinung nach füllt diese Arbeit eine Lücke im

schen Staatsgründung wie Konrad Adenauer oder der liberale Ministerpräsident in Stuttgart, Reinhold Maier, gar keinen Hehl aus ihrer tiefverwurzelten Reserve gegen die Berliner Zentralbürokratie traditioneller Provenienz.[88] Arnold Brecht sah sich nicht nur selbst als deren – republikanischer – Prototyp.[89] Er wurde auch von ihnen als Mann der »Wilhelmstraße« wahrgenommen und auf Distanz gehalten.

Im übrigen waren bereits wichtige Vorentscheidungen gefallen, bevor Brecht unmittelbaren Einfluß auf die konstitutionelle Formierung des deutschen Weststaates zu nehmen versuchte. Die Übersetzungen seiner Bücher »Vorspiel zum Schweigen« (1948) und »Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens« (1949) erschienen viel zu spät und zu entlegen, um noch nennenswerte Wirkungen erzielen zu können.[90] Dies um so weniger, als die britische Siegermacht mit der Schaffung neuer Länder auf den nordwestdeutschen Territorien Preußens ebenso kaum noch revidierbare Fakten geschaffen hatte, wie es die Amerikaner und Franzosen im Süden und Südwesten mit der Inauftraggabe von Landesverfassungen getan hatten.[91] Auch zu jenem sogenannten »Verfassungskonvent«, der vom 10. bis zum 23. August auf Herrenchiemsee wesentliche Teile des Grundgesetzes vorformulierte, scheint Brecht – im Gegensatz zu seinem deutsch-amerikanischen Kollegen Carl Joachim Friedrich – keinen direkten oder mittelbaren Zugang erhalten zu haben.[92]

---

deutschen Schrifttum zu diesen Fragen. Wenn Sie in Ihrem Vorwort die Befürchtung äußern, Ihre Arbeit könnte hier als Zeugnis anachronistischen ›Zurückgebliebenseins eines Emigranten hinter der neueren Entwicklung‹ bagatellisiert werden, so hoffe ich, daß dies zu pessimistisch ist. Gerade unter uns Jüngeren ist heute eine sehr deutliche Tendenz zur kritischen Revision des Wertabsolutismus und zum Wiederanschließen an die von Ihnen so klar und folgerichtig verfochtenen Positionen bemerkbar.« (BAK, N 1089, Bd. 18).

[88] Adenauer: Hans-Jürgen Döscher, Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin 1995, S. 81, 306 et passim. Maier: Eberhart Pikart, Der Weg zum Grundgesetz, in: Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 149–176, hier S. 155; Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989, S. 315 f.

[89] Vgl. Anm. 46.

[90] Vgl. Brecht, Mit der Kraft (s. Anm. 3), S. 356.

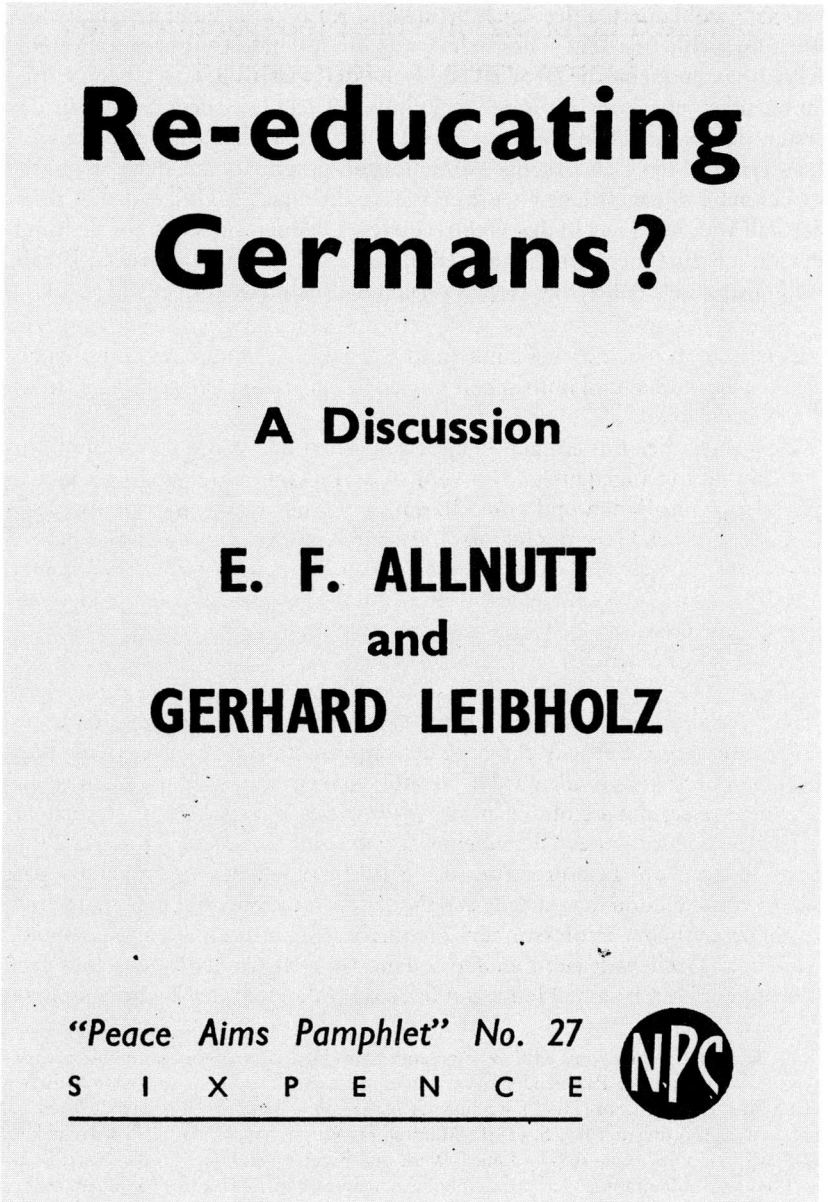
[91] Dazu s. ausführlich Frank R. Pfetsch, Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassungsgebung in der Bundesrepublik, Mitarb. Werner Breunig u. Wolfgang Kringe, Opladen 1990; vgl. Adolf M. Birke, Die aufgezwungene Demokratie? Zur Verfassungspolitik in den westlichen Besatzungszonen, in: Jürgen Heideking u. a. (Hrsg.), Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, Berlin/New York 1989, S. 151–164; Bernhard Diestelkamp, Verfassunggebung unter Besatzungsherrschaft in Westdeutschland 1945–1949, in: Heinz Mohnhaupt (Hrsg.), Rechtsgeschichte in den beiden deutschen Staaten (1988–1990). Beispiel, Parallelen, Positionen, Frankfurt 1991, S. 650–674.

[92] Zur Rolle Friedrichs s. den Beitrag von R. Lammersdorf in diesem Band. Im Register zu publizierten Verhandlungen des Konvents taucht der Name Brechts nicht auf; vgl. Der Parlamentarische Rat, Bd. 2 (s. Anm. 63), S. 653. Auch in seinem Nachlaß oder seinen Memoiren findet sich keinerlei Hinweis auf irgendwelche Kontakte dorthin.

Gleichwohl dürften Brechts Wortmeldungen 1948/49 nicht gänzlich ohne Wirkung geblieben sein – besonders was die föderale Ordnung anbelangt. Allerdings herrschte in Deutschland ohnedies weitreichende Übereinstimmung über jene konstitutionellen Lehren, welche aus dem Scheitern des ersten demokratischen Versuchs auf deutschem Boden zu ziehen seien.[93] Insofern deckten sich Brechts Vorstellungen gutenteils mit dem »Konsensusbereich« des westdeutschen Verfassungsdiskurses.[94] Und wo dies nicht der Fall war, wie etwa in der Wahlrechtsfrage, kamen sie nicht zur Geltung. Persönlich zurechenbare Akzentsetzungen des Emigranten Arnold Brecht sind mithin im Prozeß der Verfassunggebung nicht erkennbar.

[93] Dazu weiterhin grundlegend Friedrich-Karl Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur, Berlin ³1999 (zuerst Tübingen 1960).

[94] Zu diesem »Konsensusbereich« s. Karlheinz Niclauss, Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945–1949, Paderborn u. a. 1998, S. 176–210.


Re-educating Germans?
A Discussion
E. F. ALLNUTT
and
GERHARD LEIBHOLZ
"Peace Aims Pamphlet" No. 27
S I X P E N C E
NPC

1944

Gerhard Leibholz und die Neugründung der Demokratie in Deutschland

Klaus Helberg

Wenn man sich den Beitrag vergegenwärtigen will, den Gerhard Leibholz (1901–1982) zur Wiederaufrichtung der Freiheit und zur Entwicklung der Verfassung im Nachkriegsdeutschland geleistet hat, muß man zunächst auf die Konzeptionen und politischen Vorschläge eingehen, die er im englischen Exil entwickelte.

Zuvor sei aber mit einigen knappen Strichen der Weg von Leibholz bis zur Emigration angedeutet.[1] Der 1901 in Berlin Geborene empfing von dem liberalen, weltoffenen und vom jüdisch-deutschen Zusammenspiel wesentlich bereicherten Geist der hauptstädtischen Kultur in den zwanziger Jahren prägende Impulse. Leibholz hat später bezeichnenderweise einmal gesagt: »Berlin war in Deutschland zu jener Zeit das Herz der Welt«.[2] An der Berliner Universität promovierte er 1925 mit einer Abhandlung über »Die Gleichheit vor dem Gesetz«[3], die ihn schnell bekannt machte und früh Anerkennung in Fachkreisen eintrug. Ähnlich verhielt es sich mit seiner 1929 veröffentlichten Habilitationsschrift über »Das Wesen der Repräsentation unter besonderer Berücksichtigung des Repräsentativsystems«.[4] Beide Werke haben nach dem Krieg wieder Neuauflagen erfahren und beide umreißen Themenkreise, die Leibholz immer wieder beschäftigt haben: Einmal die zentrale Bedeutung des Gleichheitssatzes für die moderne Demokratie und zum anderen die Interpretation der Strukturtypen der repräsentativ-parlamentarischen und der parteienstaatlichen Demokratie. Bereits 1929 wurde er als ordentlicher Professor für öffentliches Recht und allgemeine Staatslehre nach Greifswald berufen und sodann 1931 in gleicher Eigenschaft nach Göttingen. Durch seine Heirat mit Sabine Bonhoeffer, der Zwillingsschwe-

[1] Zu Werk und Leben von Leibholz insgesamt: Hans H. Klein, Gerhard Leibholz (1901–1982). Theoretiker der Parteiendemokratie und politischer Denker – ein Leben zwischen den Zeiten, in Fritz Loos (Hrsg.), Rechtswissenschaft in Göttingen. Göttinger Juristen aus 250 Jahren, Göttingen 1987, S. 528ff.; Manfred H. Wiegandt, Norm und Wirklichkeit, Gerhard Leibholz (1901–1982) – Leben, Werk und Richteramt, Baden-Baden 1995; Franz Schneider, Bibliographie Gerhard Leibholz, 2., neubearb. u. erw. Aufl., Tübingen, 1981.

[2] Gerhard Leibholz, Gedenkrede auf Rudolf Smend, in: In memoriam Rudolf Smend, Göttingen 1976, S. 18.

[3] Gerhard Leibholz, Die Gleichheit vor dem Gesetz. Eine Studie auf rechtsvergleichender und rechtsphilosophischer Grundlage, 2., durch eine Reihe ergänzender Beiträge erw. Aufl., München u. Berlin, 1959.

[4] 3. erw. Aufl. unter dem Titel: Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, Berlin 1966.

ster von Dietrich Bonhoeffer, eröffnete sich früh eine verwandtschaftliche und geistige Beziehung zu einem Kreis von Persönlichkeiten, die später im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime ihr Leben verloren haben (Klaus und Dietrich Bonhoeffer, Rüdiger Schleicher, Hans von Dohnanyi).[5] Die Göttinger Zeit war seit dem Schicksalsjahr 1933 überschattet von dem sich schnell ausbreitenden unheilvollen Ungeist, der 1935 die Emeritierung erzwang und 1938 die Emigration.

Dieser bittere Weg führte in die Ungewißheit einer zwar schützenden aber – zumal nach Kriegsbeginn – zunächst nicht entgegenkommenden Umwelt. Durch den mit Dietrich Bonhoeffer befreundeten Bischof von Chichester, George Bell, gewinnt Leibholz aber einen Kontakt, der sich zu enger Freundschaft entwickelt und der ihm den Weg ebnen hilft, in England eine neue Existenz aufzubauen. So gelingt es ihm schließlich, mit Hilfe einer Research Fellowship des Magdalen College und des World Council of Churches in Oxford Fuß zu fassen. Neben den Vorlesungen und Tutorials an der Universität entwickelt er hier schriftstellerische Aktivitäten und versucht, durch Aufsätze und Gutachten Einfluß auf die geistig – politische Meinungsbildung und die wissenschaftliche Öffentlichkeit in England zu nehmen.

Seine Abhandlungen[6] sind der großen politischen und geistigen Krise gewidmet, die im Zweiten Weltkrieg kulminiert und die für Leibholz ein neues Zeitalter der Geschichte markiert. Denn der durch das Auftreten totalitärer Bewegungen verursachte Weltkonflikt wurde von ihm nicht mehr als ein Konflikt nationalstaatlicher Interessen, sondern als ein Konflikt der Ideologien verstanden, und so betont er mit Nachdruck, daß sich in der Gegenwart ein tiefgreifender Wandel »from the Age of the Nation–State to the Age of Ideology« vollziehe.[7] Von dieser Konzeption ausgehend werden nun von Leibholz bestimmte Politikfelder in den Blick genommen und konkrete Folgerungen gezogen. So z. B. das Verhalten der Alliierten gegenüber Deutschland, die Gestalt Europas in einer Nachkriegsära, die gewandelte Bedeutung des Souveränitätsbegriffs oder des Problems der Intervention im Völkerrecht. Es ist erstaunlich, mit welcher prognostischen Prägnanz und geistigen Entschiedenheit hier Analysen der Weltsituation vorgenommen werden, die damals noch keineswegs Allgemeingut waren. Und so konnte er später mit bitterem Unterton sagen: »Politically the face of Europe would look very different today if the voices of those who – even in the midst of war – criticized purely nationalistic aims in what was primarily an ideological conflict had not been left unheeded«.[8]

---

[5] Siehe dazu Sabine Leibholz-Bonhoeffer, Vergangen – erlebt – überwunden, Schicksale der Familie Bonhoeffer, Gütersloh [7]1995.

[6] Die in der Emigration in England verfaßten Abhandlungen sind gesammelt veröffentlicht in: Gerhard Leibholz, Politics and Law, Leyden 1965.

[7] Gerhard Leibholz, Sovereignty and European Integration (s. Anm. 6), S. 224.

[8] Gerhard Leibholz, Introduction (s. Anm. 6), S. 9.

Worauf beruht jene Enttäuschung? Leibholz hatte es nicht bei theoretischen Analysen bewenden lassen, sondern versuchte, mit seinen Mitteln den Gang der Politik konkret zu beeinflussen. Sein Freund Lordbischof George Bell war Mitglied des Oberhauses, und in intensivem persönlichen oder brieflichen Gedankenaustausch gab Leibholz ihm während der gesamten Kriegsjahre Ratschläge und Empfehlungen für seine parlamentarischen Aktivitäten.[9] Ziel dieser Bemühungen war es, die britische Politik gegenüber Deutschland dergestalt zu modifizieren, daß zwischen Deutschland und nationalsozialistischem Regime unterschieden wird und daß als Kriegsziel die Auslöschung des Nationalsozialismus, nicht aber die Vernichtung Deutschlands herausgestellt wird. Leibholz kritisiert auch sehr detailliert die verbreitete Auffassung, Preußentum, Armee und Nationalsozialismus gleichzusetzen. So befürchtet er, wenn man die Vernichtung des Preußentums anstrebe statt der des Nationalsozialismus »wird hinter dieser Wandlung der Kriegszielpolitik die politische Linie deutlich, die irgendwie die Vernichtung des ganzen Deutschland betreibt und ein westlich orientiertes Deutschland praktisch unmöglich macht«.[10]

Mit ihren Aktivitäten verfolgten Bell und Leibholz besonders auch das Ziel, die britische Regierung zu bewegen, den deutschen Widerstand gegen Hitler zur Kenntnis zu nehmen und in das eigene außenpolitische Kalkül einzubeziehen. Bell hatte sich z.B. im Juli 1942 direkt an Eden gewandt, ihn an das Diktum Churchills vom Krieg gegen eine »schändliche Tyrannei« erinnert und dann ausgeführt: »Wenn nun in Deutschland Männer bereit sind, diese schändliche Tyrannei von innen her zu bekämpfen, ist es dann richtig, sie zu entmutigen oder sie zu ignorieren? Können wir es uns leisten, bei unserem Kampf ihre Hilfe abzuweisen? Eben dies tun wir aber, wenn wir sie durch unser Stillschweigen in dem Glauben lassen, es bestehe keine Hoffnung für Deutschland, gleich, ob es für oder gegen Hitler sei«.[11] Die Antworten Edens waren enttäuschend. Als dann auf der Casablanca-Konferenz (1943) die Forderung nach »unconditional surrender« beschlossen wurde, sah Leibholz vollends die Hoffnung schwinden, dem Widerstand eine Chance zu geben. Denn nun war es der Opposition gegen Hitler nahezu unmöglich gemacht, weiteren Rückhalt in Deutschland und gerade auch in der Armee zu gewinnen, weil eine Kapitulation unter Wahrung akzeptabler Bedingungen nicht mehr möglich war. Und als später nach Beendigung des Krieges das Potsdamer Abkommen (1945) bekannt wurde, schreibt Leibholz an Bell: »Potsdam ist die logische Folge des bedingungslosen Kapitulationskonzepts, das einen primär ideologischen Konflikt in einen primär nationalen Krieg umgefälscht hat«.[12]

---

[9] Eberhard Bethge u. Ronald C. D. Jasper (Hrsg.), An der Schwelle zum gespaltenen Europa. Der Briefwechsel zwischen George Bell und Gerhard Leibholz (1939–1951), Berlin 1974.

[10] 15.7.1942 an Bell, ebd. S. 62.

[11] 25.7.1942 an Eden, ebd. S. 64.

[12] 5.8.1945 an Bell, ebd. S. 212.

Ebenso entschieden wie gegen bestimmte Intentionen der Kriegszielpolitik wandte sich Leibholz gegen die – nicht nur in England verbreitete – Fehlinterpretation der deutschen Geschichte, derzufolge der Nationalsozialismus eine notwendige Konsequenz aus dem Gang dieser Geschichte darstelle.[13] Der Nationalsozialismus habe vielmehr einen radikalen Bruch nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit tragenden Kräften der eigenen deutschen Vergangenheit vollzogen; diese Trennung sei keineswegs unabänderlich oder endgültig und darum gelte es, sie in der Nachkriegszeit wieder zu überwinden. Dazu sei es erforderlich, den Gründen für das erschreckend schnelle Ausbreiten dieser totalitären Bewegung nachzugehen, und Leibholz verweist hierbei vor allem auf die durch Säkularisierung, Relativierung und moralische Indifferenz ausgelöste Krise Europas im zwanzigsten Jahrhundert, die zu einem verhängnisvollen geistigen Vakuum geführt hat.[14] In dieses Vakuum konnten die totalitären Bewegungen des Kommunismus und des Nationalsozialismus einströmen und mit ihren Heilsversprechen für die persönliche und politisch-soziale Existenz und ihren anfänglichen materiellen Erfolgen als die großen Verführer auftreten. Dieser Verführungsmacht seien nicht nur bestimmte soziale Schichten, sondern gerade auch Institutionen erlegen, von denen man hätte erwarten können, daß sie dem totalitären Druck standhalten. So wäre es etwa in der Tat Aufgabe der Universitäten gewesen, getreu ihrem der Wahrheit verpflichteten Ethos diese pseudowissenschaftlichen Trugbilder zu durchschauen und zurückzuweisen. Auch die Kirchen seien als Institutionen von ihrem Auftrag abgewichen und hätten »sich gegenüber einem in unvorstellbarem Ausmaß geübten Unrecht nicht widersetzt«.[15] Viele der Entwürfe und Überlegungen während der Exilzeit galten daher besonders der Aufgabe einer geistig-sittlichen Regeneration und sind im Kontext der Überzeugung zu verstehen, daß das künftige Deutschland und Europa nur dann eine tragfähige Zukunft haben, wenn es die Wertwelt des christlichen Menschenbildes wieder aktiviert.[16]

Leibholz erkannte frühzeitig die Gefahr des Kommunismus für ein vom Nationalsozialismus befreites Deutschland, das dann zwischen Westen und Osten stehen würde. Es hänge von der Politik der angelsächsischen Länder ab, ob nach der Niederwerfung Hitlers das Nachkriegsdeutschland »will be won back to the West or whether Communism will dominate the mind of the European Continent«. Wenn die liberalen Demokratien »do not want to face a communist Germany, with a communist continental Europe«, dann ist eine Einstellung nötig, »which gives those forces in Germany which still look to the West at least a chance of choosing a post-war régime in harmony

[13] Gerhard LEIBHOLZ, Germany, the West and the Possibility of a New International Order, (s. Anm. 6), S. 163.
[14] Ebd. S. 162, 195.
[15] Gerhard LEIBHOLZ (s. Anm. 2), S. 21.
[16] Siehe insbes. die 1942 in Christ Church, Oxford, gehaltenen Vorlesungen: Christianity, Politics and Power, (s. Anm. 6), S. 91 ff.

with Western principles and values«.[17] Und im Blick auf die künftige Gestaltung der Freiheit schreibt Leibholz schon 1942 an Bell: »Nur dann werden die Westmächte Sicherheit erlangen, wenn die Deutschen aus freien Stücken die Grundsätze des Westens akzeptieren; nach einem Zusammenbruch Hitlers wird Deutschland eine große (und vielleicht die letzte) Chance haben, sich dem Westen anzuschließen«.[18] Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam nun die »große Chance« für Deutschland und Europa, auf die Leibholz in der Emigration gehofft hatte und so konnte er jetzt mit Recht sagen, daß »wir heute am Ende eines Zeitalters und gleichzeitig am Beginn eines neuen stehen«.[19]

Ende 1945 begannen Bemühungen der Universität Göttingen um eine Rückkehr des einst vertriebenen Gelehrten; Leibholz zögerte aber zunächst nach Göttingen zurückzukehren, denn er wollte sein Bindungen an Oxford aufrechterhalten, außerdem waren Rufe an andere Universitäten ergangen. Im übrigen waren seine wissenschaftlichen Interessen in der Emigrationszeit intensiv auf das Gebiet der politischen Wissenschaft gelenkt worden, sodaß er gerade im Hinblick auf die großen Zukunftsaufgaben Wert darauf legte, jetzt dieses für Deutschland neue Fachgebiet zu vertreten. Die Verhandlungen mit Göttingen führten dazu, daß er ab Juni 1947 seine Lehrtätigkeit in Form einer Gastprofessur für Politische Wissenschaft in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät aufnahm, gleichzeitig aber auch semesterweise in regelmäßigen Abständen seine Lehrtätigkeit in Oxford weiterführen konnte. 1958 erhielt er dann einen Lehrstuhl für »Politische Wissenschaften und Allgemeine Staatslehre«.[20]

Mit dem Jahr 1947 begann eine eminent fruchtbare, von wissenschaftlicher wie persönlicher Ausstrahlungskraft geprägte Lehr- und Forschungstätigkeit, durch die Leibholz zusammen mit dem 1951 übernommen Amt des Richters am Bundesverfassungsgericht entscheidend zur Neugründung eines freiheitlichen Deutschland und seiner Verfassung beitragen sollte. Diese drei Wirkungsfelder (Lehre – Forschung – Richteramt) gilt es im folgenden in den Blick zu nehmen um zu zeigen, welche Spannweite das Leibholzsche Schaffen umfaßt.

Zunächst ist auf die neukonzipierte Politische Wissenschaft hinzuweisen, die damals nicht zuletzt zur Fundierung einer neuen, freiheitlich verfaßten Demokratie beitragen sollte. Wie nimmt nun Leibholz diesen Impuls in Lehre und Forschung auf? Aus den geistigen wie politischen Erfahrungen jener umfassenden Weltkrise in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts war ihm deutlich geworden, daß in der Tat nur ein neuer wissenschaftlicher Ansatz den Aufgaben eines neuen Zeitalters gerecht werden kann. Wir haben auf die

[17] Gerhard LEIBHOLZ, Germany between West and East, (s. Anm. 6), S. 181.
[18] 11.1.1942 an Bell, (s. Anm. 9), S. 40.
[19] Gerhard LEIBHOLZ, Die Struktur der neuen Verfassung, in : Ders., Strukturprobleme der modernen Demokratie, 3. erw.Aufl., Karlsruhe 1967, S. 64.
[20] Vgl. M. WIEGANDT, (s. Anm. 1), S. 61ff.

in England behandelten Themen hingewiesen, um damit anzudeuten, wie intensiv und engagiert sich Leibholz bereits im Exil Gedanken über die geistige Figuration der Nachkriegsordnung machte. Die Weite dieses Denkhorizontes wurde dann in die Göttinger Lehrtätigkeit eingebracht. Charakteristisch war es, daß hier ein Konzept verfolgt wurde, das sich nicht lediglich empirisch-soziologisch verfahrender Methoden bediente »because political science is both more than a collection of empirical facts and also more than mere reflection on Politics in action«; vielmehr komme es darauf an, die »basic concepts of political theory« zu behandeln.[21] Gerade das Erkennen und Verstehen einer neuen Epoche erforderte, daß Leitbegriffe wie Souveränität, Staat, Gesellschaft, Demokratie oder Parlamentarismus neu durchdacht und im Lichte der gemachten Erfahrungen für die Zukunft neu bestimmt werden mußten. Vor allem galt es zu erkennen, daß viele der für den politischen Bereich wichtigen Konzepte mehrdimensional sind und sowohl historische, philosophische oder rechtliche Komponenten enthalten, die interdisziplinär zusammenführend zu betrachten sind und nicht völlig getrennten Fachgebieten zugewiesen werden dürfen, wo sie isoliert verbleiben. Im Kontext der Beziehung von Recht und Politik ist etwa das Zusammenspiel von politischer Theorie und Verfassungstheorie besonders gefordert.

Leibholz stand auch »die heutige kritische Lage der Universität« vor Augen. Gegenüber dem »Einbruch der Wirklichkeit« hätten die Universitäten »in einem Zustand der Hilflosigkeit verharrt«. Und dezidiert heißt es grundsätzlich: »Dabei hat man vergessen, daß die eigentliche Aufgabe der Universitäten, wenn sie ihren geistigen Führungsanspruch behaupten wollen, wie Eugen Rosenstock einmal gesagt hat, das *Vordenken* und nicht das *Nachdenken* ist«.[22] Es war 1933 weniger ein Mangel an fachspezifischen Fähigkeiten als ein Mangel an Urteilskraft, der dazu führte, die Gefahren des Zugriffs der nationalsozialistischen Ideologie nicht zu erkennen oder ihnen zu erliegen. Nicht zuletzt ist es daher das Ziel einer wohlverstandenen Politischen Wissenschaft, mit der Erforschung der Dimensionen der Politik zur Stärkung der Urteilskraft als einer Fähigkeit beizutragen, die das Besondere konkreter Fälle richtig einschätzen und es einem allgemein Begriff zuordnen kann.[23] Diese Urteilskraft hat sich nicht nur im Bereich der Wissenschaften zu bewähren, sondern ist auch in jedem verantwortungsbewußten Bürger zu wecken, wenn eine Demokratie Bestand haben soll.

Mit seiner Rückkehr begann Leibholz, lange herangereifte Ideen für die Tätigkeit an der Universität zu verwirklichen.[24] Er gehörte mit mehreren

---

[21] Gerhard Leibholz, Introduction, (s. Anm. 6), S. 9.

[22] Gerhard Leibholz, Der Strukturwandel der modernen Demokratie, in: (s. Anm. 19), S. 78f.

[23] Zum Begriff der Urteilskraft im Kontext der Hermeneutik und der politischen Kultur vergl. vom Verf., Legitimationskriterien der Rechtsprechung, in: N. Achterberg (Hrsg.), Rechtsprechungslehre, Köln, Berlin 1986, S. 277ff.

[24] Im Geleitwort der Herausgeber zur Festschrift für Gerhard Leibholz zum 65. Geburtstag wird dies treffend wiedergegeben: »Als Bote des Friedens, als ein Mitträger unseres

anderen zurückgekehrten Emigranten zum Kreis der Begründer der Politischen Wissenschaft in Deutschland und hat in jener historisch einmaligen Situation dazu beigetragen, daß sie ein besonderes Profil erhielt. Ich selbst kann hier gewissermaßen als Zeitzeuge fungieren und von der stimulierenden, faszinierenden Ausstrahlungskraft berichten, die von Leibholz' Lehrveranstaltungen in jenen unvergessenen Jahren des geistigen Aufbruchs nach Ende des Zweiten Weltkrieges ausging. Als junger, 1948 immatrikulierter Student der Göttinger Universität gehörte ich zu den Teilnehmern der Seminare und Vorlesungen des nach Göttingen zurückgekehrten, aber immer wieder auch in Oxford lehrenden Leibholz. Hier wurde man in den Bann einer Persönlichkeit gezogen, die sich in ihrem intellektuellen Format als geistiger Vermittler und toleranter Anreger präsentierte und die man als Repräsentant einer Welt begrüßte, für die man in dunkler Zeit gestanden und auf deren Wiederkehr man gehofft hatte.

Die Themen der Lehrveranstaltungen von Leibholz geben einen Eindruck von der Weite seiner Orientierung und charakterisieren seinen Denk- und Arbeitsstil: Grundbegriffe der Politik, Föderalismus in Deutschland und Europa, Staat und Gesellschaft in England, Verfassungsrecht der führenden Staaten oder knapp und klar: Politisches Seminar. Vor allem dieses »privatissime et gratis« abgehaltene Seminar war der Ort, an dem die aktuellen Probleme der Verfassungsgebung behandelt wurden, aber auch Fragen der internationalen Politik wie etwa die West- Ostspaltung der Welt, oder Grundsatzfragen der Rechts- Staatstheorie wie etwa die Grenzen des Rechtspositivismus oder die Tragweite des Demokratie- und des Rechtsstaatsbegriffs.

Aus den Publikationen von Leibholz, die in der Zeit der Verfassungsberatungen und der ersten Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes veröffentlicht wurden, heben wir hier einige einflußreiche Beispiele hervor. In dem 1948 erschienenen Aufsatz »Die Struktur der neuen Verfassung«[25] gemahnt Leibholz an das Scheitern der Weimarer Reichsverfassung und appelliert an die Kräfte der Vernunft und der Freiheit: »Die Weimarer Verfassung hat ihre Probe nicht bestanden« – heißt es hier mit Nachdruck. Man müsse klar erkennen, »daß der Zusammenbruch der Verfassung, der zwar durch Hitler ausgelöst, aber doch nicht ohne bereitwilliges Mitwirken der Mehrheit des deutschen Volkes vollziehbar war, ein totaler war«.[26] Dieser Zusammenbruch könne auch nicht hinreichend mit dem Hinweis auf die Belastung

---

sittlichen Wiederaufbaus und unserer geistigen Wiedereinordnung in die internationale Welt kehrten Sie zurück. Der Ausdehnung Ihres Blickfeldes und Ihrer Arbeitsweise entsprach es, daß Sie neben den Ihnen verbleibenden juristischen Aufgaben einen Lehrstuhl für Politische Wissenschaft übernahmen – Ihrem Pflichtgefühl gegenüber dem neuen Verfassungsleben, daß Sie sich dem Ruf in das Bundesverfassungsgericht nicht versagten«. K. D. Bracher, Chr. Dawson, W. Geiger, R. Smend (Hrsg.), Die moderne Demokratie und ihr Recht, Bd. 1, Tübingen 1966, S. VI.

[25] G. Leibholz, (s. Anm. 19), S. 63 ff.

[26] Ebd. S. 63.

der Hypothek des Versailler Vertrages und der Weltwirtschaftskrise von 1929 erklärt werden. »Denn Staaten, die in ähnlicher Weise schweren Belastungen ausgesetzt gewesen waren, haben dies nicht zum Anlaß genommen, die traditionellen Grundlagen ihrer politischen Existenz« preiszugeben. Mit Blick auf die historischen und ideellen Wurzeln des Verfassungsstaates betont er, letzten Endes sei es entscheidend gewesen, »daß in Deutschland die Einsatzbereitschaft und der Enthusiasmus für die Ideen des 18. und 19. Jahrhunderts ... nicht mehr stark und lebendig genug waren«. Dieser Mangel »ging sogar so weit, daß die Mehrheit des Volkes – und das war 1933 noch historisch ein Novum – bereit war, in legalen Formen den »Selbstmord« zu vollziehen«. Angesichts dieser historischen Erfahrung war die Befürchtung verständlich, daß die neue Verfassung der ersten Belastungsprobe nicht standhalten und das gleiche Schicksal wie die Weimarer Verfassung erleiden könnte. Leibholz akzentuiert daher »die Sorge, die in der heutigen Situation nicht nur die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, sondern alle erfüllen muß, die an der Erhaltung von Freiheit und Demokratie interessiert sind«.[27] Gegenüber einem Mißbrauch von Freiheitsrechten betont Leibholz unter zustimmendem Hinweis auf Bestimmungen in Landesverfassungen (wie z.B. Art. 150 der Hess. Verf.), daß man in der künftigen Verfassung entschlossen sein muß, »den Mut zur Intoleranz gegenüber Feinden der Freiheit aufzubringen und gegebenenfalls bereit sein muß, die Freiheit sogar gegen die Mehrheit des Volkes zu verteidigen, wenn diese bereit sein sollte, auf Freiheit und Vernunft zu verzichten«.[28]

Der hier pointiert herausgestellte Grundgedanke wird von Leibholz mehrfach wieder aufgenommen, besonders ausgeprägt 1951 in seiner Abhandlung über »Freiheitliche demokratische Grundordnung und das Bonner Grundgesetz«[29] Dieser im Grundgesetz eingeführte neue Begriff will durch das Epitheton »freiheitlich« signalisieren, daß es im 20. Jahrhundert notwendig ist, den auf die Gleichheit bezogenen Demokratiebegriff durch das Prinzip der Freiheit zu ergänzen und klare Schranken zu errichten, damit es dem einzelnen Bürger wie den politischen Parteien verwehrt ist, die Freiheitsrechte zur Zerstörung der Freiheit zu mißbrauchen. Daher bedarf es der normativen Vorkehrungen zur Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG) und zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit von politischen Parteien (Art. 21 Abs. II GG) und es bedarf einer Instanz wie der des Bundesverfassungsgerichts, die gegebenenfalls darüber zu entscheiden hat.

In diesem Zusammenhang stellt sich nun das Kernproblem der modernen Demokratie, »ob die politische Freiheit ebenso zu den Essentialien der Demokratie gehört wie die Volkssouveränität, das Mehrheitsprinzip und die Gleichheit«. Und wenn Leibholz auch sonst dazu tendiert, den Unterschied von Freiheit und Gleichheit stark zu betonen, so kommt er hier zu dem

[27] Ebd. S. 64.
[28] Ebd. S. 68.
[29] G. Leibholz (s. Anm. 19), S. 132ff.

Ergebnis: »Die politische Freiheit ist zugleich die Voraussetzung, ohne die die politische Gleichheit nicht verwirklicht werden kann. Auch im Bereich des Politischen sind Freiheit und Gleichheit wesensmäßig aufeinander bezogen«.[30] Und mit Bezug auf Werner Kägi, der 1945 in seiner nicht nur für die damalige Zeitlage so bedeutenden Schrift über »Die Verfassung als rechtliche Grundordnung des Staates«[31] eine Unterscheidung zwischen »konstitutioneller« und »absoluter« Demokratie vornimmt und diese Begriffe in die Diskussion einführte[32], betont auch Leibholz, daß die »materialen normativen Gehalte, die in dem Begriff der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung« enthalten sind, den Primat vor dem absoluten politischen Machtwillen der Mehrheit beanspruchen können.[33]

Stand in den bisher genannten Schriften der Problemkreis von Freiheit und Gleichheit im Vordergrund, so wird nun 1952 in einer weiteren einflußreichen Abhandlung über den Strukturwandel der modernen Demokratie der andere große Problemkreis innerhalb der Leibholzschen Demokratietheorie thematisiert.[34] Hier entfaltet Leibholz seine zentrale These vom Wandel der liberal-repräsentativen parlamentarischen Demokratie des 19. Jahrhunderts zur parteienstaatlichen Demokratie des 20. Jahrhunderts und zieht die Konsequenz, daß diese beiden Strukturtypen der Demokratie miteinander unvereinbar seien. Diese Auffassung war bereits 1928 in seinem Werk über das »Wesen der Repräsentation« angelegt, jetzt aber wird sie zugespitzt und mit Bezug auf die Verfassungsgründung der Bundesrepublik auf den Punkt gebracht. So heißt es dezidiert: »Mit dem Bekenntnis zur modernen parteienstaatlichen Massendemokratie steht es im Widerspruch, wenn das Bonner Grundgesetz ... sich im Art. 38 Abs. 1 gleichzeitig zu den traditionellen Grundlagen der liberal-repräsentativen parlamentarischen Demokratie bekennt und die Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes bezeichnet, die an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind«. Dieser letzten Endes nicht zu behebende Widerspruch erkläre »sich daraus, daß man auch bei den Beratungen im Parlamentarischen Rat sich darüber nicht klar war, daß das Bekenntnis zum modernen Parteienstaat das gleichzeitige Bekenntnis zu den Grundsätzen der liberalen Demokratie ausschließt«.[35] Zwar seien im Parlamentarischen Rat Stimmen laut geworden, die die Streichung des Art. 38 Abs. 1 GG verlangten, aber es sei bei der Regelung geblieben und es frage sich, »wie dem Dilemma, daß sich der Verfassungsgesetzgeber in der gleichen Urkunde zu zwei verschiedenen, miteinander nicht vereinbaren Typen der Demokratie

[30] Ebd. S. 137.
[31] Werner Kägi, Die Verfassung als rechtliche Grundordnung des Staates, mit einem Vorwort zum Neudruck, Darmstadt 1971.
[32] Ebd. S. 152
[33] G. Leibholz, Freiheitliche demokratische Grundordnung und Bonner Grundgesetz, in: (s. Anm. 19), S. 138.
[34] G. Leibholz, Der Strukturwandel der modernen Demokratie in: (s. Anm. 19), S. 78ff.
[35] Ebd. S. 112f.

bekennt, begegnet werden kann«. Da es sich um geltende rechtliche Regelungen handele, könne man nur – so wie das Bundesverfassungsgericht es ausgeführt habe – ermitteln, »welches Prinzip bei der Entscheidung einer konkreten verfassungsrechtlichen Frage jeweils das höhere Gewicht hat«.[36] So wichtig es war, nach dem Scheitern der Weimarer Republik die zentrale Stellung der politischen Parteien in der modernen Demokratie zu erkennen, sie in der Verfassung zu verankern und ihre Funktionsfähigkeit zu fördern, so problematisch ist es, dies mit Hilfe der Theorie des Strukturwandels von der repräsentativ-parlamentarischen zur identitär-parteienstaatlichen Demokratie zu tun.

Mit der Wahl zum Richter am gerade neu gegründeten Bundesverfassungsgericht beginnt 1951 die Schaffensperiode im Leben von Leibholz, in der er wohl am nachhaltigsten Einfluß auf die verfassungspolitische Entwicklung der Nachkriegszeit ausübte. Sowohl für die Ausgestaltung dieser neuen Institution als auch für den Gang der Rechtsprechung, insbesondere auf den Gebieten des Gleichheitssatzes, des Wahlrechts und der politischen Parteien hat Leibholz als Richter der ersten Stunde wegweisend und prägend gewirkt.

Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik war es deutlich, daß der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich nicht ausreichte, um eine wirksame Rolle als »Hüter der Verfassung« zu spielen. Deshalb war man sich sowohl im Verfassungskonvent von Herrenchiemsee als auch im Parlamentarischen Rat einig, eine gegenüber Weimar wesentlich verstärkte Verfassungsgerichtsbarkeit zu schaffen. So wurden wichtige Kompetenzerweiterungen für das zu schaffende Bundesverfassungsgericht beschlossen, wie etwa in der Normenkontrolle über Akte der Gesetzgebung oder für die Organstreitigkeiten. Nicht geklärt war aber im Parlamentarischen Rat die abschließende Stellung und Funktionszuordnung dieses künftigen Gerichts. Es war daher Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts selbst, seine Stellung im Rahmen der Verfassung näher festzulegen. In einer Denkschrift vom Jahre 1952, deren Kern ein Status-Bericht von Leibholz darstellte[37], legte das Bundesverfassungsgericht dar, welche Stellung es entsprechend der wesentlichen Kompetenzzuweisungen einnimmt. Leibholz' Verdienst ist es gewesen, die starke Stellung des Gerichts, das zugleich ein oberstes Verfassungsorgan darstellt, ausführlich begründet zu haben. Auch den spezifischen Charakter des Verfassungsrechts hat Leibholz herausgestellt und betont, das in diesem Rechtsgebiet das Politische selbst inhaltlich zum Gegenstand rechtlicher Normierung wird und daß es insofern politische Rechtsstreitigkeiten sind, die vor dem Verfassungsgericht ausgetragen werden.

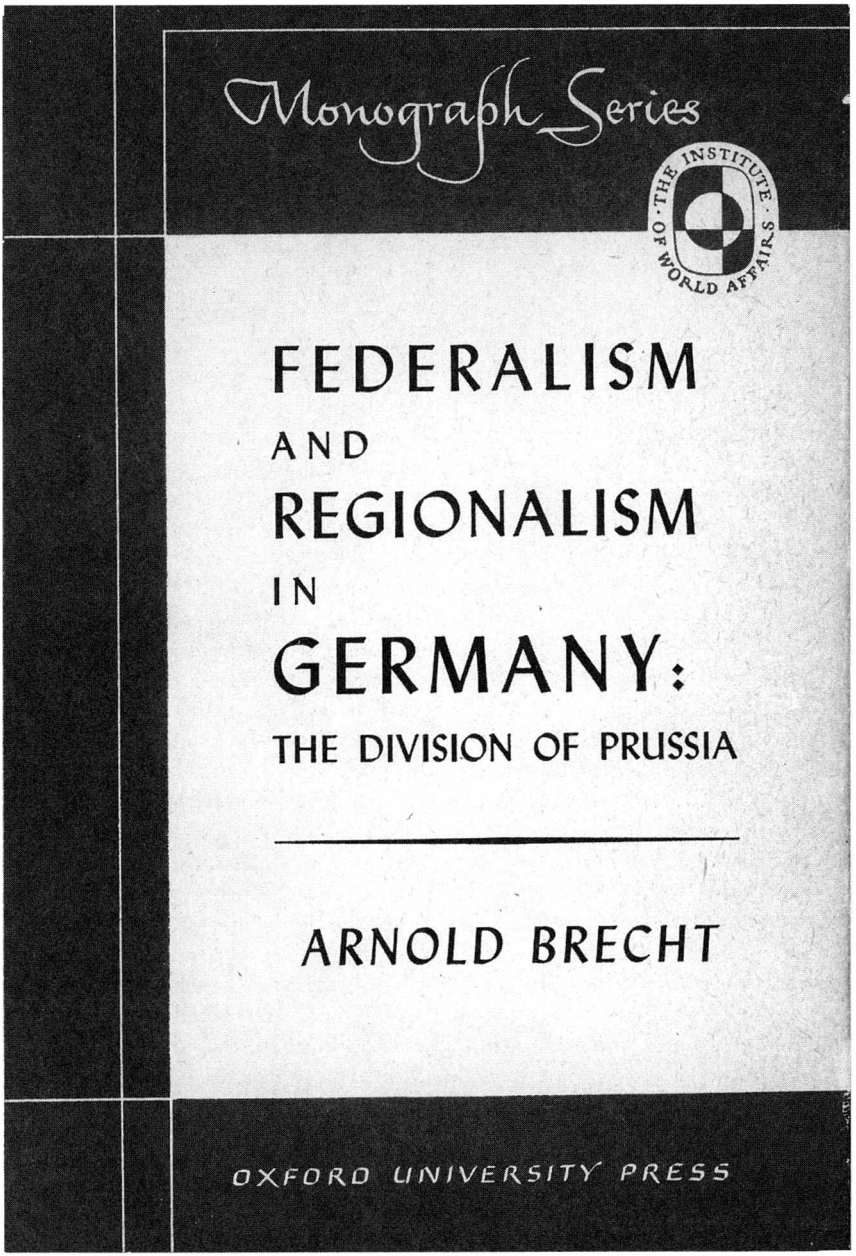
---

[36] Ebd. S. 114.

[37] Gerhard LEIBHOLZ, Einleitung zu: Der Status des Bundesverfassungsgerichts, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 6, 1957, S. 110ff.

In seiner langjährigen Tätigkeit am höchsten deutschen Gericht wurde Leibholz zu einer der »herausragenden Richterpersönlichkeiten«[38], die zum Gelingen der freiheitlichen Demokratie in Deutschland beigetragen hat.

[38] Ernst Benda, Gerhard Leibholz als Bundesverfassungsrichter, in: Christoph Link (Hrsg.), Der Gleichheitssatz im modernen Verfassungsstaat, Symposion zum 80. Geburtstag von Gerhard Leibholz, Baden-Baden 1982, S. 19.


Monograph Series
THE INSTITUTE OF WORLD AFFAIRS
FEDERALISM
AND
REGIONALISM
IN
GERMANY:
THE DIVISION OF PRUSSIA
ARNOLD BRECHT
OXFORD UNIVERSITY PRESS

1 1945

Verfassungsstaat und einfacher Bürger: Carl J. Friedrich und die Entstehung der Bundesrepublik

Raimund Lammersdorf

Carl Joachim Friedrich hatte zwar keinen Einfluß auf die verschiedenen verfassunggebenden Versammlungen und den Parlamentarischen Rat. Doch als Ausbilder von Besatzungsoffizieren während des Krieges und durch seine Beratertätigkeiten für die Spitze der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) wirkte der Harvardprofessor für Politikwissenschaft direkt auf Planung und Durchführung der amerikanischen Verfassungspolitik ein. Wie einige seiner Wissenschaftskollegen in der Civil Administration Division von OMGUS war er nur für wenige Freisemester in Deutschland tätig, von Januar bis April 1947 und April bis August 1948. Allerdings war er in seinen kurzen Einsätzen sehr aktiv gewesen und hatte als Vermittler zwischen Deutschen und Amerikanern sowie als sehr genauer Beobachter und Analytiker die Verständigung zwischen zwei nicht nur politisch, sondern vor allem verfassungstheoretisch anders denkenden Ländern sehr erleichtert.

Friedrich spezialisierte sich in seiner politikwissenschaftlichen Arbeit vor allem auf Verfassungsfragen und war auf diesem Gebiet einer der wichtigsten Autoren in den Vereinigten Staaten. Sein Werk zeugt von einem tiefen Verständnis des amerikanischen politischen Denkens und Handelns. Als Promovend der Universität Heidelberg bei Alfred Weber war er zugleich hervorragend vertraut mit der entsprechenden deutschen politischen Ideenwelt. Aus der Betrachtung seines wissenschaftlichen Werks und seiner Beobachtungen für OMGUS lassen sich die Unterschiede verdeutlichen, die zwischen deutschen und amerikanischen Demokratievorstellungen herrschten. Es ist unter anderem Friedrich zuzuschreiben, daß diese Distanzen überwunden und daraus entstehende Mißverständnisse ausgeräumt wurden. Nicht zuletzt ist Friedrichs hochinteressanter Beitrag zur deutschen Verfassungsbildung einer der wenigen Momente, in denen Theorie und Praxis von politikwissenschaftlicher Arbeit zusammenfallen und ein recht ansehnliches Produkt hinterlassen.

Friedrich wurde 1901 in Leipzig in eine großbürgerliche Familie geboren. Er studierte in Marburg, Frankfurt und Wien und promovierte 1925 in Heidelberg. Zwischendurch war er 1920 als Austauschstudent in den Vereinigten Staaten gewesen. Offensichtlich fand er Gefallen an dem Land, 1922 zog er endgültig in die Vereinigten Staaten und heiratete dort zwei Jahre später eine Amerikanerin. Er setzte seine Forschungsarbeit an der Harvard Uni-

versität fort und wurde dort 1927 zum Professor für Politikwissenschaften ernannt. 1938 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an. In den folgenden fast fünf Jahrzehnten hatte er neben seiner Karriere als Lehrer und Forscher (seine Schüler waren u. a. Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski) mehrfach die Möglichkeit, seine theoretischen Erkenntnisse praktisch umzusetzen. Er war nicht nur für OMGUS tätig, sondern beteiligte sich in den frühen 50er Jahren als Berater an der Entstehung der Verfassung von Puerto Rico. 1956 wurde er zusätzlich Professor an der Universität Heidelberg, wo er das Institut für Politische Wissenschaften mit begründete und bis 1966 halbjährlich lehrte. Seine Arbeiten über die Grundlagen von Verfassungen und seine Beiträge zur Totalitarismusdebatte wurden zu Standardwerken. Er starb 1972 in Massachusetts.[1]

Was Friedrich von deutschen Exilanten unterschied, war, daß er nicht vor den Nazis fliehen mußte, sondern schon in den zwanziger Jahren in die Vereinigten Staaten auswanderte, die USA für ihn also von Anfang an nicht vorübergehende Fluchtburg waren, sondern eine neue Heimat, deren Werte er übernahm, ohne jedoch seine deutsche Herkunft abzuweisen. Friedrich war politisch voll in den amerikanischen New Deal-Liberalismus integriert. Zwar war er nicht direkt politisch tätig, aber seine zahlreichen Artikel für das Monatsblatt *Atlantic Monthly* boten ihm die Möglichkeit, weit über die Campusmauern hinaus zu wirken. Auch in seinem wissenschaftlichen Werk bemühte er sich betont um Lesbarkeit und weite Verbreitung, ganz bewußt auch als Gegensatz zur Wissenschaftssprache seiner deutschen Studienzeit.

Die Themen von Friedrichs politikwissenschaftlichen Studien und Forschungen rankten sich um ein westliches Demokratie- bzw. Verfassungsverständnis, dessen Wurzeln in der europäischen und amerikanischen Aufklärung lagen. Der bekennende Kantianer hatte seine umfassende Kenntnis der deutschen und europäischen Gedankenwelt durch die Ideen der britischen Aufklärung, der amerikanischen Gründerväter und Philosophen erweitert. Sein Verfassungsdenken hatte sich schließlich ganz von deutschem Staatsverständnis ab- und dem amerikanischen Demokratieethos zugewandt.

In seinen Arbeiten entwickelte er eine Synthese westlichen demokratischen Denkens. Für ihn war es problemlos möglich, scheinbar Unvereinbares und Fremdes miteinander zu verbinden. Herausgelöst aus nationalistischer wissenschaftlicher Enge erzeugte er in seinem Werk eine virtuelle westliche Wertewelt, die zeigen sollte, daß eine liberale demokratische Gemeinschaftlichkeit des Denkens transnational und transhistorisch existierte. Diese synthetisierende (Re-)Konstruktion bildete die intellektuelle Grundlage für seine wissenschaftliche Arbeit, seine Lehrtätigkeit in den USA und Deutschland sowie natürlich auch für seine OMGUS-Arbeit.

---

[1] Zur Biographie vgl. Volker R. Berghahn und Paul J. Friedrich, Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer: sein Leben und seine Zeit, 1902–1975. Frankfurt a. Main, 1993, S. 13; New York Times, 22. Sept. 1984, S. 32; Margot Levy, Hrsg., The Annual Obituary 1984, Chicago, 1985, S. 473–475.

Seine beiden Hauptwerke, die als Lehrbücher an den politikwissenschaftlichen Seminaren amerikanischer Colleges benutzt wurden und zahlreiche Neuauflagen erfuhren, waren *Constitutional Government and Democracy* und *The New Belief in the Common Man*.[2] Sie erschienen beide relativ früh in seiner wissenschaftlichen Karriere und legten den Grundstein für seine Bedeutung innerhalb der amerikanischen Politikwissenschaft. Beide Titel waren zugleich Programm für einen Hochschullehrer, der seine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Verfassungsstaat als Beitrag zu dessen Aufrechterhaltung und Förderung betrachtete.

Constitutional Government schrieb Friedrich während der zunehmenden Krise der Demokratien im Europa der 30er Jahre und der Großen Depression in den Vereinigten Staaten. Die Neuauflage des Buchs im Juli 1941, wenige Monate vor dem offiziellen amerikanischen Kriegseintritt, stellte für den Autor einen Glaubensakt dar, mit dem er die feste Überzeugung ausdrückte, daß der internationale Bürgerkrieg (wie er es nannte) nur eine kurzfristige Störung des viel stärkeren Trends zur weltweiten Demokratisierung darstellte. Friedrichs Glaubensbekenntnis und Erlösungsahnung, die sich hier ausdrücken, sind vielleicht das deutlichste Zeichen seiner Amerikanisierung. Er war zuversichtlich, daß »wir es noch erleben werden, wie die gegenwärtigen Barbareien aufgegeben und bessere, edlere Vorstellungen des rechten Lebens sich wieder durchsetzen werden.« Sein Lehrbuch war bewußt als Kampfschrift eines »aggressiven Glaubens an die Zukunft der Demokratie und freier Institutionen« verfaßt worden.[3]

Friedrich definiert den Verfassungsstaat als die demokratische Regierungsform. Regierung ist danach nichts weiter als eine Reihe von Aktivitäten, die durch das Volk organisiert und in seinem Sinne durchgeführt werden. Um das von Präsident Lincoln aufgestellte klassische Demokratiekonzept vom »government of the people, by the people, for the people«[4] zu verwirklichen, mußte in der Verfassunggebung die Betonung nicht so sehr auf der Konstruktion von Regierungsstrukturen und deren Wirksamkeit liegen, sondern auf ihrer Beschränkung. Friedrichs Verfassungsstaatslehre beschäftigte sich daher vor allem mit den Methoden und Techniken, die angewandt werden, um die Bedrohung der Freiheit durch die Funktionäre der Macht weitgehend auszuschließen.[5]

Man erkennt hier deutlich, wie sehr sich Friedrich von deutschen Vorstellungen zum Staat entfernt hatte. Insbesondere lehnte er die Idee des Staates als Souverän ab. Für deutsche Staatstheoretiker des 19. Jahrhunderts galt: Da das Prinzip der Souveränität dem Konzept des Staates wesentlich war,

---

[2] Carl J. Friedrich, Constitutional Government and Democracy; Theory and Practice in Europe and America. Boston, ³1950 [1937]; ders., The New Belief in the Common Man. Boston 1942, ²1950 veröffentlicht unter dem Titel: The New Image of the Common Man.

[3] C. J. Friedrich, Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. ix.

[4] Vgl. Garry Wills, Lincoln at Gettysburg. The Words that remade America. New York, 1992, S. 263.

[5] C. J. Friedrich, Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. 26, 32, 35, 121.

ein personaler Souverän aber nicht mehr bestand, mußte der Staat der Souverän sein. Die Versuche der Staatsrechtler und Philosophen, diese Tautologie zu beweisen, tat Friedrich als intellektuelle Verwirrung und mentale Akrobatik ab. Dem demokratischen Verfassungsstaat fehlte der Souverän völlig. Autor und Ursprung der Verfassung ist eigentlich das Volk als ganzes. Praktisch war dies natürlich unmöglich, zumal die Mehrheit der Menschen sich erfahrungsgemäß politisch passiv verhält. Statt dessen sprach Friedrich von der verfassunggebenden Gruppe von Bürgern, die in sich die notwendige revolutionäre und ursprüngliche Energie zurückbehalten hatte und stellvertretend sowie im Auftrag aller Bürger eine Verfassung erarbeiteten.[6] Da eine Verfassung der Beschränkung von Macht diente, reichte es zur Legitimation, wenn nicht zu wenige aus dem Volk bzw. von denjenigen, die nicht die Regierung stellten, maßgeblich an der Verfassungsbildung beteiligt waren.[7] Ohnehin würde das Ergebnis noch in einem weiteren demokratischen Verfahren diskutiert und zur Abstimmung gestellt werden müssen.

Für ein neues Deutschland stellte sich Friedrich keinen hegelschen Staat als Verkörperung kultureller Werte vor, sondern viel pragmatischer eine selbstgeschaffene demokratische Ordnung des beständigen Wandels innerhalb der Gesellschaft.[8] Demokratie in Deutschland würde kein amerikanischer Export sein, sondern aus dem demokratischen Empfinden der Deutschen heraus entstehen.

Die wichtigste Frage hierbei war sicherlich, inwiefern diese Verfassungsbildung demokratisch sein konnte, da sie aufgrund einer Politik der Demokratisierung durch die westlichen Besatzungsmächte zustande kam. In der Vorstellung der meisten Deutschen ging alle Staatsgewalt von den Besatzungsmächten aus.[9] Wie konnte so eine eigene Verfassung geschrieben werden?

Unter dem Titel »Militärregierung als konstitutionelle Diktatur« beschreibt Friedrich das scheinbare Dilemma, Demokratie in den besetzten Ländern durch Militärgewalt erzwingen zu wollen. Er wies das Problem zurück, denn der Militärregierung ginge es nicht darum, Demokratie aufzuzwingen, sondern lediglich denjenigen Elementen in der Bevölkerung Beschränkungen aufzulegen, die eine demokratische Entwicklung verhindern oder eine entstandene Demokratie untergraben und zerstören wollten. So betrachtet bedeutete die Demokratisierungspolitik der Besatzungsmächte den Einsatz von diktatorischen Notstandsrechten, um den Verfassungsstaat wiederherzustellen. Diesen Notstand sieht Friedrich begründet in der Krisensituation in den vom Krieg heimgesuchten Ländern und in der weltwei-

---

[6] C. J. Friedrich, Common Man, (s. Anm. 2), S. 48–49; ders., Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. 19; vgl. David F. Lindenfeld, The Practical Imagination: The German Science of State in the Nineteenth Century. Chicago 1997.

[7] C. J. Friedrich, Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. 128.

[8] Ebd., S. 6–7.

[9] Peter Schulz, Ursprünge unserer Freiheit. Von der Amerikanischen Revolution zum Bonner Grundgesetz. Hamburg, 1989, S. 181–197.

ten Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Wesentlich für die Bewertung der verfassungsgemäßen Situation des Militärgouverneurs als Diktator war, daß er von einer demokratischen Regierung, über die er keine Kontrolle hatte, auf Widerruf bestellt wurde und die Ausübung seiner Macht klar abgegrenzt und definiert war. Die ständige, häufig scharfe, manchmal ungerechte Kritik durch die Parlamente und die französische und anglo-amerikanische Öffentlichkeit an der Politik der Militärgouverneure sorgte mit dafür, daß ein Mißbrauch unterblieb und diktatorische Vollmachten lediglich der Entwicklung eines Verfassungsstaates zugute kamen.[10]

Friedrich argumentierte, daß der deutsche demokratische Wille seinen Ausdruck zu finden begann, als sich sogleich nach der Kapitulation die alten Parteien bzw. Neuformungen traditioneller politischer Gruppierungen bildeten, die sehr schnell einen lebhaften und freien Diskurs über die zukünftige Verfassung Deutschlands aufnahmen. Als sich die Westalliierten im Juni 1948 auf die Grundzüge einer Verfassung einigten, die von den Deutschen zu schaffen war, entsprach dieser Beschluß in seinen wesentlichen Zügen einem zu erwartenden Kompromiß zwischen den bekannten Entwürfen der deutschen Parteien. Die Richtlinien waren also nicht einfach von den Alliierten aufoktroyiert, sondern korrespondierten mit den in Deutschland vorhandenen Vorstellungen. Die überwältigende Zustimmung des Parlamentarischen Rats zum Entwurf des Grundgesetzes, schließlich noch die der Mehrheit der Länder entsprach einer Bestätigung durch die Mehrheit des deutschen Volkes.[11]

Im Zentrum aller Überlegungen zum Verfassungsstaat stand bei Friedrich der einfache Bürger, im Englischen der »common man«. Im Deutschen wird dies häufig als »der kleine Mann« übersetzt, ein eindeutig negativ besetzter Begriff, der den emotionalen, beschränkten, ungebildeten und unberechenbaren Massenmenschen bezeichnet. Dagegen spielt der *common man* im amerikanischen politischen Selbstverständnis eine völlig andere, positive und wesentlichere Rolle.

Die Tradition des *common man* als Idealtyp des verantwortungsbewußten und freien Bürgers entwickelte sich aus den Jeffersonischen Anfängen der amerikanischen Republik über die Jacksonian und die Progressive Era bis zum New Deal. Der Glaube an den *common man* vergewisserte sich immer wieder neu an demokratischen Helden wie John Brown, Abraham Lincoln, William Jennings Bryan, Charles Lindbergh, Martin Luther King jr. usw. Sie alle kamen aus dem Volk, waren einfache Bürger, die Außergewöhnliches leisteten. Hier drückte sich eine optimistische Einstellung aus, die an das

---

[10] C. J. Friedrich, Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. 593 f.

[11] Ebd., S. 151–153; zur Vorgeschichte des Grundgesetzes vgl. Michael F. Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes. Göttingen 1998; und Karlheinz Niclauss, Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945–1949. Paderborn, 1998.

Gute im Menschen glaubt, oder wenigstens an die angeborene Fähigkeit zum Guten.

Für Friedrich konnte es Demokratie ohne den Glauben an den *common man* nicht geben. Kritik an der mangelnden Weitsicht des einfachen Bürgers begegnete er mit dem Argument, daß die Masse der *common men* auf Dauer gesehen wahrscheinlich weniger Fehlentscheidungen trifft, als individuelle ›Übermenschen‹ oder eine selbsternannte Elite. Daraus ergibt sich als zweites, daß Entscheidungen, die die Allgemeinheit betreffen, am besten von einer möglichst großen Öffentlichkeit gefällt werden. Denn je größer die Menge der mitentscheidenden Individuen, um so kleiner ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein Einzelner gegenüber dieser kollektiven Entscheidung recht hat. Als Fundamentalkritik am Spezialistentum stellte Friedrich die These auf, daß für politische Entscheidungen weniger der Intellekt von Bedeutung ist als der demokratische Charakter. Ein Mann von Charakter hat deutliche Wertvorstellungen und hält sich daran. Er bleibt beständig in seinem Handeln und in seinen Prinzipien. Je stärker dagegen die Intellektualität um so schwächer der Charakter, denn ein hohes Maß an Wissen bringt mit sich die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich von unbequemen oder störenden Werten zu lösen, während einfachere Menschen stur an ihren Werten festhalten. Da die meisten Angelegenheiten des öffentlichen Interesses alltägliche Probleme betreffen, ist es auch nicht nötig, vom *common man* eine besondere Begabung für das Außergewöhnliche zu verlangen.[12]

Natürlich sah Friedrich auch die Gefahren eines unbeschränkten Glaubens an den einfachen Bürger. Doch aus Angst vor Fehlentwicklungen den Glauben an den einfachen Bürger aufzugeben, statt sich auf verfassungsrechtliche Kontrollmechanismen und den durch Grundrechte garantierten Minderheitenschutz zu verlassen, hieße, wie im europäischen Staatsdenken, den Glauben an sich selbst zu verlieren. Schließlich war es nicht der einfache Mann, sondern die Verabsolutierung des Staates, das goldene Kalb des modernen Menschen, die zu Hitler und Stalin geführt hatte.[13]

All diese Vorstellungen über den *common man* und den Staat standen in deutlichem Gegensatz zu den Ideen, die die Arbeit des Parlamentarischen Rats bestimmten. In dessen Interpretation vom Untergang der Weimarer Republik und dem Aufstieg Hitlers trug gerade der kleine Mann eine besondere Schuld. Demokratie galt als riskant, denn sie barg in sich die Gefahr der »Vermassung« und »Verpöbelung«, die direkt zur Diktatur führten. Deshalb verzichtete die neue deutsche Republik bewußt auf plebiszitäre Elemente und mediatisierte die ursprüngliche Macht des deutschen Volkes durch politische Parteien und ein repräsentatives System.[14] Das Ideal war ein von

---

[12] C. J. Friedrich, Common Man, (s. Anm. 2), S. 29–37, 41.

[13] Ebd., S. 42–43.

[14] Herbert Krüger, »Herrschaft des ›Einfachen Mannes‹« in: Staat, Wirtschaft, Völkergemeinschaft: Ausgewählte Schriften aus vierzig Jahren. Hrsg. von Herbert Krüger et al., Frankfurt a. M., 1970, S. 55, zuerst in: Zeitwende (1948), S. 714ff.; Karl Dietrich Bracher,

demokratischen Eliten geführter Staat. Dazu stellte Helene Wessel, Abgeordnete des Zentrums, lakonisch fest: »Was wir aber ... unserem Volke immer wieder klarmachen müssen, ist die Erkenntnis, daß die Führung im Staate dem echten Politiker vorbehalten bleiben muß.« Eine unabhängige politische Elite zu schaffen sei »die bedeutsamste Aufgabe unserer Demokratie.«[15] Selbst Theodor Heuß warnte davor, »die innere Würde des Staates zu kränken, indem wir ihn nur als eine subsidiäre Angelegenheit für den Menschen ... unterbringen wollen.«[16] Im Gegenteil erklärte er die Pflichten des Bürgers und die Kraft des Staates als Gemeinwesen zur Grundbedingung jeder demokratischen Ordnung.[17]

Die deutschen Überlegungen zur neuen Demokratie konnten also nicht ohne den Staat auskommen. Es blieb ein Element, daß aus amerikanischer Perspektive kaum zur demokratischen Verfaßtheit paßte, für die Deutschen aber selbstverständliche Grundlage blieb, zumal der Parlamentarische Rat sich zu einem guten Teil aus Juristen und Staatsrechtlern zusammensetzte.

Daß die amerikanische Militärregierung dennoch den Entwurf des Grundgesetzes im großen und ganzen akzeptierte, zeigte deren Bereitschaft, deutsche politische Traditionen zu tolerieren. Es ging der US Regierung nicht darum, Deutschland zu amerikanisieren. Man war sich jederzeit darüber im klaren, daß die eigenen Verfassungsvorstellungen zwar überlegen, aber nicht unbedingt passend für europäische kontinentale Verhältnisse waren. Solange aber die wesentlichen Grundbedingungen der Frankfurter Vorgaben erfüllt waren, sah OMGUS keine Veranlassung, in das demokratische Werk der Deutschen einzugreifen. In internen Diskussionen über den Entwurf wurde lange erwogen, ob nicht inhaltliche Bedenken gegenüber dem Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung zurücktreten mußten. Man einigte sich aus Rücksicht vor der deutschen Freiheit, nur die wirklich elementar problematischen Punkte zu kritisieren und jede weitere Kritik für sich zu behalten.[18]

Gerade in der Vermittlung zwischen amerikanischem Verfassungsdenken und deutschem Staatsverständnis spielte Friedrich eine besondere Rolle. In der Vorbereitung des Weststaates hatte er die Aufgabe, laufend Gespräch mit den Spitzen der Parteien und der Länderregierungen zu führen und reiste wochenlang durch die amerikanische und britische Zone. Schon 1947

»Über den Umgang mit Verfassung und Institutionen in Deutschland,« in: Den Staat denken. Hrsg. von Hermann Rudolph, Berlin, 1990, S. 175–176.

[15] Volker Otto, Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates: Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf, 1971, S. 156.

[16] Ebd., S. 40–41, 68.

[17] K. D. Bracher, »Umgang mit Verfassung«, (s. Anm. 14), S. 176.

[18] Vgl. Carl J. Friedrich, Report on Recommendations drafted at Herrenchiemsee by the Commission of Experts appointed by the Minister Presidents of the Three Western Zones, 3. Sept. 1948, National Archives, College Park, MD, OMGUS, RG 240, Executive Office: Control Office, Establishment of FRG, box 136.

erläuterte er den Deutschen die amerikanische Position in bezug auf die Einrichtung einer provisorischen Zentralregierung. Umgekehrt konnte er die demokratischen Vorstellungen der Deutschen aufnehmen und OMGUS erklären. Im Februar 1947 stellte er deutliche Übereinstimmungen unter den Ministerpräsidenten und Parteispitzen in bezug auf die zukünftige Regierungsorganisation in Deutschland fest.[19] In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, ob das Deutsche Reich mit der Kapitulation 1945 aufgehört habe zu existieren. Diese etwas atavistisch anmutende Auseinandersetzung unter deutschen Staatsrechtlern konnte Friedrich ebenso gleichgültig bleiben, wie die Suche nach dem neuen Souverän.[20] Er gab die amerikanische Gesamthaltung wieder wenn er sagte, daß die de facto Situation die Frage überflüssig machte. Die Alliierten als Sieger waren in der Behandlung Deutschlands nicht durch dessen bisherige Staatlichkeit gebunden, sondern lediglich durch ihre eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit und internationalem Recht. Zum Glück der Westdeutschen hatten deren Besatzer sich auf eine Demokratisierung verständigt und die Souveränität der Deutschen als Volk und damit deren Recht auf Selbstregierung nicht in Frage gestellt, ein Recht, das immer mehr zur Notwendigkeit wurde angesichts der zunehmenden Unfähigkeit der Bizonenverwaltung, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen.[21]

Vor allem versuchte Friedrich den Deutschen immer wieder verständlich zu machen, daß sie viel mehr Spielraum hatten als sie glaubten. Selbst gestandene Sozialdemokraten erwiesen sich als zu unterwürfig gegenüber den amerikanischen Besatzern. Ihre traditionelle Autoritätsgläubigkeit führte die Deutschen dazu, die Bereitschaft von OMGUS zu unterschätzen, auf Forderungen und Wünsche einzugehen. Im Gegenteil, Friedrich mußte die Deutschen mehrfach zum Handeln auffordern, da sie gerade in Wirtschaftsfragen auf amerikanische Anweisungen warteten. Umgekehrt ging OMGUS davon aus, sich so wenig wie möglich in derlei Angelegenheiten einzumischen. Deutsche Ministerpräsidenten erwarteten von OMGUS fertige Pläne und erkannten nicht, daß auch in der Militärregierung Unklarheit und Unsicherheit über die Behandlung der Situation herrschte und man dringend auf die Vorschläge und Überlegungen der Deutschen angewiesen war.[22]

Friedrich wurde besonders aktiv als die Koblenzer Beschlüsse der Ministerpräsidenten zu Zerwürfnissen zwischen den Militärgouverneuren und den Deutschen führten. In Gesprächen mit Ollenhauer, Reuter und Kaisen konnte er den wirklichen Status der Frankfurter Dokumente klarstellen. Auf einem Flug mit Clay versuchte Friedrich das Mißverständnis aufzuklä-

[19] Carl J. Friedrich Tagebuch (»Weekary«), 27. Jan. bis 9. Feb. 1947, C. J. Friedrich Nachlaß, Harvard University Archives, HUG (FP), 17.2 box 1.
[20] C. J. Friedrich, Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. 24.
[21] C. J. Friedrich Tagebuch, (s. Anm. 19), 27. Jan. bis 9. Feb. 1947.
[22] Ebd., 17. bis 23. März 1947.

ren. Clay war äußerst verbittert über die ablehnende Haltung der Ministerpräsidenten und versucht, die ganze Sache hinzuwerfen »We offered them a chance, and they have not taken it .« Kaysen dagegen fragte, wie »wir kleinen Würmer denn wissen können, daß wir eine solche internationale Bedeutung haben?«[23]

Ähnlich war die Situation auf Herrenchiemsee. Friedrich nahm als Beobachter ohne Auftrag an den Verhandlungen teil. Auch hier sah er seine Hauptaufgabe darin, die Deutschen zu beruhigen und ihnen den Rücken zu stärken. Es wurde von ihnen keine Erfüllung alliierter Befehle erwartet, sondern verantwortungsbewußte Vorarbeit für eine deutsche Verfassung.[24] Der Delegierte Baade wiederholte im Plenum die Erklärung Friedrichs, »daß wir unsere ganze Arbeit nicht danach beurteilen dürfen, wieweit die Ministerpräsidenten von der Besatzungsbehörde dazu beauftragt worden sind, sondern im Auftrag des einzigen Souveräns, den es für uns geben kann, nämlich des deutschen Volkes, hierbei das Beste leisten sollen.«[25] Carlo Schmid, der stets am deutlichsten betonte, wie beschränkt die deutschen Handlungsmöglichkeiten aufgrund der Besatzung eigentlich seien, nahm die Gelegenheit war und forderte die Versammlung auf, diese und ähnliche Aussagen der Alliierten offensiv auszulegen, um die Besatzungsmächte zu Stellungnahmen über Möglichkeiten und Grenzen einer deutschen Souveränität zu zwingen.[26]

Im Grund lief Schmid damit bei Friedrich offene Türen ein. Der bemühte sich in seinem Bericht über Herrenchiemsee, die deutschen Anstrengungen in den schönsten Tönen darzustellen. Er betonte, daß die Vorschläge völlig innerhalb der Richtlinien der Alliierten lagen. Selbst Grenzfälle könnten ohne weiteres noch bereinigt werden. Vom amerikanischen Standpunkt seien die Ergebnisse »gratifying«. Vor allem bemühte sich Friedrich, eine positive Haltung der Alliierten schon vor dem Zusammentreffen des Parlamentarischen Rates festzulegen und größte Entscheidungsklarheit zu garantieren. Er empfahl, mögliche Einwände der Militärregierungen noch vor dem Zusammentreten des Parlamentarischen Rats vorzubringen und künftig – außer bei neu eingeführten Problemen – auf jede Kritik zu verzichten.[27]

Der Gegensatz zwischen deutschen Staatsvorstellungen und Friedrichs Ideal vom Verfassungsstaat wirft die Frage auf, warum er sich dennoch für die deutschen Pläne einsetzte. Eine revolutionäre Umkehr weg von gestandenen deutschen Verfassungstraditionen hatten weder er noch die meisten

---

[23] C. J. Friedrich Tagebuch, 11. August 1948, C. J. Friedrich Nachlaß, (s. Anm. 19), 17.2 box 2.

[24] Ebd.

[25] Kurt G. Wernicke und Hans Booms (Hrsg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949: Akten und Protokolle. Boppard a.Rh., 1981, Band 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, S. CXXV.

[26] Ebd., S. CXXVI.

[27] C. J. Friedrich, Report on Herrenchiemsee, (s. Anm. 18).

amerikanischen Experten erwartet, so sehr es für sie auch wünschenswert gewesen wäre. Friedrich hatte schnell erkannt, daß der Parlamentarische Rat weniger von einer Begeisterung für Demokratie und Verfassungsstaat motiviert war als vielmehr von dem Entschluß, dem Totalitarismus von links und rechts eine Absage zu erteilen. Das Grundgesetz war vor allem eine »Verneinung der Diktatur.«[28] Gemessen an Friedrichs Ausführungen über Militärdiktatur als Weg zur Demokratie konnte das vom Grundgesetz geschaffene System – ohnehin nur als Übergang gedacht – als weitere Zwischenlösung auf dem Weg zum echten Verfassungsstaat betrachtet werden.

Noch war der demokratische Charakter der einfachen Bürger weniger entwickelt als das republikanische Verantwortungsbewußtsein der zukünftigen Regierungsspitzen. Die von Experten geführte konservative Republik würde sich auf Stabilität, wirtschaftliche Erholung und Ordnung konzentrieren müssen und wenig Geduld aufbringen für demokratische Bürgerbeteiligung und die fröhliche Unordnung der Freiheit. Erst die Überwindung des gesellschaftlichen Notstands würde die demokratische Bildung der bisherigen Volksgenossen zu einfachen, freien und mitverantwortlichen Bürgern ermöglichen.

Ganz im Gegensatz zu seiner Überzeugung mußte sich Friedrich darauf verlassen, daß deutsche Experten die neue deutsche Demokratie aufbauen würden. Allerdings waren aufgrund der Grundrechte sowie der westlichen Aufsicht über die Bundesrepublik die Möglichkeit für die Entwicklung einer demokratischen Bürgerschaft vorgegeben und damit die weitere Verdrängung des Staates aus der Republik.

[28] C. J. Friedrich, Constitutional Government, (s. Anm. 2), S. 151–153.

Verfassungsdiskussionen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946/47 und die KPD-Remigranten

Michael F. Scholz

Seit einigen Jahren bemüht sich die Exilforschung auch um die Spuren und Nachwirkungen des Exils. Dabei stehen mehrere Untersuchungsansätze bzw. Forschungsfelder im Zentrum des Interesses, an erster Stelle die Frage nach dem Wissenstransfer aus den Exilländern. Welche spezifischen Kenntnisse, Wertvorstellungen, Deutungsmuster brachten die Emigranten mit zurück in die Heimat? Erst an zweiter Stelle folgt die Frage nach dem generellen Einfluß der Remigranten bzw. der im Exil Verbliebenen auf die Entwicklung der deutschen Nachkriegsgesellschaften.[1] Dabei wird der Nutzen von Untersuchungen zu den Nachwirkungen des Exils auch kontrovers diskutiert. Susanne Miller, deren Urteil als Remigrantin und Historikerin besonders schwer wiegt, stellt zum Beispiel einen grundlegenden Einfluß des Exilerlebnisses auf das Weltbild politisch führender Sozialdemokraten in Zweifel.[2] Klaus Misgeld, der sich Anfang der 1980er Jahre im Rahmen eines schwedischen Forschungsprojektes mit den Folgen des Exils beschäftigte, hält es für nahezu unmöglich, Einflüsse des Emigrationserlebnisses auf das tatsächliche Handeln zu »beweisen«. Viele andere, gewichtige Faktoren, wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeiten und Umstände könnten das Verhalten bestimmen, ohne daß diese alle offengelegt werden können.[3] Zu der Frage, ob Einflüsse des Exils auf das spätere Handeln überhaupt nachweisbar seien, gab auch das Kolloquium »Rückkehr und Aufbau nach 1945«, das im Herbst 1996 in Hamburg von der *Herbert und Elsbeth*

[1] Marita Kraus, Die Rückkehr der »Hitlerfrischler«. Die Rezeption von Exil und Remigration in Deutschland als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1945, in: GWU 1997, S. 151–160, hier S. 158f.; Einhart Lorenz, Politische und wissenschaftliche Wirkung des Exils in Skandinavien, in: Exil 1/1997, S. 91.

[2] Susanne Miller, Deutsche Arbeiterführer in der Emigration, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main/Köln 1976, S. 168.

[3] Klaus Misgeld, Schweden als Paradigma? Spuren schwedischer Politik und Kulturpolitik in der Arbeit ehemaliger politischer Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr in die Westzonen/Bundesrepublik Deutschland und Österreich (1945–1960). Grundsätzliche Überlegungen und Beispiele, in: Aspekte des Kulturaustauschs zwischen Schweden und dem deutschsprachigen Mitteleuropa nach 1945, Stockholm 1981, S. 231–251, hier S. 233.

Weichmann Stiftung veranstaltet worden ist, keine eindeutige Antwort.[4] Jan Foitzik legte dort mit einer Untersuchung zum Beitrag der Remigranten bei der Ausgestaltung des Grundgesetzes den Schluß nahe, daß sich die nichtemigrierten Experten häufig an angelsächsischen Verfassungsvorstellungen orientierten, während die Remigranten aus diesen Ländern diesen sichtlich distanziert gegenüberstanden.[5] Alfons Söllner zeigte in seiner Untersuchung der Berufsgruppe der Politikwissenschaftler, daß deren Vorstellungen bereits vor 1933 in der Weimarer Zeit entwickelt waren.[6]

Ähnliche Ergebnisse weist meine Untersuchung zur Rolle ehemaliger Emigranten in konkreten Politikbereichen der SBZ/DDR auf.[7] Allerdings nehmen in kommunistischen Systemen die beschränkten Rahmenbedingungen einen weit größeren Stellenwert ein, als in demokratischen Gesellschaften. Dies wird auch in der folgenden Untersuchung zur Rolle ehemaliger Emigranten in der sowjetischen Besatzungszone in der ersten Phase der Verfassungsentwicklung bis zur Annahme der Länderverfassungen deutlich. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem SED-Entwurf für eine *Reichsverfassung*. Der Forschungsstand zur Verfassungsgeschichte der SBZ/DDR ist relativ gut und stützt sich inzwischen auch auf Dokumente des Außenministeriums der UdSSR.[8] Was die Entstehung der Länderverfassungen betrifft, liegen in Fortführung der grundlegenden Arbeit von Gerhard Braas auch auf Landesebene neue Studien vor.[9]

---

[4] Claus-Dieter Krohn/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands (Schriften der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung), Marburg 1997.

[5] Jan Foitzik, Remigranten im Bundestag und in den Länderparlamenten. Eine Bestandsaufnahme, in: Ebd., S. 71–90.

[6] Alfons Söllner, Die Gründung der westdeutschen Politikwissenschaft – ein Reimport aus der Emigration?, in: Ebd., S. 253–274.

[7] Michael F. Scholz, Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart 2000.

[8] Andrea Zieger/Gottfried Zieger, Die Verfassungsentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands/DDR von 1945 bis zum Sommer 1952, Köln 1990; Jochen Lauffer, Die Verfassungsgebung in der SBZ 1946–1949, in: APZG, B 32–33/98, S. 29–41; Wolfgang Triebel, Otto Grotewohl und die Verfassungsdiskussionen in Deutschland 1946–1949 (hefte zur ddr-geschichte, 39), Berlin 1996. Siehe auch die für die Jahre 1946–48 erstaunlich informative Arbeit von Helene Fiedler, SED und Staatsmacht, Berlin (DDR) 1974.

[9] Gerhard Braas, Die Entstehung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47, Köln 1987; Klaus-Erich Pollmann/Mathias Tullner, Die Verfassung der Provinz Sachsen-Anhalt vom 19. Januar 1947. Entstehung und Dokumente, Magdeburg 1998; siehe auch Klaus Schwabe, Arroganz der Macht. Herrschaftsgeschichte von KPD und SED in Mecklenburg und Vorpommern 1945–1952, Schwerin 1997. Die Texte der Landesverfassungen sind gesammelt in: Wolfgang Burhenne (Hrsg.), Die Verfassungen der Landtags- Geschäftsordnungen der DDR-Länder bis 1952, Bielefeld 1990. Siehe auch Karl Schultes, Der Aufbau der Länderverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1948.

Nach einleitenden Überlegungen zur Rückkehr und zum Nachexil des KPD-Exils werden der Personenkreis, der in der SED-Führung mit der Formulierung der verfassungspolitischen Dokumente des Jahres 1946 befaßt war, sowie die von der KPD im Exil diskutierten Verfassungsvorstellungen als Arbeitsgrundlage für die unmittelbare Nachkriegszeit vorgestellt. Anschließend wird der Verlauf der Verfassungsdiskussion im Rahmen der deutschlandpolitischen Auseinandersetzungen am Beginn des Kalten Krieges geschildert, um den von der Besatzungsmacht gewährten Spielraum bestimmen zu können.

Die KPD-Remigration in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ)

Eine erste Auswertung des *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration* nach 1933 zeigte, daß in der SBZ/DDR der Anteil von Remigranten an der politischen Machtausübung hoch war und über den Kreis der Rückkehrer aus Moskau hinausging.[10] Für die deutschen Kommunisten war die Sowjetunion das wichtigste Exilland. Ihre zahlenmäßige Stärke wird zwischen 264 und weit über 1000 angegeben; hinzu kommen die sogenannten Antifaschüler, im Sinne Stalins umerzogene deutsche Kriegsgefangene.[11] Weiterhin existierten KPD-Exilgruppen in Großbritannien mit Wilhelm Koenen[12] als ZK-Beauftragten (400), Schweiz (200), Frankreich/Belgien/Luxemburg (160), Schweden (100) und Mexiko (80), wo unter Leitung von Paul Merker prononciert auch eigene Vorstellungen über eine deutsche Nachkriegspolitik entwickelt worden waren.[13] Eine Besonderheit stellen die ca. 1000 ehemaligen Emigranten (800 aus Großbritannien, 200 aus der UdSSR) dar, die 1945/46 im Rahmen der in Potsdam beschlossenen Grenzverschiebungen mit den sudetendeutschen Kommunisten der »KPD-Führung zur Verfügung gestellt wurden«.[14]

---

[10] Vgl. Hartmut Mehringer/Werner Röder/Dieter Marc Schneider, Zum Anteil ehemaliger Emigranten am politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich, in: Wolfgang Frühwald/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Leben im Exil, Hamburg 1981.

[11] Peter Erler, Heeresschau und Einsatzplanung. Ein Dokument zur Kaderplanung der KPD aus dem Jahre 1944, in: Geschichte und Transformation des SED-Staates, hrsg. v. Klaus Schroeder, Berlin 1994.

[12] Zu den Biographien siehe allgemein Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. 3 Bde., München, New York; London; Paris 1980ff.; Bernd-Rainer Barth (Hrsg.), Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch, Frankfurt a. M. 1995; SBZ-Handbuch, hrsg. v. Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990.

[13] Zahlenangaben nach Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin (DDR) 1985.

[14] Jan Foitzik, Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31, 1983, S. 310.

Die sowjetische Führung schätzte den Nutzen der Emigranten hoch ein, jedenfalls soweit diese sich im Einflußbereich Moskaus befanden. Sollte die KPD in Deutschland den sowjetischen Einfluß längerfristig sichern und dafür zentrale politische Schaltstellen besetzen, brauchte sie angesichts hoher Verluste im Kampf gegen Hitler personelle Unterstützung.[15] Während des Krieges hatten die Sowjets über zweieinhalbtausend Deutsche, politische Emigranten und »umgeschulte« Kriegsgefangene, in ihren Militärapparat eingebaut. Diese Kader kamen zum Teil noch vor Kriegsende zum Einsatz.[16] Seit dem Sommer 1944 hatte sich das KPD-Politbüro angesichts des Vormarsches der Roten Armee mit dem Problem der Remigration aus den anderen Emigrationsländern und den »Kaderfragen für Deutschland« beschäftigt. Eine erste quantitative Bilanz zur KPD-Emigration ging in ihren Schätzungen weit über die realen Zahlen hinaus.[17] Mit Beginn des Jahres 1945 erreichte die Vorbereitung der KPD-Führung in Moskau auf die Übersiedlung nach Deutschland eine neue Qualität: Kaderpläne wurden entworfen, die »Eignung der Funktionäre« abgewogen. Vertrauen brachte man jedoch nur den in der Sowjetunion lebenden Emigranten entgegen.[18] Die deutschen Kommunisten in den anderen Ländern galten als »Reserve«.[19] Der oft behauptete »Königsweg« der deutschen kommunistischen Emigranten in die sowjetisch besetzte Zone gehört deshalb ins Reich der Legende. Ein Recht auf Rückkehr besaßen die KPD-Mitglieder auch nicht für die SBZ. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte sich im eigenen Herrschaftsbereich genügend verläßliche Kader herangezogen, und allein darum ging es ihr. Sie konnte gern auf Remigranten aus dem Westen verzichten. Anders die

---

[15] Hermann Weber, Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ, in: APZG, B 31/1978, S. 24–31, hier S. 27.

[16] Vgl. Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994; Peter Erler, Heeresschau und Einsatzplanung. Ein Dokument zur Kaderplanung der KPD aus dem Jahre 1944, in: Geschichte und Transformation des SED-Staates, hrsg. v. Klaus Schroeder. Berlin 1994, S. 52–70; SAPMO, BA, DY 30/IV 2/1/80, 26. Tagung des Parteivorstandes, 2./3.6.1950: Paul Verner referierte zur Kaderarbeit und zur Rolle der UdSSR, die einige tausend Lehrer, Assistenten und Antifaschüler als Kader für verschiedene Zweige der demokratischen Ordnung, für Parteiapparat und Wirtschaft zur Verfügung gestellt habe. Von insgesamt 7 500 in der Kaderabteilung »karteimäßig und entwicklungsmäßig« Erfaßten sei der konkrete Einsatz von 5 665 bekannt.

[17] Pieck an Dimitroff, 8.8.1944, in: Gerhard Keiderling (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 125 (Dok. 003); Besprechung bei Dimitroff am 9.8.1944 (handschriftliche Notizen von Pieck), in: Ebd., S. 115ff. (Dok. 004). In Moskau schätzte man ihre Zahl auf 1500 bis 2000, davon zählte man 600 in der UdSSR, in England vermutete man 300, in den USA, Mexiko und der Schweiz insgesamt ebenfalls 300, in Schweden rechnete man mit 300 sehr hoch, in Frankreich, Belgien, Holland und Norwegen schätzte man ihre Zahl auf insgesamt 600.

[18] SAPMO, BA, NY 4036/517, Eignung der Funktionäre der KPD, 24.2.1945.

[19] Pieck an Dimitroff, 3.4.1945, in: Keiderling (s. Anm. 17), S. 258 (Dok. 030). Liste liegt nicht bei.

KPD/SED-Führung, die darum bemüht sein mußte, eigene verläßliche Kader zu bekommen, um die vielfältigen, von der SMA übertragenen Aufgaben zu erfüllen und auch die Kontrolle über die Sozialdemokraten in der neuen Einheitspartei zu behaupten. Die Erlaubnis zur Rückkehr setzte aber immer eine Überprüfung noch im Exil und das Einverständnis Moskaus voraus.

Von Moskau ging im Frühjahr 1945 der eigentliche Beginn der Remigration der deutschen Kommunisten in die SBZ aus – die Entsendung der drei »Initiativgruppen« der KPD (»Gruppe Ulbricht« in Berlin, »Gruppe Ackermann« in Sachsen, »Gruppe Sobotka« in Mecklenburg-Vorpommern). Sie besetzten in der Folge die wichtigsten Schaltstellen in Politik und Wirtschaft. Angesichts der gewaltigen Aufbauarbeiten in Deutschland waren politisch qualifizierte Kader knapp, doch trotz wiederholter Forderung der KPD-Führung, »Mittel und Weg zu finden«, die »zahlreichen sich noch in der englischen, amerikanischen, mexikanischen und skandinavischen Emigration befindlichen qualifizierten Kader nach Deutschland« zu holen, mußten auch die KPD-Funktionäre im nahen Skandinavien bis zur Jahreswende 1945/46 auf sowjetische Unterstützung warten, um in organisierten Gruppen zurückkehren zu können. In Mexiko dauerte es bis zum Mai 1946 und auch aus Großbritannien konnte das Gros der kommunistischen Emigranten erst im Sommer 1946 heimkehren.[20] Nach einer ersten Überprüfung wurden die in der Regel erfahrenen Funktionäre in wichtige Funktionen gebracht, oft mit dem Vorbehalt, eine abschließende Untersuchung abzuwarten. An erster Stelle stand der Einsatz im zentralen Parteiapparat, dann in lebenswichtigen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung und erst an dritter Stelle in den Parteiorganisationen der Länder.

Eine prädestinierte Rolle in fast allen Lebensbereichen der sowjetischen Besatzungszone nahmen die Günstlinge Moskaus ein, deren Kreis sich keineswegs auf die direkten Rückkehrer aus der sowjetischen Emigration beschränkte, wie Peter Erler in seinen Untersuchungen der KPD-Remigranten aus der UdSSR zu Recht feststellt. Erler faßt den Begriff »Moskau-Kader« weiter und definiert damit zunächst jene deutschen kommunistischen Remigranten, die ab April/Mai 1945 aus der sowjetischen Emigration nach Deutschland kamen, und in der KPD/SED bzw. im Staats- und Verwaltungsapparat der SBZ/DDR Karriere machten.[21] Im Einzelfall ordnet er

[20] Vgl. Michael F. Scholz, Sowjetische Besatzungszone und DDR (Rückkehr aus dem Exil), in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Hrsg. von Claus-Dieter Krohn, Patrik von zur Mühlen, Gerhard Paul u.a., Darmstadt 1998, S. 1180–1188, s. auch Michael F. Scholz, Die Rückkehr des KPD-Exils aus Schweden 1945–1947, in: Einhart Lorenz/Klaus Misgeld/Helmut Müssener/Hans Uwe Petersen (Hrsg.), Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933 bis 1950, Hamburg 1998, S. 367–397.

[21] Peter Erler, »Moskau-Kader« der KPD in der SBZ, in: Manfred Wilke (Hrsg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 235, 231.

ihnen jedoch »auf Grundlage biographischer Gemeinsamkeiten« auch Personen zu, die vor 1941 die UdSSR aus unterschiedlichen Gründen, seien es Kommandierungen, der Einsatz in den Internationalen Brigaden in Spanien oder Funktionen in der Komintern und Einsätzen für den NKWD und die GRU, wieder verlassen haben. Auch alle Schüler von KI-Schulen und sogar die Emigranten und Spezialisten, die bis 1939 aus der Sowjetunion ausgewiesen wurden, zählt Erler zu den »Moskau-Kadern«. Sie figurieren bei ihm als »weitere SU-Emigranten«.[22] Manfred Wilke hat daran anknüpfend den Begriff des »internationalistischen Kaders« geprägt, worunter er jene deutsche Kommunisten versteht, die nach Auflösung der Komintern von der internationalen Abteilung der KPdSU übernommen und damit zu »Nomenklaturkadern« der Sowjets wurden. Für sie hatte die Loyalität gegenüber der Sowjetunion höchste Priorität; politische Lösungen für einen demokratischen Neuaufbau in Deutschland strebten sie im Geist des sowjetischen Referenzmodells an.[23]

Die Einführung der Begriffe »Moskau-Kader« bzw. »sowjetischer Nomenklaturkader« öffnet einen neuen Blick auf die Geschichte der SBZ/DDR, denn die »Schnittmenge« der Favoriten Moskaus aus den Emigrantengruppen der westlichen Exilländer und der Sowjetunion ist unerwartet hoch. So konnte so manch vermeintlicher Westemigrant auch während der »Säuberungen« unangefochten Karriere machen.

Die KPD-Remigranten und die ersten Verfassungsentwürfe in der SBZ (1946)

Bereits in den 1980er Jahren lag es für Gerhard Braas in seiner grundlegenden Arbeit über die Länderverfassungen der SBZ auch ohne Kenntnis aller Quellen nahe, daß derselbe Personenkreis bei der SED-Führung mit der Formulierung aller verfassungspolitischen Dokumente des Jahres 1946 befaßt war. Braas hob hier drei Namen hervor: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Karl Polak.[24]

Die Rolle Walter Ulbrichts bei der Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft in der SBZ dürfte weitgehend bekannt sein, ebenso die des ehemaligen Sozialdemokraten und späteren Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, der nicht zum Kreis der ehemaligen Emigranten gehört.[25]

---

[22] Ebd., S. 242.

[23] Manfred Wilke, Kommunismus in Deutschland und Rahmenbedingungen politischen Handelns nach 1945, in: Ders. (Hrsg.), Die Anatomie der Parteizentrale (s. Anm. 21), S. 13–48, hier S. 22ff.

[24] Braas (s. Anm. 9), S. 57.

[25] Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln 1964; Norbert Podewin, Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995; Triebel (s. Anm. 8).

Weniger geläufig dagegen ist die Rolle von Karl Polak (1905–1964). Dabei ist er zweifellos als einer der wichtigsten Verfassungsväter zu sehen.[26]

Polak hatte eine strenge jüdische Erziehung erfahren und in Frankfurt, Heidelberg und München Rechtswissenschaften studiert. Nach seiner Referendariatszeit in Berlin 1933 legte er in Freiburg i. B. eine Dissertation zum Thema »Studien zu einer existentialen Rechtslehre« vor. Noch vor der Machtübertragung an Adolf Hitler war Polak mit dem Marxismus in Berührung gekommen und hatte an den von Hermann Duncker veranstalteten Kursen der marxistischen Arbeiterschulung teilgenommen. Die nationalsozialistische Rassengesetzgebung ließ zum 1. April 1933 seine juristische Laufbahn plötzlich enden. Eine Alternative bot sich ihm in Form einer Einladung in die Sowjetunion, die die nächsten dreizehn Jahre seine Heimat werden sollte. In Moskau war er zunächst am Rechtsinstitut der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR tätig, wo er als Mitarbeiter von A. J. Wyschinski auch an der Ausarbeitung der »Stalinschen Verfassung« von 1936 beteiligt gewesen sein soll. Später kam er zum Rechtsinstitut der *Akademie der Wissenschaften* in Moskau. Vor allem zwei Themen hatten ihn im Exil beschäftigt, das innere Machtgefüge des faschistischen Staates und die Genesis der bürgerlichen Rechtsideologie und Rechtsdogmatik. Besondere Privilegien genoß er im Exil nicht. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion war er nach eigener Aussage »zeitweilig zum Bau von Anti-Tank-Gräben vor Moskau mobilisiert«. Im November 1941 wurde er mit dem Rechtsinstitut der Akademie nach Taschkent evakuiert und arbeitete dort bis August 1945 als Dozent am Juristischen Institut. Dann durfte er nach Moskau zurückkehren und dort im Februar 1946 promovieren. Wenige Tage später konnte er in die Heimat zurückkehren. Am 2. März traf er mit seiner Familie in Berlin ein. Ihm wurde die Leitung der Rechtsabteilung im zentralen Parteiapparat der KPD übertragen. Als kurz darauf die gesamtdeutsche Verfassungsfrage von der Partei gestellt wurde, so schreibt er 1951 in seinem Lebenslauf, wurde er in dieser Angelegenheit persönlicher Referent der beiden SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Später, mit der Gründung des Verfassungsausschusses des »Deutschen Volksrates«, wurde er dort der Vertreter Grotewohls und Leiter des Unterausschusses für die Kodifizierung der Verfassung. Nach Abschluß der Verfassungsarbeiten rückte er in den Hintergrund und erhielt im September 1949 eine Professur in Leipzig, wo »Das Staatsrecht der UdSSR« ein zentrales Thema seiner Vorlesungen war. Einige Jahre später kehrte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in die von Anton Plenikowski geleitete Abteilung Staat und Recht zurück.[27]

[26] Helmut Brandt, der mit Polak im Verfassungsausschuß des Volksrates zusammenarbeitete, vertrat 1983 gegenüber Braas die Ansicht, Polak habe die Entwürfe der SED von 1946 formuliert. – Braas (s. Anm. 9), S. 314, Anm. 152.

[27] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/11/v. 353, Kaderakte Polak, besonders der Lebenslauf v. 1. 2. 1951; Rainer Arlt, Einleitung zu Karl Polak. Reden und Aufsätze. Zur Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, Berlin (DDR) 1968, S. 9–50, besonders, S. 36ff.

Auch Anton Plenikowski (1899–1971) spielte in der Verfassungsdiskussion keine unwesentliche Rolle. Als Leiter der Abteilung Landespolitik der SED war er qua Funktion an der Ausarbeitung von Grundsatzdokumenten, wie den Kreisordnungen, maßgeblich beteiligt.[28] Obwohl er nicht zu den »Moskau-Kadern« gehörte, zeichnete sich die Karriere des ehemaligen Schweden-Emigranten durch Stetigkeit aus. In seinem Fall ist anzunehmen, daß er als Vertrauter Ulbrichts handelte.

Plenikowski kam ursprünglich aus der Danziger Sozialdemokratie, war Lehrer und trat 1927 zur KPD über, die er von 1928 bis 1937 im Danziger Volkstag vertrat. Wegen seiner KPD-Mitgliedschaft wurde er 1933 aus dem Schuldienst entfernt und kurzzeitig inhaftiert, jedoch freigesprochen. Nach 1933 verdächtigte ihn der polnische Geheimdienst einer verdeckten Zusammenarbeit mit der NSDAP. Angeblich wurde ihm im Frühjahr 1937 die Wiederaufnahme in den Staatsdienst in Aussicht gestellt, wenn er sich der NSDAP-Fraktion anschließen würde. Wegen dieser Abwerbungsversuche der NSDAP erteilte ihm im Juni 1937 der Chef der KPD-Abschnittsleitung Nord die Parteiweisung, nach Schweden zu emigrieren.[29] Zuvor mußte Plenikowski vor der KPD-Führung in Paris Bericht erstatten, wohl nicht zu deren Zufriedenheit, denn bei seiner Ankunft in Schweden im September 1937 wurde er von der Partei isoliert und erst 1943 wieder zur KPD-Arbeit herangezogen. Karl Mewis, damals faktischer Führer der KPD-Emigration in Skandinavien, ließ das Verfahren gegen ihn im April 1945 einstellen und übertrug ihm nach der Abreise der ersten Gruppe kommunistischer Topfunktionäre nach Deutschland, neben Mewis auch Erich Glückauf und Paul Verner, sogar die Leitung der KPD-Gruppe in Schweden. Plenikowski konnte im März 1946 in die SBZ zurückkehren, wo er mit der Leitung der Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat beauftragt wurde.[30] Später gehörte er der Volkskammer an und war zeitweilig Vorsitzender ihres Verfassungs- und Rechtsausschusses. 1954 stieg er als Kandidat in das Zentralkomitee auf und übernahm bis 1963 die Leitung des Büros des Präsidenten des Ministerrats im Range eines Staatssekretärs. Nach seinem Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen hatte er zwischen 1963 und 1967 den Vorsitz der *Interparlamentarischen Gruppe* der *Volkskammer* inne. Sieht man von seinem bescheidenen außenpolitischen Engagement in späteren Jahren ab, finden sich keine Anknüpfungspunkte zwischen dem schwedischen Exil und seiner Tätigkeit nach 1945. Dabei hatte er im Exil als amtierender Leiter der KPD-Emigration anläßlich seiner Rückkehr nach Deutschland sogar

[28] Die Kreisordnungen waren von der Abteilung Kommunal- und Landespolitik im Sommer 1946 erarbeitet worden. – S. FIEDLER (Anm. 8), S. 303

[29] MdR, die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus: politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945, hrsg. v. Martin Schumacher, Düsseldorf [3] 1994.

[30] Zu den wechselnden Bezeichnungen der Abteilungen siehe Heike AMOS, Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre, Köln 1996, hier S. 78.

eine kleine Danksagung in schwedischer Sprache zu Papier gebracht, in der er trotz gemischter Gefühle – von seinen acht Exiljahren in Schweden war er fünfzehn Monate interniert – eine große Dankbarkeit bekundete. Immer werde er an die Zeit in Schweden denken, schrieb er 1946.[31]

Die Frage nach den Verfassungsvätern in der SBZ muß die Einflußnahme der Besatzungsmacht auf die Verfassungsdiskussion einbeziehen. Wiederholt ist die Frage diskutiert worden, ob die SMAD nicht zuletzt durch ihre enge Kooperation mit der SED versucht hat, sowjetisches Recht in den Verfassungen ihrer Zone zu verankern.

Persönliche Kontakte und Beratungen zwischen den Funktionären, die federführend an der Ausarbeitung beteiligt waren, und der SMAD sind vorauszusetzen und nicht nur für den Kontakt zwischen Otto Grotewohl und W. S. Semjonow, dem einflußreichen Politischen Berater der SMAD, bestätigt worden.[32] Auch Karl Polak hatte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Exil und seiner Arbeitsaufnahme als Leiter der Justizabteilung im Parteiapparat Verbindung zur SMAD-Rechtsabteilung erhalten und fortan regelmäßig gepflegt.[33] Eine allgemeine sowjetische Einflußnahme auf die Verfassungsdiskussion ist in den zeitgenössischen Veröffentlichungen zu spüren. Die Presseorgane der SMAD veröffentlichten sowjetische Rechtsvorstellungen, die dann auch in den Führungsgremien der SED diskutiert und von ihren Verfassungsexperten publiziert wurden. Die Verfassung der UdSSR selbst wurde jedoch erst nach den am 25. Februar 1947 vom Obersten Sowjet beschlossenen Abänderungen und Ergänzungen im Verlag der sowjetischen Militäradministration einem größeren deutschen Publikum zugänglich gemacht.[34] Direkte sowjetische Vorgaben für die Verfassung 1946 sind dagegen nicht bekannt. Aus den Akten des sowjetischen Außenministeriums ist sogar der Schluß zu ziehen, daß es eine Initiative Walter Ulbrichts war, in der Verfassungsfrage aktiv zu werden. Andererseits gehörte gerade Ulbricht zu den Moskau-Konfidenten, denen die Sowjets besonderes Vertrauen entgegengebrachten.

Die Verfassungsdiskussionen der KPD in der Emigration

Vor fast drei Jahrzehnten hat Arnold Sywottek ausführlich die Entwicklung auch möglicher Verfassungskonzeptionen durch die kommunistische Bewegung und die KPD beschrieben.[35] Überzeugend konnte er aufzeigen, daß

[31] SAPMO, BA, NY 4141/20, Dankschreiben, n.d.

[32] Vgl. Braas (s. Anm. 9), S. 92.

[33] Siehe Wilke (Hrsg.), Die Anatomie der Parteizentrale (s. Anm. 21), S. 86.

[34] Vgl. Braas (s. Anm. 9), S. 329, Anm. 28; Verfassung (Grundgesetz) der UdSSR, Berlin 1947.

[35] Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971; Gerhard Paul, Deutschland nach Hitler: Neuordnungs-

die von den deutschen Kommunisten erklärte Identifikation mit den Verhältnissen in der Sowjetunion als der Realisierung der historischen kommunistisch-sozialistischen Zielsetzungen den eigentlichen Schlüssel für die Ausgangsposition auch jeder Verfassungsdiskussion lieferte.

Um Hitler zu stürzen, hatte sich die KPD im Rahmen der Weltpartei Komintern 1936 zur »antifaschistischen Volksfront« und zur Zusammenarbeit für ein »demokratisches Deutschland« bekannt. Zu dieser Zeit erwartete die KPD-Führung in Moskau eine »Volksrevolution«, deren Träger eine Volksfront sein würde, bestehend aus den in einer Einheitsfront zusammengeschlossenen verschiedenen Strömungen der Arbeiterschaft im Bunde mit den anderen werktätigen Schichten des Mittelstandes, der Bauernschaft und der Intelligenz. Diese Volksfront sollte auch nach dem Sieg bestehen bleiben und die demokratische Regierung schaffen.[36] Anton Ackermann, damals wie 1946 führender Theoretiker der KPD bzw. der SED, formulierte 1937 die Abgrenzung der von den Kommunisten angestrebten demokratischen Volksrepublik gegenüber der Weimarer Republik, deren Versäumnisse er in fünf Punkten zusammenfaßte: 1. der reaktionäre Staatsapparat sei erhalten geblieben; 2. die Bürokratie sei nicht wesentlich eingeschränkt worden; 3. es sei keine »völlige« Reichseinheit hergestellt worden; 4. es sei keine »vollkommene« Selbstverwaltung der Kommunen etc. geschaffen worden; 5. die »schlimmste Reaktion der Monarchisten, Generäle, Junker und Großkapitalisten« sei nicht vernichtet worden.[37] Im Rahmen der Volksfrontpolitik kam es auch zu klaren Formulierungen freiheitlicher Grundrechte. Der zeitweilige Kurswechsel Stalins im Herbst 1939, ausgelöst durch den Pakt mit Hitlerdeutschland, war für eine Verfassungsdiskussion in der Emigration nicht gerade förderlich. In ihrem Manifest vom 9. September 1939 hatte die KPD ein »staatliches Übergangsregime neuer Art« in Form einer »demokratischen Volksrepublik« gefordert, doch erst nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR bzw. angesichts der drohenden Niederlage Hitlerdeutschlands wurden diese Vorstellungen weiter konkretisiert, ohne allerdings die Zustimmung Stalins zu finden. Eine Zäsur bildeten die Überlegungen des von den Sowjets initiierten Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) mit seinen diversen Komitees in den westlichen Exilländern. Auch dessen Programmatik stand ganz im Zeichen der alten Volksfrontprogrammatik. Die Moskauer KPD-Führung war bereits im November 1943 von Georgi Dimitroff, dem Ex-Generalsekretär der Komintern und nunmehr Verbindungsmann der KPdSU zu den anderen kommunistischen Parteien, informiert worden, daß es in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer Revolution und deshalb zu einer »Okkupation durch die

---

pläne im deutschen Exil, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration (s. Anm. 20), S. 638–660.

[36] Vgl. Sywottek (s. Anm. 35), S. 66

[37] Anton Ackermann, Die Volksfront und die demokratische Volksrepublik, in: Internationale 1937, H. 3/4, S. 37; siehe auch Sywottek (s. Anm. 35), S. 74.

Mächte« kommen werde. Die Bedingungen für die Kommunisten waren damit zwar andere, doch durften sie weiter an die Volksfrontpolitik anknüpfen. Der kommende deutsche Staat konnte unter den Bedingungen alliierter Besetzung nur eine parlamentarische Republik sein. Ein aktueller Führungsanspruch der Kommunisten war deshalb nur über die sog. »Blockpolitik« zu sichern, letztlich eine moderne Form der Volksfrontpolitik.

Im Februar 1944 begann die eigentliche programmatische Arbeit der KPD-Führung, an der das NKFD nicht mehr beteiligt wurde. Auch andere im KPD-Exil außerhalb Moskaus diskutierte Vorstellungen, wie die Diskussion zwischen der Gruppe in Mexiko unter Paul Merker und der in Großbritannien unter Wilhelm Koenen, fanden keinen Eingang in die Überlegungen.[38] Eine »Arbeitskommission« widmete sich in Moskau der Ausarbeitung konzeptioneller Vorstellungen für eine politische Gestaltung Nachkriegsdeutschlands und legte als Ergebnis ein »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie« vor, das den Sozialismus nicht als unmittelbare Aufgabe stellte. Angestrebt wurde eine von bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen ausgehende und darüber »hinausgehende« Form von Demokratie, die die Schwächen von Weimar, wie sie die Kommunisten interpretierten, überwinden sollte. Vorstellungen über die völlige Neugestaltung des politischen Systems, Zerschlagung des alten Staatsapparates, Aufrichtung eines »starken demokratischen Volksregimes« usw., wurden entwickelt. Dieses Programm wurde in der SBZ zur Handlungsgrundlage der deutschen Kommunisten.[39]

Anstöße und Verlauf der Verfassungsdiskussion in der SBZ (1946)

In der ostdeutschen Verfassungsdebatte im zweiten Halbjahr 1946 standen die Vorbereitungen von Gesetzen über Status und Struktur der Länder in engem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit den Bemühungen der SED um die Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung. Für die deutschen Kommunisten und die sowjetische Besatzungsmacht waren Verfassungsfragen dabei primär immer Machtfragen, wie es Otto Grotewohl, einer der beiden SED-Vorsitzenden, anläßlich der Beschlußfassung des SED-Entwurfs im November 1946 in Anlehnung an Lassalle auch offen aussprach.[40]

---

[38] Lieselotte Maas, Paul Merker und die Exildiskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/1990, S. 153–160; Wolfgang Kießling, Im Widerstreit mit Moskau: Paul Merker und die Bewegung Freies Deutschland in Mexiko, in: Ebd. 3/1992, S. 29–42.

[39] Erler/Laude/Wilke (s. Anm. 16), passim. Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 11 ff.

[40] Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik. Beschluß einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED am 14. 11. 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 11. Ferdinand Lassalle, Über Verfassungswesen (1862), Nachdruck: Darmstadt

Die deutschen Verfassungsdiskussionen waren in erster Linie jedoch Teil der Auseinandersetzung der Alliierten um die deutsche Frage. Noch 1945 herrschten in den USA und Großbritannien sehr unterschiedliche und sich widersprechende Vorstellungen über ein Nachkriegsdeutschland. Sie reichten von einer gewaltsamen Zerstückelung bis zu einer bewußten Dezentralisierung. In Jalta hatte der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt zu verstehen gegeben, US-Truppen würden nicht länger als zwei Jahre in Deutschland und Europa bleiben, und damit den sowjetischen Machtgelüsten verlockende Perspektiven eröffnet. Doch schon bald sollte bei den Westalliierten ein Umdenken in ihrer Deutschlandpolitik einsetzen.[41]

Bereits Mitte November 1945 pries der von den Amerikanern in ihrer Zone als bayerischer Ministerpräsident eingesetzte ehemalige Emigrant Dr. Wilhelm Hoegner in der *Süddeutschen Zeitung* den Föderalismus, nach dessen Regeln der Wiederaufbau Deutschlands in der amerikanischen Zone bisher vor sich gegangen sei. Nach Hoegner durfte die Zukunft nicht ein Einheitsreich sein, sondern nur ein Bund freier Staaten. Diese und andere Äußerungen Hoegners brachten ihm nicht zu Unrecht den Vorwurf separatistischer Bestrebungen ein, die sich die bayerische Regierung noch im selben Jahr zu dementieren gezwungen sah.[42] Noch Anfang Dezember 1945 erklärte der amerikanische Außenminister James Byrnes, die USA seien zu einer Zentralverwaltung bereit und entschlossen, sich gemäß den Beschlüssen von Potsdam an die Vereinbarungen mit Großbritannien und der UdSSR zu halten.[43] Doch spätestens seit dem Frühjahr 1946 wurde von den Briten und den Amerikanern die sowjetische Politik zunehmend als aggressiv und feindselig empfunden und der Schluß gezogen, die westlichen Besatzungszonen gesondert zu entwickeln, als ein »Bollwerk gegen den Kommunismus«. Dies war noch keine allgemeine Auffassung, schon gar nicht unter der deutschen Bevölkerung. Eine Versammlung deutscher Parteiführer aus der britischen und amerikanischen Besatzungszone forderte am 3. April 1946 in Stuttgart die Errichtung einer nach amerikanischem föderalistischen Vorbild organisierten deutschen Zentralregierung sowie die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands.[44] Zwei Wochen später erklärte im britischen Oberhaus Lordkanzler W. A. Jowitt, es solle keine Zentralregierung für Deutschland errichtet werden. Die KPD schlage die nationalistische Trommel und proklamiere die Forderung einer Zentralregierung Deutschlands. Es wäre eine armselige Lösung, wenn das Schlagwort »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« durch das Schlagwort »Ein Volk, ein Reich, ein Kommissär« ersetzt werden sollte. Die britische Regierung wün-

1958, S. 56: »Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen«.

[41] Vgl. die prägnante Darstellung von Rolf Steiniger, Die Alliierten und Deutschland 1945–1948, in: APZG, B 32–33/1998, S. 3–12.

[42] AdG 1945, S. 521 (B); AdG 1945, S. 584 (E).

[43] AdG 1945, S. 552 (C).

[44] AdG 1946, S. 703 (E).

sche einen Mittelweg zwischen einer übertriebenen Zentralisierung und einem Zerfall der Verwaltung zu finden.[45]

Am 21. April 1946 wurde die auf sowjetischen Druck erfolgte Vereinigung von SPD und KPD in der SBZ vollzogen. Die *Grundsätze und Ziele*, die der sog. Vereinigungsparteitag der SED beschloß, forderten die »Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik« und die »Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien«. Für den erstrebten Aufbau des »Sozialismus« wurde eine »Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen« angekündigt, sowie die Beseitigung der Monopole und die Verstaatlichung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen sowie eine Bodenreform, Wirtschaftsplanung und demokratische Grundrechte.[46] In einem *Manifest an das deutsche Volk* verkündete die SED am selben Tag, das neue Deutschland müsse »eine unteilbare freie deutsche Republik« sein, und sagte allen separatistischen Bestrebungen den schärfsten Kampf an.[47] Eine andere Auffassung vertraten die Sozialdemokraten in den Westzonen. Der SPD-Parteitag in Hannover im Mai 1946, der Kurt Schumacher einstimmig zum Parteivorsitzenden wählte, lehnte zwar einen deutschen Staatenbund ab, forderte dafür aber die Schaffung eines Bundesstaates.[48]

Der SED-Parteivorstand nutzte jede sich bietende Gelegenheit, seine Programmatik zu verkünden. So am 20. Juni 1946 zu den Gemeindewahlen, wo die Einheitssozialisten ihren Willen zur »Errichtung einer antifaschistisch-demokratisch-parlamentarischen Republik« bekundeten. Nicht Föderalismus oder Partikularismus sei ihr Ziel, sondern der »demokratische Aufbau Deutschlands als Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung in den Ländern«.[49]

Die Entwicklung im Westen schritt davon unbeeindruckt voran. Für den 30. Juni standen in der amerikanischen Zone Wahlen zu verfassunggebenden Versammlungen an, die in Ostberlin große Aufmerksamkeit fanden. Schon im Vorfeld äußerte das Zentralsekretariat der SED eine große Sorge über »die wachsende Gefahr der Zerreißung Deutschlands«. Die Einheit könne nur geschaffen werden, »wenn in den Verfassungen der einzelnen Länder der Wille zur nationalen Einheit Deutschlands zum Ausdruck« käme, alle partikularistischen oder föderalistischen Abspaltungsbestrebungen erschwerten das Werk der Einheit.[50] Unmittelbar nach den Wahlen in der amerikanischen Zone lagen aus Bayern vertrauliche Informationen über die dortige

[45] AdG 1946, S. 720 (E).
[46] Grundsätze und Ziele, in: Dok. SED, Bd. 1, Berlin (DDR) 1951, S. 6, 8, 9.
[47] In: Dok. SED, Bd. 1, S. 26f.
[48] AdG 1946, S. 750 (C).
[49] In: Dok. SED, Bd. 1, S. 54.
[50] In: Dok. SED, Bd. 1, S. 62.

Verfassungsdiskussion vor, die die Mitglieder des Zentralsekretariats noch stärker beunruhigten. Weiteres Material wurde angefordert. Der Rechtsexperte Karl Polak, seit Anfang März 1946 aus sowjetischer Emigration zurück und mit der Leitung der Rechtsabteilung im Parteivorstand beauftragt, sollte »einen speziellen Artikel über die bayrische Verfassung« schreiben, verbunden mit einer Polemik gegen Wilhelm Hoegner.[51] Im Ergebnis der Wahlen in der amerikanischen Zone traten Mitte Juli 1946 in Stuttgart, München und Wiesbaden die ersten gewählten repräsentativen Körperschaften zusammen, um Verfassungen für die drei Länder Baden, Bayern und Hessen auszuarbeiten. Die Entwürfe sollten der amerikanischen Militärregierung bis Mitte September vorgelegt und anschließend durch eine Volksabstimmung bestätigt werden.[52]

Inzwischen hatte Polak auf Initiative Walter Ulbrichts, des einflußreichsten Sowjetremigranten in der SED-Führung, mit der Arbeit am Entwurf einer Verfassung für ganz Deutschland begonnen.[53] Als die SED am 17. Juli die *Kommunalpolitischen Richtlinien* für die SBZ beschloß, waren hier bereits Grundfragen einer kommenden Verfassung vorgegeben, wie das Einkammersystem, alleiniger Willensträger sollte die Volksvertretung sein, sowie die Einschränkung des Verwaltungsapparates und die Abschaffung des Berufsbeamtentums.[54]

Am selben Tag begrüßte der SED-Parteivorstand die Erklärungen des sowjetischen Außenministers W. Molotow auf der Pariser Außenministerkonferenz, darunter seinen Vorschlag, dem deutschen Volk die Entscheidung über die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung selbst zu überlassen.[55] Dieses Vertrauen auf eine plebizitäre Politik war unmittelbares Ergebnis des für die SED erfolgreichen sächsischen Enteignungsplebizits vom 30. Juni, der Signalwirkung für die politische Auseinandersetzung zunächst um die Wirtschaftsverfassung in allen Teilen Deutschlands hatte. Bei einem ungewissen politischen Kräfteverhältnis waren die Folgen von Molotows Forderung, »Volksentscheid in ganz Deutschland«, nicht abzusehen.[56]

Ende Juli 1946 lag der von Karl Polak ausgearbeitete erste Entwurf der Verfassung für die »Demokratische Republik Deutschland« Teilen der SED-Führung vor, neben Ulbricht zumindest auch den beiden Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sowie Max Fechner. Ulbricht reichte den Entwurf am 10. August an den politischen Berater der SMAD weiter. Es war seine Absicht, diesen Entwurf ins Zentralsekretariat einzubringen und

[51] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1/17, ZS-Sitzung, 3.7.1946.
[52] AdG 1946, S. 814 (D).
[53] Vgl. Laufer (s. Anm. 8), S. 30f.
[54] In: Dok. SED, Bd. 1, S. 66.
[55] In: Dok. SED, Bd. 1, S. 78.
[56] Vgl. Otmar Jung, Kein Volksentscheid im Kalten Krieg! Zum Konzept einer plebizitären Quarantäne für die junge Bundesrepublik 1948/49, in: APZG, B 45/1992, S. 16–30.

zu veröffentlichen.[57] Doch der Verfassungsentwurf wurde zunächst durch sowjetische Stellen blockiert.[58]

Immerhin konnte Ulbricht am 27. August auf einer um die Vizepräsidenten der Landesverwaltungen und Vertreter fast aller Abteilungen seines Hauses erweiterten Sitzung des Zentralsekretariats durchsetzen, daß eine *Erklärung über die Einheit Deutschlands* und die *Grundrechte des deutschen Volkes* »unverzüglich auszuarbeiten und zu veröffentlichen« seien. Gleichzeitig sprach sich Ulbricht gegen die amerikanische Offerte zur Zusammenlegung von Zonen aus. Für die geplante *Erklärung über die Einheit Deutschlands* unterbreitete er detaillierte Vorstellungen, die sich nicht nur gegen den Föderalismus richteten, sondern unter dem Motto »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus und hat dem Wohle des Volkes zu dienen« vor allem gegen die klassische Dreiteilung der Gewalten. Ulbrichts Resümee lautete: »1. Es muß zum Ausdruck gebracht werden, daß Deutschland eine einige demokratische Republik ist und daß die Länder nur Glieder dieser Republik sind. 2. Das Parlament ist die höchste Instanz. 3. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, so daß die tägliche demokratische Mitarbeit des Volkes gesichert ist. 4. Die Sicherung des Friedens und der Demokratie muß durch die Säuberung der Verwaltung von Militaristen, Faschisten usw., durch die Liquidierung der großen Konzerne, Großbanken u. dgl. und durch die demokratische Bodenreform sowie durch die Schulreform erfolgen.«[59]

Wenn es Zweifel bei den Sowjets an Ulbrichts Tempo in der Verfassungsfrage gegeben haben sollte, wurden sie Anfang September 1946 durch die Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes in Stuttgart beseitigt. Byrnes bekundete dort die Bereitschaft der USA, dem deutschen Volk in ganz Deutschland die Hauptverantwortung für die Erledigung seiner eigenen Angelegenheiten übertragen zu wollen. Ihm sollte jetzt erlaubt und dabei geholfen werden, die notwendigen Vorbereitungen für die Errichtung einer demokratischen deutschen Regierung zu treffen. Diese Zentralregierung sollte eine Bundesverfassung für die »Vereinigten Staaten von Deutschland« erarbeiten, wofür die Amerikaner allerdings ein kompliziertes Verfahren vorsahen. Für Stalin am schwersten wog jedoch die Erklärung, die US-Truppen würden so lange wie nötig in Deutschland und Europa bleiben.[60]

---

[57] Nach Laufer (s. Anm. 8), S. 30f. (Nach: Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation 082/30/132/52, Notiz Ulbrichts zum Projekt der Verfassung, 13.8.1946).

[58] Ebd., S. 31 (AVP/RF 082/30/132/52, Bl. 1–7, Ivanov an Smirnov, 15.8.1946; ebd., 082/30/134/64, Bl. 7–14, Smirnov für Vysinskij, 20.8.1946).

[59] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1./27, ZS-Sitzung, 27.8.1946 (Protokoll und Stenogramm über den Verlauf!).

[60] John Gimbel, Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VJZ 20, 1972, S. 39–62; Hans-Dieter Kreikamp, Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart, in: Ebd. 1981, S. 269–285.

Ulbricht drängte die Sowjets, den Verfassungsentwurf von Polak zu genehmigen. Er wollte die Kampagne zu den bevorstehenden Landtagswahlen in der SBZ mit einer Erklärung der SED zur Einheit Deutschlands und zu den Grundrechten des deutschen Volkes eröffnen und dann den Verfassungsentwurf für die Diskussion freigeben. Auf diese Weise sollte auch in der Verfassungsdiskussion im Westen die Initiative zurückgewonnen werden. Da die Erörterung der Verfassung in Süddeutschland fast beendet sei, ließ er seine sowjetischen Vorgesetzten eine Woche nach der Stuttgarter Rede von Byrnes wissen, sollte die SED jetzt mit einem eigenen Projekt auch einen eigenen Standpunkt darlegen. Vielleicht könne man in letzter Minute die Diskussionen im Süden und Westen Deutschlands beeinflussen.[61] Als das SED-Zentralsekretariat Mitte September die Tagesordnung für die folgende Sitzung des Parteivorstandes bestätigte, waren jedoch nur der Entwurf einer Landesverfassung sowie der Entwurf über den *Weg zur Einheit Deutschlands* und die *Grundrechte des Volkes* aufgenommen.[62]

Die Landtagswahlen in der SBZ im September 1946 sollten der SED trotz massiver Wahlbehinderung und Verfälschung nicht das gewünschte Ergebnis bringen; nur 47,5 Prozent der abgegebenen Stimmen waren auf sie entfallen. In einigen Landtagen verfügten LDPD und CDU zusammen über eine Mehrheit, hatten also theoretisch die gesetzgeberische Macht in Händen.[63] Am 19. September, unmittelbar nach dem Wahldebakel, wurden die *Grundrechte des deutschen Volkes* beschlossen und am 22. d.M. veröffentlicht. Die »Wiederherstellung der Einheit Deutschlands« stand an vorderster Stelle, verbunden mit der Kritik an einer föderalistischen und separatistischen Politik, die die Aufteilung Deutschlands betreibe. Die bekannten staatspolitischen Ansichten der SED ergänzten detaillierte Vorstellungen zur Wirtschaft und den Bürgerrechten.[64] Vergeblich hoffte die SED, mit der Veröffentlichung der *Grundrechte* in ganz Deutschland in der Verfassungsfrage in die Offensive zu kommen. Ende Oktober 1946 stimmte die bayerische Verfassunggebende Versammlung einem von der US-Militärregierung genehmigten Entwurf einer republikanischen Verfassung mit überwältigender Mehrheit zu. Anschließend sollte er durch einen Volksentscheid bestätigt werden.[65]

---

[61] Siehe Laufer (S. Anm. 8), S. 31 (AVP/RF 0457b/3/13/9, Bl. 264, Ulbricht an Sokolovskij, Bokov und Tjul'panov, 11.9.1946).

[62] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1./31, ZS-Sitzung, 16.9.1946.

[63] Günter Braun, Die Wahlen in der SBZ im Herbst 1946, in: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, hrsg. von Hermann Weber, Köln 1982, S. 545–562.

[64] In: Dok. SED, Bd. 1, S. 91 ff.

[65] AdG 1946, S. 908 (K):

Die SED und ihr »Entwurf einer Reichsverfassung« vom November 1946

Angeblich war nach der Veröffentlichung der »Grundrechte« durch den Parteivorstand der SED ein Ausschuß unter Vorsitz Otto Grotewohls eingesetzt worden, der die aus der Bevölkerung eingegangenen Äußerungen sammeln sollte und gleichzeitig den Auftrag hatte, den »Entwurf einer ›Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik‹« auszuarbeiten.[66] In den Protokollen der SED-Führung konnte ein solcher Beschluß nicht gefunden werden. Dagegen lag es nahe, Grotewohl mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs zu beauftragen, gehörte er doch zu den wenigen im Parteivorstand mit einschlägiger Erfahrung. In seiner Zeit als Volksbildungsminister in Braunschweig hatte er 1923/24 an der Ausarbeitung einer mit vielen neuen demokratischen Elementen ausgestatteten Kommunalverfassung des Landes mitgearbeitet. Sein Buch »Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig« (1925, [2]1928) hatte damals über den Landesbereich hinaus Wirkung erzielt.[67]

Erstmalig behandelte das Zentralsekretariat einen von Grotewohl eingeführten *Entwurf einer Reichsverfassung* am 8. November 1946. Anschließend wurde sehr hastig für den 11. November ein »besonderer Ausschuß« für die weitere Bearbeitung des Entwurfs einberufen. Bereits am 14. November sollte eine außerordentliche Sitzung des Parteivorstandes den Verfassungsentwurf zum Beschluß erheben.[68]

Als sich am Morgen des 11. November der »besondere Ausschuß« versammelte, hatte man keineswegs den drei Tage zuvor beschlossenen Personenkreis zusammengebracht.[69] Auch der zu diskutierende Entwurf konnte erst an diesem Morgen übergeben werden. Grotewohl sah sich gezwungen, die, wie er sich ausdrückte, »etwas überfallartige Einladung« zu erklären. Es habe keinen anderen Weg gegeben, die rasante internationale politische Entwicklung habe die Partei gezwungen, »zu der wichtigen Frage der Verfassung aus dem Handgelenk Stellung zu nehmen«. Die Verhandlungen über die Gestaltung Deutschlands seien international bereits im Gange

---

[66] So auch im Beschluß der außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes vom 14.11.1946 – in: Dok. SED, Bd. 1, S. 114. Vgl. Otto Grotewohl, Deutsche Verfassungspläne, Berlin 1947, S. 7. Entsprechend auch Heinz Vosske, Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, Berlin (DDR) 1979, S. 194ff., hier S. 198.

[67] Triebel (S. Anm. 8), S. 7.

[68] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1./45, ZS-8.11.1946. Dem Ausschuß sollten angehören, Grotewohl, Fechner, Lehmann, Ackermann, Meier, Käthe Kern, Buchwitz, Wilhelm Koenen, Hoffmann, Schlimme, Honecker, Bernhard Koenen, Emma Sachse, Wandel, Steinhoff, Höcker, Geier, Böhme, Dr. Acker.

[69] SAPMO, BA, NY 4090/379, Steno-Niederschrift über die Sitzung des Verfassungsausschusses am 11.11.1946. Teilnehmer: Grotewohl, Lehmann, Käthe Kern (alle Zentralsekretariat); Buchwitz, Wilhelm Koenen, Dr. Geier (alle vom Land Sachsen); Schlobach, Behnke (beide Provinz Sachsen); Eyermann, Böhme (beide Thüringen); Höcker (Mecklenburg); Steinhoff (Brandenburg); Dr. Acker (Groß-Berlin); Dr. Polak (Abteilung Justiz); Plenikowski (Abteilung Landespolitik); Paul Verner (Jugendabteilung)

und das Ergebnis erster inoffizieller Besprechungen habe die Parteiführung gezwungen, so »außergewöhnlich schnell« diese so wichtige Frage der kommenden Verfassung Deutschlands zu beraten. In seiner Rede nahm er der Reihe nach Bezug auf die bekannten Erklärungen Wjatscheslaw Molotows, James Byrnes' und Ernest Bevins. Es sei davon auszugehen, daß auch die Franzosen gegen einen Zentralismus Front machen würden. Aus allem was offiziell und inoffiziell bekannt geworden sei, müsse man den Schluß ziehen, daß die Entscheidung über das zukünftige Schicksal Deutschlands bereits sehr viel näher liege, als bisher angenommen. Aus sehr vertraulicher Quelle habe man zudem erfahren, daß der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth von den Amerikanern beauftragt worden sei, eine Verfassung mit bundesstaatlichem Charakter auszuarbeiten. Diese Arbeit stehe vermutlich dicht vor dem Abschluß und es sei damit zu rechnen, daß der Verfassungsentwurf Wirth, dem sich vermutlich die Engländer anschließen würden, die Grundlage für die internationale Diskussion abgeben werde.[70]

Wirth hatte im Schweizer Exil tatsächlich Nachkriegskonzeptionen entwickelt und im November 1944 den Amerikanern in Bern mitgeteilt, »eine Art Aktions-Programm im Sinne eines Minimalprogramms« formulieren zu wollen. In diesem Zusammenhang war es zu einer engen Zusammenarbeit mit Hoegner gekommen, der ein erklärter Anhänger des Föderalismus und Vertrauter der Amerikaner war. Auch Wirth war bereits in verschiedenen Memoranden für eine klare Föderierung des neu zu bildenden Staatswesens eingetreten. Ein im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft »Das Demokratisches Deutschland« von Wirth, Hoegner und dem früheren preußischen Ministerpräsidenten Braun noch vor Beendigung des Krieges ausgearbeiteter Entwurf einer Verfassung für ein demokratisches föderalistisches republikanisches Deutschland findet sich im Nachlaß Grotewohls. Von weiteren Initiativen Wirths in dieser Richtung ist nichts bekannt.[71]

Wirths vermeintliche neue Verfassungsinitiative war offenbar die Ursache für das nun vorgelegte Tempo. Zumindest vermittelte Grotewohl diesen Eindruck, als er behauptete, wenn der Verfassungsentwurf Wirth nicht von der SED aufgefangen würde, wäre man gezwungen, den Amerikanern und Engländern die Initiative zu überlassen. Da dies nicht wünschenswert sei, müsse die SED einen eigenen Verfassungsentwurf vorlegen und »ernstlich nach einem Wege« suchen, auf dem die grundsätzlichen Auffassungen der SED »mit den vorhandenen realen politischen Mächten und Gegebenheiten, d. h. mit der Stellung der Alliierten und der politischen Parteien in den westlichen Zonen Deutschlands, in tragbare Übereinstimmung« gebracht wer-

[70] Ebd.

[71] Zu Wirth siehe Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn 1998, S. 623ff., 683. Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen und genossenschaftlichen Sinne. – Ein Auszug ist abgedruckt in: Heinz Boberach (Hrsg.), Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahren 1940 bis 1949, Hamburg 1999, S. 94–99; Triebel (s. Anm. 8), S. 17.

den könnten. Verklausuliert gab Grotewohl zu verstehen, daß die Sowjets, er sprach von jenen Stellen, »mit denen wir die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, daß wir ein ernsthaftes Wort in der Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands mitreden«, den Entwurf bereits genehmigt hätten. Die versammelten angehenden Verfassungsväter sollten sich deshalb von vornherein darüber im klaren sein, daß die anstehende Diskussion »natürlich nicht einer Beratung« gerecht werde, wie sie bei einem Verfassungsentwurf notwendig sei. Man müsse sich auf »einige prinzipielle Fragen« beschränken. Der Entwurf müsse selbst auf die Gefahr hin fertig werden, »daß er nicht in allen Punkten [mit] unserem Geschmack und unseren Wünschen« übereinstimme. Auf keinen Fall dürfe der anderen Seite der Vorrang überlassen werden.

Nach Grotewohl erläuterte Karl Polak, den der SED-Vorsitzende als »an der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs hervorragend beteiligt« vorstellte, inhaltliche Fragen. Die Weimarer Verfassung sei »das erste Material« für den Entwurf gewesen, ihre tatsächliche Auswirkung das zweite. Für Polak war die Tatsache, daß wesentlichste Teile des Weimarer Verwaltungsapparates und die Justiz der demokratischen Kontrolle entzogen gewesen waren, ein Grundmangel der Weimarer Verfassung. Deutlich sprach er sich gegen das Prinzip der Gewaltenteilung aus, denn die »Volkssouveränität« müsse »in ihrer Totalität auch in der Verwaltung und in der Justiz« hergestellt werden. Zur Frage des territorialen Aufbaus Deutschlands sprach er klar für den Einheitsstaat und gegen einen »öden Zentralismus«.

Die anschließende Diskussion drohte heftig zu werden, denn nicht alle Teilnehmer wollten die Beschränkungen Grotewohls akzeptieren und zumindest einige Punkte näher behandeln. Als Käthe Kern, die Quotenfrau im SED-Parteivorstand, den Antrag stellte, die Gleichberechtigung von Mann und Frau aufzunehmen, eine Zielstellung, die später in den Grundrechtskatalog kam, trat ihr Grotewohl sofort entgegen. Es könne nicht sein, »daß jeder bei der Aussprache sein Häppchen aus dem Kuchen, das ihm besonders gut schmeckt, herauspflückt und Zusatz- und Streichungsanträge stellt, durch die das große Bild vollends verwischt« werde. Wilhelm Koenen, der ehemalige Führer des KPD-Exils in Großbritannien und zweifellos ein erfahrener Funktionär der kommunistischen Bewegung und durch einige Jahre im Reichstag und im Preußischen Landtag auch in parlamentarischen Dingen kundig, bedauerte diese Verfahrensweise. Er hätte gern eigne Erfahrungen eingebracht, schließlich habe er schon bei der Weimarer Verfassung mitgemacht. Doch auch sein Vorschlag, die bereits vorhandenen Dokumente und Entwürfe zur Gemeinde-, Kreis- und Länderordnung einzusehen und als Grundlage für weitere Schritte zu betrachten, fand kein Gehör.

Einen Beweis für die Doppelzüngigkeit der SED-Funktionäre lieferte Paul Verner, der ungeachtet seines mehrjährigen Exils in Schweden deutlich zu den »Moskau-Kadern« zu zählen ist. Verner äußerte sich als Jugendverantwortlicher im Parteivorstand zum Wahlalter und warnte davor, das aktive Wahlrecht von achtzehn Jahren unmittelbar einzuführen. Dabei würde

die SED »bei der gegenwärtigen ideologischen Einstellung der großen Masse der Jugend« wahrscheinlich noch schlechter abschneiden. Diese Äußerung ist insofern bemerkenswert, als in den *Grundrechten der jungen Generation*, die das 1. Parlament der Freien Deutschen Jugend im Juni 1946 als Kampfprogramm bestätigt hatte, die Gleichberechtigung der Jugend an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und, damit verbunden, ein aktives Wahlrecht mit achtzehn Jahren eingefordert wurden. In den Zentralrat der Jugendorganisation war auch Paul Verner gewählt, also mit der Umsetzung des Programms betraut worden.[72]

Zum Abschluß der Verfassungsdiskussion am 11. November erklärte Grotewohl, was in den verbleibenden zwei Tagen noch zu tun sei: Eine Kommission müsse gewählt werden, die den Entwurf überarbeiten sollte, um ihn, dann an das Zentralsekretariat als Grundlage für die Tagung des Parteivorstandes zurückzugeben. Dafür wurden bestimmt: Helmut Lehmann, Wilhelm Koenen, Dr. Heinrich Acker, Erich Schlobach, Erich Behnke, Dr. Karl Polak und Anton Plenikowski. Käthe Kern und Paul Verner sollten die Wünsche der Frauen bzw. der Jugend schnellstens formulieren und der Kommission übergeben. Rein arithmetisch konnten die Remigranten in diesem Ausschuß mit Koenen, Polak, Plenikowski und Verner großen Einfluß ausüben, doch tatsächlich war ein Spielraum kaum vorhanden.[73]

Zwei Tage später, am 13. November, beschloß das Zentralsekretariat unter Hinzuziehung der Leiter der Abteilungen Justiz sowie Landes- und Provinzialpolitik, Karl Polak und Anton Plenikowski, dem Parteivorstand den Entwurf der »Reichsverfassung« vorzulegen. Die eingebrachten Änderungen würden Polak und Plenikowski zusammenstellen und als Ergänzung beifügen. Sie sollten sich auch des Kommuniqués über die Tagung annehmen, deren Teilnehmerkreis beschränkt wurde. Weiterhin wurde beschlossen, den Verfassungsentwurf noch in der Wochenendausgabe im SED-Zentralorgan zu veröffentlichen und am Samstag eine Pressekonferenz abzuhalten. Mit der Umsetzung der geplanten umfassenden Kampagne wurden Polak und Plenikowski beauftragt.[74] Am folgenden Tag, dem 14. November 1946, trat der Parteivorstand der SED zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Grotewohl faßte hier noch einmal die bereits genannten Grundgedanken aus dem Verfassungsentwurf zusammen. Er wiederholte dabei auch seine Einschätzung der Politik der vier Besatzungsmächte. Angesichts der aktuellen Veränderungen der Ländergrenzen bzw. Neubildungen in der britischen Zone kam er zu dem Schluß, die »Unterschiedlichkeit in der rechtlichen Entwicklung der Zonen« bringe die »Gefahr, daß wir uns in Deutschland auseinanderleben«. Auch der vorliegende Verfassungsentwurf für ein einheitliches Deutschland sei nicht »der Weis-

[72] Siehe Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Berlin (DDR) 1982.

[73] SAPMO, BA, NY 4090/379, Steno-Niederschrift über die Sitzung des Verfassungsausschusses am 11.11.1946.

[74] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1./46, ZS-Sitzung 13.11.1946.

heit letzter Schluß«, deshalb wünschte er eine »lebhafte und wachsame Teilnahme des gesamten Volkes« an der Verfassungsdebatte. Der überarbeitete Entwurf wurde vom Parteivorstand einstimmig angenommen.[75]

Auf die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs im SED-Blatt *Neues Deutschland* folgte eine Vielzahl von Stellungnahmen und Erläuterungen, darunter auch von ehemaligen Emigranten. Vor allem in der theoretischen Zeitschrift der SED »Einheit« kam es zu einer breiten Diskussion über den Entwurf.[76] Spezielle Exilerfahrungen finden sich in den Diskussionen nicht.

Der Verfassungsentwurf der SED hatte die anderen, noch weitgehend eigenständigen politischen Kräfte in der SBZ überrascht. Auch der stellvertretende Vorsitzende der Sächsischen Landtagsfraktion der LDPD, Johannes Dieckmann, der mit der Staatsgründung 1949 erster Volkskammerpräsident der DDR werden sollte, fühlte sich überrumpelt. Man hätte den Entwurf zuvor im Block diskutieren sollen, ein einheitlicher Vorschlag wäre besser gewesen. Doch jetzt sei ein Faktum geschaffen, über das in ganz Deutschland unmittelbar die Diskussion zu führen sei.[77]

Die SED hatte mit dieser ersten gesamtdeutschen Verfassungskonzeption die anderen Parteien unter erheblichen Konkurrenzdruck gesetzt. Die heftige negative Resonanz im Westen betraf vor allem die Ablehnung der Gewaltenteilung. Doch auch die entwickelten Formen direkter Demokratie wurden angesichts des für die Kommunisten erfolgreichen Volksentscheids in Sachsen im Westen pauschal abgelehnt, obwohl sie in den Exildiskussionen der Sozialdemokraten und anderer politischer Kräfte eine große Rolle gespielt hatten.[78]

---

[75] Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik. Beschluß einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED am 14. 11. 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 22; Entwurf ohne Rede Grotewohls auch in: Dok. SED, Bd. 1, S. 114–137.

[76] Heft 1/1947 der Einheit erschien als Sonderheft zur Verfassungsdiskussion mit den Beiträgen: K. Polak, Marxismus und Staatslehre. Zur Kritik der deutschen Rechtsideologie (S. 4–29); R. Friedrichs, Das Parlament als höchstes Staats- und Kontrollorgan (S. 30–34); W. Ulbricht, Verfassungsfragen und theoretische Schulung (S. 34–40); R. Chwalek, Soziale Grundrechte im Verfassungsentwurf der SED (S. 41–45); H. Acker, Zur Soziologie unseres Verfassungsentwurfs (S. 46–56); M. Rentmeister, Um die Rechte der Frau (S. 57–59); E. Honecker, Jugend und verfassungsrechtliche Gestaltung Deutschlands (S. 60–66); H. Lehmann, Die Verfassung als Ausdruck des demokratischen Volkswillens (S. 66–71); E. Kolmer, Versicherung oder staatliche Gesundheitspolitik (S. 72–73); K. Zweiling, Was ist Parlamentarismus. Einige Einwände gegen den Verfassungsentwurf der SED (S. 74–82); D. Tscheglow, Sozialismus und bürgerliche Demokratie. Verfassung als Spiegel der Realität (S. 83–95); R. Lindau, Aus der Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um Demokratie (S. 96–106) u. a. m.; Jürgen Kuszynski, Wirtschaftsplanung im Verfassungsentwurf, in: Neues Deutschland, 28. 11. 1946.

[77] Sächsisches Tageblatt, 5. 12. 1946, Johannes Dieckmann, Um Deutschlands Verfassung.

[78] Siehe Jung (s. Anm. 56), S. 18ff. Die Verfassungspläne des Exils stimmten bei aller Unterschiedlichkeit in ihrer Kritik am Wahlrecht überein. Dabei wurde direkte Formen der Demokratie durchaus auch positiv beurteilt. – Wolfgang Benz, Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, im Exil und in der Besatzungs-

Die Länderverfassungen der SBZ

Nach den Vorstellungen von SMAD und SED sollte der Verfassungsentwurf möglichst unverändert in den anstehenden Länderverfassungen der SBZ seinen Niederschlag finden. Ursprünglich hatte die SED nur die Einführung von »Landesordnungen« geplant. Dabei ließ sie sich von generellen Bedenken leiten, ob Länderverfassungen überhaupt zu diesem frühen Zeitpunkt und unter den gegebenen Bedingungen erarbeitet werden sollten. Die KPD in den Westzonen argumentierte stark dagegen.[79] Mit Rücksicht auf die KPD-Propaganda gegen die Länderkonstituierung in Bayern hatte die SED-Führung am 7. Oktober die Beratung über die Länderordnungen sogar ausgesetzt, doch angesichts der großen Zustimmung der bayerischen Verfassunggebenden Versammlung zum Entwurf einer republikanischen Verfassung nahm die SED-Führung die Diskussion wieder auf und stimmte am 28. Oktober dem »Entwurf einer Landesordnung« zu.[80] Doch die SMA ordnete die Ausarbeitung von Landesverfassungen an.[81] Diese sollten die Verfassungsstrukturen des künftigen Nationalstaates vorbereiten helfen und waren gleichzeitig als Alternativentwürfe zu den föderalistischen Ordnungen der Länder in der amerikanischen Zone gedacht. Auch die »revolutionären Errungenschaften«, wie die Bodenreform, die Enteignungen und die Reformen in Justiz und Bildung, sollten gesichert werden.

Die neugewählten Landtage nahmen im Laufe des November 1946 ihre Tätigkeit auf. Auf der Grundlage eines zentral erarbeiteten Landesverfassungsentwurfs der SED, der sich eng an den Entwurf einer »Reichsverfassung« vom 14. November anlehnte, unterbreiteten die SED-Fraktionen in den fünf Landtagen entsprechende Vorlagen; in drei Landtagen brachte die CDU einen eigenen Entwurf ein.[82] In den in den Ländern gebildeten Rechts- und Verfassungsausschüssen waren in nicht geringer Zahl auch ehemalige Emigranten vertreten. So arbeiteten die einflußreichen SED-Führer

---

zeit, in: Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, hrsg. von Thomas Koebner u. a., Opladen 1987, S. 201–213.

[79] Siehe Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946. Dokumente, Frankfurt a. M. 1978, S. 15.

[80] SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1./37, ZS-7. 10. 1946; SAPMO, BA, DY 30/IV 2/2.1./42, ZS-28. 10. 1946.

[81] Wilhelm Koenen erklärte dazu im Sächsischen Landtag: »Der Entwurf der SED hatte zunächst den Charakter einer Länderordnung. Im Laufe der weiteren Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen in Moskau, stellte es sich als notwendig heraus, nicht nur von einer Landesregierung zu sprechen, sondern eine Landesverfassung zu schaffen, die dann zur Bildung einer Landesregierung führen muß.« – Die neue demokratische Verfassung Sachsens. Wilhelm Koenens historische Rede als Berichterstatter des Verfassungsausschusses im Sächsischen Landtag am 13. März 1947, Dresden 1947, S. 4.

[82] Der SED-Entwurf ist abgedruckt in: Pollmann/Tullner (S. Anm. 9), S. 22 ff. Den zentralen Entwurf erhielten alle Landes- und Provinzialleitungen der SED am 28. 11. 1946. Der Begriff »Landesordnung« in der Überschrift war durch »Landesverfassung« ersetzt worden.

und Moskau-Remigranten Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck in den Ausschüssen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit. Dem Brandenburger Ausschuß gehörte mit Bruno Brockhoff auch ein ehemaliger Antifaschüler an. Im sächsischen Verfassungsausschuß saßen der ehemalige Sowjetemigrant Kurt Fischer, ein idealtypischer »Moskau-Kader«, und der mehrfach erwähnte Wilhelm Koenen; in Mecklenburg-Vorpommern waren es mit Änne Kundermann, Kurt Bürger und Wilhelm Bick gleich drei ehemalige Emigranten, in Thüringen saß mit Fritz Heilmann nur einer im Ausschuß. An ihrer Seite arbeiteten weitere SED-Vertreter, mitunter auch auf dem Ticket der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), wie Ernst Goldenbaum in Mecklenburg-Vorpommern, die das Vertrauen der sowjetischen Besatzungsmacht besaßen.[83] Bei den Kommunisten war für eine Mitarbeit in den Ausschüssen weniger die Erfahrung in parlamentarischer Arbeit, schon gar nicht die Erfahrung westlicher funktionierender Demokratien, sondern einzig die politische Zuverläßlichkeit aus Sicht der SMAD das Kriterium.

In den Ländern und dem zentralen Block der antifaschistischen Parteien wurden die Auseinandersetzungen um die Länderverfassungen mit allem Ernst geführt. Allerdings vollzog sich die Debatte auch in einem hohen Tempo; während sie in Thüringen nur zwei Wochen benötigte, dauerte sie in Sachsen-Anhalt etwa sechs Wochen. Die SED-Vorlagen wurden für die Einzelberatungen zugrunde gelegt, dabei dienten die CDU-Entwürfe ihren Fraktionen als »Richtlinien« in der Diskussion.

Nicht wenige ehemalige Emigranten engagierten sich in der Ausschußarbeit. Auch Wilhelm Koenen durfte seine langjährigen Erfahrungen in die Verfassungsarbeit des Sächsischen Landtages und darüber hinaus einbringen.[84] Seine sachlichen und auf Formfragen bezogenen Änderungsvorschläge zum SED-Länderentwurf wurden fast ausnahmslos akzeptiert und für die SED-Funktionäre aller Länder verbindlich.[85] Nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch in den Sitzungen der Landtage traten ehemalige Emigranten aktiv in der Verfassungsfrage in Erscheinung, wie der SED-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Bernhard Koenen, zwischen 1922 und 1933 bereits Mitglied des Provinziallandtages und anschließend bis 1945 im sowjetischen Exil, oder Erich Glückauf, obwohl langjähriger Skandinavienemigrant ein verläßlicher »Moskau-Kader«. Glückaufs kompromißlose und geradezu aggressive Haltung im Mecklenburger Landtag zur Frage der Entschädigung bei Enteignung (Art. 80) läßt kaum Assoziation an sein schwedisches Exil wach werden.[86] Abänderungs- und Zusatzanträge der bürgerlichen Parteien wurden in die Ausschußverhandlungen einbezo-

[83] Braas (s. Anm. 9), S. 101f.
[84] SAPMO, BA, NY 4074, Bd. 172/173, Material Koenen zum Verfassungsausschuß.
[85] Vgl. Pollmann/Tullner (S. Anm. 9), S. 40ff.
[86] Akten und Verhandlungen des Landtages des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1946–1952, Bd. I.1., Frankfurt a. M. 1992, S. 139ff.

gen und zum Teil auch berücksichtigt, dabei standen die Liberaldemokraten mit ihren streng unitarischen Vorstellungen den Kommunisten deutlich näher als die CDU. Letztlich setzten sich die Vorstellungen der SED ohne große Gegenwehr durch.[87] Am 22. Dezember 1946 wurde die Landesverfassung für Thüringen verkündet, am 10. und 16. Januar 1947 folgten Sachsen-Anhalt und Mecklenburg. Der Landtag von Brandenburg verabschiedete die Landesverfassung am 31. Januar, Sachsen folgte am 28. Februar 1947.

Die Länderverfassungen zeichnete das uneingeschränkte Bekenntnis zur Einheit Deutschlands aus. Die Länder betrachteten sich als Gebietskörperschaften des zukünftigen gesamtdeutschen Staates und es wurde von einer deutschen Staatsbürgerschaft gesprochen. Es galt der Grundsatz, »gesamtdeutsches Recht bricht Landesrecht«. Wie im Verfassungsentwurf der SED wurde die Volksvertretung zum höchsten Organ erklärt und der Gewaltenteilung eine Abfuhr erteilt. Auch in der Frage des Berufsbeamtentums hatten sich die bürgerlichen Parteien nicht durchsetzen können – übereinstimmend wurde nun von »Angestellten im öffentlichen Dienst« gesprochen. Geringfügige Unterschiede betrafen etwa das aktive Wahlalter, das auf 20 Jahre festgesetzt wurde, außer im Land Sachsen, wo es 18 betrug. Wie aus der oben erwähnten Äußerung Paul Verners im Ausschuß ersichtlich, hatte man in der SED-Führung einer Entscheidung für das jüngere Wahlalter, wie sie das FDJ-Parlament gefordert hatte, von vornherein mit gemischten Gefühlen gegenübergestanden und sich hier wohl nicht ungern kompromißbereit gegeben. In der Frage Grundrechte und Grundpflichten war in den Länderausschüssen und im zentralen Blockausschuß verschiedentlich der Standpunkt vertreten worden, daß der Grundrechtskatalog allein in die Reichsverfassung gehöre. Diese Auffassung hatte auch die SED lange gehegt. Folglich sind in der zuerst verabschiedeten Landesverfassung, der Thüringer, die Grundrechte nur kurz ausgeführt. Doch mit der Aufwertung der Länderverfassungen erhielten auch die Grundrechte einen hohen Stellenwert.

Für die in allen Ländern schließlich kampflose Zustimmung der bürgerlichen Parteien war sicherlich von Bedeutung, daß die SED zumindest noch in Worten eine parlamentarische Demokratie anstrebte und die Übernahme des sowjetischen Sozialismus ablehnte. Sicher hegten einige in der damaligen Situation noch die irrige Hoffnung, die SED würde auch sozialdemokratische Traditionen weiterführen.[88] Die von der SED entfachte Verfassungsdiskussion wurde mit der Bestätigung der Länderverfassungen abgebrochen.

---

[87] Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949, Köln 1986, S. 30, S. 175–188 (Protokolle der Blocksitzungen). Diese Entwicklung beeinflußt hat sicher auch der Befehl Nr. 332 der SMA vom 27. November, der die Präsidenten der Länder und Provinzen der SBZ anwies, die ihnen durch den Befehl Nr. 110 vom 22. Oktober 1945 übertragene Gesetzesgewalt an die Landtage zu übergeben.- Vgl. Schultes (s. Anm. 9), S. 9; vgl. auch Braas (s. Anm. 9), S. 103ff.

[88] Für Mecklenburg siehe auch Schwabe (s. Anm. 9), besonders die Abschnitte 3.5. und 3.6.

Erst ein Jahr später sollte sie unter anderen Vorzeichen erneut forciert werden.[89]

Resümee

Die Verfassungsdiskussion in der SBZ 1946/47 war wesentlich von ehemaligen Emigranten getragen. Eine bestimmende, prägende Rolle spielten die Rückkehrer aus der UdSSR, allen voran Walter Ulbricht. Juristische Kenntnisse und das Wissen um die sowjetischen Vorstellungen über Verfassungsfragen brachte Karl Polak ein, der als relativ junger Jurist in das sowjetische Exil gedrängt worden war und dort dreizehn Jahre seines Lebens verbrachte. In dieser Zeit war er in sehr engen Kontakt mit der sowjetischen Rechtsauffassung gekommen. Ehemalige Emigranten aus der westlichen Hemisphäre, die zum Teil an exponierter Stelle wirkten, konnten keine Erfahrungen aus der westlichen Welt einbringen.

In der zeitgenössischen Publizistik wurde der Verfassungsentwurf der SED ausschließlich in deutscher Tradition gesehen, vor allem in der der Weimarer Verfassung. Von Einflüssen aus dem Ausland distanzierte man sich deutlich. Otto Grotewohl schrieb Anfang 1947, er halte es für falsch, einem Staate die Verfassungsinstitutionen und Regierungsformen eines anderen Staates aufzupfropfen. Die Entfaltung der Demokratie sei in erster Linie Sache der politischen Entwicklung des Volkes; jedes Volk könne aber nur seine politische Entwicklung gehen, nicht die eines fremden Volkes. »Die demokratischen Bedingungen für Deutschland sind darum weder amerikanisch, russisch, englisch noch französisch, sondern sie sind deutsch.« Neben der Weimarer Verfassung verwies er auf eine weitere Traditionslinie, die Geschichte der deutschen Revolutionäre von 1848. Er erinnerte an die Forderungen der Linken im Frankfurter Parlament, die die Herstellung einer einheitlichen deutschen Republik, die Übernahme der gesamten Exekutivgewalt durch das Volk sowie die Wählbarkeit der Richter erstrebt hatten.[90]

Doch der Verlauf der Verfassungsdiskussion 1946 und das Ergebnis zeigen, daß sich der Entwurf der SED vom 14. November 1946 in der Linie kommunistischer Meinungsbildung seit dem VII. Weltkongreß der Komintern bewegte und Ergebnis taktischer Überlegungen der Kommunisten war, die die Hoffnung auf ein Sowjetdeutschland nicht aufgegeben hatten. Auch sie waren von den Erfahrungen der Weimarer Verfassung geprägt, doch ließen sie sich in ihren Vorstellungen in erster Linie von den Ergebnissen früherer Diskussionen im Rahmen der Komintern und daraus folgend, von dem in Moskau ausgearbeiteten Nachkriegsprogramm leiten.

---

[89] Vgl. Laufer (s. Anm. 8), S. 35.
[90] Vgl. Grotewohl, Deutsche Verfassungspläne (s. Anm. 66), S. 17f.

Eine kommunistische Weltherrschaft war bleibende Zielstellung, die Verfassungsdiskussion ein Machtkampf, in dem taktisches Geschick verlangt wurde.

Die von der SED unter dem Eindruck des Geschehens in den Westzonen entfachte Verfassungsdiskussion wurde in erster Linie von den sowjetischen außenpolitischen Zielen bestimmt, vorrangig von deren Deutschlandpolitik. Die Diskussion stand nur scheinbar in deutscher Tradtion, tatsächlich wurde sie von den im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung erarbeiteten Verfassungsvorstellungen bestimmt. Erfahrungen des Exils spielten dabei keine Rolle, soweit sie nicht aus der UdSSR stammten.

Die Eigenart der Verfassungsdiskussion in der SBZ erklärt sich durch das für die ganze Epoche sowjetkommunistischer Herrschaft gültige Dogma: Die Koordination kommunistischer Parteipolitik mit der sowjetischen Außenpolitik. Zur Durchsetzung ihrer Politik bediente sich die sowjetische Besatzungsmacht ihrer »Nomenklaturkader«, der sog. »Moskau-Kader«, die sich in überwältigender Mehrheit aus ehemaligen Emigranten zusammensetzte und an deren Loyalität zu Moskau kein Zweifel bestehen konnte.

Kommunistische Emigranten und die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland

Jörg Morré

Bereits in den letzten Kriegstagen kehrte eine kleine Gruppe kommunistischer Parteifunktionäre um Walter Ulbricht aus dem sowjetischen Exil nach Deutschland zurück. Dieses Ereignis führte zu der weit verbreiteten Auffassung, daß die sowjetische Führung frühzeitig kommunistische Emigranten vorbereitete mit dem alleinigen Ziel der Sowjetisierung wenn schon nicht ganz Deutschlands, so doch zumindest des sowjetisch besetzten Teils. Alexander Fischer hielt daher eine unmittelbare Verantwortung deutscher Kommunisten für die Teilung Deutschlands, planerisch wie auch bei der Umsetzung sowjetischer Besatzungspolitik, für gegeben.[1] Auch Arnold Sywottek konstatierte eine Interessenkongruenz zwischen KPD und KPdSU[2], unterschied jedoch zwischen Planung und Umsetzung in konkrete Politik.[3] Schließlich kam die nach Öffnung ostdeutscher und sowjetischer Archive erschienene Arbeit Wilfried Loths zu dem Ergebnis: »Der sozialistische Teilstaat DDR ist in erster Linie ein Produkt des revolutionären Eifers von Walter Ulbricht, der sich vor dem Hintergrund westlicher Abschottungspraxis entfalten konnte«.[4]

Mit vorliegendem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, welchen Anteil diejenigen Emigranten an der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung hatten, die vor der nationalsozialistischen Verfolgung in das sowjetische Exil geflüchtet waren und bei Kriegsende unter dem Schutz der sowjetischen Siegermacht nach Deutschland zurückkehrten. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dabei nicht die – unbestrittene – Tatsache, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) nachhaltig verändert wurden und im Wechselspiel mit der Entwicklung in den Westzonen zum Aufbau eines eigenen Staatswesens führten. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die Planungen deutscher Emigranten im sowjetischen Exil, ihre dort möglicherweise beratende Rolle bei der Formulierung

[1] Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975, S. 8.

[2] Die »Kommunistische Partei der Sowjetunion« (KPdSU) hieß zu dieser Zeit noch »Kommunistische Allunionspartei (Bolschewiki)« – VKP (b). Dessen ungeachtet wird im weiteren die bekanntere Abkürzung KPdSU verwendet.

[3] Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971, S. 16.

[4] Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 10.

der zukünftigen sowjetischen Besatzungspolitik und ihre anschließende Einflußnahme auf das tatsächliche Vorgehen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) nachzuvollziehen. In einer Studie Peter Erlers ist das bereits unter dem Aspekt der »Moskau Kader« versucht worden, dort aber ausschließlich auf die Besetzung von Führungspositionen im Partei- und Staatsapparat in der SBZ angewandt worden.[5] Der von Erler konstatierte maßgebliche Einfluß der Moskau-Remigranten in der SBZ/DDR ist unübersehbar, klärt aber nicht deren Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Im folgenden soll daher die Umsetzung bzw. die nicht erfolgte Umsetzung der im Moskauer Exil ausformulierten Konzepte durch den zuvor benannten Personenkreis beschrieben und in den Kontext sowjetischer Besatzungspolitik gestellt werden.

Die Sowjetunion war seit Beginn der zwanziger Jahre Zielpunkt deutscher Kommunisten, die zum Arbeiten, zur Schulung oder zur Mitarbeit in der Kommunistischen Internationale (Komintern) in den ersten sozialistischen Staat übersiedelten. Nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung« schwoll dieser bis dahin geringe Emigrationsstrom sprunghaft an, denn nun waren Kommunisten in Deutschland direkter politischer Verfolgung ausgesetzt und mit physischer Vernichtung bedroht. Die KPD verlegte ihre Parteileitung, nachdem sie zuerst in Paris, dann in Prag Zuflucht gesucht hatte, nach Moskau, von wo aus faktisch seit Anfang 1935 die Geschäfte der Partei geführt wurden.[6] Aber die Sowjetunion war kein gastfreundliches Emigrationsland. Angesichts knapper eigener Ressourcen sowie der Aufforderung an alle Kommunisten, statt der Emigration den Kampf gegen den Faschismus in ihren Heimatländern aufzunehmen, erfolgte die Aufnahme kommunistischer Flüchtlinge lediglich selektiv und immer nur mit Einverständnis der jeweiligen nationalen kommunistischen Partei. Dem ging ein langwieriges Prüfverfahren voraus, das nur etwa die Hälfte der Antragsteller bestand. Als Folge davon kam es zu zahlreichen illegalen Einreisen. Diese nicht als »Politemigranten« anerkannten Flüchtlinge waren in der Sowjetunion auf sich gestellt und mußten sich in dem Dickicht sowjetischer Behörden allein ihren Weg bahnen. Als Folge davon hatte die in Moskau residierende Exilleitung der KPD gegen Ende des Krieges größte Schwierigkeiten, sich einen Überblick über die Emigrationsszene in der Sowjetunion zu verschaffen.[7]

---

[5] Peter Erler: »Moskau-Kader« der KPD in der SBZ, in: Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, hrsg. v. Manfred Wilke, Berlin 1998, S. 229ff.

[6] Die offizielle Verlegung der Parteileitung nach Moskau erfolgte erst im Oktober 1939, d. h. nach Kriegsbeginn.

[7] Die Zahl der bis Ende 1936 in die Sowjetunion emigrierten Deutschen wird auf 5 000 bis 6 000 Personen geschätzt, wobei sich zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr alle Emigranten in der Sowjetunion befanden. Erneute Emigration, Rückkehr nach Deutschland und »Kommandierungen mit Parteiauftrag« sorgten für eine ständige Fluktuation; Carola Tischer, Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945, Münster 1996, S. 26; siehe auch Peter Erler, Heerschau und Einsatzplanung. Ein Doku-

In der Sowjetunion angekommen sahen sich viele deutsche Kommunisten abermaliger Verfolgung ausgesetzt. Zuerst waren es die »Säuberungen« der Jahre 1936–1938, und infolge des »Hitler-Stalin-Paktes« drohte ihnen ab Herbst 1939 die Auslieferung an das Deutsche Reich. Selbst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 hörte die Verfolgung deutscher Emigranten in der Sowjetunion nicht gänzlich auf.[8] Auf der anderen Seite wurde die Exil-KPD im Juni 1941 zum Partner der KPdSU. Unter dem organisatorischen Dach der Komintern – und somit für die Weltöffentlichkeit nicht unmittelbar zu erkennen – agitierten deutsche Exilkommunisten als Rundfunk- und Flugblattpropagandisten gegen das zum sowjetischen Kriegsgegner gewordene nationalsozialistische Regime. Kinder der Emigranten gingen als Soldaten zur Roten Armee oder kämpften in sowjetischen Partisanenbrigaden. Altgediente KPD-Funktionäre arbeiteten als sogenannte Politinstrukteure in Kriegsgefangenenlagern und als Lehrer an »Antifa-Schulen«, um die – anfangs noch wenigen – deutschen Gefangenen der Roten Armee zu »Antifaschisten« zu erziehen.[9] Damit wollte die KPD zugleich Kader sammeln für ein antifaschistisches Deutschland nach Hitler. Im Juli 1943 schließlich gründeten führende KPD-Funktionäre (Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht u. a.) zusammen mit kommunistischen Schriftstellern (Erich Weinert, Friedrich Wolf, Johannes R. Becher u. a.) sowie mit kriegsgefangenen Wehrmachtssoldaten das Nationalkomitee »Freies Deutschland« (NKFD). Damit wurden Deutsche im sowjetischen Exil zu Mitgestaltern der sowjetischen Deutschlandpolitik.[10]

Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Kriegsgefangenen im Nationalkomitee lief nicht reibungslos. Seit seiner Gründung gab es fortwährend Konflikte. Waren es im Herbst 1943 Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Generälen, so brach um die Jahreswende 1943/44 ein

---

ment zur Kaderpolitik der KPD aus dem Jahre 1944, in: Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, hrsg. v. Klaus Schröder, Berlin 1994, S. 54ff.

[8] Von den »Säuberungen« sollen 1200 bis 1300 deutsche Emigranten betroffen gewesen sein; Erler, Heerschau, S. 54; siehe auch Hermann Weber, »Weiße Flecken« in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinischen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a. M. 1989, S. 32ff.; Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt a. M. 1990; Peter Erler, Zwischen stalinistischem Terror und Repression. Staatlicher Zwang und parteipolitische Strafmaßnahmen gegen deutsche Politemigranten in der UdSSR nach dem 22. Juni 1941, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1996), S. 148ff.

[9] Diese Schulungslager für Kriegsgefangene entstanden im Mai 1942 und blieben – mit Veränderungen – bis Ende 1949, dem offiziellen Ende der Kriegsgefangenschaft, bestehen; dazu siehe Gert Robel, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa, München 1974.

[10] Aktueller Überblick zur Geschichte des NKFD in: Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und Bund Deutscher Offiziere, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär, Frankfurt a. M. 1995; zu dem gesamten Themenkomplex siehe Jörg Morré, Das Institut 99 in Moskau 1943–1946. Nationalkomitee »Freies Deutschland« und Antifa-Schulung als Bestandteil sowjetischer Deutschlandplanung, phil Diss. Bochum 1999.

Streit der Politemigranten untereinander aus.[11] Der Grund dieser Auseinandersetzung dürfte dabei darin zu sehen sein, daß die deutschen Politemigranten in der täglichen Propagandaarbeit zwar dauernd das Zusammengehen mit »bürgerlichen«, nicht selten ehemals nationalsozialistisch eingestellten Offizieren in einem »Anti-Hitler-Bündnis« in Wort und Schrift vertraten, sich untereinander aber nicht über die daraus resultierenden Prämissen für die zukünftige Deutschlandpolitik verständigt hatten. Diese Diskussion wurde im Januar 1944 von dem ehemaligen Generalsekretär der Komintern, Georgi Dimitrov, in Gang gesetzt.[12] Dimitrovs Intervention hatte dabei nur oberflächlich mit dem Streit um das NKFD zu tun, sondern war in erster Linie auf die veränderten alliierten Beziehungen zurückzuführen. Denn im Dezember 1943 hatte sich die Sowjetunion auf der Konferenz von Teheran dem von den Westalliierten bereits zuvor aufgestellten Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands (»unconditional surrender«) angeschlossen und damit signalisiert, auf Sonderverhandlungen mit Deutschland in Zukunft zu verzichten. Damit war die Konzeption des Nationalkomitees, wonach das Deutsche Reich durch den aus eigener Kraft herbeigeführten Sturz Hitlers den Krieg beenden und als souveräner Verhandlungspartner der Alliierten auftreten könne, im Prinzip gescheitert. Als interne sowjetische Planungsoption blieb die mit dem Nationalkomitee verbundene Deutschlandpolitik dennoch bis zur Jahreswende 1944/45 offen, und das Komitee wurde erst im November 1945 – inzwischen vollkommen bedeutungslos – aufgelöst. Im Januar 1944 wurden die Politemigranten von Dimitrov noch ausdrücklich auf die weitere Mitarbeit im Nationalkomitee, das seine Propaganda wie bisher fortsetzte, verpflichtet. Allerdings, und das war die eigentliche Zäsur, sollten die kommunistischen Emigranten unabhängig vom NKFD ihre Deutschlandpolitik formulieren.[13] Am 6. Februar 1944 setzte die Exil-KPD eine zwanzigköpfige Kommission ein »zur Durcharbeitung einer Reihe politischer Probleme

[11] Höhere Offiziere und Generäle waren im Juli 1943 der Gründung des NKFD fern geblieben, gründeten aber im September 1943 den Bund Deutscher Offiziere (BDO) als eigenständige Organisation, die dann sofort mit dem NKFD zusammenging. Dennoch blieben intern immer große Spannungen zwischen BDO und NKFD; zum Streit der Kommunisten untereinander siehe Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 43ff.

[12] Nach Auflösung der Komintern im Mai 1943 bestand deren Apparat unter der Tarnbezeichnung »wissenschaftlicher Forschungsinstitute« fort, und über das sogenannte Büro Dimitrov konnten die ausländischen kommunistischen Parteien weiterhin angeleitet werden; Grant Adibekov, Kominform i poslevoennaja Evropa 1947–1956 gg., Moskva 1994, S. 10ff.; Jan Foitzik, Zur Anleitung der kommunistischen Parteien im Zeitraum nach der Auflösung der Komintern (1943) bis zur Bildung des Kominform (1947), in: Centenaire Jules Humbert-Droz. Colloque sur l'internationale Communisme. La Chaux-de-Fonds 25–28 septembre, S. 509ff.

[13] Vgl. Notizen Piecks von der Besprechung mit Dimitrov am 13.1.1944, SAPMO-BArch, Bl. 27.

des Kampfes für den Sturz Hitlers und der Gestaltung des neuen Deutschlands«.[14]

Der Beginn der Deutschlandplanung kommunistischer Emigranten in der Sowjetunion war nicht auf einen autonomen Beschluß der in Moskau residierenden Parteileitung zurückzuführen. Im Gegenteil, den deutschen Kommunisten war der Anweisungscharakter der von Dimitrov am 13. Januar gemachten Ausführungen sehr wohl bewußt. Wilhelm Pieck, der sich von dieser Besprechung Notizen machte, betitelte die Aussprache daher auch mit »Hauptfragen des künftigen Deutschland«.[15] In der Tat legte Dimitrov die Grundzüge der Deutschlandpolitik der KPD fest. Er prägte den später verwendeten Begriff »Block der kämpferischen Demokratie« und umriß das damit verbundene Konzept: Die KPD solle nicht allein, sondern im Zusammenschluß mit anderen – bürgerlichen – Parteien die Grundlagen für einen antifaschistischen Aufbau Deutschlands schaffen.[16] Nach dieser Sitzung und noch vor dem Beginn der Diskussion innerhalb der KPD verfaßte Wilhelm Florin – auch er war am 13. Januar anwesend – »Notizen zur Orientierung der Kommunisten«, in denen es hieß: »Für die Konzentration der Kräfte in Deutschland zum Kampfe gegen die Reaktion und für den Aufbau eines neuen freien Deutschlands ist die Schaffung eines Blocks der kämpferischen Demokratie notwendig. Der Block wird sich in seinen Forderungen und seiner Zusammensetzung unterscheiden vom Nationalkomitee »Freies Deutschland«, aber wird diese unterstützen. Der Block soll alle antifaschistischen und antiimperialistischen Organisationen, Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten zusammenfassen. Die Kommunisten geben in diesem Block die Hauptorientierung der innen- und außenpolitischen Linie und die entsprechenden Forderungen.«[17] Diese Forderungen beinhalteten eine umfassende Enteignung der verantwortlichen NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher, eine weitgehend staatlich gelenkte Wirtschaft und die allgemeine Umerziehung des Volkes zum Antifaschismus. Außenpolitisch sollte sich Deutschland an der Politik der Sowjetunion orientieren, sich

---

[14] »Protokoll der Sitzung der leitenden Genossen am 6.2.44«, SAPMO-BArch NY 4036/499, Bl. 83–84. Folgende Themen zur Bearbeitung wurden beschlossen: »(1) Lage und Aufgaben in Deutschland; (2) Die politische Führung im neuen Deutschland; (3) Die neuen Gewerkschaften; (4) Die Rolle der Sowjetunion in der Nachkriegszeit; (5) Die Wirtschaft im neuen Deutschland; (6) Die ideologische Umerziehung des deutschen Volkes; (7) Bauern- und Agrarfragen im neuen Deutschland und (8) Die Rolle der Intellektuellen«.

[15] Notizen Piecks vom 13.1.1944, SAPMO-BArch NY 4036/545, Bl. 27–29.

[16] »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, hrsg. v. Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 77f.; siehe auch Friederike Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Anatomie der Parteizentrale, S. 119ff.

[17] Zitiert nach »Nach Hitler kommen wir«, S. 90; auch die Datierung ist dieser Edition entnommen; vgl. das Fazit der Herausgeber: »Hier sind wesentliche politische Ziele aufgeführt, die sich, zum Teil bis in die Formulierung, in den späteren Entwürfen des Aktionsprogrammes wiederfinden.«, ebd.

gegenüber den Alliierten zur Leistung von Reparationen verpflichten und zukünftig den Verzicht auf jegliche Agression garantieren.

Die »Arbeitskommission der KPD« wurde von Dimitrov zu einem Zeitpunkt initiiert, als es am besten mit dem außenpolitischen Interesse der Sowjetunion zu vereinbaren war. So konstituierte sich die Kommission der KPD erst, nachdem Mitte Januar 1944 die alliierten Beratungen in der »European Advisory Commission« (EAC) aufgenommen worden waren.[18] Während die Verhandlungen mit den Alliierten von Stäben des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten vorbereitet wurden[19], so fungierte die Arbeitskommission der KPD als internes Planungsgremium für das ZK der KPdSU. Allerdings berieten die deutschen Kommunisten dabei vollkommen isoliert von der EAC.[20] Ihr Informationsstand dürfte nicht über die durch die internationale Presse erhältlichen Informationen hinausgegangen sein.[21] Auch gab es offenbar keine konkreten Hinweise Dimitrovs, dem zwar kontinuierlich über den Diskussionsstand in der Arbeitskommission berichtet wurde, dessen unmittelbares Eingreifen jedoch nicht belegt ist.[22] Umgekehrt aber blieb es der sowjetischen Führung jederzeit vorbehalten, über die Person Dimitrovs die Aktivitäten der KPD mit den Verhandlungsergebnissen der EAC zu koordinieren.

Die Zusammensetzung der Arbeitskommission war keineswegs zufällig. Dabei war neben kaderpolitischen Kriterien (Teilnahme an Parteischulung, Überprüfung durch die Kaderabteilung) die Auswahl der Mitglieder auch inhaltlich begründet.[23] Fast alle hatten journalistische Erfahrung. Einige von ihnen hatten zudem in staatlichen Forschungsinstituten, Ministerien oder

---

[18] Auf diesen Zusammenhang hat bereits Alexander Fischer (Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 84) hingewiesen. Erler u. a. (»Nach Hitler kommen wir«, S. 68 f.) stellen demgegenüber die inneren Auseinandersetzungen der Politemigranten in den Vordergrund.

[19] Dazu ausführlich: SSSR i germanskij vopros 1941–1949. Dokumenty iz archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, tom I, sost. G. P. Kynin i J. Laufer, Moskva 1996/Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 1, hrsg. v. G. P. Kynin und J. Laufer, Moskau 1996; insbes. S. 44 f.; siehe auch Jochen Laufer, Die UdSSR und die Zoneneinteilung Deutschlands (1943/44), in: ZfG 43 (1995), S. 320 ff.

[20] SSSR i germanskij vopros, S. 39.

[21] Erinnerungen Sepp Schwabs, SAPMO-BArch SgY 30/0877, Bl. 29. Funktionäre im sowjetischen Parteiapparat bekamen speziell zusammengestellte Presseinformationen mit Zeitungsausschnitten und Radiomeldungen, deren Umfang hierarchisch nach der Funktion des Adressaten gestaffelt waren. Alle weiteren Auskünfte wurden auf »Besprechungen« erteilt. Auf diese Weise wußte ein einzelner Funktionär immer nur so viel, wie die nächst höhere Parteiinstanz zuließ.

[22] Vgl. Notizen Piecks vom 21.4.1944 und 9.8.1944, SAPMO-BArch NY 4036/499, Bl. 114 und NY 36/545, Bl. 37.

[23] Es greift zu kurz, die Auswahl auf den Aspekt der »langjährig erprobten und in der Parteiarbeit erfahrenen Kader der KPD« zu beschränken (»Nach Hitler kommen wir«, S. 79). Immerhin hatten sechs Mitglieder der Arbeitskommission (Apelt, Becher, Hansen, Kurella, Oelßner, Winzer) in der Vergangenheit Parteirügen erhalten, was ihrer Berufung nicht im Wege stand; vgl. die Kurzbiographien ebd., S. 402 ff.

Hochschuleinrichtungen der Sowjetunion gearbeitet.[24] Vor allem aber war ein Großteil der benannten Kommissionsmitglieder bereits ein Jahr zuvor an der deutschlandpolitischen Planungsarbeit der KPD beteiligt gewesen. Diese war jedoch ergebnislos abgebrochen worden.[25] Die im Frühjahr 1944 erneut eingesetzte Arbeitskommission band nun unter Berücksichtigung der unabdingbaren kaderpolitischen Kriterien die in der KPD vorhandenen Fachleute ein. So war die Moskauer Führungsspitze der Partei, bestehend aus Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Anton Ackermann, komplett in der Kommission vertreten. Hinzu kamen die führenden kommunistischen Akteure im Nationalkomitee: Fritz Apelt, Johannes R. Becher, Rudolf Herrnstadt, Edwin Hoernle, Alfred Kurella, Hans Mahle, Gustav Sobottka und Erich Weinert.[26] Georg Hansen, Fred Oelßner, Elli Schmidt, Sepp Schwab, Paul Wandel und Otto Winzer arbeiteten in der Auslandsabteilung von Radio Moskau bzw. dem Deutschen Volkssender, ein Tarnsender der aufgelösten Komintern, der aber seinen Betrieb fortsetzte. Außerdem wurden Paul Lindau und Hermann Matern, die als Lehrer in der bei Moskau gelegenen Antifa-Schule Krasnogorsk arbeiteten, in die Kommission berufen. In den einzelnen Sitzungen der Kommission stellten diese Referenten ihre Thesen vor, die darauf von den übrigen Kommissionsmitgliedern diskutiert, teilweise auch mit Gegenreferaten beantwortet wurden. Die erste Arbeitsphase der Kommission dauerte von März bis Oktober 1944, wobei die letzte Sitzung bereits im August stattfand und im folgenden nur noch die Ergebnisse von der Parteileitung zusammengefaßt wurden.

Im März eröffnete Wilhem Florin, der bis zu seinem plötzlichen Tod im Juli 1944[27] einer der führenden Köpfe in der Arbeitskommission war, mit einem Grundsatzreferat.[28] Die Ausgangslage sei, daß nach dem Krieg in Deutschland ein Besatzungsregime der drei Siegermächte Sowjetunion,

---

[24] Edwin Hoernle im Institut für Weltwirtschaft, dem ökonomischen »think-tank« der sowjetischen Politik; Alfred Kurella im Volkskommissariat für Bildung der RSFSR, Paul Lindau war Dozent für Gesellschaftswissenschaften und Fred Oelßner hatte in einem sowjetischen Wirtschaftsinstitut gearbeitet.

[25] Um die Jahreswende 1942/43, im Zusammenhang mit dem »Manifest der westdeutschen Friedensbewegung« wurden von der KPD Arbeitsgruppen zu Gewerkschafts-, Militär-, Organisations-, Bauern-, Frauen-, Jugend- und Propagandafragen eingesetzt. Diese kamen jedoch bis auf zwei Gruppen nicht zustande, weil mit der Gründung des NKFD die propagandistische Linie vollkommen geändert wurde; »Nach Hitler kommen wir«, S. 54ff.

[26] Bis auf Apelt, Herrnstadt und Kurella hatten alle oben genannten das Gründungsmanifest des NKFD unterschrieben, waren also öffentlich als Mitglieder des Komitees in Erscheinung getreten. Im Gegensatz dazu arbeiteten eine Reihe weiterer Politemigranten im »Institut 99« für das Nationalkomitee, traten aber nicht als dessen Mitglieder an die Öffentlichkeit.

[27] Florin starb am 5. Juli 1944 während einer Magenoperation, der er sich in Moskau unterziehen mußte.

[28] Florin äußerte sich bereits im November 1943 gegenüber dem Nationalkomitee zu der Nachkriegssituation. Anfang 1944 verschriftlichte er seine Gedanken unter dem Titel »Was würde sein, wenn Deutschland ein Sowjetstaate werden würde?«, in: »Nach Hitler kommen wir«, S. 71ff. und S. 125ff.

Großbritannien und USA herrschen und ein gesellschaftliches Leben mit mehreren Parteien (KPD, SPD, Zentrum, Liberale) entstehen werde. Aber nur die vom Nationalsozialismus »unbefleckte Kommunistische Partei« könne die führende Rolle bei den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen übernehmen. Florin konzentrierte seine Ausführungen nicht auf diese Veränderungen, ging aber ganz offensichtlich aus von Verstaatlichungen in der Wirtschaft, Umverteilungen in der Landwirtschaft (ohne den Begriff »Bodenreform« zu verwenden) und einer Transformation des Mehrparteiensystems der Weimarer Republik zu einem »Block der Parteien« unter Führung der KPD. Florin betonte zwar immer wieder, daß die Politik der KPD von der Mehrheit der Bevölkerung (den »Volksmassen«) getragen werde, erwähnte aber an keiner Stelle die Durchführung von Wahlen. In seinen Ausführungen machte er zwei, im Hinblick auf die tatsächliche Nachkriegsentwicklung bemerkenswerte Einschränkungen: Die KPD könne sich nicht darauf verlassen, daß sie gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland allein mit Hilfe der Roten Armee durchsetzen könne, sondern sie müsse in erster Linie mit ihrem politischen Auftreten überzeugen. Des weiteren warnte er davor, bei der Umstrukturierung der bäuerlichen Besitzverhältnisse den von der Politik der KPdSU entlehnten Begriff der »Kulakenschicht« zu benutzen, da er auf die deutschen Verhältnisse nicht zu übertragen sei.[29]

Mitte April 1944 diskutierte die Kommission das Referat Walter Ulbrichts über »Die politische Führung beim Sturze Hitlers und im neuen Deutschland«. Dabei stand die von Florin bereits angesprochene Frage des Parteiensystems im Mittelpunkt der Diskussion. Im Unterschied zu Florin plädierte er dafür, das klassische Parteiensystem durch Verbände zu ersetzen, die in eine Massenbewegung einzubinden seien, und lediglich die KPD als Staatspartei neu zu konstituieren.[30] Ulbrichts Ausführungen stießen auf Kritik, vor allem hinsichtlich der gesellschaftlichen Durchsetzungskraft der KPD.[31] In seinem Schlußwort gestand Ulbricht die schwache Ausgangslage der KPD ein, was aber keine Konsequenzen für seine weitere Argumentation hatte.[32] Offenbar ging er davon aus, daß durch den militärischen Sieg der Roten Armee in Deutschland eine tabula rasa entstehe, auf der die KPD nach Gutdünken und mit sowjetischer Unterstützung ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen entfalten könne.

Im Mai widmete sich die Kommission dem Problem der Souveränität des besetzten Deutschlands, zu dem Rudolf Herrnstadt das Eingangsreferat

[29] »Die Lage und die Aufgaben in Deutschland bis zum Sturz Hitlers«, Referat Wilhelm Florins am 6.3.1944; siehe auch ders., »Alle illegalen Parteien und Gruppen sollen sich rasch in einem Kampfblock vereinen«, Schlußwort am 10.4.1944, ebd., S. 136ff. und S. 159f.

[30] Notizen Piecks zu dem Referat Ulbrichts vom 17.4.1944, ebd., S. 161ff.

[31] Diskussionsbeitrag Sepp Schwabs vom 24.4.1944 »Strategie und Taktik der Machtübernahme«, ebd., S. 167ff.

[32] »Imperialismus zerschlagen«, Notizen Piecks von dem Schlußwort Walter Ulbrichts am 24.4.1944, ebd., S. 171f.

hielt. Deutschland werde nach dem Krieg Schnittpunkt der gegensätzlichen alliierten Interessen, was sich in unterschiedlichen Besatzungsregimen, in der Frage der Grenzen Deutschlands, der inneren Ordnung und nicht zuletzt den Reparationen bemerkbar machen werde. Es gehe daher nicht um die nationale Frage, sondern um eine erfolgreiche gesellschaftliche Umgestaltung, zu der die Regelung der Reparationsfrage den Ansatzpunkt schaffe. Zwar sprach sich Herrnstadt dafür aus, die KPD von einer Kaderpartei in eine Massenpartei umzuwandeln, der Klassenkampf gegen »Sektierer« und »opportunistische Bürgerliche« dürfe allerdings nicht aufgegeben werden.[33] Diese Ausführungen Herrnstadts provozierten ein Gegenreferat Sepp Schwabs, der der nationalen Frage größere Bedeutung beimaß. Diese müsse durch das Zusammengehen der Arbeiterparteien und in Frontstellung zu den anderen (bürgerlichen) Parteien von der KPD offensiv angegangen werden.[34] Auch Florin plädierte für ein breites gesellschaftliches Bündnis, das er aufgrund der besseren Politik der KPD für möglich hielt, sprach sich aber im Gegensatz zu Schwab und Herrnstadt gegen eine Fortsetzung des Klassenkampfes aus.[35]

Im Juni behandelte die Arbeitskommission wirtschaftspolitische Fragen. Den Anfang bildete die Gewerkschaftspolitik, zu der Hermann Matern referierte. Da die KPD nicht über die Situation in den Schlüsselbranchen (Schwerindustrie) orientiert sei, sprach sich Matern unumwunden dafür aus, mit Gewerkschaftspolitikern in anderen (westlichen) Exilländern Kontakt aufzunehmen, um mit diesen gemeinsam den Wiederaufbau der Gewerkschaften vorzubereiten.[36] Ebenso warnte Wilhelm Florin davor, sich aus dem Exil heraus zur Gewerkschaftspolitik festzulegen. Vor allem wandte er sich dagegen, sofort das sowjetische Modell zu übernehmen.[37] Die wirtschaftspolitische Diskussion ging Anfang Juli weiter mit den Thesen Anton Ackermanns. Im Mittelpunkt standen dabei Enteignungen in der Rüstungs- und Schwerindustrie sowie die Anerkennung von Reparationsleistungen vor allem an die Sowjetunion.[38] In der Diskussion sah Wilhelm Florin die Problemlage ähnlich wie Ackermann. Es gehe um eine »konsequent demokratische, antiimperialistische Lösung«.[39] Sepp Schwabs Beitrag ging in die-

[33] »Die Rolle der Sowjetunion und die nationale Frage in Deutschland«, Notizen Piecks von dem Referat Rudolf Herrnstadts am 8. 5. 1944, ebd., S. 172ff.

[34] »Zur nationalen Frage«, Notizen Sepp Schwabs für einen Diskussionsbeitrag am 22. 5. 1944, ebd., S. 176ff.

[35] Wilhelm Florin, »Die Rolle der Sowjetunion und die nationale Frage«, ebd., S. 184ff.

[36] »Die Rolle der Gewerkschaften im neuen Deutschland«, Rededispositionen Hermann Materns vom Juni 1944, ebd., S. 198ff. und S. 202ff.; siehe auch das Schlußwort Materns vom 26. 6. 1944, ebd., S. 207f.

[37] »Unsere Perspektive zum Aufbau der Gewerkschaften«, Diskussionsbeitrag von Wilhelm Florin vom 19. 6. 1944, ebd., S. 206.

[38] »Wirtschaft im neuen Deutschland und unsere Wirtschaftspolitik nach dem Sturze Hitlers«, Notizen Piecks vom Referat Anton Ackermanns am 3. 7. 1944, ebd., S. 209ff.

[39] »Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland«, Notizen Wilhem Florins für einen Diskussionsbeitrag am 3. 7. 1944, ebd., S. 214.

selbe Richtung, auch wenn er Ackermann vorwarf, in seinen Forderungen nicht weit genug zu gehen.[40]

Mitte August wurde die erste Sitzungsphase der KPD-Kommission mit dem Referat zur »Bauernfrage« abgeschlossen. Edwin Hoernle forderte darin eine »wirklich demokratische Bodenreform zur Behebung der Bodennot der landarmen Bauernmassen (Güter der Kriegsverbrecher, aller Volksfeinde und Kriegsschuldigen)«.[41] Ob eine Diskussion über die Agrarpolitik noch stattfand ist fraglich, denn parallel zu dem hier grob skizzierten Ablauf der ersten Arbeitsphase gab es einschneidende Entwicklungen im Kriegsverlauf. Die von der KPD im Frühjahr in relativer Ruhe begonnen Diskussionen kamen in den Sommermonaten unter den Druck der Tagespolitik.

Im Juni 1944 eröffneten die Westalliierten die von der Sowjetunion lange geforderte zweite Front in Nordfrankreich, und im Juli brach mit der Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte die Ostfront der deutschen Wehrmacht zusammen. Vor diesem Hintergrund begannen – im Einklang mit den alliierten Absprachen in der EAC – die sowjetischen Vorbereitungen für die Errichtung einer Besatzungsverwaltung in Deutschland.[42] Im Zentralkomitee der KPdSU entstand nun die Abteilung Internationale Politik (OMI), die nach den ursprünglichen Planungen bereits zu Jahresbeginn 1944 hätte geschaffen werden sollen.[43] Die neu geschaffene ZK-Abteilung übernahm unter der Leitung von Dimitrov den Apparat der ein Jahr zuvor aufgelösten Komintern, der unter der Regie Dimitrovs in Tarnorganisationen ohnehin fortbestanden hatte. Nachdem das OMI im Juli offiziell seine Arbeit aufgenommen hatte, strukturierte im August auch die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee ihre 7. Verwaltung um.[44] Diese Abteilung war während des Krieges zuständig für die gesamte Frontpropaganda – auch für die des Nationalkomitees »Freies Deutschland« – und bildete nach Kriegsende die Basis beim Aufbau der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland.[45]

Die strukturellen Veränderungen in den Apparaten von ZK und Roter Armee rückte die Frage von Auswahl und Einsatz von Personal in den Mittelpunkt sowjetischen Interesses. Kaderpolitik ersetzte die Diskussion um inhaltliche Konzepte, wobei die Exil-KPD ihren Einfluß zu sichern ver-

---

[40] »Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsprogramm der Partei«, Notizen Sepp Schwabs für die Diskussion am 31.7.1944, ebd., S. 217ff.

[41] Notizen Sepp Schwabs zu dem Referat Hoernles am 14.8.1944, ebd., S. 224.

[42] Zur sowjetischen Verhandlungsposition in der EAC siehe: Germanskij vopros, Dokumente Nr. 108, 121, 124, 125 und 134.

[43] Adibekov: Kominform i poslevoennaja Evropa, S. 14.

[44] Michail Burzew, Einsichten, Berlin (Ost) 1981, S. 236.

[45] Vgl. Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsabteilung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, hrsg. v. Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov, Normann M. Naimark, Bonn 1998, S. XXVII ff.; Normann M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 26ff.

suchte. In dem von Wilhelm Florin formulierten Papier »Über die Volkserhebung und die Bildung von Volksausschüssen« vom Juni 1944 erhoben die deutschen Kommunisten den Anspruch, mit ihren Kadern im besetzten Deutschland die Exekutive zu übernehmen.[46] Mitte Juli unterbreitete Pieck Dimitrov einen ausführlichen Plan zum Einsatz von Exilkommunisten und antifaschistisch geschulten Kriegsgefangenen im Zuge des Vormarsches der Roten Armee. Diese Kader sollten das gesamte gesellschaftliche Leben in Deutschland kontrollieren und somit faktisch die Zivilverwaltung der zukünftigen SMAD ausüben.[47] Aber die umfangreichen Einsatzpläne der Exil-KPD scheiterten an deren mangelnden Einfluß. So beklagte sich Pieck: »Seit Bestehen des Nationalkomitees werden alle Fragen der Kriegsgefangenenschulen ausschließlich von Genossen der NKWD erledigt. Wir haben bisher weder Kenntnis über die Charakteristiken, noch konnten wir an der Arbeit teilnehmen, und auch die Schulprogramme der letzten zwei [Antifa-]Schulen wurden ohne unsere Kenntnis ausgearbeitet.«[48] Den Kaderwünschen der Exil-KPD wurde nur insofern entsprochen, als Dimitrov die deutschen Kommunisten Anfang August 1944 mit der Organisation einer Parteischulung für die zukünftig in Deutschland einzusetzenden Funktionäre beauftragte. Diese begann Mitte September unter der Tarnbezeichnung »Schule Nr. 12« und stütze sich inhaltlich auf die Ausarbeitungen der KPD-Arbeitskommission, deren Referenten Lektionen in der Schule abhielten.[49] Die im September 1944 begonnene Parteischulung der KPD in der Sowjetunion wurde mit Unterbrechungen bis Ende 1945 fortgesetzt, erbrachte jedoch nie den erhofften Zuwachs an Kadern für die KPD im Nachkriegsdeutschland.[50]

Im Oktober 1944 wurde mit dem Abschlußbericht der KPD-Arbeitskommission begonnen. Erst nach mehrfacher Überarbeitung des »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie« wurde Dimitrov am

[46] »Nach Hitler kommen wir«, S. 188ff. Die Kaderplanungen der KPD gingen davon aus, daß die Kommunisten in Deutschland noch vor dem Einmarsch der Roten Armee die Initiative an sich reißen, um dann nach der militärischen Niederlage eng mit der sowjetischen Besatzungsmacht zu kooperieren. Dabei basierten alle geplanten Maßnahmen auf der vollkommenen Unterstützung durch die Sowjetunion.

[47] Pieck an Dimitrov am 13.7.1944, in: »Gruppe Ulbricht« in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945, hrsg. v. Gerhard Keiderling, Berlin 1993, S. 107ff.

[48] Ebd., S. 110. Dem NKVD unterstanden alle Kriegsgefangenenlager und somit auch die Antifa-Schulen. Die Kaderrekrutierung selbst lief über das Institut 99; dazu siehe Morré, Das Institut 99, S. 176ff.

[49] Notizen Piecks zu den Besprechungen bei Dimitrov am 9.8.1994 und 9.9.1944, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 115ff.; Schulungsprogramm für den ersten Kurs, RCChIDNI 495/74/161, Bl. 54–56; Redemanuskripte zum Teil in »Nach Hitler kommen wir«, S. 311ff., S. 361f. und S. 375ff.;

[50] Jörg Morré, Die Parteischulung der KPD in der Sowjetunion (erscheint voraussichtlich 2000 in dem Sammelband der Europäischen Akademie Otzenhausen zu der Tagung »Neue Analysen und Erkenntnisse zur DDR-Geschichte«, hrsg. v. Heiner Timmermann); zur Parteischule siehe auch Tischler, Flucht in die Verfolgung, S. 217ff.

28. November die Endfassung vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Gespräche der Alliierten in der European Advisory Commission zum Abschluß gekommen, so daß die deutschlandpolitischen Planungen der KPD von Dimitrov mühelos mit dem erreichten Stand der alliierten Deutschlandpolitik synchronisiert werden konnten. Die Sitzung am 28. November 1944 markiert daher einen Wendepunkt in der Beteiligung deutscher Emigranten an den deutschlandpolitischen Planungen der Sowjetunion.[51] Dabei wurden – für die sowjetische Form der Entscheidungsfindung durchaus typisch – wesentliche Punkte bereits im Vorwege geklärt, vermutlich sogar in direkter Rücksprache mit Dimitrov. Bis Mitte November hatte es drei relativ ähnliche Versionen des Blockprogrammes gegeben, die von der Parteispitze der Exil-KPD (Pieck, Ulbricht, Ackermann) redigiert worden waren.[52] Am 14. November jedoch stand auf einmal der »Zweck des Programms« und dessen »Verwendung« zur Diskussion. Das läßt darauf schließen, daß von sowjetischer Seite (Dimitrov?) Einwände gegen die zu diesem Zeitpunkt aktuelle Fassung – die dritte Version – erhoben worden waren; nähere Einzelheiten sind jedoch nicht bekannt. Ackermann wurde mit der erneuten Überarbeitung des Programmes beauftragt, die am 15. November an Dimitrov ging. Diese vierte Version aber war nicht mehr ein internes Planungspapier, sondern ein zur Veröffentlichung aufbereiteter Text. So bat Pieck darum, in die auf den 28. November angesetzte Besprechung die »Frage der Herausgabe eines Aufrufes auf Grund der gegenwärtigen Lage mit konkreten Kampfaufgaben und der Aufzeigung des Ausweges« aufzunehmen.[53] Offiziell wurde dann mit Dimitrov nur über die von Ackermann propagandistisch aufbereitete Fassung des Blockprogramms gesprochen, das in seiner vierten Fassung um den Teil, in dem die Ergebnisse der Arbeitskommission als »Sofortprogramm« Eingang gefunden hatten, gekürzt worden war. Im OMI fand somit – zumindest offiziell – eine Erörterung der Gedanken der Exil-KPD zur Politik im besetzten Deutschland gar nicht erst statt. In der zur Veröffentlichung gedachten Fassung wird der Block der kämpferischen Demokratie lediglich vorgestellt als »nationale Wiederaufbau- und demokratische Erneuerungsbewegung, die alle Kräfte des schaffenden deutschen Volkes (...) über die weltanschaulichen und politischen Unterschiede hinweg erfaßt« und in der die KPD »in den vordersten Reihen zu marschieren gewillt ist«.[54] Damit war klar, daß der KPD eine bevorzugte Rolle im dem

[51] Zu der Besprechung am 28.11.1944 gibt es keine Aufzeichnungen Piecks oder sonstige verfügbare Archivdokumente, aber dafür eine Reihe von Unterlagen, aus denen sich der Stellenwert der Besprechung erschließen läßt (RCChIDNI 495/74/161, Bl. 143–159); vgl. »Nach Hitler kommen wir«, S. 91ff.

[52] Die unterschiedlichen Entwürfe des Aktionsprogrammes, ebd., S. 237ff.

[53] Pieck an Dimitrov am 25.11.1944, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 135. Auf dem im Parteiarchiv der KPdSU gefunden Exemplar desselben Briefes (RCChIDNI 495/74/161, Bl. 149) befindet sich der handschriftliche Zusatz der Kanzlei des OMI, daß über diese Frage am 28.11.1944 auf einer Sitzung bei Dimitrov entschieden werde solle.

[54] »Nach Hitler kommen wir«, S. 291.

sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zugedacht werden würde. Es war damit aber nicht geklärt, in welcher Form die sowjetische Besatzungsverwaltung mit der KPD kooperieren würde.[55]

Die Ausarbeitungen der KPD-Kommission wanderten in die Schublade, ohne daß sie vom OMI offiziell zur Kenntnis genommen worden wären. Ihre Ablehnung durch die sowjetische Führung läßt sich mittelbar darin erkennen, daß Dimitrov eine zweite Arbeitsphase der Kommission anordnete, in der konkrete Maßnahmenpläne für die zukünftig sowjetisch besetzte Zone Deutschlands ausgearbeitet werden sollten. Im Unterschied zur ersten Planungsphase ging es nun nicht mehr um das reichsweite (»gesamtdeutsche«) Auftreten der KPD, sondern lediglich um Hilfestellung für die sowjetischen Besatzungstruppen.[56] Ein weiterer Unterschied bestand darin, daß kriegsgefangene Mitglieder des Nationalkomitees in die Planungsarbeit einbezogen wurden. In einem gemeinsamen Treffen der KPD-Spitze mit den führenden Repräsentanten des NKFD Anfang Dezember 1944 – unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung vom 28. November – stellten die verantwortlichen sowjetischen Offiziere die neue Linie klar: Deutschland wird militärisch besetzt und verliert jegliche Souveränität; die sowjetischen Truppen werden in ihrer Besatzungszone eng mit der KPD zusammenarbeiten und laden alle NKFD-Mitglieder zur weiteren Kooperation ein, sofern sie diese Bedingungen akzeptieren.[57]

Die zweite Phase deutschlandpolitischer Planungen der Exil-KPD verlief unter direkter sowjetischer Anleitung. In der Zeit von Januar bis März 1945 entstanden Ausarbeitungen zur Entnazifizierung (Heinz Willmann), zum Aufbau einer Tageszeitung (Rudolf Herrnstadt) und eines Radiosenders (Anton Ackermann), Überlegungen zur Wirtschaftspolitik (Paul Schwenk, Paul Wandel), zur kommunalen Wirtschaft (Paul Schwenk), zur Agrarapolitik (Edwin Hoernle), zur Film- und Theaterpolitik (Friedrich Wolf, Hans Rodenberg, Heinrich Greif sowie Maxim Valentin) und Planungen zur Schulpolitik (Kommission des NKFD[58]). Daneben beschäftigte sich Walter

[55] Vgl. Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945), Berlin (Ost) 1985, S. 24: »Ein Problem war zunächst weitgehend unberücksichtigt geblieben: die Konsequenzen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands und aus der Besetzung des Landes durch die alliierten Siegermächte ergaben«.

[56] In allen weiteren Planungen der Exil-KPD sollte von nun an die Unterscheidung in »besetztes Gebiet« und »Nazigebiet«, d.h. zukünftig sowjetisch bzw. nicht sowjetisch besetztes Gebiet, die entscheidende Rolle spielen; ebd., S. 61.

[57] Vgl. »Über das Verhältnis von Kommunisten und Kriegsgefangenen im NKFD«, in: »Nach Hitler kommen wir«, S. 304; »Auszüge aus dem Schlußwort des Genossen Braginski (5.12.1944)«, SAPMO-Barch NY 4036/575, Bl. 225–227; Notizen Piecks zu dieser Zusammenkunft, ebd. Bl. 218–223.

[58] Dazu siehe Christa Uhlig, Rückkehr aus der Sowjetunion – Politische Erfahrung und pädagogische Wirkungen. Emigranten und ehemalige Kriegsgefangene in der SBZ und frühen DDR, Weinheim 1998, S. 57ff.; Fritz Rücker, Die Arbeit der Lehrer im Nationalkomitee »Freies Deutschland« und die schulpolitisch-pädagogische Arbeit des National-

Ulbricht mit den organisatorischen Problemen des Aufbaus der KPD-Parteiorganisation in Deutschland.[59] Bereits am 6. Februar, die alliierte Konferenz von Jalta hatte gerade begonnen, mußte Dimitrov über die begonnene Arbeit berichtet werden; zumindest bereitete sich Pieck auf eine Präsentation der ersten Arbeitsergebnisse vor. Aber folgt man den Notizen Piecks von dem tatsächlichen Verlauf dieses Treffens, so gab es am 6. Februar im OMI keine Erörterung inhaltlicher Planungen, sondern es ging vor allem um die Vorbereitung von Kadereinsätzen in Deutschland. Nicht die KPD stellte dem OMI ihre Konzepte vor, sondern es war Dimitrov, der den deutschen Kommunisten die zukünftige Besatzungspolitik der Sowjetunion erläuterte. Pieck notierte: »Es geht um militärische und ökonomische Entwaffnung, Reduzierung der Industrie, anstelle Schwerindustrie die Kleinindustrie, jede neue Expansionspolitik unmöglich machen/Wiedergutmachung: 2–3 Millionen deutscher Arbeiter werden in der SU [Sowjetunion] Arbeit finden; Vereinbarung zwischen der neuen demokratischen Kraft in Deutschland und der SU; jetzt nicht Kurs auf neue Regierung.«[60]

Nach Abschluß der Jaltaer Konferenz befand sich die Exil-KPD in einem Dilemma. Einerseits hatte sie immer weniger Einblick in die Planung der sowjetischen Besatzungspolitik, andererseits war sie einbezogen worden, den Einsatz kommunistischer Kader zur Hilfestellung der Roten Armee im besetzten Deutschland vorzubereiten. Pieck mußte bei Dimitrov anfragen: »Gibt es schon Beschlüsse über die von der Roten Armee in den besetzten Gebieten zu treffenden Maßnahmen und wie soll die von den Parteigruppen durchzuführende Arbeit eingegliedert werden? Welche Direktiven sollen die Genossen erhalten, die in das von der 1. Ukrainischen und der 1. Weißrussischen Front besetzte deutsche Gebiet geschickt werden?«[61] Am 17. Februar informierte daraufhin Panjuškin, Dimitrovs Stellvertreter, die KPD-Führung über die »Fragen der nächsten Arbeit in den von der Roten Armee befreiten deutschen Gebieten«, wobei er deutlich machte, daß alle politischen Aktivitäten auf eine »zweite Phase« der Besetzung verschoben würden.[62] Für die deutschen Kommunisten muß das überraschend gekommen sein, denn in ihren Planungen gingen sie immer noch von einem sofor-

komitees, in: Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der Völker, Berlin (Ost) 1974, S. 369ff.

[59] Zusammenfassende Darstellung, obgleich aus stark interpretierender Sicht der SED, bei Annelies Laschitza, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, S. 137 und S. 160ff.

[60] Notizen Piecks, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 180–183; Zitat S. 182f. Die Notizen bestehen aus zwei Teilen, einer Disposition für den (nicht erfolgten) Vortrag (»Besprechung mit D. am 6.2.1945«) und Notizen von den »Ausführungen von D. am 6.2.1945«; vgl. die editorische Notiz ebd. Anm. 1.

[61] Vgl. Pieck an Dimitrov am 15.2.1945, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 191.

[62] Notizen Piecks vom 17.2.1945, in »Gruppe Ulbricht«, S. 206f.

tigen Aufbau der KPD, Schaffung von Volksausschüssen und der Herausgabe von Zeitungen aus.[63]

Die Vorstellungen der Exil-KPD und die der sowjetischen Führung liefen nun vollkommen aneinander vorbei. Am 19. Februar konfrontierte Dimitrov die deutschen Kommunisten mit dem offenbar fertig ausformulierten »Entwurf Panuschkin über Organisation der Arbeit im besetzten Gebiet«.[64] Dieser Entwurf ging im März 1945 als Bericht des OMI an das sowjetische Außenministerium und wies den Exilkommunisten wie auch politisch geschulten Kriegsgefangenen (»deutsche Antifaschisten«) folgende Aufgaben zu: »Unterstützung der sowjetischen Militärbehörden beim Aufspüren von versteckten Faschisten und bei der Verhinderung von Sabotage; Hilfe bei der Organisierung der kommunalen Versorgung, beim Bau und der Reparatur von Straßen, bei der Mobilisierung der Bevölkerung; Hilfe bei der Einrichtung von Gerichten für kleinere Zivilangelegenheiten, des Schul- und Bibliothekswesens, der Versorgung, insbesondere beim Ausfindigmachen von Nahrungsmittelvorräten wie auch von Vermögen, das der Beschlagnahme unterliegt.«[65] Solchermaßen vor vollendete Tatsachen gestellt, blieb der KPD nichts anderes übrig, als diesen Bericht umzuformulieren und ihn am 5. April als »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« auszugeben.[66] Von den Exilplanungen der KPD war nichts mehr geblieben. Die in der Historiographie später als »Initiativgruppen der KPD« titulierten Kader waren Helfer der Roten Armee bei der Bewältigung kommunaler Versorgungsprobleme. Sie sollten nicht den Aufbau einer neuen KPD, geschweige denn den eines antifaschistischen Staatswesens unter Führung der Kommunisten in die Wege leiten. Bevor sie irgendwelche politischen Schritte unternehmen konnten, mußten die Leiter der »Initiativgruppen« der sowjetischen Führung berichten. Das geschah Anfang Juni 1945.

Die Berichterstattung von Ulbricht, Ackermann und Sobottka in Moskau war das erste von insgesamt acht Treffen von KPD/SED-Funktionären mit Stalin in der Zeit von Juni 1945 bis April 1952.[67] Durch diese Reisen eröffnete sich den deutschen Kommunisten ein unmittelbarer Zugang zu den sowjetischen Entscheidungsträgern, ein Privileg, das ihnen erst nach Kriegsende zuteil wurde und anderen deutschen Politikern immer vorenthalten blieb. Zu Zeiten des Exils war für die deutschen Kommunisten die ranghöchste sowjetische Instanz die ZK-Abteilung Außenpolitische Information (Dimitrov), die auch nach dem Krieg – nun unter der Leitung von

[63] »Vorschlag für die nächsten Maßnahmen der deutschen Kommunisten« vom 18. 2. 1945, ebd., S. 208 ff.

[64] Ebd., S. 228 ff.

[65] Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. 5.

[66] »Nach Hitler kommen wir«, S. 380 ff.

[67] Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, hrsg. v. Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 15.; ebd. sind die Notizen Wilhelm Piecks zu bzw. über diese Reisen ediert.

Michail Suslov[68] – der Arrangeur aller SED-Reisen nach Moskau blieb. Die institutionellen Zusammenhänge blieben somit gewahrt. Ebenso bestand auf deutscher Seite Kontinuität. Es fuhren nur KPD-Mitglieder nach Moskau, die die Jahre des Exils in der Sowjetunion verbracht hatten. Einzige Ausnahme war Otto Grotewohl, der Vizevorsitzende der SED.[69]

Ungeachtet der Exklusivität der Moskaureisen deutscher Kommunisten blieb deren Einfluß auf die Entscheidungen in der sowjetischen Besatzungspolitik gering. Die Reisen selbst boten kaum die Möglichkeit zu ausgiebigen Erörterungen. So gab es bei dem siebentägigen Aufenthalt der SED-Delegation im Februar 1947 lediglich fünf Stunden Gespräche mit sowjetischen Spitzenfunktionären. Dabei verließ sich Stalin ausschließlich auf Berichte und Vorlagen. Diese bestanden aus Memoranden, die die angereisten SED-Funktionäre noch in Deutschland abgefaßt hatten sowie aus Dossiers, die das OMI über die deutschen Gäste angefertigt hatte und während des Aufenthaltes laufend ergänzte.[70] Zudem schickte die SMAD Stellungnahmen aus Deutschland. Der politische Berater der SMAD, Semenov, der in der Regel die Delegationen der SED begleitete, erinnert sich, daß er wegen dieser Berichte in Moskau gar nicht mehr zur Sache zu sprechen gebraucht habe.[71] Da die SED-Funktionäre ebenso nur noch einmal das vortrugen, was sie bereits schriftlich eingereicht hatten, reduzierte sich der Gedankenaustausch auf Stalins knappe Einwürfe während der Berichterstattung, aus denen die deutschen Kommunisten ihre Schlüsse ziehen konnten.[72] Die wiederholte Anreise deutscher SED-Funktionäre nach Moskau gerann zu einem starren Ritual, dessen »Dürftigkeit des Meinungsaustausches« sich im Austausch »allgemeiner Phrasen« offenbarte.[73] Naimark nennt es »Pilger-

[68] Der Wechsel fand im Dezember 1945 statt. Dimitrov kehrte nach Bulgarien zurück, wo er die Führung der KPB übernahm. Mit dem Wechsel einher ging auch eine Umbenennung des OMI in »Abteilung Außenpolitik« (OVP); Adibekov: Kominform i poslevoennaja Evropa, S. 14ff.

[69] Meistens fuhren Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Fred Ölßner (als Übersetzer); ferner: Gustav Sobottka, Anton Ackermann (beide im Juni 1945) und Max Fechner (im Februar 1946); vgl. die Einträge im Besucherbuch Stalins; Posetiteli kremlovskogo kabineta I. V. Stalina. Žurnaly (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom. 1924–1953 gg, in: Istoričeskij archiv 2 (1994), Heft 5, S.

[70] Vgl. die Dokumentationen von Bernd Bonwetsch und Gennadij Bordjugov, Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar – 7. Februar 1947, in: VJZG 42 (1994), S. 279ff.; Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion. Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau 25.3. – 1.4.1948, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 95ff.

[71] Wladimir Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 231.

[72] Das hier beschriebene Schema der Entscheidungsfindung setzte sich offenbar in den Politbürositzungen der KPdSU zu deutschlandpolitischen Fragen fort. Stalin bestätigte oder verwarf lediglich die Tischvorlagen, ließ ansonsten andere reden und verlegte strittige Entscheidungen in Kommissionen, die eine erneute Vorlage ausarbeiten sollten; ebd., S. 232.

[73] Bonwetsch/Bordjugov, Stalin und die SBZ, S. 285.

fahrten nach Moskau«.[74] Rituelle Abläufe aber waren üblich für den Weg der sowjetischen Entscheidungsfindung, in den die deutschen Kommunisten in den langen Jahren des Exils eingeübt waren. Und zumindest in der Umbruchphase des Kriegsendes war den deutschen Kommunisten eine aktive Rolle in diesem Ritual zugewiesen worden.

Anfang Juni 1945 kehrten die Leiter der »Initiativgruppen« zum Bericht nach Moskau zurück. Noch am Abend des 4. Juni trugen sie Stalin ihre Eindrücke aus Deutschland vor. Anschließend wurden die Gespräche mit Dimitrov im OMI fortgesetzt. Am 7. Juni folgte eine abermalige Sitzung bei Stalin.[75] Beide Besprechungen entsprachen dem im Februar 1945 vom OMI entwickelten Zwei-Stufen-Plan, wonach eine kleine Gruppe deutscher Kader die Lage in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet erkunden, anschließend darüber berichten und dann über weitere Schritte entschieden werden sollte. Alle politischen Maßnahmen der Besatzungsmacht wurden, mit dieser Perspektive hatte das OMI seinerzeit die Pläne der KPD verworfen, auf diesen »zweiten Schritt« verschoben.[76] Dem Bericht vom 4. Juni kam so gesehen ein besonderer, später nie wieder erreichter Stellenwert zu. Nach Gründung der SMAD gab es ausreichend Rückkopplungsmechanismen und die Moskaureisen der SED-Spitze erstarrten, wie oben dargelegt, zum Ritual.[77] Unmittelbar bei Kriegsende aber war der Vortrag

---

[74] Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 375 ff.

[75] Wilhelm Pieck hat Notizen zu den Besprechungen am 4.6.1945 angefertigt. Da er selbst aber bei dem Gespräch mit Stalin nicht anwesend war, sondern erst hinterher mit den Leitern der »Initiativgruppen« im OMI zusammenkam, sind diese Aufzeichnungen lediglich eine Zusammenfassung dessen, was Stalin berichtet und anschließend im OMI wiederholt worden war. Das Gespräch im OMI vom 4.6.1945 ist meines Erachtens in dem von Laufer edierten (und von ihm auf den 7.6.1945 datierten) Stenogramm dokumentiert; Notizen Piecks vom 4.6.1945, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 468 ff.; Jochen Laufer, »Genossen wie ist das Gesamtbild?« Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: DA 29 (1996), S. 355 ff., vgl. Posetiteli kremlovsgoko kabineta I. V. Stalina, in: Istoričeskij archiv 4 (1994), S. 103; siehe auch die sehr aufschlußreiche Edition durch Heinrich Bodensieck, Wilhelm Piecks Moskauer Aufzeichnungen vom 4./6.45« – ein Schlüsseldokument für Stalins Deutschlandpolitik?, in: Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, hrsg. v. Alexander Fischer, Berlin 1993, S. 28 ff.

[76] Als konkrete Maßnahmen des »zweiten Schrittes« waren im Gespräch: Schaffung lokaler Volksausschüsse, Gründung der KPD, Herausgabe von Zeitungen, Betrieb einer Radiostation, Umgestaltung des Schulwesens; Notizen Piecks von der Besprechung mit Panjuškin am 17.2.1945, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 206 f.

[77] In der Forschung sind Form und Stellenwert der jeweiligen Kommunikationswege der SMAD über die Informationabteilung (Tjul'panov) oder den politischen Berater (Semenov) umstritten; ausgiebig zu diesem Problem Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999, S. 219 ff., insbes. S. 267 ff. Foitzik schreibt dem politischen Berater (Semenov) den maßgeblichen Einfluß zu (S. 247) und betont, daß die SED auch über direkte Verbindungswege in den Moskauer ZK-Apparat verfügte (S. 261); demgegenüber siehe Naimark, Russen in Deutschland, S. 403 ff. Als nicht haltbar hat sich Loths Interpretation (Stalins ungeliebtes Kind, S. 129 ff.) erwiesen, wonach die sowjetische Deutschlandpolitik entgegen der Intention Stalins von Ulbricht und Tjul'panov ausgestaltet worden sei.

von Ulbricht, Ackermann und Sobottka in Moskau für die sowjetische Führung eine wichtige Bestätigung dafür, daß die Rote Armee mit ihren deutschen Helfern die Situation in Deutschland unter Kontrolle hatte. Mit den deutschen Kommunisten wurde jedoch nicht über das weitere Vorgehen diskutiert. Umgekehrt, den Leitern der »Initiativgruppen« wurde erst am 4. Juni die zuvor – am 26. Mai – gefallene Entscheidung eröffnet, in der SBZ politische Parteien zuzulassen. Ulbricht, der offenbar den Wiederaufbau der KPD von Anbeginn seines Deutschlandeinsatzes angestrebt hatte, hat diese sowjetische Entscheidung nicht beeinflußt, auch wenn er sie mit seinem Gespür für das Funktionieren des sowjetischen Apparates ins Kalkül genommen haben mag.[78] So gab er in seinem Bericht am 4. Juni sofort eine Bewertung der organisatorischen Voraussetzungen zur Neugründung der KPD und zur Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten[79], tat das aber erst, nachdem ihm die Entscheidung offiziell mitgeteilt worden war. Der eigentliche Entschluß war mit den deutschen Kommunisten – auch wenn er in deren Sinne war – nicht beraten worden.

Die Beschlüsse machte das OMI. Am 7. Juni wurde Stalin abermals vorgetragen und im Anschluß daran die zuvor zusammen mit der KPD entworfen Beschlußvorlagen von Dimitrov einer Endredaktion unterzogen.[80] Dimitrov übermittelte Stalin am 11. Juni alle erarbeiteten Unterlagen.[81] Zur gleichen Zeit trat die KPD mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Dieser unter unmittelbarer sowjetischer Anleitung formulierte Gründungsaufruf der KPD ließ von dem einstmals aufgestellten »Programm des Blockes der kämpferischen Demokratie« nur noch wenig erkennen: Die KPD sprach sich ohne Einschränkungen für ein bürgerliches, parlamentarisch-demokratisch verfaßtes Gemeinwesen aus, wobei man sich auf die historischen Wurzeln von 1848 bezog – ein Vorbild, das von der Arbeitskommission nicht bemüht worden war. Ausdrücklich wurde die Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells abgelehnt. Auch das war so eindeutig nicht in der Arbeitskommission diskutiert worden. Im weiteren wurden unumwunden Privateigentum, freie Gewerkschaften, ein pluralistisches Parteiensystem, allerdings auch eine umfassende Entnazifizierung mit Enteignungen und ein komplett reformiertes Gerichts- und Bildungswesen gefordert. Die KPD bot an, zusammen mit den anderen Parteien einen »Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien« zu gründen, ohne

[78] Dazu siehe Michael Kubina, Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946, in: Die Anatomie der Parteizentrale, S. 49ff.; insbes. S. 53–59.

[79] Laufer, »Genossen wie ist das Gesamtbild?«, S. 365ff.

[80] Vgl. die Notizen Piecks vom 4.6.1945, insbes. den Absatz »Beschlüsse«, der den Arbeitsplan der folgenden Tage widerspiegelt; »Gruppe Ulbricht«, S. 471f.

[81] Pieck an Dimitrov am 9.11.1945, SAPMO-BArch NY 4036/544, Bl. 204; Dimitrov an Stalin (inklusive Anlagen) am 11.6.1945, RCChIDNI 17/128/716, Bl. 63–72; neben Kaderlisten waren erarbeitet worden: »Nächste zentrale Aufgaben der Parteiführung aufgrund des Aufrufes des ZK der KPD«, »Grundlagen für den Etat des ZK der KPD« und »Grundlage für einen Etat der Parteizeitungen«; alle Dokumente in »Gruppe Ulbricht«, S. 506ff.

jedoch – wie das von der Arbeitskommission angestrebt worden war – einen Führungsanspruch anzumelden.[82]

Die sowjetische Führung fällte die Entscheidung, politisches Leben in ihrer Besatzungszone zuzulassen und dabei an die Strukturen der Weimarer Republik anzuknüpfen.[83] Auf die von der KPD im sowjetischen Exil formulierten Vorstellungen wurde dabei keine Rücksicht genommen. Eine für die Leiter der »Initiativgruppen« vermutlich überraschende Wendung war die Forderung nach einer sofortigen Bodenreform, die die KPD in ihren Gründungsaufruf übernehmen mußte.[84] An den folgenden Schritten zur Umsetzung der Bodenreform war die KPD – vor allem Walter Ulbricht – zwar beteiligt, hatte aber in den entscheidenden Fragen keinen Einfluß. Die maßgeblichen Bestimmungen wurden vermutlich vom politischen Berater der SMAD, Semenov, ausgearbeitet. Den Agrarexperten der Exil-KPD, Edwin Hoernle, der inzwischen Leiter der Zentralverwaltung für Landwirtschaft geworden war, forderte die SMAD zwar zu einer Stellungnahme auf, die dann jedoch gleich wieder ignoriert wurde. Der schließlich von der KPD gefällte Beschluß über die Bodenreform mußte den sowjetischen Vorgaben folgen. Anschließend hatten die Kommunisten die – undankbare – Aufgabe, den Gesetzentwurf gegenüber den anderen Parteien in der SBZ durchzusetzen.[85]

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte ein instrumentelles Verhältnis zu ihren deutschen Ansprechpartnern, was sich auch an den institutionellen Strukturen festmachen läßt. Nachdem am 6. Juni – d. h. während der Berichterstattung der »Initiativgruppen« in Moskau – der Rat der Volkskommissare die Errichtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland beschlossen hatte, ordnete diese mit ihrem Befehl Nr. 27 vom 27. Juli 1945 die Schaffung von deutschen Zentralverwaltungen an. Damit entstanden parallele Strukturen, denn jede Zentralverwaltung hatte ihre Entsprechung in einer zuvor geschaffenen Abteilung der SMAD und wurde von diesen lediglich als ausführendes Organ sowjetischer Befehle betrachtet.[86] Wie in der Frage der Bodenreform, so wurde auch in der Bildungs- und Kulturpolitik deutlich, daß die sowjetische Besatzungsmacht nicht gewillt

[82] »Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands« vom 11.6.1945, in: »Nach Hitler kommen wir«, S. 390ff.

[83] Pieck notiert sich das am 4.6.1945 mit den Worten: »Charakter des antifaschistischen Kampfes – Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, bürgerlich-demokratische Regierung«, in: »Gruppe Ulbricht«, S. 470.

[84] Jochen Laufer, Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: »Junkernland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, hrsg. v. Arnd Bauernkämper, Stuttgart 1996, S. 22

[85] Ebd., S. 23ff.; Friederike Sattler, Bündnispolitik als Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46.

[86] Foitzik, Sowjetische Militäradministration, S. 342ff.; zu den Zentralverwaltungen siehe SBZ-Handbuch, hrsg. v. Martin Broszat und Hermann Weber, 2. Aufl., München 1993, S. 201ff.

war, sich in irgendeiner Form beraten zu lassen. Paul Wandel als Leiter der Zentralverwaltung für Volksbildung und Johannes R. Becher als Leiter des Kulturbundes, die beide an der Exil-Planung der KPD aktiv beteiligt gewesen waren, standen wiederholt in der Kritik der SMAD. Und bei der Gestaltung von Film- und Theaterprogrammen – auch dazu hatte die Exil-KPD noch im Frühjahr 1945 Richtlinien entworfen – ließen sich die Kulturoffiziere der SMAD überhaupt nicht hineinreden.[87] Insgesamt scheint daher die Einschätzung Semenovs zutreffend zu sein, wonach die KPD/SED bei der Beratung zentraler deutschlandpolitischer Fragen ausgeschlossen war. Ihre Vertreter – meist Ulbricht oder Pieck – wurden erst hinzugezogen, nachdem in Moskau die Entscheidungen gefallen waren, und in Berlin-Karlshorst die SMAD entsprechende Befehle zur Umsetzung der Beschlüsse ausarbeiten sollte.[88]

Deutsche Kommunisten hatten auf die Gestaltung der sowjetischen Besatzungspolitik keinen aktiven Einfluß. Die im Exil begonnene Planung der Deutschlandpolitik für die Zeit nach dem Sturz Hitlers orientierte sich von Anfang an an sowjetischen Vorgaben. Da diese allgemein gehalten waren, konnten die deutschen Politemigranten ihre Planungen in der ersten Phase von Januar bis Oktober 1944 frei ausarbeiten. Ihr schließlich präsentiertes »Programm des Blockes der kämpferischen Demokratie« wurde dann aber von der sowjetischen Führung ignoriert. In ihrer zweiten Planungsphase von Januar bis März 1945 waren die deutschen Kommunisten nicht über die sowjetischen Vorstellungen zur Besatzungspolitik informiert. Ihre Planungen liefen deshalb ins Leere. Dessen ungeachtet traten die »Initiativgruppen der KPD« in Deutschland als Helfer der sowjetischen Besatzungsmacht auf. Ihr Bericht in Moskau Anfang Juni 1945 bildete die Zäsur zwischen Planung und Errichtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Einen Einfluß auf die Formen der sowjetischen Besatzungspolitik gewann die Exil-KPD damit jedoch nicht. Allerdings stützte sich die sowjetische Führung bei der Durchsetzung ihrer Deutschlandpolitik vorzugsweise auf kommunistische Kader aus dem sowjetischen Exil und legte damit die Basis für deren spätere Machtposition in der DDR.

[87] Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 501 ff.
[88] Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow, S. 232.

Fritz Bauer, Robert M. W. Kempner und der Aufbau einer demokratischen Rechtsordnung nach 1945

Irmtrud Wojak

Leben und Lebenswerk der deutsch-jüdischen Juristen Fritz Bauer und Robert Max Wassilij Kempner sind in der breiteren Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit geraten, obwohl ihr engagiertes öffentliches Eingreifen häufig Anstoß erregte und ebenso scharfe Kritik wie begeisterte Zustimmung auslöste. Nur wenigen sind sie als bedeutende Figuren der deutschen Nachkriegsgeschichte und Protagonisten des Wiederaufbaus einer demokratischen Rechtsordnung im Gedächtnis geblieben. Beide verstanden sich als »politische Juristen«. Reformstreben, oppositionelles Denken und Handeln, der Kampf für eine demokratische Rechtskultur in der Weimarer Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem das Eintreten für die Opfer des Nationalsozialismus bestimmten ihr juristisches und politisches Wirken. Die Verfolgung durch die Nationalsozialisten und die Emigration prägten ihr Leben.

Der eine, Robert Kempner, hat seine Erinnerungen unter dem Titel »Ankläger einer Epoche« sowie einen umfangreichen Nachlaß und nicht zuletzt ein beachtliches publizistisches Werk hinterlassen.[1] Letzteres gilt nicht minder für den anderen, Fritz Bauer, der sich in zahlreichen Aufsätzen mit dem Thema der Aufarbeitung des Unrechtsstaats und – was häufig vergessen wird – der Strafrechtsreform auseinandersetzte.[2] Erinnerungen hat Bauer allerdings nicht hinterlassen und, um die Sache zumindest für die Biogra-

[1] Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt/Main u. Berlin 1986. Zu den Schriften Kempners vgl. Thomas Schneider unter Mitarbeit von Tilman Westphalen, Robert M. W. Kempner-Bibliographie, Osnabrück 1987. Zur Biographie vgl. auch den Ausstellungskatalog des Adolf Reichwein Gymnasiums: Robert M. W. Kempner 1899–1993. Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit, Heusenstamm 1995 sowie Hermann Weber, Robert M. W. Kempner. Vom Justitiar in der Polizeiabteilung des Preußischen Innenministeriums zum stellvertretenden US-Hauptankläger in Nürnberg, in: Helmut Heinrichs u. a. (Hrsg.), Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, München 1993, S. 793–811. Der umfangreiche Nachlaß Kempners befindet sich im Bundesarchiv Koblenz (N 1470), wo eine vorläufige Kartei angelegt wurde, sowie noch ungeordnet im Archiv des United States Holocaust Memorial Museum in Washington. Da Kempner parallel sowohl in den USA wie in der Bundesrepublik Deutschland ein Büro unterhielt und umfangreiche Korrespondenzen pflegte, sind beide Bestände wertvoll für künftige zeithistorische Forschungen und eine Biographie.

[2] Fritz Bauer, Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Joachim Perels und Irmtrud Wojak, Frankfurt/Main u. New York 1998.

phen noch komplizierter zu gestalten, einen Nachlaß gibt es nicht, keine persönlichen Dokumente, Briefe, Aufzeichnungen oder Manuskripte.[3]

Jeweils über den anderen haben sie sich nur wenige Male geäußert. In seinen Erinnerungen erwähnt Kempner den Rechtsanwalt Hans Laternser, den er als Verteidiger zum Nürnberger Prozeß holte und der auch später bei dieser Klientel blieb.[4] Sein Freund Bauer habe dies mit den Worten kommentiert: »Ich verzeihe Ihnen nie, Kempner, was Sie mir damit angetan haben.«[5] Ungeheure Arbeit habe dieser Verteidiger ihnen gemacht, womit Bauer auf den ersten Frankfurter Auschwitz-Prozeß anspielte, den wohl bedeutendsten Prozeß gegen NS-Verbrecher in der Nachkriegsgeschichte, der auf seine Initiative vor dem Frankfurter Schwurgericht stattfand.[6] Der Prozeß brachte ihm auch zahlreiche Drohbriefe ein, mehr noch, als er bis dahin ohnehin schon gewohnt war. Als er drei Jahre nach dem Auschwitz-Prozeß starb, rief Kempner dem verstorbenen Freund nach, er bedaure, nicht mehr für ihn und gegen seine Rufmörder getan zu haben. Fritz Bauer sei mehr als ein hellhöriger Reformer gewesen, »er war prophetisch. Und deshalb, wie man manchen so sagt, ›unbequem‹.«[7]

Im Jahr 1949 kehrte Bauer nach dreizehn Jahren Exil in Skandinavien nach Westdeutschland zurück und wurde zunächst Landgerichtsdirektor, bald darauf Generalstaatsanwalt in Braunschweig; von 1957 bis zu seinem frühen, überraschenden Tod im Jahr 1968 bekleidete er dieses Amt in Frankfurt am Main.[8] Kempner, 1935 nach Italien und von dort 1939 nach Amerika geflüchtet, kehrte 1945 als Stellvertretender Hauptankläger im Nürnberger

---

[3] Alle Versuche der Verfasserin, Aufschluß über den Verbleib des Nachlasses zu gewinnen, sind bisher gescheitert. In Anbetracht der vorhandenen parallelen Überlieferung – insbesondere der Briefe – ist von einer umfangreichen privaten Korrespondenz Bauers auszugehen. Ebenso umfangreich war seine publizistische Arbeit und verschiedentlich ist auf Manuskripte hingewiesen worden, an denen Bauer zum Zeitpunkt seines Todes arbeitete. – Einen Nachruf schrieb Ilse Staff, In memoriam Fritz Bauer, in: Tribüne, H. 27, Jg. 7 (1968), S. 2857–2859. Vgl. auch Dies.: Fritz Bauer (1903–1968) »Im Kampf um des Menschen Rechte«, in: Kritische Justiz (Hrsg.), Streitbare Juristen. Eine andere Tradition, Baden-Baden 1988, S. 440–50; Rudolf Wassermann, Fritz Bauer, in: Vorbilder für Deutsche. Ein Lesebuch, hrsg. von Peter Glotz und Wolfgang R. Langenbucher. Überarbeitete Neuausgabe, München 1986, S. 221–238.

[4] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 234f.; Dr. Hans Laternser, der im Nürnberger Prozeß den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht sowie vor britischen Militärgerichten u. a. die Feldmarschälle Kesselring und Manstein verteidigte, veröffentlichte ein Buch über seine Tätigkeit als Verteidiger im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozeß: Hans Laternser, Die andere Seite im Auschwitz-Prozeß 1963/65. Reden eines Verteidigers, Stuttgart 1966.

[5] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 235.

[6] Ebd.

[7] Vgl. Robert M. W. Kempner, Ansprache, in: Der hessische Minister der Justiz (Hrsg.), Fritz Bauer. In Memoriam, Darmstadt 1969, S. 23–26, hier S. 23.

[8] Vgl. Joachim Perels u. Irmtrud Wojak, Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers, in: F. Bauer, Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 9–33.

Prozeß erstmals nach Deutschland zurück.[9] Zwischen 1947 und 1949 trat er in verschiedenen Nachfolgeprozessen als Ankläger auf, so im Nürnberger Juristenprozeß und im Wilhelmstraßenprozeß als Hauptankläger. Wäre Kempner am Ende seiner Tätigkeit in Nürnberg einer Bitte des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann (SPD) nachgekommen, so wäre er – als einer von nur zwei Remigranten, die ein so hohes juristisches Amt in der Bundesrepublik bekleideten – Fritz Bauer vorangegangen und Generalstaatsanwalt in Kiel geworden.[10] Doch Kempner lehnte die damit verbundene Wiederannahme der deutschen Staatsbürgerschaft ab. Gleichwohl folgte er – ebenso wie Bauer – einer Einladung des hessischen Ministerpräsidenten und Sozialdemokraten Georg August Zinn, als er sich 1951 als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main niederließ. Künftig bearbeitete er vor allem Entschädigungs- und Wiedergutmachungssachen. Kempner starb im Jahr 1993 im Alter von 93 Jahren in Königstein im Taunus.

Dem vier Jahre jüngeren Fritz Bauer, der 1903 in Stuttgart geboren wurde und dort aufwuchs, ist der Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg, den Robert Kempner zwischen 1916 und 1918 ableistete, erspart geblieben. Kempner – 1899 in Freiburg geboren und in Berlin aufgewachsen – meldete sich mit siebzehn Jahren freiwillig im Hauptquartier des Gardeschützenbataillons in Lichterfelde. Nach drei Jahren der »Kämpfe in und um die Marne« kehrte er nach Berlin zurück.[11] »Wo man doch einen gewissen Patriotismus erlernt hatte«, meinte der aus bürgerlicher, eher linksliberal und fortschrittlich denkender, preußischer Familientradition stammende Kempner später, war es ihm erst an der Westfront in Belgien klar geworden, »in was man da hineinging«. Die herunterflatternden Flugblätter, die feindlichen, mit der Aufschrift *Der Krieg ist zu Ende*, waren ihm ebenso unglaubwürdig wie eine Desertion abwegig erschienen.[12] Man hing nicht am Obrigkeitsstaat, tat jedoch seine Militärpflicht.[13] Sein Eisernes Kreuz II. Klasse hat Kempner mit den Orden seiner Eltern ebenso sicher bewahrt wie Fritz Bauers Vater, der Stuttgarter Textilgroßhändler und Ehrenkreuzträger Ludwig Bauer, Kriegsteilnehmer von 1914 bis 1918, der seinen Sohn nicht minder patriotisch erzogen hat.

Der Kriegsbeginn überraschte die Familie Bauers, dessen Vater in traditioneller deutscher Staatsgläubigkeit wohl eher die obrigkeitsstaatlichen Einstellungen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung teilte, in der Sommerfrische im belgischen Blankenberge. Fritz Bauer erinnerte sich später, er sei, wie es sich gehörte und wie die alldeutschen Lehrer seines Gymnasiums in Stuttgart verlangten, einer jener national gesinnten jungen Männer gewesen, und diese Überzeugung sei frühestens 1918 erschüttert worden. Eigent-

[9] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 88ff., 141ff. und 212ff.
[10] Vgl. H. Weber, Robert M. W. Kempner (s. Anm. 1), S. 806.
[11] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 22.
[12] Ebd., S. 23.
[13] Ebd., S. 16.

lich erst während des Studiums in München, wo er von der Ermordung Walther Rathenaus erfuhr und die monatelangen Unruhen vor dem Ludendorff-Hitler-Putsch am 9. November 1923 erlebte, setzte die Politisierung ein, obgleich bereits der am eigenen Leibe erfahrene Antisemitismus die Wahl der als liberaler geltenden Studienorte, die Münchener und Heidelberger Universität, bestimmt hatte.[14]

Letztlich zeigte sich, daß auch der Heidelberger nationale Liberalismus nicht überwiegend mit demokratischen Überzeugungen einher ging und die Gelehrten den verstärkt auftretenden völkischen Antisemitismus mit einer eher bequemen Kritik am »Parteienstaat« abtaten.[15] Selbst die politisierteste und liberalste, die juristische Fakultät, an der Bauer studierte, äußerte 1926 Bedenken gegen die Berufung des ehemaligen Reichsjustizministers Gustav Radbruch aufgrund der in seinen Schriften hervortretenden »ideologischen Grundstimmung« und der Form und Methoden seiner Kritik an Mißgriffen der Rechtspflege.[16] Radbruch zählte damals zu den drei SPD-Mitgliedern unter den 1924 bis 1929 politisch stark engagierten Gelehrten der Universität und war im Vorstand der Heidelberger Friedensgesellschaft aktiv.[17]

Im Dezember 1924 legte Bauer die erste Juristische Staatsprüfung in Tübingen ab. Er trat sein Referendariat an und promovierte 1925 bei Karl Geiler in Heidelberg mit einer Dissertation über *Die rechtliche Struktur der Truste*.[18] Begeistert habe er als Student, erinnerte sich Bauer später, in den Wäldern rings um das Heidelberger Schloß Radbruchs 1910 erschienene *Einführung in die Rechtswissenschaft* gelesen und dicke Unterstreichungen gemacht: »Der ›*Neigung zur Reglementierung und Rationalisierung ein Gegengewicht zu bieten, ist die historische Aufgabe des Juristen aus Freiheitssinn, vom Amtsrichter, der Übergriffe der polizeilichen Verordnungsgewalt als solche kennzeichnet, bis zum Verteidiger, der die Kunst gegen unzüchtige Betrachter schützt. Diese Juristen sind die Vorposten des Rechtsstaats gegen unseren angeborenen Hang zum Polizeistaat*‹.«[19]

Die Kritik des jeweils geltenden Rechts – »das demokratisch jedem Freien zustand« –, die vor allem in der protestantischen Diskussion des Widerstandsrechts »unter dem unglücklichen Stern obrigkeitsstaatlichen Denkens« stand (und dieses auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht überwand),

---

[14] Fritz Bauer in einem Interview im Westdeutschen Rundfunk, welches am 11.8.1967 unter dem Titel »Als sie noch jung waren« gesendet wurde.

[15] Christian Jansen, Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935, Göttingen 1992, S. 215 ff.

[16] Ebd., S. 193, auch S. 206 und 245.

[17] Ebd., S. 204.

[18] Fritz Bauer, Die rechtliche Struktur der Truste. Ein Beitrag zur Organisation der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse in Deutschland unter vergleichender Heranziehung der Trustformen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland, Mannheim u.a. 1927 (Wirtschaftliche Abhandlungen, Bd. 4).

[19] Fritz Bauer, Im Kampf um des Menschen Rechte, in: Elga Kern (Hrsg.), Wegweiser in der Zeitenwende, München u. Basel 1955, S. 176–188, neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 37–49, hier S. 41.

führte Bauer geradewegs in die demokratische politische Welt, deren Einstellungen aus der politischen Ethik der christlichen Theologen verschwunden war.[20] Die Möglichkeit, daß positives Staatsrecht seine Gültigkeit verliert und jeder »bis zur Beseitigung der Herrschaft der *bestia*« aufgerufen ist, »zu Gunsten des Gemeinwesens hoheitliche Funktionen auszuüben«, war in dieser Vorstellung antizipiert, und wurde von Bauer – nach dem Krieg – als Rechtspflicht formuliert: »Bei Ausfall der Behörden ist das Volk selbst Behörde.« Gegenüber einer formalen Pflichtenethik, welche die Staatsmoral mit der Staatsräson identifiziert, war Bauer immun, und er warnte vor ihren Gefahren, da die Pflicht umschrieben durch den Gesetzesbefehl zum Dienst auch an einem Unrechtsstaat führt: »In Theorie und Praxis müssen für Staat und Bürger immer die Menschenrechte oberstes Gebot sein.«[21]

Bauer absolvierte im Februar 1928 die zweite Staatsprüfung, wurde Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Stuttgart und schließlich im April 1930 beim Amtsgericht Stuttgart jüngster Amtsrichter Deutschlands. Das seit der Studienzeit in München vorherrschende Bewußtsein, daß die Weimarer Demokratie, die Grundrechte gefährdet waren, wurde für ihn zum Motiv politischen Handelns.[22] Er wurde Mitbegründer des Republikanischen Richterbunds in Württemberg, 1930 wählte die Ortsgruppe Stuttgart der sozialdemokratischen Schutzformation »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« ihn zum Vorsitzenden und zugleich in den Gauvorstand, 1931 trat er in die Sozialdemokratische Partei ein. Wenngleich er eigentlich die Öffentlichkeit scheute, hielt er fortan auf Parteiveranstaltungen der Stuttgarter SPD Reden und exponierte sich als Gegner der Nationalsozialisten. Bereits Anfang März 1933 wurde Bauer mit zahlreichen Stuttgarter Sozialdemokraten – darunter sein Freund Kurt Schumacher – von der Gestapo verhaftet und ab April für neun Monate im Konzentrationslager eingesperrt.[23]

Während dieser Zeit wurde er aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* seines Amtes enthoben. Auf die, wie es Kempner formulierte, »praktische Bedeutung« der Ehrenauszeichnungen für Frontkämpfer, für die das Gesetz Ausnahmen vorsah, konnte Bauer nicht

---

[20] Fritz Bauer, Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers, in: Martin Niemöller u. a. (Hrsg.), Tempelreinigung, Frankfurt/Main 1962, S. 41–68, neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 181–205, hier S. 184f.

[21] Fritz Bauer, Kriminologie und Prophylaxe des Völkermords, in: Recht und Politik, Jg. 3 (1967), S. 67–74, hier S. 72 und 74.

[22] Vgl. dazu und im folgenden J. Perels u. I. Wojak, Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers (s. Anm. 8).

[23] Im Konzentrationslager Heuberg sah Bauer vorerst zum letzten Mal seinen Parteifreund Kurt Schumacher und lernte seinen »bergeversetzenden Glauben und [...] Mut« bewundern. Während er »kleinmütig die Stunde der Freiheit ersehnte«, habe ihm Schumacher auf die Frage, wie lange dies alles wohl dauern würde, geantwortet: »Ich bleibe hier 10 bis 12 Jahre, dann ist der Spuk vorbei.« Nach dem Krieg verhalf der von jahrelanger KZ-Haft gezeichnete Schumacher dem Emigranten Bauer zur Rückkehr nach Deutschland, vgl. F. Bauer, Im Kampf um des Menschen Rechte (s. Anm. 19), S. 39.

zurückgreifen. Kempner selbst allerdings erging es in dieser Hinsicht nicht viel besser. Auch er wurde »wegen politischer Unzuverlässigkeit nach § 4 in Tateinheit mit fortgesetztem Judentum« (§ 3) entlassen und damit seine knapp fünfjährige Tätigkeit im preußischen Innenministerium beendet.[24] Er konnte jedoch im Gegensatz zu Bauer, der sich mühselig durchschlagen mußte, noch eine Zeitlang als juristischer Berater in Devisen- und Auswanderungsfragen arbeiten, bis er 1935 ebenfalls von der Gestapo verhaftet wurde und nur mit Hilfe internationalen Drucks nach Italien fliehen konnte.

Kempner, der in Berlin und Freiburg Rechtswissenschaft studierte, absolvierte nach der ersten Staatsprüfung (1923) seine Referendarzeit beim Kammergericht in Berlin. Zugleich arbeitete bei dem bekannten Berliner Strafverteidiger Erich Frey und kam auf diese Weise in Kontakt mit der Elite der Berliner Strafverteidiger.[25] Nach dem Assessorexamen im Jahr 1926 wurde Kempner Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft in Berlin. Im Gegensatz zu Bauer blieb er nicht lange im staatlichen Justizdienst. Der Antirepublikanismus der in überwiegender Mehrheit konservativen und nationalliberalen Juristenschaft stieß ihn ab. Auch er suchte den Anschluß an sozialdemokratische Kreise und an den 1922 als Gegenorganisation zum Deutschen Richterbund gegründeten Republikanischen Richterbund, zu dessen jüngstem Vorstandsmitglied er in Berlin gewählt wurde.[26] In den pazifistischen Zeitschriften von Leopold Schwarzschild *(Das Tagebuch)* und Carl von Ossietzky *(Die Weltbühne)* schrieb er unter Pseudonym Artikel gegen die einseitige politische Justiz der Weimarer Republik, insbesondere »die Nichtverfolgung von hochverräterischen Unternehmungen der rechtsradikalen Führer, Funktionäre und Verbände«.[27] Kempner gehörte 1925 zu den Mitbegründern der Zeitschrift des Republikanischen Richterbundes *Die Justiz. Zeitschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens*, zu deren Mitherausgebern auch Gustav Radbruch zählte.[28] Ebenso wie der Republikanische Richterbund, den die Nationalsozialisten gleich nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 als staatsfeindliche Vereinigung einstuften, wurde die Zeitschrift 1933 verboten.[29] An deren Tradition demokratischen Rechtsdenkens knüpften 1968 die Begründer der Zeitschrift *Kriti-*

[24] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 23f. und S. 89f.

[25] Vgl. H. Weber, Robert M. W. Kempner (s. Anm. 1), S. 796f.; hervorzuheben ist Webers Hinweis auf den von Kempner herausgegebenen Sammelband der Gerichtsreportagen von Paul Schlesinger (Pseudonym: Paul Sling), Richter und Gerichte, Berlin 1929.

[26] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 44.

[27] Robert M. W. Kempner, Der Republikanische Richterbund. Eine Kampforganisation für die Weimarer Republik, in: Recht und Politik, Jg. 3 (1967), S. 129–139, hier S. 129.

[28] Vgl. Theo Rasehorn, Justizkritik in der Weimarer Republik. Das Beispiel der Zeitschrift »Die Justiz«, Frankfurt/Main 1985. Wichtige Anmerkungen zur Rolle der Zeitschrift im Kampf für eine Rechtspflege »republikanischen und demokratischen Geistes« (Heft 1, 1925: »Was wir wollen«) liefert Chaim Seeligmann, Noch ein Kapitel zu den Jahren der Weimarer Republik: Der republikanische Richterbund und »Die Justiz«, in: Deutsche Richterzeitung, Jg. 66 (1988), S. 248–254.

[29] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 44.

sche Justiz an, unter ihnen Bauer, und legten dabei besonderes Gewicht auf die Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechtsstaats. Auf die Stimme Bauers mußten sie dabei früh verzichten: Im ersten Heft erschien der Nachruf von Richard Schmid auf seinen Freund aus Stuttgart.[30] Es enthielt im übrigen auch eine Besprechung der »Chronik« von Hugo Sinzheimer und Ernst Fraenkel, die sie von 1925 bis 1933 für die Zeitschrift *Die Justiz* geschrieben hatten. Der Rezensent Kempner zeigte dabei Parallelen auf: »An die Stelle der Prozesse gegen die Mörder aus der Zeit der Weimarer Republik – wie z. B. die Mörder von Walther Rathenau, Matthias Erzberger und die Fememörder – sind jetzt die Prozesse gegen NS-Mörder getreten. (...) Das unbefriedigende Ergebnis damals und heute: unverständliche Freisprüche und geringe Strafhöhen.«[31]

Seit Mai 1928 gehörte Kempner zum Personalbüro des Preußischen Innenministers und späteren Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski (SPD):[32] »Den Republikaner, Sozialdemokraten und Mitarbeiter der Liga für Menschenrechte zog es zu dem Gewerkschafter, der einen aktiven Kampf gegen die Nazis versprach«, kommentierte Heiner Lichtenstein.[33] Entscheidend für den zumal in Anbetracht seiner jüdischen Herkunft überraschend schnellen Aufstieg Kempners als preußischer Ministerialbeamter im Innenministerium war der liberale Zentrumsmann und Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener[34], den Grzesinski aus dem Wohlfahrtsministerium geholt hatte. Der Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums machte den jungen Kempner zum Justitiar der preußischen Polizei und beauftragte ihn und seinen Kollegen Christian Kerstiens mit der Abfassung des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes, das 1931 in Kraft trat.[35] Zu seinem Aufgabenbereich gehörten auch »die Schadensersatzprozesse gegen den Polizeifiskus, gegen Schußwaffen- und Gummiknüppelgebrauch, wegen der Unfälle von Polizeiautos und wegen der Zeitungsverbote« sowie die sogenannten Tumultschädenangelegenheiten, die Republikgegner in Form von

---

[30] Richard Schmid, Fritz Bauer 1903–1968, in: Kritische Justiz, H. 1, Jg. 1 (1968), S. 60f.

[31] Vgl. Hugo Sinzheimer u. Ernst Fraenkel, Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik mit einer Einführung von Otto Kirchheimer, hrsg. von Thilo Ramm, Neuwied und Berlin 1968. Robert M. W. Kempners Besprechung erschien in: Kritische Justiz, H. 1, Jg. 1 (1968), S. 89f.

[32] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 46.

[33] Heiner Lichtenstein, Robert M. W. Kempner, in: Rainer Eisfeld u. Ingo Müller (Hrsg.), Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt/Main 1989, S. 20–34, S. 21. Vgl. dazu R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 45.

[34] Klausener war seit 1928 Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, beim sogenannten »Röhm-Putsch« wurde er am 30. Juni 1934 von Nationalsozialisten erschossen. Dazu und im folgenden auch H. Weber, Robert M. W. Kempner (s. Anm. 1), S. 797f.

[35] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 48. Vgl. den Gesetzkommentar: Das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. Juni 1931 nebst den Durchführungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen sowie sämtlichen einschlägigen Erlassen. Erläutert auf Grund amtlichen Materials von Erich Klausener, Christian Kerstiens, Robert Kempner in der Polizeiabteilung des Preußischen Ministeriums des Innern, Berlin 1931.

Schadensersatzklagen vor allem am Ende der Weimarer Republik instrumentalisierten.[36]

Kempners Tätigkeit beschränkte sich jedoch nicht auf juristische Aufgaben. Er wurde in der politischen Abteilung der Polizei an einer Denkschrift des preußischen Innenministeriums gegen die NSDAP beteiligt, die den Nachweis erbrachte, daß es sich um eine staats- und republikfeindliche, hochverräterische Vereinigung handelte.[37] Die Denkschrift, die 1930 dem Gericht im Hochverratsprozeß gegen die wegen Vorbereitung eines Putsches angeklagten »Ulmer Reichswehroffiziere« vorgelegt werden sollte, gelangte über Ministerpräsident Otto Braun an Heinrich Brüning. Auch Brauns damaliger persönlicher Referent Herbert Weichmann, erinnerte sich Kempner später, »drängelte, doch die Reichsregierung stellte sich tot.«[38] Die Richter am Reichsgericht, denen im September 1930 eine auf der Denkschrift des preußischen Innenministeriums weitgehend aufbauende Schrift des Reichsministeriums des Innern vorgelegt wurde, beachteten sie nicht, hörten sich aber andererseits stundenlang Adolf Hitlers Ausführungen über die Legalität seiner »Bewegung« an.[39] Heiner Lichtenstein verwies in diesem Zusammenhang auf den schweren Vorwurf eines preußischen Beamten gegen den Reichskanzler der ersten Präsidialkabinette, dieser habe nicht getan, »was eigentlich seine Pflicht gewesen wäre.«[40] Kempners wiederholte Behauptung einer Alleinschuld der Reichsregierung, die von einem Verbot der seit September 1930 zweitstärksten Partei im Reich Abstand nahm, ist allerdings seit langem von der Forschung relativiert worden.[41] Gegenüber dem massiven politischen Gegendruck, darin ist ihm jedoch zuzustimmen, reichte der Einfluß republikanischer Kräfte nicht mehr aus, »um die Mit-

---

[36] Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung (24.2.1933) zitiert nach Tillmann Westphalen (Hrsg.), Ein Advokat für die Humanität. Verleihung der Ehrendoktorwürde an Robert M. W. Kempner, Osnabrück 1986, S. 66; H. Weber, Robert M. W. Kempner (s. Anm. 1), S. 799.

[37] Vgl. die Denkschrift im Bundesarchiv (BA) Koblenz R 43 I/2682. Die Denkschrift wurde in englischer Übersetzung veröffentlicht von Robert M. W. Kempner, Blueprint of the Nazi Underground – Past and Future Subversive Activities, in: Research Studies of the State College of Washington, Vol. 13 (1945), No. 2, S. 56–130; einen Neudruck veröffentlichte Robert M. W. Kempner (Hrsg.), Der verpaßte Nazi-Stop. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930. Mit einer Einführung von Robert M. W. Kempner, Frankfurt/Main 1983; zur Überlieferung des Dokuments vgl. Rudolf Morsey, Preußen, Reich und NSDAP 1930/32, in: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft, 16 (1983), S. 507–515.

[38] Vgl. zu dem Vorgang die Erinnerungen von R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 67f.

[39] Dazu Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: Klaus König, Werner Laubinger u. Frido Wagener (Hrsg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule zum 70. Geburtstag, Köln 1977, S. 111–133, hier S. 119.

[40] H. Lichtenstein, Robert M. W. Kempner (s. Anm. 33), S. 22 mit Bezug auf R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 67.

[41] Vgl. Morsey, Preussen, Reich und NSDAP 1930/32 (s. Anm. 37), S. 508 sowie 511 (Anm. 20 und 22) unter Angabe der entsprechenden Literatur.

wirkung der politischen Justiz an der Aushöhlung der Republik zu unterbinden«.[42] Hitler dagegen konnte die Gelegenheit nutzen, so Hans Mommsen, indem er sich mit seiner Legalitätserklärung dem bloß formalen Verfassungsverständnis der zeitgenössischen Staatsrechtslehre anpaßte, um zugleich zu verkünden, daß nach einer nationalsozialistischen Machtübernahme »Köpfe rollen« würden.[43]

Wenig anders als der Denkschrift vom August 1930 erging es Kempners nach der Entdeckung der *Boxheimer Dokumente* verfaßten Schrift *Justizdämmerung*.[44] Die von dem führenden Nationalsozialisten und späteren SS-Juristen Werner Best verfaßten sogenannten *Boxheimer Dokumente* bestanden aus einem Katalog von Maßnahmen, die nach einem kommunistischen Umsturzversuch und der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten von den Behörden und der SA ergriffen werden sollten. Der Inhalt ließ alle rechtsstaatlichen Prinzipien außer Acht und verlieh, wie Ulrich Herbert in seiner Best-Biographie formulierte, »den Gewaltphantasien der Rechten ein legalistisches Gewand, indem es die Rechtsdiktatur zur defensiven Notstandsmaßnahme stilisierte«.[45] Kempners auch mit dieser Schrift vor allem an die Justiz gerichtete Warnung vor den Methoden und Zielen der NSDAP verhallte erneut.[46]

In der Emigration dagegen wurden alsbald das amerikanische Justizministerium, an welches er sich bereits 1938 brieflich gewandt und seine Mitwirkung bei der Bekämpfung des NS-Regimes angeboten hatte, sowie 1942 auch das Kriegsministerium auf Kempner als intimer Kenner der preußischen inneren Verwaltung aufmerksam. Er wurde Sonderberater für internationales Recht und europäische Staats- und Verwaltungskunde beim amerikanischen Justiz- und Verteidigungsministerium. Die aus Deutschland geretteten Unterlagen bildeten das Handwerkszeug für die Arbeit in den seit 1943 in den Ministerien eingerichteten *War-Crimes*-Abteilungen, die zur Unterstützung der im Herbst 1942 von den Westmächten eingesetzten *United Nations War Crimes Commission* gebildet wurden. Ergebnis ihrer Ermittlungen war das *War-Crimes-Register*, bei dessen Erstellung Kempner eine wichtige Rolle spielte.[47] Von hier aus führte der Weg des inzwischen amerikanischen Juristen direkt zum Stab von Bundesrichter Robert H. Jack-

---

[42] R. Kempner, Der Republikanische Richterbund (s. Anm. 27), S. 133.

[43] Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Berlin 1998, S. 513.

[44] Die Schrift veröffentlichte Kempner unter dem Pseudonym Eike von Repkow, Justizdämmerung – Auftakt zum Dritten Reich, Berlin 1932.

[45] Vgl. das Kapitel »Der Boxheim-Skandal« unter Angabe der Forschungsliteratur bei Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 112–119, Zitat S. 115.

[46] Vgl. U. Herbert, Best (s. Anm. 45), S. 116, der allerdings auf die Schrift Kempners nicht eingeht.

[47] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 206ff.

son nach Deutschland – als Abteilungsleiter der von Jackson geleiteten Anklagebehörde.[48]

Das Kempner und Bauer gemeinsame biographische Attribut des Emigranten, die beide, wenn auch in unterschiedlicher Weise, die Rolle des Anklägers in Prozessen gegen NS-Verbrecher spielten, liefert den ersten Hinweis auf die heftigen Angriffe, denen sie nach 1945 nicht zuletzt aus den Reihen der eigenen, traditionsverhafteten Zunft ausgesetzt waren. Die *Hamburger Freie Presse* brachte die dahinter liegende Geisteshaltung der »Daheimgebliebenen« auf den Punkt, indem sie fragte, ob Kempner, der »als Jude, als früherer deutscher Staatsbürger und als ehemaliger deutscher Beamter das Amt des Hauptanklägers in Nürnberg übernahm«, »von seinem Gewissen recht beraten war«.[49] Von solcher Art Anwürfen und nicht wenigen Drohbriefen häufig tief getroffen, machten Kempner und Bauer nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland dennoch unbeirrt die Gedankenwelt des republikanischen Rechtsdenkens von Weimar für den Aufbau einer neuen demokratischen Rechtsordnung fruchtbar. Daß es ihnen dabei nicht in erster Linie um die Verurteilung der Schuldigen ging, sondern um die Aufhellung der nationalsozialistischen Schreckenszeit, wurde von ihren Kritikern zumeist geflissentlich übergangen. Über die Ziele der Strafe in den Prozessen gegen NS-Verbrecher schrieb dagegen Bauer – noch in der Emigration in Schweden 1944 – in seiner Schrift *Die Kriegsverbrecher vor Gericht*, das nach der allgemein gewohnten Auffassung bei jedem Benachteiligten vorhandene Vergeltungsbedürfnis sei nicht der tiefste Grund der Strafe und auch nicht die Besserung oder Unschädlichmachung des Verbrechers. Vielmehr sei die Strafe »ein Mittel, die Rechtsauffassung des Volkes zu klären und zu vertiefen. Sie soll in Form des Strafgesetzes, des Strafprozesses mit den damit zusammenhängenden Folgen wie öffentliche Verhandlung, Referate in der Presse usw. und dem Vollzug der Strafe auf die allgemeine Vorstellungswelt wirken.«[50] Die damit zum Ausdruck gebrachte Maxime strafrechtlichen Handelns war in erster Linie die historische Aufklärung und politisch-pädagogisch motiviert. Sowohl Bauer als auch Kempner wiesen darauf hin, daß die großen NS-Prozesse auch allein auf der Grundlage von Dokumenten und fast ohne Zeugen geführt werden konnten. Dennoch wußten beide um die Bedeutung eindrucksvoller Zeugenaussagen, an deren bildhafter Darstellung sich, wie Kempner leicht ironisch formulierte, »nicht nur die Justiz, sondern auch die Medien erfreuen konnten. (...) Das reine Dokumentenprinzip anzuwenden, war nicht möglich.«[51] Diese Auffassung bewahrheitete sich während der Nürnberger

[48] H. Weber, Robert M. W. Kempner (s. Anm. 1), S. 804.

[49] Rainer Eisfeld u. Ingo Müller, Verdrängung wäre Selbstauslieferung, in: dies. (Hrsg.), Gegen Barbarei, S. 13–19 (s. Anm. 33), hier S. 14f. (Hamburger Freie Presse; 26.6.1948).

[50] Fritz Bauer, Die Kriegsverbrecher vor Gericht, Zürich, New York 1945, S. 205.

[51] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 213. Vgl. Fritz Bauer, Zu den Naziverbrecher-Prozessen. Gespräch im NDR, in: Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Poli-

Prozesse ebenso wie zwanzig Jahre später im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozeß.

Kempner und Bauer machten bei ihrer Rückkehr nach Deutschland den ersten Schritt, aus der Masse der Berichte über die Verbrechen Anklageschriften zu formulieren.[52] Kempner formulierte eine solche gegen Wilhelm Frick und Hermann Göring sowie im Wilhelmstraßenprozeß gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien[53], Bauer erstmals 1952 im Prozeß gegen Otto Ernst Remer, als er die für einen Generalstaatsanwalt ungewöhnliche Aufgabe übernahm und selbst das Plädoyer hielt.[54] Diese Anklageschriften sind historisch und juristisch wegweisende Dokumente. Sie geben Aufschluß über die Maximen des juristischen Denkens und Handelns von Kempner und Bauer, über ihr Bemühen um die Herausarbeitung eines gerechten Maßstabes bei der Aufarbeitung individueller Verantwortung und Schuld.

In seiner Anklage im Hauptkriegsverbrecher-Prozeß beschuldigte Kempner den ehemaligen Reichsinnenminister Frick (seit 21. Mai 1935 Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung), den Staatsapparat auf den Angriffskrieg ausgerichtet und aktiv an der »Naziverschwörung von 1923 bis 1945« teilgenommen zu haben.[55] Er habe seine eigene Regierung verraten, als er am 8. November 1923 als Polizeibeamter in der bayerischen Verwaltung am Münchener Bürgerbräuputsch teilnahm. In der bereits erwähnten Denkschrift über die NSDAP, auf die Kempner zurückgriff, wurde Frick als der einflußreichste Nationalsozialist nach Hitler bezeichnet, der mehrfach

---

tik, Wirtschaft und Kultur, Jg. 15 (1963), H. 18, S. 563–574, neu abgedruckt in: DERS., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 101–117, hier S. 108.

[52] R. KEMPNER, Ankläger (s. Anm. 1), S. 212.

[53] Mit Ausnahme einer Dissertation liegt bisher keine Monographie über den Prozeß vor. Vgl. die Literaturangaben bei Rainer A. BLASIUS, Fall 11: Der Wilhelmstraßenprozeß gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien, in: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, hrsg. von Gerd R. Ueberschär. Frankfurt/Main 1999, S. 187–198; Donald L. SINGER, German Diplomats at Nuremberg: A Study of the Foreign Office Defendants of the Ministries Case, Diss. Phil., The American University, Washington D.C. 1980. Kempner publizierte das Prozeßurteil mit einer Einführung: Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, hrsg. von Robert M. W. KEMPNER und Carl HAENSEL, Schwäbisch Gmünd 1950. In die Vorbereitungsphase des Wilhelmstraßen-Prozesses fällt auch Kempners Vernehmung Carl Schmitts, des Kronjuristen des »Dritten Reiches«; vgl. Claus-Dietrich WIELAND, Carl Schmitt in Nürnberg (1947), in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, H. 1, Jg. 2 (1987), S. 96–122; (Wieland widmete den Aufsatz Kempner).

[54] Fritz BAUER, »Eine Grenze hat Tyrannenmacht«, in: Geist und Tat, H. 7, Jg. 7 (1952), S. 194–200, neu abgedruckt in: DERS., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 169–180.

[55] Vgl. im folgenden: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. V (Verhandlungsniederschriften 9. Januar 1946 – 21. Januar 1946), Nürnberg 1947, S. 398–414 (Anklage Robert M. W. Kempner gegen Wilhelm Frick). Zur neuen Literatur vgl. die Angaben bei Peter STEINBACH, Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, in: Ueberschär (Hrsg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht (s. Anm. 53), S. 32–44.

erklärt hatte, daß der Reichstag abgeschafft werden würde und daß seine Abschaffung den Weg für eine völkische Diktatur freimachen werde. In seiner Eigenschaft als Chef des Gesundheitswesens, der Polizei und des Arbeitsdienstes habe Frick nach 1933 die Verantwortung für die Verwirklichung »eines großen Teils des Programms der Nazi-Verschwörer« übernommen. Dazu zählte die Abschaffung der Länderhoheit, das Verbot aller politischen Parteien und am 7. April 1933 das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, welches bestimmte, daß alle Staatsbeamten die Prinzipien der Partei und »die nationalsozialistischen Rassenvoraussetzungen« erfüllen mußten. In Gesetzgebung und Verwaltung, führte Kempner aus, war Frick »der Hüter und Schützer der deutschen Rasse«, er habe die Ausrottung der Juden gefördert, zur Planung und Vorbereitung des Angriffskrieges und zur systematischen Tötung von Geisteskranken, Krüppeln, Greisen und ausländischen Arbeiter beigetragen. Während seiner Amtszeit als Reichsprotektor für Böhmen und Mähren (vom 20. August 1943 bis zum Ende des Krieges) – damit endete die Anklage – wurden viele Tausende Juden aus dem Ghetto Theresienstadt in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert und dort getötet.

Die Verantwortung Fricks für das Verbrechen des Angriffskrieges spricht aus jeder Zeile der Anklageschrift Kempners, der es im Falle Fricks auch nicht schwer hatte, dessen Mitwirkung in jeder Form (Kriegsverbrechen, Vorbereitung und Durchführung des Angriffskrieges, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) nachzuweisen. Am Beispiel der Taten des Angeklagten Frick zeigte Kempner das für das Herrschaftssystem charakteristische Kooperationsverhältnis zwischen der Bürokratie und dem Terrorapparat[56], das dessen gewalttätiges Potential immer weiter potenzierte und seinen Trägern angeblich von vornherein jegliche Alternative undenkbar erscheinen ließ. Schwieriger hingegen war der Nachweis individueller Schuld bei Verbrechen, bei denen der Angeklagte nicht am Tatort war – im Falle Fricks beispielsweise bei den Tötungen im Rahmen der NS-»Euthanasie« in Hadamar und den Deportationen von Theresienstadt nach Auschwitz, die mit der Ermordung der Opfer in den Gaskammern endeten. Für dieses, bei allen organisiert begangenen Gemeinschaftsverbrechen auftauchende Problem, kennt das anglo-amerikanische Recht den Begriff der Verschwörung *(conspiracy);* im deutschen Sinne, wie Kempner unter Zugabe eines prägnanten Zitats erläuterte, eine erweiterte Mittäterschaft: »Sie sitzen alle in einem Boot, oder wie der verstorbene Goebbels gesagt hat, eine ›verschworene Gemeinschaft‹.«[57]

---

[56] Vgl. in diesem Sinne über den analytischen Ansatz des Verfahrens gegen die Hauptkriegsverbrecher Joachim Perels, Der Nürnberger Juristenprozeß im Kontext der Nachkriegsgeschichte, in: Ders., Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/Main 1999, S. 53.

[57] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 217.

Frick wurde im ersten Anklagepunkt (Beteiligung an einer Verschwörung bzw. einem gemeinsamen Plan, die genannten Verbrechen zu begehen) freigesprochen, aber dennoch zum Tode verurteilt. Kempner mag dies vorausgesehen haben, da er die Kontroversen um das Konzept der Verbindung von Verbrechen gegen den Frieden mit dem Vorwurf einer »Verschwörung« als Grundlage für eine Verurteilung kannte.[58] In seiner Anklage übernahm Kempner den anglo-amerikanischen Begriff, der über den deutschen der »Gehilfenschaft« hinausgeht und bei der Beurteilung der Täterschaft bei NS-Gewaltverbrechen nach der politischen Identifikation des Handelnden mit der Diktatur fragt: »Der Täter kann ruhig auf dem Frisierstuhl zur Stunde gesessen haben, als ein paar Häuser weiter der Überfall passierte. Er ist in der Sache mit drin, bei der Beratung vorher und der Beuteverteilung nachher, und braucht nicht von Anfang bis Ende so mitgemacht zu haben, wie es der deutsche Begriff der Mittäterschaft verlangt.«[59] Diese Sichtweise stand im Gegensatz zu der dann in der deutschen Rechtsprechung in den sechziger Jahren vorherrschenden Tendenz, die Einsatzgruppenkommandeure, administrative Leiter von Konzentrationslagern, am Anstaltsmord beteiligte Ärzte, überwiegend als bloße Gehilfen in einem ihnen fremden Geschehen zu qualifizieren.[60]

Fritz Bauer vertrat in der Frage der Täterschaft bei NS-Verbrechen die gleiche, der Realität des Regimes entsprechende Position und drückte dies 1944 in seiner Studie *Die Kriegsverbrecher vor Gericht* so aus: »Auch wenn ein Gesetz Straffreiheit für ein auf Befehl begangenes Verbrechen stipulieren sollte, so bliebe immer noch die Einstellung des Verbrechers zu seiner Tat ausschlaggebend. (...) Wenn der Verbrecher die Tat nicht ausschließlich auf Befehl begangen hat, sondern mit eigenem Willen, aus Freude an der Tat, aus Rachsucht usw., so ist das Verbrechen *seine* Tat, auch wenn es zur gleichen Zeit auf Befehl ausgeführt wurde. Er und der, der den Befehl ausgeführt hat, sind Mitschuldige. Deswegen ist es die Aufgabe des Richters, das Motiv klarzustellen, das den Soldaten bewegte, seine Gefühle, seine Mentalität. Wenn wir an die Verbrechen dieses Krieges denken, so darf nicht gleichgültig sein, ob der Verbrecher Nationalsozialist war oder ob er kein Nationalsozialist war. Im Falle eines Nationalsozialisten muß man annehmen, daß er nicht *bloß* auf Befehl gehandelt hat, sondern die Gelegenheit benutzte, um seinen eigenen Nationalsozialismus zu verwirklichen.«[61]

Bauer übertrug diese Auffassung auch auf die Bewertung der Justizverbrechen, indem er den Begriff des gesetzlichen Unrechts nicht auf die objektive Seite des Tatgeschehens beschränkte, sondern auch die subjektive Tatseite mit einbezog: »[D]ie Bejahung eines durch keinen Gesetzgeber an-

---

[58] Dazu ausführlich Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1992, hier S. 726.
[59] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 217.
[60] J. Perels u. I. Wojak, Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers (s. Anm. 8), S. 24.
[61] F. Bauer, Die Kriegsverbrecher vor Gericht (s. Anm. 50), S. 156f.

tastbaren Kernbereichs des Rechts – eines Minimum an Menschenrechten wie des Rechts auf Leben, auf physische Freiheit und Gleichheit aller ohne Ansehen der Person – [muß] notwendigerweise auch die Bejahung eines Kernbereichs von Rechts- und Unrechtsbewußtsein bei einem jeden nach sich ziehen«.[62] Wenn den Tätern bei der Erfüllung des Tatbestands der Rechtsbeugung nicht auch das Unrechtsbewußtsein zugerechnet wird, so Bauer, werde ein »ständischer Schutzwall« zugunsten von überzeugten NS-Richtern errichtet, deren positive Einstellung zum Unrechtsstaat sachwidrig als Exkulpationsgrund wirkt.[63] In der deutschen Rechtsprechung blieb auch diese Interpretation weitgehend folgenlos. Die Justiz billigte den NS-Richtern wegen ihrer Identifikation mit der Diktatur das Fehlen eines direkten Vorsatzes zu, womit der Tatbestand der Rechtsbeugung entfiel.[64] Im Nachvollzug der Negation rechtsstaatlicher Grundsätze durch die NS-Richter gestattete die bundesrepublikanische Justiz den Beteiligten damit nicht nur die praktisch unwiderlegbare Verteidigung, sie hätten mit »gutem Gewissen« gehandelt,[65] sondern den »Schuldbewußten« zugleich die Fiktion eines »irrenden Gewissens« und die Überzeugung, es hätte keine Alternative gegeben.

Geradezu exemplarisch entlarvte Kempner bereits 1946 im Kreuzverhör des Staatssekretärs und ehemaligen Justizministers Dr. Franz Schlegelberger diese Verteidigungsstrategie ehemaliger NS-Juristen. Während Schlegelbergers Amtszeit als Staatssekretär im Reichsjustizministerium war nicht nur das »Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden« verabschiedet worden[66], Kempner erinnerte ihn auch daran, daß er zusammen mit Frick einen gesetzgeberischen Vorschlag gemacht hatte, »alle Halbjuden in Deutschland und in den besetzten Ländern zu sterilisieren«.[67] Er konfrontierte Schlegelberger, der sich zunächst an gar nichts erinnerte oder erinnern wollte, mit den entsprechenden Beweisdokumenten. Im Rückverhör durch den Verteidiger der Reichsregierung gab Schlegelberger zu, am 6. März 1942 an einer durch das Rasse- und Siedlungshauptamt veranlaßten Besprechung teilgenommen zu haben, auf welcher der Vorschlag gemacht wurde, die »jüdi-

---

[62] Fritz Bauer, Das »gesetzliche Unrecht« des Nationalsozialismus und die deutsche Strafrechtspflege, in: Arthur Kaufmann (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Gustav Radbruch, Göttingen 1968, S. 302–307, hier S. 305, neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 53–60.

[63] Fritz Bauer, Im Namen des Volkes. Die Strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit, in: Helmut Hammerschmidt (Hrsg.), Zwanzig Jahre danach – Eine deutsche Bilanz 1945–1965, München u. a. 1965, S. 268–274, neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 77–90, hier S. 83.

[64] Ebd., S. 82.

[65] Ebd.

[66] Vgl. Reichsgesetzblatt I (1939), S. 864f.

[67] Vgl. im folgenden: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. XIX (Verhandlungsniederschriften 19. Juli 1946 – 29. Juli 1946), Nürnberg 1948, S. 289–305 (Verhör des Zeugen für die Reichsregierung Dr. Franz Schlegelberger).

schen Mischlinge« ohne Unterschied wie die Juden zu behandeln und nach Polen in Arbeitslager abzuschieben. Er bedaure tief, erklärte der Zeuge, daß er »nach den damaligen Zuständigkeiten und den damaligen Kräfteverhältnissen« keinen besseren Vorschlag machen konnte, als den Kreis der Betroffenen möglichst einzuschränken und vorzuschlagen, »ihnen die Möglichkeit zu geben, durch eine Unfruchtbarmachung der Abschiebung zu entgehen.« Eine Alternative zu diesem Vorschlag habe es nicht gegeben, denn mit reiner Negation sei nicht weiterzukommen gewesen.

Mit offenbar gutem Gewissen wies Schlegelberger darauf hin, bei den Gesetzen über »Mischlinge« abschwächend gewirkt zu haben, wobei es ihm anscheinend entging, daß dies zwangsläufig die Frage nach sich ziehen mußte, warum er das eigentlich getan hatte. »Und das war«, so Kempner, »der Schluß der Vorstellung.« Es habe ihn bewegt, daß ein solch glänzender Jurist plötzlich weinend dasaß und zugeben mußte, daß er alles gewußt habe.[68] Die Bedingungen in den Arbeitslagern, gestand Schlegelberger im Rückverhör, seien seiner Meinung nach so gewesen, »daß Halbjuden es vorziehen würden, sich unfruchtbar machen zu lassen.«[69] Schlegelberger wurde im Nürnberger Juristenprozeß 1947 zu lebenslanger Haft verurteilt, inzwischen allerdings – Joachim Perels hat darauf hingewiesen – vor dem Hintergrund einer gespaltenen juristischen und politischen Öffentlichkeit. Die gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 10 und den Begriff des gesetzlichen Unrechts gerichtete Position einer fraglosen Gültigkeit der gesamten Rechtsordnung des Nationalsozialismus – die sich im Nürnberger Juristenprozeß noch nicht durchgesetzt hat – fand immer stärkeren Rückhalt.[70]

Im Zuge der neuen Ermittlungen gegen Anstaltsärzte und andere Organisatoren der NS-»Euthanasie« in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zeigte sich, wie sehr sich die Zeiten geändert hatten. Spätestens Ende 1959, nach der Enttarnung und Festnahme von Professor Werner Heyde, hat Fritz Bauer erkannt, daß auch den am Anstaltsmord beteiligten Juristen als Schreibtischtätern der Prozeß zu machen war.[71] Schließlich beriefen sich die Angeklagten in den auf seine Initiative in Gang gesetzten Verfahren gegen Ärzte, Personal und Organisatoren der »Aktion T4« zu ihrer Verteidigung immer wieder auf die Juristenkonferenz von 1941.[72] Nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten, denn immerhin handelte es sich um ein Verfahren gegen die Elite der Justiz, leitete Bauer am 3. und 5. Mai 1960 ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord gegen zunächst neunund-

---

[68] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 286f.

[69] Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XIX (s. Anm. 67), S. 305.

[70] J. Perels, Nürnberger Juristenprozeß (s. Anm. 56), S. 7ff.

[71] Vgl. Helmut Kramer, »Gerichtstag halten über uns selbst«. Das Verfahren Fritz Bauers zur Beteiligung der Justiz am Anstaltsmord, in: Hanno Loewy u. Bettina Winter (Hrsg.), NS-»Euthanasie« vor Gericht. Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung, Frankfurt/Main 1996, S. 81–131, hier S. 88.

[72] Ebd., S. 87.

zwanzig Beschuldigte ein.[73] Ermittelt wurde gegen die Teilnehmer der Juristenkonferenz vom 23. April 1941, auf der unter Leitung Schlegelbergers u. a. alle Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte vertreten gewesen waren. Im Nürnberger Juristenprozeß hatte das Gericht Schlegelberger die Einberufung der Konferenz bereits vorgehalten, auf der das formlose Schreiben Hitlers zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« herumgereicht und den Teilnehmern verboten wurde, Mordanzeigen gegen die Vernichtung nachzugehen.[74] Bauers Argumentation in seiner Anschuldigungsschrift von 1965 unterschied sich nicht von der Kempners im Nürnberger Kreuzverhör, in dessen Verlauf er den Zeugen Schlegelberger wiederholt auf die vorhanden gewesene Möglichkeit hingewiesen hatte, sein Amt niederzulegen und hierfür auch Vorbilder nannte.[75] »Das widerspruchslose Entgegennehmen der Aufklärung über die Haupttat und der Weisung, nichts dagegen zu unternehmen, ist unter den obwaltenden Umständen schlüssig als die Zusage zu verstehen, dieser Weisung nachzukommen«, hieß es in Bauers Anklageschrift.[76] »Gemessen an den Anforderungen, die in den Strafverfahren der Nachkriegszeit an kleinste Gehilfen nationalsozialistischen Unrechts gestellt wurden, war von den versammelten Spitzen der deutschen Justiz zu erwarten, daß sie widersprachen, notfalls sogar erklärten, ihr Amt zur Verfügung zu stellen, um zu verhindern, daß sie durch ihr Stillschweigen zu Gehilfen tausendfachen Mordes wurden.«[77] Nach elf Jahren, 1970, wurde das Verfahren fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit eingestellt. Eine besondere Rechtspflicht der Justizelite zur Äußerung von Bedenken – die Pflicht zur Befehlsverweigerung, die Fritz Bauer gegenüber willkürlicher Staatsmacht statuiert sah – wurde im Einstellungsbeschluß nicht herausgestellt.[78]

Im Prozeß gegen Otto Ernst Remer, der als Kommandeur des Wachbataillons »Großdeutschland« mit zur Niederschlagung des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 beigetragen hatte und Anfang der fünfziger Jahre als Redner der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei im Wahlkampf auftrat, gelang Bauer 1952 die Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Inte-

---

[73] Ebd., S. 88ff.

[74] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 287; J. Perels u. I. Wojak, Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers (s. Anm. 8), S. 16; Bauers Anklageschrift vom 22.4.1965 ist abgedruckt in: H. Loewy u. B. Winter (Hrsg.), NS-»Euthanasie« vor Gericht (s. Anm. 71), S. 145–167.

[75] Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XIX (s. Anm. 67), S. 296f.

[76] Vgl. die Anklageschrift Bauers in: H. Loewy u. B. Winter (Hrsg.), NS-»Euthanasie« vor Gericht (s. Anm. 71), S. 165.

[77] Ebd., S. 165.

[78] Helmut Kramer, Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte als Gehilfen der NS-»Euthanasie« – Selbstentlastung der Justiz für die Teilnahme am Anstaltsmord, in: Redaktion Kritische Justiz (Hrsg.), Die juristische Ausarbeitung des Unrechts-Staats, Baden-Baden 1998, S. 413–439, hier S. 428. Vgl. auch Ders., »Gerichtstag halten über uns selbst« (s. Anm. 71), S. 98ff.

grität der Widerstandskämpfer.[79] Das Gericht erkannte im Urteil an, daß sie aus Verantwortungsbewußtsein für das Wohl Deutschlands gehandelt und einen historischen Erfolg im Sinne eines »Fanals« erzielt hatten. Damit traf der Tatbestand des »Landesverrats« nicht zu und die uneingeschränkte Rechtsgültigkeit des NS-Normensystems war in Frage gestellt.[80] Weder die Bundesregierung noch der Bundesgerichtshof schlossen sich – mit der Ausnahme zweier Entscheidungen von 1952[81] – dieser Rechtsprechung an. Im gleichen Jahr, in dem Bauer plädierte, ein Unrechtsstaat sei überhaupt nicht hochverratsfähig und jedermann berechtigt gewesen, »den bedrohten Juden oder den bedrohten Intelligenzschichten des Auslands Nothilfe zu gewähren«[82], lehnte es die Bundesregierung ab, §7 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention – der das Rückwirkungsverbot partiell außer Kraft setzte – in innerstaatliches Recht zu inkorporieren und sprach dem NS-Recht damit formale Gültigkeit zu.[83] Gleiches gilt für den Bundesgerichtshof, der in obrigkeitsstaatlicher und übertriebenem Legalitätsdenken verhafteter Tradition selbst das Urteil eines SS-Standgerichts in einem Konzentrationslager für legal erkannte[84] und im Gegenzug politischen Widerstandshandlungen keine rechtliche Legitimation beimaß und sie grundsätzlich an eine erfolgreiche Umsturzhandlung band.[85] Die bereits erwähnte, damit verbundene weitreichende Exkulpationswirkung für die NS-Justiz machte sich in den Nachfolgeprozessen bemerkbar.

Die Abwehr des Widerstandsrechts, dessen Konstituierung für Bauer zum Aufbau einer demokratischen Rechtsordnung gehörte, war die Verlängerung obrigkeitsfrommer, autoritär-elitärer Auffassungen in die Rechtspraxis der Nachkriegsperiode. Die Reformierbarkeit der deutschen Justiz, in der die personelle Kontinuität zur »Gerichtsbarkeit« des NS-Regimes bis auf wenige Ausnahmen wiederhergestellt war, betrachtete Bauer aus diesem Grund mit Skepsis. Für ihn und Kempner war die normative Abgrenzung

---

[79] Vgl. J. Perels u. I. Wojak, Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers (s. Anm. 8), S. 15; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 326ff.

[80] Vgl. Rudolf Wassermann, Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944. Der Remer-Prozeß in Braunschweig als Markstein der Justizgeschichte, in: Recht und Politik, Jg. 20 (1984), S. 68–80, hier S. 78.

[81] Joachim Perels, Die schrittweise Rechtfertigung der NS-Justiz. Der Huppenkothen-Prozeß, in: Ders., Das juristische Erbe des »Dritten Reiches« (s. Anm. 56), S. 181–202, hier S. 190ff.

[82] F. Bauer, »Eine Grenze hat Tyrannenmacht« (s. Anm. 54), S. 177.

[83] Joachim Perels, Der Umgang mit Tätern und Widerstandskämpfern in der Ära Adenauer, in: Ders., Das juristische Erbe des »Dritten Reiches« (s. Anm. 56), S. 155–180, hier S. 168.

[84] Vgl. J. Perels, Die schrittweise Rechtfertigung der NS-Justiz (s. Anm. 81), S. 193ff.

[85] Vgl. dazu insbesondere Fritz Bauer, Das Widerstandsrecht des kleinen Mannes, in: Geist und Tat, H. 1, Jg. 17 (1962), S. 78–68, neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 207–214, sowie Ders., Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers (s. Anm. 20).

vom NS-Unrechtsstaat auch verbunden mit der Kritik an der Amnestierung und Integration der NS-Eliten in die frühe Bundesrepublik. Schließlich gehörten sie beide zu der Minderheit politisch aktiver Juristen in Weimar, die bereits in den zwanziger Jahren vor den Gefahren einer schrankenlosen Staatsmacht und dem Mißbrauch formal legaler politischer Herrschaft – insbesondere mit Blick auf die Justiz – gewarnt hatten. Innerhalb ihres Politikverständnisses war die Ahndung der Staatsverbrechen des NS-Regimes vor allem ein Mittel zur Selbstaufklärung der Gesellschaft und weniger eine kriminalrechtliche Veranstaltung. Der Aufbau einer neuen Rechtsordnung, die sich durch die Bindung an die Grund- und Menschenrechte legitimiert und begrenzt[86], war für sie verbunden mit der Bereitschaft und Pflicht zum persönlichen Nein gegenüber staatlichem Unrecht. Deshalb bildeten Verbrechen gegen die Menschheit – wie Hannah Arendt den Terminus *crimes against humanity* übersetzte – den wichtigsten Bezugspunkt in Kempners Anklageschriften, und er war immer bemüht, die verschiedenen Verbrechensarten in einer Anklage zusammenzubringen.[87] Und gerade deshalb meinte Bauer – mit Blick sowohl auf Gustav Radbruchs These von der Möglichkeit und Realität eines Unrechts in Gesetzesform, als auch auf das alliierte Gesetz gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit – die obersten Gerichte hätten nach 1945 einen revolutionären Anlauf zu einem für Deutschland neuen Recht genommen.[88]

Der beiden gemeinsame Bezugspunkt war die Weiterentwicklung des Völkerrechts und die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Dabei versuchten sie, die kontinentalrechtlichen Einwände gegen die Grundsätze des Völkerrechts auszugleichen und erkannten darin zugleich die Grenzen einer juristischen Aufarbeitung der Verbrechen durch die deutsche Justiz. Die »großen lehrreichen Prinzipien« hätten vor allem im Juristenprozeß unmißverständlicher herausgearbeitet werden können, meinte Kempner, leider jedoch könne dies jemand, der mit der deutschen Justiz noch nie zu tun hatte, wirklich schwer tun.[89] Er vertrat die Auffassung, das ganze Völkerrecht, das bis auf wenige Ideen kein statuarisches, sondern Gewohnheitsrecht ist, bestehe aus revolutionären Ideen.[90] Zwar war seit dem Kellogg-Briand-Pakt von 1928 – darauf verwies auch Bauer[91] – das Verbot

[86] Vgl. in diesem Zusammenhang den Sammelband: Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses, hrsg. vom Nürnberger Menschenrechtszentrum, Hamburg 1996.

[87] Vgl. Peter Steinbach, Robert M. W. Kempner und die Rechtsstaatlichkeit in NS-Verfahren, in: Recht und Politik, Jg. 23 (1987), S. 136–143, hier S. 139; J. Perels u. I. Wojak, Motive im Denken und Handeln Fritz Bauers (s. Anm. 8), S. 25.

[88] Fritz Bauer, Justiz als Symptom, in: Hans Werner Richter (Hrsg.), Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, München u.a. 1962, S. 221–232, neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 365–376, hier S. 371.

[89] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 288.

[90] Ebd., S. 212ff.

[91] F. Bauer, Die Kriegsverbrecher vor Gericht (s. Anm. 50), S. 76f.

des Angriffskrieges geregelt, doch wie und ob überhaupt Kriegsverbrechen oder Taten, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen wurden, bestraft werden sollten, war im *Londoner Statut* vom 8. August 1945 und im *Kontrollratsgesetz Nr. 10* vom 20. Dezember 1945 in der Tradition angelsächsischen Rechts geregelt. Den in Kontinentaleuropa undifferenziert auch auf die Rechtshandlungen eines Terrorregimes bezogenen Grundsatz »keine Bestrafung ohne Gesetz« teilte Kempner ebensowenig wie Bauer und stellte sich hier auf den Standpunkt Justice Jacksons, »das Völkerrecht weiter zu entwickeln«. Dazu gehörte nicht zuletzt die Einführung des mit den Nürnberger Prinzipien verbundenen Begriffs Völkermord – im Prozeß *genocide* –, ein Tatbestand, der schließlich auch in das deutsche Strafgesetzbuch (§ 220a) eingefügt wurde, allerdings auf Verbrechen im Rahmen der »Endlösung der Judenfrage« unter Hinweis auf das Rückwirkungsverbot nicht angewandt wird.[92]

Indem Kempner sich in der Rolle des Anklägers darum bemühte, daß niemand allein wegen Anstiftung zum Angriffskrieg oder Mitwirkung daran bestraft werden sollte, der nicht auch Menschlichkeitsverbrechen, ganz persönlichen Mord oder Raubmorde begangen hatte, kam er der kontinentaleuropäischen Rechtsauffassung entgegen und fand hierfür eine prägnante Formulierung: »Natürlich hatte die Endlösung nichts mit dem Krieg zu tun. Nur daß ohne Krieg keine Endlösung zu machen ist.«[93] Durchaus treffend, aber nicht ganz zutreffend, formulierte insofern Peter Steinbach: »Er ist so wenig ein Kontinentaljurist wie ein Vertreter des angloamerikanischen Rechtsdenkens, sondern er ist ein Jurist, der einen der seltenen Augenblicke gestaltete und prägte, in dem sich Konturen eines übernationalen Völkerrechts abzeichneten.«[94] Den Verteidigern in Nürnberg, die Verbrechen wider die Menschlichkeit als nachträglichen Tatbestand hinstellen wollten, hielt er entgegen – und diese Formulierung ist quasi identisch mit einer Bauers –, daß Mord in allen Kulturnationen strafbar sei. »Und diese Strafe ist sogar uralt, denn als Moses die Gesetzestafeln schrieb, da gab es einen Paragraphen ›Du sollst nicht töten‹.«[95]

Den revolutionären Anlauf der obersten Gerichte erkannte Bauer in der Formulierung eines Kernbereichs des Rechts, der im Bewußtsein aller zivi-

---

[92] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 457, Fritz Bauer, Genocidium (Völkermord), in: Rudolf Sieverts u. Hans Joachim Schneider (Hrsg.), Handwörterbuch der Kriminologie, 2. Aufl., Berlin, New York 1966, S. 268–274; neu abgedruckt in: Ders., Die Humanität der Rechtsordnung (s. Anm. 2), S. 61–75, hier S. 62.

[93] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 216. Insofern stellte sich Kempner zweifellos den rechtsstaatlichen Grundsätzen kontinentaleuropäischer Tradition, wußte aber auch um deren – zumal für die weitere Entwicklung des Völkerrechts – Begrenzungen. Vgl. P. Steinbach, Robert M. W. Kempner und die Rechtsstaatlichkeit in NS-Verfahren (s. Anm. 87), S. 140f.

[94] P. Steinbach, ebd., S. 141.

[95] R. Kempner, Ankläger (s. Anm. 1), S. 215; dazu P. Steinbach, ebd., S. 139; F. Bauer, Zu den Naziverbrecher-Prozessen (s. Anm. 51), S. 115.

lisierten Völker, bei allen unterschieden nationalen Rechtsordnungen, bestehe und nach allgemeiner Rechtsüberzeugung von keinem Gesetz und keiner anderen obrigkeitlichen Maßnahme verletzt werden dürfe. Er umfasse bestimmte, als unantastbar geltende Grundrechte des menschlichen Verhaltens, die als rechtsverbindlich gälten. Damit war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zum Widerstand statuiert. Die Praxis des Bundesgerichtshofs beruhte aus Bauers Sicht dagegen auf Bekenntnissen, die die Philosophie des Idealismus zu Wege gebracht habe, »mit dem Erfolg, daß sich die Deutschen – statt auf die Straße, in die Parteien, in das Parlament zu gehen, um hier ihre Rechte zu erkämpfen – mit Worten des Freiherrn von Stein ›leeren Hirngespinsten der Metaphysik‹ hingaben.«[96] Aus verantwortlichen Staatsbürgern, von denen die Staatsgewalt ausgeht, wurden sie wieder zu Untertanen mit beschränktem Untertanenverstand degradiert.[97]

Er war »unbequem«, sagte Robert Kempner 1968 im Nachruf über seinen Freund Fritz Bauer. Man kann dies durchaus bestätigen – auch, daß er »selbstverständlich aber höchst bequem, beliebt, weil bequem für die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik war.« »Warum?« Kempner beantwortete seine Frage selbst: »Er war (...) der größte lebende Zeuge – nachdem Konrad Adenauer gestorben ist – für ein besseres Deutschland.«[98] Adenauer bezeichnet nun gewiß nicht die Tradition, in die Bauer sich gestellt hätte. In den »Teegesprächen« wurde der Hessische Generalstaatsanwalt weder im Kontext des international Aufsehen erregenden Eichmann-Prozesses noch anderer Verfahren gegen NS-Verbrecher erwähnt, die immerhin die deutschen Außenpolitiker damals intensiv beschäftigt haben.[99] Dafür, auf der richtigen Seite zu stehen, bürgte der Name Konrad Adenauer in den westlichen Ländern zweifellos, doch Bauer ist hier wohl eher an der Seite Kurt Schumachers zu sehen, der Adenauer als Vertreter einer konservativ-klerikalen kapitalistischen Politik sah.[100]

Vielleicht ist auch der Gedanke nicht allzu weit hergeholt, daß sich die Geister im Falle Hans Globke, den Adenauer als Staatssekretärs ins Kanzleramt holte, schieden. Kempner kannte Globke seit seinem Eintritt in das Ministerium im Jahr 1929. In seinem Nachlaß befindet sich das korrigierte Manuskript seiner Schrift über *Begegnungen mit Hans Globke*.[101] Mit den

---

[96] F. Bauer, Justiz als Symptom (s. Anm. 88), S. 375: »Nach 1945 haben wir uns klar dazu bekannt – sämtliche Gerichte, der Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht –, daß etwa die 10 Gebote nicht nur eine religiöse Aufgabe sind, sondern daß das Gebot: ›Du sollst nicht töten‹ über allen Gesetzen, über allen Befehlen steht und daß die gesamte Gesetzgebung des ›Dritten Reiches‹ deswegen null und nichtig war, soweit sie den Satz ›Du sollst nicht töten‹ verletzt hat.«

[97] Ebd., S. 373.

[98] Vgl. R. Kempner, Ansprache (s. Anm. 7), S. 26.

[99] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988.

[100] Vgl. Annemarie Renger, Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993, S. 166.

[101] Robert M. W. Kempner, Begegnungen mit Hans Globke: Berlin – Nürnberg – Bonn, o.J.; BA Koblenz, N 1470/382.

Angriffen gegen Globke in den fünfziger Jahren, die vor allem seinem Kommentar der Nürnberger Rassengesetze galten, schrieb Kempner, wollten politische Gegner vor allem Bundeskanzler Adenauer treffen. Er habe darüber früher auch ausführlich mit Kurt Schumacher gesprochen und hoffe, daß seine Mitteilungen »über die wahren Tatsachen« zur Beendigung einer politischen Legende dienen. Die Legendenbildung, nämlich daß Globke Antisemit und Mitglied der NSDAP gewesen sei, setzte nach Kempner mit dessen Amtseintritt im Kanzleramt ein.[102]

Tatsächlich war Globke kein Mitglied der NSDAP. Doch worin bestand – abgesehen vom nicht ganz unwesentlichen Zeitpunkt – der Unterschied zwischen Schlegelbergers Argumentation, er habe den Kreis der betroffenen »Mischlinge« möglichst einzuschränken versucht und vorgeschlagen, »ihnen die Möglichkeit zu geben, durch eine Unfruchtbarmachung der Abschiebung zu entgehen« und derjenigen Globkes, er habe in seinem Kommentar der *Nürnberger Gesetze* (den er mit seinem Vorgesetzten Wilhelm Stuckart verfaßte) günstigere Interpretationen für »Mischlinge« eingebaut? Um eine Formulierung Globkes aufzugreifen, blieb er an seinem Platz in der Hoffnung, seine »antinationalsozialistische Tätigkeit, die ja später bekannt werden mußte, würde eine genügende Erklärung dafür sein, warum ich den Schein aufrecht erhielt, der zur Fortführung meines Amtes notwendig war.« »Und auch heute«, fuhr Globke fort, »mögen viele in der Sowjetzone in der gleichen Situation sein. Glauben Sie, daß es besser wäre, wenn sie alle ihre Posten aufgäben, um radikalen Fanatikern den Platz frei zu machen?«[103]

Im Januar 1961 bestätigte Bauer, daß bei seiner Behörde ein Vorermittlungsverfahren gegen Globke anhängig sei.[104] Das Ermittlungsverfahren betraf die Rettung von 10000 jüdischen Frauen und Kindern von Griechenland nach Palästina, die den Anschuldigungen zufolge durch Globkes Mitwirkung verhindert worden war.[105] Der Berliner Staatsanwalt Dr. Max Merten, ehemaliger Kriegsverwaltungsrat in Saloniki, hatte ausgesagt, Globke habe sich nach telefonischer Rücksprache mit Adolf Eichmann gegen den Schiffstransport ausgesprochen. Nachdem Eichmann, der dazu in Israel vernommen werden sollte, die Aussage verweigert hatte, bestand kein Zusammenhang mehr zum Frankfurter Verfahren, und die Akten wurden an die Bonner Staatsanwaltschaft abgegeben.[106] Im Mai 1961 wurden dort die

---

[102] Ebd., S. 19 und S. 23.

[103] Interview mit Hans Globke in: Frankfurter Neue Presse (16.2.1961).

[104] Frankfurter Rundschau (6.1.1961).

[105] Vgl. Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 211–216; Rolf Vogel (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Bd. I: Politik, München u.a. 1987, S. 175–184; Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart u. Wiesbaden 1983, S. 214–216; Reinhard-M. Strecker, Dr. Hans Globke. Aktenauszüge. Dokumente, Hamburg 1961.

[106] Frankfurter Rundschau (18.2.1961).

gerichtlichen Ermittlungen abgeschlossen, die Anschuldigungen erwiesen sich als gegenstandslos.[107]

In diesem Zusammenhang kam es am 19. Januar 1961 zur einzigen Erwähnung Bauers in den »Teegesprächen«. Robert Strobel, Korrespondent u. a. für *Die Zeit* und die *Frankfurter Freie Presse*, hielt es im Anschluß an Adenauers Ausführungen zu den Beschuldigungen gegen Globke für »nicht uninteressant zu wissen, daß gerade der Frankfurter Generalstaatsanwalt Bauer gesagt hat, die Anzeige, die Herr Merten erstattet hat, halte er für so substanzlos, daß er sich davon überhaupt nichts verspreche. Er werde überhaupt nur aktiv, weil er das von Amts wegen müsse, aber die Aktivität werde sehr gering sein und das Ergebnis werde gleich Null sein.« Globke war erstaunt: »Das höre ich zum erstenmal jetzt von Ihnen.« Dann wechselte Adenauer das Thema.[108] Aus der umfangreichen Presseberichterstattung ist diese Aussage Bauers nicht überliefert, die womöglich in persönlichem Gespräch fiel. Tatsächlich findet sich ebensowenig in den Schriften (oder in der Presse) eine Äußerung des Hessischen Generalstaatsanwalts zu den Anschuldigungen gegen Globke. Obwohl Bauer aufgrund des Ermittlungsverfahrens erheblichen Angriffen ausgesetzt war und ihm seinerseits von der hessischen CDU politische Motive unterstellt wurden, hat er sich ausschließlich zum korrekten Ablauf der Ermittlungen geäußert.

Im Amt hat sich Bauer von den Angriffen nicht beirren lassen, aber die Form der Anwürfe zeugt von dem Klima, das die Aufarbeitung der NS-Verbrechen seit Bestehen der Bundesrepublik begleitete und das auch Robert Kempner und Fritz Bauer in Zeiten des Kalten Krieges einholte. Eine Pflicht zum aktiven Widerstand für jedermann statuieren kann man nicht. Vielleicht war dieses Wissen die Antwort Bauers auch im Fall Globke. »Das Maximum, das wir von Menschen verlangen können«, so sagte er, »das ›große Maximum‹, ist Ungehorsam, das Nein, ein rechtswidriges Gesetz oder einen solchen Befehl zu befolgen. Schon dies erfordert eine zivile oder militärische Courage, die gewiß nicht Allgemeingut der Menschen ist.«[109]

---

[107] R. Vogel (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog (s. Anm 105), S. 177–179, S. 189 f. Die Staatsanwaltschaft in Bonn ermittelte später gegen Merten wg. falscher uneidlicher Aussage.

[108] Adenauer, Teegespräche (s. Anm. 99), S. 409 f.

[109] Vgl. Fritz Bauer, Ungehorsam und Widerstand in Geschichte und Gegenwart, Teil II, Sendung des Südwestfunks, 4. 8. 1968, Manuskript, S. 20. (Teil I wurde am 28. 7. 1968 gesendet, beide posthum).

Die Rolle Gerhard Colms und anderer Emigranten bei der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948

Wolfram Hoppenstedt

Als die westdeutschen Zeitungen am 19. Juni 1948 die am folgenden Tag bevorstehende Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen ankündigten, meldete »Die Welt« in einem Begleitartikel, daß ein gewisser Herr Professor Gerhard Colm, »früher Kiel, gegenwärtig im USA-Schatzamt«, den ersten offiziellen Währungsreformplan entworfen habe. Wer war Gerhard Colm?[1]

Gerhard Colm wurde am 30. Juni 1897 in Hannover in einer jüdischen Beamtenfamilie geboren. Seine Eltern hatten sich um die Jahrhundertwende evangelisch taufen lassen. Colm absolvierte 1915 in Düsseldorf ein Notabitur und meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst. In der »Feldluftschiff-Truppe« stieg er bis zum Leutnant auf und wurde im Dezember 1917 mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Unmittelbar nach Kriegsende trat Gerhard Colm zunächst in die USPD und wenig später in die SPD ein. Er studierte in Freiburg und München Staatswissenschaften und Nationalökonomie. Im Jahre 1923 promovierte Colm über die »Soziologie des Ruhraufstandes von 1920«, eine Arbeit, die Max Weber noch kurz vor seinem Tod angeregt hatte. Wenig später begann der Nationalökonom seinen Berufsweg als Referent im Statistischen Reichsamt zu Berlin. Dort setzte er in den Arbeitsbereichen »Wirtschaftsstatistik« sowie »Finanz- und Steuerstatistik« bedeutende Akzente. Gemeinsam mit seinem Freund und Kollegen Hans Neisser, der ebenfalls emigrieren sollte, begleitete er als Sachverständiger mehrere deutsche Delegationen auf einer Reihe von internationalen Wirtschafts- und Reparationskonferenzen. Die Habilitationsschrift Colms aus dem Jahre 1927, die »Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben«, gilt als wegweisend, da sie erstmals die Bedeutung des Staatsanteils an der Volkswirtschaft aufzeigte.[2]

In seiner Berliner Zeit lernte Gerhard Colm zwei Persönlichkeiten kennen: Adolf Löwe (im Exil: Adolph Lowe), der ihn über Bernhard Harms

[1] Biographie von Wolfram Hoppenstedt, Gerhard Colm. Leben und Werk 1897–1968, Stuttgart 1997. Siehe auch Beitrag »Gerhard Colm« in: Claus-Dieter Krohn/Harald Hagemann (Hrsg.), Handbuch zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration, Bd. 1, München 1999, S. 104–113.

[2] Gerhard Colm, Die Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Ein Beitrag zur Finanztheorie, Tübingen 1927.

wenig später an das Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr nachholen sollte, sowie den Bankexperten Raimund Goldschmidt (im Exil: Raymond Goldsmith), mit dem er zusammen 1946 den Währungsreformplan ausarbeiten sollte.

Gerhard Colm wurde 1927 zum außerordentlichen Professor für Rechts- und Staatswissenschaften am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel ernannt. Das Kieler Institut galt in den zwanziger Jahren als eine Hochburg fortschrittlicher wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. Die Mitglieder der sogenannten Kieler Schule der »Reformökonomen« – an ihrer Spitze Adolf Löwe, Gerhard Colm, Hans Neisser, Alfred Kähler und Emil Lederer (Heidelberg) – wollten sich bei ihren Forschungen nicht in einer abstrakten Modellwelt verlieren, sondern suchten Praxisnähe. Sie waren davon überzeugt, daß die Wirtschaftswissenschaften der Politik beratend zur Seite zu stehen hatten.[3]

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 stellte Gerhard Colm und seine Kollegen vor neue Herausforderungen. Colm gehörte zu den wenigen Wissenschaftlern, die in der Lage waren, eine profunde Ursachenanalyse der Krise zu liefern, und zeigte konjunkturpolitisch orientiere Gegenmaßnahmen zu ihrer Überwindung auf. Das SPD-Mitglied unterstützte 1932 aktiv die freien Gewerkschaften bei ihrem Vorstoß mit dem Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan (WTB-Plan) zur Arbeitsbeschaffung. Die katastrophalen Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression und Massenarbeitslosigkeit in jenen Jahren haben Colm sein Leben lang geprägt. Der Finanzexperte, der ab Mitte der dreißiger Jahre im weitesten Sinne der von John Maynard Keynes begründeten Schule der *New Economics* zuzurechnen ist, setzte sich zum obersten Ziel, wirtschaftspolitische Wege und Maßnahmen zu finden, um einen hohen Beschäftigungsgrad in der Volkswirtschaft zu sichern. Die Massenarbeitslosigkeit war für den Professor die größte Bedrohung der Demokratien.

Im April 1933 wurde Gerhard Colm wie viele seiner Kollegen am Kieler Institut Opfer der »Säuberungswelle« der nationalsozialistischen Machthaber an den Universitäten. Dem Finanzexperten blieb gemeinsam mit seiner Frau Hanna und den vier Kindern nur der Weg in die Emigration. Colm fand Aufnahme an der von Alvin Johnson gegründeten »*University in Exile*«, der *Graduate Faculty* an der *New School for Social Research* in New York. Die aus Europa an die *New School* geflüchteten Wissenschaftler sollten in den dreißiger und vierziger Jahren bedeutende Impulse auf die amerikanischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ausüben.[4] Gerhard Colm, der sich in seiner neuen Heimat zunächst vor allem Fragen der Fi-

[3] Ausführlich Claus-Dieter Krohn, Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933, Frankfurt a.M./New York 1981.

[4] Ders., Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt a.M./New York 1987.

nanzordnungstheorie widmete, avancierte zu einem der renommiertesten Vertreter der Exiluniversität.[5]

Die amerikanische Bundesregierung wurde bereits früh auf den deutschen Emigranten aufmerksam, vermochte er doch eine umfassende Theorie über den Einfluß der Staatsausgaben auf die Gesamtwirtschaft zu liefern. Davon konnte das Rooseveltsche Programm des *New Deal* nur profitieren. 1938 entzogen die Nationalsozialisten Gerhard Colm die deutsche Staatsbürgerschaft. Nach Annahme der amerikanischen Staatsbürgerschaft im darauffolgenden Jahr stand der Karriere Colms in der US-Regierung nichts mehr im Wege. Ab 1939 stieg der Nationalökonom bis zum Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten auf. Die Planung und Durchführung der amerikanischen Kriegsfinanzierung und der *National Employment Act* von 1946, der Vorbild für das deutsche Stabilitätsgesetz von 1967 wurde, sollten in hohem Maße seine Handschrift tragen. Präsident Harry S Truman berief Colm 1946 in den neu geschaffenen *Council of Economic Advisors to the President*.

Das große Interesse, das Gerhard Colm nach wie vor an den Vorgängen in Deutschland hatte, spiegelt sich in einer Zeitungsausschnittssammlung wider, die in seinem Nachlaß in der Kongreßbibliothek in Washington, D.C. überliefert ist. Der Finanzexperte legte besonderes Augenmerk auf die wirtschaftliche Situation. Colm machte im Kreise von Freunden und Kollegen wiederholt seine Auffassung deutlich, daß ein demokratischer Wiederaufbau des zerstörten Nachkriegsdeutschland nur im Zuge eines erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus gelingen könne.

Eine grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Neubeginn in Deutschland war die Durchführung einer Währungsreform. Die Reichsmark hatte aufgrund der Geld- und Währungspolitik der nationalsozialistischen Machthaber – die verbriefte Schuldenlast des Deutschen Reiches belief sich 1945 auf etwa 380 Mrd. Reichsmark – und der in Folge rückgestauten Inflation das Vertrauen der Bevölkerung und Unternehmen eingebüßt und nahezu gänzlich ihre Funktion als Wertübertragungsmittel verloren; in den zerstörten Städten und Dörfern herrschte der Schwarze Markt mit seiner Zigarettenwährung.

Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens fiel die Verantwortung für die Durchführung einer Währungsreform in die Zuständigkeit der vier Siegermächte. Erste Überlegungen in diese Richtung wurden innerhalb der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) unternommen, obwohl dem Oberkommandierenden in der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, aufgrund der Joint-Chief-of-Staff-Directive 1067 vom 26. April 1945 eigentlich die Hände gebunden waren. Nach dieser Direktive sollten keine Schritte unternommen werden in der Absicht, »die deutsche Finanzstruktur zu erhalten, zu stärken oder in eigene Verantwortung zu

[5] Gerhard Colm, The Theory of Public Expenditures, in: Annals of the American Academy of Political Sciences, Bd. 183, 1936, S. 27–42.

übernehmen.«[6] Erste Sondierungsgespräche im Alliierten Kontrollrat im Herbst 1945 führten zu keinem greifbaren Ergebnis, da weder die Briten und Franzosen noch Russen zu diesem Zeitpunkt ernsthaft daran interessiert waren, eine gemeinsame Sanierung des deutschen Geldwesens in Angriff zu nehmen.[7]

Als Finanzberater General Clays war seit September 1945 der Detroiter Banker Joseph Morrel Dodge tätig. Clay beauftragte Dodge nach seiner Ankunft in Deutschland sofort mit der Planung der Neuorganisation bzw. Dezentralisierung des deutschen Bankwesens. Diese Maßnahmen waren erklärtes Ziel amerikanischer Besatzungspolitik. Dodge stellte sogleich auch erste Überlegungen im Hinblick auf eine Währungsreform an. Zu diesem Zweck traf er sich am 17. Dezember 1945 in Frankfurt/Main mit deutschen Finanzwissenschaftlern, darunter Hans Möller, Otto Pfleiderer und Heinz Sauermann, um deren Meinung zu hören.[8]

Mit der Idee, die Finanzexperten Gerhard Colm und Raymond Goldsmith für die Ausarbeitung eines Währungsreformplanes zu gewinnen, trat schließlich David Ginsburg, der stellvertretende Leiter der Wirtschaftsabteilung von OMGUS, an General Clay heran. Ginsburg kannte Goldsmith seit 1935 als stellvertretenden Leiter der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde (SEC). Seit 1939 pflegten Ginsburg und seine Frau auch privaten Kontakt zur Familie Colm. Ginsburg beeindruckte, wie es der frühere Kieler Professor verstand, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge allgemeinverständlich darzustellen und überzeugende Lösungswege zu entwickeln. Hinter den politischen Kulissen Washingtons hatte Gerhard Colm, erinnert sich Ginsburg in einem Interview, während des ganzen Krieges als geschätzter Berater in wichtigen Bereichen der Administration gewirkt und großes Vertrauen genossen.[9] General Clay stimmte dem Vorschlag zu, Colm und Goldsmith auf eine Mission nach Deutschland einzuladen.

Gerhard Colm erreichte die Anfrage aus Frankfurt am Main Anfang Januar 1946 im Budgetbüro des Weißen Hauses. Ihn reizte zwar die verantwortungsvolle Aufgabe, doch hatte er Bedenken, wie es in Deutschland aufgenommen werden könnte, wenn ein Emigrant wie er als Repräsentant der amerikanischen Besatzungsbehörden auftreten und die Währungs- und Finanzverhältnisse neu ordnen sollte. Diese Haltung hatte zum Teil folgenden Hintergrund: »Ich bin sehr getroffen«, schreibt Colm am 9. Januar 1946 an Alvin Johnson, »über allerhand Gerüchte über diese oder jene Einstellung, die ich zur Behandlung zugunsten oder zuungunsten Deutschlands haben soll. Brüning hat mir mitteilen lassen, daß er es bedauere, daß ich für den

[6] Foreign Relations of the United States, 1945, Bd. 3, S. 378ff.
[7] Hans Möller, Die deutsche Währungsreform von 1945, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975, Frankfurt/M. 1976, S. 443.
[8] Aufzeichnung über das Gespräch im Nachlaß Dodge, Detroit Public Library, Box 4.
[9] Interview des Verfassers mit David Ginsburg am 2.8.1991 in Washington, D.C.

Morgenthau-Plan sei!«[10] Erst nachdem ihn einige seiner ehemaligen Kollegen an der New School ermutigt und verdeutlicht hatten, welche Chance sich bot, auf die deutschen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch einzuwirken, damit sich die katastrophalen Fehler nach dem Ersten Weltkrieg nicht wiederholten, willigte Colm ein.

Raymond Goldsmith erreichte die Einladung General Clays an seinem Direktorenschreibtisch in der amerikanischen Rüstungsbehörde, die zu diesem Zeitpunkt in Auflösung begriffen war. Seine Karriere in den USA hatte der Bankexperte 1934 in der Forschungsabteilung der SEC begonnen, zu deren stellvertretenden Direktor er 1937 berufen wurde. 1942 hatte Goldsmith in die Wirtschaftsabteilung der Rüstungsbehörde unter Leitung von Simon Kuznets gewechselt. Colm und Goldsmith hatten seit ihrer kurzen gemeinsamen Tätigkeit im Statistischen Reichsamt Mitte der zwanziger Jahre in Berlin keinen Kontakt mehr miteinander gehabt. Nachdem die beiden Emigranten General Clay ihre Teilnahme zugesagt hatten, schlossen sie schnell Freundschaft und sahen mit großer Erwartung ihrer Mission nach Deutschland entgegen.

Anfang Februar reiste Joseph M. Dodge nach Washington und erläuterte den beiden Experten seine und General Clays Vorstellungen über das Ziel der Reise. Die Experten sollten die zahlreichen bereits vorliegenden Pläne über die Eindämmung der Inflation in Deutschland begutachten und sich insbesondere der Behandlung der Reichsschulden annehmen. Dabei sollten nicht nur die Pläne der amerikanischen Militärregierung, sondern – soweit möglich – auch der anderen Besatzungsmächte berücksichtigt werden.[11]

Nach zweimonatigen Vorbereitungen startete am Samstag, dem 2. März 1946, eine Sondermaschine der amerikanischen Luftwaffe mit Gerhard Colm und Raymond Goldsmith an Bord von New York in Richtung Europa. Nach einem Zwischenstop in London, der für ein Sondierungsgespräch mit Vertretern des für die britische Besatzungspolitik in Deutschland zuständigen *Office of Control* genutzt wurde, kehrten die beiden Experten am Aschermittwoch, dem 6. März 1946, nach 13 Jahren in ihre alte Heimat zurück. Colm zeigte sich erschüttert über die Trümmerwüste Berlin. Kurzfristig überkamen ihn Zweifel, ob die Schäden jemals wieder behoben werden konnten. »Ich konnte es nicht ändern,« schreibt er an seine Frau Hanna, »aber ich mußte immer wieder an das Wort ›Gottesgericht‹ denken.«[12] Viele ehemalige Freunde und Bekannte Gerhard Colms sollten sich in den folgenden Monaten hilfesuchend an ihn wenden, sei es aus existenzieller Not oder mit der Bitte um Schutz vor Willkürmaßnahmen der Besatzer. Der aus seiner Heimat Vertriebene versuchte zu helfen, wo er nur konnte, obwohl dies

[10] Brief G. Colms an Alvin Johnson vom 9.1.1946, Nachlaß Colm, Manuscript Division, Library of Congress, Box 28.

[11] Brief G. Colms an Eric Biddle (US-Botschaft in London) vom 18.2.1946, ebd., Box 29.

[12] Brief G. Colms an seine Frau Hanna vom 9.3.1946, Privatarchiv Peter Colm, Lusby, Maryland.

eine erhebliche Zusatzbelastung für ihn bedeutete. Besonders berührte es ihn, wenn er den Menschen nicht helfen konnte, was er in zahlreichen Briefen seiner Frau Hanna darlegte.

Am 9. März 1946 trafen Colm und Goldsmith erstmals mit General Clay zusammen. »Ich habe einen guten Eindruck«, berichtet Colm. »Er läßt uns alle Freiheiten, um unser Problem anzugehen.«[13] Es sollte den beiden aus Washington eingetroffenen Experten obliegen, den Währungsreformplan auszuarbeiten. Joseph M. Dodge sollte vornehmlich als Verbindungsmann zum amerikanischen Oberkommandierenden fungieren und später sicherstellen, daß der Plan nicht – wie dies so oft geschah – in einer Ablage der Administration verschwinden würde. General Clay beauftragte Colm und Goldsmith ausdrücklich, nicht an einer »westlichen Lösung« der drei Besatzungsmächte zu arbeiten, sondern die Sowjets einzubeziehen. Einige rangniedrigere Mitglieder der Militärregierung äußerten gegenüber Colm sogleich ihre Zweifel, ob letzteres zu verwirklichen sei. Mit einigem Unbehagen beobachten Colm und Goldsmith auch tiefgreifende Kompetenzstreitereien zwischen den einzelnen OMGUS-Abteilungen, die sich kaum von den Verhältnissen in Washington unterschieden, soweit die Behandlung des besiegten Deutschland diskutiert wurde.[14] Mit der Politik, »die Deutschen in ihrem Schlamassel sitzenzulassen«, sollte nun jedoch endlich Schluß sein, versprach Colm.[15]

Das Zwei-Mann-Team bezog am 12. März 1946 sein festes Quartier in einer Villa in der Bismarckstraße in Berlin-Wannsee. Wenig später erhielten Colm und Goldsmith Gelegenheit, die zuständigen Finanzexperten der drei Alliierten kennenzulernen. Die Briten wurden bei diesem ersten Treffen durch Findlay G. Shirras vertreten. Der Zufall wollte es, daß Colm 1926 ein Buch des indischen Finanzexperten ins Deutsche übersetzt und die beiden Nationalökonomen im Hinblick auf die Reparationszahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches seinerzeit die gleichen Ansichten vertreten hatten. Die Freundschaft, die Colm und Shirras nun schlossen, wirkte sich positiv auf die Zusammenarbeit aus. Der französische Vertreter im *Financial Directorate* war der Finanzexperte LeRoy Beaulieu, der eine sehr unversöhnliche Linie gegenüber Deutschland vertrat. Die Russen hatten den sprachgewandten P. A. Maletin zum Chef ihrer Finanzabteilung im Kontrollrat ernannt, der die Sowjetunion bereits 1944 auf der Wirtschaftskonferenz in Bretton Woods vertreten hatte. Nach dieser ersten Zusammenkunft ahnte Colm bereits, welche Komplikationen die Verhandlungen über einen Währungsreformplan auf Vier-Mächte-Ebene mit sich bringen würden.[16]

---

[13] Ebd.

[14] Missionsbericht G. Colms vom 31.3.1946, Nachlaß Colm, (s. Anm. 10), Box 29.

[15] Ebd.

[16] Brief G. Colms an seine Frau Hanna vom 13.3.1946, Privatarchiv Peter Colm, (s. Anm. 12).

Colm und Goldsmith stießen bei ihren Arbeiten am Währungsreformplan auf erhebliche Schwierigkeiten. Statistisches Material war in Deutschland nur noch lückenhaft oder gar nicht mehr vorhanden. Die Angehörigen der verschiedenen Dienststellen der Militärregierung waren häufig inkompetent und wenig kooperativ. Colm hatte von vornherein die Absicht, auch deutsche Experten anzuhören und sich seine alten Verbindungen zunutze zu machen. Am 20. März brach er mit seinem Kollegen zu einer ersten Rundreise durch Deutschland auf. Hilfreich bei diesem Vorhaben war Professor Heinz Sauermann aus Frankfurt/Main, der schon seit längerem als Kontaktmann zwischen der amerikanischen Militärregierung und deutschen Wirtschaftswissenschaftlern tätig war. Sauermann machte den beiden Amerikanern auch die diversen zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegenden deutschen Vorschläge für einen Währungsschnitt zugänglich, von denen etwa 30 einer näheren Betrachtung unterzogen wurden.[17]

Colm und Goldsmith sprachen auf ihrer Rundreise mit einer Reihe von Kabinettsmitgliedern der Länder in den westlichen Besatzungszonen sowie mit Wissenschaftlern und Geschäftsleuten. Der überwiegende Teil der Konsultierten lehnte einen »harten Währungsschnitt«, wie er den beiden Nationalökonomen vorschwebte, ab und wollte es beim Einfrieren der Konten und deren sukzessiven Freigabe bewenden lassen. Wertvolle Anregungen erhielten die beiden Experten nach Colms Einschätzung von dem Finanzreferenten in der württembergischen Finanzverwaltung, Otto Pfleiderer, sowie von dem Stuttgarter Bankdirektor Adolf Lieb. Zu weiteren Befürwortern eines »scharfen Schnittes« zählten der hessische Ministerpräsident Karl Geiler, der frühere Leiter des Statistischen Reichesamtes, Ernst Wagemann, und der bayerische Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, den Colm bei dieser Gelegenheit kennenlernte.[18] Nach Goldsmiths Auffassung kamen die besten Anregungen von dem Soziologen Alfred Weber und dem Begründer der deutschen Betriebswirtschaftslehre, Eugen Schmalenbach. Diese beiden Wissenschaftler hätten »mehr verstanden als alle anderen Experten.«[19]

Zurück in Berlin, arbeiteten Colm und Goldsmith einen ersten Entwurf für den Währungsreformplan aus und legten ihn ihren Kollegen im Finanzdirektorium des Alliierten Kontrollrats vor. Die Briten unter der Leitung von Paul Chambers sprachen sich gegen einen scharfen Währungsschnitt aus und sahen in einem Anstieg des Preisniveaus auf das Fünffache die »natürlichste Lösung des Problems«. Der Franzose Beaulieu erklärte ganz

[17] Eckhard Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945–1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik, Frankfurt/M. 1980, S. 98.

[18] »Die D-Mark entstand im Flug«. Beitrag G. Colms in der Zeitung »Die Welt« vom 20.6.1968.

[19] Interview mit R. W. Goldsmith, Juni 1972, Oral History Series, Harry S Truman Library, Independence, Mo.

unverblümt, daß sich die Amerikaner nicht allzu sehr anstrengen sollten, eine zu perfekte Neuordnung des deutschen Finanz- und Währungswesens zu schaffen; es ginge nicht an, daß die Deutschen am Ende noch besser dastünden als ihre Nachbarn. Kooperativer zeigte sich der Russe Maletin, eine Tatsache, die Colm immer wieder beeindruckte. Maletin äußerte nur Bedenken gegen den im Plan vorgeschlagenen Lastenausgleich. »Der eine verliert eben sein Leben oder Bein im Krieg, der andere sein Vermögen«, erklärte er Colm lapidar.[20]

Gerhard Colm war unsicher, wie er das Verhalten der Sowjets einschätzen sollte. Mit Sorge beobachtete er, daß die willkürlichen Verhaftungen und Verschleppungen von Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone beinahe ein Jahr nach der Kapitulation noch immer kein Ende gefunden hatten. »Viele Menschen im russischen Sektor von Berlin erzählen mir,« vermerkt Colm in einem vertraulichen Papier, »daß sie jetzt unter größerem Terror leben als unter den Nazis.«[21] Für den Experten lautete die entscheidende Frage, »ob die Sowjets lediglich soviel Reparationen wie möglich aus dem Land herausholen wollen – oder ob sie gar in ganz Deutschland den Kommunismus einführen wollen.« Colm mutmaßte: »Ich halte die Erklärung für wahrscheinlich, daß die Russen das Maximum aus Deutschland herausholen wollen und daß sie gleichzeitig die deutsche Wirtschaft wieder in Gang setzen wollen – auf ihre Weise.«[22]

Colm und Goldsmith unternahmen Mitte April 1946 gemeinsam mit ihrem Kollegen Maletin eine fünftägige Rundreise durch die sowjetische Besatzungszone sowie nach Prag. Das Team sprach mit Angehörigen der russischen Militärverwaltung, Bankdirektoren sowie Finanzbeamten und machte sich vor Ort ein Bild von den Umstrukturierungen des Bank- und Finanzwesens. Der Kontakt zu Universitätsprofessoren – darunter befreundeten Kollegen aus der Zeit vor der Emigration – wurde verwehrt. In der Tschechoslowakei, wo ebenfalls eine Währungsreform bevorstand, tauschte sich das Team mit Vertretern der Nationalbank, des Finanzministeriums und des Statistischen Amtes aus.[23]

Colm stellte sich immer wieder die Frage: »Can we do business with the Russians?«[24] Der Experte fühlte sich hin- und hergerissen. Für ein Interesse der Russen an einer Stabilisierungs- und Wiederaufbaupolitik sprach nach seiner Einschätzung die ausgeglichene Haushaltspolitik, die sie in ihrer Besatzungszone verfolgten. Andererseits konnten sich Colm und Goldsmith – zum Teil gestützt auf Unterlagen, die unter erheblicher Gefahr für die betroffenen Personen aus der SBZ herausgeschleust worden waren – ein relativ umfassendes Bild über die forcierte Demontage- und Verstaatlichungspoli-

[20] Missionsbericht G. Colms vom 31. 3. 1946, Nachlaß Colm, (s. Anm. 10), Box 29.
[21] Ebd.
[22] Ebd.
[23] Brief G. Colms an J. M. Dodge vom 28. 4. 1946, ebd.
[24] Ebd.

tik der Sowjets in ihrer Zone machen, die den amerikanischen Zielen eklatant widersprachen.[25]

Eine jüngere Untersuchung Jochen Laufers, die sich erstmals auch auf russische Quellen stützen kann, hat gezeigt, daß das von den Sowjets seinerzeit vorgegebene Interesse an einer vierzonalen Währungsreform nicht überzubewerten ist.[26] Vielmehr muß von einem »hinhaltenden Taktieren« ausgegangen werden. Ab Sommer 1946 verschwand das Interesse der Sowjets dann zunehmend – zum Glück für das spätere Gelingen der westdeutschen Reform und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Denn es wurde bald deutlich, daß die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die die Kommunisten in der SBZ verfolgten, mit den westlichen Ideen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft unmöglich in Einklang zu bringen waren.

Zurück in Berlin, übergaben die beiden Experten General Clay am 20. Mai 1946 die letzte Fassung ihres Währungsreformplanes, der unter dem Namen »Colm-Dodge-Goldsmith-Plan« (CDG-Plan) bekannt geworden ist.[27] General Clay sprach intern immer nur vom »Colm-Plan«, was auf die herausragende Bedeutung des früheren Kieler Professors bei seiner Konzeption und Formulierung hindeutet.[28] Der vollständige Titel des Planes lautete: »Ein Plan für die Liquidation der Kriegsfinanzierung und die finanzielle Rehabilitierung Deutschlands«.

»Ein Jahr nach der Niederlage in Hitlers Krieg sieht sich Deutschland der Gefahr einer Repudiation der Reichsmark durch das eigene Volk sowie der Gefahr der Auflösung in einer Reihe von örtlich begrenzten Tauschwirtschaften gegenüber. Keine finanzielle Maßnahme kann die Kriegszerstörungen ungeschehen machen, keine kann die Hindernisse beseitigen, die einem schnellen Steigen der industriellen Produktion innerhalb der durch das Potsdamer Abkommen gesetzten Grenzen im Wege stehen, und keiner kann über Nacht dem Mangel lebensnotwendiger Güter abhelfen oder den Schwarzen Markt abschaffen. Jedoch können finanzielle Maßnahmen mithelfen, diese Ziele zu erreichen. Sie können den verwirrenden Geldschleier beseitigen, zur gerechten Verteilung der Kriegslasten unter der Bevölkerung beitragen und eine feste Rechnungsgrundlage für die Gesundung der deutschen Wirtschaft liefern.« Mit diesen Worten skizzierten Colm und Goldsmith das programmatische Ziel ihres Planes. Der CDG-Plan schlug zur Beseitigung des Geldüberhangs eine radikale Abwertung aller monetären Forderungen und Verbindlichkeiten im Verhältnis 10:1 vor. Um die »negative Entwicklung« zu stoppen, mußte die Reform, wie die beiden Autoren

[25] Ebd.

[26] Jochen Laufer, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage 1944–1948, in: VfZ 46, 1998, S. 455 ff.

[27] Der Plan ist abgedruckt bei Hans Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948. Eine Dokumentation, Basel-Tübingen 1961, S. 214 ff.

[28] Brief G. Colms an Leon Keyserling (Council of Economic Advisors to the President) vom 29. 1. 1948, Nachlaß Colm, (s. Anm. 10), Box 29.

betonten, »definitiv« sein.[29] Der Geldüberhang sollte deshalb radikal beseitigt und nicht nur blockiert werden. Colm und Goldsmith schlugen vor, die Reichsschulden gänzlich zu streichen. Statt dessen sollten Finanzinstitute, um die weitere Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten, Stücke einer neuzuschaffenden deutschen Staatsschuld erhalten. Am Stichtag sollte die Bevölkerung pro Kopf Höchstbeträge bis zu 10, Haushaltsvorstände bis zu 15 Reichsmark in Deutsche Mark umtauschen können. Der Name »Deutsche Mark« für die neue Währung, die in 100 Pf unterteilt sein sollte, war den beiden Emigranten während ihres Atlantiküberfluges eingefallen.[30] Alle übrigen Zahlungsmittel sollten auf Bankkonten eingezahlt und dort zunächst blockiert werden. Löhne, Mieten und Steuern sollten von der Umstellung unberührt bleiben und in der gleichen Höhe wie bisher weitergezahlt werden. Im übrigen sah der Plan vor, eine Arbeitsgruppe deutscher Experten zu bilden, die die genauen Durchführungsbestimmungen der Reform ausarbeiten sollten. Diese Forderung wurde im Frühjahr 1948 mit Einberufung des sog. Konklaves von Rothwesten erfüllt.

Eine Besonderheit des CDG-Planes lag darin, daß er als zweiten Schritt der Reform die Durchführung eines Lastenausgleiches vorsah, um eine gerechtere Verteilung der durch Krieg und finanzielle Neuordnung verursachten Verluste unter den Bürgern des Landes sicherzustellen. Zu lebendig hatten Colm und Goldsmith noch die ruinösen Folgen der Währungsreform von 1923 in Erinnerung. Ein Kriegslastenausgleichsfond sollte eingerichtet werden, der für erlittene Verluste Zertifikate an die Betroffenen ausgeben sollte, die nach einer Bedürftigkeitsstaffelung innerhalb von 20 Jahren einzulösen wären. Die Finanzierung des Fonds sollte u. a. aus Verzinsung und Tilgung einer Zwangshypothek erfolgen, mit der alles unzerstört gebliebene Sachvermögen belastet werden sollte. Dabei sollten auch die Schuldnergewinne aus der Abwertung der Hypotheken voll erfaßt werden, ein Ansatz, der im Hypothekensicherungsgesetz vom September 1948 zugunsten des Lastenausgleichs auch verwirklicht wurde. Zudem sollten die Erträge aus einer stark progressiv zu gestaltenden Kapitalabgabe auf die verbleibenden Nettovermögen in den Ausgleichsfond einfließen.

Der CDG-Plan wurde am 10. Juni 1946 ergänzt durch einen fast 200 Seiten umfassenden Band von Anlagen, die eine umfassende Analyse der wirtschaftlichen und finanziellen Situation Deutschlands im Frühjahr 1946 lieferten.[31] Das Material wurde von engen Mitarbeitern aus der amerikanischen Militäradministration, darunter eine Reihe weiterer deutscher Emigranten, zusammengestellt.

In Washington, D.C. stieß der Plan auf ein geteiltes Echo. Insbesondere die Idee eines Lastenausgleiches löste zum Teil Bestürzung in der amerikanischen Regierung aus. So wurde befürchtet, daß die vorgesehene Kapital-

[29] CDG-Plan, (s. Anm. 27), S. 228.
[30] »Die D-Mark entstand im Flug«, (s. Anm. 18).
[31] Die Anlagen sind auszugsweise abgedruckt bei H. Möller, (s. Anm. 27), S. 429ff.

besteuerung eines Tages einen »Präzedenzfall« für ähnliche Vorstöße in den USA liefern könne.[32] Während das State Department den Plan bereits am 26. Juni 1946 billigte bzw. vereinbar mit der JCS-Directive 1067 hielt, lehnten ihn die für die Deutschlandpolitik verantwortlichen Kriegs- und Marineministerien ab, weil er »zu radikal« sei und »zu sehr die Erfüllung sozialer Ziele« anpeile.[33]

Plötzlich sahen sich Vertreter einiger Regierungskreise genötigt, in der Vergangenheit Gerhard Colms zu wühlen. Das FBI hatte seit Ausbruch des Krieges ein umfassendes Dossier über ihn sowie viele andere Mitemigranten angelegt. Konnte das FBI in der Akte Colm nicht viel mehr ansammeln als Belege für seine Herkunft aus Deutschland, erschien der Emigrant im Budget Büro des Weißen Hauses einigen plötzlich suspekt, weil er aus der liberalen *New School* kam und so schnell Karriere in der Bundeshauptstadt gemacht hatte.[34] Aus dem Marineministerium wurde beim Direktor des Budget Büros, Weldon Jones, angefragt, was denn Gerhard Colm überhaupt für ein »politischer Mensch« sei: »Konservativ, liberal oder gar radikal?!«[35] Von seinem Chef erhielt Colm volle Rückendeckung.

Hatten die verantwortlichen Kriegs- und Marineministerien den deutschen Verhältnissen bislang relativ gleichgültig gegenübergestanden, wurde OMGUS nun angewiesen, daß für eine deutsche Währungsreform nur »allgemeine Prinzipien« als »Empfehlung« abgegeben werden sollten, keinesfalls aber ein konkretes Programm wie der CDG-Plan. Auf keinen Fall sollte die Forderung nach einem Lastenausgleich aufrechterhalten werden, der womöglich zu einer »Zentralisation finanzieller Macht« oder gar zu einem »Staatssozialismus« führen könne.[36] Erbost warf Colm den zuständigen Stellen vor, sie täten so, als ob der Plan für die Vereinigten Staaten entworfen worden wäre. Er könne sich nicht dem Eindruck verschließen, daß die Washingtoner Bürokraten von dem gesamten europäischen Hintergrund und der Situation in Deutschland überhaupt keine Ahnung hätten.[37] »Ich finde die ganze Geschichte ziemlich abstoßend«, schreibt er an Dodge, »sie beweist doch, daß die ganze Maschinerie nicht in der Lage ist, politische Richtlinien zu geben.«[38]

Im Auftrag von General Clay machte sich Colm persönlich daran, einige Irritationen in Washington aus dem Wege zu räumen. So fand er heraus, daß Marineminster Forrestal den Plan deshalb ablehnte, weil ihn seine Rechtsberater gewarnt hätten, daß die darin vorgesehene Kapitalsteuer gegen die amerikanische Verfassung verstoße. Nachdem Colm dem Minister erklärt

---

[32] C.-D. Krohn, (s. Anm. 3), S. 191 f.
[33] Brief G. Colms an J. M. Dodge vom 26.6.1946, Nachlaß Dodge, (s. Anm. 8), Box 1.
[34] FBI Office Memorandum vom 9.1.1947, FBI-Archiv, Washington, D.C.
[35] Memorandum von W. Jones vom 7.6.1946, Nachlaß Colm, (s. Anm. 10), Box 28.
[36] Gutachten von H. Feis für das Kriegsministerium vom 19.6.1946, ebd.
[37] Brief G. Colms an J. M. Dodge vom 26.6.1946, ebd., Box 29.
[38] Brief G. Colms an J. M. Dodge vom 18.7.1946, ebd.

hatte, daß das Deutsche Reich eine solche Erhebung schon seit dem Reichswehrbeitrag von 1913 kannte, stimmt dieser prompt dem Plan zu.[39]

Nach wiederholtem Drängen auch von seiten General Clays wurde der CDG-Plan durch die US-Regierung schließlich doch als Grundlage für die Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat akzeptiert.[40] Ende August wurde er in den Kontrollrat eingebracht. Zunächst schien es, daß ein rascher Kompromiß erzielt werden könnte.[41] Der Weg bis zur Durchführung der Währungsreform, die dann doch nur auf die drei westlichen Besatzungszonen beschränkt blieb, sollte sich jedoch noch als sehr lang und steinig erweisen.

Nach Annahme ihres Planes in der amerikanischen Administration war die Mission für Gerhard Colm und Raymond Goldsmith erfüllt. Colm kehrte Ende Juni 1946 ins Weiße Haus zurück. Goldsmith ging zunächst auf Einladung von Joseph M. Dodge zu ähnlichen Arbeiten in die Vier-Mächte-Stadt Wien. Nach seiner Rückkehr in die USA erhielt Goldsmith einen Ruf an die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Yale.[42]

Rückblickend bezeichnete Gerhard Colm seine Mission nach Deutschland als eine seiner »interessantesten Erfahrungen«.[43] Mit großem Interesse verfolgte er aus Washington die im Sommer 1946 beginnenden Verhandlungen über die Reform im Vier-Mächte-Rat, die auf amerikanischer Seite durch den erst 25-jährigen Harvard-Ökonomen und »Wunder-Knaben« Edward A. Tenenbaum geführt wurden.[44] Ein reger Briefwechsel mit dem neuen Finanzberater General Clays, Jack Bennett, in dem sich Colm auf Bitte von Bennett u. a. zu diversen Gegenvorschlägen der Alliierten äußert, ist ein Hinweis, welch hohe Bedeutung dem Rat des Experten noch immer beigemessen wurde.[45] Das Gesuch Bennetts vom Januar 1948, Colm für eine weitere Mission nach Deutschland bis zum Abschluß der Verhandlungen freizustellen, wurde jedoch im Weißen Haus abgelehnt.[46]

Die Grundkonzeption der westdeutschen Währungsreform vom Juni 1948 beruhte auf dem Colm-Dodge-Goldsmith-Plan. Die Reform war eine alliierte Maßnahme, die im wesentlichen auf amerikanische Initiative hin und nach amerikanischen Vorstellungen umgesetzt wurde. Und für ihr Gelingen war dies auch gut so: Nicht nur, weil es zu diesem Zeitpunkt noch gar keine deutsche Zentralinstanz gegeben hat, die eine solche Maßnahme hätte durchführen können, sondern auch, weil es einer deutschen demokratisch gewählten Regierung kaum möglich gewesen wäre, einen Währungsschnitt

---

[39] Brief G. Colms an J. H. Schwelien vom 2. 7. 1968, ebd., Box 14.

[40] Christoph Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36, 1988, S. 204.

[41] H. Möller, (s. Anm. 7), S. 443.

[42] Interview mit R. W. Goldsmith, (s. Anm. 19).

[43] Brief G. Colms an J. M. Dodge vom 3. 1. 1947, Nachlaß Dodge, (s. Anm. 8), Box 1.

[44] Näheres über Tenenbaum, der häufig als »Vater der D-Mark« bezeichnet wurde, bei E. Wandel, (s. Anm. 17), S. 95 ff.

[45] Überliefert im Nachlaß Colm, (s. Anm. 10), Box 16.

[46] Brief G. Colms an J. Bennett vom 5. 2. 1948, ebd.

in dieser Radikalität durchzuführen – und von dieser Radikalität hing der Erfolg der Reform in erheblichem Maße ab.[47]

Der deutsche Einfluß auf die inhaltliche Konzeption der Währungsreform blieb gering. So stellt Hans Möller, der an dem Konklave deutscher Experten auf dem früheren Fliegerhorst von Rothwesten von April bis Mai 1948 persönlich beteiligt war, fest, daß alle diesbezüglichen deutschen Meinungsäußerungen »kaum auf Resonanz bei den Besatzungsmächten stießen.«[48] Auch der am bekanntesten gewordene deutsche Entwurf für eine Reform, der sog. Homburger Plan[49] der Sonderstelle Geld und Kredit des Wirtschaftsrates, auf den sich die von den Amerikanern verpflichteten deutschen Experten im Konklave von Rothwesten berufen sollten, blieb praktisch unbeachtet.

Gerhard Colm schied 1952 nach dem Wechsel von Präsident Truman zu Eisenhower aus dem Wirtschaftsrat des US-Präsidenten aus. Als Professor an der Universität Georgetown und Chef-Ökonom der *National Planning Association* in Washington widmete er sich bis zu seinem Tode im Jahre 1968 der tiefergehenden Erforschung der Bedeutung des Staatsbudgets im Nationalbudget[50] und der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Projektionen. Diese Projektionen, so die Forderung des Nationalökonomen, sollte sich die Politik für die Bestimmung nationaler Zielsetzungen zunutze machen. Colm gilt als Begründer der *National Goals Analysis.*[51]

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte auch die Zunft der westdeutschen Nationalökonomen die wissenschaftliche Arbeit und Karriere des früheren Kieler Kollegen in den USA. Im Jahre 1964 wurde Colm als erster Wirtschaftswissenschaftler mit der Bernhard-Harms-Medaille des Instituts für Weltwirtschaft ausgezeichnet; die Frage einer Rückkehr nach Deutschland stellte sich für ihn jedoch nie.

Die Währungsreform von 1948 wurde zu einer Erfolgsgeschichte. Sie legte – flankiert durch die Hilfe des Marshall-Planes und die liberale Wirtschaftsreform, die auf die unbeirrbare Initiative Ludwig Erhards zurückging – den Grundstein für den erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands, welcher der zweiten deutschen Demokratie einen so hervorragenden Start ermöglichte. Damit war das Ziel Gerhard Colms sowie der anderen Emigranten, die an der Vorbereitung der Geldreform beteiligt waren, im höchsten Maße erreicht.

---

[47] Christoph Buchheim, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 117f.

[48] H. Möller, (s. Anm. 7), S. 441.

[49] Abgedruckt bei H. Möller, (s. Anm. 27), S. 477ff.

[50] Gerhard Colm, Haushaltsplanung, Staatsbudget, Finanzplan und Nationalbudget, in: Wilhelm Gerloff u. Fritz Neumark (Hrsg.), Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, Tübingen ²1952, S. 519ff.

[51] Ders. u. Luther H. Gulich, Program Planning for National Goals, Washington, D.C. 1968.

Friedrich August
F. A. HAYEK

Professor an der London School of Economics

DER WEG ZUR KNECHTSCHAFT

Herausgegeben und eingeleitet von

Professor Dr. Wilhelm Röpke

Übersetzt von Eva Röpke

Es ist selten, daß eine Freiheit irgendwelcher Art mit einem Schlage verloren geht. *David Hume*

Ich glaube, ich würde die Freiheit in jeder Epoche der Geschichte geliebt haben, aber in den Zeiten, in denen wir heute leben, bin ich bereit, sie inbrünstig zu verehren. *A. de Tocqueville*

EUGEN RENTSCH VERLAG

ERLENBACH-ZÜRICH

1943

(1943)

Der Beitrag von Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek zur deutschen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik nach 1945

Jürgen Schneider

Mit Ludwig von Mises, Herbert Fürth, Gottfried Haberler, Friedrich A. Hayek, Fritz Machlup, Ilse Mintz und Oskar Morgenstern emigrierten nahezu alle Repräsentanten der neoklassischen Markttheorie, einige nach Großbritannien, die Mehrheit in die USA.[1] Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek schufen wichtige Bausteine für den Ordoliberalismus. »Der Begriff ›Ordoliberalismus‹ ist von Hero Moeller für die neoliberale Richtung geprägt worden, die ihr seit 1948 erscheinendes Jahrbuch mit Ordo bezeichnet.[2] Wesentliche Vorarbeiten sind in den 20er und 30er Jahren von W. Eucken, A. Rüstow, W. Röpke, F. Böhm, H. Gestrich, L. v. Mises, F. A. v. Hayek und A. Müller-Armack geleistet worden.«[3] H. P. Becker unterscheidet beim Ordoliberalismus zwischen den Richtungen der Freiburger Schule, dem soziologischen Neoliberalismus und dem extremen Flügel. Letzterem werden F. A. v. Hayek, Ludwig von Mises und C. Mötteli zugeordnet.[4]

Ludwig von Mises wurde 92 Jahre alt und Hayek erreichte ein Alter von 93 Jahren. Beide waren bis zu ihrem Ableben wissenschaftlich tätig, verfaßten viele Bücher und sehr viele Aufsätze. Die Studien von v. Mises über die »Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus«, über das »Theorem der kumulativen Staatsintervention« sowie v. Hayeks Werk »Weg zur Knechtschaft« dürften die wichtigsten theoretischen Erkenntnisse der beiden Wissenschaftler sein, die in den Ordoliberalismus und in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eingingen.

[1] Claus-Dieter Krohn, Wirtschaftswissenschaften, in: Ders./Patrick von zur Mühlen, Gerhard Paul, Lutz Winckler (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, München 1998, Sp. 905.

[2] Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Hrsg. von Walter Eucken und Franz Böhm, Düsseldorf – München 1948ff.

[3] Manfred Wulff, Die geistigen Grundlagen und Quellen des Ordoliberalismus in den 30er und 40er Jahren, in: Jörg-Dieter Gauger/Klaus Weigelt (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 156.

[4] H. P. Becker, Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik, Heidelberg – Löwen 1964, S. 64ff.

I. Ludwig von Mises: Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus und Theorem der kumulativen Staatsintervention

Der 1881 in Lemberg geborene und 1973 in New York verstorbene Ludwig von Mises[5] hat Erinnerungen hinterlassen, die von Friedrich August von Hayek, seinem »berühmtesten Schüler«[6], so eingeleitet werden: »Obwohl unzweifelhaft einer der bedeutendsten Nationalökonomen seiner Generation, blieb Ludwig von Mises in einem gewissen Sinn bis an das Ende seiner ungewöhnlich langen wissenschaftlichen Tätigkeit doch ein Außenseiter in der akademischen Welt – gewiß innerhalb des deutschen Sprachgebietes – aber auch noch, als er während des letzten Drittels seines Lebens in den Vereinigten Staaten einen größeren Schülerkreis heranzog. ... Wenn ich in der Geistesgeschichte nach ähnlichen Gestalten im sozialwissenschaftlichen Bereich suche, fände ich sie nicht unter den Professoren, selbst kaum bei Adam Smith, sondern muß ihn mit Denkern wie Voltaire oder Montesquieu, Tocqueville und John Stuart Mill vergleichen. Das Wesentliche an seinem Werk ist eine Gesamtschau der Entwicklung der Gesellschaft, bei der er vor den wenigen vergleichbaren Zeitgenossen wie etwa Max Weber, mit dem ihn auch eine seltene gegenseitige Achtung verband, eine wirkliche Kenntnis der ökonomischen Theorie voraus hatte.«[7]

Als Schüler von Eugen Böhm von Bawerk (1851–1914)[8], einem der Begründer und Hauptvertreter der österreichischen Schule[9] der Grenznutzentheorie, fällte Mises über die Nationalökonomie in Deutschland ein vernichtendes Urteil: »Unter den vielen hundert Männern, die zwischen 1870 und 1934 an den deutschen Hochschulen als Ordinarien Wirtschaftsfächer lehrten, befand sich kein einziger, der mit den Arbeiten der österreichischen, der Lausanner oder der modernen angelsächsischen Richtung vertraut war.«[10]

Unter dem Eindruck der deutschen[11] und österreichischen Kriegswirtschaft, der Kollektivierung der russischen Wirtschaft unter Lenin und

---

[5] Murray N. Rothbard, Ludwig Edler von Mises, in: John Eatwell u. a. (Hrsg.), The New Palgrave. A Dictionary of Economics, vol. 3, 1987, S. 479f.

[6] Margit von Mises, Ludwig von Mises. Der Mensch und sein Werk, München 1981, S. 11.

[7] Friedrich August von Hayek, Einleitung zu: Erinnerungen von Ludwig von Mises, Stuttgart – New York 1978, S. XIII-XV.

[8] Otto Weinberger, Eugen Böhm von Bawerk (1851–1914), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), 2. Bd., 1959, S. 357ff.

[9] Friedrich August von Hayek, Wiener Schule, in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 68ff.

[10] Ludwig von Mises, Erinnerungen, S. 23.

[11] Otto Neurath, Durch Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919. Leopold von Wiese, Freie Wirtschaft, Leipzig 1918, S. 8, 16: In der Marktwirtschaft sind freie Preisbildung und die Herrschaft des freien gesellschaftlichen Bedarfs über die Produktion diejenigen Bestandteile einer liberalen Wirtschaftsordnung, die auch der sozialistische Staat nicht aufgeben darf. Das völlige »Beiseiteschieben aller rechnerisch-rationellen Beurteilung der Tatsachen« wird von Wieser festgestellt.

Trotzki[12] sowie der Sozialisierungsbestrebungen 1919 in Deutschland publizierte Ludwig von Mises 1920 die Studie »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen«.[13] Mises wies in ihr nach, daß eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich sei, und zwar mit folgender Argumentationskette: Im Sozialismus existiere kein Privateigentum an Produktionsmitteln. Deshalb könne es auch keine Märkte für die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital geben. Die Preise für die Produktionsfaktoren bilden sich deshalb nicht mehr durch Angebot und Nachfrage. Wenn es keine Preise für die Produktionsfaktoren gebe, dann sei auch keine Kostenrechnung und damit keine Wirtschaftsrechnung möglich.

Da eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich sei, seien die Ergebnisse des Wirtschaftens zufällig und willkürlich, keinesfalls aber effizient und optimal. Es würden daher zwangsläufig falsche Produktionsmethoden und Produkte beibehalten oder eingeführt, ökonomisch falsche Investitionsentscheidungen gefällt (Kapitalfehllenkung), falsche Preisrelationen bei Investitions- und Konsumgütern, Löhnen etc. festgelegt, da keine funktionierenden Märkte existieren. Die relative Knappheit der Ressourcen könne nicht gemessen werden, der archimedische Punkt sei verloren gegangen. Damit existiere kein rationales Kriterium für Entscheidungen in einer sozialistischen Planwirtschaft.

Ludwig von Mises prognostizierte deshalb der sozialistischen Wirtschaft: »Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft. Im sozialistischen Gemeinwesen kann es, da die Durchführung der Wirtschaftsrechnung unmöglich ist, überhaupt keine Wirtschaft in unserem Sinne, geben. ... Doch an die Stelle der anarchischen (= marktwirtschaftlichen) Produktionsweise wird das nutzlose Gebaren eines zweckwidrigen Apparates getreten sein. Die Räder werden sich drehen, doch sie werden leer laufen. ... Dann aber haben wir eine sozialistische Wirtschaftsordnung vor uns, die im Ozean der möglichen und denkbaren Wirtschaftskombinationen ohne die Bussole [Kompaß, J. S.] der Wirtschaftsrechnung planlos umherfährt. Jede wirtschaftliche Veränderung wird so im sozialistischen Gemeinwesen zu einem Unternehmen, dessen Erfolg weder im vorhinein abgeschätzt noch auch später rückschauend festgestellt werden kann. Alles tappt hier im Dunkeln. Sozialismus ist die Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft.«[14]

---

[12] Boris Brutzkus, Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution, Berlin 1928. Brutzkus hatte schon 1921/22 in der russischen Zeitschrift *Ekonomist* publiziert und war zu ähnlichen Überlegungen und Schlußfolgerungen wie Mises gelangt.

[13] Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47, 1920, S. 86ff.; Ders., Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, 2. Aufl. 1932; Ders., Human Action,New Haven 1949. Siehe dazu Karl Paul Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, 2. Aufl., Stuttgart 1959, S. 213ff. Grundsätzlich Gisbert Rittig, Wirtschaftsrechnung, in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 238–247.

[14] Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena ²1932, S. 98f.,101.

Damit war das wohl bedeutendste grundsätzliche Problem einer sozialistischen Wirtschaft wissenschaftlich herausgearbeitet: Sie kann prinzipiell nicht effizient und optimal arbeiten, weil eine Wirtschaftsrechnung unmöglich ist. Alle ökonomischen Entscheidungen in einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft sind willkürlich.

Hayek verstärkte 1935 die Kritik von Mises und wies darauf hin, daß eine sozialistische Planung niemals über jene Menge an Informationen verfügen könne, die erforderlich sei, um eine effiziente Allokation der Ressourcen herbeizuführen. Wissen ist nach Hayek subjektiv und über eine sehr große Zahl von Individuen verteilt und damit einer Zentralplanbehörde unzugänglich.[15]

Die Versuche, ein für das sozialistische Gemeinwesen brauchbares Verfahren zur Wirtschaftsrechnung zu finden, bewegen sich in verschiedenen Gedankengängen: Arbeitswertlehre; Nutzengröße zur Recheneinheit machen; Konstruktion eines Scheinmarktes; Gleichungen der mathematischen Katallaktik. Alle diese Versuche wurden von Ludwig von Mises in seiner Studie »Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens« (Genf 1940) wissenschaftlich eindrucksvoll widerlegt (S. 634ff.).

Bei der Behandlung der zentralgeleiteten Wirtschaft in den *Grundlagen der Nationalökonomie* stützt sich Walter Eucken auf die theoretischen Ergebnisse von Mises.[16] In einer Fußnote geht er auf die Erfahrungen mit der gütergelenkten nationalsozialistischen Wirtschaft ein: »Das Problem ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß es in vielen industrialisierten Ländern während der letzten Jahrzehnte praktisch zu lösen war. Z.B. sind die deutschen Erfahrungen groß. Hier wurde seit 1936 (Preisstop) durch Anwendung verschiedener Methoden versucht, die Frage zu bewältigen. Aber es gelang nicht, eine zureichende Rechenmaschine in die Zentralverwaltungswirtschaft – soweit sie verwirklicht war – einzubauen.«[17] In seinen »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« stützt sich Eucken ebenfalls auf Mises und Hayek.[18] Auch in »Nationalökonomie, wozu?« wies er 1947 darauf

---

[15] Friedrich August von Hayek (Hrsg.), Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism by N. G. Pierson, Ludwig von Mises, Georg Halm, and Enrico Barone, London 1935. Reprinted 1938; Karl Brandt, Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, Bd. 2: Vom Historismus zur Neoklassik,Freiburg/Br. 1993, S. 330f.; S. A. Chavina, Die bürgerliche Theorie von der »logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus« und ihr Scheitern, in: Autorenkollektiv, Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorie über den Sozialismus (1917–1945), Berlin (Ost) 1978, S. 15ff.

[16] Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 5. Aufl., Godesberg 1947, S. 128ff. S. 398 wird als Literaturnachweis angegeben: Collectivist Economic Planning, hrsg. von Hayek, London 1935, Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft, 2. Aufl. 1932. Walter Eucken, Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 159, 1944, S. 176ff.

[17] Walter Eucken, Grundlagen, S. 398.

[18] Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hrsg. von Edith Eucken und K. Paul Hensel, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 119ff. Gernot Gutmann, Zentralgeleitete Wirtschaft, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), 9. Bd., 1988, S. 603f.

hin, daß die Wirtschaftswissenschaft ihre wirtschaftspolitische Aufgabe nicht vernachlässigen darf, nämlich die »... Lösung der modernen Wirtschaftsordnungs-Probleme denkend vorzubereiten« (S. 80).

Als Grundproblem der Wirtschaftspolitik sah Alfred Müller-Armack im Juli 1946 die Rückkehr zur Marktwirtschaft an.[19] Zur Diagnose der wirtschaftlichen Lage im Februar 1947 in Deutschland beruft er sich ebenfalls auf Ludwig von Mises: »Es lässt sich vielmehr wissenschaftlich streng zeigen, dass jegliche Wirtschaftslenkung, die es unternimmt, dem Wirtschaftsgang eine von der Marktwirtschaft grundsätzlich abweichende Form zu geben, und die sich durch Preisstop, Staatsinvestitionen, Kaufkraftexpansion und Kontingentierungssystem aus den Bahnen einer Marktwirtschaft entfernt, zwangsläufig in eine Richtung treibt, die zur völligen Zerstörung des marktwirtschaftlichen Systems führt. Mit einer überlegenen Voraussicht hat, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, Ludwig v. Mises in zahlreichen Büchern diese Prognose gestellt, die sich später überraschend bewahrheitete. Die wissenschaftliche Forschung hat seither zwingend gezeigt, dass der Wirtschaftslenkung nicht als zufälliger Mangel, sondern aus innerem Wesenszwang bestimmte ökonomische Schäden anhaften. Eine zentral gelenkte Wirtschaft, die durch Preisstop, Zuteilung und Kaufkraftexpansion die normale Marktfunktion zerstört, verliert nicht nur notwendig jegliche Beziehung zum Konsumenten und seinen Bedarfszielen, die doch letztlich dem Wirtschaften seinen Sinn geben, sondern sie büsst auch mit dem Verlust eines variablen Rechnungssystems die Möglichkeit ein, sich über den Grad ihrer Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit überhaupt Rechenschaft zu geben.«[20]

In der »Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern von Nordrhein-Westfalen« vom 29. April 1947 und in dem Beitrag »Die Wirtschaftsordnung, sozial gesehen« (1. Juli 1947) konstatiert Müller-Armack, daß die theoretischen Analysen von Mises mit der Realität der gelenkten nationalsozialistischen Wirtschaft übereinstimmen: »Der Verordnungsentwurf des Herrn Wirtschaftsministers bestätigt die Tendenz, die wir seit Jahrzehnten feststellen können, daß die Befehlswirtschaft unausweichlich zu steter Verstärkung und Verschärfung ihrer Maßnahmen gezwungen ist«[21] und »schon vor mehr als zwei Jahrzehnten bestimmte Ludwig von Mises das innere Schicksal der Planwirtschaft dahin, daß sie aus ihrer inneren Natur heraus zu keiner endgültigen, festen Form fähig ist. Gerade das Versprechen, den breiten Schichten der Bevölkerung eine stabile und in sich beruhigte Lebensordnung geben zu können, wurde in keiner Weise erfüllt. Vielmehr

[19] Alfred Müller-Armack, Das Grundproblem unserer Wirtschaftspolitik: Rückkehr zur Marktwirtschaft (Juli 1946), in: ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern und Stuttgart 1974, S. 27ff.

[20] Ders., Zur Diagnose unserer wirtschaftlichen Lage (Februar 1947), in: ebd., S. 44.

[21] Ders., Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern von Nordrhein-Westfalen zur Frage der Prüfung und Kontrolle der Produktionsbetriebe und konstruktiver Vorschlag einer neuen Marktgestaltung (29. April 1947), in: ebd., S. 59ff., hier S. 60.

zeigt sich die Planwirtschaft von einem ruhelosen Zwang erfüllt, von Eingriff zu Eingriff weiterzugehen, weil mit jedem Eingriff eine weitere Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts eintritt, die neue Eingriffe verlangt und so fort bis zum völligen Erstarren einer totalen Planwirtschaft. ... Hinzu kommt ein zweites: Die wissenschaftliche Analyse der Planwirtschaft bewies die Unmöglichkeit eines eigenen planwirtschaftlichen Rechnungssystems, das nicht über einen Preisstop aus einer früheren Marktwirtschaft entliehen ist.«[22] Auch in Müller-Armacks »Vorschlägen zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft« vom Ende Mai 1948 spielen die theoretischen Einsichten von Mises eine wichtige Rolle.[23]

Mit seiner »Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart« (Jena 1929) wandte sich Mises gegen die regellosen staatlichen Eingriffe.[24] Der Interventionismus will das Grundeigentum an den Produktionsmitteln beibehalten, dabei jedoch das Handeln der Eigentümer der Produktionsmittel durch obrigkeitliche Gebote, vor allem aber durch obrigkeitliche Verbote, regulieren.[25] Der vereinzelte produktions- und preispolitische Eingriff des Staates (= Intervention) führt wegen Erfolglosigkeit zu immer weiteren Eingriffen, bis die Reglementierungen allumfassend sind und der Staat alle wesentlichen Funktionen des Marktes lahmlegt und die Leitung der gesamten Produktion an sich gezogen hat. Damit ist der Staat bei der vollen Planwirtschaft, dem Sozialismus, angelangt.[26] Man kann diesen Vorgang als *Theorem der kumulativen Staatsintervention* bezeichnen. Die Diskussion über die Interventionismus-Thesen führte Walter Eucken zu der Erkenntnis, daß eine rationale Wirtschaftspolitik die Interdependenz aller gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungen bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen beachten muß. Der Ordoliberalismus hat die Bedeutung dieses Postulates besonders stark betont und die Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik analysiert.[27]

1927 gründete Mises das österreichische Konjunkturinstitut, dessen Direktor Hayek wurde. 1934 folgte er einer Einladung von Prof. William Rappard nach Genf und übernahm bis 1940 die Lehrkanzel für Internationale Wirtschaftsbeziehungen am Institut Universitaire des Hautes Etudes Inter-

---

[22] Ders., Die Wirtschaftsordnung, sozial gesehen (1. Juli 1947), in: ebd., S. 74ff., hier S. 76.
[23] Alfred Müller-Armack, Vorschläge zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft (Hamburg, Ende Mai 1948), in: ebd., S. 92, 98, 101.
[24] Wilhelm Röpke, Staatsinterventionismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, Jena 1929, S. 864 beruft sich auf Ludwig von Mises, Interventionismus, in: Archiv für Sozialpolitik, LVI. Bd., 1926, S. 610ff. J. Dobretsberger, Sozialisierung, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1688.
[25] Ludwig von Mises, Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart. Verstaatlichung des Kredits? Mit einer Einführung zur Neuauflage von F. A. Hayek, Darmstadt 1976, S. 1.
[26] Ludwig von Mises, Liberalismus (II), Wirtschaftlicher Liberalismus, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 599f.
[27] Manfred Wulff, Die geistigen Grundlagen und Quellen des Ordoliberalismus, (s. Anm. 3), S. 167.

nationales.[28] Über Barcelona-Lissabon floh Mises mit seiner Frau 1940 weiter in die USA, wo er Schwierigkeiten hatte, Fuß zu fassen.[29] Mises war zu diesem Zeitpunkt deprimiert: »Ich habe manchmal die Hoffnung gehegt, daß meine Schriften eine praktische Wirkung erreichen und der Politik den Weg weisen würden. Ich habe immer nach den Anzeichen des ideologischen Wandels Umschau gehalten. Doch ich habe mich eigentlich nie darüber getäuscht, daß meine Theorien den Niedergang der großen Kultur erklären, ihn aber nicht aufhalten. Ich wollte Reformer werden, doch ich bin nur der Geschichtsschreiber des Niedergangs geworden. Ich habe in meinen Arbeiten über die gesellschaftliche Organisation viel Zeit und Mühe auf die Auseinandersetzung mit den Sozialisten und Interventionisten aller Spielarten und Richtungen verwendet. Der Gegenstand – die Zurückweisung zweckwidriger Reformvorschläge – erforderte dieses Vorgehen.«[30]

Ab 1939 schrieb Mises ein Buch mit dem Titel »Vom Wesen und Werden des Nationalsozialismus – ein Beitrag zur Befriedung Europas«, das erst 1978 unter anderem Titel publiziert wurde.[31] Darin ist das wichtigste Ereignis der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts die Verdrängung des Liberalismus durch den Etatismus, der als Sozialismus und als Interventionismus auftritt. »Der Sozialismus will die Wirtschaft auf Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln aufbauen. ... Planwirtschaft ist heute ein beliebter Ausdruck für Sozialismus. Auch die Ausdrücke Staatskapitalismus und Zwangswirtschaft sind synonym mit Sozialismus. ... Im sozialistischen Gemeinwesen selbst kann es naturgemäß keine Freiheit des Einzelnen geben. So führt der Sozialismus aus innerer Notwendigkeit zur Beseitigung der Demokratie. Der Demokratie des Marktes in der Marktwirtschaft entsprach die demokratische Verfassung des Staatswesens in der kapitalistischen Ära. Jeder Schritt, der von der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung zum Sozialismus hinführen soll, führt zugleich von der Demokratie zum Absolutismus des Führertums, führt von der Freiheit zu den Bindungen des Obrigkeitsstaates.«[32]

Zum Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus führte Mises aus: »Die Massen wissen nicht, daß Sozialismus nicht Wohlstand für Alle, sondern Elend für Alle bedeutet. Sie ahnen nicht, daß sie zwischen Sozialismus

---

[28] Margit von Mises, Ludwig von Mises, (s. Anm. 6), S. 48: Die Nazis hatten 1938 die Bibliothek, Schriften und Dokumente von L. v. Mises in 38 Kisten verpackt. L. v. Mises stand auch auf der schwarzen Liste der Russen. Zumindest ein Teil dieser Unterlagen befindet sich heute im russischen »Sonderarchiv« in Moskau. Gerhard Jagschitz, Stefan Karner, »Beuteakten aus Österreich«. Der Österreichbestand im russischen »Sonderarchiv« Moskau, 1996, S. 126.

[29] Margit von Mises, Ludwig von Mises, (s. Anm. 6), S. 81 ff., 91.

[30] Ludwig von Mises, Erinnerungen, (s. Anm. 7), S. 76.

[31] Ders., Im Namen des Staates oder die Gefahren des Kollektivismus. Mit einem Vorwort von Alfred Müller-Armack, Bonn 1978.

[32] Ebd., S. 65, 75 f., 78.

auf der einen Seite und Freiheit und Demokratie auf der anderen Seite zu wählen haben, weil die beiden unverträglich sind.«[33] Die hier angesprochene Thematik wurde 1944 von Hayek in der Studie »The Road to Serfdom« aufgegriffen und wissenschaftlich behandelt.

II. Friedrich August von Hayek: Der Weg zur Knechtschaft

Friedrich August von Hayek wurde 1899 in Wien geboren und starb 1992 in Freiburg. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Wien, wo er Schüler von Wieser und Mises war. Weitere Stationen waren 1921/23: Promotion zum Dr. jur. und 1923 zum Dr. rer. pol.; 1923/24: Aufenthalt in New York; 1927–31: Direktor des von Mises gegründeten Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung; 1928: Habilitation; 1931–1950: Professor für Nationalökonomie und Statistik an der London School of Economics; 1950–1962: Professor für Sozialwissenschaften und Ethik an der Universität von Chicago; 1962–69: Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg/Br.; 1969–74: Gastprofessor an der Universität Salzburg; 1974 zusammen mit Gunnar Myrdal Nobelpreis für Wirtschaft. Im »New Palgrave« heißt es zu Hayek: »A central figure in 20th century economics and foremost representative of the Austrian tradition.«[34]

Die Studie von Hayek »The Road to Serfdom« erschien Anfang 1944 in London und 1945 unter dem Titel »Der Weg zur Knechtschaft« in einer von Eva Röpke besorgten Übersetzung in der Schweiz.[35] Hayek versteht unter Sozialismus den älteren Sozialismus, der eine Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und damit notwendig eine zentrale Planwirtschaft anstrebte. »An die Stelle des für seinen Gewinn arbeitenden Unternehmers tritt eine zentrale Planwirtschaftsbehörde.«[36] Die Planwirtschaft wünschen alle diejenigen, die die Ersetzung der »Profitwirtschaft« durch die »Bedarfsdekkungswirtschaft« fordern. Die moderne Planwirtschaftsbewegung ist eine Bewegung gegen die Konkurrenz an sich.[37]

Planwirtschaft und Demokratie schließen sich aus. Hayek begründet dies so: »Aber in einer Gesellschaft, die durch eine zentrale Planwirtschaft regu-

---

[33] Ebd., S. 224; Ders., Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart, Jena 1929, S. 63: »Auch Sozialismus und Demokratie sind letzten Endes unvereinbar.«

[34] Roger W. Garrison/Israel M. Kirzner, Friedrich August von Hayek (1899–1992), in: The New Palgrave. A Dictionary of Economics, Ed. by Eatwell et.al., vol. 2, 1987, S. 609–614.

[35] Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft. Deutsch von Eva Röpke, Erlenbach – Zürich 1945. Zit. n. Neuaufl. München 1976.

[36] Ebd., S. 44.

[37] Ebd., S. 51.

liert wird, ist es unmöglich, zu warten, bis sich eine Majorität findet, die sich auf die Ziele einigen kann. Vielmehr wird es oft notwendig sein, dem Volk den Willen einer kleinen Minderheit aufzuzwingen, weil diese Minorität das äußerste Maximum von Leuten darstellt, die sich über die betreffenden Fragen einigen können. Die Regierungsform der Demokratie hat sich überall bewährt, wenn und solange die Staatsaufgaben entsprechend einer herrschenden Auffassung auf Gebiete begrenzt wurden, auf denen sich im Wege freier Diskussion eine Majorität zusammenfinden konnte, und es ist das große Verdienst des Liberalismus, daß er die Zahl der Fragen, über die man sich im Staate einigen mußte, auf solche beschränkte, für die eine solche Übereinstimmung in einer Gesellschaft freier Menschen als wahrscheinlich vorausgesetzt werden konnte. ... Der Konflikt zwischen Planwirtschaft und Demokratie ergibt sich einfach aus der Tatsache, daß die letztere der Unterdrückung der Freiheit im Wege steht, welche die bewußte Leitung des Wirtschaftslebens erfordert.«[38]

Planwirtschaft und Rechtsstaat: Im Rechtsstaat ist die Regierung in all ihren Handlungen an Normen gebunden, die im voraus festgelegt und bekanntgegeben sind. Die Wirtschaftsplanung kann sich nicht im voraus an allgemeine und formale Normen binden, welche die Willkür ausschließen.

Planwirtschaft und Totalitarismus: Die entscheidende Frage ist, ob das Individuum entscheidet, was wichtiger oder was weniger wichtig ist, oder ob dies von der Planwirtschaftsbehörde entschieden werden soll. »Da wir unter den heutigen Lebensbedingungen für fast alles auf Mittel angewiesen sind, die unsere Mitmenschen liefern, würde die Planwirtschaft zur Lenkung fast unseres gesamten Lebens führen.«[39]

Die sozialistische Wurzel des Nationalsozialismus: »Sozialismus und Nationalsozialismus standen in Deutschland von Anfang an in enger Verbindung. ... Die Kriegshysterie von 1914, die gerade infolge der Niederlage niemals ganz ausgeheilt war, bedeutete den Beginn der modernen Entwicklung, die zum Nationalsozialismus geführt hat, und sein Aufstieg während dieser Zeit vollzog sich weitgehend mit der Unterstützung alter Sozialisten.«[40] Werner Sombart, Johann Plenge, Paul Lensch, Oswald Spengler und Moeller van den Bruck sind kennzeichnend für diese Entwicklung.

Hayek resümiert: »Wenn unser erster Versuch der Schaffung einer Welt freier Menschen fehlgeschlagen ist, so müssen wir einen neuen Anlauf nehmen. Der leitende Grundsatz, daß eine Politik der Freiheit für den Einzelmenschen die einzige echte Politik des Fortschritts ist, bleibt heute so wahr, wie er es im 19. Jahrhundert gewesen ist.«[41]

[38] Ebd., S. 81f.
[39] Ebd., S. 102.
[40] Ebd., S. 174.
[41] Ebd., S. 241.

Das Buch von Hayek »Der Weg zur Knechtschaft« (1945) war am 11. März 1947 in allen vier Besatzungszonen Deutschlands verboten worden, da es als »antirussische Literatur« galt.[42]

»Unmittelbar nach dem Krieg wurden die Schriften von Hayek, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow zu einem wesentlichen Bestandteil der Bemühungen, eine grundlegende Neuordnung zu schaffen«, so Alfred Müller-Armack.[43] Hayeks Nachweis, daß der Marsch in den Sozialismus gleichbedeutend mit dem Weg in die Knechtschaft ist, wurde von deutschen Ökonomen schnell aufgegriffen. Müller-Armack im Februar 1947: »Wohl mit Recht haben neuerdings Röpke in der Schweiz und Hayek in England darauf hingewiesen, wie sehr eine auf dem Kommando, dem zentralen Befehl beruhende Lenkung politische und geistige Unfreiheit im Gefolge hat.[44] ... Demokratie und Lenkungswirtschaft sind eben nicht vereinbar.«[45]

Als wichtigster Beitrag zur Neugestaltung der deutschen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik nach 1945 kann die Studie von Müller-Armack »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« angesehen werden. Die Studie erschien 1947 und in zweiter Auflage (6–9. Tausend) 1948 in Hamburg. Im Vorwort bemerkt Müller-Armack: »Die in der Schweiz erschienenen Schriften von W. Röpke und die in England von F. A. Hayek haben einen großen Widerhall gefunden.«[46] Im ersten Teil »Die Bewährungsprobe der Wirtschaftslenkung« analysiert Müller-Armack die nationalsozialistisch gelenkte Wirtschaft in der Kriegsphase. »Über den individuellen Fall soll das typische Schicksal aller Wirtschaftslenkung aufgedeckt werden.«[47] Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Forschungen von Ludwig v. Mises werden mit den Ergebnissen der gelenkten nationalsozialistischen Wirtschaft verglichen: Alle gegen den Marktprozeß durchgeführten Interventionen ziehen automatisch weitere nach sich (S. 17). Der Wirtschaftslenkung fehlt jegliches Kriterium für die Übereinstimmung von Bedarf und Produktion (S. 21). Das Lenkungssystem verliert auch die Übersicht darüber, ob sein Wertsystem wirklich die Knappheit der Produktionsmittel widergibt (S. 27). Die Theorie des Interventionismus, die insbesondere Ludwig von Mises, längst bevor die volle Wirklichkeit des Lenkungssystems sich offenbarte, entwarf, hat die innere Labilität der Lenkungswirtschaft zutreffend beurteilt« (S. 76).

Im zweiten Hauptteil »Soziale Marktwirtschaft« behandelt Müller-Armack die Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Gesamtlebensord-

---

[42] Eva Röpke (Hrsg.), Wilhelm Röpke, Briefe 1934–1966. Der innere Kompaß, Erlenbach – Zürich 1976, S. 95.

[43] Alfred Müller-Armack, Genealogie, (s. Anm. 19),S. 8.

[44] Ebd., S. 46.

[45] Ebd., S. 99.

[46] Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 1948, S. 5. Margit von Mises, Ludwig von Mises, (s. Anm. 6), S. 53: Das Buch von Hayek »The Road to Serfdom« »ist in den USA sehr populär und ein großer Erfolg.«

[47] Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, (s. Anm. 46), S. 5.

nung. Es ist kein Zufall gewesen, wenn in der Vergangenheit »alle politischen Systeme, die die Menschenwürde verachteten und die geistige Freiheit mit Füßen traten, auch wirtschaftlich den Hang zu stärksten Eingriffen verrieten. ... Geistige und politische Freiheit haben in der Geschichte nie auf die Dauer existieren können, wo ein geschlossener politischer oder wirtschaftlicher Machtapparat vorhanden war. Wir haben allen Anlaß, Montesquieu ernst zu nehmen mit seinem Nachweis, daß Freiheit nur gedeihen kann, wo die Machtmittel aufgeteilt sind. Das gilt auch für die wirtschaftlichen Gewalten, seitdem wir wissen, wie sehr die politische Freiheit an die auch ökonomisch zu sichernde Unabhängigkeit gebunden ist. Auf diesen Zusammenhang von Wirtschaftsordnung und politischer Ordnung hat in der internationalen Diskussion neuestens F. A. Hayek aufmerksam gemacht in seiner Schrift: Der Weg in die Knechtschaft, Zürich 1945. ... Dieser Zusammenhang von Wirtschaftslenkung und geistiger und politischer Unfreiheit muß gerade in Deutschland besonders beachtet werden, da hier angesichts der Übermacht eines dem Staat zugewandten Denkens die lebendige Tradition freiheitlicher Gesinnungen überaus schwach ist.«[48]

Im Vorwort zur Studie »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« (1947) hatte Müller-Armack neben Hayek den Genfer Ökonomen Wilhelm Röpke (1899–1966) angesprochen, der 1922 an der Universität Marburg habilitiert worden war und dann Professuren an den Universitäten Jena (1924–28), Graz (1928–29) und Marburg (1929–33) innehatte: »Röpkes frühzeitige Warnungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung und seine deutliche Sprache danach führten zu seiner Entlassung aus dem Professorenamt (1933). Mit Gleichgesinnten (F. Neumark, A. Rüstow) fand er in Istanbul (1933–37) einen neuen Wirkungskreis und nahm dort am Aufbau einer modernen Universität teil. 1937–66 war er Professor am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf. Nach Kriegsende setzte er sich – u. a. als Gründer und maßgebliches Mitglied der Mont-Pèlerin-Gesellschaft – tatkräftig für die Rehabilitierung deutscher Wirtschaftswissenschaftler ein. ... In Instanbul war Röpke auf die Rolle des Zuschauers des weltpolitischen Geschehens beschränkt. Dies gab ihm die Muße, die gesellschaftpolitische Entwicklung der industriell geprägten demokratischen Massengesellschaft kritisch zu reflektieren. Er stand dabei in ständigem geistigen Austausch mit Rüstow. Ergebnisse dieser Reflektionen sind die Bücher »Gesellschaftskrisis der Gegenwart« (1942) und »Civitas humana« (1944), wobei das erstere während der Kriegszeit in Deutschland heimlich von Hand zu Hand ging. ... Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte Röpke fruchtbar auf die deutsche Wirtschaftspolitik ein. Bei der politischen Umsetzung des Konzepts *Soziale Marktwirtschaft* leistete er publizistischen Flankenschutz, die Hinwendung zur Währungskonvertibilität bereitete er geistig vor und bestärkte

[48] Ebd., S. 62–64.

Ludwig Erhard auch in Krisenzeiten (Währungsreform, Korea-Krise), an marktwirtschaftlichen Prinzipien festzuhalten.«[49]

Röpke, »a leading figure of german-neo-liberalism ... As one of the intellectual architects of the »Social Market Economy« and an adviser to Minister Ludwig Erhard, Röpke exerted considerable influence on post-war German economic policy.«[50] In fast allen Publikationen nahm Röpke Bezug auf das Theorem der kumulativen Staatsintervention und die Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung von Mises. In der »Internationalen Ordnung« (1945) ging er auf die Forschungen von v. Mises ein: »Es ist mir ein besonderes Anliegen, auf die letztgenannte Schrift[51] hinzuweisen, weil sie wenig bekannt geworden ist, aber auch noch heute mit großem Nutzen gelesen werden kann. Ich empfinde es trotz aller Differenzen als eine Ehrenpflicht, mit Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen, daß ich von diesem mutigen und unentwegten Kämpfer für den Liberalismus die wertvollsten Anregungen empfangen habe. Vor allem ist es sein großes Buch »Die Gemeinwirtschaft« (zuerst 1922, jetzt in 2. Aufl. 1932) gewesen, das auf meine Freunde und mich in unserer frühen Entwicklung entschiedenen Einfluß ausgeübt hat, so sehr wir es heute vielfach auch für nicht mehr ausreichend halten.«[52] In fast allen Publikationen nahm Röpke Bezug auf die Forschungsergebnisse von v. Mises und Hayek.[53] Wenn diese Forschungsergebnisse so nachhaltig in die Diskussion um die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik nach 1945 eingingen, so ist dies sicher zum nicht geringen Teil Wilhelm Röpke zu verdanken.

III. Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft im Frankfurter Wirtschaftsrat am 17./18. Juni 1948[54]

In der denkwürdigen Nachtsitzung des Wirtschaftsrats vom 17. zum 18. Juni 1948 wurde das »Gesetz über die wirtschaftspolitischen Leitsätze nach

---

[49] Joachim Starbatty, Wilhelm Röpke (1899–1966), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 1995, Sp. 938f. Konrad Adenauer hatte im September 1950 Wilhelm Röpke mit der Erstattung eines Gutachtens zur deutschen Wirtschaftspolitik beauftragt. Wilhelm Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik, Stuttgart – Köln 1950.

[50] J. Molsberger, Wilhelm Röpke (1899–1966), in: The New Palgrave 1987

[51] Ludwig von Mises, Nation, Staat und Wirtschaft, Wien 1919.

[52] Wilhem Röpke, Internationale Ordnung, Erlenbach-Zürich 1945, S. 68. In einem Brief an Rüstow vom 22. April 1947 schreibt Röpke: »Mises war in einer fast tragikomischen Weise isoliert«, in: Eva Röpke, Wilhelm Röpke, Briefe, (s. Anm. 42), S. 96.

[53] Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach – Zürich 1945, S. 44, 64, 73, 81, 203. Ders., Die Ordnung der Wirtschaft, Frankfurt/Main 1948, S. 14, 17. Ders., Jenseits von Angebot und Nachfrage, 3. Aufl., Erlenbach – Zürich/Stuttgart 1961, S. 42.

[54] Jürgen Schneider, Wirtschaftsordnungen im Wandel. Von der Kriegswirtschaftsordnung zur Sozialen Marktwirtschaft in den Westzonen/Bundesrepublik Deutschland, in:

der Währungsreform« in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 37 Stimmen angenommen. Hermann Pünder, vom März 1948 bis September 1949 Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der Bi-Zone[55], bemerkt dazu in seinen Lebenserinnerungen: »Es war wohl die bedeutendste parlamentarische Entscheidung der deutschen Nachkriegsgeschichte.«[56]

Am 18. April 1948 hatte sich der im Dezember 1947 bei der »Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« errichtete wissenschaftliche Beirat[57] in einem Gutachten über »Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform« für eine radikale Änderung der Wirtschaftsordnung ausgesprochen. Nach Ansicht der Gutachter wäre die Währungsreform nur sinnvoll, wenn auch eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftslenkung mit ihr verbunden werde. Die Währungsreform wäre als isolierter technischer Vorgang wertlos, wenn nicht sogar gefährlich.[58]

Die SPD plädierte im Wirtschaftsrat für eine »Planwirtschaft«.[59] Nur einmal führte Dr. Kreyssig (SPD) aus, was die SPD darunter verstand: »Wir sind immer die Vertreter und Befürworter einer wirklich funktionierenden *Planwirtschaft* gewesen. Vielleicht wird es allmählich klar, daß wirklich ein Unterschied zwischen Planwirtschaft und Zwangswirtschaft besteht. Ob das allerdings bis zu den Professoren, die von Genf (Röpke) nach Deutschland herüberreisen, gelangen wird, ist eine andere Frage.«[60] Bereits Ende Oktober 1947 hatte sich der CDU-Abgeordnete Dr. Haffner im Namen seiner Fraktion gegen die staatliche Planung ausgesprochen: »Und gegen die generelle Staatswirtschaft sprechen sich meine Freunde aus, weil diese Art von Staatswirtschaft mit den Prinzipien der Freiheit und der Demokratie nicht zu vereinbaren ist.«[61] Der KPD-Abgeordnete Becker meinte treuherzig: »In der östlichen Besatzungszone ist die Planwirtschaft verankert.«[62] Mitte März 1948 plädierte die SPD für ein eigenes »Preisamt«, Dr. Altwein

---

Heinz-Dieter Wenzel (Hrsg.), Integration und Transformation in Europa. Beiträge aus dem Forschungsschwerpunkt »Integration und Transformation in Europa (ITE)«. Forschungsforum. Berichte der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg 1999, S. 41 ff.

[55] Günter J. Trittel, Hermann Pünder (1888–1976), in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 259 f.

[56] Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 361.

[57] Christine Blumenberg-Lampe, Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomen gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1973, S. 151 ff.

[58] Tilman Pünder, Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949, Köln 1966, S. 302.

[59] Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Bundestag, Bearbeiter: Christoph Weisz und Hans Woller, München – Wien 1977, 18. Vollversammlung 17./18. Juni 1948, S. 663.

[60] Ebd.

[61] Wörtliche Berichte, 7. Vollversammlung 29./30. Oktober 1947, S. 165.

[62] Ebd., S. 167.

(SPD) betonte die Notwendigkeit einer »einheitlichen Preispolitik. ... Die Aufgabe der Preispolitik kann selbstverständlich nicht kurzerhand, sagen wir, mit betriebswirtschaftlichen Methoden nach den üblichen kalkulatorischen Gesichtspunkten gelöst werden. ... Die Preispolitik greift entscheidend in das Gesamtgefüge unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ein. Die Preispolitik bedeutet in der Praxis eine Kette volkswirtschaftlicher Entscheidungen, die naturgemäß ausstrahlen auf die Löhne, auf die Währung, auf den Staatshaushalt.«[63] Dr. Haffner (CDU) entgegnete: »Was Herr Dr. Altwein hier forderte, war der unabhängige Preiskommissar.«[64]

Die SPD wollte die Bewirtschaftung beibehalten, wie der Abg. Dr. Kreyssig erklärte: »Unter Bewirtschaftung verstehen wir eine *planmäßige* Hinlenkung der allernotwendigsten Dinge an die Stellen und zu den Menschen, die sie am dringendsten brauchen, also eine Lenkung der vorhandenen Konsumartikel (d. h. eine Fortführung der Zwangswirtschaft, J. S.). ... Wir kennen diesen Apostel Röpke. Das ist auch ein Professor, und es ist eine merkwürdige Geschichte, daß er Artikel schreibt, wenn er in Deutschland war, und dann in der Schweiz verkündet: Kollektivistischer Starrkrampf in Deutschland. ... Die Situation wird in einigen Tagen schon beweisen, wie eine solche Konzeption ist.«[65]

Die CDU/CSU hatte kurz nach Kriegsende ein breites Spektrum an wirtschaftspolitischen Vorstellungen. »In der 14. Vollversammlung am 21. April 1948 war die Fraktion mit dem neoliberalen Programm von Ludwig Erhard einverstanden«.[66] Die SPD erhob Bedenken gegen die Rückkehr zur Marktwirtschaft, aber sie hatte auch Bedenken gegen die totale Kommandowirtschaft. Dr. Kurt Schumacher entwarf 1945 Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm der SPD. In den Leitsätzen heißt es: »Mit der Entwicklung von Konkurrenz zum Monopolkapitalismus verliert der Kapitalismus seine automatische Selbststeuerung. ... Wirtschaftsdemokratie ist nicht mehr reiner Kapitalismus und noch nicht sozialistische Wirtschaft, sie ist Zwischenland zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vorstufe der Sozialisierung und ihr Wegbereiter.«[67] Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Dr. Kurt Schumacher beruhten auf Denkschablonen, die von Georg Halm schon 1929 wissenschaftlich widerlegt waren.[68] Seit Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich in der Wirtschaft Großbetriebe, Kartelle und Trusts her-

---

[63] Wörtliche Berichte, 13. Vollversammlung 16./17. März 1948, S. 379.

[64] Ebd., S. 383.

[65] Wörtliche Berichte, 18. Vollversammlung 17./18. Juni 1948, S. 628–630.

[66] Georg Müller, Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949, Frankfurt/Main 1982, S. 32.

[67] Ossip K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band. Prgrammatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 9, 11.

[68] Georg Halm, Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, München und Leipzig 1929.

ausgebildet. In der Theorie existieren zwei Marktformen, die vollkommene Konkurrenz und das Monopol. Da die Wirtschaft nicht mehr der Marktform der vollkommenen Konkurrenz entsprach, waren die Sozialisten der Ansicht, die Wirtschaft würde sich in Richtung Monopol also zum Sozialismus hin bewegen. Halm wies nach, daß die Großbetriebe Teile der Konkurrenz waren. Des weiteren wurden von H. Chamberlin (1933) die Oligopole als zwischen vollkommener Konkurrenz und Monopol liegend wissenschaftlich beschrieben.[69] Bei der Wirtschaftsdemokratie dürfte sich Schumacher auf das Werk von Fritz Naphtali gestützt haben.[70] Wohin der Weg der Wirtschaftsdemokratie führt, wurde von v. Mises aufgezeigt.

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zwischen 1918 und 1945 war an Dr. Kurt Schumacher und an der SPD im Wirtschaftsrat vollkommen vorbeigegangen. Die SPD war alten Denkschablonen aus der Weimarer Zeit verhaftet und konzeptionslos.[71] »Symptomatisch für die SPD war der Nürnberger Parteitag 1947, der postulierte, daß keine Unsicherheit über die Grundsätze sozialdemokratischer Politik bestehe, ein Wirtschaftsprogramm jedoch nicht formuliert werden könne.«[72] Die alten Denkschablonen führten zu einer falschen Strategie von Dr. Kurt Schumacher, der die SPD veranlaßte, nach der Wahl von Erhard im Wirtschaftsrat in die Opposition zu gehen.[73]

Die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und auch mit der Entwicklung in der Sowjetunion führte – so Julius Braunthal 1948 – »gleichsam zur Wiederentdeckung der Bedeutung der Freiheit und der Demokratie in der Konzeption des Sozialismus.«[74] Gerhard Weisser konnte deshalb schon 1956 feststellen: »Die Entscheidung der SPD für eine *prinzipiell marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung* beruht auf einer Entscheidung für die Frei-

---

[69] Fritz Machlup, Oligopol, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 82ff.

[70] Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Herausgegeben im Auftrag des ADGB, Berlin 1928. Gesine Schwarz, Rudolf Morsey, Sozialismus, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Bd., 7. Aufl., 1995, Sp. 20: »Für die deutsche Diskussion wurde das von Fritz Naphtali (1888–1961) herausgegebene Buch »Wirtschaftsdemokratie« bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg wegweisend.

[71] Gustav Dahrendorf, Der Mensch als Mass aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945–1954, Hamburg 1955, S. 25; Karlheinz Nielauss, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (1945–1949, München 1974, S. 32f.; Helmut Köser, Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Diss. Freiburg im Breisgau 1971.

[72] Georg Müller, Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung, (s. Anm. 66), 1982, S. 15.

[73] Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, in: Richard Löwenthal, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 376, 379.

[74] Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millenium, Nürnberg 1948, 2. Bd., S. 661. Zitiert nach Kurt Nemitz, Sozialistische Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt am Main 1960, S. 23.

heit.«[75] Bei der Systemanalyse sozialistischer Wirtschaftsorganisation kamen Heinz-Dietrich Ortlieb und Dieter Lösch zu dem Ergebnis: »In keinem der drei Subsysteme des Wirtschaftssystems war es möglich, aus dem Effizienz-, Gerechtigkeits- und Selbstbestimmungsziel bzw. den daraus zu deduzierenden Subzielen eindeutig deterministische sozialistische Organisationsformen abzuleiten.«[76]

Zu dem fundamentalen Wandel in den wirtschaftsordnungspolitischen der SPD nach 1945 trugen Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek als unermüdliche Kämpfer für den freiheitlichen Rechtsstaat wesentlich bei.

[75] Gerhard Weisser, Sozialismus. (IV) Neuere Richtungen (5) Freiheitlicher Sozialismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., 1956, S. 509–524.

[76] Heinz-Dietrich Ortlieb/Dieter Lösch, Sozialismus, II: Sozialismus als Leitbild der Wirtschaftsordnung, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, 7. Bd., 1988, S. 28–41.

Paul Hertz: »A strong man!«

Zum Einfluß des deutschen Sozialdemokraten auf Eleanor Lansing Dulles und andere amerikanische Politiker

Ursula Langkau-Alex

Für Westberlin fielen nach der Beendigung der Blockade, während der die Westalliierten, besonders die USA, mit der Luftbrücke eine immense Solidarität – wenn auch nicht nur aus humanitären Gründen – bewiesen hatten, und mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland einerseits, der Deutschen Demokratischen Republik andererseits die Probleme auf allen Ebenen der Politik und der Wirtschaft erst richtig an.[1] Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat ausgefertigt und verkündet wurde, ging von einem »Groß-Berlin«, also unter Einschluß des von der Sowjetunion besetzten Teils der Viersektorenstadt, aus. Diese Konstruktion wurde mit der Spaltung des Berliner Magistrats und der Einrichtung der DDR-Regierung im Ostteil der Stadt obsolet; in ihrer Verfassung verankerte die DDR-Regierung den deutschen Einheitsstaat mit ganz Berlin als Hauptstadt.

Der Westberliner Rumpf-Magistrat sah sich mit der Bevölkerung in der zwar noch immer innerhalb ihres Gebiets offenen Gesamtstadt inmitten der DDR politisch isoliert und wirtschaftlich ringsum am Abgrund, im Innern durch Demontagen ausgeplündert. Die Regierung in Bonn richtete ihre Anstrengungen vornehmlich auf den Aufbau der Bundesrepublik, zumal die Hoheit Westberlins unter das Vier-Mächte-Statut fiel. Das Widerstreben voran von Bundeskanzler Konrad Adenauer, Westberlin in das »European Recovery Program« (ERP), die Marshallplan-Hilfe einzubeziehen, ist bekannt.[2] Die schließliche Durchsetzung des Westberliner Überlebenswillens gegenüber dem Bund mit Hilfe der US-Besatzungsadministration in einem Abkommen zwischen den USA und der Bundesregierung über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. Dezember 1949, dank dessen die Hilfe auch auf Berlin ausgedehnt wurde und so mit den Krediten und dem aus Tilgungen und Zinsen anfallenden ERP-Sondervermögen der wirtschaftliche und

[1] Siehe z. B. Felix Escher, Die Strukturprobleme Berlins nach der Blockadezeit und die Entstehung der West-Berliner Demokratie, in: Otto Büsch (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Berliner Demokratie 1919–1933/1945–1985, Berlin 1988, S. 203–229.

[2] Auch Ludwig Erhards Feststellung, »daß die westdeutsche Handelspolitik ›stets nur als Spiegelbld der Gesamtpolitik, vor allem der nach Integration drängenden Kräfte des Westens‹ zu verstehen sei«, ließ West-Berlin außen vor, s. Ludwig Erhard, Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf ²1954, S. 41.

soziale Wiederaufbau in die Hand genommen werden konnte, sind weitgehend erforscht bis hin zu einer der jüngsten Studien über die Wohnungsbaupolitik.[3]

Vergessen ist durchweg der ›menschliche Faktor‹ als treibende Kraft, sieht man von Ernst Reuter ab.[4] Über Paul Hertz, den Mann, der zwischen 1950 bis zu seinem Tode am 23. Oktober 1961 in Westberlin für die Vergabe der Kredite für alle im engeren wie im weiteren Sinne wirtschaftlichen Vorhaben verantwortlich war[5] und der somit das Kontinuum angesichts von vier Regierenden Bürgermeistern und wechselnden Senaten in dieser Periode darstellt, sind – mit einer Ausnahme – in der Literatur nur die Lobpreisungen von Ernst Reuter wiederholt und der Satz kolportiert worden, »er habe einen zweiten Schlüssel zum amerikanischen Geldschrank«. Dem gelegentlich geäußerten Bedauern, daß Hertz' Schaffen für Berlin noch nicht ausführlich gewürdigt sei, hat bisher lediglich Felix Escher insofern entgegengewirkt, als er Hertz in den Mittelpunkt seines Artikels über die Wirt-

[3] Dieter HANAUSKE, »Bauen, bauen, bauen ...!« Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945–1961, Berlin 1995; eine der ersten Untersuchungen ist die von Peter G. ROGGE, Die Amerikanische Hilfe für Westberlin. Ihre Form, Größe und Bedeutung in der Zeit von der deutschen Kapitulation bis zur westdeutschen Souveränität. Eine Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Hintergründe und Zusammenhänge des »Kleinen Marshallplans«, Berlin-Dahlem (Dissertationsdruck) 1956; vgl. des weiteren neben ESCHER (s. Anm. 1) z.B. Jürgen FIJALKOWSKI, Peter HAUCK, Axel HOLST, Gerd-Heinrich KEMPER u. Alf MINTZEL, Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration, Köln – Opladen 1967, bes. Teil C, Kap. 3–5; Georg KOTOWSKI u. Hans J. REICHHARDT, Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945–1985, Berlin – New York 1987; Werner BÜHRER, Auftakt in Paris. Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internationale Bühne 1948/49, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG), Jg. 36 (1988), S. 529–556; Charles MAIER u. Günter BISCHOF (Hrsg.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program, New York – Oxford 1991, und hierin bes. Thomas SCHWARZ, European Integration and the »Special Relationship«: Implementing the Marshall Plan in the Federal Republic, S. 171–218.

[4] Willy BRANDT u. Richard LÖWENTHAL, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957; Ernst REUTER, Aus Reden und Schriften, hrsg. von Hans E. HIRSCHFELD u. Hans J. REICHHARDT, mit einem Geleitwort von Karl SCHILLER u. Werner JANNICKE, Berlin 1963; Ernst REUTER, Schriften – Reden, hrsg. von Hans E. HIRSCHFELD u. Hans J. REICHHARDT, mit einem Vorwort von Willy BRANDT, Bd. 4: Reden – Artikel – Briefe 1949 bis 1953, Berlin 1975; die in Anm. 3 genannten Arbeiten sind mit der Nennung von Namen relativ spärlich, ROGGE kommt ganz ohne Personen aus.

[5] FIJALKOWSKI u. a. (s. Anm. 3), S. 246, Anm. 463, zitieren aus dem Bericht des Senators für Kreditwesen [das war Hertz], in: Berlin 1951, Jahresbericht des Senats, hrsg. vom Senat von Berlin, Berlin 1952, S. 92f.: »Die Auswahl der Objekte muß so getroffen werden, daß sowohl gute Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und im Bundesgebiet und damit der gesicherte Absatz der Berliner Erzeugnisse erreicht wird als auch eine möglichst große Anzahl Berliner wieder Beschäftigung findet. Die Investitionsanträge werden deshalb nach der fachlichen Vorprüfung durch die jeweils zuständigen Senatsverwaltungen vom Senator für Kreditwesen auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung für die Wirtschaft Berlins und des Bundesgebietes und auf ihre Bedeutung für den Export beurteilt.«

schaftspolitik der Berliner SPD in den fünfziger Jahren stellt.[6] Hier fällt auch der in der Forschungsliteratur durchweg vergessene Name von Eleanor Lansing Dulles.

Ihr Wirken für Berlin harrt ebenfalls der intensiven Beschäftigung. Für Lansing Dulles gilt, was Daniel Golden über seinen, auch einmal zutreffend als »Blutspender der Wirtschaft« bezeichneten[7] Großvater schreibt: »Hertz [...] was the kind of influential, behind-the-scenes figure that Barbara Tuchman used as a vehicle to explore 14th-century politics in *A Distant Mirror*.«[8] Allerdings ist hinzuzufügen, daß Hertz mit Reden, Zeitungsartikeln und Broschüren, in denen er Maßnahmen ankündigte und erklärte, Probleme und Erfolge darlegte, regelmäßig an die Öffentlichkeit trat. So verfaßte er zum Beispiel eine »Kreditmöglichkeiten für Westberlin« überschriebene achtteilige Artikelserie für die *Berliner Morgenpost* zwischen dem 30. Januar und 27. Februar 1955.[9]

Willy Brandt erinnert sich an Lansing Dulles' als »eine leidenschaftliche und rührende Anwältin unserer Sache. [...] Sie drang ohne Schwierigkeit mit Berliner Fragen zu ihrem Chef und Bruder [dem damaligen Außenminister John Foster Dulles – ULA] vor. Doch wir verdanken ihr mehr als nur politische Aufmerksamkeit – nämlich eminent praktische Unterstützung zum Beispiel für den Bau der Kongreßhalle, für die Errichtung der Amerika-Gedenkbibliothek, für die Gründung des Studentendorfes und schließlich eines wesentlichen Teils des Klinikums der Freien Universität.«[10]

Eleanor Lansing Dulles und Paul Hertz waren aufgrund ihres Intellekts, ihrer Sachkenntnisse, ihrer früheren Tätigkeiten, ihres Einsatzes und schließlich aufgrund ihrer Arbeitswut – die Hertz auch bei schweren Erkrankungen und Krankenhausaufenthalten an den Tag legte und über seine Mitarbeiter weitergab – ein besonderer Glücksfall für den (Wieder)Aufbau Westberlins. Ihre Zusammenarbeit, ihre Phantasie, neben den offiziellen ERP-Mitteln, deren Höhe und Auszahlung im übrigen oftmals erstritten werden mußte, Fonds anzubohren, um Westberlin »selbständig« neben der wirtschaftlichen auch zu einer sozial-kulturellen Infrastruktur zu verhelfen,

---

[6] Felix Escher, Paul Hertz und die Übernahme der Initiative in der Berliner Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit durch die SPD, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 40, 1991, S. 119–144; die mehrfach von Escher zit. Arbeit von Diethelm Prowe, Weltstadt in Krisen. Berlin 1949–1958, Berlin – New York 1973, in der u.a. ein Interview des Autors mit Hertz' Witwe Hanna Hertz verwendet ist, hat mir nicht vorgelegen.

[7] Walther G. Oschilewski in seiner Laudatio zum 65. Geburtstag von Hertz, in: Berliner Stimme, 20.6.1953.

[8] Daniel Golden, An Exploration into my Grandfather's Life, in: The Boston Globe Magazine, 1990, (I) July 8 und (II) July 15, Zitat (I), S. 25 (die Artikel sind jeweils innerhalb des Heftes über diverse Seiten verstreut).

[9] Manuskripte im LA Berlin, C. Rep. 100 (alt: B Rep. 010–01), Acc. 2161, Nr. 509.

[10] Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 83–84.

prägten um etliche Jahre zeitverschoben zur Bundesrepublik das Leben Westberlins und seiner Bevölkerung.

Der Stil der Zusammenarbeit von Paul Hertz mit Eleanor Lansing Dulles und anderen bedingt, daß der Einfluß nur indirekt belegt werden kann; es gibt keine Protokolle der Besprechungen und nur wenige direkte Korrespondenz, und die geht auch nur selten über freundliche Artigkeiten hinaus. Warnend hatte Lansing Dulles mich schon darauf hingewiesen[11], daß das Meiste »by cables« geregelt bzw. bestätigt worden sei. Ihr persönlicher Nachlaß, der sich in der Dwight D. Eisenhower Library der National Archives of the United States in Abilene, KS, befindet, erwies sich dennoch mit den in ihm enthaltenen Memoranden, Berichten, Briefen an Vorgesetzte und Mitarbeiter von unschätzbarem Wert, auch wenn Lansing Dulles Einfluß und Erfolge naturgemäß stark auf sich zugeschrieben hat. Die ebenfalls aufbewahrten Tage- und Notizbücher bestätigen, daß viele Telegramme verschickt worden sind, verraten aber nichts über deren Inhalt (noch waren sie anderswo zu finden). Dennoch enthüllen sie bei genauem Lesen oft »missing links« zu Projekten und Daten, selbst zur Einschätzung des Einflusses von Paul Hertz und der Art und Weise der Zusammenarbeit.[12]

Curriculum Eleanor Lansing Dulles[13]

In ihrem im März 1929 erstmals erschienenen, 1978 wieder aufgelegten Buch, *The French Franc 1914–1928. The Facts and Their Interpretation*[14] – wohl eine Erweiterung bzw. Fortsetzung ihrer Dissertation, mit der sie 1926 als erste Frau am Radcliffe College der Harvard University in Volkswirtschaftslehre promovierte –, focussierte die 1895 geborene Eleanor Lansing Dulles auf die »economic and psychological conditions«, die die Fluktuation des französischen Franc in und nach dem Ersten Weltkrieg begleiteten und bestimmten. Zum anderen ging es ihr darum, »to test prevailing monetary theories in the light of what actually occured in France«. Überzeugt, daß »it is important that the conflicts of opinion and policy of postwar years

[11] Gespräch mit der 96jährigen Eleanor Lansing Dulles im November 1991 in Washington, D.C.

[12] Diese und weitere Recherchen in einer Reihe anderer Archive und Bibliotheken wurden u. a. im Rahmen einer geplanten politischen Biographie von Paul Hertz durchgeführt.

[13] Vgl. zum folgenden u. a.: The Medaillists (On Eleanor Lansing Dulles), in: Harvard Graduate Society, Newsletter, Fall 1991; Eleanor Lansing Dulles-Papers, 1880–1973, National Records and Archives Administration (NARA), The Dwight D. Eisenhower Liberary (DEL), Abilene, KS (im folgenden zit.: NARA-DEL, ELD Papers), vor allem Box 15, Folder: ELD Correspondence 1945–49, und Folder: ELD Correspondence Jan.-Apr. 1959, worin der von Lansing Dulles handschriftl. korrigierte Artikel: The Dulles Nobody knows, in: This Week Magazine, dat. 4/1/59 (d. i. 1. April 1959).

[14] Eleanor Lansing Dulles, The French Franc 1914–1918. The Facts and Their Interpretation, New York: The Macmillan Company 1929, Reprint New York: Arno Press 1978.

should be recorded«, suchte sie in den erfolg*losen* und in den erfolg*reichen* Anstrengungen in Frankreich eine allgemein anzuwendende Antwort auf Fragen, wie: »How will future governments meet emergency demands for funds? How can depreciation be checked? How can national credit be safeguarded?«[15] Die Untersuchung, die bereits 1924 begonnen wurde und abschließend die Entwicklungen bis zur Stabilisierung des Franc durch Abwertung und gleichzeitige gesetzliche Einführung eines Goldstandards im Sommer 1928 mit einbezog, hatten namhafte Persönlichkeiten begleitet.[16] Im April 1936 erhielt sie eine Anstellung im Social Security Board des Bureau of Research and Statistics der US-Administration, wo sie u. a. das staatliche Sozialversicherungssystem mit initiierte.

Während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsmonaten war sie als »Principal Economist Analyst« in der Division of Financial and Monetary Affairs des State Department tätig. Dort erarbeitete sie, teilweise in interministeriellen Kommissionen, Analysen und Memoranden zu Reparations-, Wiederaufbau- und Hilfsprogrammen, nicht zuletzt für Deutschland. In ihrem Nachlaß findet sich als einziges Programm eines deutschen Exilanten das Memorandum *The Structure of Postwar Germany* von Arnold Brecht, versehen mit dem Vermerk: »This study has been prepared in connection with a Research Project on Germany's Position in European Postwar Reconstruction/August 1944.«[17] Als einzige Frau nahm Lansing Dulles 1944 aktiv beratend an der Konferenz von Bretton Woods teil, auf der die Gründung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) und der Internationale Währungsfonds nach Vorschlägen von John Maynard Keynes und Henry Morgenthau beschlossen wurden. Nach kurzer Tätigkeit als Attaché im Office of the Special Adviser on Austrian Affairs in Neapel und Wien kehrte sie als »Advisor on German-Austrian Affairs« in die Division of Financial Affairs des State Department zurück. Nach einer Reorganisation kam sie im März 1949 ins German Office, wo sie sich auf Berlin-Fragen spezialisierte.

1952, noch vor der Präsidentschaft General Dwight D. Eisenhowers und der Ernennung ihres Bruders John Foster Dulles zum Außenminister, wurde sie »Special Assistant to the Director« im Office of German Affairs des State Department. Über ihren Schreibtisch liefen fortan alle Anträge, Gutachten, Kostenvoranschläge und so weiter für die Finanzierung des (Wieder)Aufbaus des Westteils der Stadt, die zur Insel geworden war. Das letzte

[15] Ebd., S. VII.

[16] Charles Rist, Faculté de Droit der Sorbonne und Vizepräsident der Banque de France; Allyn A. Young, London School of Economics – er schrieb auch das Vorwort; Joseph Alois Schumpeter, 1927/28 »visiting professor« an der Harvard University; Francis William Taussig, Harvard University; ihr Bruder John Foster Dulles, der, von Hause aus Jurist, u. a. 1919 Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation und der Reparationskommission gewesen war, 1927 als Rechtsberater des polnischen Plans zur Geld-Stabilisierung fungierte.

[17] NARA-DEL, ELD Papers, Box 11, Folder: Post-War Reconstruction and Financing – 1943–45 (4).

Fiat mußte der Chef des State Department geben. »Ich bekam nicht immer alles, aber doch das meiste«, sagte sie mir.

Curriculum Paul Hertz[18]

Paul Hertz wurde 1888 in Worms als fünftes von acht Kindern in einem eher liberal-jüdischen Elternhaus geboren. Der Vater war Kaufmann und Kleiderfabrikant; der Großvater produzierte in Rheinberg den Magenbitter »Boonekamp« – was der Enkel erst erfuhr, als er bereits Senator in Berlin war. Als knapp Fünfzehnjähriger begann Paul Hertz eine kaufmännische Lehre in Stettin. Etwa ein Jahr später trat er kurz nacheinander dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands und der SPD bei. Zwischen seinem achtzehnten und zwanzigsten Lebensjahr reiste er, nach Grundausbildung in Hamburg und Berlin, als Gewerkschaftsvertreter übers Land, daneben bildete er sich durch Kurse und Selbststudium weiter. Zum Wintersemester 1910/11 wurde er als einer der ersten im Kaiserreich ohne Abitur zum Universitätsstudium zugelassen. Seine Hochschullehrer in München und Tübingen waren die seinerzeit namhaftesten Vertreter der Nationalökonomie, Sozialtheorie und -politik, der Rechtslehre vom Völkerrecht bis zum Kommunalrecht und des Genossenschaftswesens.[19] In seiner (nie gedruckt erschienenen) Dissertation, mit der er im Februar 1914 zum Dr. rer. pol. promovierte, beschäftigte sich Hertz mit der *Geschichte der sozialistischen Gewerkschaftspresse in Deutschland*, unter historischen, wirtschaftspolitischen und edukativen Gesichtspunkten.

Nach der vorzeitigen Entlassung aus dem Kriegsdienst trat Hertz im Oktober 1917 in die USPD ein, bis Anfang 1919 arbeitete er nacheinander in der Reichsstelle für Gemüse und im Reichsernährungsamt. Als Stadtverordneter von Berlin-Charlottenburg zwischen 1920 und 1926 befaßte Hertz sich insbesondere mit Arbeitslosen-, Versorgungs- und Mietwohnungsproblemen. Ebenfalls von 1920 an und bis zu seiner Flucht im Mai 1933 war er Reichstagsabgeordneter, zunächst für die USPD, nach der Wiedervereinigung im Sommer 1922 für die SPD. Als Vertreter von deren linkem Flügel wurde er im April 1933 in den Parteivorstand gewählt; während der ganzen

[18] Zum folgenden s. Ursula Langkau-Alex, Paul Hertz. Realpolitiker im Dienste der sozialdemokratischen Utopie, in: Peter Lösche, Michael Scholing u. Franz Walter (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 145–169; dies., »Es gilt die Menschen zu verändern ...«. Zur Politik des Sozialdemokraten Paul Hertz im Exil, in: Thomas Koebner, Wulf Koepke u. Claus-Dieter Krohn in Verbindung mit Lieselotte Maas (Hrsg.), Politische Aspekte des Exils, München 1990, S. 142–156.

[19] In alphabetischer Reihenfolge: Theodor Bitterauf, Lujo Brentano, Karl Johannes Fuchs, Walter Lotz, Hugo Sinzheimer, Rudolf Smend, Theodor Vogelstein, Franz Walter, August Freiherr Sartorius von Waltershausen, Robert Wilbrandt.

13 Jahre war er Sekretär der jeweiligen Reichstagsfraktion. Hertz entwikkelte sich zum Finanz- und besonders zum Steuerexperten der Partei. Er war einer der Initiatoren der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsstelle, die ADGB, SPD und Genossenschaften in Berlin einrichteten. Zunehmend wurde er in Aufsichtsräte berufen. Daß er Finanz- und Steuerfragen nicht nur als macht- und staatspolitische Faktoren, sondern in erster Linie als Mittel zur Lösung der sozialen Probleme betrachtete – wobei er sich als Anwalt sowohl der Industrie- und der Landarbeiter als auch des in ökonomischen Krisen besonders betroffenen Mittelstandes: der Handwerker, Angestellten und kleinen Beamten, fühlte –, sei an drei Beispielen verdeutlicht.

- Im Spätherbst 1928 organisierte Hertz eine inner-fraktionelle und Presse-Kampagne gegen den Bau des Panzerkreuzers A, »solange Deutschands Not so groß als gegenwärtig« ist, auch pflegte er Kontakte zur außerparlamentarischen SPD-Opposition.
- Im Dezember 1929 lehnte er es ab, Rudolf Hilferding, der aus Protest gegen die überhandnehmenden Eingriffe in den Staatshaushalt von seiten des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht zurückgetreten war, im Amt des Reichsfinanzministers nachzufolgen: er wolle weder sozial feindliche Politik betreiben (wie Hilferding es seiner Meinung nach seit Amtsantritt aufgrund der Theorie des »organisierten Kapitalismus« getan hatte) noch seinen Überzeugungen zuwider handeln.
- Anfang 1932 mobilisierte Hertz Parteifreunde und führende Theoretiker des Marxismus gegen den Arbeitsbeschaffungsplan von Wladimir Woytinkski, Fritz Tarnow und Fritz Baade wegen der inhärenten »inflationistischen Gefahren«; die Inflation in den Jahren 1922/23 war ihm zum Trauma geworden.

Erst in den USA, wohin er gegen Ende 1939 weiteremigrierte, nachdem er von Juni 1933 an in Prag und Paris politisch und humanitär für Parteigruppen im Exil, in Danzig und in der Illegalität in Deutschland gearbeitet hatte, sollte er unter dem Eindruck der New Deal-Politik, seiner Bekanntschaft mit führenden amerikanischen Gewerkschaftern und nicht zuletzt einer Seminararbeit seiner Tochter Hilda einsehen lernen, daß der WTB-Plan »would have offered hope to the working class and made the alternative of Nazism less attractive.«[20]

Im US-Exil verdiente Hertz den Lebensunterhalt u.a. als freier Steuer- und Wirtschaftsberater. Er wirkte, zumeist an vorderster Front, in Exil-Organisationen und vorzugsweise in gemischt amerikanisch und exil-deutsch besetzten politischen und gewerkschaftlichen Institutionen. Eine der im Hinblick auf die weiterwirkenden Kontakte gewichtigsten und auch nach Hertz Rückkehr noch bestehenden war die American Association for a Democratic Germany, die im September 1944 die neun Jahre zuvor konstituierten American Friends for German Freedom mit dem neuen Focus auf die Nachkriegsentwicklung in Deutschland und Europa ablöste; ihr Vorsitzen-

[20] D. Golden, (s. Anm. 8), I, S. 25.

der, der protestantische Theologe Reinhold Niebuhr, startete zum Beispiel Ende 1952 eine transatlantische »Iran Curtain Refugee Campaign« unter dem Motto »Berlin helfen«.[21] Für den Wirtschafts-Ausschuß des Council for a Democratic Germany, den er 1944 als eine westlichem Demokratie-Verständnis und sozialer Gerechtigkeit verpflichtete Gegenorganisation von ehemaligen Zentrumspolitikern bis zu Kommunisten zum Moskauer Nationalkomitee Freies Deutschland mit ins Leben rief, arbeitete er die Denkschriften »Die Wiedereingliederung Deutschlands in weltwirtschaftliche Zusammenhänge« und »Geld- und Kredit-Wesen« aus.[22]

Dem von Hause aus norwegischen Stellvertretenden Leiter des New Yorker Büros der Foreign Nationality Branch des Office of Strategic Services, Bjarne Braatoy, der vor Kriegsausbruch im Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und im Internationalen Gewerkschaftsbund gearbeitet hatte, war er trotz seines Beharrens auf der Unteilbarkeit Deutschlands und der Zurückweisung der Kollektivschuld-These ein gerühmt offener und nüchterner Gesprächspartner zu Themen, über die er auch vor Gewerkschaftern, Genossenschaften, humanitären Vereinen und überparteilichen Organisationen, an Universitäten und Colleges redete: Deutschlands Vergangenheit und Gegenwart; Wiederaufbau auf der Grundlage der sozialen Demokratie und die Funktion von Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften; Wiedereingliederung der Juden und Wiedergutmachung.[23] Im Hinblick auf Rolle, Zustand und prominente Mitglieder der SPD beeindruckte, daß Hertz keinerlei Rancüne selbst gegenüber seinen erbitterten Gegnern in der Partei erkennen ließ. Über Braatoy empfahl Hertz dem State Department noch vor der deutschen Kapitulation den in der Türkei im Exil lebenden Ernst Reuter: »He is of such outstanding quality that he might well qualify [...] as the future Chancellor of Germany.«[24]

---

[21] LA Berlin, E Rep. 200–21–01, Acc. 1180, Nr. 113: Brief Niebuhr an Harold Lasky, 12. 12. 1952.

[22] Ursula Langkau-Alex u. Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Aufsätze und Dokumente, Frankfurt a. M. – New York 1995, zu den Denkschriften s. bes. S. 181–188 u. 203–204.

[23] Notizen und Manuskripte zu Reden, Interviews und Artikeln im NL Paul Hertz des IISG, S. 19, VI.

[24] NARA, RG 226, Entry 100, GE 1523: Memorandum of Conversation, 14. 5. 1945 (Zitat); vgl. ebd., GE 1497: Memorandum of Conversation, 30. 4. 1945, und die Memoranden unter GE 1500 und 1502; zum ganzen vgl. Ursula Langkau-Alex, Vorstellungen der sozialistischen Emigration in den USA zur Neugestaltung Deutschlands im Spiegel der Akten des Office of Strategic Services/Ideas and Policies among German Socialist Exiles in the United States in the Light of the Office of Strategic Services, in: Janós Jemnitz, Moharos Éva, Philipp Rawlinson u. Gábor Székely (Red.), A demokratikus és szociális megújhodás. Tervek és valóság 1942–1945/The Democratic and Social Progress. Plans and the Reality 1942–1945, Budapest 1977, S. 69–79, bes. S. 70–72; bekanntlich war es nicht die amerikanische Regierung, die Reuter die Rückkehr nach Deutschland erlaubte, sondern die britische Labour-Regierung.

Paul Hertz verließ New York am Labor Day 1949 (2. September) per Schiff nach Le Havre, von wo er mit dem Zug nach Westdeutschland weiterreiste. Am 26. September landete er per Flugzeug von Frankfurt aus in Berlin.[25] (Seine Frau Hanna kam Anfang 1950 nach und mußte erfahren, daß von ihrer Familie fast alle dem Holocaust zum Opfer gefallen waren). Am 9. November wurde Hertz vom Berliner Magistrat als persönlicher und Finanz-Berater des Oberbürgermeisters Ernst Reuter und offizieller Leiter des Hauptamtes Banken und Versicherungen eingestellt. Im Hintergrund war ihm der Parteigenosse Gustav Klingelhöfer, der das NS-Regime in Deutschland überlebt hatte und ihm praktisch im Amt vorausgegangen war, ein erfahrener und kenntnisreicher Mentor.

Reuter hatte seinen alten Freund, mit dem er in den Exil- und ersten Nachkriegsjahren zwar sporadisch korrespondierte, den er aber bei seinem USA-Besuch im März/April 1949 erstmals seit 1933 wiedersah[26], für die Wiederaufnahme der politischen Arbeit in Berlin wenigstens für eine Probezeit gewinnen und die Einreisebeschränkung seitens der US-Administration für den 1941 US-Bürger Gewordenen auf Fürsprache von Eleanor Roosevelt und, im Hintergrund, Victor G. Reuther, Vizepräsident der Gewerkschaft Congress of Industrial Organizations (CIO), überwinden können.[27] Schon am Abend seines ersten Arbeitstages war Hertz davon überzeugt, daß »95 Prozent der Probezeit« bereits vorüber seien.[28] »Hier bin ich zu Hause«, überschrieb er Anfang Dezember einen Artikel.

Am 12. Januar 1950 wurde Hertz auf der unter Auspizien der Berlin Mission stattgefundenen konstituierenden Sitzung des Beratenden Berliner ERP-Ausschusses – dem Vertreter des Magistrats, der Berliner Zentralbank,

---

[25] Hilda Hertz Golden, On becoming an American, Amherst, MA 1998, brosch., 70 S., Standort: Bibliothek des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam (IISG).

[26] Zur Korrespondenz s. IISG, NL Hertz, S. 18, Mappe R, u. vgl. Ernst Reuter, Schriften – Reden (s. Anm. 4), Bde. 2 u. 3: Artikel, Briefe, Reden, Berlin 1973 bzw. 1974, jeweils passim (s. Index); zum Wiedersehen vgl. ebd., Bd. 4, S. 904, Anm. 43, u. Hans Hirschfeld, Die Zeit der Finsternis (Ansprache anläßlich der Stunde der Erinnerung am 17. November 1961), in: Paul Hertz. Sein Weg und Wirken, [Berlin 1961], S. 9–18, hier S. 17f.; weitere Korrespondenz im LA Berlin, (Akten Regierender Bürgermeister), Rep. 200, Acc. 2326, Nr. 166, 170, und (Ernst-Reuter-Archiv) E Rep. 200–21–01, Acc. 1180, Nr. 116: Telegramm Paul Hertz für die American Association for a Democratic Germany, New York City, an »Mayor of Berlin, Hotel Statler Wash[ington] D.C.«, 24.3.1949, es sei eine halbstündige medienwirksame Unterredung mit dem New Yorker Bürgermeister William O'Dwyer arrangiert worden.

[27] Erst mit seiner Wahl in den Senat von Berlin am 1. Februar 1951 erhielt Hertz wieder das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft, die ihm die NS-Regierung 1934 aberkannt hatte; im Juni 1951 wurde er aus der US-Staatsbürgerschaft entlassen, s. IISG, NL Hertz, Port. Ergänzung 1998, Mappe 15: Certificate of the Loss of the Nationality of the United States, beglaubigte Durchschrift des Department of State, dat. 1.4.1955; s. auch ebd., Mappe 2: Hertz an Consul General R. B. Streeper, 3.2.1951, mit der Bitte um Entlassung aus der US-Staatsbürgerschaft und Dank an die amerikanische Bevölkerung für das gewährte Asyl.

[28] Escher (s. Anm. 6), S. 120.

der Industrie, des Handwerks, der Gewerkschaften und der Bundesbevollmächtigte für Berlin angehörten – zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt. Die Kooptierung in den Aufsichtsrat der Berliner Industriebank erleichtete es ihm, über diese die »Bürgschaften des Senats, durch welche ERP-Kreditvergaben für die kapitalarme Wirtschaft erst möglich wurden«, zu leiten.[29] Bei der Aufteilung der Ressorts im Januar 1951 unter der Großen Koalition aus SPD, CDU und FDP nach den Wahlen vom Dezember wurde Hertz Senator für Marshallplan und Kreditwesen, das Amt Banken und Versicherugen war eingeschlossen.[30]

Zur Zusammenarbeit von Paul Hertz und Eleanor Lansing Dulles

Paul Hertz traf am 9. Januar 1953 in der Residenz des Leiters der Economic Affairs Division in kleinem Kreise erstmals mit Eleanor Lansing Dulles zusammen. Bis dahin hatte sie mit Hertz' Stellvertreter, Senatsdirektor Otto Busack, zu tun gehabt – »good man but not as powerful as Hertz«. Diesen würdigte sie begeistert in unserem Gespräch: »Oh, Paul Hertz, a wonderful man, a powerful man, a strong man!« Das Dinner, zu dem außer Hertz auch Busack und der Senator für Verkehr und Versorgungsbetriebe, Herbert Hausmann, und der Senatsdirektor für Versorgung, Eberhard Wolff, alle mit ihren Ehefrauen, geladen waren[31], ist charakteristisch für den Stil der Zusammenarbeit. Das Informelle und die Pflege sachlich-freundlichen Umgangs wurden allgemein als ein wichtiges Element neben der sachlichen Beziehung gesehen; im Falle von Hertz entwickelte sich daraus dauernde persönliche Freundschaft mit Eleanor Lansing Dulles, die sie auf Hanna Hertz ausdehnte. Diese war ihrem Mann in der Ausstrahlung menschlicher Wärme eine kongeniale Partnerin und in der Beherrschung von Sprachen überlegen.[32] Lansing Dulles legte stets Wert auf die Mitanwesenheit der Frauen, wie sie auch bei jedem ihrer Besuche in Berlin oder in einer der westdeutschen Städte vor Frauenverbänden sprach oder spezielle Zusammenkünfte mit einzelnen Frauen arrangieren ließ.

---

[29] Zu Einzelheiten, auch für den Anfang des folgenden Abschnitts, vgl. Escher (s. Anm. 6), bes. S. 124–133, obiges Zitat S. 126.

[30] Zu den schwierigen Verhandlungen, den Widerständen innerhalb der Berliner SPD vgl. Ernst Reuter, Schriften – Reden (s. Anm. 4), S. 307–329 u. zur Literatur die zugehörigen Anmerkungen.

[31] NARA-DEL, ELD Papers, Box 24, Folder: Berlin and Bonn, Jan. 4–25, 1953 (1): [Programm] Berlin Visit of Mrs. Eleanor Dulles, January 8–15, 1953, bes. S. 2.

[32] Wiederholt finden sich in Lansing Dulles' Taschenkalendern über die Jahre hinweg Eintragungen zur Abendzeit mit der Adresse der Hertzens (Kurländer Allee). Das Ehepaar gehörte auch zu den sieben Geladenen beim letzten, ganz privaten der Dinners aus Anlaß des Abschieds von Lansing Dulles von ihrem Berlin-Dienst im Oktober 1959; für 1961 s. IISG, NL Hertz, S. 20, XX: Hertz' USA-Reise von Juli bis September.

Die entscheidenden Verhandlungen über die Planung und Finanzierung von Projekten mit Hertz oder Stellvertreter fanden ebenfalls in informellen Zusammenkünften statt; es wurde selbstverständlich nicht protokolliert. Zuvor waren in größerem Kreis, bei denen Lansing Dulles nicht immer, öfter jedoch ein Vertreter der Economic Affairs Division zugegen war, die Eckdaten beraten und abgesteckt worden, bei Bauvorhaben auch Lage, Größe, Äußeres, Auswahl der Architekten und anderes mehr. Hertz und sein Büro waren dafür verantwortlich, daß für alle Projekte schlüssige Kostenberechnungen und Finanzierungsübersichten aus den einzelnen Senatsressorts vorlagen, nach Mitteln des Berliner öffentlichen Haushalts, des ERP-Sondervermögens, des Bundeshaushalts, des Kapitalmarkts, privater Investoren sowie nach benötigten Mitteln von seiten der US-Regierung differenziert. Bei unvorhergesehenen Überschreitungen eines Budgets war es seine Sache, als erster einen Lösungsvorschlag zu präsentieren oder mindestens zu suggerieren und sein Gegenüber von der Notwendigkeit und der Machbarkeit zusätzlicher Finanzierung zu überzeugen. So ließ er zum Beispiel Ende Februar 1957 erfolgreich ein »Memorandum über die Notwendigkeit eines Zuschusses von 600 000 DM für die Kongreßhalle aus Vor-Zablocky-Zinsen des ERP-Sondervermögens« unterbreiten.[33]

Die Gespräche unter vier oder sechs Augen erlaubten es Lansing Dulles, spezifische Wünsche oder Schwierigkeiten auf amerikanischer Seite zu verdeutlichen, ohne daß diese in die öffentliche Diskussion gerieten. Andererseits wurde hier Tacheles geredet, es wurde gestritten – etwa bei den Wohnungsbauprojekten nach 1955 (u. a. Hansa-Viertel) über die Frage, ob mehr und kleinere oder weniger, aber größere Wohnungen gebaut werden sollten. Sie plädierte für die letztgenannte Option, sie wollte Wohnungen, die auch in späteren Jahren noch attraktiv, weil gut wären. »We compromised. But I won my arguments most of the time!«, fügte sie zu den Debatten allgemein hinzu.[34]

Nicht unwahrscheinlich ist indes, daß Hertz aus taktischen und nicht nur oder nicht immer aus Gründen seiner allerdings sprichwörtlichen Sparsamkeit im Umgang mit fremden öffentlichen wie privaten Mitteln – »jüdischer Kaufmann« war sein Spitzname – von Anfang an kleiner einsetzte, um das Größtmögliche zu erreichen.

Wenn Eleanor Lansing Dulles nicht selbst nach Berlin reiste, was sie bis zu ihrem Ausscheiden aus diesem Dienst im Herbst 1959 über siebzig Mal

[33] NARA-DEL, ELD Papers, Box 15, Folder ELD Corr. 1957: Der Senator für Wirtschaft und Kredit, unterz. i. A. Sauer, an ELD, z.Zt. US-Mission Berlin, 27. 2. 1957, ebd. auch englische Fassung, wo es »pre-Zablocki-interest« heißt, es gab auch »post-Zablocki-interest«.

[34] Notizen ULA vom Gespräch mit Eleanor Lansing Dulles, die sich mit Eintragungen in Lansing Dulles' Notizbüchern und Berichten an den Leiter des Office of German Affairs im Department of State decken, s. NARA-DEL, ELD Papers, Box 15, Folder: ELD Corr. May-Dec. 1958.

tat, dann liefen die Drähte allein über das Berlin Element des Office of the United States High Commissioner for Germany, bzw. über The Foreign Service of the United States of America, United States Mission Berlin, und hier wiederum vor allem über die Economic Affairs Division, die ihrerseits alles wieder über das Hauptbüro des HICOG in Bonn an das Department of State in Washington, D.C. weiterreichte. Das war der Dienstweg.[35]

Probleme und Widerstände

Zum Zeitpunkt der ersten Begegnung mit Lansing Dulles hatte Hertz mit einer Mischung aus Marktwirtschafts- und staatlicher Lenkungspolitik drei Jahre teils erfolgreicher – vor allem auf dem Wohnungssektor –, teils eher Sisyphus-Arbeit – bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – hinter sich. Letztere hatte er bereits im April 1950 durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen des von ihm initiierten Notstandsprogramms in Angriff genommen und nach Verlauf von wenigen Monaten durch energische Verhandlung mit der Economic Affairs Division, die das Programm als gescheitert ansah, zu verlängern gewußt[36] – was ihm bis Ende 1955 stets wieder gelingen sollte.

Daß er das Notstandsprogramm nach den ersten Enttrümmerungs- und Grünanlagenarbeiten produktiven Zwecken zuführte und in deren Rahmen auch den (Wieder)Eintritt von Angestellten und insbesondere von (alleinstehenden) Frauen ins Berufsleben sowie die Verdienstmöglichkeiten von Freiberuflern förderte, wurde schließlich im State Department anerkannt; dies sei, so Lansing Dulles, »constructive and not work relief [and] should be continued at a slightly diminishing rate.«[37] So konnte Hertz auch Fach- und Hilfskräfte einsetzen, als er nach dem Tode Reuters, dem auch Eleanor Lansing Dulles in Bewunderung freundschaftlich verbunden gewesen war, daran ging, Dokumente für die Einrichtung eines Ernst Reuter-Archivs zusammentragen zu lassen, eingedenk, wie er einem Kritiker schrieb, der »betrübliche[n] Behandlung des Nachlasses von Thomas und Heinrich

[35] Siehe auch Hertz' Protest-Brief an Willy Brandt vom 8.4.1958 wegen eines mit dessen Namen gezeichneten Telegramms an Lansing Dulles direkt ins State Department nach Zeitungsmeldungen über eine Kürzung der »Berlinhilfe der USA um 3 Mio Dollar« (Zitat aus dem Telegramm); beide Dokumente und eine Mitteilung des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Nr. 76 vom 31.3.1958, im LA Berlin, (Nachlaßsplitter Paul Hertz), E Rep. 200–72, Acc. 1630, Nr. 3.

[36] IISG, NL Hertz, Port. Ergänzung 1998, Mappe 4: Brief Hertz an Hilda [Hertz], 22.10.1950.

[37] NARA-DEL, ELD Papers, Box 24, Folder Berlin and Bonn, Jan. 4–25, 1953 (1): Lansing Dulles an Cecil B. Lyon (Director of the Berlin Element), Comment on Berlin Visit – General Impressions, 15.1.1953; vgl. ebd., Box 25, Folder Berlin Apr.-May [19]58(1): [Memorandum] What we have done in Berlin, 14.4.1958, Punkt 23.

Mann«.[38] Die Mittel für das Notstandsprogramm stammten aus dem GARIOA-Fonds (Government and Relief in Occupied Areas) des High Commissioners bzw. aus dessen Rückläufen. Sie wurden nicht im Haushalt ausgewiesen. Hertz und sein Büro verwalteten und verteilten sie an die verschiedenen Senatsressorts, er bzw. seine Dienststelle allein hatte den Amerikanern gegenüber Rechenschaft abzulegen.[39]

Ende 1955 wußte Hertz, daß die Amerikaner ab 1956 »die Mittel für das Arbeitsbeschaffungsprogramm« kürzen würden, und er sah »neue Schwierigkeiten [und] Aufgaben entstehen.«[40] Diese ließen sich indes zum Teil dadurch meistern, daß seine USA-Reise im Frühjahr 1955 zum Beispiel im Bereich einiger großer Bauvorhaben Früchte abzuwerfen begann. Ob Hertz auch mit seinem Stil von persönlicher Betreuung bei sachlicher Information, wie er sie US-Parlamentariern und ranghohen Geschätsleuten bei Berlin-Besuchen zuteil werden ließ, mehr als nur Dankes-Erfolg hatte, bedürfte weiterer Prüfung. Paul H. Douglas, Mitglied des United States Senate Committee on Banking and Currency, schrieb zum Beispiel: »You contributed greatly to my having a very successful and educational visit. It looks as though credit problems and the middle eastern question will be the big issues before the Senate this year, although the tariff controversy is growing.«[41]

Die erste Liste von anstehenden Fragen und Problemen, die Lansing Dulles 1953 mit Hertz und nacheinander mit einer relativ großen Zahl anderer Gesprächspartner aus Politik, Wirtschaft, Handel und Banken durchnahm, umfaßte so gut wie alle Themen, die in den folgenden Jahren ständig wiederkehrten: Versorgung, Transport, Investitionen, Wiederaufbau der Industrie, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Flüchtlinge und schließlich »Morale and Political Matters«. Lansing Dulles glaubte im Januar 1953 zu bemerken, daß sich die Westberliner weniger Sorgen um die Politik der Sowjetunion als um eine tatkräftige westdeutsche Verantwortung für die Inselstadt, um anteilnehmendes Verständnis in den USA – die von Kampfhandlungen begleiteten Waffenstillstandsverhandlungen im Korea-Krieg liefen noch – und um

[38] Zitat aus Brief Hertz an Lothar C. Wille, 15.11.1958, LA Berlin, E Rep. 200–72, Acc. 1630, Nr. 6.

[39] Einzelheiten zur Finanzierung der Investitionskredite aus dem ERP Sondervermögen und des Notstandsprogramms mit GARIOA-Gegenwertmitteln bei FIJALKOWSKI u.a. (s. Anm. 3), S. 250ff., und HANAUSKE (s. Anm. 3), S. 297f. u. 585f.; vgl. z.B. auch IISG, NL Hertz, Port. Ergänzung 1998, Mappe 1: Paul Hertz, Der Aufbau Berlins. Grundgedanken eines Vortrags, Ms 7 S., dat. 15.10.1952, und ders., Der Wirtschaftsaufbau Berlins nach dem Übergang vom Marshall-Plan zur Sicherheitshilfe, Ms 16 S., dat. 26.11.[19]52; Korrespondenz zwischen Lansing Dulles und Reuter im LA Berlin, E Rep. 200–21–01, Acc. 1180, z.B. unter Nr. 113.

[40] IISG, NL Hertz, Port. Ergänzung 1998, Mappe 5: Hertz an Ilse und Wilfried [Berg, Schwiegertochter und Sohn], 27.12.1955.

[41] Der Brief, dat. 15.1.1957, der über das Office of US Commander, Berlin, geleitet wurde, befindet sich im IISG, NL Hertz, S. 20, XX.

die Kooperationsbereitschaft der Franzosen machten.[42] Die Unterstützung der Bundesregierung einerseits – vertragsgemäß waren mindestens 10 % aus dem Bundes-ERP-Sondervermögen und, überaus anfällig für willkürliche Interpretation, weitere Mittel nach Maßgabe der »Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltslage der Bundesrepublik und Berlins« vereinbart worden[43] – und das Interesse in den USA an Berlin sollten zu regelmäßig zurückkehrendem Kopfzerbrechen bei Lansing Dulles und Hertz darüber führen, wie sie zu stimulieren und aufrecht zu erhalten seien.

Die erste Probe bot sich nach dem Tode von Ernst Reuter im September 1953, mit dem Berlin den weltbekannten Repräsentanten für Freiheitswillen, Mut und Stehvermögen verlor. Die Berliner CDU war im Einvernehmen mit der Bundespartei nicht länger willens, die Große Koalition mit der SPD fortzusetzen; sie bildete im Dezember einen neuen Senat lediglich mit der FDP unter dem Regierenden Bürgermeister Walther Schreiber. Es beruhte auf diskreter Intervention letztlich von Eleanor Lansing Dulles – und nur zu einem ganz geringen Teil auf Mangel an einem eigenen Kandidaten, wie in der Literatur kolportiert –, daß die schwarz-gelbe Koalition den Sozialdemokraten Hertz bat, seine Aufgaben wie bisher weiterhin wahrzunehmen. Auch in Hertz' Bedingungen für ungestörte, freie und allein verantwortliche Amtsführung willigten CDU und FDP schließlich ein. Daß die Koalition die Amtsbezeichnung auf die eines »Bevollmächtigten für das Kreditwesen« herunterstufte, war für ihre Niederlagen-Stimmung in Sachen dieses Ressorts vielsagend, für Hertz von untergeordneter Bedeutung.[44]

Nach dem Wahlsieg der SPD zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1954 und der Bildung eines neuen Senats in Koalition mit der CDU vereinigte Hertz ab Anfang 1955 in seiner Hand das Ressort für Kredit und das bis dahin von der FDP besetzte Ressort für Wirtschaft und Ernährung, zu dem

---

[42] NARA-DEL, ELD Papers, Box 24, Folder: Berlin and Bonn, Jan. 4–25, 1953 (1): [Programm] Berlin Visit of Mrs. Eleanor Dulles, January 8–15, 1953; ebd.: Lansing Dulles, Comment on Berlin Visit (s. Anm. 37).

[43] Zitiert nach Fijalkowski u. a., S. 245, Anm. 451, auf S. 254 dort die Unterscheidung nach Inhalt und Laufzeiten zwischen dem ERP-Programm und dem Hilfsprogramm der Bundesregierung für Berlin: war das erste vorübergehend, wenn auch längerfristig für den Wiederaufbau der im Krieg und in seinem Gefolge zerstörten Wirtschaft bestimmt, so sollte das zweite die »Schäden auf Grund der politischen Nachkriegsentwicklung für die Berliner Wirtschaft durch finanzielle Unterstützung« möglichst kompensieren.

[44] Siehe NARA (ehem. Suitland, MD), RG 469, Entry Germany, Box 1, map 3: Brief Michael Harris, Director of the Office of Economic Affairs des Office of HICOG, Bonn, an Daniel F. Margolies, Department of State, Bureau of German Affairs, 2. 10. 1953, betr. Sorge um die Berliner Wirtschaft nach Reuters Tod und die zukünftige Politik des Gesamtsenats, annex Memorandum of Germany, 1. 10. 1953 über seine letzte, unbefriedigende Unterredung mit Reuter während des Städtetages in Hamburg am 24. 9. und seine anschließende Besprechung mit Hertz, »who is always frank, honest and intelligent«, und Busack, auf dem Brief in Handschrift: »10–14–53 Ltr [Letter – ULA] to Harris GEA – ELD«; vgl. auch D. Golden (s. Anm. 8), I, S. 37, der Philip A. Windsor, City of Leave: A History of Berlin 1945–62, zitiert.

auch die Wohnungsbau-Kreditanstalt und das Preisamt gehörten.[45] Indem Hertz, nunmehr Senator für Wirtschaft und Kredit, die Ämter auch räumlich zusammenfügte und die Bürokratie um insgesamt 45 Stellen, freilich sozialverträglich, abbaute, verankerte er nicht nur seine überragende Stellung als allseits anerkannter Fachmann. Viel wichtiger war noch, wie sich aus den Dokumenten herauslesen läßt, daß die Koordinierung der Planungen und Projekte und damit die Transmission der Eingaben aus seinem Büro über die Economic Affairs Division an Lansing Dulles im State Department schneller, weil reibungsloser verlief. Effizienz und rationelle Abläufe im Wirtschaftlichen, so hatte Hertz bereits im zweiten Jahr seines Exils in den USA gelernt, waren auch Bausteine für Demokratie.[46] Anfang der fünfziger Jahre hatte er schon kleinere Baufirmen fusionieren lassen, um schneller und billiger die Bauprogramme verwirklichen zu können, ohne die Lohnkosten abzusenken. Doch im Prinzip stimmten Hertz und Lansing Dulles von Anfang an darin überein, daß die ERP-Kredite und Notstandsmaßnahmen vor allem die kleineren und mittleren Betriebe fördern sollten, da hier der größere Effekt für die Beschäftigung lag.

Das Verhältnis Berlin – Bonn wie das von Berlin zu Kreisen innerhalb der US-Administration, selbst im State Department, blieb kühl, trotz des von Hertz in Zusammenarbeit mit Bonn entwickelten »langfristigen Aufbauplans für Berlin«.[47] Das mag auch daran gelegen haben, daß sowohl Walther Schreiber wie auch Otto Suhr als Regierende Bürgermeister die Leidenschaft und Ausstrahlung vermissen ließen, die Ernst Reuter ausgezeichnet hatte. Doch Widerstände, auch im eigenen ›Haus‹, forderten Hertz geradezu heraus. Während einer Senats-Debatte im Juli 1956 charakterisierte er seine Wirtschafts- und Kreditpolitik mit den Worten: »Wir sind keine Autokraten oder Zünftler, sondern sollen hier eine echte liberale Stellung vertreten.« Offen rügte er auch die Abhängigkeit der Berliner Zentralbank von der Bundesbank, die parallel zur Politik der Bonner Regierung Berlin vernachlässige.[48]

Nach den von der CDU mit über 50 % gewonnenen Bundestagswahlen vom 15. September 1957, bei denen John Foster Dulles die Partei massiv unterstützt hatte, beklagte Lansing Dulles in selten scharfen Worten, Bonn sei nicht an sozialem Wohnungsbau und an der Unterbringung von Flüchtlingen interessiert – Probleme, deren Lösung Hertz besonders dringend erschienen. Und kurz darauf berichtete sie, der frisch gewählte Regierende Bürgermeister Willy Brandt – Otto Suhr war Ende August 1957 ge-

[45] Vgl., auch zum vorigen, ESCHER (s. Anm. 6), S. 134.

[46] D. GOLDEN (s. Anm. 8), I, S. 35, zitiert aus einer Hertz-Rede von 1941: »As long as Hitler is ruling Germany, I have an involuntary idleness and will use this time to study the American democracy in order to learn all about what made America so great and important.«

[47] Vgl. ESCHER (s. Anm. 6), S. 135.

[48] LA Berlin, C Rep. 100 (alt: B Rep. 010–01), Acc. 2161, Nr. 509: Betr. Unterlagen für Auftragsdebatte im Senat am 23.7.56, dat. 20.7.1956, 7 S., Zitat S. 2.

storben – fürchte, daß Bonn die Berlin-Hilfe drastisch kürzen werde. Über den US-Botschafter in Bonn, James B. Conant – ihn hatte sie seit seinem Amtstritt 1955 anscheinend öfters erfolgreich einschalten können, um Berliner sozial-ökonomischen Projekten gegenüber der Adenauer-Regierung Nachdruck zu verleihen –, sei zur Zeit auch nichts auszurichten, seine Prioritäten lägen bei anderen Problemen als beim Kanzler wegen Berlin vorzusprechen. Alle übrigen Kompromisse, so schrieb sie weiter, müsse sie hinnehmen, »particularly since I am a visiting fireman«.[49] Willy Brandt schreibt in seinen Erinnerungen: »Manchmal schien ihr Eifer von einigen Kollegen (auch in der amerikanischen Botschaft in Bonn) als Übereifer empfunden zu werden.«[50]

Paul Hertz' USA-Reise 1955

Nach seiner Rückkehr aus dem Exil unternahm Hertz drei Reisen in die USA: 1955, 1957 (8. Oktober bis kurz vor Weihnachten 1957; das in der Öffentlichkeit für Berlin Wichtigste war hier der mit einer Rede verbundene Besuch der International Industrial Development Conference im Oktober in San Francisco[51]) und 1961 (vom 7. Juli bis 15. September – am 14. September hielt er noch seine zugesagte Rede auf der Berlin-Ausstellung in New York; in die Zeit, die nach einem Herzinfarkt 1960 und angesichts schwerer Zuckerkrankheit vor allem der Erholung bei Kindern, Enkeln, anderen Familienmitgliedern und Freunden dienen sollte, fiel der Mauerbau in Berlin; Hertz versuchte in Interviews, Gesprächen, Artikeln und mit der schnellen Verbreitung der Rede von Willy Brandt zum raschen Erkennen der Brisanz der Lage Westberlins und der Bundesrepublik bei Politikern und in der Öffentlichtkeit der USA beizutragen[52]). Wir konzentrieren uns

[49] NARA-DEL, ELD Papers, Box 15, Folder ELD Corr. 1957: Berichte vom 23.9. bzw. 10.10.1957 (daraus das Zitat); vgl. auch den persönlicheren Brief an »Dear Pat«, 10.10.1957; ob Lansing Dulles mit ihrer Bemerkung über den US-Botschafter darauf anspielte, daß seit Mai des Jahres wieder in Noten und Rapporten zwischen der Sowjetunion, der Bundesregierung und in den USA das Problem der deutschen Wiedervereinigung in Verbindung mit einem umfassenden Abrüstungsabkommen, was wiederum die Frage nach der weiteren Stationierung der US-Truppen in Europa aufwarf, zur Debatte stand, muß hier offen bleiben; zu Conant s. auch weiter unten in diesem Beitrag.

[50] Wie Anm. 10.

[51] Die Rede, *The Economic Recovery of Berlin,* wurde in erweiterter Fassung mit Tabellen für die Jahre 1950–1956 über »Investment in the Economy« und über »Financing of the Investments in Manufacturing« gedruckt und massenweise in den USA verbreitet – s. u. a. LA Berlin, B Rep. 002, Acc. 2685, Nr. 3315; zur Einschätzung der Rede vgl. Escher (s. Anm. 6), S. 141.

[52] Die meisten Unterlagen der 3 Reisen finden sich im IISG, NL Hertz, S. 20, XX, und im ehemaligen HIKO-Bestand, jetzt im AdsD; in Bezug auf die Reise 1961, die seiner Darstellung nach nicht stattfand, irrt Escher (s. Anm. 6), S. 143 f.

im folgenden auf die Reise des Jahres 1955. Sie dauerte vom 5. Mai bis 15. Juli und führte Hertz in ingesamt zehn Städte im Osten, im mittleren Westen und im Westen. Über seine Ziele schrieb Hertz im »Reisebericht«: »Ich wollte mit allen amerikanischen Stellen in der Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die sich mit Berliner Problemen beschäftigen, über die Aufbauarbeit in Berlin sprechen, und ich wollte zugleich meine während meines früheren Aufenthalts in den USA erworbenen Kenntnisse von Amerika erneuern und erweitern.«[53] Er trat nicht als Bittsteller für eine politisch bedrohte und wirtschaftlich notleidende Insel auf, sondern als selbstbewußter Vertreter einer Stadt, die Chancen für Investitionen bot, aufgeschlossen war für Informationsaustausch und Exportprodukte anzubieten hatte.

Auf dem Programm standen Gespräche mit Bankdirektoren, voran der Weltbank in Washington und der First National Bank of Boston, mit Fabriksdirektoren und Ingenieuren sowie Besichtigung von Industriebetrieben namentlich in den Sektoren Aluminium, Stahl, Elektrogeräte, Automobil und Lebensmittel. Ziel war, technisches Know-how und moderne Produktionsanlagen, darüber hinaus die Vereinbarkeit von Automatisierung und Lohnerhöhung kennenzulernen, welch letztere Hertz im zitierten »Reisebericht« »als eine der Voraussetzungen zur Ausweitung des Innenmarktes« bezeichnete. Darüber hinaus wollte Hertz Zweigniederlassungen in Westberlin stimulieren. Ob er dabei für Berlin an frühere, eventuell noch während der Nazi-Zeit laufende amerikanisch-deutsche Verflechtungen in Industrie und Handel anknüpfen konnte, wie Werner Link für die Bundesrepublik aufgearbeitet hat[54], wurde hier nicht weiter ermittelt. Informationen über Städteplanung und -sanierung und Schulungseinrichtungen auf den Gebieten von Produktions- und Absatz-Management, der Verwaltung und der Gewerkschaftsarbeit gehörten ebenso zum Programm wie Besuche in einer Film- und einer Versicherungsgesellschaft. Hertz hatte seine Wünsche mit der United States Mission Berlin und Lansing Dulles, die ihn dann auch mehrmals offiziell in ihrem Washingtoner Büro sprach, aber auch privat einlud, abgestimmt.[55] Sie sorgten für die politischen und geschäftlichen Verbindungen, für medienwirksame Begegnungen mit Bürgermeistern der betreffenden Städte und Gouverneuren, für Zeitungs- und Radiointerviews, für Rede-Auftritte, Lansing Dulles arrangierte solche auch vor jungen Funktionären der Washingtoner Administration. Gesponsored wurde die Reise von der Foreign Operations Administration (FOA) innerhalb des State Department.

---

[53] Deutsche und englische (Travel Report) Version, beide dat. 15.9.1955, in ebd.; die Städte waren: New York City; Washington, D.C., Boston, MA; Dayton, OH; Louisville, KY; Lawrence, KS; Los Angeles, CA; San Francisco, CA; Chicago, Ill und Pittsburgh, PA.

[54] Werner Link, Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978.

[55] Siehe auch die Eintragungen von Lansing Dulles unter »January 1955« in ihrem Notizbuch von 1954 und von Januar bis Juli im Notizbuch von 1955, NARA-DEL, ELD Papers, Box 22.

Daß Otto Suhr auf Einladung des State Department einen wenn auch nur wenige Tage dauernden Besuch an Washington machte, wo Hertz mit ihm zusammentraf, unterstrich das wohl auch von Neugier gespeiste Interesse, das auf amerikanischer Seite der ›goodwill tour‹ von Hertz und seiner zeitweiligen Delegation beigemessen wurde.[56] Für die offizielle Unterstützung, gleichzeitig für die Wertschätzung von Hertz zeugen die Empfehlungsbriefe, die einmal der Bonner US-Botschafter James B. Conant – er war von 1953 bis 1955 High Commissioner in Germany und zwei Jahrzehnte lang Präsident der Harvard University gewesen – an den Dean der Harvard Graduate School of Administration und zum anderen Henry Parkman von der United States Mission Berlin vorab an den Präsidenten der First National Bank of Boston, den Bürgermeister von Boston und den damaligen Gouverneur von Massachusetts, Christian A. Herter, sandten. Parkman schrieb unter anderem: »You will be impressed by Senator Hertz's dedication to the enormously difficult task of meeting needs of Berliners for housing and the basic necessities of life, and of restoring the industrial vitality of the city to a point where it provides useful employment to almost a million of its citizens. In so doing, Senator Hertz and his office have handled hundreds of millions of dollars in counterpart funds without a breath of suspicion ever being directed against the entire operation.«[57]

Eines der Resultate der Reise war der Bau des Hilton Hotels in Berlin. Die Überlegung Hiltons, sich in Westberlin niederzulassen, kam Hertz' auch der in amerikanischen Kreisen geteilten Auffassung entgegen, die Stadt brauche eine Unterkunft, die die Ansprüche ausländischer Politiker, Geschäftsleute und Touristen bedienen könne. Die Widerstände in Partei und Fraktion ließen sich eher überwinden als die der Lobby des um eigene Attraktivität fürchtenden Westberliner Gaststätten- und Hotelgewerbes. Aus der United States Mission Berlin verlauteten Bedenken wegen der Finanzierung, die jedoch durch die Konstruktion einer Baugesellschaft m.b.H. und eines Pachtvertrags ausgeräumt werden konnten. Die Konstruktion, die Hertz' Investitions-Philosophie »Hilfe zur Selbsthilfe« entsprach, kam dem heute weithin gebräuchlichen Finanzierungs-Leasing und dem Immobilien-Leasing nahe, wenn sie nicht diese Methoden antizipierte. Zur Finanzierung der Arbeitskosten konnten auch Mittel aus dem Notstandsprogramm verwendet werden (wie später auch zum Bau des Klinikums). Ende November 1958 übergab Hertz die Schlüssel des 350 Betten zählenden Hotels Conrad Hilton.[58] Bei der Grundsteinlegung am 6. April 1957 hatte Hertz, laut Zitat und Paraphrase eines Zeitungsberichts, gesagt: »Mit dem

[56] Zu Rundreise-Programm und den Persönlichkeiten s. ebd. u. im Port. Ergänzung 1998, Mappe 12: z.B. Hildá u. Morris [Golden] an Hanna [Hertz], 10.5.1953, Hilda an Hanna, 22.5.1953, u. Morris an Hanna, 26.5.1955.

[57] Briefe im IISG, NL Hertz, S. 20, XX.

[58] Zum ganzen, auch zu weiteren Hotelbauten nach diesem Finanzierungsmuster vgl. Escher, (s. Anm. 6), S. 140f.

Bau des neuen Hotels sei die erste Periode des Westberliner Aufbaues abgeschlossen [...] Nunmehr werde damit begonnen, Berlin auf seine Aufgaben als Metropole vorzubereiten.«[59]

Die Kongreßhalle, die bereits im September 1957 eingeweiht wurde, und das später als Hansa-Viertel realisierte Wohnungsbau-Projekt, die beide ebenfalls auf der US-Reise 1955 ganz oben auf Hertz' Prioritätenliste und in den Besprechungsnotizen von Lansing Dulles figurierten, gehören mit zum Auftakt der Verwirklichung sozial-kultureller Prestigeobjekte.

Zur Vorgeschichte des Klinikums in Berlin

Beim offiziellen kurzen Empfang, den John Foster Dulles im Februar 1958 im State Department Willy Brandt als dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und derzeitigen Vorsitzenden des Bundesrates und seiner kleinen Delegation gewährte, fragte der Außenminister jovial: »What can the United States specially do for Berlin?« Brandt stand etwas verdutzt da, doch die ebenfalls anwesende Lansing Dulles flüsterte ihm zu: »Ask, a hospital!« So ihre Schilderung. Ein medizinisches Zentrum, das moderner Technik und Wissenschaft entspreche, stand schon länger auf Westberlins heimlicher Wunschliste. Hertz hatte dieses Thema mit Lansing Dulles während ihres Berlin-Besuchs im September/Anfang Oktober 1957 und einige Wochen später während seines Besuchs in den USA erörtert.[60]

Von allen mit dem Klinikum zusammenhängenden und schließlich gelösten Problemen sei hier nur die der Finanzierung herausgegriffen, soweit sie die Amerikaner als Schenker betraf. Lansing Dulles kam bereits in der zweiten Aprilhälfte 1958 nach Berlin, um das Krankenhaus-Projekt voranzutreiben. Nach dem Willen der Initiatoren sollte es bahnbrechend sein für die Zusammenführung der besten amerikanischen und deutschen Behandlungsmethoden in Verbindung mit den modernsten baulichen und technischen Möglichkeiten.[61] Willy Brandt hatte offenbar die Vorstellung, daß die Gelder aus den Sondervermögen von ERP und GARIOA erst aufgebraucht werden sollten oder könnten, bevor Mittel aus deutschen Kassen angegriffen würden. Das bestempelte Lansing Dulles als »impossible«. Nach Besprechungen mit Hertz und Busack und in Zusammenarbeit mit ihnen wurde der schwierige, aber endlich erfolgreiche Weg unternommen, die Benjamin Franklin Stiftung wieder aufleben zu lassen. Dieses aus Privatleu-

[59] Nicht spezifizierter Zeitungsausschnitt: Grundstein für Hilton-Hotel – Vertrauen in die Zukunft Berlins [Bericht] KS. Berlin, 7. April [1957], IISG, NL Hertz, Port. Ergänzung 1958.

[60] Siehe Notizbuch 1957, Eintragungen Lansing Dulles für November 1957 und Januar und Februar 1958, NARA-DEL, ELD Papers, Box 22.

[61] NARA-DEL, ELD Papers, Box 25, Folder Berlin Apr.-May 58 (1): [Memorandum] What we have done in Berlin, 14.4.1958, Punkt 24.

ten und -firmen vor allem amerikanischer Provenienz zusammengesetzte Gremium war ursprünglich zur Mitfinanzierung der Kongreßhalle ins Leben gerufen worden, mit deren Vollendung hatte sie eigentlich ihre Aufgabe erfüllt. Der erweiterte Stiftungszweck, den Lansing Dulles ihrem Vorgesetzten vorschlug, lautete: »the Stiftung will further cultural, scientific, educational and welfare aims consistent with the policies of the Department of State and the Berlin Senat, and particularly will be prepared to conduct a survey on health facilities in Berlin with a view, through construction or otherwise, to improving facilities.«[62] Die Grundsteinlegung für das Klinikum fand im Oktober 1959 statt; für Lansing Dulles war es die abschließende Krönung ihrer Arbeit für Berlin, die sie zusammen mit Paul Hertz geleistet hatte.[63]

Zur Mission des amerikanischen Gewerkschafters Fred Berg

Es war Paul Hertz von Anfang an klar, daß Notstandsprogramm und Investitionsprojekte zu ihrem Erfolg der Flankierung durch die Gewerkschaften bedürften. Es genügte nicht, daß ein Gewerkschaftsvertreter im Beratenden ERP-Ausschuß saß. Es galt vielmehr aktuell *und* vorausschauend auf die Zeit, da die ERP- und GARIOA-Mittel zurückgeschraubt und mehr Privatkapital die Investierungen würden tragen müssen, einerseits das Vertrauen der Geldgeber zu gewinnen und zu rechtfertigen, indem keine Sozialisierungen vorgenommen werden würden, andererseits die Arbeiter davon zu überzeugen, daß ihre konstruktive Mitarbeit auch dem Erhalt ihrer Arbeitsplätze und der Schaffung weiterer diene. Materieller Anreiz war eine der Voraussetzungen für die Kooperation, aber nur zu erreichen, wenn durch Rationalisierung die Produktivität gesteigert werden konnte. Die erste Zielmarke, die Hertz und Lansing Dulles sich 1953 stellten, war der Produktionsstand von 1936.[64] Die Arbeiter bei der Stange zu halten dadurch, daß ihre Interessen kollektiv wahrgenommen wurden, war Aufgabe der Gewerkschaften. Aufgabe der Politik war es, den Gewerkschaften entgegen den für Westberlin besonders stringenten Bestimmungen hinsichtlich ihrer Rolle und Funktion von seiten der Alliierten den nötigen Spielraum zu verschaffen.

---

[62] Siehe ebd. die verschiedenen Notizen, Berichte und Programme der Reise, das Zitat stammt aus Brief Lansing Dulles an »Dear Pat« (Clifford Quinlan, Esq.), 22.4.1958, die Bemerkung über Brandts Finanzierungsvorstellung aus dem Brief von ders. an dens., 29.9.1958, Box 15, Folder Corr. May-Dec. 1958; vgl. auch Briefe Lansing Dulles an »Dear Bill« (William B. Miller, Office of German Affairs, Dept. of State), von Berlin aus, 20. und 22.4.1959, über ein Gespräch mit u.a. Hertz und Plan Hertz für das Medizinisch-Technische Zentrum, Box 15, Folder: ELD Corr. Jan-Apr. 1959.

[63] Vgl. Dokumente in ebd., Box 25, Folder: Berlin Oct. 1959 (2).

[64] Siehe die in den Anm.n 37 und 42 zit. Dokumente.

Immer wenn es darum gegangen sei, die Gewerkschaften in Westberlin zu stärken, ihnen die Möglichkeit der Mitverantwortung auch und gerade im Rahmen des ERP-Programms zu eröffnen, habe sich Paul Hertz an ihn und seinen Bruder Walter gewandt, so Victor G. Reuther im Gespräch. Walter P. Reuther war Präsident der United Automobile, Aircraft, and Agricultural Implement Workers of America (UAW) und Präsident des CIO (nach der Vereinigung AFL-CIO 1955 wurde er erster unter den Vizepräsidenten). Victor G. Reuther – 1944 hatte er die Empfehlungserklärung amerikanischer Intellektueller für den Council for a Democratic Germany mit unterzeichnet – war von 1951 bis 1953 Leiter des CIO-Büros in Paris. Seine Hauptaufgabe sah er darin, das European Recovery Program für Arbeiterrechte und Gewerkschaften offen zu halten; das Schwergewicht dieser Arbeit lag auf der Schulung der Gewerkschafter. Diese außenpolitische Arbeit setzte er dann im CIO International Affairs Department in Washington fort.[65]

Die Erste Generalratstagung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (International Confederation of Free Trade Unions – ICFTU), die vom 1. bis 5. Juli 1952 in Berlin stattfand, bot die Gelegenheit, beide Brüder, die seit Kriegsende Deutschland und Berlin mehrmals getrennt besucht hatten und Freunde auch von Ernst Reuter geworden waren, gleichzeitig zu sprechen. Darüber hinaus konnte Hertz an weitere Kontakte aus seiner Exilzeit anknüpfen. Da war zum Beispiel der Präsident der der AFL angeschlossenen International Ladies' Garment Workers Union (ILGWU), David Dubinsky. Er war einer der führenden Gewerkschaftsvertreter im Educational Reconstruction Committee gewesen, das sich während des Krieges an der New York University in New York City aus Ökonomen, Soziologen, Erziehungswissenschaftlern und Gewerkschaftern der American Federation of Labor (AFL) und des CIO – beide Gewerkschaften wirkten trotz ihrer damaligen ideologischen Kontroversen auch in der American Labor Conference on International Affairs zusammen – konstituiert hatte. Hertz hatte im Namen der American Friends of German Freedom mit ihm korrespondiert. Das zusammen mit seinem Weggefährten im Council for a Democratic Germany, Siegfried Aufhäuser – dieser kehrte 1951 zurück und wurde wenige Monate später zum Vorsitzenden des DAG-Landesverbandes Berlin gewählt –, unter Auspizien des IGB gegründete American Committee for Reconstruction of Democratic German Trade Unions orientierte sich hinsichtlich der edukativen Aufgabenstellung der Gewerkschaftsarbeit im gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Rahmen an den Arbeiten des Educational Reconstruction Committee.[66] Amerikanische Gewerkschafter

[65] Vgl. ausführlich: Victor G. Reuther, Die Brüder Reuther. Eine Autobiographie sowie die Geschichte der amerikanischen Automobilgewerkschaft UAW, Frankfurt a.M. 1989, bes. S. 371 ff.; Nelson Lichtenstein, The most dangerous Man in Detroit. Walter Reuther and the Fate of American Labor, New York, NY 1995, hier bes. S. 328 ff. und passim (s. Index).

[66] Zum vorigen vgl.: Ernst Reuter, Schriften – Reden, Bd. 4, und weitere Korrespondenz mit Walter u. Victor Reuther im LA Berlin, E Rep. 200–21–01, Acc. 1180; Archiv der ILGWU, New York: David Dubinsky Papers, Box 6, 6b, Box 7, 1a-1c u. z.B. Box 250,

arbeiteten während des Krieges – ebenso wie deutsche Emigranten – in und für die verschiedenen Abteilungen des OSS und des Office of War Information (OWI); nach dem Krieg setzten sie, sei es in anderer Form, ihre Beschäftigung mit Deutschland in verschiedenen Sektionen des State Department oder des Department of Labor entweder in den USA selbst oder als zeitweilige Besatzungsangehörige in den Unterabteilungen des HICOG fort.[67]

Auf der Ersten Generalratstagung des ICFTU hielten Ernst Reuter als Regierender Bürgermeister und Otto Suhr als Präsident des Abgeordnetenhauses Begrüßungsansprachen. Berlin wurde allgemein als »symbol of freedom and independence« gefeiert, doch eine der wichtigsten, weil als Signal für den DGB insgesamt und Schützenhilfe für Hertz' Vorstellungen wirkenden Reden, die auch von den ALF-Delegierten unterstützt wurde, war die des CIO-Executive Vice President Allan S. Haywood. Er verteidigte das Streikrecht und er bezeichnete eine ausgewogene Dreieinheit von Preisen, Löhnen und Produktivität als »central to fight for the future of humanity«.[68]

Paul Hertz erreichte es, daß der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin, Ernst Scharnowski, Ende Dezember 1952 mit Aussicht auf Erfolg beim Berlin Element um die Entsendung nach Berlin von Hertz' Sohn Fred Berg im Rahmen des »HICOG Exchange of Persons Program« bitten konnte, um die Aufgabe »to arouse the understanding and the interest of the workers for the idea of plant productivity« zu unterstützen.[69] Berg war 1933 als knapp Neunzehnjähriger in die USA emigriert und hatte sich vom Arbeiter zum Gewerkschaftsfachmann in der AFL hochgebildet. Er wurde nun als »Labor Consultant« beim State Department akkreditiert und auf dessen Kosten – auch die für die Überfahrt der Familie wurden übernommen – ab Juni 1953 in Berlin für zunächst drei Monate eingesetzt. Bereits

---

2a-2c; New York Public Library, Rare Books and Manuscript Division: Central and Eastern European Planning Board (1942–1945), bes. Boxen 4, 9, 17; IISG, NL Hertz, S. 16, 1d: Korrespondenz betr. Vorgeschichte und Gründung des American Committee for Reconstruction of Democratic German Trade Unions, 1944/45; Claus-Dieter Krohn, Der Council for a Democratic Germany, in: Langkau-Alex u. Ruprecht (Hrsg.) (s. Anm. 22), S. 17–48, bes. S. 45 f.; in op.cit., S. 171–180 bzw. 188–192, die Gewerkschafts-Denkschrift, die Aufhäuser mitverfaßte, bzw. sein Dokument zur Wirtschaftsordnung.

[67] Zur Rolle der US-Gewerkschaften in Westdeutsschland vgl. Link (s. Anm. 54), Kap. 2.1.–2.3.7.

[68] IISG, Archiv ICFTU, bes. Mappen Nr. 380–382, mit Unterabteilungen, so die Rede Haywoods unter 382c, ebd. der »Bericht über die Erste Generalratstagung, Berlin, 1.–5. Juli 1952, hrsg. vom IBFG, Brüssel [1952]«, hekt., mit den Reden von u.a. Reuter, Suhr u. Christian Fette, dem Vorsitzenden des DGB; unter 381d u.a. der Bericht der Kommission über Löhne, Preise und Produktivität an den Generalrat; die informellen, orientierenden Besuche und Gespräche der Delegierten begannen bereits am 26. Juni; IBFG/ICFTU hatte sich im Dezember 1949 in London konstituiert, unter Einschluß des bereits im Oktober des Jahres gegründeten DGB, vgl. Josef Kaiser (Bearb.), Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949–1956, Köln 1996, Einleitung.

[69] NARA (ehem. Suitland, MD), RG 469, Entry Germany, Box 1: Scharnowski an HICOG Berlin Element, Attn. Mr. Herbert Baker, 23.7.1953.

nach knapp sechs Wochen berichtete Scharnowski über Erfolge von Bergs intensiver Trainingsarbeit in großen und mittleren Betrieben und durch die Einrichtung von Diskussionsgruppen innerhalb der DGB-Kurse »Arbeit und Leben«. »The West Berlin workers have shown great interest to hear from an American worker about the reasons for the high standard of living in the United States and the role the American trade unions have played in increasing productivity.«[70] Mit Unterstützung des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW), Zweigstelle Berlin, gelang es, Berg über den Termin des 15. September hinaus in Berlin zu halten, um ihn als einen von drei Gewerkschaftern neben den Handelssachverständigen aus den USA als Berater auf der Berliner Industrie-Ausstellung auftreten und seine Arbeit fortsetzen zu lassen.[71]

Im März 1954 wurde die Arbeit zum offiziellen »Fred Berg Project« erweitert. Das Programm hatten der Labor Affairs Officer des Berlin Element, der FOA-Repräsentant in Berlin, der »Senator for Credit« [die damals nicht ganz korrekte Amtsbezeichnung für Hertz] sowie der DGB-Landesbezirk Berlin und der DAG-Landesverband Berlin gemeinsam aufgestellt. Dieses Gremium sollte auch fürderhin die zu besuchenden Firmen nach Maßgabe der Dringlichkeit ihrer Bedeutung für Berlin auflisten. Als Träger des Projekts wurde das RKW Berlin, als Transmissionsriemen wie als Vorbild der Kooperationsbereitschaft für die übrigen Gewerkschaften, auch in Westdeutschland, wurde der Präsident von IG Metall gewonnen.

Das »Fred Berg Project« sah vor, daß durch Einholen von Informationen bei Managern und Gewerkschaftern die Daten über Wirtschaftlichkeit, Zahl und Alter der Arbeitnehmer, Arbeitsstunden und Ausbildung, Löhne und sekundäre Arbeitsbedingungen, Arbeitsumstände, Ausmaß gewerkschaftlicher Organisierung, Arbeit-Management-Kooperation und zwischenmenschliche Beziehungen, Haltung der Arbeiter zur Produktivität zusammengetragen und darüber den genannten Programmgestaltern sowie dem RKW berichtet werden sollte. Berg stellte sich in Übereinstimmung mit seinem Vater vor, nicht nur passiv sondern wo nötig auch aktiv als diplomatischer Vermittler zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu wirken, sodaß Selbstkorrekturen im Betrieb durchgeführt werden könnten. Dies war nach Artikel I 2a und 2b des Vertrags, den er mit der Bundesregierung schließen sollte, aber ausdrücklich untersagt – wogegen Berg an die Adresse des Chefs der Productivity Division des US Operations to Germany in Bad Godesberg, Carl H. Mahder, mit schließlichem Erfolg protestierte. Auch wurde gestattet, daß er Vorschläge etwa zur Verbesserung des Maschinenparks machen durfte, jedoch ohne Produkt- oder Firmennamen zu nennen.

---

[70] Wie Anm. 69, auch zum folgenden.

[71] NARA (ehem. Suitland, MD), RG 469, Entry Germany, Box 1: Scharnowski an das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft, Zweigstelle Berlin, 13.8.1953, Copy (offensichtlich für Berlin Element); Office Memorandum, Berlin Element, H. W. Baker an MSA (Mutual Security Agency), W. J. Fradenburg, 13.8.1953.

Die im Projekt eingeschlossene weitere Ausbildung der Gewerkschafter zielte letztlich darauf, DGB und DAG in Berlin zu befähigen, in dem im Frühjahr 1953 installierten Berliner Investitions-Ausschuß an den »Verfahren zur Bewilligung von Krediten aus Gegenwertmitteln« mitzuwirken. Bislang hatte eine ›Dreier-Allianz‹ aus FOA-Büro in Bonn, Bundesregierung und Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Schreiber dies abgelehnt mit der Begründung, keinen Präzedenzfall »für alle übrigen Wirtschaftskreise« schaffen zu wollen.[72]

Im Spätherbst 1954 kehrte Fred Berg mit Familie nach Los Angeles zurück. Von Februar 1959 bis Mai 1960 arbeitete er nochmals als »Labor Consultant« in Berlin. Da waren die personellen Austausch- und Trainingsprogramme auch der deutschen Gewerkschafter in die USA bereits in vollem Gange.[73]

Schlußbetrachung

Die Beziehung des deutschen Sozialdemokraten Paul Hertz zu der der konservativen Republikanischen Partei angehörenden Amerikanerin Eleanor Lansing Dulles mag auf den ersten Blick überraschen. Wir haben hier den recht seltenen Fall, daß zwei starke Persönlichkeiten nicht in Konkurrenz einander gegenübertraten, sondern in voller gegenseitiger Anerkennung miteinander um die besten Mittel und den besten Weg stritten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Lagen diese für Westberlin zunächst in den Maßnahmen zur Lösung, mindestens zur Minderung der dringensten wirtschaftlichen und sozialen Probleme, wie anhand der ersten Liste, die die beiden Protagonisten zu Anfang ihrer Zusammenarbeit besprachen, dargelegt, so richtete sich das Interesse in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auf den Ausbau der Stadt zu einem eigenständigen sozial-kulturellen Zentrum, dessen Leistung und Attraktivität die Isolierung der Insel überwinden sollte. Planung und vor allem Finanzierung der Projekte überstiegen auch bei allem Einfallsreichtum zur Steigerung der Budgets die Möglichkeiten, die mit

[72] Vgl. NARA (ehem. Suitland, MD), RG 469, Entry Germany, Box 1: Report on Project Proposal, o.D. [ca. März 1954], betr. die Programm-Vereinbarung zum Fred Berg Project; Vermerk, Copy [für] Mr. Wiesinger [Edward A. Wiesinger, Labor Productivity Officer, FOA Mission to Germany, US HICOG, Bonn], o.D. [ca. März 1954, übermittelt von Fred Berg], betr. die Begründung der Aufgabe für den nicht mit Namen genannten »Labor Consultant«, daraus die Zitate, alles in [] Gesetzte von ULA, die Informationen sind dem angehefteten Laufzettel von The Foreign Service of the United States of America MSA/OEA [Mutual Security Agency/Office of Economic Administration], Productivity and Technical Assistance Division entnommen; Memorandum of Agreement between The Federal Republic of the Government of Germany and Fred W. Berg, o.D. [ca. März 1954]; Fred Berg an Carl H. Mahder, 8. April 1954; R. Siegmund, Report on my trip to Berlin (May 5th-May 12th), dat. 18.5.1954.

[73] Zu beiden Aufenthalten vgl. auch Briefe im IISG, NL Hertz, Ergänzung 1998, Mappe 6.

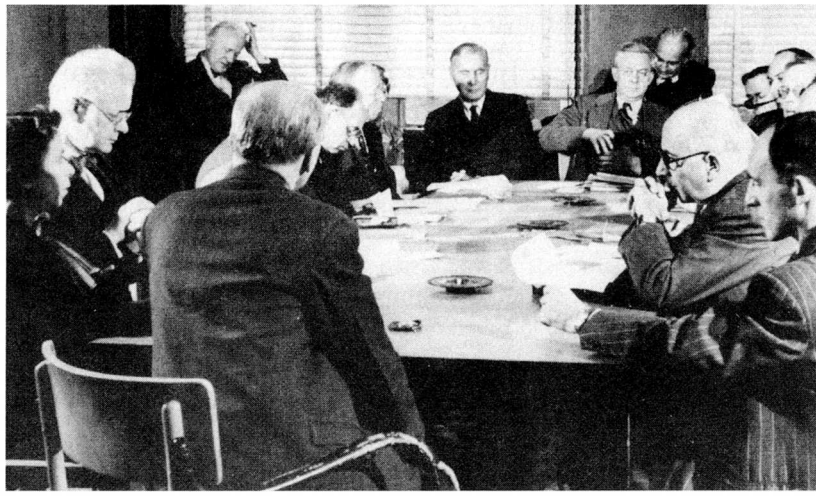
den öffentlich auszuweisenden ERP- und den unter Eigenverantwortung des Senators Hertz verwalteten GARIOA-Mitteln zu realisieren (gewesen) waren, abgesehen davon, daß diese Mittel von amerikanischer und westdeutscher Seite reduziert wurden. Der marxistisch-analytisch und gewerkschaftlich geschulte Hertz, der die positiven wirtschaftlichen Impulse der sozialen Marktwirtschaft erkannt hatte, und die dem freien kapitalistischen System der USA entstammende Lansing Dulles machten sich Stiftungen zunutze, die mit staatlichen bzw. städtischen Institutionen zur Kreditverschaffung zusammenkonstruiert wurden und im ganzen eine halbtransparente, jedoch sparsame Haushaltsführung erlaubten. Letztere war ohnehin ein charakteristisches Streben von Hertz, das sich auch bei seinem Einsatz für die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Kreditvergaben wie in die Methoden der Rationalisierung zur Steigerung der Produktivität zeigte.

Die Professionalität vermag jedoch die Erfolge der Zusammenarbeit nicht vollends zu erklären. Hinzu kam die persönliche Freundschaft; an Paul Hertz wurde von (fast) allen, mit denen er beruflich zu tun hatte, die natürliche Ausstrahlung von Können, Wissen, Offenheit und Warmherzigkeit gerühmt. Auf dieser Kombination beruhte seine spezielle Autorität ebenso wie sein Zugang zu anderen Menschen. Das erwies sich besonders vorteilhaft im Umgang mit US-Politikern und -Gewerkschaftern in der Emigration wie in seiner Eigenschaft als Senator in Westberlin.

Die Motive der Kooperationen waren unterschiedlich. Bei den Gewerkschaftern war der antikommunistische Tenor stark vertreten. Eleanor Lansing Dulles betonte im Gegensatz zu ihrem stock-antikommunistischen Bruder John Foster in allen ihren mündlichen und schriftlichen Äußerungen, was sie am meisten zu ihrem Eifer für Westberlin antrieb: »Courage and morale« der Berliner.

Paul Hertz hielt an der Motivation fest, die er kurz nach seiner Rückkehr aus dem Exil dem Vorsitzenden der Socialist Party, Norman Thomas, als das für ihn Wichtigste charakterisiert hatte: »Continuing the work I left unfinished in 1933«.[74] Und das hieß jetzt beizutragen an der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Entwicklung der Bevölkerung und der Stadt zu Freiheit und Demokratie.

[74] IISG, NL Hertz, Port. Ergänzung 1998, Mappe 2: Paul Hertz an Norman Thomas, 15.1.1950.



Sitzung der Graduate Faculty (University in Exile) der New School for Social Research in New York 1946: vorn am Tisch mit dem Rücken zur Kamera Eduard Heimann, der 1947 die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft, die heutige Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, mitinitiierte; gegenüber am Tisch und links hinten am Fenster die ehemaligen preußischen Beamten Arnold Brecht, Hans Simons und Hans Staudinger; an der Wand zwischen den Fenstern Kurt Riezler, vor 1933 Kurator der Universität Frankfurt am Main; vorn am Tisch, zweiter von rechts mit Brille Adolph Lowe, Leiter des 1943 an der New School gegründeten Institute of World Affairs.

Emigranten, Remigranten und ihr Beitrag zur Erneuerung von Schul- und Hochschulverfassungen nach 1945

Manfred Heinemann

I.

Eine Analyse, die für die deutsche Pädagogik und Erziehungswissenschaft die Gemengelage von Emigranten, Remigranten, Hiergebliebenen und den vier Besatzungsmächten unter einem gegenüber der staatsrechtlichen Perspektive erweiterten Aspekt von Verfassung und Recht des Bildungswesens in den Blick genommen[1] und daraus Schlußfolgerungen im Sinne des Nachweises individueller Einwirkung gezogen hätte, gibt es nicht.[2] Immerhin spiegeln Einzelstudien eine Einwirkung einzelner Remigranten seit Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre wider.[3] Aufgrund der bisherigen Forschungsarbeiten kann geschätzt werden, daß nach 1933 ungefähr 500 Pädagogen allein in die USA emigriert sind.[4] Die Emigration in die Nach-

[1] Von »Schulverfassung« in diesem erweiterten Sinne spricht man bis heute. Siegfried Jenkner: Auf dem Weg zu einer freiheitlichen Schulverfassung. Vergleichende Analyse in West- und Osteuropa, in: Rudolf W. Keck (Hrsg.), Didaktik im Zeichen der Ost-West-Annäherung, Münster u. a. 1999, S. 257.

[2] »Diese Wirkungsgeschichte ist im einzelnen noch weitgehend unerforscht.« Siehe: Hildegard Feidel-Mertz/Hermann Schnorbach, Die pädagogisch-politische Emigration, in: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen/Gerhard Paul/Lutz Winckler (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 594. – Wir verfügen in der Bundesrepublik außer in Ansätzen in der nach der Wende neu eingerichteten Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) in Berlin über kein Dokumentationszentrum zur Geschichte der Pädagogik, so daß die Bearbeitung komplexer historischer Fragestellungen, wie sie wirkungsgeschichtliche Analysen darstellen, sehr erschwert ist.

[3] Welche Langfristwirkung Emigranten im Hochschulbereich mitverursachten, konnte vor einiger Zeit in einer systematischen Analyse des »Oberaudorfer Kreises«, einem Kreis von gewerkschaftlich und sozialdemokratisch orientierten Hochschullehrern, gezeigt werden. Manfred Heinemann (Hrsg.), Vom Studium Generale zur Hochschulreform. Die »Oberaudorfer Gespräche« als Forum gewerkschaftlicher Hochschulpolitik 1950–1968, bearb. von Peter Chroust unter Mitarbeit von Christian Eggers, Berlin 1997. Beteiligt an dem Kreis waren die Emigranten: Ernst Fraenkel, Ludwig Bergsträsser, Johannes Klein, Karl Newman (oder Neumann) und Heinrich Rodenstein.

[4] Karl-Heinz Füssl, Fritz C. Neumann (1997–1976). Ein radikaler deutscher Pädagoge als Emigrant in Europa und den USA, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung 5 (1999), S. 225–246, 225. – Feidel-Mertz verfügte 1988 bereits über Namen von ca. 1000 emigrierten Pädagogen, darunter 100 Frauen. Hildegard Feidel-Mertz/Hermann Schnorbach, Reformpädagogik auf dem Prüfstand. Zur Funktion der Schul- und

barländer[5], insbesondere nach England, Schweden[6], Frankreich, in die Niederlande und – nicht zu vergessen – die Tschechoslowakei[7] und die UdSSR[8], kam hinzu. Wir wissen von einzelnen, die in die Türkei[9] emigrierten, nach Afrika oder Südamerika gingen.

Zusammenfassungen der Rückwirkungen der Emigranten auf die Nachkriegsentwicklung in Deutschland sind schon deswegen schwierig, weil nur von wenigen genauere Informationen über den Aufenthalt in Übersee vorliegen. Die »Wirkung und das Tätigkeitsfeld« der emigrierten deutschsprachigen Pädagogen in den USA ist nach Füssl noch weitgehend unbekannt, auch deren konkrete Bedeutung für die deutsche pädagogische Entwicklung seit der Rückkehr.[10] Die Remigration setzte angesichts der Einreiseformalitäten und der Verzögerungstaktiken der Besatzungsmächte erst nach 1947

Heimgründungen emigrierter Pädagogen, in: Manfred Briegel/Wolfgang Frühwald (Hrsg.), Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms »Exilforschung« der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Weinheim u.a. 1988, S. 206.

[5] Beispiele in: Hildegard Feidel-Mertz, Schulen im Exil, Reinbeck 1983. Dort auch ein biographischer Anhang von Emigranten und Remigranten. Gleiches in: Hildegard Feidel-Mertz/Hermann Schnorbach, Lehrer in der Emigration, Weinheim 1981, S. 227–237. Siehe auch: Ingeborg Hansen-Schaberg/Bruno Schonig (Hrsg.), Charlotte Heckmann. Begleiten und Vertrauen. Pädagogische Erfahrungen im Exil 1934–1946, Frankfurt 1995. Über Carl Mennicke, Paul Tillich und Hans Weil in: Wolfgang Keim, Erziehung unter der Nazi-Diktatur, Bd. 1, Darmstadt 1995, S. 174–179. Über die DDR-Fälle im Bereich Pädagogik ist wenig bekannt. Jüngst erneut über die bekanntesten Fälle der Verdrängung der Hochschullehrer Ernst Bloch, Hans Mayer, Alfred Kantorowicz und Leo Kofler, Mario Kessler, Sozialisten jüdischer Herkunft zwischen Ost und West, in: Hochschule Ost 8 (1999), 1–2, S. 21–61.

[6] 1943 wurde hier ein Komitee für demokratische Aufbauarbeit gegründet, das auch deutsche Emigranten aufnahm. H. Feidel-Mertz/H. Schnorbach, Die pädagogisch-politische Emigration (s. Anm. 2), Sp. 592. – Heft 1 der Schriftenreihe »Vergleichende Erziehung« von 1949 der von dem Emigranten Franz Hilker in Wiesbaden geleiteten Pädagogischen Arbeitsstelle, die später in das Sekretariat der Kultusministerkonferenz überführt wurde, war eine Darstellung der Schwedischen Schulreform. Sie wurde von der Erziehungsabteilung von »OMGUS Greater Hesse« unter Vaughn De Long finanziert. Hilker bemühte sich in der Pädagogik um die Erweiterung der Sichtweisen ins Ausland. Die Zeitschrift »Bildung und Erziehung« trägt diesen Gedanken bis heute weiter. Vgl. zur Schulreformdebatte dieser Zeit die Artikel in: Manfred Heinemann (Hrsg.), Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981.

[7] Ein Beispiel ist: Wolfgang Keim, »Zum zweiten Mal habe ich alles verloren außer Kopf, Mut und Kämpfergeist«. Der sächsische Pädagoge und Schulreformer Arthur Arzt und sein Exil, in: Monika Lehmann/Hermann Schnorbach, Aufklärung als Lernprozeß. Festschrift für Hildegard Feidel-Mertz, Frankfurt 1993, S. 150–170.

[8] Vgl. die Biographie des Reformpädagogen Schinkel, der in Stalins Lagern umkam: Ulla Plener, Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902–1946), Berlin 1996.

[9] Im Rahmen der Philosophischen Fakultät der Universität Istanbul wurde durch den Emigranten Wilhelm Peters aus Jena ein Institut für Pädagogik aufgebaut. Horst Widmann, Exil und Bildungshilfe. Die deutschsprachige akademische Emigration in die Türkei nach 1933, Bern u.a. 1973, S. 110ff.

[10] K.-H. Füssl, Fritz C. Neumann (s. Anm. 4), S. 225.

ein. Zu diesem Zeitpunkt waren Debatten in den Länderverwaltungen und Militärregierungen um den grundlegenden Aufbau des Bildungswesens bereits weitgehend geführt.[11]

Nach Verfassungseinwirkungen bei Schulen und Hochschulen zu fragen macht nur dann Sinn, wenn der Verfassungsbegriff, dem damaligen Gebrauch und Verständnis entsprechend, nicht auf das engere Staatsrecht eingeengt bleibt, sondern auf das Feld von Schul- und Hochschulverfassungen ausgedehnt wird. Sonst wären die Ergebnisse bei der Fragestellung zu gering und möglicherweise mit einigen Hinweisen auf programmatische Äußerungen in der Emigration schon erledigt.[12] In den Bildungsdiskussionen der Zeit bis in die sechziger Jahre sind die rechtlichen Grundsatzfragen wie Länderverfassungen und das Grundgesetz ohnehin relativ marginal diskutiert worden. »Die heutige Schule ist das Abbild des autoritären Verwaltungsstaats, der sie geschaffen hat«, dies schrieb 1950 ein niedersächsischer Ministerialbeamter.[13]

Solche zunächst folgenlosen Feststellungen hatte es immer wieder auch nach 1918 gegeben. Ihnen stand als Paradox die erstaunliche Flexibilität der

---

[11] Grams hat in seiner Dissertation die Planungen von Exil und Widerstand im pädagogischen Bereich in systematischer Beschreibung zusammengefaßt und die Umsetzung der daraus gewonnenen Antifaschismuskonzepte in der BRD und DDR untersucht. Wolfram Grams, Kontinuität und Diskontinuität der bildungspolitischen und pädagogischen Planungen aus Widerstand und Exil im Bildungswesen der BRD und der DDR, Bern u. a. 1990.

[12] So forderte Albert Grezesinski in New York am Ende seiner Überlegungen zu einem Grundgesetz: »Die Verpflichtung zur Erziehung der Jugend im Geiste des demokratischen Grundgesetzes wie im Sinne der Ablehnung jeglicher privater Gewaltanwendung sollte gesetzlich festgelegt werden. Zuwiderhandelnde Erzieher werden aus dem Dienst ohne Gehalt und Pension entlassen, sofern nach den allgemeinen Bestimmungen nicht eine weitere Strafe verwirkt ist. Die körperliche Erziehung der Jugend hat sich unter Fortfall allen militärischen Drills auf gymnastische Übungen und Ausflüge zu beschränken«. Heinz Boberach (Hrsg.), Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahren 1940 bis 1949, Hamburg 1999, S. 53f. Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« formulierte für das Bildungswesen wenige Sätze: »Förderung des geistigen und kulturellen Lebens der Nation und Erziehung ihrer Jugend im Geiste der Völkerverständigung« und: »Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil. Das allgemeine Schulwesen ist öffentlich. Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrt sind öffentliche Aufgaben« (ebd. S. 87, 90). In der Broschüre »Das demokratische Deutschland« von 1945 forderten als Herausgeber Dr. Joseph Wirth, Dr. Otto Braun, Dr. Wilhelm Hoegner, Dr. Kindt-Kiefer und Oberregierungsrat Heinrich Ritzel den »Neuaufbau des gesamten Erziehungswesens auf der Grundlage der geistigen und sittlichen Werte und Güter der europäischen Kultur unter Ausschluß von Rassenwahn und Nationalhaß. Die Wiedereinsetzung der Eltern in ihre natürlichen Rechte und Pflichten. Jugendpflege unter Förderung durch Länder und Gemeinden, aber unter Ausschluß einer Staatsjugend. Freie Forschung, Lehre und Bildung. Selbstverwaltung aller Hochschulen und Akademien unter Aufsicht der Länder. Kostenlose Ausbildung der Begabten ohne Rücksicht auf Herkunft und Stand der Eltern« (ebd. S. 96f.).

[13] Siehe dazu Manfred Heinemann, Zur Wissenschafts- und Bildungslandschaft Niedersachsens von 1945 bis in die 50er Jahre, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau Niedersachsens, Hannover 1998, S. 77–95, S. 88.

für überholt angesehenen Schulverfassungen aus dem 19. Jahrhundert gegenüber. Diese erwiesen sich immerhin als offen genug, die vielen Schulreformversuche der Weimarer Republik zu tragen. Auch das parlamentarische Ringen um das Recht von Schulen und Bildung in Deutschland war alt und angesichts der Dominanz der Staatsverwaltung nur selten erfolgreich gewesen. Mit der zunächst von den Alliierten und dann von Personen wie Hellmuth Becker u. a. erneut angestoßenen Verrechtlichungsdebatte Anfang der fünfziger Jahre begann eine neue Ära; sie kulminierte 1976 auf dem 51. Juristentag mit Gutachten und Mustervorschlägen zur demokratischen Regelung.[14]

Die Debatte um Verfassung und Recht des Bildungswesens im Sinne einer erweiterten »Schulrechtskunde«[15] beginnt dabei länderweise unterschiedlich. Sie weist Anteile von Remigranten bisher nicht besonders aus.[16] Auch in der pädagogischen Remigrationsforschung liegt zum Themenkomplex Erneuerung von Verfassung und Recht wenig vor.[17] Die Debatten richten

[14] Ebd. – Eine in dem genannten weiteren Sinne zu verstehende historische »Verfassungsgeschichte« des Bildungswesens liegt bislang nur in Umrissen vor: Thomas Oppermann, Kulturverwaltungsrecht, Tübingen 1969; ders., Nach welchen rechtlichen Grundsätzen sind das öffentliche Schulwesen und die Stellung der an ihm Beteiligten zu ordnen?, München 1976; Lutz-R. Reuter, Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen, in: Christoph Führ/Carl Ludwig Furck, Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI: 1945 bis zur Gegenwart, 2 Teilbde., München 1998, 1. Teilbd., S. 35–57. Auch im öffentlichrechtlich orientierten »Kulturverwaltungsrecht« von Th. Oppermann (Oppermann, 1969) werden keine Außeneinflüsse auf das Bildungswesen der Nachkriegszeit thematisiert. Für das Hochschul- und Wissenschaftsrecht sind bisher keine Untersuchungen über die Einwirkung von Emigranten bekannt, obwohl die Erfahrung anderer Hochschulsysteme eine nicht geringe Rolle bei den Hochschulreformdebatten gespielt haben dürfte. Auffällig ist, daß an den Hochschulen, an denen das Fach Politikwissenschaft neu eingerichtet wurde, 1968 f. die härtesten Debatten stattfanden.

[15] Hans Heckel, Eine Grundordnung der deutschen Schule, Frankfurt 1958.

[16] Diese Feststellung gilt auch für das »Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte« (s. Anm. 14), das dem Bildungsrecht und seiner Verwaltung in diesem Zeitraum zwar mehrere Artikel widmet, über Emigranten oder Remigranten aber kaum etwas aussagt. Fragen der Emigration sind bisher vor allem durch die bereits genannten Feidel-Mertz, Schnorbach, Grams, Füssl und Horn, Erziehungswissenschaft, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945 (s. Anm. 2), Sp. 721–736, beschrieben worden.

[17] Feidel-Mertz entdeckte auf ihrem Weg zur Emigrationsforschung bei der Aufarbeitung der Erwachsenenbildung eine bedeutende Abweichung zum Art. 148, 4 der Weimarer Reichsverfassung: »Die Länderverfassungen weichen in der Behandlung der EB sehr voneinander ab, wobei historische und politische Einflüsse sowie vor allem der Zeitpunkt der Entstehung einer Länderverfassung (ob vor oder nach Erarbeitung des Grundgesetzes) eine Rolle gespielt haben dürften.« Hildegard Feidel-Mertz, Erwachsenenbildung seit 1945, Köln 1975, S. 22. Sie fand das Förderungsgebot der Erwachsenenbildung von »Reich, Ländern und Gemeinden« der Weimarer Verfassung jedoch in den meisten deutschen Länderverfassungen wieder. Es wurde aus Gründen der in der Nachkriegszeit entwickelten »Kulturhoheit der Länder« dorthin verlagert. Die konsequente Föderalisierung und Aufhebung des durch die Nationalsozialisten eingeführten kulturellen Reichszentralimus wiederum war eine beabsichtigte Wirkung der von den alliierten Besatzungsmächten kontrollierten staatlichen Neuorganisation, die gegen vielfache Zentralisierungsvorschläge in der Emigra-

sich auf Fragen des Gegensatzpaares: »Restauration« oder Reformpädagogik, Begriffe, die für Remigranten keine Gegensätze waren. Die Staats- und Gemeindeschulen, in die wie in die Staats- und Kommunalverwaltung etliche Pädagogen zurückkehrten, wurden für sie der Ort der nachhaltigen Veränderungen und der Konflikte mit der Generation der Mitläufer des NS-Systems.

Kontrollratsbeschlüsse verlangten als Teil der Dezentralisierung und Entnazifizierung zunächst generell die Abwicklung der Reichskompentenzen im Kulturbereich und den Abbau des Reichserziehungsministeriums, bevor 1947 noch einige wenige die Besatzungspolitik in den einzelnen Zonen orientierende Beschlüsse zu Bildungs- und Kulturfragen gefaßt wurden. Das Grundgesetz von 1949 respektierte in Schul- und Erziehungsfragen bei Festlegung einer staatlichen Schulaufsicht, bei Artikeln zum Religions- und Privatschulunterricht und mit dem Verbot gymnasialer Vorschulen die durch die Alliierten geschaffene Vorentscheidung einer Kulturhoheit der Länder. Überlegungen in der Emigration zu einer zentralstaatlich gelenkten Schulreform waren damit bereits Makulatur.

Es waren die westlichen Alliierten, die die kulturelle Vielfalt in dem Staatsaufbau Westdeutschlands von »unten nach oben« zu einem der Wesensmerkmale der jüngeren deutschen Länderentwicklung machten. Daß sie sich hierbei wiederum von Emigranten beraten ließen, ist inzwischen hinlänglich nachgewiesen. Fragen zur Beteiligung von Remigranten bei der Erneuerung von Verfassung und Recht des Bildungswesens können mit Aussicht auf Erfolg vor allem länderweise untersucht werden.[18]

Niedersachsen kam bis zur Zeit nach der Wiedervereinigung ohne schulrechtliche Verfassungsartikel aus. Für die Politik ist allgemein darauf hinzuweisen, daß in der Nachkriegszeit Schulfragen durchaus politische Wirksamkeit gewannen. Wo das der Fall war, wie z.B. in Hamburg, läßt sich dann auch eine Beteiligung von Remigranten nachweisen. Dabei wiederum Argumente zu isolieren, die die Einwirkung des Auslandsaufenthalts verdeutlichen, ist relativ selten möglich. In jener Zeit wird zudem wenig unterschieden zwischen Argumenten von Remigranten und Opfern des NS-Systems, und beider Argumente waren vielfach nicht auseinanderzuhalten oder kontrovers über Kreuz. Während der Besatzungszeit mußten auch die

---

tion und in Deutschland selbst durchgesetzt wurde. Selbst die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) kannte nach dem Scheitern der Überlegungen zu deutschen Zentralverwaltungen im Bildungswesen noch einige Jahre ein föderales Zusammenwirken im Bildungsbereich ihrer Länder und ehemaligen preußischen Provinzen.

[18] Als Beispiel: Dorothee BUCHHAAS, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz 1945–1952, Düsseldorf 1985. Buchhaas geht auf das Wirken von Remigranten nicht ein. Die Ähnlichkeit der Bestimmung der »Politischen Leitsätze der SPD« vom 11. Mai 1946 zur Schule mit den Diskussionsergebnissen des Exils ist vorhanden: »Allen Deutschen stehen die Bildungsmöglichkeiten allein entsprechend ihren Befähigungen offen.« Der Parteitag von 1948 beschloß die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit sowie die sechsjährige Grundschulpflicht (ebd., S. 71).

Alliierten in ihren Analysen des Schulwesens bei den Positionen von Weimar beginnen. Auf dieser Basis mußten die Schulen zunächst entnazifiziert und in Gang gesetzt werden. Der Aufbau der vielen neuen Länder erforderte im übrigen zunächst auch andere Prioritäten als eine Schulreform. Für viele abschreckende Ausnahme wurde die Sowjetische Besatzungszone, die sich in Bildungsfragen zu Anfang der Besatzungszeit noch kooperativ zu den Ländern im Westen verhielt, deren auf dem Einfluß der Sowjets beruhende Reformen zu massenhafter Vertreibung gerade der nominellen NSDAP-Parteimitglieder unter den Bildungsberufen führten und die damit den Zusammenbruch des alten Schulwesens eher in Kauf nahm, als dies in den Westzonen geschah. Berlin und die Stadtstaaten mühten sich gleichfalls um die Einführung der Einheitsschule oder zumindest von Teilen der Idee in Form der überkonfessionellen Gemeinschaftsschule. Es ist unverkennbar: Die Teilung Deutschlands nahm seit Ausbruch des Kalten Krieges 1948 auch im Bildungswesen deutlich zu.

Studien über die Kulturpolitik der Amerikaner in Bayern zeigen während der Besatzungszeit nur geringe Erfolge einer durchaus auf Veränderung in Schulstruktur, Lehrerbildung und Unterrichtsstil zielenden Besatzungspolitik.[19] Zuletzt konnte Beate Rosenzweig 1998 in ihrem Buch: Erziehung zur Demokratie? – gestützt auf die »Graue Bibel« des State Department von 1950[20] – für die Amerikanische Zone feststellen: »In keiner der drei Länderverfassungen war explizit die Demokratisierung der Schulstrukturen und Lehrinhalte angekündigt bzw. festgeschrieben worden. Das Festhalten an traditionellen Bildungsstrukturen von vor 1933 beherrschte vielmehr die deutsche Bildungspolitik. Dies bestätigte sich auch bei einem Treffen der zonalen Erziehungsminister in Hohenwerder im Oktober 1946, auf dem die Vorschläge der amerikanischen Erziehungsmission diskutiert wurden.«[21] Auf dieser Konferenz wurde ein Plan des bayerischen Erziehungsministers Fendt, der Schulformen gekoppelt an die Begabungen einrichten wollte, von der Militärregierung verworfen. Auch in der Britischen Zone faßten Männer wie Adolf Grimme Lateinunterricht und die humanistische Bildungstradition wie die Förderung der Begabten als Wesensbestandteile des deutschen Schulsystems auf. Grimme gehörte mit Heinrich Landahl zu

[19] Manfred Heinemann, Wiederaufbau aus amerikanischer Sicht, in: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Bildungsgeschichte, Bd. 3: Geschichte der Schule in Bayern von 1918 bis 1990, Bad Heilbrunn 1997, S. 474–548. Winfried Müller, Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949, München 1995.

[20] Germany 1947–1949. The Story in Documents, Washington 1950. Vgl. auch: Jutta Lange-Quassowski, Amerikanische Westintegrationspolitik, Re-education und deutsche Schulpolitik, in: M. Heinemann (s. Anm. 6), S. 53–67.

[21] Beate Rosenzweig, Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Besatzungs- und Schulreformpolitik in Deutschland und Japan, Stuttgart 1998, S. 160. Im Hintergrund standen die Vorschläge der amerikanischen »Zook-Kommission« unter Leitung von George Zook; Germany (s. Anm. 20), S. 140ff. Grundlegend: James F. Tent, Mission on the Rhine. Re-education and Denazification in American-Occupied Germany, Chicago u. a. 1982.

den ersten Englandbesuchern überhaupt. Von da an hatten Remigranten in ihm, dem Widerstandskämpfer und christlichen Sozialisten, eine verläßliche Brücke nach Niedersachsen. Der Emigrant Fritz Borinski, Heinrich Landahl und Erich Ollenhauer hielten Berichte darüber zu seinem siebzigsten Geburtstag fest. Die humanistische Tradition wurde in den beiden deutschen Staaten zu einem ideologisch mediatisierten Fixpunkt der Debatten mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen.[22]

Als Generalgouverneur Lucius D. Clay unter Bestätigung der allgemeinen Richtung der politischen Reformarbeit der Reedukation die Darlegung der langfristigen Planungen in den Ländern der US-Zone bis 1. Juli 1947 anordnete, tat sich kurzfristig relativ wenig, um den von der Erziehungsabteilung von OMGUS und den in ihr tätigen Emigranten favorisierten Abbau der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems in höheres, mittleres und niederes Schulwesen durchzuführen.

Im sich anschließenden »Kulturkampf« in Bayern[23] obsiegten die im Widerstand wohlgeübten Bayern unter Führung des erprobten konservativen Gegners des NS-Systems Alois Hundhammer. John W. Taylor, Chef der US-Erziehungsabteilung in Berlin – er kam wie der Leiter der Abteilung für die Hochschulen, Edward Y. Hartshorne, aus der »Psychological Warfare Branch«[24] –, konnte dazu, ohne daß dies viel bewirkte, in einer Rede in aller Schärfe feststellen: »The higher school, in the old German sense, the privileged school, is an injustice against the mass of the German people and an anachronism in a democratizing world.«[25] Auch die Besatzungsbefehle nahmen seit 1947 diese Perspektive an. Ergebnisse hinsichtlich der amerikanischen Forderungen zeigten sich erst auf lange Sicht. Keines der in der US-Zone angesprochenen vier Länder sprach sich zu diesem Zeitpunkt für

---

[22] Siehe Walther G. Oschileswki (Hrsg.), Wirkendes, Sorgendes Dasein. Begegnungen mit Adolf Grimme, Berlin 1959, S. 24–29, 68–73 und 84–86. Die Festgabe ist ein Beispiel für das Netzwerk zwischen einer Reihe von Remigranten und Grimme und die insgesamt kameradschaftliche Grundstimmung unter diesen weitgehend aus der Jugendbewegung stammenden Vertretern der Nachkriegspädagogik. Der 1933 emigrierte Leiter der Studienstiftung des deutschen Volkes, Reinhold Schairer, gehörte auch dazu. Grimme wurde Präsident der wiederentstandenen Stiftung. Über die humanistischen Konventionen: »Sie galten eine zeitlang in der SBZ, bis zur Flucht ihrer Vertreter in den Westen. Als der Physiker und Wissenschaftshistoriker Gerhard Harig 1947 in Leipzig auf eine Professur für *Historischen und Dialektischen Materialismus* berufen wurde, mußte er es sich bei seiner Vorstellung gefallen lassen, von Theodor Litt vor den versammelten Fakultätskollegen auf Griechisch angesprochen zu werden. Erst nachdem er diesen Test auf seine klassische Bildung bestanden und dann seinerseits Litt durch eine russisch gestellte Frage in Verlegenheit gebracht hatte, gab sich die Fakultät geschlagen.« Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S. 324.

[23] J. F. Tent (s. Anm. 21), S. 110ff.

[24] Maritta Hein-Kremer, Die Amerikanische Kulturoffensive 1945–1955, Köln u. a. 1996, S. 65.

[25] Aus einer Rede bei einem Treffen im Bayerischen Unterrichtsministerium am 20. Februar 1947; zit. nach: B. Rosenzweig (s. Anm. 21), S. 163.

eine Schulreform nach dem Modell der »comprehensive school« aus. Alle beharrten auf dem dreigliedrigen Schulwesen. Zu Hundhammer faßte Rosenzweig zusammen: »Unter Berufung auf die humanistische Bildungstradition wandte er sich gegen jegliche Reform nach amerikanischem Muster«.[26] »Die Übernahme eines Einheitsschulsystems bedeute daher den völligen Bruch mit einer jahrhundertealten, gewachsenen Schulstruktur, die dem Ziel der dauerhaften Demokratisierung nicht entgegengesetzt sei« (ebd. S. 164). Sämtliche angesprochenen Themen wurden Gegenstand der Bildungsreformdebatten seit den sechziger Jahren.

Daß es auch anders ging, zeigten die Schulreformentwicklungen in Bremen. Hier wurden die Schüler unter Anknüpfung an frühere Überlegungen in Deutschland nach einer sechsjährigen allgemeinen Grundschule berufszielorientiert in eine Mittel- und Oberstufe spezialisiert. Hamburg organisierte mit seinem ersten Schulgesetz dieselbe Form. Auch in Hessen gab es eine den amerikanischen Forderungen näher liegende Antwort. Minister Franz Schramm legte im März 1946 den Plan einer »Deutschen Einheitsschule« vor, rückte dann aber wieder davon ab und überantwortete die weitere Arbeit »Reformausschüssen«. Auch in Baden-Württemberg sollte als erster Schritt die sechsjährige Grundschule angeboten werden, bevor nach Begabung differenziert werden sollte. Man wandte sich aber auch hier »gegen den pauschalen amerikanischen Vorwurf der humanistischen Elitebildung«.[27] Die Entwicklung einer »christlich-sittlichen Persönlichkeit« als »klares Erziehungsziel« wurde favorisiert.

Letzten Endes blieben die Länder der US-Zone bei der Dreigliedrigkeit und dem »humanistischen Bildungsideal«, jeweils wie sie es in ihrer regionalen Tradition verstanden. Damit war eine weitere der wichtigen Forderungen der Emigranten in den USA chancenlos. Die zwangsweise Einführung der Einheitsschule in der SBZ wirkte bald abschreckend. Die Einführung der Arbeiter- und Bauernfakultäten zur Öffnung der Hochschulen folgte bereits dem sowjetischen Modell. Der Widerstand z. B. aus den Universitäten[28], die sich trotz knapper Plätze ihrerseits durchaus um Öffnung gegenüber früher bildungsfernen Schichten bemühten, war auch im Westen bekannt. Daß diese Stufe auf dem Weg zu einem deutschen Sozialismus wiederum dem harten Kern der remigrierten sowjetisch ausgebildeten Kommunisten nicht genug war, machen seit der Amtsübernahme der Moskau-Emigrantin und Volksbildungsministerin Zaisser die Maßnahmen zur Angleichung an das sowjetische Schulmodell deutlich, die wiederum 1953 auf Befehl aus Moskau gestoppt wurden.[29] Die ideologische Leitung

[26] Ebd.
[27] Ebd., S. 166f.
[28] Nahezu alle Fakultäten der Friedrich-Schiller-Universität Jena – mit Ausnahme der sozialpädagogischen – wandten sich gegen die Einheitsschule.
[29] Sonja Häder, Von der demokratischen Schulreform zur Stalinisierung des Bildungswesens. Der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung, Berlin 1993, S. 191–213.

solcher Anpassungsprozesse im Hochschulwesen bekam mit Kurt Hager im Zentralkomitee ein Remigrant.

Die Kontrollratsdirektive Nr. 54: Grundsätze zur Demokratisierung des Schulwesens in Deutschland, auf die sich alle vier Besatzungsmächte kurz vor Auflösung der gemeinsamen Arbeit im Kontrollrat in Berlin noch einigen konnten, faßte am 25. Juni 1947 die Wünsche nach Reorientation des deutschen Schulwesens nochmals zusammen, kam aber kurzfristig aus Gründen der bereits entwickelten Länderpolitiken und aus Gründen des heftig ausbrechenden Kalten Krieges nicht mehr zur Wirkung.[30] Mit der Währungsreform wurde dann das Geld für Schulreformen knapp. Die Kommunen und Kreise waren zudem mit dem Wiederaufbau zerstörter Schulen noch bis weit in die fünfziger Jahre finanziell an der Leistungsgrenze.

Zurückhaltender als alle anderen Siegermächte verhielt sich die britische Besatzungsmacht.[31] Sie übergab in ihrem Hoheitsbereich bereits im Januar 1947 ihre Einwirkungsrechte in der Bildungspolitik an die nordwestdeutschen Länderbehörden. Sie beriet und förderte weiter, und das mit dem besten Erfolg. Sie hatte durch die Nutzung des Emigrantenpotentials – vor allem durch die Vorausüberlegungen der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Gruppe German Educational Reconstruction (GER) – schon seit 1943/44 vorgesorgt.[32] Aus diesem Potential konnten nach der Besetzung die Vertreter der Erneuerung in der Erwachsenenbildung, der Schulreform- und Schulbuchdebatten in der Britischen Zone ausgewählt und im deutschen System plaziert werden.[33] Die französische Besatzungspolitik hatte statt dessen – getrennt nach derjenigen für die Saar und für die Besatzungszone – deutlich die Übertragung französischer Schulformen als Ziel.[34]

II.

Mag die Wirkung von Emigranten auf die große Politik im Bildungswesen zunächst eher gering gewesen sein[35], weil Bildungspolitik generell erst allmählich Bestandteil der Besatzungspolitik wurde, so wird das Bild ein an-

[30] Als Überblick über den Wandel der Reedukation siehe: Henry Kellermann, Von Re-education zu Re-orientation. Das amerikanische Re-orientierungsprogramm im Nachkriegsdeutschland, in: M. Heinemann (s. Anm. 6), S. 86–102.

[31] Vgl. dazu den alle Bildungsgebiete vor allem durch Zeitzeugenberichte umfassenden Band: Arthur Hearnden (Hrsg.), The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945, London 1978. Dort auch Berichte über GER.

[32] Günter Pakschies, Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949, 2. bearb. Aufl., Köln u.a. 1984, S. 80ff.

[33] Maria Halbritter, Schulreformpolitik in der britischen Zone von 1945 bis 1949, Weinheim u.a. 1979.

[34] Heinrich Küppers, Bildungspolitik im Saarland 1945–1955, Saarbrücken 1984.

[35] H. Feidel-Mertz und M. Schnorbach berichten ähnlich. Sie weisen auf Vorbehalte westdeutscher Stellen bei der Wiedereinbürgerung oder auf laufbahnrechtliche Hindernisse bei

deres, wenn nach der Tätigkeit und den Einwirkungen einzelner Personen gefragt wird, denen sich im Vakuum der Nachkriegsinstitutionen – nach Aufhebung des Reichserziehungsministeriums mußten in allen Ländern eigenstaatliche Schul- und Unterrichtsverwaltungen neu aufgebaut werden – ein großes Betätigungsfeld bot.[36]

Diese Feststellung schließt auch Besatzungsoffiziere – darunter auch die wenigen im Bereich des Bildungswesens tätigen Remigranten – ein, die in allen vier Besatzungszonen wegen des Mangels ausgearbeiteter Konzepte der »großen Politik« für Schulen und Hochschulen eine vielfältige Politik durch ihre Dienststelle[37] oder sogar »privat« betrieben und diese mit den ihnen möglichen Einflußnahmen auf den Apparat der Besatzungsmacht umzusetzen suchten.

Offiziell bekamen die sich auf den Bereich der Kultur, auf Bildung und Erziehung, Religion und Massenmedien konzentrierenden Gegenmaßnahmen der Emigranten in den USA über die New School for Social Research in New York[38], über das Office of Strategic Services (OSS) und die Einheiten der Psychological Warfare eine besondere und die langfristig vermutlich größte Wirkung. Sie wurden ergänzt um weitgefaßte Konzepte zur Jugendbildung und Veränderung ihrer Sozialisationsbedingungen.[39] Insofern kamen Ideen der Jugendbewegung wieder nach Deutschland zurück, wobei die Exildiskussionen auf die politisch in Deutschland Verantwortlichen zwiespältig wirkten.[40] Man könnte durchaus sagen, daß die Reedukations-

---

der Wiedereinstellung hin. Oft sei es zu einer »Rückkehr auf Zeit« gekommen; H. Feidel-Mertz/M. Schnorbach (s. Anm. 2), Sp. 593 f.

[36] Vgl. auch den Sammelband »Education for Democracy in West-Germany«, in dem unter Leitung der Emigranten Arnold Bergstraesser und Walter Stahl eine alle Bildungsbereiche umfassende Widerspiegelung »of the morale elite« in der erreichten Westbindung vorgelegt wurde.

[37] Ein Beispiel hat Edmund Spevack mit der Rolle des Politikwissenschaftlers Hans Simons bei den Beratungen des Parlamentarischen Rats dargestellt. Hans Spevack, Ein Emigrant in amerikanischen Diensten. Zur Rolle des Politikwissenschaftlers Hans Simons in Deutschland nach 1945, in: Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen, Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 321–338.

[38] Claus-Dieter Krohn, Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt u. a. 1987.

[39] Karl-Heinz Füssl, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955, 2 Aufl., Paderborn 1995.

[40] »Bei der Wertigkeitsbeurteilung der deutschen Emigranten für die amerikanische Nachkriegsplanung muß zwischen jenen Gruppierungen unterschieden werden, deren Deutschlandbild primär von der erlebten Verfolgung, der leidvollen Erfahrung in den Konzentrationslagern konstituiert wurde, und deren retrospektives Denken oftmals dem zwanghaften Wunsch erlag, das erlittene Unrecht durch Haßtiraden auf Deutschland zu kompensieren. Obwohl solchen Positionen durchaus emotionales Verständnis entgegengebracht wurde, bestand das Manko dieser Vorstellungen darin, kaum konstruktive Elemente für zukünftiges Handeln entwickeln zu können. Insofern nahmen derartige Vorstellungen für die langfristigen amerikanischen Überlegungen zur Nachkriegsplanung praktisch keinen Stellenwert ein. Wird der Blick hingegen auf jene Gruppe von Emigranten gerichtet, die ihr

maßnahmen auf eine deutliche Änderung der Gesamtverfassung – einschließlich sämtlicher Jugendhilfemaßnahmen außerhalb der Schule – des traditionellen Aufwachsens der Jugend zielten.

Dies ist inzwischen vielfach belegt worden. »Es sind Erziehungs- und Bildungsfragen, die nun im Hinblick auf eine Wirkung in Deutschland im Vordergrund stehen.«[41] Da damals die Dominanz der staatlichen Verwaltung in diesem Bereich noch nicht durch einen Gesetzgebungsvorbehalt geschmälert wurde, war auch der Weg zur Beeinflussung relativ klar: Die Veränderungen konnten durch Begleitung und Kontrolle der staatlichen Verwaltung initiiert werden. Sie waren dann mittelfristig über die Parlamente durch Gesetzgebung zu realisieren. Hessen kann als Musterfall der Realisierung dieser Strategie gelten.

Für eine Einwirkung auf die neuen Länderverfassungen kam dieses Politikkonzept bereits zu spät, setzte es doch vor allem bei OMGUS erst die Veränderung des Gesamtkonzepts der Besatzungspolitik von den eher negativen Maßnahmen in dem Befehl JCS 1067 von 1945 zu den eher positiven in dem Befehl JCS 779 im Jahre 1947 voraus. Dieser wiederum war mit einer Übergabe der Hoheit in der Kulturpolitik vom War Office auf das State Department verbunden und ließ damit Maßnahmen einer kulturell orientierten Außenpolitik zu. Jetzt erst kamen neue Konzepte zum Tragen, darunter etwa das Austauschprogramm, das Tausende Deutscher in europäische Länder und vor allem in die USA brachte (Kellermann).

Die Einwirkung von Emigranten und Remigranten im Bereich des Bildungswesens wurde damit substantieller Teil der seit 1947 nicht mehr dominant im militärischen Kategoriensystem arbeitenden Besatzungspolitik, aber eben nur Teil dieser Politik, da im OMGUS auch Vorbehalte gegen den Einsatz von Emigranten bestanden. Für nicht wenige Remigranten ergab sich daraus eine Art selbstgestalteter Mission. Die Sonderstellung der Erziehungsabteilungen in den Zonen außerhalb des militärischen Verwaltungsapparats – sie wurden nach Auflösung des Alliierten Oberkommandos SHAEF am 13. Juli 1945 letztlich den politischen Beratern[42] und den Strukturen der jeweiligen Außenministerien zugeordnet – hatte dieses vorbereitet, ihre Mitarbeiter aber auch zu Sonderlingen im Militärsystem gemacht.

Selbstverständnis nicht vorrangig an der Retrospektive orientierte, sondern auch in der Lage war, vorausschauend neue Perspektiven zu konzipieren, dann ergibt sich auch eine andere Beurteilung der Wertigkeit solcher Positionen für die amerikanische Politikformulierung.« Füssl rechnet hierzu u.a. Paul Tillich, Hans Speier, Reinhold Niebuhr, die New School for Social Research und den Council for a Democratic Germany; K.-H. Füssl (s. Anm. 39), S. 81f. Die Überlegungen des Council liegen den offiziellen Dokumenten am nächsten; siehe Darstellung in: Germany (s. Anm. 20).

[41] Clemens Albrecht/Günter C. Behrmann/Michael Bock/Harald Homann/Friedrich H. Tenbruck, Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt u.a. 1999, S. 130f.

[42] Dies gilt auch für die Sowjetische Besatzungszone. Staatliche Archivverwaltung der DDR (Hrsg.), Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin 1989, S. 15.

Entweder als weiterbeschäftigte, abgeordnete Militärs noch in Uniform oder – wie auch in der Französischen und Britischen Zone – als Zivilisten in einer besonderen Uniform oder als assimilierte Offiziere ohne das dazu gehörende Netzwerk blieben diese hinsichtlich ihrer Haltung »Zivilisten in Uniform«.

Bei den Remigranten in Uniform kamen die psychologischen Probleme hinzu, zwar nach außen in der Wahrnehmung der deutschen Seite über Macht zu verfügen, aber in der Militärregierung nach innen vieles nicht per Befehl tun zu können, zu dürfen oder zu wollen. Statt dessen erfuhren sie in endlosen Debatten, daß sie als Fremde im eigenen Land behandelt wurden und zu den eigentlichen Geschehnissen im Dritten Reich mangels Erfahrung keine Beziehung hatten. Die Demokratisierungsziele der Potsdamer Konferenz durch Zwang umzusetzen, erwies sich auch in der Reedukation als kontraproduktiv. Die eigenen Erfahrungen von Emigration und Remigration waren zu vielfältig und keineswegs nur positiv. Beides hinderte die Übertragung einfacher Lösungen, man könnte auch sagen: einfacher Überstülpung des deutschen Bildungssystems im Sinne einer Kolonialisierung. General Clays abwehrende Position als Südstaatler gegen »carpetbeggars« war nur zu gut bekannt. Er hielt von den Missionaren im Erziehungswesen wenig bis nichts.[43]

Auch bei den Sowjets blieb man vorsichtig. Forderungen nach einfacher Kopie des sowjetischen Bildungssystems sind wenigstens aus der Besatzungszeit nicht bekannt.[44] Sie wurden erst in der frühen DDR stärker favorisiert und bis zum Stopp durch Moskau im Jahre 1953 von der DDR-Regierung eher auf eigene Veranlassung umgesetzt.[45] Die Remigranten aus der Sowjetunion brachten ein eigenes Schulprogramm auf der Basis der von der KPD in den zwanziger Jahren entwickelten Überlegungen mit dem Ziel einer zwölfjährigen allgemeinbildenden Einheitsschule mit.[46] Das Sowjet-

[43] Der Report Nr. 4237 des Office of Intelligence Research vom 3. Juni 1947 gibt derartige praktische Probleme und auch die Aktivitäten einzelner Offiziere nicht wieder und verfolgt die allgemeine politische Linie der konsequenten Übertragung der Machtbefugnisse und Aufgaben an die Deutschen mit Ausnahme der Entnazifizierung und Berufung bei Professoren. »Grundlegende Veränderungen in der Struktur des Schulsystems oder irgendeine Initiative zu fundamentalen Reformen werden den Deutschen selbst überlassen.« Entnazifiziert worden seien die Lehrmittel und die Lehrpläne. Neu eingeführt würden »grundlegende Lehrinhalte der Sozialwissenschaften«. In: Alfons Söllner, Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 2, Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949, Frankfurt 1986, S. 177–216, S. 178f.

[44] Michael-Sören Schuppan, Berliner Lehrerbildung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Pädagogische Hochschule im bildungspolitischen Kräftespiel unter den Bedingungen der Vier-Mächte-Stadt (1945–1958), Frankfurt u.a. 1990, S. 18.

[45] S. Häder (s. Anm. 29), S. 191–213. Karl-Heinz Füssl, »Eine kalte Revolution«. Das allgemeinbildende Schulwesen der SBZ/DDR als Instrument sozialer Umwälzung nach 1945, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), Zwischen Restauration und Innovation. Bildungsreformen in Ost und West nach 1945, Köln u.a. 1999, S. 125–162..

[46] Gert Geissler, Exil und Schulreform. Zur Geschichte der Schulreformpläne der KPD Herbst 1944 bis Januar 1946, in: M. Heinemann (s. Anm. 45), S. 89–124.

schulwesen sollte nicht »blind kopiert« werden. Besonderheiten sollten zugelassen werden. »Zwar entsprang das im Moskauer Exil vorgedachte Einheitsschulmodell der Überlegung von Kommunisten, um das originär kommunistische KPD-Modell oder eine Adaption der sowjetischen Einheitsschule handelte es sich jedoch nicht.«[47]

Wie das Beispiel der DDR-Einheitsschulentwicklung zeigt, ist bisher nur selten die Frage thematisiert worden, ob denn die während der Emigrationszeit zur Kenntnis genommenen britischen, amerikanischen und sonstigen Schulsysteme im Sinne der zumeist vagen Vorstellungen von einer eigenen Demokratiekonzeption nicht für diesen Prozeß auch nachteilige Elemente hatten. Und lernten Emigranten nicht sehr rasch in der fremden Praxis, daß sich Schulsysteme oder deren einzelne Elemente nicht so einfach »verpflanzen« ließen? Dafür waren die Bedingungen von Schule und Sozialisation im Vergleich zur deutschen Situation oft zu unterschiedlich.[48] Außerdem mußte man seine Vorstellung in Deutschland mit den wenigen Nazigegnern unter den Schulfachleuten umsetzen, die diese anderen Formen nicht einmal gesehen hatten. Außerdem mußte man als Remigrant erst einmal in eine entsprechende Position gelangen, was sich gerade im Bildungsbereich oft als mühevoller Weg durch viele Instanzen erwies. Man stieß bei der Ankunft in Deutschland auf Fachleute, die bereits Entscheidungen getroffen hatten, auf Gruppen, die längst dabei waren, Konzepte umzusetzen. Kurzum: Remigranten konnten in der Regel nur innerhalb z. T. seit Monaten oder Jahren im Wiederaufbau befindlicher Verhältnisse aktiv werden. Sie stießen nicht

[47] Ebd. Das »Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie«, von Wilhelm Pieck in Moskau im Oktober 1944 in Abstimmung mit Walter Ulbricht und Anton Ackermann ausgearbeitet, forderte unter Punkt 15: »Erziehung der Jugend im Geiste der wahren nationalen Ehre und des allgemeinen menschlichen Fortschritts, für das brüderliche friedliche Zusammenleben der Nationen. Staatliche Förderung der Begabten und der allgemeinen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten der Jugend. Gewährung von Freistellen an den höheren Schulen und Universitäten. Gründliche Berufsausbildung unter staatlicher Beihilfe. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder und energischer Schutz der Jungarbeiter. Kräftiger Ausbau der Jugend-Gesundheitspflege und des Jugendsports.« H. Boberach, Exilpolitiker (s. Anm. 11), S. 65. Vgl. hierzu im Kontrast zu der Moskauer Richtung die Tätigkeit des nach England emigrierten Hans Siebert. Aus dem Machtzentrum der SED in Berlin nach Dresden abgeschoben, entwickelte er dort eine kommunistische Lehrerbildung speziellen Typs. Sylvia Mebus, Kaderpolitik der Lehrer und Selbstsowjetisierung am Beispiel der Lehrerausbildung am Pädagogischen Institut »Karl Friedrich Wilhelm Wander« in Dresden in den fünfziger Jahren, in: M. Heinemann (s. Anm. 45), S. 55–77. Siebert schrieb seine Staatsexamensarbeit 1931 zum Thema: »Die Grundfragen der Sowjetpädagogik«. Christine Lost, Das Moskauer Tagebuch Minna Spechts im Jahre 1927, in: Monika Lehmann/Hermann Schnorbach, Aufklärung als Lernprozeß. Festschrift für Hildegard Feidel-Mertz, Frankfurt 1993, S. 205–216.

[48] Die Erfahrung, in einer Schule in der Sowjetunion groß geworden zu sein, wurde ein wichtiges biographisches Element bei den Kindern der Emigranten. Die Erfahrungen der Emigrantenkinder sind auch bei den Westemigranten bisher wenig in die langfristige Analyse der Wirkung von Emigration einbezogen worden.

selten auf Opfer des Nationalsozialismus, deren Prestige sie kaum übertreffen konnten. Arbeitskreise, Ausschüsse, Akademietreffen usw. in jeglicher Form kennzeichneten für die nächsten Jahre diesen Beginn einer demokratischen Erneuerung in der pädagogischen Praxis.[49]

Auch die Besatzungsoffiziere waren Individuen, die keinesfalls nur vom Segen ihrer Tätigkeit überzeugt waren und mangels ausgearbeiteter politischer Vorgaben untereinander erhebliche Meinungsverschiedenheiten produzierten.[50] In diesem Sinne ist mir der Bericht eines britischen Kontrolloffiziers, selbst Schullehrer, über seine Teilnahme am Unterricht von Gymnasien im nahezu völlig zerstörten Berlin in Erinnerung: Er habe mit großem Erstaunen hinten in den Schulklassen gesessen und den Unterricht verfolgt. Die Überwindung der Klassenschranke zwischen britischen Privatschulen und den den Rest der Schüler versorgenden öffentlichen Schulen in England, die wiederum erst 1944 im Education Act auf sichere Beine gestellt worden waren, hielt er selbst im Rückblick im englischen System für wenig musterhaft gelöst. Warum konnten also nicht beide Seiten voneinander lernen? Den *allgemeinen* Zugang zum Hochschulstudium über die Prüfungskollegien an den Gymnasien zu entscheiden, erschien ihm vorteilhaft, die durch das Abitur ohne weitere Empfehlungsbriefe gegebene *allgemeine* Studiermöglichkeit durchaus demokratisch. Viele Einzelheiten des Unterrichts und des Bildungssystems waren für diesen Engländer Neuland. Sie bewogen die Ratgeber und das Foreign Office, auf die Entwicklung großer Konzepte zu verzichten und statt dessen kompetente Offiziere und Berater zu entsenden wie Robert Birley (»Red Robert«), der dann in Zusammenarbeit mit anderen Ausländern, Deutschen – darunter einer Remi-

[49] Von »Netzwerken« spricht auch Julia Angster, Wertewandel in den Gewerkschaften. Zur Rolle gewerkschaftlicher Remigranten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: Claus Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen, Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschland, Marburg 1997, S. 111–138, S. 131. G. Geißler hat diese Gemengelage für Berlin überzeugend dargestellt. »Die, soweit ihre Möglichkeiten reichten, maßgeblich von der ›Gruppe Ulbricht‹ personalpolitisch beeinflußten Schulämter der Stadt wurden im Sommer 1945 zu Kristallisationspunkten für die Wiederaufnahme früherer schulreformerischer Verbindungen«; G. Geissler (s. Anm. 46), S. 98. Solche aus Vertretern unterschiedlicher Richtungen und Nichtorganisierten gemischten Kreise kennzeichnen die pädagogische Reformarbeit auch in den nächsten zwanzig Jahren, bevor sie ab Ende der sechziger Jahre durch die Organisationen und Parteien aufgesogen sind.

[50] Es liegen inzwischen eine Reihe von Autobiographien bzw. biographische Studien zu Kulturoffizieren vor: Wolfgang Eggeling, Alexander Dymschitz. Skizze einer Biographie zwischen Bildungsanspruch und Parteiraison, in: M. Heinemann (s. Anm. 45), S. 303–315; James F. Tent (Hrsg.), Academic Proconsul. Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities 1945–1946, Trier 1998; Pjotr I. Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone »sowjetisierte«. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, hrsg. von Manfred Heinemann, Berlin 1997.

grantin wie Katharina Petersen[51] – mit dem »Blauen Gutachten« dem deutschen Hochschulwesen einen Reformweg wies, der auch heute noch lesenswert ist, nicht nur weil das Wort »global« bei der staatlichen Haushaltsbewilligung bereits vorkommt.[52]

Daß der Gedanke von der »Gleichheit der Bildungschancen« zu einem der Leitmotive der deutschen Bildungsreform in den Sechzigern wurde und daß er in den Debatten nach 1945 von Anfang an eine zentrale Bedeutung hatte, beruhte wohl mehr auf der deutschen Bildungstradition als auf den Importen. Daß dabei die »Gleichheit der Chancen« von deutscher Seite immer mit dem Begriff der »Begabung« gekoppelt gedacht blieb und wie bei Adolf Grimme z. B. durchaus über die humanistische Tradition führen konnte, war eben Element der deutschen Bildungstradition. Da gleichwertig daneben von Leuten wie dem Pädagogen Eduard Spranger der Begriff der »volkstümlichen Bildung« gepflegt wurde[53], ließen sich Anschauungen aus der Weimarer Zeit nicht so leicht im Sinne der Gleichheit modernisieren.

Spranger wußte wie andere auf deutscher Seite nach den Untersuchungen von Theodor Geiger sehr wohl, was Klassen und Schichten im deutschen Bildungssystem bedeuteten. Er und seine Generation, insbesondere auch Theodor Litt, verteidigten nach dem Desaster des Nationalsozialismus den schon vor 1933 entwickelten deutschen Idealismus in seiner pädagogischen Ausprägung und machten diesen in Abwendung von amerikanischen Vorstellungen der Anhänger von John Dewey[54] bis zum Aufblühen des sozialistisch-marxistischen Denkens der »Frankfurter Schule« (Albrecht u. a.) zu einer dominierenden Richtung der westdeutschen Pädagogik der fünfziger und sechziger Jahre.[55]

Die über eintausend Seiten Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen verkörperten später dieses Denken, dem

---

[51] Petersen wurde 1933 entlassen, »weil sie den Eid auf Hitler verweigerte«. Sie übernahm bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland 1938 die Leitung der Internationalen Quäkerschule in Eerde/Holland. H. Feidel-Mertz, Schulen im Exil (s. Anm. 5), S. 19.

[52] Studienausschuß für Hochschulreform (Hrsg.), Gutachten zur Hochschulreform, Hamburg 1948.

[53] Von »volkstümlichem Kulturaufbau« sprachen auch die Sozialdemokraten der Zeit. Michael-Sören Schuppan, Berliner Lehrerbildung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Pädagogische Hochschule im bildungspolitischen Kräftespiel unter den Bedingungen der Vier-Mächte-Stadt (1945–1958), Frankfurt u. a. 1990, S. 41.

[54] Otto Schlander, Der Einfluß von John Dewey und Hans Morgenthau auf die Formulierung der Reeducationspolitik, in: M. Heinemann (s. Anm. 6), S. 45.

[55] Die Verdrängung der Gegner aus der Weimarer Zeit, auch wenn sie emigrieren mußten, wurde zu einem wichtigen Hintergrundsgeschehen in der Pädagogik der Nachkriegszeit. Siehe dazu den Fall Karsen: Gerd Radde, Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit, Berlin 1973; ders.: Der Reformpädagoge Fritz Karsen. Verfolgt, verdrängt, doch nicht vergessen, in: Benno Schmoldt (Hrsg.), Pädagogen in Berlin, Hohengehren 1991; Wolfgang Keim, Die Wiederentdeckung Fritz Karsens, in: Wolfgang Keim/Norbert H. Weber (Hrsg.), Reformpädagogik in Berlin. Tradition und Wiederentdeckung, Frankfurt u. a. 1998.

im Grunde genommen Einflüsse der Reedukation im Sinne der *Übernahme* ausländischer Modelle fernstehen. Senator Heinrich Landahl schrieb 1949 zur Diskussion der Schulreform in Hamburg: »Es gilt das vom Nationalsozialismus auf den Strand gesetzte Schiff der natürlichen Weiterentwicklung unserer deutschen Schule wieder flottzumachen und in zielsichere Fahrt zu bringen.«[56] Er zitierte zugleich warnend den Philosophen Hans-Georg Gadamer aus einem Vortrag an der Universität Leipzig: »Die eigentliche große Gefahr, die uns geistig droht, ist heute die Gefahr der Restauration. Aber ein Zurück gibt es nicht. Wir müssen die wirklichen Aufgaben unseres Daseins und unserer Zukunft entwickeln, die Gemeinsamkeit der historischen Situation vor uns bringen und damit den Weg freilegen.«[57]

»Organische Wandlung« war Landahls Zentralbegriff[58]; von einer »organischen Ausgestaltung« des öffentlichen Schulwesens hatte bereits der Artikel 146 der Weimarer Reichsverfassung gesprochen.[59] »Dabei brauchen wir die neuen Formen und Gehalte nur aus dem eingeborenen Kern frei wachsen zu lassen« (ebd. S. 8). Die »grundlegenden Erkenntnisse« hatten die Klassiker der Pädagogik bereits vermittelt. »Aber andere Völker haben in viel größerem Maße und kühnerem Mut als wir diese theoretischen Erkenntnisse für die praktische Umgestaltung ihrer Schulen und die innere Erneuerung ihres Erziehungswesens nutzbar gemacht.« Daher müsse man sich nun mit diesen praktischen Erfahrungen anderer Länder auseinandersetzen »und die verlorene Verbindung wiederherstellen«. »Das Ausland hat die unvermeidlichen Folgerungen aus den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen der letzten Jahrzehnte gezogen und sein Schulwesen der inneren Demokratisierung angepaßt.« Die Deutschen dagegen hätten die Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten als »unabänderlich hingenommen«.

---

[56] Schulbehörde der Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Die Neuordnung des Hamburger Schulwesens, Hamburg 1949, S. 7.

[57] Ebd.

[58] Dieser Begriff prägte auch die Entschließung der Kultusminister der deutschen Länder zur Frage der Schulreform vom 19./20. Februar 1948. Siehe: Oskar Anweiler/Hans-Jürgen Fuchs u. a. (Hrsg.), Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990, Bonn 1992, S. 75 f. Es gab darin keinerlei Festlegung in den Kernfragen der Struktur: »Bei aller Verschiedenheit des äußeren Bildungsweges müssen die Unterrichtsziele in den deutschen Ländern einander angeglichen werden. Die Leistungshöhe aller Schulen muß gesteigert werden; dabei ist besonderer Wert auf die Entwicklung der gemeinsamen Grundstufe und die Förderung des ländlichen und beruflichen Schulwesens zu legen.« Die hessische Verfassung vom 1. Dez. 1946 sah dagegen die »Gemeinschaftsschule« vor, die des Freistaats Bayern kannte Schulpflicht nur für die Volks- und Berufsschule, blieb also beim alten System. Die Verfassung von Thüringen vom 20. Dez. 1946 schrieb die »organisch gegliederte Einheitsschule« vor (ebd., S. 76 ff.).

[59] Gegenmodelle waren bei Landahl die durch Schulgeld gekennzeichnete Standesschule oder die autoritäre Schule des Nationalsozialismus, gesteigert noch durch die »militaristische Vorbereitungsanstalt«.

Hamburg nahm eine Gesamtreform unter diesem Leitaspekt in Angriff.[60] Alle »Begabungsrichtungen« träfen sich in der Schule, der weitere Bildungsweg müsse »organisch« gegliedert werden.[61] »Anlage und Begabung«, und nicht der »so verhängnisvolle Elternehrgeiz und eine starre Familientradition« sollten den Ausschlag geben. Einzel- und Gruppenarbeit, neue bewegliche Sitzmöbel, neu ausgestattete Schulräume und weitere Ideen konnte man von außen übernehmen. Gespräche im Unterricht sollten den starren Frontalunterricht auflockern, »gesunde und natürliche Freude an der gemeinsamen Arbeit aufkommen« lassen: Die Schule als Arbeitsgemeinschaft in neu gestalteter Umgebung. All dieses war in den Versuchsschulen der zwanziger Jahre bereits erprobt worden. Und doch zitierte Landahl aus dem Brief einer früheren Hamburger Studienrätin aus den USA, die die Gegner der sechsjährigen Grundschule darauf aufmerksam machte, daß darin ein »ganz neuer Inhalt« eingeführt werden solle. Volle Schulgeld- und Lernmittelfreiheit – erstere sollte bis 1957 realisiert werden – erfüllte weitere amerikanische Forderungen, durch die in Bayern der Schulstreit ausgebrochen war. Optimistisch glaubte Landahl, daß dieses Schulmodell nach den Diskussionen auf den Konferenzen der Kultusminister »in allen Ländern diese Gestalt« haben werde.[62] Er und andere sozialdemokratische Politiker konnten dieses Modell jedoch schon bei der britischen Besatzungsmacht nicht verbindlich machen. Diese hielt am Konzept der »indirect rule« fest.[63] Hamburg konnte bis 1953 durch die »Allgemeine Volksschule« die Aufteilung in Volks- und höhere Schulbildung aufheben.

III.

Das Beispiel Hamburg zeigt, wie gering der Spielraum für eine Schulreform in Deutschland nach 1945 war und daß der einzige Versuch, an der Drei-

[60] Die Hamburger Verfassung von 1848 schrieb bereits vor: »Der Staat hat für die Bildung der Jugend durch öffentliche Lehranstalten, namentlich durch allen Volksklassen gemeinsame Volksschulen zu sorgen.«

[61] Unterstaatssekretär Heinrich Schulz hatte in der Sitzung der Nationalversammlung am 31. Juli 1919 erläutert, daß »eine Gliederung des Schulwesens nach der Verschiedenheit der Begabung nicht unmöglich gemacht wird«. Von Begabtenförderung sprach auch der Kommunist Anton Ackermann; M.-S. Schuppan (s. Anm. 53), S. 43. Es gab dabei noch keine Spaltung der Bildungswelt.

[62] Landahl kann als Vertreter des Hauptstroms einer deutschen, von Sozialdemokraten geführten Reorientation im Schul- und Erziehungswesen aufgefaßt werden. Er war von den Briten 1945 in sein Amt eingesetzt worden und führte zunächst die Entnazifizierung der Schulen in Hamburg durch. Als Leiter der Lichtwarkschule, einer Reformanstalt im höheren Schulwesen, hatte er sich in der Weimarer Zeit unter Reformpädagogen einen Namen gemacht. Landahl war Mitglied der SPD seit 1945. Siehe: Reiner Lehberger, Die Hamburger Schulreform von 1949, in: M. Heinemann (s. Anm. 45), S. 17–35, S. 18.

[63] Ebd., S. 19.

gliedrigkeit zu rütteln, schon 1953 wieder scheiterte. Wie schwer aber muß es einzelnen Emigranten ergangen sein, die sich die Veränderung des Schulwesens und der Schulverfassung, sei es auch nur eines kleinen Ausschnitts daraus, vorgenommen hatten. Für sie blieb der Rückzug in eine Schule und die Ausnutzung der dort möglichen Gestaltung von Schule und Unterricht, einem keineswegs unwichtigen Ort konkreter Reform.

Da die Frage nach der Beteiligung an den staatlichen Verfassungen aus der Sicht der pädagogischen Remigration zu keinem bemerkenswerten Ergebnis führt, wäre zu fragen, ob dies nun im engeren Sinn auch bei Schul- oder Hochschulverfassungen zutrifft. Hierzu fehlen uns noch viele Detailstudien, die z.B. über die Rückwirkungen der Amerika-Emigranten in das deutsche Schulwesen Auskunft geben. Was wurde konkret übertragen? Wie stellen sich die Bedingungen des gelungenen oder mißlungenen Transfers dar? Wo liegen dabei die kulturell bzw. vom System her gezogenen Grenzen?

Die Besonderheiten des deutschen Schulwesens, die den Lehrerinnen und Lehrern einen großen Gestaltungsfreiraum – Stichwort »pädagogische Freiheit« – geben, standen der Veränderung von »oben immer« entgegen. Trotz der Schulartikel in der revidierten preußischen Verfassung von 1850 (und in den Verfassungen der anderen Länder) und in der Weimarer Reichsverfassung kannte Deutschland kein allgemeine Normen setzendes Reichsschulgesetz. Die Anläufe dazu waren vor 1933 immer wieder stecken geblieben. Auch in dem das Reich dominierenden Preußen und anderen Ländern gab es kein Schulgesetz, sondern nur eine Reihe einzelne Schulfragen regelnde Einzelgesetze. Andere deutsche Länder kannten schulbezogene Schulverfassungen, z.T. auch auf der Basis eines völlig veralteten Schulgesetzes. Variationen und Vielfalt kennzeichneten das Schulsystem. Schulgesetze und -verordnungen waren 1945 nicht einmal vollständig kodifiziert. Mit der Auflösung Preußens gab es in den Nachfolgeländern einen grundlegenden Neuaufbau der Unterrichtsverwaltungen. Solche Bedingungen zwangen eine Restauration geradezu auf. Man mußte die Notlagen erst einmal verwalten können.

Mitbeteiligte und Mitbestimmende gab es im deutschen Schulwesen immer zahlreich, so daß auch nicht von einem staatlichen Schulsystem im engeren Sinne gesprochen werden konnte. Schule in Deutschland stand z.B. durch die Beteiligung der Kirchen, Selbstverwaltungskörperschaften und der Erziehungsberechtigten immer auch in einem durchaus demokratisch zu nennenden wechselseitigen Prozeß. Ausgeschlossen war dabei weitgehend das Parlament. Die Ausgestaltung der inneren Schulverfassung war immer auch das Ergebnis einer professionell qualifizierten Lehrerschaft.

Auch wenn nach 1918 nicht in allen Schulen demokratische Zustände herrschten, so machten die vielen Versuchsschulen immer wieder deutlich, wie groß der Spielraum der Schulverfassungen war, Schule in allen Variationen von Reform zu gestalten. Insofern verursachte der Begriff Einheits-

schule auch einen Schrecken in ganz anderer Richtung: Pädagogen und Eltern sahen durch vorgeschriebene Einheitstypen Schulfreiheit und Schulvielfalt bedroht.

Es bedurfte also trotz drohender »Restauration« nicht erst der Besatzungsmächte und des Wirkens einzelner Remigranten, um die Schulen in Deutschland zu »demokratisieren«. Schon die Geschichte der Schulen in der Weimarer Republik ist gefüllt mit Schulvielfalt, mit dem Abwerfen obrigkeitlicher Strukturen, mit Reformpädagogiken jeder Art, mit einem enormen Schulausbau durch die Kommunen, mit vielfältigen Experimenten, zumindest die Begabten aufsteigen zu lassen, und mit zunehmender Sorge und sich entwickelnder Praxis, die Kinder des vierten Standes über die Schulen besser in das Gemeinwesen zu integrieren. Der Aufstieg über Schule und Berechtigungswesen wurde zum Motor der gesellschaftlichen Entwicklung.

Auch in der SBZ wurde nach 1945 an diese Entwicklungen angeknüpft. Die Biographien vieler Nachkriegspolitiker verweisen auf die Ergebnisse dieser Öffnungspolitik. Schon Preußen hatte das Monopol des Adels in den Leitungspositionen der Verwaltung gebrochen, durch das Prüfungswesen wurde der bürgerlichen Schicht der Aufstieg eröffnet. Diese Schicht verlor im Ersten Weltkrieg und durch die Weltwirtschaftskrise ihre Stellung. Die Weimarer Republik eröffnete den Kindern des vierten Standes erstmals den vollen Aufstieg durch Bildung. Und es waren die Absolventen aus dieser Periode, die wie Landahl berechtigt ihre Motive durch den Nationalsozialismus in die Nachkriegszeit hineinretteten.

Bei den Emigrantengruppierungen nach 1933 kamen die meisten der Pädagogen aus dem seit 1918 aufgestiegenen linken politischen Spektrum. Aber die Nationalsozialisten trieben durchaus auch ihre aus den konservativen Richtungen stammenden Gegner außer Landes.

Feidel-Mertz hat die Emigration in der Pädagogik bisher besonders ausführlich erforscht und beschrieben.[64] Am meisten diskriminiert waren aus rassischen Gründen jüdische Lehrerinnen und Lehrer; Lehrer aus unterdrückten Minderheiten, z. B. Sintis und Romas, dürfte es kaum gegeben haben; man muß auch auf die Behandlung der Lehrer in den besetzten Gebieten hinweisen, die – wie für das Generalgouvernement Polen inzwischen mehrfach beschrieben – gleichfalls systematisch vernichtet wurden. Aber auch Katholiken, Quäker, Freimaurer, Pädagogen mit dem Hintergrund anderer Glaubensrichtungen oder mit widerständigem Anstand wurden zur Emigration gezwungen. Kommunisten und linke Sozialdemokraten unter den Lehrerinnen und Lehrern gehörten zu den politisch Verfolgten. Der Verband deutscher Lehreremigranten in Straßburg – gegründet aus der Allgemeinen Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands (AFLD) – und die German Educational Reconstruction (GER) in London wurden zu großen

[64] H. Feidel-Mertz, Schulen im Exil (s. Anm. 5), dies., Sysiphus im Exil. Die verdrängte Pädagogik 1933–1945. In: Wolfgang Klinn?? (Hrsg.), Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus. Frankfurt 1990, S. 161–178.

Sammlungsbewegungen[65], die auch heute noch als nicht vollständig erforscht gelten dürfen.[66]

Aus dem Verband deutscher Lehreremigranten, der »grundsätzlich parteipolitisch neutral« sein wollte und 150 Mitglieder in Landesgruppen verstreut über die Welt organisierte, kennen wir z. B. Heinrich Rodenstein, der die GEW-Niedersachsen aufbaute. Ohne Rodenstein gäbe kein Georg-Eckert-Institut, kein so frühes niedersächsisches Schulgesetz, kein Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seine spätere Wahl zum Präsidenten der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände führte ihn bis in das bedeutendste Ehrenamt eines Lehrers.[67] Mit dem »Sozialistischen Schul- und Erziehungsprogramm« vom Sommer 1936 legten diese Emigranten auch ein Zukunftskonzept für eine neue Schulverfassung vor, Planungen, deren Nachwirkungen über ganze Generationen von Schulpolitikern zu beobachten sind. Daß das Schulbuch als Indikator totalitärer Entwicklungen entdeckt wurde, verdanken wir solchen Exillehrern. Die Internationalisierung der Schulbucharbeit wurde durch sie sogar zu einem in langen Jahren ausgebauten Instrument der deutschen Kulturpolitik.

Aus der hier nicht darzustellenden Tätigkeit des GER ist Fritz Borinski hervorzuheben, ohne den die moderne Erwachsenenbildungsentwicklung in Deutschland nicht gedacht werden kann. Beziehungen hatte GER zum Widerstandskreis um Heinrich Landahl in Hamburg, der – wie geschildert – als Schulsenator und Mitglied der KMK sehr wirksam wurde und 1946 bereits nach England zu GER eingeladen werden konnte.[68] Minna Specht, eine sozialistische Reformpädagogin von Gewicht, kam über Zwischenstationen nach 1945 in die Odenwaldschule, die sie von 1946 bis 1951 leitete und mit Unterstützung der Amerikaner zur ersten Gesamtschule auf westdeutschem Boden entwickelte.[69] Diese Schule hatte zur Weimarer Zeit wohl am reinsten die Idee des freien Schulstaates verkörpert.

---

[65] Hildegard Feidel-Mertz/Hermann Schnorbach, Lehrer in der Emigration. Der Verband deutscher Lehreremigranten (1933–39) im Traditionszusammenhang der demokratischen Lehrerbewegung, Weinheim 1981; H. Feidel-Mertz/H. Schnorbach (s. Anm. 2), Sp. 584.

[66] Die Anfänge von GER liegen bereits im Jahre 1939. Die offizielle Gründung erfolgte 1942/43. Ca. 60 Männer und Frauen trugen die Arbeit in London und ca. 80 im übrigen England, weitere 150 wurden gelegentlich herangezogen. Es bestanden Verbindungen zu Emigrantengruppen in Schweden und in der Schweiz. Zur Geschichte vgl. Fritz Borinski, Die Geschichte von GER, in: ders., Gesellschaft, Politik, Erwachsenenbildung. Dokumente aus vier Jahrzehnten, Villingen 1969, S. 52ff. Weitere Literatur bei: H. Feidel-Mertz/H. Schnorbach (s. Anm. 2), Sp. 595ff. Wichtig war die Informationsarbeit der Emigranten in den Fluchtländern über die Schule im Nationalsozialismus. Auf der Pariser Weltausstellung 1937 wurden z. B. nationalsozialistische Schulbücher ausgestellt (ebd., Sp. 586).

[67] Ebd., Sp. 588.

[68] Ebd., Sp. 591.

[69] Inge Hansen-Schaberg, Minna Specht. Eine Sozialistin in der Landerziehungsheimbewegung (1918–1951), Frankfurt u. a. 1998.

Die Vielfalt des Wirkens einzelner können nur Beispiele andeuten. Remigranten waren nicht nur pädagogisch für die Schule tätig. Eine kürzlich veröffentlichte Studie weist für Niedersachsen auf die flächendeckende Übertragung des Gedankens der Errichtung von Child-Guidance-Kliniken und die damit in Zusammenhang stehende Entwicklung der Kinder- und Jugendlichenpsychoanalyse in Niedersachsen durch Emigranten und Remigranten hin.[70] Für Nordwestdeutschland wurden die aus Schweden remigrierten Pädagogen, Erwachsenenbildner und Sozialarbeiter von großem Einfluß.

Andere Emigranten und Remigranten, die sich in die Nachbarländer flüchteten und zum Teil dort wieder von den Nazis eingeholt wurden, sind noch gänzlich unbekannt und nicht in den Listen erwähnt. Als Beispiel ist der Bochumer Schulrat Wilhelm Rüter zu nennen, Schwiegersohn des von den Nazis umgebrachten Bergarbeiterführers Fritz Husemann. Er flüchtete in die Niederlande, wurde nach 1945 als Anthroposoph ein geachteter Schulrat. Seine Wirksamkeit beruhte weniger auf der Teilnahme an politischen Programmen als auf dem menschlichen Anstand, den er verkörperte, bis zu seinem Versuch, den Studentenaufstand in Frankfurt durch ein Gespräch zwischen dem damaligen Polizeipräsidenten Peter Müller und Otto Schily, der einer Bochumer Arztfamilie entstammt, zu beruhigen. Viele dieser Pädagogen sind bisher nicht einmal in Fußnoten der Geschichtsschreibung erwähnt.

In Berlin wurde Fritz Karsen – er war der Sonderfall eines Remigranten in US-Uniform – wie in der Weimarer Zeit als Schulleiter der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln erneut zu einer Figur der pädagogischen Reform. Er wurde dabei auch – was bislang nur am Rande bemerkt wurde – zu einer Figur der Hochschulreform. Er war es, der den Gedanken von postgraduate studies für eine neue deutsche Wissenschaftselite in der aus den Institutsresten der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründeten Deutschen Forschungshochschule (DFH) zu etablieren suchte. »Die Forschungsstudien als solche sollten mit 300 bis 400 Studenten im September« 1947 beginnen. Für die Finanzierung kamen die Länder der US-Zone mit einer Gemeinschaftsfinanzierung auf. Ein Kuratorium sollte die Hochschule leiten. Damit war Karsen auf dem Wege, die deutsche Hochschulverfassung gravierend zu verändern, blieb aber darin erfolglos. Die DFH wurde wieder aufgelöst.

Karsen war kurz nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 seines Amtes enthoben worden. Der Völkische Beobachter schrieb am 22. Februar: »Die Hochburg der marxistischen Unkultur gesäubert.«[71] In der Nacht zum 28. Februar, dem Tag des Reichstagsbrandes, flüchtete Karsen in die

[70] Klaus W. Oberborbeck, Die Entwicklung der Erziehungsberatung in Niedersachsen nach 1945, in: M. Heinemann (s. Anm. 45), S. 255–301.
[71] Gerd Radde, Fritz Karsen, Berlin 1973, S. 195.

Schweiz. Es dauerte nur kurze Zeit, dann war das Kollegium der Schule zerschlagen. Weitere Lehrer der Schule emigrierten.[72]

Nach Tätigkeiten in der Schweiz und in Kolumbien kam Karsen 1938 nach New York. Er war dort kein Unbekannter, wie Radde schreibt. Professor R. Thomas Alexander, Direktor des Teachers College an der Columbia University hatte ihn bereits in einer Publikation gewürdigt. Alexander arbeitete später als Besatzungsoffizier in der Erziehungsabteilung von OMGUS-Bayern in München und stritt mit Minister Hundhammer um die richtige Entwicklungslinie für das bayerische Schulwesen. Auch Max Horkheimer schrieb Karsen Gutachten.

In New York traf Karsen Hedda Korsch von seiner Schule wieder. 1944 war er im Council for a Democratic Germany unter der Leitung von Paul Tillich an der Erarbeitung umfangreicher »Richtlinien für einen Neuaufbau des Schul- und Erziehungswesens in Deutschland« beteiligt.[73] 1944 erhielt Karsen die amerikanische Staatsbürgerschaft. Schon im Sommer 1944 leitete er ein Team zur Herstellung eines neuen Geschichtsbuchs: »Geschichte unserer Welt« für die gymnasiale Oberstufe, das von den westlichen Besatzungsmächten für den Schulgebrauch genehmigt wurde. Die Mitwirkung von Emigranten an der Reedukation in Deutschland kam nur zögerlich in Gang.[74] Von Juni 1946 bis Februar 1948 war Karsen bei OMGUS Berlin

---

[72] 43 von 74 Lehrkräften wurden aus der Schule entfernt (ebd., S. 201). Die aus der Kollegiumsliste ausgewählte nachfolgende Gruppe blieb in Deutschland: Die Neuphilologin Dr. Gertrud Panzer wurde nicht mehr in die Schule eingelassen. Sie spielte nach 1945 beim Wiederaufbau der Schulen im britischen Sektor Berlins eine wichtige Rolle. Die Studienrätin Marie Torhorst wurde 1947 thüringische Volksbildungsministerin. Ihr Kollege Hans Alfken setzte nach 1945 in Niedersachsen im Kultusministerium seine Laufbahn bis zum Ministerialdirigenten fort. Dr. Alfred Ehrentreich und andere blieben in der Schule.

[73] H. Feidel-Mertz/H. Schnorbach (s. Anm. 2), Sp. 593. – Karsen wird jedoch in einer Publikation über den Council nicht erwähnt. Ursula Langkau-Alex, Rückbesinnung auf die abendländische Kultur: Das Komitee für Erziehung und Wissenschaft, in: Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Frankfurt 1995, S. 129–140. – Der Council wurde wiederum von anderen Emigranten im Dienst der US-Regierung als ein »Organ der Sowjetunion« bezeichnet: Christof Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941–1945, Stuttgart 1999, S. 123. Er lehnte Erziehung durch Ausländer ab. Zum festen Kern gehörten Kurt Glaser, Maximilian Scheer, Günther Stern, Friedrich Baerwald, Paul Hagen, Erwin Müller, Otto Pfeiffenberger, Friedrich Forell und Julius Lips. Auch Felix Boenheim und Emil J. Gumbel waren beteiligt. Vorsitzender des Komitees für Erziehung und Wissenschaft war der Ethnologe Lips, Mitglied der New School of Social Research. Auch der Mathematiker und Pazifist Gumbel war ihr Mitglied und zugleich Researcher beim Office of Strategic Services (OSS). Glaser gehörte dem Verband deutscher Lehreremigranten im Exil an (U. Langkau-Alex, s. oben, S. 129ff.). In Verfassungsfragen nahm der Verband, organisiert von Baerwald, entschieden gegen einen föderalistischen Aufbau des neuen Deutschlands Stellung. Der Staat sollte freie Entwicklungsmöglichkeiten für Kultur und Wissenschaft schaffen. Wolfgang Benz, Recht und Verwaltung im Neuen Deutschland, in: ebd., S. 141–151, S. 144, 151.

[74] Dieses Mißtrauen blieb bestehen. Die Vorschläge von Reinhold Niebuhr, Mitglied der Zook-Kommission, Bücher mit religiösem Inhalt in Deutschland zu verteilen, wurde abge-

unter der Leitung von John W. Taylor, der einmal ein Praktikant an der Karl-Marx-Schule gewesen war, »Chief, Higher Education and Teacher Training«.[75] Anschließend ging er nach New York zurück, wurde schließlich associate professor am Brooklyn College. Er starb 1951 auf einer UNESCO-Mission.

IV.

Wenn die Forschung durch Horn und andere die Zahl von 352 Emigranten aus dem Bereich der *Erziehungswissenschaft*[76] genannt hat – »eine vergleichsweise hohe Zahl«[77] –, so befanden sich darunter die meisten, die die Diskurse während der Weimarer Republik in Gang gebracht hatten. Warum sollten diese eigentlich – um auf eine früher gegebene Antwort nochmals verstärkend einzugehen – ihre Überlegungen zugunsten einer radikalen Übernahme im Sinne einer Kolonialisierung aufgeben?

Die im Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945 auf wenigen Seiten zusammengestellte Übersicht dieser zahlenmäßig bestimmbaren Gruppe konnte dort nur in Kurzform in ihrer Wirkung auf die Geschichte der »Verfassungen« im Bildungsbereich dargestellt werden.

Die von Feidel-Mertz in »Schulen im Exil« abschließend gestellte Frage: Wo sind sie geblieben? wäre heute – insbesondere auch durch die Archivalien der DDR – wesentlich breiter beantwortbar und würde nachweisen, daß in den Ländern der Bundesrepublik die Emigranten dieses Arbeitsbereichs eine anteilig hohe und eine durch Langfristwirkung gekennzeichnete Wirkung gehabt haben. In Vergessenheit gerieten viele eigentlich erst über den Generationswechsel der nachfolgenden ehemaligen »Hitlerjugendgeneration«. Manche aber wurden auch zu Denkmälern stilisiert. Es bleibt ein Desiderat, solche Lebensläufe systematisch zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

»Ziel der Exilforschung muß es sein, sich selbst eines Tages überflüssig zu machen.«[78] Es ist dies, wie Wolfgang Frühwald 1979 sagte, so leicht nicht,

---

lehnt. »Dies lag zum einen an den bestehenden Einfuhrbeschränkungen, zum anderen wollte man aber auch ›erzieherische Alleingänge‹ von, wenn auch qualifizierten Personen, vermeiden«; M. Hein-Kremer (s. Anm. 24), S. 211.

[75] G. Radde (s. Anm. 71), S. 208.

[76] Die Zahl wurde durch einen Abgleich zwischen Autoren in zentralen pädagogischen Zeitschriften und dem »Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933« (hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss, 3 Bde., Müchen u.a. 1980–1983) gewonnen und umfaßt somit ein weites Spektrum der Diskursteilnehmer.

[77] Klaus-Peter Horn, Erziehungswissenschaft, in: Handbuch (s. Anm. 2), Sp. 721–736, Sp. 722.

[78] Wolfgang Frühwald/Wolfgang Schieder, Gegenwärtige Probleme der Exilforschung, in: dies. (Hrsg.), Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945, Hamburg 1991, S. 9–27.

denn wir wissen vielleicht schon einiges, aber wissen wir Wichtiges? Müßten wir nicht die Listen der etwa 3000 Amtsentlassenen[79] in den Akten noch genauer bearbeiten, nach weiteren Spuren suchen? Uns mehr um die Schulreform im kleinen Maßstab kümmern? Horn folgend, sollten wir dabei auch jenseits der üblichen Vorstellung von Pädagogen schauen.[80]

Die Wirkung der Emigranten im Bereich der Schul- und Hochschulverfassung läßt sich demnach zunächst nachweisen in der Phase der Planungen für die Nachkriegszeit. Weniger brauchte man sie – Einzelfälle stellen davon wichtige Ausnahmen dar – in der unmittelbaren Besatzungsperiode, deutlicher wirksam wurden sie in den fünfziger und sechziger Jahren, als die Schul- und Bildungsreform Platz gewann und man wieder ins Ausland schaute. Hierbei wirkten die inzwischen in den Ländern und über diese hinaus mit Emigranten gebildeten Netzwerke sehr positiv. Die »Frankfurter Schule« wurde mit ihren auf Umerziehung gerichteten Bemühungen in der öffentlichen Wahrnehmung sicher zur prononciertesten Agentur der langfristigen kulturellen Westbindung durch Reorientation. Daneben stehen viele Kreise, Zirkel und Bemühungen in der Erwachsenenbildung wie in der Schulreform und nicht zuletzt viele einzelne Remigranten, die die Last ihrer Erinnerungen und die Erfahrungen ihres Exils langfristig rückvermittelten.

Übersehen darf man nicht, daß die wirksamsten Veränderungen der Schul- und Hochschulverfassungen in der DDR durch Remigranten stattfanden. Hierbei setzten sich nicht die Westemigranten, sondern die Sowjetunionemigranten durch. Sie kämpften im Kalten Krieg an der neuen Frontlinie des Eisernen Vorhangs. Hierüber jenseits der bekannten Fälle ein tieferes Wissen über die Motivationen und Umsetzungen zu erhalten, steht noch an. Die Klärung hat für die Nachkriegsgeneration, die sich heute in Ostdeutschland oftmals als doppelte Verlierer betrachtet, eine existentielle Bedeutung.[81]

[79] H. Feidel-Mertz, Schulen im Exil (s. Anm. 5), S. 20.

[80] Der Leiter des damals in seiner Größe einmaligen Austauschprogramms mit den USA, Henry J. Kellermann, war z. B. ein emigrierter Berliner Jude, der aus der Jugendbewegung kam. Herman B [sic!] Wells, der educational advisor von Lucius D. Clay und Vater der FU-Berlin, hatte Großeltern, die aus der Gegend von Osnabrück stammten. Er wiederum nahm einen Studenten, einen jüdischen Emigranten aus Berlin, mit auf seine Reise nach Deutschland. Vom Ausweis her noch Deutscher, steckte dieser in amerikanischer Uniform, was ihm eine fürchterliche Not bereitete.

[81] Siehe als sicher untypisches aber aufhellendes Beispiel einer Sonderkarriere eines Emigranten: Horst Haun, Kommunist und »Revisionist«. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), Dresden 1999.

Schlußwort

Klaus Hildebrand

I.

Am Ende unserer Tagung »Exil und Neuordnung«, die gemeinsam von der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien veranstaltet worden ist, fällt mir die ehrenvolle Aufgabe zu, ein Schlußwort zu sprechen.

Es bietet die willkommene Gelegenheit, Dank abzustatten. Er gilt dem Haus der Geschichte und seinem Direktor, Herrn Professor Schäfer, der dem Kolloquium die einladende Atmosphäre dieses weit über Bonn hinaus bekannten Kulturzentrums der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt hat. Zu danken gilt es der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, allen voran Herrn Staatsrat Fahning und Herrn Archivdirektor Boberach; und Dank gilt nicht zuletzt den Moderatoren* und Referenten der Tagung, deren gelehrte Beiträge die erforderlichen Erkenntnisfortschritte erbracht und zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben. Allen voran danke ich ganz besonders Herrn Kollegen Morsey für seinen öffentlichen Vortrag über die Vorstellungen Heinrich Brünings über Deutschland nach Hitler in den Jahren von 1945 bis 1950, der uns in die dankbar erwähnte Gastlichkeit der Hamburgischen Landesvertretung geführt hat.

Gerne benutze ich die Gelegenheit, um Herrn Morsey angelegentlich dafür zu danken, daß er bis vor kurzem über dreißig Jahre lang die Geschikke der Parlamentarismus-Kommission mit großem und bleibendem Erfolg geleitet hat.

Auf der jetzt zu Ende gehenden Tagung, die den Einfluß von Emigranten auf die verfassungspolitische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland aus den verschiedenen wissenschaftlichen Blickwinkeln untersucht hat, ist eine eindrucksvolle Bilanz der einschlägigen Forschung gezogen worden, deren Veröffentlichung die Parlamentarismus-Kommission besorgen wird: Ihrem Generalsekretär, Herrn Dr. Schumacher, sei in diesem Zusammenhang für alle sichtbare und informelle Hilfestellung gedankt, ohne die unsere Tagung nicht zustande gekommen wäre.

* Prof. Dr. Winfried Becker, Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn, Prof. Dr. Werner Link und Dr. Patrik von zur Mühlen.

II.

Verlauf und Ergebnisse des Symposiums sind geeignet, die Entwicklung und den Fortschritt auf dem Gebiet der Exilforschung zu demonstrieren, welche die Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung so ertragreich zu ihrer zentralen Aufgabe gemacht und an der die Parlamentarismus-Kommission ihren maßgeblichen Anteil hat: Eine ihrer jüngsten Veröffentlichungen, die Monographie von Rainer Behring »Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945«[1] legt davon Zeugnis ab.

Unsere Veranstaltung hat gezeigt, daß die bereits vor Jahren konstatierte »Hochkonjunktur« der Exilforschung tatsächlich zu beachtlichen Resultaten geführt hat: Sie sind ohne Zweifel geeignet, die Geschichte des Exils während der dreißiger und vierziger Jahre unseres Jahrhunderts als Teil der Geschichte des »Dritten Reiches«, ja als Teil des einmal so genannten »Zeitalters der Tyranneien« in der ersten Hälfte dieses Saeculums auszuweisen. Die Exilforschung liefert ihren wesentlichen Beitrag zu dem zentralen Untersuchungsgegenstand des 20. Jahrhunderts, der durch die politische Antinomie von Demokratie und Diktatur gekennzeichnet ist.

Diese Tatsache festzustellen, lenkt den Blick auf die Geschichte einer Forschungsdisziplin, die eine gewisse Zeitlang im Schatten der Historiographie des Widerstandes gestanden hat. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß Widerstand und Exil zwei verschiedene Phänomene der Zeitgeschichte darstellen: »Emigranten«, schreibt Petra Liebner in ihrer Dissertation »Paul Tillich und der Council for a Democratic Germany (1933–1945)«[2], »waren zwar Gegner des Regimes und Verfolgte, doch macht sie das nicht« – gleichsam automatisch, ist man zu ergänzen geneigt – »zu Widerstandskämpfern«.

Anfangs, in den fünfziger Jahren, ging es um die Auseinandersetzung mit den Erinnerungen politischer Emigranten, um die Geschichte des sozialdemokratischen Exils und vor allem um die Erforschung der sozialistischen Splittergruppen. Diese Tendenz setzte sich in den sechziger Jahren fort, in denen die Geschichte des deutschen Exils mehr und mehr als Forschungsgegenstand der Historiographie konstituiert wurde. In der darauf folgenden Dekade wurde das Untersuchungsspektrum um das Thema des literarischen Exils ebenso erweitert wie um diverse Studien zum Exil in den verschiedenen Staaten Europas sowie Nord- und Mittelamerikas. Die achtziger und neunziger Jahre erlebten eine unübersehbare Komplettierung der erforderlichen Grundlagenforschung, wenn man beispielsweise an das »Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933«[3], an das

[1] Düsseldorf 1999.

[2] Noch ungedruckte Diss. phil. Bonn 1999, S. 21.

[3] Hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und der Research Foundation for Jewish Immigration, 3 Bände, München u.a. 1980–1983.

»Biographische Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration«[4] oder an das vierbändige »Handbuch der deutschen Exilpresse«[5] denkt, um nur einige der bemerkenswertesten Erträge dieser wissenschaftlichen Arbeit zu benennen. Mit anderen Worten: Exilforschung avancierte jetzt sogar zu einem »Schwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft«; Exilforschung bildete von nun an einen konstitutiven Teil der allgemeinen Geschichtswissenschaft; Exilforschung war damit aber auch in die vorwaltenden Tendenzen dieser Disziplin eingebettet: Probleme des sogenannten weiblichen Exils, Fragen der mit der Emigration und Remigration einhergehenden Akkulturation und die »Alltagsforschung des Exils«, die sich über Eliten und Repräsentanten hinaus den anonymen Flüchtlingen widmet, fanden zunehmend mehr das Interesse der Historiker.

Der »Vielspältigkeit« des Exils, von der Alfred Kantorowicz 1978 so aufschlußreich gesprochen hat, wurde in umfassender Art und Weise wissenschaftliche Rechnung getragen: Neben anderen Institutionen wie beispielsweise dem Münchener Institut für Zeitgeschichte hat sich die Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung daran mit wesentlichen Initiativen und Resultaten beteiligt. Nie hat sie dabei aus dem Auge verloren, was Werner Jochmann vor Jahren als die maßgebliche Aufgabe der Exilforschung charakterisiert hat: »Bevorzugt erforscht werden soll, zu welchen Erkenntnissen demokratische Politiker aufgrund ihrer Eindrücke in anderen Ländern und dem Anwachsen totalitärer Bedrohungen in Europa und der Welt gelangten, welche Grundüberzeugungen sie zur Wiederherstellung und Sicherung demokratischer Ordnungen angesichts der Entwurzelung von Millionen durch wirtschaftliche Krisen und Krieg entwickelten, wie die Würde des Menschen in Perioden des Umbruchs und der Not gesichert werden konnte«.[6]

Unsere Tagung ist eben diesem Auftrag in spezifischer Art und Weise nachgekommen und hat damit auch dem zentralen Anliegen gedient, dem sich die Parlamentarismus-Kommission seit ihrer Gründung im Jahre 1951 verpflichtet weiß, nämlich durch die Erforschung der Parlaments- und Parteiengeschichte das demokratische Bewußtsein in Deutschland zu festigen, zum Verständnis parlamentarischer Institutionen und ihrer Träger, der politischen Parteien, beizutragen.

Weichmann Stiftung und Parlamentarismus-Kommission gehen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit also in dem Sinne nach, den Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau seinerzeit in einem Grußwort an die Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung so umschrieben hat: »Herbert und Elsbeth

[4] Hrsg. von Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn, 2 Bände, München 1999.

[5] Hrsg. von Eberhard Lämmert, 4 Bände, München/Wien 1976–1990.

[6] Werner Jochmann, Deutschland nach Hitler. Deutsche Demokraten im Exil und ihr Ringen um die Zukunft des Landes, in: Schicksale deutscher Emigranten. Auf der Suche nach den Quellen. Arbeitsergebnisse der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, hrsg. von der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, München u.a. 1993, S. 15.

Weichmann haben die Jahre vom untergehenden Kaiserreich bis in die demokratische Zeit miterlebt. Sie haben stets die Klippen gezeigt, an denen die Republik von Weimar zerbrochen ist. Unbeirrbar und nie verstummend machten beide mit dem warnenden Beispiel der Fehler von Weimar klar, daß Demokratie kein Laissez-faire-Spiel ist. Ein demokratischer Staat braucht feste Wurzeln und den konsequenten Willen zur Selbstbehauptung – gerade in Krisen, dann erst recht!«[7]

Exilforschung als ein integraler Teil der Geschichtswissenschaft, welcher die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur untersucht, hat nach Voscheraus zutreffendem Urteil also durchgehend mit der »kulturellen Signatur« der Zwischenkriegsära unseres Jahrhunderts zu tun. Diese war charakterisiert, wie Horst Möller in seiner Darstellung »Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933« feststellt, durch »die Entwicklung zum Extremismus, ihre Extreme bekannten sich auf ausschließende Weise zur Revolution: zur Konservativen Revolution auf der einen, zur sozialistischen Revolution auf der anderen Seite«. In diesem Sinne, so lautet Möllers Befund, kritisierten sie die Republik von Weimar »nicht vom Boden der Demokratie aus, nicht mit kritischer Sympathie, sondern aus Feindschaft«. Linke und rechte Kritiker gewannen »aus der Polemik gegen den Weimarer Staat ... Brillanz jenseits von Gerechtigkeit oder Richtigkeit ihrer Aussagen«.[8] Dieses Resultat sollten nicht zuletzt diejenigen Kritiker bedenken, die im Vergleich zwischen dem Weimarer Kulturleben und dem der Bundesrepublik Deutschland die auf diesem Gebiet angeblich so vorbildlichen zwanziger Jahre beschwören und oftmals den politischen Preis verkennen, den die Weimarer Republik für eine solche »politischer Konstruktivität« zuwiderlaufende »Treffsicherheit gesellschaftlicher Kritik«[9] teuer zu bezahlen hatte.

III.

Auf die ihr gemäße Art und Weise hält die Exilforschung das Gedächtnis dafür wach, daß es konstitutive, ja existentielle Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur gibt, die durch den Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Heimat und Exil, zwischen Leben und Tod charakterisiert sind: Rechtsstaat und Verfassung, Gewaltenteilung und Parlamentarismus sind eben nicht mit denjenigen verführerischen Ideen vereinbar, die uns dazu imstande zu sein vorgaukeln, eine Brücke zwischen freiheitlich

[7] Grußwort von Bürgermeister Dr. Henning Voscherau, Text aus »Wochendienst der Staatlichen Pressestelle Hamburg« Nr. 44 vom 30. Oktober 1992, in: ebd., S. 13.

[8] Horst Möller, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984, S. 15 u. S. 21.

[9] Ebd., S. 21.

verfaßten und unfrei organisierten Gemeinwesen errichten zu können. Mit anderen Worten: Der Gedanke einer Rätedemokratie, der in den zurückliegenden Jahrzehnten so viel vorteilhafte Beurteilung gefunden hat, der Traum vom Bündnis zwischen SPD und KPD, mit dessen nicht zustande gekommener Verwirklichung manch einer den Untergang der Weimarer Republik verbinden möchte, die Existenz der sogenannten antifaschistischen Kräfte in den Aufbruchjahren nach 1945, die nicht selten als verpaßte Chancen der Entwicklung verklärt werden, haben, ungeachtet aller Unterschiede im einzelnen, insgesamt weniger mit einer Kräftigung der parlamentarischen Demokratie zu tun gehabt als vielmehr mit ihrer unbeabsichtigten oder intendierten Gefährdung.

Im Gefolge der Zäsuren der Jahre von 1945 und 1989 hat die doppelte Diktaturerfahrung unseres Jahrhunderts die historische Chance zum politischen Wandel eröffnet: Im Jahr 1945 brach eine neue Zeit an, die konservative, bürgerliche und sozialistische Gegner der nationalsozialistischen Diktatur angesichts gemeinsamer Erfahrungen mit der geächteten Menschenwürde fragwürdig gewordene Gesellschaftsschranken übersteigen ließ. Vor allem dem bürgerlichen Deutschland bot sich die einsichtsvoll genutzte Gelegenheit, Immunität gegen totalitäre Überanstrengungen zu gewinnen.

Das Jahr 1989 bescherte der kommunistischen Gegenwelt *ihre* Möglichkeit, dem geschichtlichen Wandel der Zeit den sinnvollen Tribut zu zollen: Hoffnungsvoll und gefahrenreich in einem liegt in dieser Perspektive die Zukunft offen und ungewiß vor uns. Zu ihrer Gestaltung kann, was uns die zurückliegende Tagung vor Augen geführt haben mag, die wissenschaftlich kontrollierte Erinnerung an die entsagungsvolle Tätigkeit derjenigen Emigranten beitragen, die sich unter den durchweg schwierigen Bedingungen ihres Exils um die verfassungspolitische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland gesorgt haben. Ob ihre Planungen ertragreich gewesen sind oder nicht, ob sie damit politischen Erfolg gehabt haben oder nicht, ist in diesem Zusammenhang weniger entscheidend als etwas anderes:

Was zählt und was bleibt ist die historische Tatsache, daß sie die Hoffnung auf ein anderes, ein besseres Deutschland nicht aufgegeben haben. Dieses spezifische Vermächtnis des Exils hat den Aufbau der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gefördert; diesen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der zweiten deutschen Demokratie in lebendiger Erinnerung zu halten, ist das wissenschaftliche Anliegen unserer Tagung über »Exil und Neuordnung« gewesen, mit deren Ergebnissen wir über die Wissenschaft hinaus der Öffentlichkeit, der Gesellschaft und dem Staat dienen wollen.

Autoren und Herausgeber

Becker, Winfried (Jg. 1941), Dr. phil., seit 1984 o. Prof. für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau; Forschungsschwerpunkte: Verfassungsgeschichte des Alten Reiches, politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, christliche Parteien auch im internationalen Zusammenhang, Publikationen zur Geschichte der Reformation, der kurfürstlichen Kurie (bis 1648), zu Gestalten und Entwicklungen politischer und ideengeschichtlicher Strömungen (u. a. Georg von Hertling, Ludwig Windthorst), zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus und zur Neuordnung nach 1945.

Eiber, Ludwig (Jg. 1945), Dr. phil., Habilitation 1997 (Universität Hamburg), seit 1996 wiss. Mitarbeiter des Hauses der Bayerischen Geschichte; Forschungen und Dokumentationen zum Arbeiterwiderstand.

Heinemann, Manfred (Jg. 1943), Dr. phil., seit 1979 Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Hannover, Geschäftsführender Leiter des Zentrums für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft der Universität Hannover; Forschungen zur Geschichte des Bildungswesens.

Helberg, Klaus (Jg. 1929), Dr. phil., Professor für Wissenschaft von der Politik (em.), Universität Göttingen; Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Verfassungsrechts, der politischen Theorie und der Geschichte politischer Ideen.

Hildebrand, Klaus (Jg. 1941), Dr. phil., o. Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn, seit 1999 Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, zur Außenpolitik von Bismarck bis Hitler und zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert.

Hörster-Philipps, Ulrike (Jg. 1949), Dr. phil. habil., Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg i.Br.; Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg, Antisemitismus und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Hoppenstedt, Wolfram (Jg. 1965), Dr. phil., seit 1996 Geschäftsführer der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin.

Krohn, Claus-Dieter (Jg. 1941), Dr. phil., Prof. für Neuere Geschichte an der Universität Lüneburg; Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und zur Exilforschung; Mitherausgeber des Jahrbuchs für Exilforschung.

Langkau-Alex, Ursula (Jg. 1937), Dr. phil., seit 1985 Senior Research Fellow am Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam; Veröffentlichungen u.a. zu Problemen einer antifaschistischen Volksfront, zum Exil aus dem Deutschen Reich und zur Demokratisierung Deutschlands nach Hitler; politisch-biographische Studien.

Lammersdorf, Raimund (Jg. 1960), Dr. phil., seit 1997 wiss. Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut, Washington, D.C. Veröffentlichungen zur europäisch-amerikanischen Außenpolitik und zur Geschichte der USA. Forschungsschwerpunkte: Verwestlichung der Bundesrepublik, Geschichte der politischen Kulturen in Deutschland und den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Morré, Jörg (Jg. 1964), Dr. phil., wiss. Mitarbeiter an der Gedenkstätte Bautzen; Forschungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Spezialisierung auf die Erforschung der sowjetischen Straf- und Internierungslager.

Morsey, Rudolf (Jg. 1927), Dr. phil., em. Universitätsprofessor für neue Geschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; Vizepräsident der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft; Vorsitzender des Beirats der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef/Rhöndorf; 1968–1998 Vorsitzender der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn; Veröffentlichungen zur Verwaltungsgeschichte von Bismarck bis Adenauer, zur Geschichte des Parlamentarismus im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, zur Geschichte des politischen Katholizismus und des Verhältnisses von Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert.

Ruck, Michael (Jg. 1954), Dr. phil., Privatdozent an der Universität Mannheim, dort Hochschuldozent für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Fakultät für Sozialwissenschaften; Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zur deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte im 20. Jahrhundert sowie zur Geschichte der NS-Zeit und der Bundesrepublik Deutschland.

Schneider, Jürgen (Jg. 1937), Dr. phil., seit 1985 Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Bamberg; seit 1997 Vorsitzender der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Forschungsschwerpunkte: Orientierungstheorie und Ordnungspolitik, Evolution der Weltwirtschaft und Auswirkungen von Globalisierungsphasen.

Schneider, Dieter Marc (Jg. 1941), Dr. phil., seit 1975 wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München; Forschungsschwerpunkte: Emigration unter dem Nationalsozialismus, französische Besatzungspolitik nach 1945, deutsch-französische Beziehungen seit dem Ersten Weltkrieg, Gaullismus.

Scholz, Michael F. (Jg. 1958), Dr. phil., Privatdozent am Historischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald; Veröffentlichungen zum kommunistischen Exil insbesondere in Skandinavien.

Schumacher, Martin (Jg. 1939), Dr. phil., seit 1980 Generalsekretär der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn.

Seefried, Elke (Jg. 1971), M.A., Diplom-Betriebswirtin (FH), Förderpreis der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung 1999 für die Magisterarbeit »Der Einfluß von Remigranten auf die Verfassunggebung in Deutschland am Beispiel Bayerns 1946«; Arbeit an einer Dissertation über das »Exil in Österreich 1933–1938«.

Werner, Wolfram (Jg. 1940), Dr. phil., Ltd. Archivdirektor im Bundesarchiv, Koblenz; Mitarbeit an den Editionen »Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland« und »Der Parlamentarische Rat«.

Wojak, Irmtrud (Jg. 1963), Dr. phil., stellv. Direktorin am Fritz Bauer Institut. Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Frankfurt am Main); Veröffentlichungen zur Exilforschung und zur Verfolgung im »Dritten Reich«.

Personenregister

Abegg, Wilhelm 99, 107f.
Abs, Hermann Josef 200
Acker, Heinrich 269, 272
Ackermann, Anton 257, 262, 269, 285, 287f., 290f., 293f., 296, 389, 393
Adenauer, Konrad 44, 144, 158, 172f., 185, 187, 189, 192ff., 196ff., 202, 205, 218, 226, 228, 318ff., 346, 351, 366
Albers, Johannes 190
Alexander, Edgar 49, 180
Alexander, Richard Thomas 398
Alfgen, Hans 398
Altwein, Erich 347f.
Apelt, Fritz 284f.
Appleby, Paul H. 215
Arendt, Hannah 17, 41, 316
Arndt, Ernst Moritz 42
Arnold, Karl 196
Astor, David 60
Attlee, Clement 67
Auerbach, Walter 73
Aufhäuser, Siegfried 371

Baade, Fritz 16, 162, 251, 357
Baerensprung, Horst W. 49
Baerwald, Friedrich 48ff., 398
Bäsel, Fritz 156f.
Baker, H. W. 373
Baltz, Walter v. 191
Baran, Paul 20, 23
Barth, Karl 99
Bauer, Fritz 29f., 299–320
Bauer, Ludwig 301
Bavaud, Maurice 107
Beauharnais, Josephine 146
Beaulieu, LeRoy 326f.
Becher, Johannes R. 281, 284f., 298
Becker, Hellmut 380
Becker, Ludwig 347
Beethoven, Ludwig van 43, 56
Behnke, Erich 269, 272
Behrisch, Arno 114
Bell, George 232f., 235
Bennet, Jack 332
Berg, Fred 370, 372ff.
Berg, Ilse 363
Berg, Wilfried 363
Bergmann, Hans 99, 107
Bergstraesser, Arnold 386
Bergstraesser, Ludwig 377
Berle, Adolf A. 38
Bernanos, Georges 153
Best, Werner 307
Bevin, Ernest 270
Bick, Wilhelm 275
Biddle, Eric 325
Billotte, Pierre 145
Birley, Robert 390
Bismarck, Otto Fürst v. 105
Bitterauf, Theodor 356
Blanc, Thomas 154
Blankenhorn, Herbert 190, 197, 204
Bögler, Franz 118
Böhm, Franz 335
Böhm-Bawerk, Eugen v. 336
Böhme, Kurt 269
Boenheim, Felix 398
Bogen, Erich 99
Bonhoeffer, Dietrich 232
Bonhoeffer, Klaus 232
Bonhoeffer, Sabine 231
Borchers (Generalkonsul) 214
Borgese, Guiseppe Antonio 41
Borinski, Fritz 383, 396
Borkenau, Franz 24
Braas, Gerhard 254, 258
Braatoy, Bjarne 358
Brandt, Helmut 259
Brandt, Willy 20, 24, 58, 226, 353, 365f., 369
Brauer, Max 20, 24, 26, 163, 186, 218
Braun, Angelika (Angèle) 156
Braun, Heinz 155ff.

Braun, Otto 53, 55, 87–112, 148, 210f., 306, 379
Braunthal, Alfred 19
Braunthal, Julius 349
Brecht, Arnold 19, 57f., 174, 207–229, 355
Brecht, Gertrud 215f.
Brecht, Gustav 215, 217
Brehm, Eugen 74
Breitscheid, Rudolf 35
Brentano, Lujo 356
Briefs, Götz A. 34
Broch, Hermann 41
Brockhoff, Bruno 275
Brown, John 247
Brüning, Heinrich 27, 34, 42ff., 55f., 60, 89, 175–206, 306, 324, 401
Brutzkus, Boris 337
Bryan, William Jennings 247
Brzezinski, William Jennings 244
Buch, Walter 176
Buchwitz,Otto 269
Bürger, Kurt 275
Burdette, Franklin L. 217
Busack, Otto 360, 364, 369
Byrnes, James 264, 267f., 270

Canaris, Wilhelm 98
Caspari, John 20
Chamberlain, Arthur Neville 94
Chamberlin, Edward H. 349
Chambers, Paul 327
Chapeaurouge, Paul de 167
Chaput de Saintonge, Rolland 166, 168f., 171, 174
Churchill, Winston 11, 68, 71, 233
Clay, Lucius D. 193, 219, 250f., 323ff., 329, 332, 388, 400
Colm, Gerhard 15, 30, 321–333
Colm, Hanna 322, 325
Conant, James B. 366, 368

Dalton, Hugh 67f.
Danzebrink, Heinrich 152, 154, 157
Davis, David 68
Debré, Michel 154
Dessauer, Friedrich 48, 88, 91f., 101, 182
Dewey, John 391
Dieckhoff, Hans-Heinrich 215
Dieckmann, Johannes 273
Dietrich, Hermann 185, 187
Dimitroff, Georgi 262, 282ff., 288ff., 295f.
Dittmann, Wilhelm 92
Dodge, Joseph Morrel 324ff., 329, 331f.
Döblin, Alfred 149f.
Dohnanyi, Hans v. 232
Donovan, William 98
Douglas, Paul H. 363
Dubinsky, David 371
Dulles, Allen Welsh 97f., 105
Dulles, John Foster 353, 355, 365, 369, 375
Duncker, Hermann 259
Dymschitz, Alexander 390

Eberhard, Fritz 73, 84, 161, 168f.
Ebert, Friedrich 216
Eden, Robert Anthony 233
Ehrentreich, Alfred 398
Eichler, Willi 65, 72, 84
Eichmann, Adolf 319
Eisenhower, Dwight D. 333, 355
Eisenlohr, Ernst 179
Elliot, John 193
Emmerich, Edgar Alexander s.u. Alexander, E.
Engels, Friedrich 43
Erhard, Ludwig 28, 327, 333, 346, 348f., 351
Erler, Adalbert 218, 258
Erler, Peter 257
Ernst, Allis 74
Erzberger, Matthias 305
Escher, Felix 352
Etter, Philipp 100
Etscheit, Alfred 176
Eucken, Walter 28, 335, 338, 340
Eyermann, Richard 269

Fechner, Max 266, 269, 294
Federer, Georg 174
Fette, Christian 372
Filbinger, Hans 209
Fisch, Walter 107
Fischer, Kurt 275
Fliess, Walter 58
Florin, Wilhelm 47, 283, 285ff., 289
Foerster, Friedrich Wilhelm 37, 59, 180

Fonk, Wilhelm 193, 197
Forell, Friedrich 398
Forrestal, James V. 331
Forster, Legationsrat 93f.
Fraenkel, Ernst 16f., 19, 305, 377
Fraenkel, Heinrich 78
Frank, Karl 20, 59, 398
Frey, Erich 304
Frick, Wilhelm 214, 309ff.
Friedensburg, Ferdinand 217–219, 227
Friedlaender, Ernst 148
Friedrich, Carl Joachim 194, 228, 243–252
Friedrich, Otto A. 179, 183, 185, 190f., 193, 196, 198ff., 202f.
Fuchs, Karl Johannes 356
Fürth, Herbert 335

Gadamer, Hans Georg 392
Gaevernitz, Gero v. 98f., 104f., 120, 127
Gaulle, Charles de 144, 158
Geier (Sachsen) 269
Geiger, Theodor 391
Geiler, Karl 302, 327
Gelpke, Alhard 107
Gelpke, Rudolf 107
Gerebohay, Marcel 107
Gereke, Günther 194
Gestrich, Hans 335
Geyer, Curt 70
Ginsburg, David 324
Gisevius, Hans Bernd 97f., 185
Glaesser, Wolfgang 91, 108
Glaser, Kurt 398
Globke, Hans 318ff.
Glückauf, Erich 260, 275
Godin, Michael (Michel) Frhr. v. 92, 101, 118
Goerdeler, Carl 92, 182
Göring, Hermann 97, 183, 211, 214, 309
Goethe, Johann Wolfgang 43, 56
Golden, Daniel 352f.
Golden, Hilda 357, 359, 362, 368
Golden, Morris 368
Goldenbaum, Ernst 275
Goldsmith (Goldschmidt), Raymond (Raimund) 322, 324ff., 332
Gottfurcht, Hans 69, 84
Gotthelf, Herta 84
Grandval, Gilbert 152
Greif, Heinrich 291
Greve, Otto Heinrich 170
Grimm, Friedrich 194
Grimme, Adolf 382f., 391
Grommes, Christian 157
Gronowski, Johannes 197f., 200, 202
Grotewohl, Otto 258f., 261, 263, 266, 269ff., 277, 294
Grzesinski, Albert C. 48, 58, 216, 305, 379
Gumbel, Emil J. 398
Gurian, Waldemar 34, 37ff., 43, 47, 180
Gyssling, Walter 99

Haberler, Gottfried 335
Haffner, Alex 347f.
Haffner, Sebastian 66f., 81
Hagen, Paul s.u. Frank, K.
Hager, Kurt 385
Halder, Franz 94
Halecki, Oskar 38
Halm, Georg 348
Hammer, Walter 45
Hansen, Georg 284f.
Harig, Gerhard 383
Harms, Bernhard 321
Harriman, William Averell 189
Harris, Michael 364
Harrison, Leland 95
Hartmann, Alfred 222
Hartshorne, Edward Y. 383, 390
Hausmann, Herbert 360
Hayek, Friedrich August 18, 28, 335f., 338, 340, 342–344, 346, 350
Haywood, Allan S. 372
Heckmann, Charlotte 378
Hector, Edgar 153f., 157f., 159
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 53, 246
Heidegger, Martin 41
Heilmann, Fritz 275
Heine, Fritz 83f.
Herder, Johann Gottfried 56
Henderson, Arthur Lord 171
Hermann, Grete 72f., 80
Hermens, Ferdinand A. 40, 45, 216, 225
Herrnstadt, Rudolf 285ff., 291
Herten, Christian A. 368
Hertz, Hanna 359f., 368
Hertz, Hilda s.u. Golden, H.

Herz, Carl 69
Hertz, Paul 351–375
Herz, John (Hans) 20
Heuss, Theodor 165, 174, 195f., 198, 218, 249
Heyde, Werner 313
Heydt, Eduard Frhr. v. d. 92
Heym, Stefan 23
Hildebrand, Dietrich v. 37ff., 61
Hilferding, Rudolf 58, 62, 357
Hiller, Kurt 65, 79, 81
Hilker, Franz 378
Hilten, Conrad 368
Hirsch, Alexander 58
Hitler, Adolf 34ff., 39, 41, 43f., 47, 49f., 56, 59, 66f., 70f., 78, 88f., 92, 97, 112, 115, 131, 168, 181ff., 186, 207, 211, 213, 217, 233ff., 237, 248, 259, 262, 306, 314
Höcker, Wilhelm 269
Hoegner, Wilhelm 44f., 53, 55f., 60, 62, 87–112, 113–127, 129f., 133–141, 148, 264, 266, 270, 379
Höpker Aschoff, Hermann 217, 223, 227
Hoernle, Edwin 285, 288, 291, 297
Hoffmann, Johannes 143, 152, 157
Holborn, Hajo 20f.
Honecker, Erich 269
Hoover, Herbert 156, 189
Hoppe, Karl 156
Horkheimer, Max 398
Hugenberg, Alfred 189, 207
Hull, Cordell 181
Hundhammer, Alois 138, 383f., 398
Husemann, Fritz 397

Iswolsky, Hélène 41

Jackson, Andrew 247
Jackson, Robert H. 307, 317
Jaeger, Hans 36, 43ff., 51ff., 57, 59, 61, 65, 74, 79
Jaspers, Karl 41
Jefferson, Thomas 247
Jellinek, Walter 162
Johnson, Alwin 322, 324f.
Jones, Weldon 331
Joos, Joseph 182
Jowitt, W. A. 264
Jung, Edgar 176

Kaas, Ludwig 61, 89, 182
Kägi, Werner 239
Kähler, Alfred 15, 322
Kahn-Freund, Otto 73
Kaisen, Wilhelm 250f.
Kaiser, Jakob 192, 199, 226f.
Kaldor, Nicholas 23
Kant, Immanuel 56, 58, 244
Kantorowicz, Alfred 378, 403
Karsen, Fritz 391, 397f.
Katz, Rudolf 20, 35, 161–166, 174
Kellermann, Henry J. 400
Kempner, Robert Max Wassilij 23, 30, 189, 299–320
Kern, Käte 269, 271f.
Kerstiens, Christian 305
Kesten, Hermann 24, 149
Keudell, Walter v. 210
Keynes, John Maynard 13, 322, 355
Keyserling, Leon 329
Keyserlingk, Robert H. 188
Kindt-Kiefer, Jakob 53, 87–112, 148, 379
King, Martin Luther 247
Kirchheimer, Otto 20
Kirn, Richard 153, 155ff.
Kirschbaum, Charlotte v. 99, 107
Kissinger, Henry 244
Klausener, Erich 305
Klein, Johannes 377
Klingelhöfer, Gustav 359
Kluthe, Hans Albert 42, 45, 51
Knab, Michael Otto 37
Knapp, Thomas A. 179
Knoeringen, Waldemar v. 64, 114, 139
Koch-Weser, Erich 50f., 57f.
Koenen, Bernhard 269, 275
Koenen, Wilhelm 65, 78, 255, 263, 269, 271f., 274f.
Koenig, Pierre 145, 158
Körner, Paul 214
Kofler, Leo 378
Kopelmanas, Lazare 221
Kordt, Erich 185
Korsch, Hedda 398
Kracauer, Siegfried 14
Kramer, Franz Albert 47, 60, 147
Kreyssig, Gerhard 347f.

Kuczynski, Jürgen 23, 400
Kühn, Heinz 44
Kundermann, Änne 275
Kunkel, Ernst 155, 158
Kurella, Alfred 284f.
Kuznets, Simon 325

Lachmann, Kurt S. 40, 46, 51, 158
Lammers, Hans-Heinrich 213
Landahl, Heinrich 382f., 392f., 395f.
Langhoff, Wolfgang 107
Lansing Dulles, Eleanor 351–375
Lasky, Harold 358
Lassalle, Ferdinand 124, 263
Laternser, Hans 300
Lederer, Emil 14f., 17, 322
Lehmann, Helmut 269, 272
Lehmann-Russbueldt, Otto 56, 58
Leiber, P. Robert 191
Leibholz, Gerhard 27, 231–241
Lenin, Wladimir Iljitsch 336
Lensch, Paul 343
Letterhaus, Bernhard 182
Leuschner, Wilhelm 91
Levy, Alfred 154
Levy, Gustav 157
Levy, Walter 20
Lewin, Kurt 23
Leyden, Victor v. 217
Lieb, Adolf 327
Lincoln, Abraham 245, 247
Lindau, Paul 285
Lindbergh, Charles 247
Lips, Julius 398
Litchfield, Edward H. 227
Litt, Theodor 383, 391
Litten, Irmgard 78
Löbe, Paul 217, 225
Lösch, Dieter 350
Löwe, Adolf s.u. Lowe, A.
Loewenstein, Karl 16
Löwenthal, Fritz 161, 171f.
Löwenthal, Richard 24, 64
Long, Vaughn de 378
Loritz, Alfred 113, 131–141
Lotz, Walter 356
Lowe, Adolph 15, 321f.
Lüdemann, Hermann 301
Ludwig, Emil 37, 180
Luther, Hans 215
Luther, Martin 42
Lydon, Cecil B. 362

Machlup, Fritz 18, 335
Mahder, Carl H. 373f.
Mahle, Hans 285
Maier, Reinhold 228
Maier-Hultschin, Johannes 179, 184f., 187, 189, 190, 192, 194ff., 198f., 201, 203f.
Maletin, P. A. 326, 328
Mandelbaum, Kurt 73
Mann, Golo 23f.
Mann, Heinrich 362
Mann, Thomas 34, 41, 127, 217, 362
Margolies, Daniel F. 364
Maritain, Jacques 34, 37ff., 57
Marschak, Jacob 14
Marx, Karl 43, 47, 53
Matern, Hermann 285, 287
Mayer, Hans 378
Maynard, John A. F. 38
Mehring, Walter 24
Meier, Otto 269
Meinow, Franz 45
Mende, Dietrich Erich 42
Mennicke, Carl 378
Menzel, Walter 219
Menzies, Stewart Graham 68
Merker, Paul 255, 263
Merten, Max 319f.
Messersmith, George 188
Meuter, Paul 99
Mewis, Karl 260
Mierendorff, Carlo 91
Mill, John Stuart 336
Miller, Susanne 253
Miller, William B. 370
Minder, Robert 150
Mintz, Ilse 335
Mises, Ludwig v. 18, 28, 335–341, 346, 349f.
Möller, Hans 324, 333
Moeller, Hero 335
Moeller van den Bruck, Arthur 343
Mössinger, Karl 155
Mötteli, Carlo 335
Molotow, Wjatscheslaw 266, 270
Moltke, Helmuth James Gf. v. 62
Monnet, Jean 201

Monte, Hilda 56f.
Montesquieu, Charles-Louis de Secondet, Baron de la Brède et de 336
Morgenstern, Oskar 18, 335
Morgenthau, Hans 391
Morgenthau, Henry 185, 219, 355
Mozart, Wolfgang Amadeus 43
Muckermann, Hermann 91, 176, 180
Müller, Erwin 398
Müller, Frank 179
Müller, Josef 192
Müller, Peter 397
Müller-Armack, Alfred 28, 335, 339f., 344
Münzenberg, Willi 45
Myrdal, Gunnar 342

Naphtali, Fritz 349
Nawiasky, Hans 113, 115f., 120, 125–131, 133–141
Neisser, Hans 15, 19, 215, 321f.
Nelson, Leonhard 168
Neumann, Franz L. 14, 16f., 20f., 24
Neumann, Fritz C. 377
Neumann, John v. 18
Neumann, Karl s.u. Newman, K.
Neumann, Sigmund 17
Neureuther, Hans 152
Newman, Karl 377f.
Ney, Michel 158
Nickolay, Fritz 156
Niebuhr, Reinhold 41, 358, 387, 398
Nikitin, Pjotr I. 390
Nordmann, Marcel 146

Oelßner, Fred 284f., 294
Österreicher, Johannes Maria 39
Olef, Gustav 178f., 185, 189, 191ff., 195, 197f., 202f.
Ollenhauer, Erich 64, 68ff., 72, 83f., 119, 161, 170f., 250, 383
Oprecht, Emil 89
Ortlieb, Heinz-Dietrich 350
Osborne, Francis D'Arcy-Godolphin 61
Ossietzky, Carl v. 304
Oster, Hans 98

Panjuškin (Panuschkin) 292f., 295
Panzer, Gertrud 398
Panholzer, Josef 118
Papen, Franz v. 88, 176, 189, 202, 207, 211
Parkman, Henry 368
Pat s.u. Quinlan, C.
Pechel, Rudolf 185, 189
Peters, Wilhelm 378
Petersen, Katharina 391
Petri, Hermann 155, 157
Pfeiffenberger, Otto 398
Pfeiffer, Anton 221f.
Pferdmenges, Robert 200
Pfleider, Siegfried 88
Pfleiderer, Otto 324, 327
Pfordt, Fritz 154
Pfuhl, Georg 218
Pieck, Wilhelm 259, 266, 275, 281ff., 289ff.
Pitz, Johannes 155
Pius XI. 38
Pius XII. 47, 61
Plenge, Johann 343
Plenikowski, Anton 259f., 269, 272
Polak, Karl 258f., 261, 266, 268, 271f., 277
Pribram, Karl 16
Pretzel, Raimund s.u. Haffner, S.
Preuß, Hugo 51
Pünder, Hermann 184ff., 193, 197ff., 347

Quinlan, Clifford 366, 370

Radbruch, Gustav 302, 304, 316
Rappard, William 340
Rathenau, Hermann 109
Rathenau, Walther 89, 302, 305
Rauch, Richard 155, 157
Raumer, Hans v. 187
Rauschenplat, Hellmut v. s.u. Eberhard, F.
Rauschning, Hermann 35, 37, 39, 55f., 61, 151
Rawitzki, Carl 72f., 78, 80
Redslob, Edwin 218
Reimann, Max 161, 172–173
Remer, Otto Ernst 309, 314
Renner, Heinz 161, 167, 172f.
Repkow, Eike v. s.u. Kempner, R. M. W.

Reuter, Ernst 24, 161f., 165, 169f., 250, 352, 358f., 362ff., 371f.
Reuther, Victor G. 359, 371
Reuther, Walter P. 371
Rist, Charles 355
Ritter, Hans 94
Ritzel, Heinrich Georg 53, 87–90, 92–96, 98–102, 104, 107f., 148, 379
Rodenberg, Hans 291
Rodenstein, Heinrich Georg 87–112, 377, 396
Röpke, Eva 41, 342
Röpke, Wilhelm 28, 41f., 46f., 57, 61, 148, 335, 344, 346–348
Roosevelt, Eleanor 359
Roosevelt, Franklin Delano 11, 14f., 17, 24, 71, 97, 264
Rosenstock, Eugen 236
Rosenzweig, Beate 382
Roth, Ernst 155
Rüstow, Alexander 20, 28, 335, 344, 346
Rüter, Wilhelm 397
Rukser, Udo 59

Sachse, Emma 269
Saran, Mary 65
Sauermann, Heinz 324, 327
Schacht, Hjalmar 189, 357
Schäffer, Hans 200f.
Schäffer, Fritz 115, 138
Schairer, Reinhold 383
Scharnowski, Ernst 372f.
Schattner, Peter 155
Schauff, Johannes 45, 47, 89, 151, 176, 182
Schauff, Karin 89
Schauroth, Athos v. 190, 198
Scheer, Maximilian 398
Scheler, Max 38
Schiff, Victor 78
Schiffgens, Luise 155
Schiller, Friedrich v. 43
Schily, Otto 397
Schinkel, Helmut 378
Schlabrendorff, Fabian v. 98
Schlange-Schöningen, Hans 185
Schlegelberger, Franz 312f., 314, 319
Schleicher, Rüdiger 232
Schlesinger, Paul 304
Schlimme, Hermann 269
Schlobach, Erich 269, 272
Schmalenbach, Eugen 327
Schmid, Carlo 140, 167, 171, 173, 251
Schmid, Richard 305
Schmidt, Elli 285
Schmidt, Karl 98
Schmidt, Karl Ludwig 107f.
Schmidt, Otto Michael 186, 191
Schmitt, Carl 309
Schmitt, Heinrich 114
Schmitt, Hermann-Josef 182
Schmittlein, Raymond 150
Schnirlin, Ossip 215f.
Schoettle, Erwin 64, 72
Schorske, Carl E. 20, 28
Schramm, Franz 384
Schreiber, Walter 364f.
Schulte, Georg 152, 154
Schulz, Heinrich 393
Schultze-Gaevernitz, Gero v. s.u. Gaevernitz, G. v.
Schumacher, Ernst Fritz 23
Schumacher, Kurt 83, 226, 265, 303, 318f., 348f.
Schuman, Robert 143, 148, 193
Schumpeter, Joseph Alois 355
Schwab, Sepp 285–288
Schwarz, Balduin 38f.
Schwarzschild, Leopold 304
Schwenk, Paul 291
Seger, Gerhard 187
Semenov (Semjonov), Vladimir 261, 294f., 297f.
Sethe, Paul 190, 193, 195, 198f., 201
Severing, Carl 211, 219
Shirras, Findlay G. 326
Shuster, George N. 188, 193
Siebert, Hans 389
Siegmund-Schultze, Friedrich 92, 101, 105f.
Siemsen, Anna 108
Sigmaringen, Amalie v. 146
Simon, Manfred 94
Simons, Hans 30, 173f., 219f., 386
Singer, Franz 157
Singer, Rudi 99, 107
Sinzheimer, Hugo 305, 356
Sling, Paul s.u. Schlesinger, P.
Smend, Rudolf 231, 356

Smith, Adam 336
Sobottka, Gustav 257, 285, 293, 296
Sollmann, Wilhelm 34, 42ff., 176, 179, 187
Sombart, Werner 343
Specht, Minna 389, 396
Speier, Hans 17, 24, 387
Spengler, Oswald 343
Sperr, Franz 50
Spiecker, Carl 43, 45, 51, 61, 182, 191
Spranger, Eduard 391
Stahl, Johannes 180
Stahl, Walter 386
Stalin, Josif W. 37, 41, 248, 255, 262, 267, 293ff.
Stampfer, Friedrich 35, 179, 187
Staudinger, Else 174
Staudinger, Hans 15, 19, 174
Steel, Johannes s. u. Stahl, J.
Stegerwald, Adam 185
Stein, Karl Frhr. vom u. zum 56
Steinberger, Ludwig 118
Steinhoff, Karl 269
Stern, Günther 398
Stimson, Henry L. 184f., 189
Stinnes, Edmund 99
Stinnes, Hugo 99
Straßer, Otto 37, 42, 60f., 91, 108
Straus, Emil 153f., 157, 159
Strauß, Walter 173, 222
Streeper, R. B. 359
Stresemann, Gustav 183
Strobel, Robert 320
Stuckart, Wilhelm 319
Sturzo, Luigi 34, 39
Süsterhenn, Adolf 149
Suhr, Otto 365, 368, 372
Suslov, Michail 294

Tarnow, Fritz 16, 357
Taussig, Francis William 355
Taylor, John W. 383, 399
Temple, William 92
Tenenbaum, Edward A. 332
Teubner, Hans 99
Teusch, Christine 203
Thedick, Franz 186, 190, 195, 198f.
Thieme, Karl 34, 44, 46f., 55, 60, 148, 150f.
Thomas, Norman 375
Tillich, Paul 25, 34, 49f., 57, 378, 387, 398
Tocqueville, Alexis Clérel de 336
Tonnelat, Ernest 150
Torhorst, Marie 398
Treviranus, Gottfried Reinhold 35, 37, 190
Trott zu Solz, Adam 182
Trotzki, Lew Dawidowitsch 337
Truman, Harry S. 323, 333

Ulbricht, Walter 257f., 260, 266ff., 275, 277, 279, 281, 285f., 290, 292–298, 389
Ullmann, Hermann 179, 184f., 193ff., 200ff., 205
Ullstein, Leopold 78
Undset, Sigrid 38

Valentin, Maxim 291
Vansittard, Robert Gilbert Lord 37, 70, 183, 185, 223
Vernekohl, Wilhelm 189
Verner, Paul 256, 260, 269, 271f., 276
Vogel, Hans 64, 68ff.
Vogelstein, Theodor 356
Voltaire, François Marie 336
Vysinskij, Andrej Januarjewitsch s. u. Wyschinski, A. J.

Wachenheim, Hedwig 19
Wacker, Heinrich 155
Wagemann, Ernst 327
Wagner, Friedrich Wilhelm 161, 166–168, 172, 174
Walter, Franz 356
Waltershausen, August Frhr. Sartorius v. 356
Wandel, Paul 269, 285, 291, 298
Wartenburg, Maximilian Gf. Yorck v. 56
Weber, Alfred 243, 327
Weber, August 42, 51, 64, 76, 78, 81
Weber, Friedrich Wilhelm 42
Weber, Helene 191, 196, 204
Weber, Max 321, 336
Wegmann, August 182, 198f.
Wehberg, Hans 57
Wehner, Herbert 7, 27, 226
Weichmann, Elsbeth 7, 27
Weichmann, Herbert 46, 208, 306

Weigert, Oscar 20
Weil, Hans 378
Weinert, Erich 281, 285
Weisser, Gerhard 349
Wells, Herman B. 400
Wertheimer, Egon Ranshofen 217
Wessel, Helene 249
Wheeler-Bennett, John J. 188
Wick, Karl 60
Wiedfeldt, Otto 98
Wiesinger, Edward A. 374
Wilbrandt, Hans 20, 356
Wille, Lothar C. 363
Willmann, Heinz 291
Winzer, Otto 284f.
Wirth, Hermann 98
Wirth, Joseph 35, 45, 47, 53ff., 59, 87–112, 148, 151, 182, 191, 202, 270, 379
Wirtz, Hans 47, 101f.
Wohleb, Leo 147
Wolf, Friedrich 281, 291
Wolff, Eberhard 360
Wolff, Fritz 78
Woytinski, Wladimir 16, 357
Wurster, Carl 166
Wust, Peter 38
Wyschinski, Andrej Januarjewitsch 259, 267

Young, Allyn A. 355

Zinn, Georg August 301

Abbildungsnachweis

Bayerischer Landtag: Vor- und Nachsatzblatt. Die Bildzuweisung »Ministerpräsident Hoegner am Rednerpult des Landesausschusses« scheint zweifelhaft. Der Beratende Landesausschuß, eine Idee Hoegners, trat am 26. Februar 1946 in der Aula der Münchner Universität zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach drei Tagungen schloß er am 13. Juni 1946 seine Arbeit ab. Das Bild dürfte jedoch nicht am 26. Februar, sondern am 26. Oktober 1946 in der Aula der Universität aufgenommen worden sein. Unter widrigen Umständen versammelte sich an diesem Tag dort die Verfassunggebende Landesversammlung zur feierlichen Schlußabstimmung über die neue bayerische Verfassung: »Durchdringende Ostkälte« – so die »Süddeutsche Zeitung« – »erfüllte als ungebetener Gast die Aula der Universität mit ihrem frostigen Hauch, die Mitglieder des ›Hohen Hauses‹ saßen, ebenso wie die nicht übermäßig vielen Tribünenbesucher, frierend in dicken Mänteln, und das Auf- und Niedersetzen bei den Abstimmungen [...] wurde als willkommene Bewegung empfunden, um warm zu werden.« Vor dem »Schlußakt der Verfassungsarbeit« (Barbara Fait) stellte Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner »zur Geschäftsordnung« fest, »daß der Verfassungsausschuß beschlossen hat, daß jede Fraktion nur eine Erklärung von 5 Minuten Dauer abgeben kann.« (Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung, Nr. 10, 1946, S. 233); im Vordergrund drei amerikanische Besatzungsoffiziere, unter ihnen (neben Hoegner sitzend und weitgehend verdeckt) der Direktor der Militärregierung für Bayern General Walter J. Muller. Zur offensichtlich irreführenden »offiziellen« Bildlegende findet sich in der Landtagschronik (Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, Würzburg 1996, S. 26f.) eine weitere wenig überzeugende Variante: zwei unzweifelhaft bei der gleichen Sitzung aufgenommene Fotos dienen dort als Beleg für die »Eröffnung des Beratenden Landesauschusses« und für die »Eröffnung der Verfassunggebenden Landesversammlung« – am 15. Juli 1946!

Deutscher Bundestag, Bibliothek: 32, 86, 334

dpa: 177

The Graduate Faculty of Political and Social Science – New School for Social Research (Editor), The Graduate Faculty at 40 (New York 1973): 376

Privatbesitz: 230, 242

Brigitte Steinle, Johannes Hoffmann – ein Leben (1990): 142

Erna Wagner-Hehmke/Hehmke-Winterer, Düsseldorf (Fotografin) / Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Schutzumschlag, 160

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Exil und Neuordnung : Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945 / [hrsg. in Zusammenarbeit mit der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung in Hamburg].
Hrsg von Claus-Dieter Krohn und Martin Schumacher. –
Düsseldorf : Droste, 2000
(Dokumente und Texte ; Bd. 6)
ISBN 3-7700-5230-7

EX OFFICINA
2000

Satz
Linotype Stempel Garamond
SatzWeise Föhren

Papier
Geese Hamburg

Gewebe
Bamberger Kaliko

Druck
Verlagsdruckerei Schmidt
Neustadt/Aisch

Printed in Germany